Mechthild Exo



DAS ÜBERGANGENE WISSEN

Eine dekoloniale Kritik des liberalen Peacebuilding durch basispolitische Organisationen in Afghanistan

[transcript] GlobalStudies

Mechthild Exo
Das übergangene Wissen



Mechthild Exo (Dr. rer. pol.), geb. 1966, ist Friedens- und Konfliktforscherin sowie antimilitaristische Aktivistin. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Dekolonialisierung von Forschungsmethodologien und Präsentationsformen, feministisch-dekoloniale Kritik zentraler Theorien und Konzepte der Weltpolitik, basisdemokratische Selbstorganisation sowie neue Modelle für Friedensordnungen. Sie arbeitet als Dozentin für Transkulturalität an der Hochschule Emden.

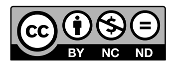
Mechthild Exo

Das übergangene Wissen

Eine dekoloniale Kritik des liberalen Peacebuilding durch basispolitische Organisationen in Afghanistan

[transcript]

D 188



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

Umschlagkonzept: Kordula Röckenhaus, Bielefeld
Umschlagabbildung: Mechthild Exo
Druck: Majuskel Medienproduktion GmbH, Wetzlar
Print-ISBN 978-3-8376-3872-1
PDF-ISBN 978-3-8394-3872-5

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.
Besuchen Sie uns im Internet: *http://www.transcript-verlag.de*
Bitte fordern Sie unser Gesamtverzeichnis und andere Broschüren an unter: *info@transcript-verlag.de*

Inhalt

Prolog

> „In the decisions of this world,
> no one listens to the poor people.“
> (MALANG KOHESTANI 2003)

LIED EINES AFGHANISCHEN GESCHICHTENERZÄHLERS

Der afghanische Geschichtensammler und Sänger Malang Kohestani zieht durch das Land und singt in einfachen Straßenrand-Teehäusern von den Schönheiten, den technischen Entwicklungen, aber auch von den zahlreichen Problemen des Lebens in Afghanistan. Folgendes Lied unbekannten Titels, das er in einem Straßencafé in Pul-i-Sayad, einem staubigen, verarmten Vorort von Kabul, gesungen hat, wurde für eine Filmproduktion aufgezeichnet und mit englischen Untertiteln versehen (Kohestani 2003).

> „Our country has pleasant weather
> beautiful land and fields. […]
> The country has many mines
> within its barren land.“ (Kohestani 2003)

Kohestani erzählt in diesem Lied von der ambivalenten Bedeutung von Reichtümern seines Heimatlandes, von äußerer Einmischung und Kolonialismus wie auch – beinahe im gleichen Atemzug – von den Möglichkeiten gerechten globalen Teilens.

> „Greedy nations want our land
> And they have interfered in our country.
> We are tired of colonialism, slavery, and politics. […]
> I want to pose one question –
> if you don’t mind our asking:
> What did you give us

> after you went into space and built the computer?
> If you have given us anything
> tell us so we may give something in return.
> If not, what you have got to do with us?
> What you have got to do with us?“ (Ebd.)

Er singt auch von der Behinderung der Afghan*innen in ihren wirtschaftlichen Möglichkeiten durch militärische Interventionen.

> „Foreign attacks have held us back
> and kept us from our work.
> These attacks have wasted our time
> and that is why we have fallen behind.“ (Ebd.)

Kohestani fordert am Ende seines Liedes: Wer Wunden und Verletzungen zugefügt hat, sollte dafür sorgen, dass diese heilen und die Verwundeten entschädigt werden.

> „We should not suffer
> from warring parties and their cruelties.
> They should all go back to their own lands.
> They should not be tempted by our melons.“ (Ebd.)

Kohestani hat in diesem Lied eine ganze Geschichte seines Landes erzählt und mit einer kritisch-nachdenklichen Analyse verbunden. Mitten in dieser Geschichte seines Landes formuliert er einen Satz, der nicht im Zusammenhang zu stehen scheint. Er singt:

> „In the decisions of this world,
> no one listens to the poor people.“ (Ebd.)

„Bei den Entscheidungen dieser Welt hört niemand auf die armen Menschen.“ (Kohestani 2003, Übers. d. A.). Meine Erfahrung mit der Präsentation dieses Liedes oder anderer künstlerischer bzw. politisch-aktivistischer Ausdrucksformen aus Afghanistan als Einstieg in Seminare ist, dass der Kontrast zu den gängigen Analysen zum Konflikt in Afghanistan irritiert. Es gibt gelegentlich Abwehrreaktionen: Das sei nicht rational, nicht repräsentativ. Doch oft ist es auch der Anfang zu einer Auseinandersetzung mit epistemischer Gewalt und der Kolonialität des Wissens. Ein Interesse wird geweckt, etwas von dem zu hören, was die gewöhnlichen Menschen und basispolitische Aktivist*innen in Kriegsgebieten wie Afghanistan sagen.

Einleitung: Frieden repolitisieren und dekolonialisieren

> „Everybody has knowledge, [the people have] responsibility themselves and all people should be responsible to contact with the people."
> BIBI GUL (INTERVIEW IN KABUL, 08.03.2011)

Die Analysen, Erfahrungen und Zukünftsentwürfe basispolitischer Organisationen in Afghanistan sind in Europa nahezu unbekannt. Ihr Wissen zur gesellschaftlichen Neugestaltung und die damit verbundene Praxis sind im eurozentrischen analytischen, methodologischen und theoretischen Denken unsichtbar – sie werden nicht-existent gemacht (vgl. Sousa Santos 2004). Die basispolitisch aktiven Organisationen treten für Demokratie, Frauenrechte, Gerechtigkeit, Frieden und wirtschaftlichen Aufbau ein. Die in diesem Buch vorgestellten Organisationen weisen die internationale Intervention zurück. Nicht nur das militärische Eingreifen, sondern auch weitere Elemente des liberalen Peacebuildings werden abgelehnt. Das betrifft die Art und Weise des Staatsaufbaus, des ökonomischen Umbaus und der Umgestaltung zahlreicher gesellschaftlicher Bereiche. Sie erleben die internationale Intervention als gegen die Menschen gerichtetes und humanitäres Desaster. Die Legitimation des äußeren Eingreifens im Namen der Frauenbefreiung, Menschenrechte und Demokratie bezeichnen sie als Lüge, die Praxis des Peacebuildings analysieren sie als zerstörerisch und kolonial.

Ziel meiner Forschung ist die Dekolonialisierung des Wissens zum Gewaltkonflikt in Afghanistan. Notwendig dafür ist es, die Rationalität der basispolitischen Organisationen anzuerkennen, also deren vernünftigen Schlussfolgerungen, die einer vermeintlich einzigen Rationalität der kapitalistischen Moderne und des liberalen Friedens widersprechen. Eine zentrale Herausforderung stellt sich darin, den als unbedeutend und nicht-rational, damit als nicht-existent behandelten Perspektiven eine Präsenz zu gegeben. Wichtig ist mir dabei, die eurozentrische Theorie des liberalen Peacebuilding nicht als analytisches Grundraster zu übernehmen. Es können auch nicht die eurozentrischen wissenschaftlichen Methodologien beibehalten werden, die die Unsichtbarkeit der nicht-westlichen Perspektiven pro-

duziert haben. Bereits 1978 hatte Edward Said davon gesprochen, dass die Frage nach nicht-repressiven, nicht-manipulativen, sondern libertären Perspektiven auf Forschung über Kulturen hinweg, eine der größten offenen Herausforderungen darstellt (vgl. Said 1995: xiii). Meine Forschung soll dazu beitragen, Möglichkeiten für dekoloniale Methodologien zu entwickeln. Das ist ein dringend benötigter ethisch-methodologisch-politischer Lernprozess.

Im Jahr 2009 habe ich begonnen, Beziehungen zu afghanischen basispolitischen Organisationen aufzubauen, als Forscherin und auch als Aktivistin. Ich verlasse mit meiner Forschung bewusst anerkannte Wege der Erkenntnisgewinnung (Epistemologie). Ich habe nicht aus einer distanzierten, neutralen Rolle geforscht, sondern mich politisch, sozial und emotional involviert. Ich arbeite mit veränderten Kriterien der Erkenntnisgewinnung. Dabei orientiere ich mich am Ansatz der relationalen Epistemologie (Smith 2008, Bishop 2005), in der der Aufbau respektvoller, gegenseitiger, fürsorglicher, sozialer und emotionaler Beziehungen die Basis von Erkenntnis bilden. Dieser methodologische Weg muss nach meinem Verständnis zum einen mit einer politischen Positionierung und zum anderen mit der Verschiebung der Autorität über das wissenschaftliche Schreiben verbunden werden. Politische Positionierung meint, die Forschung als Teil der Kämpfe für die Dekolonialisierung der Weltverhältnisse zu verstehen. Das Privileg des letzten Wortes aufzugeben, ist ein bedeutendes Prinzip dekolonialer Forschung (vgl. Decoloniality Europe 2013). Damit ist das beanspruchte Recht gemeint, die in sogenannten Feldforschungen gesammelten Daten anschließend ohne kommunikative Kooperation und Konsens mit den Beforschten zu interpretieren, zu kategorisieren, auszuwerten und zu präsentieren.

Bibi Gul, eine sehr alte, inzwischen verstorbene afghanische Aktivistin, war im Februar/März 2011 aus ihrer Heimatprovinz nach Kabul gekommen, um die Familien ihrer Söhne zu besuchen und an der Feier zum internationalen Frauenkampftag teilzunehmen. Seit mehr als 30 Jahren war sie mit der feministischen Organisation RAWA verbunden. Sechs ihrer Söhne wurden in diesen Jahrzehnten in der Haft oder durch islamistische Organisationen ermordet. Bibi Gul sagte in einem Interview diesen bedeutenden Satz, der sehr treffend die Grundlage für eine veränderte Herangehensweise dekolonisalisierender Forschung beschreibt: „Everybody has knowledge, [the people have] responsibility themselves and all people should be responsible to contact with the people." (Bibi Gul, Interview in Kabul, 08.03.2011) Wissen und die Verantwortung zum Handeln besteht bei den Menschen an der Basis der Gesellschaft selbst. Bibi Gul begreift es als die Aufgabe eines jeden, mit den Menschen in Kontakt zu treten, um von diesen zu hören und zu lernen. Dies zu beachten ist insbesondere dort erforderlich, wo Länder, wie Afghanistan, zu Objekten zivil-militärischer und ökonomischer Intervention, massiver externer Umgestaltung und sozialtechnokratischer, von außen kommender Steuerung erklärt werden.

Welche Visionen für einen anderen Frieden, einen anderen Gesellschaftsaufbau verfolgen afghanische Organisationen, die eine grundlegende Kritik des liberalen Peacebuilding mit dem Kampf für Demokratie, Frauenrechte und Gerechtigkeit verbinden? Was möchten sie verändern und wie? Ich habe vier Organisationen ausgewählt, die diese Ziele mit einer basispolitischen Selbstorganisierung verfolgen. Dies sind die feministische Frauenorganisation RAWA (Revolutionary Association of the Women of Afghanistan), die künstlerische Menschenrechtsorganisation AHRDO (Afghanistan Human Rights and Democracy Organization), die fortschrittlich-demokratische Partei Hezbe Hambastagi/Solidaritätspartei Afghanistan und der Verband der Angehörigen der Opfer von Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen SAAJS (Social Association of Afghan Justice Seekers).

Es reicht nicht, die marginalisierten Perspektiven aus Afghanistan sichtbar zu machen und einzufügen – sozusagen die blinden Flecken der eurozentrischen Erkenntnis zu füllen. Diese Ergänzung würde die vorherrschenden Theorien, Konzepte und Forschungsmethodologien, die von kolonialem Denken durchdrungen sind, nur bestätigen und erhalten. Die basispolitischen Organisationen in Afghanistan arbeiten an neuen gesellschaftlichen Friedenslösungen, die als Alternative zu bestehenden oder exportierten Ordnungsformen nicht begreifbar werden, wenn sie nur als einfügbare Verbesserungselemente wahrgenommen werden. Das Spezifische der politischen Ideen und der Praxis im Widerspruch zum interventionistisch durchgesetzten Staats- und Friedensaufbau würde als existierendes Wissen unkenntlich gemacht werden. Ich verfolge deshalb die dekoloniale Strategie der Konfrontation mit nicht-einfügbaren Unterschieden, mit der ich mich auf Sandra Halperin (2006), Christine Löw (2009) und Mona Singer (2005) beziehe. Diese drei Autorinnen beschreiben in ähnlicher Weise die dominanten eurozentrischen Theorien als anerkannte, mythologisierte Erzählungen, die mit bisher ausgegrenzten Erzählungen konfrontiert werden sollten. Die Konfrontation mit alternativen, nicht einfügbaren Erzählungen macht die epistemische Gewalt des Eurozentrismus sichtbar. Die Darstellung des übergangenen Friedens- und Konfliktwissens verdeutlicht die existierenden, jedoch verhinderten Kontroversen und Alternativen. Friedenskonzepte wie Good Governance, Responsibility-to-Protect und liberaler Frieden werden aus der Entpolitisierung geholt und wieder zu Ideen, die Auseinandersetzungen erfordern und streitbar sind.

Epistemische Gewalt ist jene Gewalt, die durch die Delegitimierung und Ausgrenzung der Erkenntnismöglichkeiten kolonisierter Bevölkerungen und durch die tendenzielle versuchte Durchsetzung der europäischen kognitiven, kulturellen und epistemischen Perspektive (vgl. Garbe 2013: 5) ausgeübt wird. Die epistemische Gewalt bewirkt die Nicht-Anerkennung von Wissensformen, wie sie hier präsentiert werden. Zudem wird das Konzept des liberalen Friedens, einschließlich der damit legitimierten militärischen Einsätze, als zwar verbesserungswürdig, aber doch alternativlos gerecht-

fertigt. Epistemische Gewalt stellt „gewissermaßen [ein] Bindeglied zwischen anderen Formen von Gewalt“ (Brunner 2017: 11) dar.

Forschung ist immer politisch und subjektiv. Um diesen Charakter von Forschung zu betonen, habe ich mich bewusst für einen narrativen, also erzählenden Stil der Darstellung entschieden. Die narrative Präsentationsform ermöglicht außerdem, die Analysen der afghanischen Organisationen auch durch deren Ausdrucksweisen und in Verbindung mit konkreten, spezifische Lebenserfahrungen begreifbar zu machen.

Für empirische dekoloniale Forschung gibt es nur wenig Anleitungen, Erfahrungen oder reflektierende Berichte. Im ersten Teil des Buches beschäftige ich mich mit der Notwendigkeit und der Möglichkeit dekolonialisierender Forschung. Ich beschreibe meine epistemologischen und methodologischen Entscheidungen und meine Strategien, deren Umsetzung ich kritisch reflektiere. Ich begreife das als einen Beitrag für die Diskussion der Dekolonialisierung insbesondere in der Friedens- und Konfliktforschung.

Der Hauptteil des Buches – Kritik des liberalen Peacebuilding – stellt die vier basispolitischen Organisationen aus Afghanistan vor. Jede der vier Organisationen wird in einem eigenständigen Kapitel mit ihrer Geschichte, ihren Analysen, Ideen, Erfahrungen, Aktivitäten und Problemen beschrieben. Im abschließenden Teil – Kontroversen und Konsequenzen – stelle ich anhand von drei zentralen Aspekten die bestehenden Spannungen zwischen dem liberalen Peacebuilding und den Friedensverständnissen der basispolitischen Organisationen besonders heraus. Diese Aspekte sind der Demokratieaufbau, die paternalistisch-pädagogische Befähigung zu liberalen Staatsbürgern versus der Weiterführung einer Geschichte demokratischer Ideen und Kämpfe sowie der Friedensprozess als Powersharing versus Frieden mit Gerechtigkeit. Schließlich reflektiere ich kritisch verschiedene Arten der bestehenden Kritik des liberalen Friedens, von denen die meisten bestrebt sind, diese Möglichkeit für das Eingreifen und Steuern der machtvollen Staaten in anderen Weltregionen zu erhalten und effizienter zu machen. Die Reflexionen leiten zu einigen Gedanken, welche anderen Konsequenzen aus einer dekolonialisierenden Kritik des liberalen Peacebuilding gezogen werden können – auf wissenschaftlicher und basispolitischer Ebene.

Für den Austausch und die vielfältigen Formen der Unterstützung, die diese Forschung und das Buch ermöglicht haben, bedanke ich mich aus tiefstem Herzen. Ich wollte die vielen dafür bedeutenden Personen benennen, doch die Aufzählung wurde zu lang. Es bleibt jedoch der besondere Dank an SAAJS, RAWA, SPA, AHRDO und viele weitere Gesprächpartner*innen in Afghanistan für ihr Vertrauen in mich. Sie ermutigten mich, dieses Buch trotz zahlreicher Hindernisse zu schreiben. Ich danke meinen Eltern, die den Druckzuschuss übernommen haben, und der Rosa-Luxemburg-Stiftung, die mich über drei Jahre mit einem Stipendium gefördert hat.

Forschung dekolonialisieren

Die Notwendigkeit und die Schwierigkeit, dekolonial zu forschen

„The power to narrate, or to block other narratives from forming and emerging, is very important to culture and imperialism, and constitutes one of the main connections between them."
EDWARD SAID (1994b: xiii)

PRODUZIERTE NICHTEXISTENZ VON WISSEN

Mit der Forschung, auf der dieses Buch basiert, habe ich die Absicht verfolgt, unsichtbar gemachtes und diskreditiertes Wissen aus anti-fundamentalistischen[1], basispolitisch-widerständigen Praktiken in Afghanistan aus der dekolonialen Perspektive darzustellen und damit (auch) eine wissenschaftliche Präsenz zu geben. Für mein Forschungsprojekt konnte und wollte ich nicht auf die herkömmlichen Methoden und Methodologien empirischer Forschung zurückgreifen – haben diese doch dazu beigetragen, diesem Wissen eine Nichtexistenz zu verleihen.

Edward Said hat als einer der ersten, der im Westen wahrgenommen wurde, gezeigt, dass Forschung über den (vormals) kolonialisierten Teil der Welt vor allem Konstrukte schafft, die die Beherrschbarkeit dieser Gebiete und Gesellschaften durch den Westen befördern. „I myself believe that Orientalism is more particularly valuable as a sign of European-Atlantic power over the Orient than it is as a veridic discourse about the Orient (which is what, in its academic or scholarly form, it claims to be)." (Said 1995: 6) In Texten des Orientalismus entstehen durch die Forschungen nicht „natürliche" Abbildungen des Ostens, wie wissenschaftlich bean-

1 Fundamentalistisch meint hier islamisch-fundamentalistisch und ich benutze diesen Begriff in Anlehnung an die hier dargestellten afghanischen Organisationen im Sinne von islamistisch, also einer reaktionären, restriktiven, frauenfeindlichen, anti-feministischen und anti-demokratischen Politik, die als Legitimation den Islam funktionalisiert, zudem mit dem angeblich einzig richtigen Islam bzw. der einzig richtigen Islamauslegung.

sprucht wird (vgl. ebd.: 21). Said geht es jedoch nicht darum nachzuweisen, ob Realität korrekt abgebildet wird oder nicht. Stattdessen zeigt er, wie in den Beschreibungen vor allem die Position und die Kultur des Schreibenden zum Ausdruck kommen. Diese Beschreibungen ergeben allein auf der Basis westlicher Techniken der Repräsentation und Anerkennungssysteme einen Sinn. „[T]hese representations rely upon institutions, traditions, conventions, agreed-upon codes of understanding for their effects, not upon a distant and amorphous Orient.“ (Ebd.: 22) Der auf diese Weise produzierte, auch literarische, Text ist nicht unschuldig, sondern schafft westliche(s) Dominanz(-denken) (vgl. ebd.: 27-28).

Wissenschaftliche Methodologie ist auch höchst wirksam dabei, nicht erwünschte Alternativen des Bestehenden und weltweit existierende soziale Erfahrungen als irrelevant zu diskreditieren oder unsichtbar zu machen (vgl. Sousa Santos 2004). Sousa Santos beschreibt die moderne Wissenschaft mit ihrer „monoculture of knowledge and rigor of knowledge“ (Sousa Santos 2004: 15) als das machtvollste Verfahren, um diese Nichtexistenz zu produzieren. Sousa Santos zieht daraus die Konsequenz, eine „sociology of absences“ vorzuschlagen, um den ausgegrenzten Erfahrungen eine Präsenz zu geben.

> „It consists of an inquiry that aims to explain that what does not exist is in fact actively produced as nonexistent, that is, as a non-credible alternative to what exists. Its empirical object is deemed impossible in the light of conventional social science, and for this reason its formulation already represents a break with it.“ (Sousa Santos 2004: 15)

Deshalb schlägt Sousa Santos vor, andere Formen der Rationalität als wissenschaftliche Grundlage zu nehmen. Nicht-wissenschaftliches Wissen als Alternative zu wissenschaftlichem Wissen muss notwendig Geltung erhalten (vgl. Sousa Santos 2004). Wissen und Kriterien für Genauigkeit, die in sozialen Praktiken mit Glaubwürdigkeit agieren, müssen anerkannt werden. „Such contextual credibility must be deemed a sufficient condition for the knowledge in question to have enough legitimacy to participate in epistemological debates with other knowledges [...].“ (Ebd.: 19)

Wenn nicht-anerkannte Erfahrungen und nicht-anerkanntes Wissen präsent gemacht werden, beispielsweise Wissen von sozialen Bewegungen und denjenigen, die global den Unterdrückungen, Diskriminierungen und Ungerechtigkeiten widerstehen, die durch Kapitalismus, Kolonialismus und Patriarchat entstehen, könnten diese als bereits entwickelte Alternativen zum hegemonialen westlich-zentrierten Denken hinzugezogen werden, „to have their credibility discussed and argued for and their relations taken as object of political dispute“ (Sousa Santos 2004: 18). Als anerkannter Wissenschaftler und Professor für Soziologie der Wirtschaftsschule der Coimbra Universität in Portugal steht Sousa Santos als Vermittler zwischen der institutionellen akademischen Autorität und dekolonialen Forschungsansätzen bzw. den Perspektiven der Epistemologien des Südens, die aus der marginalisierten, ungehörten Subjektposition

entstehen. Anna Agathangelou und Lily Ling argumentieren ähnlich zur Begründung ihres Worldism-Ansatzes: „[W]hen we realize that ‚science‘ is but one among many narratives of knowledge, we open up conceptual and discursive space to consider alternative ways and states of being, thinking, and doing.“ (Agathangelou/Ling 2005b: 12)

Meera Sabaratnam weist in Bezug auf liberale Friedensinterventionen auf Verbindungen zwischen analytischen und politischen Ausschlüssen hin (vgl. Sabaratnam 2011a: 800). Die Zielbevölkerung wird als Opfer von Konfliktverhältnissen beschrieben, in deren Namen liberale Friedensinterventionen gerechtfertigt sind. Sie bleiben Objekte ohne Stimme, sowohl in der Politik als auch in intellektuellen Analysen. Für einen dekolonialen Umgang mit dem Programm des liberalen Friedens fordert Sabaratnam, die Autorität bei der Gestaltung von Weltpolitik und die Autorität über Wissen bei den vermeintlichen Empfänger*innen von liberalem Frieden zu sehen.

DEKOLONIALISIERUNG VON WISSEN

Meine Forschung setzt an der Kritik am monologischen westlichen Erkenntnissubjekt an. Es war die ausdrückliche Absicht dieses Projektes, denjenigen mit Anerkennung zu begegnen, die als afghanische Basisorganisationen Wissen und Handlungsmacht zum Konflikt und einem möglichen Friedensprozess in Afghanistan besitzen. Indem diese feministischen, fortschrittlichen und für Gerechtigkeit streitenden Organisationen eine widerständige politische Subjektivität in Anspruch nehmen, ihre politischen Positionen und Ideen einbringen und politische Auseinandersetzungen provozieren, entwickeln und zeigen sie diese Wissens- und Handlungsmacht. Ich unterscheide dabei nicht zwischen wissenschaftlichem und nicht-wissenschaftlichem Wissen, sondern sehe die Vertreter*innen der afghanischen Organisationen als die Expert*innen, die wichtiges Friedens- und Konfliktwissen erarbeitet haben.

Es geht hier um politische Handlungen im Gegensatz zum Interventionskriegsprojekt und dessen Folgen. Doch es geht ausdrücklich nicht um die Organisationen der islamistischen Aufständischen, denen sehr viel Aufmerksamkeit und zunehmendes Forschungsinteresse entgegengebracht wird, sondern um Organisationen, die sich ausdrücklich gegen islamistische Politik stellen und die mit prekären Mitteln arbeiten. Von diesen Organisationen wird das westliche Interventionsprojekt als kolonial, nicht im Interesse der afghanischen Bevölkerung und nicht im Interesse von Demokratie, Frauenrechten, Frieden und Stabilität verstanden. Das ist ein Grundgedanke des dekolonialen Forschungsansatzes: die Autorität über Erkenntnisprozesse und Möglichkeiten der Gestaltung von Geschichte, Politik, Gesellschaft der von Kolonialisierung Betroffenen anzuerkennen und dekoloniale

Entwicklungen – gegen Kolonialismus/Kolonialität, Rassismus, Sexismus, Imperialismus und weitere Herrschafts- und Machtverhältnisse – mitzubetreiben und zu unterstützen.

Das ist weit mehr, als das „Lokale“ und „Alltägliche“ der nicht-westlichen, als nicht-liberal klassifizierten Welt ins Zentrum zu rücken, um die kolonialen Tendenzen des liberalen Friedens aufzuheben (vgl. Sabaratnam 2011a, mit Bezug auf Richmond 2010b). Mit einer Kritik, die bestrebt ist, das „Lokale“ mit dem westlich Liberalen zu verbinden, werden die Gesellschaften, auf die die Friedensprogramme gerichtet sind, weiterhin als Subjekte der Analyse und Erkenntnis ausgeschlossen. Die erkenntnisgewinnende Subjektposition bleibt im Westen, beim (Konstrukt des) universalisierten liberalen Subjekt(es) lokalisiert. Auch wird damit der Westen als intervenierender Akteur für Friedensschaffung nicht weitergehend verändert als zum Akteur in Konzepten eines „hybrid local-liberal peace“ (Richmond 2010b: 669). Die direkte Auseinandersetzung mit den von Interventionen Betroffenen – als signifikante Subjekte der Geschichte und Politik – findet auch bei den (akademischen) Kritiker*innen des liberalen Friedens in der Regel nicht statt (vgl. Sabaratnam 2011a).

Auch sogenannte Bottum-up-Ansätze des Peacebuilding stellen keine Alternative dar, die den Ausschluss der Empfänger*innen des Peacebuilding aufhebt. Es werden zwar die Ansichten der Bevölkerung erfragt und generalisierende Ausführungen von Demokratisierungsmissionen infrage gestellt und lokale Bevölkerungsgruppen im Interventionsgebiet beteiligt, aber die letztendlich entscheidende Handlungsmacht über Erkenntnisse und die Einleitung strategischer Eingriffe zur sozialen, politischen, ökonomischen Umgestaltung bleibt weiterhin im Westen verankert. Ein Beispiel dafür ist die Forschung von Mary Kaldor und Marika Theros „Human Security and Bottom-up Engagement in Afghanistan“ (London School of Economics/Global Governance in Partnerschaft mit dem Civil Society Development Centre in Afghanistan), die zeitgleich mit der Durchführung meines Forschungsprojektes stattfand. Die beiden Forscherinnen beziehen Jugendliche, Frauenverbände, Lehrer*innen, traditionelle und religiöse Führer, Intellektuelle, NGOs und Community Associations aus mehreren Provinzen ein, um soziales Handeln und Gruppenbildungen, deren Werte, Denkweisen und Erfahrungen zu verstehen. Im Sinne der als militärische Strategie formulierten Gewinnung der „hearts and minds“ interessieren sich die Forscherinnen für das Verständnis an der gesellschaftlichen Basis zum internationalen „Stabilisierungsprojekt“ und für lokale Ideen für Frieden und Sicherheit (vgl. Zwischenbericht, Kaldor/ Theros 2011). Kaldor und Theros stellen sich erklärtermaßen in den Zusammenhang des bestehenden zivil-militärischen Interventions- und Neuordnungsprojekts und suchen nach „implications for Western policy“ (Theros/Rosen, 16.01.2011). Sie beziehen sich dabei ausdrücklich auf den Kommandeur der ISAF (International Security Assistance Forces) sowie der US Forces Afghanistan 2009-2010, US-General Stanley A. McChrystal, mit seiner Forderung: „We must get the people involved as

active participants in the success of their communities.“ (McChrystal zit. nach Theros/Kaldor 2011: 8) Bestandteil ihres Forschungsprojektes war der Aufbau eines Netzwerkes von den befragen Bevölkerungsgruppen mit den beim Interventionsprojekt involvierten internationalen Organisationen, dem Militär und der afghanischen Regierung (vgl. Kaldor/Theros 2011), unter anderem durch gemeinsame Konferenzen. Der letzte Satz ihres Zwischenberichts ist sehr bezeichnend für den ausbeutenden Charakter ihrer Forschung, die konzipiert ist, um im Ergebnis in ein bestehendes Kriegsprojekt einzugehen: „*Their* views can help *us* develop a strategy“ (Kaldor/Theros 2011: 51, Herv. d. A.) Die Theorie-Macher*innen an der europäischen London School of Economics and Political Science (LSE) und die weiteren Interventionsstrateg*innen handeln – von den „native informants“ werden die benötigten lokalen Kenntnisse verwertet.

Forschung zu internationaler Politik wird vorrangig durch Akademiker*innen aus Nordamerika und Europa durchgeführt (vgl. bspw. Tickner 2003). Rufe nach einer Öffnung haben nicht zu systematischen Veränderungen geführt, um Weltpolitik aus der Perspektive der „Dritten Welt“ zu erkunden (vgl. ebd.). Ann Tickner (2006) spricht von einer zunehmenden Einschränkung akademischer Freiheit und beschreibt, wie die Wertschätzung anderer Weltsichten, von Minderheiten, von Frauen und von nicht-westlichen Kulturen als relativistisch, als nicht-faktenorientiert und als politisch kritisiert wird. Diese Intoleranz gegenüber anderen Weltsichten hätte nach dem 11. September 2001 und der 2002 erklärten Sicherheitsstrategie der USA, die auf die Förderung der Globalisierung westlicher Formen der Demokratie und neoliberale Weltökonomie setzt, noch zugenommen (vgl. Tickner 2006: 384; vgl. auch Darby 2006). Christine Löw hat in *Frauen aus der Dritten Welt und Erkenntniskritik* (2009) gezeigt, „dass eine postkolonial-feministische Betrachtungsweise imstande ist, die epistemische Gewalt in den Wissensformationen sichtbar zu machen“ (Löw 2009: 16). Der Begriff „epistemische Gewalt“ erfasst die destruktive Rolle, die von der Monopolisierung westlicher Denkformen und Positionen als die einzig richtigen ausgeht. Damit wird auch die Nicht-Hörbarkeit der konkreten Stimmen aus dem globalen Süden und aus marginalisierten Gruppen produziert. Christine Löw geht es mit ihrem feministisch-postkolonialen Ansatz darum, „die Vorherrschaft und Dominanz westlicher Herangehensweisen im erkenntnistheoretischen Bereich aufzubrechen“ (Löw 2009: 17), und zwar durch die Kontrastierung der blinden Flecken und Auslassungen westlicher Diskurse mit den Lebensbedingungen, der Subjektivität und den politischen Zielen von Frauen aus Weltregionen mit Kolonialisierungserfahrung, bzw. wie Löw sagt, „von Dritte Welt-Frauen“ (ebd.: 17).

Epistemische Gewalt ist die Bezeichnung für diejenigen Beiträge zu gewaltförmigen gesellschaftlichen Verhältnissen, die von den Wissensformen ausgehen. „Die epistemische Gewalt ist tief in unser Wissen eingelagert, ebenso wie in die Wege, auf denen wir zu diesem Wissen kommen.“ (Brunner 2015: 39). Claudia

Brunner sieht drei Elemente, über die epistemische Gewalt Wirkung entfaltet: die Normalisierung und Rechtfertigung anderer Gewaltformen, die Kanonisierung – also die Festlegung von Normen und Standards – von Wissen für Analysen im internationalen Rahmen sowie der Eurozentrismus und entsprechende Prämissen von Aufklärung, Modernität und Fortschritt (vgl. ebd).

Die Kontrastierung mit dem Wissen von Frauen aus den Weltregionen, die Kolonialisierung erfahren haben, als feministisch-postkoloniale Vorgehensweise wie Löw sie mit Bezug auf Gayatri C. Spivak darlegt, trägt dazu bei, den Westen zu dezentrieren und Europa zu provinzialisieren, wie Dipesh Chakrabarty (2000) es nannte. Dieser Gedanke der Kontrastierung mit den Auslassungen von Christine Löw und ähnlich lautende Forderungen von Mona Singer (2005) und Sandra Halperin (2006), das hegemoniale Wissen mit anderen Wissenssystemen und deren Erzählungen, die sich nicht einfügen, zu konfrontieren, haben meine Forschung mit inspiriert. „Das hegemoniale Wissen muß durch die Konfrontation mit anderen Wissenssystemen herausgefordert werden. […] Differenzen [werden] sichtbar und Widerstand möglich“ (Singer 2005: 241). Sandra Halperin arbeitet an der Dekolonialisierung der Erzählung bzw. des Mythos der europäischen Geschichte durch die Konfrontation mit nicht-einfügbaren (Gegen-)Erzählungen.

„[W]hat is needed is to confront the hegemonic perspective with an unassimilable difference, one that cannot be rendered compatible or incorporated but that, if accepted, makes it impossible to retain the dominant account.“ (Halperin 2006: 44)

Das institutionell anerkannte Wissenschaftsverständnis ist zutiefst eurozentrisch durchdrungen, in der Wechselwirkung mit Kolonialismus entstanden und beansprucht universelle Gültigkeit. Es werden nicht nur andere bestehende Wissenssysteme und das Wissen, das außerhalb der anerkannten wissenschaftlicher Institutionen entsteht, diskreditiert. Auch wissenschaftliche Ansätze wie der hier umgesetzte, die Wissen aus der Perspektive der Menschen mit Kolonialisierungserfahrung anerkennen, werden als fragwürdig behandelt. Der objektivistischen Sicht der Dinge ist es „gelungen [...], das ‚Andersseinkönnen jeglicher Ordnung‘ erfolgreich zu verdrängen“ (Lossau 2002: 42) und andere Wahrheiten zu unterdrücken.

Bereits in einer sehr frühen Phase dieser Forschung habe ich eine Erfahrung gemacht, wie dieser Universalitätsanspruch in wissenschaftlichen Debatten und Praktiken eine Wirkung entfaltet, die einen Arbeitsansatz, der Dekolonialisierung anstrebt, entweder zurechtstutzt oder delegitimiert. So wurde bei der Redigierung des Tagungsbandes *Der Talibankomplex* (Schetter/Klußmann 2011) von meinem Beitrag etwa die Hälfte des Textes „gekürzt“, sodass vor allem das ungewöhnliche empirische Material für die Präsentation stehen blieb. Die Auseinandersetzung mit Methoden westlicher Theorieproduktion als epistemischer Gewalt wurde gestrichen.

„Ich kann durchaus Ihrer Kritik [...] an der neokolonialen Praxis des Wissenschaftsbetriebs etwas abgewinnen und stimme Ihnen hier weitgehend zu; jedoch ist dieses Buch für den Leser bestimmt, der sich in erster Linie mit den Taliban auseinandersetzen will und nicht mit Wissenschaftskritik." (Schetter, E-Mail vom 28.10.2010, 18:05)

Die von mir zitierten Kritiker*innen einer politischen Integration der Taliban wären mit dieser Streichung als zu verwertende Objekte der westlichen Analyse und Theoriebildung stehen geblieben. Die unausgesprochene Vorannahme der Sozialwissenschaft, dass die Theoriebildung in westlichen Wissenschaftsinstitutionen geschieht, während die Objekte dieser theoretischen Analysen häufig in der Peripherie lokalisiert sind (vgl. Tickner 2006: 392-393), bleibt dabei unangetastet. Die Aussagen meiner afghanischen Gesprächspartner*innen wären zum Datenmaterial „einheimischer Informanten" geworden. Ich habe daraufhin die Veröffentlichung meines Beitrags verweigert und dies mit Bezug auf das Bild des kolonialen Haushalts für die Disziplin der Internationalen Beziehungen, das Anna Agathangelou und L.H.M. Ling beschreiben, begründet:

„‚[D]ownstairs' members gather ethnographic, ‚thick descriptions' (‚low politics') so that the ‚upstairs' members may theorize grandly about the world (‚high politics'). Indeed, those upstairs depend on the ethnographic sustenance and services provided by those downstairs, especially during times of crisis […] Instead of scholars and theorists in their own right, the House of IR casts them as ‚native informants'."(Agathangelou/Ling 2004: 30)

Auf der dem Sammelband vorangegangenen Tagung „Wer sind die Taliban?" (Evangelische Akademie im Rheinland/Universität Bonn, Bonn, 26.-28.03.2010) hatte ich ebenfalls in der ersten Hälfte meines Vortrags das Problem der epistemischen Gewalt erklärt und warum ich deshalb mit einer Methodologie arbeite, die lokale, subjektive Stimmen als zentrale Quellen im Sinne von Expert*innen mit eigenständigen Analysen wertet. In der zweiten Hälfte bekamen diese afghanischen Stimmen Raum, indem ich dem Tagungsthema entsprechend ausgewählte Wortbeiträge von Basisaktivist*innen zum Verständnis der Taliban zitierte oder als Audio-Ausschnitt einspielte. Dieser Vortrag und vor allem die zitierten Aussagen wurden als Provokation aufgenommen und folgendermaßen kommentiert: „Das sind Sekten ohne Relevanz", „nicht repräsentativ", „subjektive Stimmen und dazu eine solch subjektive Auswahl – das ist zu viel der Subjektivität" und, ob ich keine rational denkenden afghanischen Frauen hätte finden können. Kein Diskussionsbeitrag beachtete meine Ausführungen zu epistemischer Gewalt, stattdessen wurde diese augenblicklich ausgeübt. Ich verstehe das als eine Weigerung, sich mit der Verantwortung der Wissenschaft für koloniale, rassistische und sexistische Ausschlüsse in Analysen des Konfliktfeldes Afghanistan auseinanderzusetzen. Die Tagungsdebatten durchzog eine Suche nach pragmatischen Problemlösungen für das Peacebuilding-Projekt Afghanistan, dessen Scheitern nicht mehr zu leugnen war.

VERWICKELT: WISSENSCHAFT UND KOLONIALISMUS

Wissenschaft war historisch immer eng verbunden mit der Praxis des Kolonialismus und ist es auch heute. Forschung ist dreckig – aus dem Blickwinkel der Kolonisierten: „The term ‚research' is inextricably linked to European imperialism and colonialism. The word itself, ‚research' is probably one of the dirtiest words in the indigenous world's vocabulary." (Smith 2008: 1) Das westliche Wissenssystem half nicht nur, Kolonialisierungsmacht durchzusetzen und auszuüben. Andere weltweit bestehende Wissenssysteme wurden als Hindernisse angesehen, die überwunden werden mussten (vgl. Singer 2005). „Der Ausschluß von Heterogenität oder Differenz gehörte [...] zur Konstitutionsbewegung neuzeitlicher Wissenschaft und der durch diese verallgemeinerten szientistischen Rationalität." (Lossau 2002: 31) Die westliche Wissensform und Rationalität wurde als die einzig gültige aufgezwungen und deren Ausbreitung als zivilisatorischer Triumph der Wissenschaft über Aberglaube und Unwissen gefeiert.

„Diese epistemologische Strategie [des versteckten Nicht-Standpunkts der ‚god's eye view', der westliches Wissen als universal, anderes Wissen als partikular darstellt,] war entscheidend für die globalen Entwürfe des Westens. Indem sie die Position des sprechenden Subjekts verbarg, konnte die europäische/euro-amerikanische koloniale Expansion und Vorherrschaft die Hierarchie von überlegenem und unterlegenem Wissen und somit von überlegenen und unterlegenen Völkern in der Welt aufstellen. Sie drückte sich in Etikettierungen wie ‚schriftlose Völker' im 16. Jahrhundert, ‚geschichtslose Völker' im 18. und 19. Jahrhundert, der im 20. Jahrhundert üblichen Formulierung ‚unterentwickelte Völker', bis hin zu der aktuelleren Charakterisierung als ‚undemokratische Völker' im 21. Jahrhundert." (Grosfoguel 2010: 313)

Diese Form der Epistemologie ergab sich aus dem „imperialen Sein" (ebd.: 314) etwa 150 Jahre nach Beginn der kolonialen Expansion, einer Subjektivität, die sich als Mittelpunkt der Welt ansah (vgl. ebd.). Sprachen, Wissen, Kulturen der Kolonialisierten wurden missrepräsentiert, verhöhnt, verurteilt oder unhörbar gemacht (vgl. Smith 2008: 20). Gleichzeitig wurde Wissen ausgebeutet, in westliches Wissen integriert und die Herkunft unkenntlich gemacht. Forscher waren beim kolonialen Eindringen und Niederwerfen beteiligt, die Probleme der kolonialen Kontrolle, Vernichtung und Ausbeutung wurden wissenschaftlich bearbeitet und beantwortet (vgl. Seth 2009). Unter anderem übernimmt die Global Governance-Forschung heute eine vergleichbare Rolle. Auch die Ausbeutung von Wissen im Sinne von „they came, they saw, they named, they claimed" (Smith 2008: 80) setzt sich bis heute fort. „Researchers enter communities armed with goodwill in their front pockets and patents in their back pockets, they bring medicine into villages and extract blood for genetic analysis." (ebd.: 24) Wissenschaftler*innen haben nicht nur gesammelt, sondern in den kolonia-

len Gebieten umorganisiert und ausprobiert. Die kolonial kontrollierte Welt wurde und wird als Laboratorium verwendet (vgl. ebd.).

Post-/dekoloniale Theorie hat die Verantwortung von Intellektuellen hervorgehoben, die eigene privilegierte Sprechposition zu reflektieren und Kompliz*innenschaften anzuerkennen, die zur Unhörbarkeit der Subalternen und zur Aufrechterhaltung unterdrückender und imperialer Verhältnisse beitragen. Insbesondere in der Friedens- und Konfliktforschung sollte die Bedeutung der Rechenschaftspflicht gegenüber denjenigen, die von den Wirkungen der vertretenen Theorien, Lehren und Forschungen unter anderem bezüglich humanitär begründeter militärischer Interventionen als Zielobjekte („Empfänger*innen“) betroffen sind, einen zentralen Stellenwert einnehmen (vgl. Exo 2015a). Stattdessen wird die Rechenschaftspflicht gewöhnlich auf die akademisch-institutionellen Mechanismen gerichtet.

„Gerade von Forscherinnen und Forschern, die empirische Projekte in militarisierten Konfliktgebieten durchführen, muss eine besondere Sensibilität gefordert werden. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler müssen davon ausgehen, dass die von ihnen zusammengestellten Daten auch für militärische Ziele genutzt werden, insbesondere im Rahmen der militärischen ‚Human Terrain-Aufklärung‘, selbst wenn dies nicht ihren Absichten entspricht. Gerade Informationsanalysen, die in die sozialen Beziehungen und kulturellen Einstellungen eintauchen, sind für die militärische Aufklärung zunehmend interessanter als die klassische optische Aufklärung. Eine bedenkliche Einbindung sozialwissenschaftlicher Forscherinnen und Forscher in militärische Strategien und Strukturen findet statt, beispielsweise als interkulturelle Einsatzberaterinnen und -berater in der Bundeswehr oder im Human Terrain-System des US-Militärs.“ (Exo 2015a: 286)

Im Pentagon werden bereits seit vielen Jahren Anthropolog*innen beschäftigt, die den Feind und das Kampfterrain in seinen sozialen Netzwerken und tieferen kulturellen und sozialen Organisationsstrukturen begreifbar machen sollen. In Indochina und in Lateinamerika wurden von den USA im Rahmen von Counterinsurgency (Aufstandsbekämpfung) ethnosoziologische Studien eingesetzt (vgl. Chair for Social Anthropology Ruhr-Universität Bochum 2011). Unter anderem haben die Wissenschaftler David Kilcullen und Montgomery McFate gemeinsam mit US-General David Petraeus, Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte im Irak und in Afghanistan 2008-2010, CIA-Direktor 2011-2012, 2006 ein neues Militärhandbuch zum Counterinsurgency (COIN) verfasst. Im Mai 2010 – damit in der letzten Vorbereitungsphase auf die angekündigte Großoffensive im Sommer 2010 – wurde von der ISAF (International Security Assistance Forces) in Afghanistan die Stelle eines „Target Audience Analysis Counter Propaganda Specialist“ für eine/n Sozialwissenschaftler*in ausgeschrieben. Im gleichen Jahr suchte die Bundeswehr einen „Interkulturellen Einsatzberater“ für die Unterstützung der Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit des

Militärs in Afghanistan. Zudem suchte die deutsche staatliche Entwicklungsorganisation GTZ (Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit) für das gleiche, von der Bundeswehr kontrollierte Gebiet im Norden Afghanistans einen „Komponentenleiter (m/w) Stabilisierungsfonds“. Dabei handelte es sich um eine zivile Position für den „Aufbau von einheimischen Kapazitäten im Bereich der gewaltfreien Konfliktbearbeitung“ (Stellenausschreibung), für die eine „Zusammenarbeit mit militärischen Dienststellen (CIMIC)“ (ebd.) ausdrücklich festgelegt war.

Barbara Mück war als Angestellte der Bundeswehr unter anderem als Interkulturelle Einsatzberaterin der Bundeswehr der europäischen Truppen 2006 im Kongo beteiligt und „wünscht sich mehr engagierte Ethnologen in diesem Tätigkeitsfeld und deren stärkere Positionierung im öffentlichen Raum“ (Deutsche Gesellschaft für Völkerkunde, Protokoll Diskussionsforum, 02.10.2009: o.S.).

Im Bundesverteidigungsministerium wurde die Ethnologin Monika Lanik als Referentin und Beamtin im Amt für Geoinformationswesen eingestellt. Lanik nahm (wie auch Mück) an einem Diskussionsforum der Deutschen Gesellschaft für Völkerkunde (DGV) zu ethischen Aspekten des neuen ethnologischen Berufsfeldes in Krisen- und Kriegsgebieten teil. „Sie [Lanik] plädierte dafür, dass innerhalb ihres Tätigkeitsfeldes noch viel mehr ethnologische Fragen aufgeworfen würden.“ (Ebd.). Ethnolog*innen hätten die entsprechende Expertise zum Wissen um kulturelle Gegebenheiten und sollten sich beteiligen. „Das Tragen einer Uniform sei keine rote Linie jenseits derer die böse Welt anfängt, Ethnologen dürften diesbezüglich nicht stigmatisiert werden“ (ebd.), wurde von nicht militärisch-eingebetteten Ethnologen in der Diskussion betont.

Nicht allein das Wissen dort angestellter Ethnolog*innen wird vom Militär genutzt, sondern auch Literatur, die unabhängig entstanden ist. Der ethnologische Afghanistan-Forscher und Kritiker der US-amerikanischen (wie auch zuvor der sowjetischen) Intervention, Christian Sigrist, sagte in einem Interview mit dem Lehrstuhl für Soziale Anthropologie der Ruhr-Universität Bochum: „Man wollte meine Warnungen nicht hören [...]. Die Geheimdienste benutzen meine Texte.“ (Chair for Social Anthropology Ruhr-Universität Bochum 2011: 13)

Meine Forschung in Afghanistan prüfe ich in besonderer Weise unter dem Blickwinkel von Verantwortlichkeit für mögliche Komplizenschaften für koloniales Wissen und der Rechenschaftspflicht für mögliche Folgewirkungen insbesondere für die in Afghanistan lebenden Menschen. Vor allem ist diese geprägt von der Rechenschaftspflicht gegenüber den Aktivist*innen, die an dieser Forschung beteiligt sind, und vom Aufbau und der Weiterführung langfristiger sozialer und politischer Verbindungen zueinander.

AUSBEUTENDE FORSCHUNG

Es gibt verankerte ethische Leitlinien für die Forschungsdurchführung; besonders ausgeprägt sind diese bei den Ethnologen (beispielsweise der American Anthropological Association). Doch wie auch das erwähnte DGV-Forum von 2009 zeigt, bei dem eine ethische Leitlinie, die *Frankfurter Erklärung* verabschiedet wurde, stehen solche Leitlinien keineswegs im Widerspruch zu militärisch verwerteter Forschung. Dekoloniale Kritik betont, dass ethische Prinzipien regelmäßig ausgehebelt werden (vgl. Decoloniality Europe 2013).

Die bereits beschriebene Forschung von Mary Kaldor und Marika Theros zur Vernetzung von zivilgesellschaftlichem Engagement als Bottom-up-Strategie zu menschlicher Sicherheit in Afghanistan (Kaldor/Theros 2011), betrachte ich als eine ausbeutende Forschung. Die Erforschung der zuvor unbeachteten Stimmen zahlreicher Akteur*innen an der Basis der Gesellschaft und deren Vernetzung geschieht bei Kaldor/Theros als eine Zuarbeit zur internationalen militärischen Mission, zur afghanischen Regierung und zu den westlichen Governance-Berater*innen. Die Forscherinnen erklären, dass sie ihre Forschung als eine Beantwortung von offenen Fragen des zivil-militärischen Interventionsprojektes begreifen. Der weit klaffende Graben zur gesellschaftlichen Basis müsse bearbeitet werden. Ein US-amerikanischer ISAF-Militärvertreter gehörte zu den Eröffnungssprechern einer Konferenz mit den Zivilgesellschaftsvertreter*innen im Rahmen des Forschungsprojektes („Civic Action for National Interest and Human Security, 27.2.-1.3.2011, Kabul). Ein Berater des afghanischen Präsidenten Hamid Karzai forderte dort in seiner Rede, dass von der Zivilgesellschaft nun ein Beitrag kommen solle, weil die Regierung und die internationale Gemeinschaft die Probleme nicht mehr lösen könnten. Das Militär und die Regierung könnten nicht allein für Sicherheit, Frieden und Versöhnung sorgen, bekundete der Präsidentenberater (Mitschriften d. A. von der Konferenz). Auch der UN-Sondergesandte äußerte in einem Beitrag dazu, dass es keine militärische Lösung gebe und sie nun die Stimmen der afghanischen Bevölkerung bräuchten: „I tell you a secret: Nobody has come out with a solution. We need to hear your voice.“ (Ebd.) Nun sei die richtige Zeit dafür.

Es gehört zum westlich-akademischen Selbstverständnis, dass es ein Recht auf Informationen gibt. Wenn Informationen als notwendig bzw. fehlend eingeschätzt werden, besteht die wissenschaftliche Aufgabe darin, diese Informationen zu beschaffen. Die Verpflichtung gegenüber den Ansprüchen der wissenschaftlichen Institution, diese Aufgabe zu erfüllen, wird als vorrangig vor ethischen Überlegungen und Prinzipien bewertet. Auch in der feministischen Forschung zu internationaler Politik habe ich Beispiele gefunden, in denen sich auf ethische Prinzipien wie Transparenz und Reziprozität bezogen wurde, die dann jedoch in bewusster Entscheidung nicht eingehalten wurden. Die Notwendigkeit, Forschungsdaten zu erhalten, um den wissenschaftlichen

Informationsstand zu erweitern, wurde als am höchsten stehend bewertet. „My choice to avoid full transparency in some cases allowed me to access much-needed information.“ (Jacoby 2006: 168) Der Druck, zu publizieren und die eigene wissenschaftliche Karriere voran zu bringen, wird als Rechtfertigung dafür genannt, Ehrlichkeit und ein Eintreten für die Frauen, die beforscht werden, zurückzustellen (vgl. ebd.).

Ein Forschungsverständnis ist sehr weit verbreitet, das der Subjektivität der Betroffenen, die beispielsweise in Kriegsgebieten leben, erst nach der Bearbeitung durch die/den außen stehende/n Wissenschaftler*in Gültigkeit gewährt. Es wird eine kontrollierende, interpretierende, kategorisierende und letztendlich die wissenschaftliche Repräsentation entscheidende Autorität ausgeübt. Erst die/der Forscher*in erkennt demnach, wie Forschungssubjekte handlungsmächtig werden und welche Bedeutung die Handlungen haben. Entsprechend kann dann über Klassifikationen, Interpretationen, Aufbewahrung und Verwertung der Daten entschieden werden (vgl. Jacoby 2006: 162-163). In der Charta dekolonialer Ethik wird als zentrales Problem hervorgehoben, dass Forschungsmethodologie zur „Autorität über“ die Anderen privilegiert: „Academic research allows people to become the ‚authority about‘ others; the immigrant, the indigenous, the sans papiers, the Muslim woman“ (Decoloniality Europe 2013: 1).

Nach meinem wissenschaftlich-ethischen Verständnis, das sich an feministisch-dekolonialen Ansätzen orientiert, habe ich weder ein Recht, alles erfahren zu können, noch stelle ich die Perspektiven und das Wissen der Gesprächspartner*innen infrage. Stattdessen bin ich bestrebt, trotz aller Hindernisse einer transkulturellen Forschung in einem Kriegsgebiet von den Erfahrungen und Verständnissen der afghanischen Aktivist*innen zu lernen – so viel wie mir Zugang gewährt wird und wie ich angesichts vielfältiger Verständigungsbarrieren (nicht allein sprachlich) übersetzen kann. Subjektive Aussagen, persönliches Wissen und persönliche Erfahrungen, die durch Zuhören und Teilnehmen auf der Basis von vertrauensvollen Beziehungen vermittelt wurden, werden von mir als zentrale Quellen ernst genommen. Es geht nicht um den Erhalt von Datenmaterial zur Bearbeitung mit Theorien und Methoden, die aus einem eurozentrisch-kolonialen Wissenschaftsbetrieb stammen. Ich begreife meine Gesprächspartner*innen als Expert*innen. Die basispolitisch, anti-kolonial arbeitenden Organisationen verfügen über Konfliktanalysen und Wissen für einen möglichen Frieden. Es geht mir darum, dieses Wissen im Zusammenhang mit dem Denksystem, in dem es entstanden ist, zu verstehen. Ich mache Expert*innen-Interviews nicht nur dann, wenn ich beispielsweise den Sprecher der politischen Partei Hezbe Hambastagi interviewe. Auch wenn ich mit zwei alten, zunächst etwas ängstlichen erscheinenden Frauen – beide Witwen und Analphabetinnen – rede, die sich gerade entschlossen haben, einem Verband der Opfer von Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen beizutreten, führe ich ein Expertinnengespräch. Nicht zuletzt, weil es neben viel Mut eine gut bedachte Entscheidung erfordert, die Lebenserfahrung und gegenwärtige politische Verhältnisse einbeziehend, um trotz massiver Bedrohungen für die Rechte der Opfer einzutreten.

WISSENSCHAFT ALS KAMPFGEBIET DER DEKOLONIALISIERUNG

Als ich diese Forschung angefangen habe, standen Texte, die sich mit postkolonialer oder dekolonialer Forschung in der Umsetzung empirischer Projekte beschäftigen, kaum zur Verfügung – insbesondere nicht in der Friedens- und Konfliktforschung oder aus dem Fachgebiet der Internationalen Politik. Als Said 1978 *Orientalism* herausgab, war das ein Anfang, die Kolonialität in den westlichen Repräsentationen der nicht-westlichen Welt zu analysieren. Doch Said formulierte, dass von allem, was noch zu untersuchen bleibt, das Wichtigste sei, alternative, freiheitliche Forschungspraktiken zu entwickeln, die kulturübergreifende Forschungen ohne Unterdrückung und Manipulation ermöglichen.

„Perhaps the most important task of all would be to undertake studies in contemporary alternatives to Orientalism, to ask how one can study other cultures and peoples from a libertarian, or nonrepressive and nonmanipulative, perspective. But then one would have to rethink the whole complex problem of knowledge and power." (Said 1995: 24)

Detailreich ausgearbeitete ethisch-methodische Leitlinien für interkulturelle und interepistemische Forschungen habe ich bei einigen der Forschungseinrichtungen gefunden, die seit langer Zeit in Gebieten indigener Bevölkerung forschen. Diese Leitlinien sind das Ergebnis der Kämpfe der indigenen Gemeinschaften gegen den Diebstahl ihres Wissens und gegen ausbeutend-koloniale Forschungspraxis. Ein Grundprinzip dieser ethischen Forschung ist, dass die Kontrolle über den Forschungsprozess bei der indigenen Gemeinschaft liegt. Sie entscheiden über die Durchführung und können vom vereinbarten Konsens jederzeit zurücktreten. Es gibt eine Verpflichtung, etwas zurückzugeben. Mindestens müssen die Forschungsergebnisse einen Nutzen für die indigene Gemeinschaft haben und auf verständliche Weise präsentiert werden (vgl. Australian Institute of Aboriginal and Torres Strait Islander Studies 2011; University of Saskatchewan 2008). Die Beachtung ethischer Guidelines ist unumgänglich, aber nicht ausreichend (vgl. Smith 2008). Die Charta of Decolonial Research Ethics (Decoloniality Europe 2013) ist eine institutionenübergreifende Ausarbeitung, in der auch eine Skepsis gegenüber ethischen Leitlinien, insbesondere jenen der American Anthropological Association (vgl. American Anthropological Association Commission on the Engagement of Anthropology with the US Security and Intelligence Communities 2009), ausgedrückt wird, weil diese meist dazu beitragen das „white political field" (ebd.: 1) zu verteidigen. Der Begriff „white political field" bezieht sich auf den Raum, die Zeiten und politischen Logiken, die den Kern imperialistischer Staaten oder des globalen zwischenstaatlichen Systems ausmachen. Entsprechende Institutionen entstehen aus

historischen Kämpfen innerhalb der Gruppe der Weißen wie auch als Folgen der Monopolisierung des Politischen durch diese Gruppe (vgl. Decoloniality Europe: Decolonial Key Concepts).

„In these ethical codes, the privilege of making ethically informed decisions is given to the researcher, and so all ethics are suspended in the moment the researcher is out of ‚the field'. The logic that the researcher collects information to take to the university to analyse remains untouched, the privilege of the last word is successfully protected, and so is white imperial identity behind it." (Decoloniality Europe 2013: 5)

Die bedeutendste Grundlage für konkretere Einblicke in Möglichkeiten der Umsetzung einer dekolonial umgewälzten Epistemologie ist für mich das Buch *Decolonizing Methodologies* von Linda Tuhiwai Smith (2008). Dazu kommen weitere Beiträge aus der dekolonialen Bildungsforschung, die Smith mit herausgegeben hat (Denzin/Lincoln/Smith 2008) oder die sich auf Smith beziehen (Mutua/Swadener 2004; Bishop 2005). Smith stellt fest: „The mix of science, cultural arrogance and political power continues to present a serious threat to indigenous people." (Smith 2008: 99) Sie begreift ihre Arbeit als Teil eines internationalen Projektes der Dekolonisierungspolitik der indigenen Bewegung, in dessen Rahmen sie übernimmt, Indigene Methodologie, indigenes *researching back* und Forschung von Indigenen für Indigene zu entwickeln. „[I]ndigenous communities [...] are not only beginning to fight back against the invasion of their communities by academic, corporate and populist researchers, but to think about, and carry out research, on their own concerns." (Ebd.: 39).

Forschung hat für Indigene als Kampfgebiet eine Bedeutung (vgl. Smith 2008: 39). Während der „Decade of the World's Indigenous Peoples" (1994-2004) haben indigene Forscher*innen einen Angriff größten Ausmaßes gegen westliche Epistemologien und Methodologien ausgeführt („a full-scale attack was launched") und die Dekolonialisierung der wissenschaftlichen Praktiken gefordert (vgl. Denzin/Lincoln 2008: 3). In der dritten Auflage des von Denzin und Lincoln herausgegebenen *SAGE Handbook of Qualitative Research* (2005) wurden mehrere Beiträge zu indigener Methodologie aufgenommen (u.a. Bishop 2005; Smith 2005). Außerdem hat Linda Tuhiwai Smith zusammen mit Norman Denzin und Yvonna Lincoln 2008 ein Handbuch kritischer und indigener Methodologien herausgegeben, denn, so erklären sie, indigene Forscher*innen könnten kritischen Theoretiker*innen zeigen, wie diese ihren Methodologien eine Anbindung auf der lokalen Ebene geben können („to ground their methodologies at the local level", Denzin/Lincoln/Smith 2008: x).

Smith entwirft eine indigene Forschungsagenda, die eine Systematisierung und Anerkennung für diejenigen Forschungsmethoden und Techniken der Datensammlung und -analyse bietet, die bereits in den indigenen Gemeinschaften praktiziert

werden und die epistemologisch und methodologisch in indigene Denkweisen, Werte, Sprache, Haltungen und Praktiken eingebunden sind. Ihre Agenda ist Teil eines internationalen Projektes und doch geht es vor allem darum, die kleinen, bereits bestehenden lokalen Praktiken zu achten und als Forschung anzuerkennen. Oft werden Projekte, die aus den drängenden Fragen und Bedürfnissen der Gemeinschaften mit eigenständigen Methoden und kulturell eingebunden entwickelt werden, von diesen selbst erst gar nicht als Forschung bezeichnet, „in case it provokes the scorn and outrage of ‚real‘ researchers“ (Smith 2008: 125). Der Mythos, dass Forschung eine hochspezialisierte, institutionalisierte und distanzierte Expertenarbeit ist, soll durchbrochen werden. „They search and record, they select and interpret, they organize and re-present, they make claims on the basis of what they assemble. This is research.“ (Smith 2008: 17)[2] Smith richtet sich mit ihrer Forschungsagenda vor allem an indigene Forscher*innen. Die Forschungsagenda stellt die Selbstbestimmung in den Mittelpunkt und verbindet Forschung mit sozialer Verantwortlichkeit („research will ‚benefit mankind‘“; ebd.: 117).

Smith vermittelt das Maori-Wissenssystem und die Legitimität und Gültigkeit/Validität des Maori-Wissens. „[R]esearchers actively decenter the Western academy as the exclusive locus of authorizing power that defines research agenda.“ (Mutua/Schwadener 2008: 38) Diese Bewegung zur Dekolonialisierung von Forschung und Wissen ist nicht einheitlich, sondern vielfältig, zahlreich und stark (vgl. ebd.). Sie wird in Hunderten von Sprachen und Kommunikationsformen ausgedrückt:

> „[…] in song, oral storytelling, dance, poetry, and rituals. Such voices use performative styles, reflecting an array of indigenous epistemologies that go far beyond prevailing Western academic styles and venues for dissemination, resisting external definitions of what is of worth, and often reflecting relational versus individualistic constructions of human beings and other creatures.“ (Mutua/Schwadener 2008: 39)

Anna Agathangelou und Lily Ling (2009), die den postkolonial-feministischen Forschungsansatz *Worldism* entwickelt haben, erkennen darin diese multiplen Epistemologien und Ausdrucksformen von Wissen an, um eine neue Grundlage für die Forschung von Fragen der Weltpolitik zu schaffen. Agathangelou und Ling begreifen die zahleichen Epistemologien in einem Zusammenhang stehend, der durch Austausch und Konflikt gekennzeichnet ist. Worldism stellt ein herkömmliches

2 Nach der Definition der UNESCO (United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization) ist Forschung und Entwicklung „[a]ny creative systematic activity undertaken in order to increase the stock of knowledge, including knowledge of man, culture and society, and the use of this knowledge to devise new applications.“ (UNESCO Statistical Yearbook 2003: o.S.)

Verständnis von Methodologien grundlegend auf den Kopf. „Worldism helps us identify fiction, generally, and poetry, specifically, as exploratory methods for an emancipatory and culturally-resonant social science. We also consider the possibility that method itself is a form of fiction – one with direct political consequences.“ (Agathangelou/Ling 2005b: 1) Fiktion wird zur berechtigten Methode. Agathangelou/Ling gehen davon aus, dass es nicht die eine objektive Welt, sondern multiple Weltwahrnehmungen und Praktiken gibt. Eine Vielzahl an Weltbegrifflichkeiten und Wissenssystemen stehen demnach in Austausch- und Konfliktbeziehungen, sind von Macht – und Herrschaftsverhältnissen (race-gender-class-culture) durchzogen und werden in intersubjektiven Wahrnehmungen und Äußerungen reproduziert. Entgegen der Gewalt singulärer Begriffe, Theorien, Epistemologien und Methodologien schlagen Agathangelou/Ling Worldism als Konzept vor. „[W]hen the Other voices itself, neither Self nor Other, theory-building nor practical politics, can remain the same.“ (Agathangelou/Ling 2004: 45) Mit der Wertschätzung subjektiver Äußerungen, fiktionaler Texte und insbesondere von Gedichten, öffnen sie Forschung für neue Präsentationsformen von Wissen. Kritik, Sehnsüchte und Neuentwürfe für Formen politischen Lebens würden sichtbar.

> „Poetry serves as a method or site of labour for transforming and reconstructing our worlds. […] [P]oetry – whether in the form of folktales or songs or simple ditties – has expressed human needs, goals, aspirations, and desires from ancient to present times.“ (Agathangelou/Ling 2005a: 842)

Mit Fiktion oder Poesie als Methode wird nicht eine vereinheitlichte Interpretation angestrebt, sondern offene, kontroverse Debatten (vgl. Agathangelou/Ling 2005b: 12; Agathangelou/Ling 2005a: 843). Die beiden Autorinnen formulieren auch epistemologische Verpflichtungen, in denen die Rechenschaftspflicht einen zentralen Stellenwert bekommt. „What are we thinking/doing/being, at whose cost, and why?“ (Agathangelou/Ling 2004: 44)

SCHWIERIGKEITEN KULTUR-ÜBERSCHREITENDER FORSCHUNGEN IM NEOKOLONIALEN KONTEXT

Forschung ist immer eine machtvolle Intervention, die traditionell dem Forscher nützt sowie dem Wissensbestand der gesellschaftlich herrschenden Gruppe (vgl. Smith 2008). Die Machtdynamik, die immer in Forschungsbeziehungen besteht, muss wahrgenommen und reflektiert werden. „They have the power to distort, to make invisible, to overlook, to exaggerate and to draw conclusions, based not on

factual data, but on assumptions, hidden value judgments, and often downright misunderstandings“ (Smith 2008: 176).

Eher am Rande behandelt Linda Smith auch mögliche Forschungen im „cross-cultural context“ (Smith 2008: 173), das heißt, als Kooperationsprojekte mit Forschenden, die aus einer anderen (Wissens-)Kultur kommen. Weil ein tiefes Misstrauen gegenüber den Motiven und Methodologien westlicher Forscher*innen besteht, wird erwartet, dass diese den Nutzen einer Forschung detailliert „vorbuchstabieren“ („spell out“; ebd.: 118). Es ist sehr wichtig, die für alles Weitere grundlegende Annahme infrage zu stellen, dass einzelne Forscher*innen ein gegebenes Recht auf Wissen und Wahrheit haben. Smith listet zahlreiche Fragen auf, die gestellt werden müssen: als erstes die Frage danach, wer das Forschungsproblem definiert. In den weiteren Fragen geht es darum, für wen die Forschung relevant und wertvoll ist und welches Wissen die Gemeinschaft, in der geforscht wird, durch die Forschung erhält. Es muss beantwortet werden, was die positiven, aber auch mögliche negativen Auswirkungen der Forschung sind. Auch wird gefragt, wer die Forschung aufschreibt und wie die Ergebnisse verbreitet werden. Nicht zuletzt wird die Frage gestellt, wem gegenüber der/die Forschende rechenschaftspflichtig ist (vgl. ebd.: 173 sowie 10).

Das Eingehen von emotionalen, empathischen und reziproken Beziehungen mit Achtung und Sorge füreinander, in dessen Rahmen ein gegenseitiges Teilen von Wissen als Lernprozess stattfinden kann, ist grundlegend für dekoloniale, transkulturelle Forschung. Die Beantwortung der von Linda Smith und ähnlich auch von anderen formulierten Fragen zum Sinn, Nutzen und Schaden der Forschung wie auch zur Rechenschaftspflicht der Forscher*in ist unumgänglich. Zudem muss von Beginn an, während des gesamten Verlaufs und insbesondere nach Abschluss der Phase, die herkömmlicherweise als Datensammlung im Feld oder Feldforschungsphase bezeichnet wird, eine umfassende Verständigung und Zustimmung stattfinden: über Fragestellung, Charakter, Vorgehensweise (Forschungsdesign), aber vor allem auch über die Ausformulierung der Ergebnisse und Publikationsformen.

Guter Wille ist nicht ausreichend, um Vorannahmen und Haltungen zu überwinden, die aus Jahrhunderten der Macht und Privilegien entstammen und die Sprachen und Bedeutungssysteme geschaffen haben, die nur in kleinen Bereichen in der Begegnung verschiedener globaler Lebenswelten hinweg geteilt werden können und in weiten Bereichen nicht gemeinsam sind. „Even good intentions by the dominant group are not always sufficient to enable their ears to hear and therefore for the other to speak.“ (Jones/Jenkins 2008: 478) Deshalb ist die Taubheit der Kolonisierenden eine Bedingung der kolonialisierten Gesellschaft. „While usually unintentional, such dis-ability enables imposition on others in the name of development and engagement.“ (Ebd.: 478) Auch in Projekten der Zusammenarbeit sind die verbündeten Forscher*innen nur teilweise fähig, zu hören und zu sehen. Das Ziel kann auch nicht sein, die andere gesellschaftliche Gruppe als Objekt begreifbar zu machen.

„The indigene-colonizer collaboration – if we are open and susceptible – is a site of learning *from* difference rather than learning *about* the other. […] It is openness to difference that can provoke meaning beyond our own culture's prescriptions – and lead to new thought.“ (Ebd.: 480, Herv. i. O.)

Die Begrenztheit des Verstehens ergibt sich nicht nur aus der unterschiedlichen Geschichte und den verschiedenen Erfahrungen, kulturellen Werten und Lebensweisen. Um vermeintlich zu verstehen, wird sich das Andersartige auf dem Hintergrund des vorhandenen Wissens erklärt und damit die/der Andere zum Objekt der eigenen Welt, des eigenen Verständnisbereiches reduziert. Wird jedoch eine Beziehung eingegangen, kann ich zuhören, aufmerksam dabei sein, mich überraschen und gefühlsmäßig berühren lassen. Die wahrgenommenen Unterschiede regen dabei ein Nachdenken über die eigenen Selbstverständlichkeiten, Generalisierungen und Begrenztheiten an. Es ist wichtig, die Verunsicherung zuzulassen. „What she brings me is the experience of difference. This experience confronts me with limits of my knowledge and learning, when I had no idea of their limits before.“ (Jones/Jenkins 2008: 479)

In Berichten dekolonialer Forschungen (bspw. Swadener/Mutua 2008) wird vielfach erklärt, dass es oft nicht sinnvoll ist, an einer Einteilung in „insider“ und „outsider“ für transkulturelle Forschungen festzuhalten (vgl. bspw. Jankie 2004). Stattdessen kann von „foreign researchers as the ‚allied other‘“ (Mutua/Swadener 2008: 38) gesprochen werden. An diese Anbindung von Forscher*innen, die aus einer anderen (Wissens-)Kultur kommen, sind zahlreiche bereits genannte Bedingungen geknüpft. So sehr diese dekolonialen Leitlinien, Prinzipien oder indigenen Forschungsagenden eine Orientierung sein müssen, wird die Umsetzung diesen Vorgaben oft nicht in jedem Detail entsprechen. Wenn wir bestrebt sind, diese radikal dekolonial umgewälzten ethischen und methodologischen Werte anzuwenden, werden wir uns aller Voraussicht nach dabei dreckig machen.

Beth Blue Swadener schaut auf viele Jahre Erfahrung mit dekolonialer Forschung – die sie vorher „partnership research“ (Mutua/Swadener 2008: 35) nannte – zurück, bestrebt, die Stimmen und Weltsichten der kenianischen Lehrer*innen in den Vordergrund zu rücken, mit denen sie bei dieser Forschung im Bildungsbereich zusammenarbeitete. Als europäisch-amerikanische Frau mit zahlreichen Privilegien arbeitet sie daran, Unterdrückung zu verlernen: „I have actively interrogated ways in which my work may be reproducing colonial, exploitive, or oppressive patterns and relationships.“ (Ebd.: 35) Viele Jahre arbeitete sie mit erstellten Leitlinien für dekoloniale Forschung, die in „insider“ und „outsider“ als Partner*innen unterschieden und relativ eindeutige Vorgabe machten, unter anderem die Co-Autorenschaft für alle Veröffentlichungen, die aus der Forschung resultieren. Zu den Vorgaben gehörte auch die Verbreitung der Ergebnisse bei den lokalen Beteiligten in einer Weise, die für diese eine Relevanz hat. Das umfasst auch, Finanzierungsmöglichkeiten zu erschließen, um Publikationen im Land der

Forschungsdurchführung verbreiten zu können. Swadener ging später dazu über, den Komfort solch regel-gesteuerter dekolonialer Forschung über Machtungleichverhältnisse hinweg infrage zu stellen. Die Forschungen seien komplex und könnten nicht alles vollständig in der angestrebten Weise umsetzen. „I have confronted the likelihood that decolonizing research is a messy, complex, and perhaps impossible endeavor – yet have affirmed that attempting to decolonize one's work is a project worth pursuing." (Ebd.: 36) Sie kommt zu der Schlussfolgerung, dass dekoloniale Forschungen die Möglichkeiten eines individuellen Bestrebens überschreiten. Kollektive oder Allianzen seien erforderlich, die dekoloniale Projekte zu ihrem Anliegen machen. Doch darf deshalb der Versuch, die eigene Arbeit zu dekolonialisieren, nicht aufgegeben werden, betont Swadener.

Es ist von größter Bedeutung, Wissen/-schaft zu dekolonisieren, die multiplen weltweit bestehenden Epistemologien und Weltverständnisse anzuerkennen und die vielen, die kolonial marginalisiert werden, nach vorne zu rücken. Dabei wird das westliche Wissenschaftssystem auf die lokale Bezogenheit und Partikularität verwiesen, die allen Wissenssystemen eigen ist. „Recognizing the localness of science subsumes many of the previously supposed limitations of other knowledge systems compared with Western science." (Watson-Verran/Turnbull 1995: 116) Die verschiedenen lokal bezogenen Teile stehen in einem Austausch, der derzeit machtvoll das europäische System überordnet und andere Wissensformen delegitimiert. Indigene bzw. Menschen mit Kolonialisierungserfahrung wehren sich an vielen Orten weltweit gegen ausbeutende Forschung und entwickeln ihre eigenen Forschungsagenden und Forschungspraktiken. Es ist wichtig, sich als im westlichen Bildungssystem geprägte und mit Privilegien ausgestattete Europäer*innen an der Dekolonialisierung von Forschung zu beteiligen. Trotz aller Unzulänglichkeit und Widersprüchlichkeit sollten wir nicht zögern, uns in diesem unsicheren Terrain zu bewegen, wenn wir danach streben, zum „allied other" in diesen Kämpfen um Dekolonialisierung der Wissensformen – und nicht nur dieser – zu werden. [A]lliances across complex differences and power matrices are difficult but have never been more important than now." (Cannella/Manuelito 2008: 46)

„[W]ithin decolonizing projects, the possibilities of forging cross-cultural partnerships with, between, and among indigenous researchers and ‚allied others' and working collaboratively on common goals that reflect anticolonial sensibilities in action are important facets of decolonization." (Mutua/Swadener 2008: 31)

Der soziale und der epistemische Ort müssen nicht zusammenfallen, betont Ramón Grosfoguel (vgl. Grosfoguel 2011a). Wer auf der unterdrückten Seite von Machtverhältnissen lebt, wird nicht automatisch von einer subalternen Erkenntnisposition aus epistemisch denken (vgl. ebd.: 5). Grosfoguel vertritt die Ansicht, dass auch privilegierte Weiße dekolonial wissenschaftlich arbeiten können. Sie müssten dafür

die Perspektive der Menschen mit Kolonialisierungserfahrung einnehmen und die Epistemologien des Südens sehr ernst nehmen. Grosfoguel und andere dekoloniale Denker*innen betonen wie wichtig es ist, von wo aus gedacht wird. Zudem ist es wichtig, dass diejenigen, die in den bestehenden Wissen-Macht-Verhältnissen privilegiert werden, den Raum für interepistemischen Dialog, für Gespräche und forschendes Lernen mit Bescheidenheit betreten. Wir haben nicht nur viel zu verlernen und neu zu lernen. Wir sind es auch gewohnt, Lösungen zu haben und Unterstützung zu geben und damit eine Rolle einzunehmen, die nicht angemessen sowie eurozentrisch ist. Neben der epistemischen Positionierung, also die Perspektive und die Erkenntnisweise der Menschen mit Kolonialisierungserfahrung einzunehmen bzw. nach vorne zu rücken, ist eine politische Positionierung als Teil der umfassenden Kämpfe für die Dekolonialisierung der Wissens-/Weltverhältnisse grundlegend für dekoloniale Wissenschaft.

RELATIONALE EPISTEMOLOGIE

Im Gegensatz zur weiterhin als wissenschaftliches Ideal gelehrten Forschungsagenda eines distanzierten, nicht involvierten Forschers, der neutrale Daten sammelt, prüft und Fakten in individuell gekennzeichneten Publikationen sachlich präsentiert und bewertet,[3] gehört es zur Grundlage einer indigene Forschungsagenda, wie beispielsweise der Kaupapa Maori Forschung (Smith 2008; Bishop 1998; Bishop 2005), dass ein*e Forscher*in empathisch und emotional begreifbar ist und soziale Verbindungen eingeht, in denen Wissen gegenseitig ausgetauscht werden kann.

Eine solche Epistemologie der Beziehungen („relational epistemology“, Bishop 2005: 118) und des teilnehmenden Lernens/Wissens („participatory mode of knowing“, Denzin/Lincoln 2008: 14) betont Fürsorge, den Wert der individuellen Ausdrucksweise, die Fähigkeit zur Empathie, das Teilen von Emotionalität und die persönliche Rechenschaftspflicht (ebd.: 15). Der/die Forscher*in wird persönlich zur Rechenschaft gezogen. Diese Verantwortung hat er/sie nicht gegenüber einer entfernten wissenschaftlichen Disziplin oder Institution, sondern gegenüber denjenigen, mit denen (über die) er/sie forscht.

Die Etablierung ehrlicher, respektvoller gegenseitiger und nicht ausbeutender Beziehungen, in denen sich die Personen mit ihrem kulturellen, persönlichen und projektbezogenen Hintergrund offen zeigen, wird als essentielle Grundlage für eine Forschung gesehen. Das wird bei Smith (2008) in allen Beschreibungen, nicht nur

3 Auch qualitative Forschungsdesigns gehen häufig von vergleichbaren Grundlagen aus und halten daran fest, dass das empirische Material Objektivitätskriterien entspricht und geeignet ist, eine Hypothese zu überprüfen.

für cross-cultural Forschungen, deutlich. Fürsorglicher Umgang miteinander ist nicht allein für den Moment des Forschungskontaktes wichtig:

„At a general level insider researchers have to have ways of thinking critically about their processes, their relationsships and the quality and richness of their data and analysis. So too do outsiders, but the major difference is that insiders have to live with the consequences of their processes on a day-to-day basis for ever more, and so do their families and communities." (Smith 2008: 137)

Linda Tuhiwai Smith (2008) beschreibt deshalb für die Maori in Neuseeland wie ein*e Forscher*in auch mit zunächst unerwarteten Fragen konfrontiert wird: „Is her spirit clear? Does he have a good heart? What other baggage are they carrying? Are they useful to us? Can they fix up our generator? Can they actually do anything?" (Ebd.: 10) Kontakte von Angesicht zu Angesicht sind wichtig, wie auch Bescheidenheit. Zwei weitere Aspekte, die von westlichen Forschenden häufig nicht oder unzureichend beachtet werden, sind „sharing of knowledge" und „reporting back" (ebd.: 15). Das ist nicht mit der Überreichung eines Berichtes erledigt. Es geht um Reziprozität, Feedback und Zurückgeben, um Bestandteile respektvoller Beziehungen. Die theoretischen und methodologischen Hintergründe der Forschung können als Wissen geteilt werden, statt an deren Stelle ein paar Informationen und Ergebnisse weiterzugeben. Dies kann und sollte in einer Sprache erfolgen, die der Kultur und dem Kontext angemessen ist, und in einer Weise, die für die Menschen von Bedeutung ist, die zur Forschung beigetragen haben.

„[S]haring is about demystifying knowledge and information and speaking plain terms to the community. Community gatherings provide a very daunting forum in which to speak about research [...] with laughter, deep reflection, sadness, anger, challenges and debate. It is a very skilled speaker who can share openly at this level within the rules of the community." (Ebd.: 161)

Russell Bishop (2005), der wie auch Linda Smith über den Kaupapa-Maori-Forschungsansatz schreibt, sieht im Whakawhanaungatanga, dem Prozess ein Whânau, eine erweiterte Familie, aufzubauen, eine metaphorische Orientierung für die Initiierung einer Forschungsgruppe. Es geht dabei um die Herstellung von körperlicher Verbindung, Engagement, Verbindlichkeit und Verpflichtung für andere Menschen. Nicht die Arbeit, das Forschungsprojekt oder der akademische Titel sind von Bedeutung, sondern die Verbindung zu den Menschen und zum Land.

„[T]o use the term whânau is to identify a series of rights and responsibilities, commitments and obligations, and supports that are fundamental to the collectivity. […] warm interpersonal interactions, group solidarity, shared responsibility for one another, cheerful cooperation for

group ends, corporate responsibility for group property, and material or nonmaterial (e.g. knowledge) items and issues.“ (Bishop 2005: 119)

Der Whânau, die erweiterte (Forschungs-)Familie, ist ein Ort für Kommunikation und um gemeinsam geteiltes Verständnis und Bedeutung herzustellen. Das, was die Gruppe erreicht, wird gemeinsam und nicht individuell vorgezeigt (ebd.). Nicht das konkrete Forschungsdesign oder ein spezieller Ansatz, mit Whakawhanaungatanga oder in anderer Form, sind gemäß Bishop letztlich entscheidend. Wichtig ist die Art der Beziehungen zu den Menschen, mit denen die Forschung durchgeführt wird. Die Selbstbestimmung im Forschungsprozess zu stärken, ist dabei zentral. „What is fundamental is not the approach per se, but rather establishing and maintaining relationships that address the power of the participants for self-determination.“ (Bishop 2005: 126) Relationale Epistemologie meint eine Form von Wissensaneignung, die Wissen als sozial und durch körperlich eingebundene Personen konstruiert versteht, die in gegenseitigen Beziehungen stehen. Wissen ist nicht losgelöst vom körperlichen Dasein und von der Teilnahme an sozialen Beziehungen.

„This participatory mode of knowing privileges sharing, subjectivity, personal knowledge, and the specialized knowledges of oppressed groups. It uses concrete experience as a criterion for meaning and truth.“ (Denzin/Lincoln 2008: 14)

Die Beziehungen bilden die Grundlage für Austausch, Verständnis und Lernen trotz der unterschiedlichen Wissenszugänge. Erkenntnis, die cross-cultural auf dieser Basis entsteht, verstehe ich als nicht einer der beteiligten Personen/Seiten zugeordnet. Durch die Beziehungen entsteht Erkenntnis, neues Wissen „an der Grenze“. Dieses Wissen ist Ausdruck des Lernens in der Beziehung, die durch gegenseitige Fürsorge geprägt ist.

ETHISCH-METHODISCHE FORSCHUNGSGESTALTUNG

Für dieses dekoloniale Forschungsprojekt war ein grundlegendes Kriterium, antikolonialen Ansätzen und Bewegungen durch die Forschung nicht zu schaden, sondern möglichst gemeinsam mit diesen eine Forschung zu entwickeln, die für eine Dekolonialisierung von Wissen und eine weitergehende dekoloniale Praxis sinnvoll oder förderlich ist (vgl. Charter of Decolonial Research Ethics 2013). Zentral für eine dekoloniale Forschung und die vorliegende Arbeit ist der (tendenzielle) Wechsel der Subjektposition im Forschungsprozess – mindestens als Orientierung auf dem Weg. „[T]he unsettling of where epistemic authority lies between ‚researcher‘ and ‚subject‘ is a necessary part of [the decolonizing project].“ (Sabaratnam 2011: 801)

Eine hauptsächliche Aufgabe bei dieser Forschung war dementsprechend, diese Verschiebung der epistemischen Autorität in der Praxis umzusetzen. Es geht nicht darum, gut gemeint, aber unreflektiert anderen eine Stimme zu geben. Die Folge davon könnte sein, erfahrenes Wissen wohlmeinend zu interpretieren und vermeintlich besser als die Betroffenen selbst zu repräsentieren, als deren Vertreter*in und selbst ernannte Fürsprecher*in. Dies wäre eine Form von Wissensausbeutung und Überlegenheitsdenken, die ich ausdrücklich ablehne. Re-Präsentation meint hier (vor allem) darstellen und nicht vertreten (zu der Bedeutung dieser beiden Aspekte von Repräsentation vgl. Spivak 2011). Insofern ist meine Rolle als Forscherin die einer (Ver-)Mittlerin – nicht als Vermittlerin von Wissen als Daten oder als Objekt (-erfassung) an die akademische Institution, sondern als Vermittlerin zwischen Epistemologien und deren Rationalitäten. Meine Arbeit sehe ich als einen Beitrag, das Wissen der Aktivist*innen in Afghanistan in seiner eigenen Rationalität in die Debatte in Europa – konkret im deutschsprachigen Raum – einzubringen und mit seiner nicht kompatiblen Unterschiedlichkeit zum verbreiteten, dominanten Wissen zum Konflikt in Afghanistan ein Nachdenken zu provozieren.[4]

Ich bin dabei kein neutrales Sprachrohr. Ich erstens nicht neutral, weil die Forschung positioniert ist. Ich versuche, die Perspektiven derjenigen einzunehmen, die einen politischen Diskurs und Handlungen gegen die neo-koloniale Interventionspolitik in Afghanistan und deren direkte Auswirkungen entwickeln. Ich nehme also eine Perspektive der Kolonialisierten ein. Doch – und das ist der zweite Aspekt nicht bestehender Neutralität – dieser Perspektivenwechsel bleibt durch meine Repräsentation beeinflusst bzw. diese wird durch meine Formulierungen und meine Auswahl gestaltet. Meine Darstellung der afghanischen Organisationen ist nur möglich durch die Begegnungen, die eingegangenen Beziehungen, die (Forschungs-)Gespräche und weitere gemeinsame Erfahrungen und Recherchen. Gleichzeitig ist sie geformt durch meine Wahrnehmung und die Begrenztheit meines Verständnisses vor dem Hintergrund meiner bisherigen Erfahrungen, meiner Bildung, meiner kulturellen und vielfachen Prägungen, meiner Körperlichkeit als *weiße* Frau, meiner Sprache und meines politischen Denkens. Ich bin diesen Prägungen nicht passiv ausgeliefert. Auch wenn ich nicht alles bewusst wahrnehmen und reflektieren kann, so treffe ich doch Entscheidungen und ich kann lernen. Dazu gehört das Lernen über historische Erfahrungen, kulturelle Besonderheiten, Lebensbedingungen, gesellschaftliche (Macht-)Verhältnisse, aber vor allem auch lernen, den eigenen Eurozentrismus zu erkennen und zu verändern.

4 Neben meiner Präsentation unter anderem in diesem Buch organisiere ich Vortragsreisen und Workshops mit Online-Gesprächen in Deutschland mit den Vertreter*innen der afghanischen Organisationen, bei denen diese sich selbst präsentieren.

„[O]ne may never be able to fully erase the sedimentations of Eurocentric knowledge, which in some ways goes to the very heart of the practice of professional scholarship. But, there is a distance to go before that last issue becomes a problem." (Sabaratnam 2013: 274)

Repräsentation ist immer subjektiv und immer politisch. Hier ist sie ein Ausdruck der intersubjektiven persönlichen und politischen Begegnung im Forschungsprozess. Dabei ist es äußerst wichtig, welchen wissenschaftlich-ethischen und politischen Kriterien gegenüber ich mich rechtfertige. In der Charter of Decolonial Research Ethics, die im Mai 2013, demnach zu einem späten Zeitpunkt für dieses Forschungsprojekt, herausgegeben wurde, wird vieles von dem, was mir auch vorher bereits eine Orientierung war, noch pointierter und konsequenter formuliert. In der Präambel heißt es dort: „Academic knowledge production protects white privilege […] One of the most salient ways in which this happens is through methodology. […] Academic research allows people to become the ‚authority about' others […]." (Decoloniality Europe 2013: 1) Auch Edward Said hatte bereits in *Orientalism* (1978) die Notwendigkeit gesehen, die intellektuelle Autorität westlicher Forscher über Asien und den Mittleren Osten („den Orient") zu analysieren. Mit der dekolonialen Ethik-Charta werden die Privilegien, die Forscher*innen eine Autorität zu Aussagen „über die Anderen" zugestehen und das „white political field" (Decoloniality Europe 2013: 1) verteidigen, als Probleme benannt und Prinzipien formuliert, die gegen diese Privilegien arbeiten. Das entscheidende Problem mit Forscher*innen, die „eine Stimme geben", „zuhören" und partizipatorisch „mit" Menschen arbeiten wollen, die sich auch gegen Unterdrückung und Rassismus aussprechen und sich als „dekolonial" arbeitend begreifen, ist gemäß der Charta, dass ethische Vorschriften aufgegeben werden, sobald die Informationen gesammelt sind (vgl. Decoloniality Europe 2013). Neben vielen anderen Prinzipien, die unter anderem verlangen, dass das Problem, die Fragen, der theoretische Rahmen und der Kontext der Forschung nur gemeinsam mit den Forschungssubjekten formuliert werden können und dass die Zustimmung zur Durchführung jederzeit zurückgenommen werden kann, wird deshalb auch der Verzicht auf das Privileg des letzten Wortes als zentral für den dekolonialen Charakter von Forschung angesehen. „The privilege of the last word refers to the act of saying things about realities of others without caring for these people's priorities, analyses and struggles." (Ebd.: 5) Hierbei handelt es sich um ein verstecktes, sehr schädliches Privileg. Deshalb verlangt die dekoloniale Forschungsethik, dass nichts ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis durch die Forschungssubjekte veröffentlicht werden darf. Ein Peer-Reviewing-Verfahren mit der dekolonialen Bewegung, mit der sich für die Forschung verbündet wurde, muss eingehalten werden (vgl. ebd.).

Nach diesen ethischen Kriterien ist es notwendig, eine Seite einzunehmen. Damit ist nicht gemeint, eine Forschung über eine soziale, dekoloniale Bewegung zu machen und sich dabei in die Nähe der Beforschten zu stellen oder diese Forschung

als Solidarität mit der Bewegung zu bezeichnen. „Decolonial research is not close to decolonial struggles located outside of the academic realm, nor in solidarity with them. Decolonial research is existentially and politically committed to decolonisation." (Decoloniality Europe 2013: 3) Demnach ist die Positionierung der Forschung als Teil der Kämpfe für Dekolonialisierung und für deren Ziele entscheidend.

Ramón Grosfoguel spricht davon, dass die „verwestlichte" Epistemologie reproduziert wird, wenn sich nicht klar gegen diese dominierende Epistemologie entschieden und in dieser Hinsicht ohne klare Entscheidung gehandelt wird (vgl. Grosfoguel 2011a). Aufgrund der Langsamkeit von Forscher*innen, die Bedeutung verschiedener Kulturen (Wissenssysteme) anzuerkennen, so Russell Bishop (2005), bleibt die Kontrolle über die Legitimation und Repräsentation innerhalb der Domäne neokolonialer Paradigmen erhalten. Die Initiierung und die Rechtfertigung bleiben in einem westlichen Kulturrahmen situiert (vgl. ebd.: 111). „As a result, key research issues of power relations, initiation, benefits, representation, legitimization, and accountability continue to be addressed in terms of the researchers' own cultural agendas, concerns, and interests." (Ebd.: 110) Es geht Bishop nicht um einen reduzierten Multikulturalismus, sondern um die weltweite Vielzahl kulturell verschiedener Wissenssysteme, die durch bestehende Machtverhältnisse keine Anerkennung erfahren.

KOLONIALE INTERVENTIONSKULTUR IN KABUL

Kolonialismus wie auch Neokolonialismus sind unter anderem durch die Konstruktion von andersartigen Lebensweisen und Kulturen charakterisiert, die in einem hierarchischen Verhältnis zueinander stehen. Die von außen intervenierende „Kultur" behauptet eine Überlegenheit – entwickelt, liberal, stabil, zivilisiert – gegenüber der Lebensweise in dem Land, das „wiederaufgebaut" wird. Das drückt sich in sehr ausgeprägter Form im Aufeinandertreffen bzw. in der geschaffenen Segregation von Lebensbereichen in der afghanischen Hauptstadt Kabul seit der Intervention 2001 aus.

Die Welt der NGOs (Non-Government Organizations), GOs (Government Organizations) und International Organisationen (IO) präsentiert sich sehr offen kolonial geprägt mit erschreckend harmonischem Einvernehmen über das gemeinsame Wirken am Entwicklungsprojekt Afghanistan, ob als Diplomat*in, Berater*in, Wirtschaftsvertreter*in, Entwicklungshelfer*in, Sozialwissenschaftler*in, Polizeiausbilder*in oder im Militär. Es wird ein gemeinsam akzeptiertes Grundverständnis der Konflikt- bzw. Aufbausituation angenommen und sich gegenseitige bestätigt. Jennifer Fluri, die aus geografischer Perspektive die „racial and orientalist configuration" (Fluri 2009: 987) und räumliche Segregation in Kabul untersuchte, stellt fest:

„There is a common epistemology (with some notable exceptions) among the (un)commonwealth [who identify themselves as ‚international community'] that highlights modernity, modernization, and neoliberal economic and ‚democratic' political systems as preferable, progressive, and necessary for Afghanistan's future." (Fluri 2009: 989)

Beschäftigungsverhältnisse der Internationalen wechseln häufig und auf kurzen Wegen, immer mit Aufstieg und noch besserer Bezahlung verknüpft, ein bestimmtes Tätigkeitsprofil ist nicht entscheidend. Einige Monate oder gar Jahre Arbeit im Kriegsgebiet Afghanistan und die entsprechende Zeile im Lebenslauf gelten als hervorragendes Karrieresprungbrett. Ich erinnere mich gut an eine entsprechende Gesprächssituation kurz nach meiner Ankunft in Kabul im Sommer 2010. Das Afghanistan Analysts Network (AAN) hatte anlässlich der Eröffnung eines neuen Bürogebäudes (ein Neubau im Stil eines großzügigen, freistehenden Einfamilienhauses mit Terrasse) zu einer Gartenparty eingeladen. „Einlass mit Namensliste. Dafür keine Taschenkontrolle. Wunderschöner Garten mit Rosen, Schattengängen, Pool, Musikbühne, Terrasse. Die Mauer nochmal um 2-3 Meter mit Metallwand erhöht." (Forschungsnotizen d. A., Kabul, 19.06.2010) Ein junger, weißer Mann, der als Entwicklungshelfer nach Afghanistan gekommen war, erzählte ganz entspannt bei einem Glas Wein von seinem neuen Job bei der UN in der Beschaffungsabteilung: Er müsse nun Waffen einkaufen, um UN-Einrichtungen effektiv und ethisch vertretbar gegen Protestierende verteidigen zu können. „Tränengas, non-lethal [nicht-tödliche] Waffen, Bärenabwehr. Teaser sind umstritten ... Die Wachen hätten keine Maschinengewehre, sondern nur einfache Schüsse, danach könnten sie ja nur noch zuschlagen mit dem Gewehr. Es werden Witze gemacht." (Ebd.)

Ein gemeinsam gepflegtes westliches Kultur- und Nachtleben schafft Verbindungen. „The consumption of alcohol and carnival-like atmosphere of international restaurants and parties typify one aspect of the (un)commonwealth [...]." (Fluri 2009: 992) Die ausgefallensten „event or party pics" werden regelmäßig im alle zwei Monate erscheinen Hochglanz-Magazin für die Expat-Community *Afghan Scene* (gedruckt in Dubai, Auflage: 9.000) veröffentlicht, neben den Bildern und Berichten „heldenhafter" Fotojournalisten. Jedes Heft ist gespickt mit meist ganzseitigen Anzeigen der teuersten Hotels, Restaurants und Fluggesellschaften, der westlich finanzierten Fernsehsender, des „Peace Dividend Trust" für „Business Matchmaking services" (Peace Dividend Trust, in: Afghan Scene 78-79/2011: 9) oder eine zum Anpreisen der neuen „250-person Life Support Area (LSA)" – gemeint ist ein speziell geschützter Geschäfts- und Wohnkomplex „constructed to address all the requirements for living and business" (North Gate LSA, in: Afghan Scene 73-74/2010: 34). Weiter gibt es Anzeigen von Anbietern von Klimaanlagen, mobilem Internet, von DHL, spezieller Technologie, Lebensversicherungen oder schussfesten Westen (vgl. Afghan Scene 78-79/2011 und 77/2010). In Kleinanzeigen wird Wohnraum zur Miete angeboten, ab $ 7.999

aufwärts bis $ 16.999 monatlich für sechs bis zwölf Räume mit ein oder zwei Küchen (vgl. Afghan Scene 78-79/2011: 67). Aufgrund der überteuerten Mietpreise ist die Mehrheit der afghanischen Bevölkerung gezwungen, an die Stadtränder oder Berghänge zu ziehen, in Gebiete ohne Trink- und Abwasserversorgung.

Oft wird im Kabul Scene-Magazin die Gandamack Lodge als zentraler Begegnungsort der „Internationals“ genannt, auch um der „fallen heros“ (Afghan Scene 78-79/2010: 27) – nicht-afghanische Mitarbeiter der privaten Sicherheitsdienste – zu gedenken, nachdem diese ihr Leben verloren haben. Auf der Website des Gasthauses wird selbstbewusst ein Bezug auf die Kolonialzeit hergestellt: „The surroundings are colonial and the lodge offers a great intimate candle lit atmosphere. […] The lodge still takes you back in time with its collection of guns, historical pieces, good furnishings, fine candlelit dinners and summer BBQs in the garden.“ (Website Gandamack Lodge, Rooms) Seit 2001 ist das Gandamack Lodge mit dem dazu gehörenden Flashman’s Restaurant bestrebt, die Kolonialatmosphäre mit einem historischen Bezug auf die britischen Kolonialkämpfe in Afghanistan zu pflegen. Die Namensgebung ist nicht zufällig: Harry Flashman ist die fiktionale Figur einer Romanserie und Kolonialsoldat, der in der Schlacht bei Gandamack gegen Afghanen kämpfte.

„With the money he made from the looting of Lucknow during the Indian Mutiny in 1858 he bought Gandamack Lodge in the Leicestershire countryside in England, and named it in memory of the British defeat at Gandamack and his own fortunate and lucky escape from that battle. Now Gandamack Lodge in Kabul is named after Flashman’s address.“ (Website Gandamack Lodge, Home)

Die Gandamack Lodge folgt mit dieser Namensgebung dem Beispiel der britischen Militärbasis in Kabul, die nach dem Kommandeur Thomas Souter des 44th Regiments benannt ist, der sich in der Schlacht bei Gandamack am 13. Januar 1842 die Fahne des Regiments um den Körper wickelte, um diese vor den angreifenden Afghanen zu retten (vgl. ebd.). Für die gegenwärtigen „Abenteuer“ versorgt die Gandamack Lodge seine Gäste auch mit Schutzkleidung: „The lodge also has body armour for rent.“ (Website Gandamack Lodge, Rooms)

In Kabul sind Orte entstanden, von denen Afghanen ausdrücklich ausgeschlossen sind. Eingangsschilder mit der Aufschrift „Foreign Passports Only“ oder enorm hohe Preise in Restaurants und Bars, in denen entgegen dem afghanischen Gesetz Alkohol ausgeschenkt wird, gewährleisten, dass dort die Expats in eine Afghanistan-freie Ausnahmewelt „entfliehen“ können.

„[T]here are women sipping cocktails in their bikinis around a pool. As an expat, I think it’s great because sometimes you need that excape.“ (HC zit. nach Fluri 2009: 992)

„Afghans aren't allowed into the restaurants because an Afghan man doesn't know how to act when he sees a woman in a bathing suit." (Paul, zit. nach ebd.: 992)

Diese „Fluchträume" vor der afghanischen Kultur und Lebensrealität umfassen auch viele der internationalen Büros, Unternehmen und Wohnräume. „Inside the compounds, there is little hint that you are in Afghanistan." (Fluri 2009: 990) Strenge Sicherheitskonzepte, die strikt befolgt werden, verbieten das ungenehmigte Verlassen dieser ummauerten, von Stacheldraht umzäunten Gelände mit bewaffnetem Wachschutz. Wenn diese doch verlassen werden, dann nur in speziellen Fahrzeugen und zu einem anderen gesicherten sogenannten Compound. Ab und zu gibt es auch mehrtägige komplette Ausgehverbote. Afghanische Wohnhäuser zu betreten oder zu Fuß über den Markt zu gehen, ist in der Regel verboten. „I don't want to demonize the whole of the international community; however, there is a lot of arrogance. People are separated and segregated" (Kathy zit. nach ebd.: 990). Diese Sicherheit durch räumliche Trennung wird als notwendiger Aspekt der Entwicklung von Kriegsgebieten betrachtet (vgl. Fluri 2009).

In diesen kolonial geprägten Räumen ist es kaum möglich, grundlegend abweichenden Analysen oder einer politischen Praxis zu begegnen, die antikoloniale Wege sucht. Die im Afghanistan Analysts Network (AAN) zusammen geschlossenen Forscher*innen sprechen die Landessprachen und haben viele Kontakte zu sehr unterschiedlichen politischen Akteuren im Land. Sie überschreiten den engen Kreis der englischsprachigen Gesprächspartner*innen und Texte und recherchieren Hintergründe für die Politikberatung und weitere Interessierte, auch zu Themen, wo andere nicht so genau hinschauen. Ich fragte deren Mitbegründer Thomas Ruttig, wen ich in meine Forschung einbeziehen sollte, wenn ich vermeiden möchte, mich erneut dem Vorwurf der zu subjektiven Auswahl auszusetzen, wie wenige Monate zuvor auf der Fachtagung „Wer sind die Taliban?" der Ev. Akademie im Rheinland und der Universität Bonn (Bonn, 26.-28.03.2010), bei der wir uns begegnet waren. Wir befanden uns auf der erwähnten Gartenparty des AAN, er zeigte in die versammelte Runde und meinte, 80 Prozent der Anwesenden wären relevant. Zu diesem Zeitpunkt waren dies nur noch wenige Afghanen, jedoch keine afghanische Frau, sondern vor allem Europäer*innen und Nordamerikaner*innen, mehrheitlich Männer. Ich war verwundert, schien diese Antwort doch wie ein Beispiel der weit verbreiteten, subtilen Ausschlüsse, die den Rassismus und Sexismus anerkannter Methodologien fortsetzen.[5]

5 Thomas Ruttig hat an anderer Stelle auch marginalisierte Perspektiven beachtet, beispielsweise als er Vertreter*innen von Hezbe Hambastagi in ihrem Kabuler Büro aufsuchte und interviewte als diese von einem Verbotsverfahren bedroht waren. Er trat in seinen Veröffentlichung gegen ein Verbot der Partei ein.

Als Europäerin in Kabul, zudem mit meiner Anbindung an eine afghanische Menschenrechts-NGO (Afghanistan Watch), die sich als kritisch begleitender Teil und in Unterstützung des westlichen Interventionsprojektes begreift und davon finanziell abhängig ist, bestand ein Sog in diese (N)GO-Welt, die jede*n „Internationale*n" in Kabul erfasst, wie mir bereits vor Anreise angedeutet wurde.

„[Y]our interlocutors will end up being the ‚usual suspects', the civil society activists and academics that speak (some) English and that are regularly in contact with the international community. Meeting these people will certainly give you enough information for you PhD, but it will not create new knowledge and/or contribute to the work of these organisations." (Sari Kouvo, International Center for Transitional Justice, E-Mail, 06.05.2010)

Deshalb brauchte es eine klare Entscheidung, mich Organisationen zuzuwenden und den Austausch mit Aktivist*innen zu suchen, „die sich unversöhnlich positionieren zur gegenwärtigen Regierung und zur internationalen Militärpräsenz wie auch zu allen Fundamentalisten[6] – sowohl im legalen Bereich, insbesondere in staatlichen Institutionen, als auch zu denen der illegalen Gruppen" (Exo 2010: 2). Mit diesen Worten habe ich diesen wichtigen Orientierungspunkt nach meinem Aufenthalt in Afghanistan im Sommer 2010 in einem Bericht für die Rosa-Luxemburg-Stiftung formuliert, die mich mit einem Stipendium förderte. Für meine zwei weiteren Aufenthalte in Afghanistan habe ich mich daran gehalten. Eine solche Positionierung macht es auch den afghanischen Organisationen leichter, mich und meine Arbeit einzuschätzen. Das ist vor allem für Organisationen wie RAWA wichtig, die große Sicherheitsprobleme haben und im Untergrund arbeiten müssen.

ANTI-KOLONIALE, ANTI-ISLAMISTISCHE BASISORGANISATIONEN VS. ZIVILGESELLSCHAFT

Mit dem Hilfskonstrukt „unversöhnlich" – es handelt sich um keine Selbstbezeichnung, die von den Organisationen verwendet wird, die ich damit ausgewählt habe – verbinde ich auch eine politische Einmischung, die sich nicht einfügen lässt in das

6 Der Begriff Fundamentalisten wird in Afghanistan, insbesondere von Gruppen, mit denen diese Forschung durchgeführt wurde, am meisten gebraucht, um die islamistischen Organisationen zu bezeichnen und wurde von mir übernommen. Wenn die „fundamentalists" der Mujaheddin-Fraktionen, die von 1992-1994 formal die Regierungsmacht hatten, jedoch untereinander einen Bürgerkrieg führten, von den Taliban als „ultra-fundamentalists" unterschieden werden sollen, werden erstere als Jihadis bezeichnet (vgl. RAWA 2012: 336).

gewünschte und durch Entwicklungshilfe geförderte, zivilgesellschaftliche Handeln. Zivilgesellschaft wurde mit Beginn des sogenannten Bonner Friedensabkommens von 2001 technokratisch von außen gestaltet: Bereits parallel zum Afghanistan-Gipfel Ende November/Anfang Dezember 2001 in Bonn wurde dafür das Afghan Civil Society Forum (ACSF) in Bad Honnef initiiert. Erklärtes „Ziel von ACSF ist die Integration der afghanischen Zivilgesellschaft in den Friedens- und Wiederaufbauprozess ihres Landes, um so eine Rolle für zivile Akteure in der Umsetzung des Bonner Friedensabkommens zu schaffen" (Schmeidl 2005: 10). Im Verständnis von Antonio Gramsci (2012) wird der Konsens der Regierten mit den grundlegenden Werten und Interessen des Herrschaftssystems vor allem über die Zivilgesellschaft hergestellt. Dies geschieht über Verhaltensmuster, die als sinnvoll und vernünftig erscheinen und damit eine gesellschaftliche Selbstunterwerfung bewirken, die neben Zwangsmitteln Herrschaft ermöglicht. Mit den zwei parallelen Konferenzen in Bonn Ende 2001 wurden somit gleichzeitig die staatlich-institutionelle und die zivilgesellschaftliche Hegemonie des neuen Regierungssystems in Afghanistan geplant.

Das Afghan Civil Society Forum (ACSF) war seit seiner Gründung Ende 2001 für internationale Akteure die Organisation, die als Repräsentant der Zivilgesellschaft angesprochen werden konnte. Die Themen von Dialogforen, die ACSF durchführte, „wurden auf Grund ihrer Relevanz für den Bonner Prozess" (Schmeidl 2005: 11) gewählt: unter anderem „Trade & Private Investment", „Collaboration between Government and NGOs", „Civil Society Participation in Afghan Peacebuilding and Reconstruction" (ebd.). Afiz Rafiee, der das unter anderem von der Schweizer Regierung finanzierte Afghan Civil Society Forum leitet, beschreibt das Capacity Building als den zentralen Aufgabenbereich den Netzwerkes, das 2009 über 300 afghanische Organisationen koordiniert: „[C]apacity building [...] we do for all our partners and for the government of Afghanistan as well." (Rafiee, ACSF, Interview, Kabul, 16.05.2009) Das ACSF ist offizieller Partner der Vereinten Nationen und der afghanischen Wahlkommission im Wählerbildungsprozess (vgl. Schmeidl 2005: 12). Im ganzen Land führen sie Programme der Staatsbürgerschulung („civic education") durch „about democracy, civil society, citizen rights, women rights and many other topics, parliament, constitution – elections for example and other topics which is related to the civil society" (Rafiee, ACSF, Interview in Kabul, 16.05.2009). Laut Susanne Schmeidl von Swiss Peace hat die politische Bildung dabei eine klare Ausrichtung: „Zusätzlich konzentrierte sich ACSF stark auf die politische Bildung, damit die afghanische Bevölkerung die Schritte des Bonner Abkommens verstehen und darin eine proaktive Rolle spielen konnte." (Schmeidl 2005: 11) Die Zivilgesellschaft wachse schnell in Afghanistan, so schnell wie die liberale Marktwirtschaft, die der Verfassung entsprechend verfolgt wird, erklärt Rafiee (vgl. Interview in Kabul, 16.05.2009). „One of the areas

that we are jumping in this year is Good Governance“ (ebd.), äußert Rafiee. Damit liegt ACSF ganz im Trend der international politisch dominanten Konzepte.

Der Begriff Capacity Building, der nicht nur in Afghanistan unhinterfragt der Praxis aller Entwicklungsprojekte modisch vorangeht, zeigt deutlich den pädagogischen Teilcharakter des militärischen Interventionsprojektes. Fähigkeiten müssen demnach erst ausgebildet werden. „Die AfghanInnen müssen weiterhin zur Mitarbeit animiert werden.“ (Schmeidl 2005: 15) Es wird in den Schulungen vermittelt, was Zivilgesellschaft bedeute: „Es bedarf weiterer und gründlicherer Aufklärung über Begriff und Rolle der ‚Zivilgesellschaft‘ (besonders die Eigenschaften des sozialen Engagements und Aktivismus sollten vermittelt werden).“ (Ebd.: 15) Das Afghan Civil Society Forum (ACSF) wird durch die Regierung oder durch Organisationen wie die UN angefragt, wenn die Perspektive der Zivilgesellschaft vertreten werden soll (vgl. ebd.). Beispielsweise repräsentierte das ASCF im Jahr 2008 auf der internationalen Afghanistan-Konferenz in Paris die afghanische Zivilgesellschaft (vgl. AREU: A to Z Guide 2010). Bei dieser „Paris Konferenz“ wurde die Afghanistan National Development Strategy (ANDS) verabschiedet.

Capacity Building der Zivilgesellschaft wird in Projektform entsprechend den Förderplänen ausgeführt. Nach kurzen Phasen der Schulung oder anderer Projekte werden die Menschen wieder sich selbst überlassen. Es geht nicht um eine Stärkung bei der Selbstorganisierung mit langfristiger Perspektive. „[Other organizations are] building capacity and leave them, it shouldn't be just for a project implementation, agencies are working with these people, implement their projects and then leave them.“ (Wardak, CAPAU, Interview, Kabul, 16.05.2009)

In einem Bericht zur Forschungsreise 2010 habe ich bezüglich der Erfahrung mit afghanischen Menschenrechtsorganisationen, insbesondere mit Afghanistan Watch, formuliert:

> „Praktisch wird nur an die Regierung und die Vertreter der westlichen Staaten appelliert, doch nun endlich die Menschenrechte zu beachten und Gerechtigkeit eine Bedeutung beizumessen – trotz aller gegenteiligen Erfahrung von vielen Jahren. Es muss auch hinterfragt werden, welche oppositionelle Einmischung überhaupt möglich ist aus der Position einer bezahlten NGO-Arbeitsstelle, die doch zu 100 Prozent von westlichen Geldgebern, oft direkt Regierungsgelder, finanziert sind.“ (Exo 2010: 4)

Der Forschungsaufenthalt in Afghanistan im Sommer 2010, der in Anbindung an die afghanischen Menschenrechtsorganisationen Afghanistan Watch stattfand, war vor allem eine Erfahrung, um verschiedene zivilgesellschaftliche Akteure unterscheiden zu können. Ich benutze den Begriff Zivilgesellschaft an dieser Stelle in einem weiten Verständnis, das verschiedene Formen gesellschaftlicher Selbstorganisierung mit einbezieht. Diese Unterscheidung zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen, die vor allem auf den extern forcierten, marktwirt-

schaftlich-liberalen Staatsaufbau bezogen sind, und den sich außerhalb dieses Konsens bewegenden Akteur*innen war eine wichtige Voraussetzung für die Durchführung meiner weiteren Forschung. Ich gehe weiter unten (unter „Forschungsverlauf") genauer auf die Auswahl der afghanischen Organisationen ein, die zu Forschungspartnern wurden. Bereits an dieser Stelle lässt sich sagen, dass die Auswahl der Forschungspartner*innen mit den hier dargestellten vier Organisationen sich in einem mühsamen Prozess mit Irr- und Umwegen entwickelte.

Die ersten direkten Kontakte im Mai 2009 zu allen vier später ausgewählten Organisationen, wurden aus verschiedenen Gründen 2010 nicht konkret fortgesetzt, obwohl es mit zwei dieser vier Organisationen eine Verständigung über eine Kooperation in der Forschung gegeben hatte. Eine sehr weit gefasste neue Suche nach Gesprächspartner*innen schien ufer- aber auch fruchtlos zu werden. Meine Kriterien waren schwach und unpräzise. Den Begriff „unversöhnlich" fand ich am Ende meines zweimonatigen Aufenthalts in Afghanistan im Sommer 2010 nach einer langen Phase der zunehmend verunsicherten Suche in einem falschen Umfeld. Dieser Begriff half mir, mich zu entscheiden und zu positionieren. Diese radikal anmutende Unterscheidung erschien mir nach den Erfahrungen während dieses Forschungsaufenthalts notwendig. Ohne diese deutlich formulierte Festlegung wäre ich in den Sumpf der kritischen Begleiter und von der Intervention lebenden afghanisch-internationalen Welt der NGOs (Non-Governmental Organizations), GOs (Governmental Organizations) und IOs (International Organizations) eingesogen worden. Dann würde ich hier eine andere Sprache sprechen:

> „Everyone who writes about the Orient must locate himself vis-à-vis the Orient; translated into his text, this location includes the kind of narrative voice he adopts, the type of structure he builds, the kinds of images, themes, motifs that circulate in this text – all of which add up to deliberate ways of addressing the reader, containing the Orient, and finally, representing it or speaking in its behalf." (Said 1995: 20)

Ich habe Kontakt zu Aktivist*innen und Bewegungen für meine Forschung gesucht, die – mit verschiedenen Mitteln und Schwerpunkten – für eine basisdemokratische Selbstorganisierung der Gesellschaft mit emanzipatorischen Zielen wie Geschlechtergerechtigkeit, soziale Gerechtigkeit, Freiheit von Fremdbestimmung und von Unterdrückung eintreten. Dabei interessierte mich die Frage, welche möglichen anderen Konzepte für Frieden bzw. für die zukünftigen gesellschaftlichen Verhältnisse in der Phase von Umbruch und Neugestaltungen nach der Intervention 2001 bzw. nach Jahrzehnten von Krieg und repressiver Herrschaft aus solch einer Perspektive formuliert und eingebracht werden. Das kann auch mit dem Begriff der freiheitlichen, anti-kolonialen Bewegung gefasst werden.

KOLONIALITÄT DES DENKENS

Diese Schwierigkeit der Auswahl der Organisationen für diese Forschung zeigt, wie groß die Tendenz als europäische*r Forscher*in ist, die Kolonialität des Denkens und Forschens nicht verlassen zu können bzw. dahin zurückgezogen zu werden. Kolonialität bezeichnet ein Machtmuster der kapitalistischen Moderne, das sowohl mittels direkter physischer Gewalt als auch mittels anderer Gewaltformen, die unter anderem an den Wissensverhältnissen ansetzen, nicht-europäischen Bevölkerungen unterordnen (vgl. Quintero/Garbe 2013). Die Kontinuität kolonialer Herrschaftsformen nach dem Ende kolonialer Verwaltungen wird damit ausgedrückt (vgl. Grosfoguel 2010). „[Wir] leben […] immer noch in einer kolonialen Welt und müssen die engen Denkmuster über koloniale Beziehungen aufbrechen […].“ (Ebd.: 320) Das Festhalten an kolonialen Denkweisen gilt vor allem angesichts der Forschung in einem Gebiet westlicher militärischer Intervention und damit in einem Kontext, der in jeder Weise von Krieg, Unterdrückung und (Neo-)Kolonialismus durchdrungen ist und damit Polarisierungen produziert. Die Ausgrenzung von nicht-konformen Personen und insbesondere von Feministinnen, die sich nicht in das Kriegs- und parallele Aufbaukonzept einbinden lassen, wird auf vielfältige Weise produziert. Ein Beispiel, dass die Verankerung der Legitimität solcher Ausgrenzungen in Kontext der Interventionsakteure zeigt, betrifft die Frauenrechtlerin Malalai Joya. Joya lehnt die Intervention als Besatzung ab und kritisiert die afghanische Regierung grundlegend. Am Stehtisch in der Pause eines Afghanistan-Fachgesprächs bei der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin wurde mir gegenüber die Bemerkung gemacht, ob ich nicht auch finde, dass „diese Person“, Malalai Joya, wahrscheinlich krank sei, etwas durchgedreht. Ich hatte mich zuvor im formalen Gesprächsteil in einem Wortbeitrag auf die Frauenrechtlerin bezogen. Beim Mittagessen bei Afghanistan Watch in Kabul lösten offene Fragen nach der feministischen Organisationen RAWA abfällige Schimpftriaden aus. Trotzdem wurde wiederholt geäußert, dass diese Organisation unbedeutend sei und keinen Einfluss habe. Manchmal wurde zur Delegitimierung jedoch auch bemerkt, RAWA sei mit ihrer radikalen und umfassenden Kritik schädlich und mache keine konstruktiven Beiträge.

Innerhalb der „internationalen Gemeinschaft“ der in Afghanistan Tätigen wird ein weiter, diffuser Konsens zwischen den verschiedensten westlichen bzw. westlich-orientierten Akteur*innen erzeugt. Eine zivile Friedensfachkraft, die mit dem Deutschen Entwicklungsdienst (DED) in Afghanistan arbeitete, hatte eine persönliche Vergangenheit in linken sozialen Bewegungen in Deutschland, doch sie war nicht bereit – auch nicht im persönlichen Gespräch –, ihre Kritik an der deutschen Entwicklungsarbeit zu äußern, weil dies das Bild der Deutschen in Afghanistan schädigen könnte. In Bezug auf öffentliche Äußerungen entsprach das einer

dienstlichen Verpflichtung, die jedoch überzeugt und über die Vorgaben hinaus mitgetragen wurde. Das positive Image sei für die Sicherheit wichtig und diese Person wollte nicht zur Verschlechterung der Situation der Soldat*innen der Bundeswehr beitragen, von denen sie sich auch persönlich beschützt sah (persönliche Gespräche im Jahr 2010).

Die allgegenwärtige Erwartung, sich der Gemeinschaft zugehörig zu fühlen, die unter Verzicht auf Annehmlichkeiten und unter dem Risiko eines Kriegsgebietes „Verantwortung wahrnimmt" – wer sonst kommt aus dem Westen nach Afghanistan –, bedeutete auch, dass ich als ernstzunehmende Person und mit Interesse an meiner Arbeit angesprochen wurde: von Diplomaten, UN-Mitarbeiter*innen, NGO-Direktor*innen, Parlamentarier*innen, einem Militärsprecher, einem militärischen Spezialisten, einem Polizeiausbilder, einer Governance-Beraterin der britischen staatlichen Entwicklungsorganisation DFID (Department for International Development), einem Gouverneur u.a.m. Das passierte in vielen Fällen, ohne dass ich diese Kontakte gesucht hatte, z.B. am Flughafen oder bei Veranstaltungen. Nicht jedes Mal habe ich gleich klargestellt, wie grundlegend anders ich über die Situation im Land denke. Im Mitsprechen entstehen mitunter Einverständnisse, die immer schwerer zwischen taktischer Bequemlichkeit und Verlust eigener Distanz vom kolonialen Mitmachen auseinanderzuhalten sind.

Aber auch direkter von mir ausgehend gab es eine Kolonialität im Denken, die ich an einigen Stellen mit der Zeit erkennen konnte – und an anderen sicher nicht. Beispielsweise habe ich in Bezug auf einige Antworten, die ich in Interviewsituationen erhielt und die mir unverständlich waren, nicht gleich mein unzureichendes oder unpassendes Vorwissen hinterfragt und eine Vertiefung meines Verständnisses dazu gesucht. Stattdessen habe ich zunächst die Aussage meiner Gesprächspartner*in an diesem Punkt beispielsweise als schlecht informiert oder weit hergeholt abgewertet. Das betraf u.a. die Erklärung, dass die Taliban durch das US-Militär nicht ernsthaft bekämpft, sondern eher gestärkt werden. Die Forschung in Afghanistan war zu Beginn als ein zweites, weniger intensiv zu bearbeitendes „Fallbeispiel" neben einer anderen Studie gedacht. Deshalb dachte ich, mein Projekt in Afghanistan auch ohne tiefe, die Geschichte des Landes einbeziehende Vorbereitung durchführen zu können. Das kann allgemein als schlechte Forschungsvorbereitung kritisiert werden, es ist aber auch durch des Kolonialität des Wissenssystems bedingt, die uns als westliche Studierende und Forschende vergessen lässt, wie wenig wir für eine dekoloniale Forschung qualifiziert sind. Es wird vermittelt, dass es zu einer guten Ausbildung gehört, Auslandserfahrungen zu machen, möglichst auch mit praktischer Arbeit oder Forschung. Die politische und ethische Fragwürdigkeit, die Hindernisse für mögliche Verständigung und das Ausmaß der Machtverhältnisse einer Forschung von Europa aus in Gebieten des Globalen Südens, werden in der Regel nicht ernsthaft thematisiert. Stattdessen scheint beinahe jedes Vorgehen letztendlich legitim zu sein. Ich bin im akademischen Kontext äußerst selten auf Reaktionen getroffen,

die Einwände angesichts meines Vorhabens geäußert haben. Es gab in einer Forschungswerkstatt sogar die Aufforderung, weniger eigene Bedenken in Bezug auf ethische und forschungsmethodische Fragen zu erheben und einfach los zugehen und meine Daten zu sammeln. Ohne Geschichtswissen konnte ich zu Beginn viele Verweise und Bezüge meiner Gesprächspartner*innen auf bedeutende Führungspersonen, Organisationen und geschichtliche Ereignisse, insbesondere seit Ende der 1970er Jahre, nicht verstehen. Mein Forschungskonzept war zunächst eng entlang des aktuellen Interventionsprojekts, an der Phase des Staats-/Friedensaufbaus seit Ende 2001 umrissen, und nicht entlang der Perspektiven derjenigen, deren persönliche und politische Lebenserfahrung ab 2001 von den verschiedenen Herrschafts- und Kriegsphasen davor nicht zu trennen ist.

Dekoloniale Forschung betont den Grundsatz des Zurückgebens, der auf sehr vielen verschiedenen Ebenen stattfinden kann. Oft können wir aus einer europäischen Sichtweise nicht gut einschätzen, an welchen Stellen ein Geben sinnvoll ist. Ich hatte in Kabul einer Organisation, mit der ich in Kontakt war, angeboten, während der Vorbereitung einer Demonstration zu helfen und eventuell Transparente mit zu malen – in der Annahme, damit etwas tun zu können, das entlastet und mit dem ich bereits Erfahrung habe. Die Gegenfragen zeigten mir, dass ich die nötigen Fähigkeiten für den afghanischen Kontext gar nicht hatte: Weder konnte ich mit arabischen Schriftzeichen in Dari schreiben, noch kannte ich mich mit den lokal gebräuchlichen Materialien und Techniken für die Herstellung von Transparenten aus. Ich wurde schließlich gebeten, während der Demonstration Fotos zu machen und diese in Deutschland oder Europa publik zu machen.

Andere baten mich, in Deutschland medizinischen Rat zu vorhandenen Diagnoseunterlagen einzuholen, ein Regionaltreffen mit einer Spende zu unterstützen, einen Präsentationsflyer zu erstellen, meinen mobilen Internet-Stick übernehmen zu können, einen finanziellen Beitrag für die medizinische Behandlung der mittellosen Nachbarin zu geben oder einen Entwurf für den Finanzierungsantrag eines Buchprojektes zu schreiben.

SCHREIBEN DEKOLONIALISIEREN

Es war für mich eine lange Suche, um eine passende Darstellungsform für die schriftliche Ausarbeitung zu finden. Wie unter anderem Kagendo Mutua und Beth Blue Swadener (2004) beschreiben, ist der Versuch dekoloniale Forschung durchzuführen und aufzuschreiben, nicht nur durch den Mangel an dekolonialer Methodologie erschwert, sondern auch durch den Mangel an einer Forschungssprache, in der diese präsentiert werden kann (ebd.: 12). Auch Linda Tuhiwai Smith erörtert ausführlich das Problem des wissenschaftlichen Schreibens, denn Schreiben kann

gefährlich sein (2008: 36). Es ist eine wichtige Frage, wer das Schreiben übernimmt. Auch der Stil des Schreibens muss genau bedacht werden.

> „[T]he methodologies and methods of research, the theories that inform them, the questions which they generate and the writing styles they employ, all become significant acts which need to be considered carefully and critically before being apllied. In other words, they need to be ‚decolonized'." (Smith 2008: 39)

Das Erlernen wissenschaftlichen Arbeitens umfasst neben Terminologien und Methoden auch das Einüben eines bestimmten Stils des Schreibens bzw. der Präsentation von Wissen. Wir lernen zwischen Fakten und Fiktion, zwischen Literatur und Wissenschaft und zwischen objektiven und subjektiven Zugängen zu unterscheiden und diese Unterscheidung in Szene zu setzen (vgl. Singer 2005: 252). Ein konsequenter Versuch, die meist nicht ausgesprochenen Prämissen einer sich ort- und körperlos und universal gültig begreifenden Wissenschaftspraxis zurückzulassen, bedeutet auch die Suche nach einem neuen Präsentationsstil. Es ist schwer, den wissenschaftlichen Sprachstil nicht zu reproduzieren. Selten lesen wir Fachliteratur, die den vom Leben bereinigten, sachlichen Stil der Präsentation durchbricht. „Das Leben wird ausgeklammert aus dem Geschriebenen" (Stitzel 2000: 142) und es findet eine „Abspaltung des wissenschaftlich Geschriebenen von dem wunderbaren, schillernden, chaotischen Leben" (ebd: 142-143) statt.

Um die Forschung zu Fragen der Weltpolitik aufzubrechen für neue Zugangs- und Präsentationsweisen, die beispielsweise Gefühle und eine Vielfalt an Sinneswahrnehmungen einbeziehen, greift Roland Bleiker den „aestetic turn" für das Gebiet Internationaler Politik auf (Bleiker 2001; 2009; 1997). Dabei hat der Schreibstil große Bedeutung. „Writing styles are issues auf substance, sights of contestation. Any approach that attempts to resist the encroachment of thought by dominant and monological discursive practices must grapple with the question of style." (Bleiker 1997: 73)

Die Suche nach einer passenden Form der Präsentation hat im Verlauf dieser Forschung viel Raum eingenommen. Als ich gegenüber meinem damaligen Betreuer auf Nachfrage äußerte, dass ich ästhetisch präsentieren möchte, kam unmittelbar die Rückmeldung: „Das ist unwissenschaftlich und das geht nicht für eine Doktorarbeit." Ich habe mir daraufhin einen neuen Betreuer gesucht. An anderer Stelle habe ich formuliert:

> „Es gibt immer eine Abweichung, eine Lücke zwischen dem Repräsentierten und der Repräsentation. Die begriffliche, sinnhafte Darstellung ist immer unvollständig und problematisch – ein Ort von Politik und Machtkämpfen. Ästhetische Ansätze gehen mit dieser Unvermeidlichkeit bewusst um und wählen eine Form für die subjektiv-interpretative Darstellung aus." (Exo 2015a: 290)

Weil Kunst und Wissenschaft als zwei verschiedene Systeme angesehen werden und für verschiedene Wissenskulturen stehen, hat künstlerische Forschung ein Selbstbewusstsein dazu entwickelt, „verfestigte Konventionen und Hierarchien in den unterschiedlichen wissenschaftlichen (bzw. Wissens-)Systemen, in denen Forschung angesiedelt ist, zu befragen, aufzubrechen, zu transformieren" (Brandstetter 2013: 65). Indem eine Vielfalt von Wissensformen und Systemen des Wissens, ihre Dominanz, Marginalisierung wie auch Migrationen präsent gemacht werden, könne möglicherweise Fragen von Wissensmacht und Machtwissen begegnet werden (vgl. ebd.: 66).

Ästhetische Forschung geht von der Unmöglichkeit einer mimetischen, objektiv-rationalen, neutralen Wirklichkeitsabbildung aus. Mit der unvermeidlichen Unvollständigkeit und den Verwicklungen der/s Forschenden im Repräsentationsprozess, gehen ästhetische Ansätze bewusst um. Die gewählte Darstellungsform drückt auch aus, dass hier eine subjektive und interpretative Arbeit stattgefunden hat. „Die Präsentation [...] wird als wesentlicher Teil des Forschungsprozesses begriffen. Künstlerische Forschung problematisiert die Differenz zwischen Entstehung und Präsentation von Erkenntnis." (Peters 2013: 8) Dabei wird die Politik, die in jeder Forschung steckt, explizit gemacht, indem offen wird, dass eine subjektive Auswahl und Darstellung stattfindet. Damit findet eine direkte Begegnung mit dem Politischen der Forschung statt (vgl. Bleiker 2001).

Ästhetische Forschung wie sie beispielsweise von Helga Kämpf-Jansen entwickelt wurde, setzt bei der Erfahrungen im Alltag an, bei den mit „alltäglichen Dingen und Situationen verknüpften Wahrnehmungen" (Kämpf-Jansen 2006: 34). Im handelnden Umgang mit den erfahrenen Dingen und Phänomenen sollen diese nicht zerlegt, sondern in der Komplexität belassen werden. Das muss nicht vollständig geschehen. „Die Dinge lassen sich in ihrem Zusammenhang nur ertasten, erahnen, spüren, wirklich erfassen lassen sie sich nicht." (Kämpf-Jansen im Interview, Seydel 2006: 46)

> „Im Rahmen Ästhetischer Forschung werden alle Vorgehensweisen subjektiv bedacht, emotional begleitet, auf vielfältige Weise fixiert und kommentiert. Tagebuchaufzeichnungen, Skizzen, fotografische Dokumente, poetische Texte, Fragmentarisches und Textauszüge stehen neben Befragungsergebnissen, Gesprächsaufzeichnungen u.a. Im Ausloten eigener Zugänge und Positionierungen werden persönliche Grenzen erweitert […] Ästhetische Forschung knüpft an Bekanntem an und führt zu individuell Neuem, sie ist intensiv und erreicht in gelungenen Momenten Formen der Glückserfahrung (dem ‚Flow'‘)." (Kämpf-Jansen 2006: 36)

Ein solches Verständnis von Wissensgenerierung schlägt auch Brücken zu anderen global existierenden Epistemologien wie beispielsweise der Aymara in Bolivien, wo Lernen und Wissensvermittlung als körperliche Erfahrung verstanden werden (vgl. Burman 2011). Mutua und Swadener haben für den von ihnen herausgegebenen Sammelband *Decolonizing Research in Cross-Cultural Contexts* dazu ermutigt, eigene Präsentationsformen zu finden. „[W]e have consciously selected a mode of

representation that extends our attempts and commitment to decolonize research by encouraging contributors to present their work in ways that best meet the need of the message of their contribution.“ (Mutua/Swadener 2004: 13)

Andere feministisch-dekoloniale Autorinnen entscheiden sich für den herkömmlichen kolonialen Stil wissenschaftlicher Präsentation, um mit dem „Master's Tool“ wirksam wahrgenommen zu werden. „Our narrative is categorial and linear, so obviously uses traditional, colonialist, academic forms of presentation – because we believe that for contemporary academic usefulness, at least the structure of ‚the master's tools‘ must be employed.“ (Cannella/Manuelito 2008: 47)

Ich habe mich für die Präsentation der Ergebnisse dieser Forschung für eine narrative Erzählform entschieden. Zuvor hatte ich verschiedene andere Ideen, die sich jedoch als nicht umsetzbar erwiesen. Mein Stil des Schreibens, insbesondere der vier Kapitel, in denen die afghanischen Organisationen und deren Analysen und Ideen dargestellt werden, könnte als *akademisches Storytelling* bezeichnet werden. Akademisches Schreiben als narratives Storytelling wird vom Ethik- und Sprachwissenschaftler Gavin Fairbairn (2004) als die beste Form gesehen, um Wissen zu vermitteln. Alle Wissenschaftler*innen hätten Geschichten zu erzählen. Diese könnten in einer spannenden, motivierenden Weise mitgeteilt werden. Sich das Schreiben als eine Art von Storytelling vorzustellen, sieht Fairbairn als hilfreich für die meisten akademisch Schreibenden, um Schreibstil und das Herangehen an die Texterstellung zu verbessern – unabhängig vom Erfahrungsniveau oder dem jeweiligen Forschungsansatz.

Durch die Wahl dieses Stils, der klassische wissenschaftliche Analyseformen durchbricht und sich an einer narrativen Form anlehnt, möchte ich offen sichtbar machen, dass die Darstellung Subjektivität beinhaltet: meine und die der Partner*innen in der Forschung, deren Geschichten ich erzähle. Eine erzählende Präsentationsform entspricht am meisten meinem Selbstverständnis als Mittlerin zwischen verschiedenen Wissensformen und als Beitrag zur Dekolonialisierung. Ich erzähle nicht meine und nur annähernd die Geschichte der jeweiligen afghanischen Organisation. An der Grenze der austauschenden Begegnung entsteht ein Wissen, das eine Zwischenform ist.

Meine Forschung ist nicht nur mit meinen Forschungspartner*innen in Afghanistan ein gegenseitiger Kommunikationsprozess. Auch in Europa habe ich von Beginn an meine Forschung in einem Kommunikationsprozess entwickelt, der akademische Kreise und Institutionen umfasst, aber nicht nur diese. Beispielsweise habe ich auf zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen unter anderem von Flüchtlingsunterstützungs- und Anti-Kriegs-Organisationen, in Workshops und in Artikeln in der linkspolitischen Monatszeitung *analyse & kritik* (Exo 2009; 2011; 2012) und der Zeitschrift *Ronahî* des kurdischen Studierendenverbandes Kovara Yekîtiya Xwendekarên Kurdistan (YXK) (Exo 2014) von meinen Reisen und den kennengelernten Basisgruppen berichtet.

Wie Ina Kerner (2012) in ihrem Einführungsbuch *Postkoloniale Theorie* betont, existieren verschiedene Vorschläge, mit welchen subversiven Strategien eine Dekolonialisierung der akademischen und außerakademischen Praxis verfolgt werden kann. Viele weitere Debatten und arbeitsteilige Maßnahmen seien erforderlich. Mit zahlreichen Möglichkeiten kann dieses große Projekt der Dekolonialisierung angegangen werden (vgl. Kerner 2012: 157). Diese Forschungsarbeit ist eine dieser Möglichkeiten.

Dekoloniales Forschungsdesign?

> „What is fundamental is not the [research] approach per se, but rather establishing and maintaining relationships that address the power of the participants for self-determination.“
> RUSSELL BISHOP (2005: 126)

In diesem Kapitel stelle ich den Aufbau und Verlauf meiner Forschung dar und reflektiere diese. Das erscheint mir notwendig, um Erfahrungen mit dekolonialisierender Forschung nachvollziehbar und dabattierbar zu machen. Es liegen bisher nur wenige solcher Erfahrungen vor oder diese sind nicht leicht zugänglich.

Ich setze das Fragezeichen zu der klassisch anmutenden Kapitelüberschrift „Forschungsdesign“, denn für die Dekolonialisierung von Forschung ist es grundlegend, die Vorgehensweisen und Gütekriterien bei der Suche zur Beantwortung von Wissensfragen neu zu denken. Es geht nicht um das gut ausgeführte Management der Anforderungen wissenschaftlichen Arbeitens, wie diese in Grundlagenseminaren an wissenschaftlichen Hochschulen gelehrt werden. Andere Kriterien und Vorgehensweisen werden wichtig. Der Vorwurf der Unwissenschaftlichkeit muss bei der Anwendung ausgehalten und selbstbewusst abgewehrt werden.

FORSCHUNGSINTERESSE: AUSGESCHLOSSENES WISSEN

Am Ausgangspunkt für dieses Forschungsprojekt stand die Annahme, dass nach der Vertreibung der Taliban von der Regierungsmacht in Afghanistan im Herbst 2001 Ideen und Möglichkeiten der selbstbestimmten Gestaltung des politischen und gesellschaftlichen Raumes durch bestimmte Vorannahmen für Stabilisierung und Ordnung zugeschüttet wurden und werden, die in den Theorien und Konzepten des liberalen Peace- und Statebuilding normativ eingeschrieben sind.

Der liberale/demokratische Friedensaufbau und damit verbundene Good Governance Kriterien, die auch in Afghanistan zum Einsatz kommen, setzen nicht nur

Staatlichkeit, sondern eine bestimmte institutionelle Ausgestaltung davon, zudem eine bestimmte Wirtschaftspolitik und eine weitgehende Vorgabe für zivilgesellschaftliche Partizipationsformen fest. Die formale Herstellung dieser Institutionen und die Durchführung von Wahlen gelten als vermeintliche Bedingung für globale Sicherheit und Wohlstand und damit „im Interesse der Menschheit" (vgl. u.a. Paris 2007; Schoch 2007; Kühn 2005, Kühn 2010; Newman/Paris/Richmond 2009).

Dieses Projekt habe ich vor dem Hintergrund der Kolonialität des Wissens mit der Vermutung begonnen, dass der alle Bereiche durchziehende Eurozentrismus in Bezug auf Konzepte des sogenannten Friedensaufbaus in Afghanistan bedeutet, dass in der afghanischen Gesellschaft vorhandenes, den dominanten westlichen Konzepten jedoch widersprechendes Friedenswissen – ich beziehe mich im Besonderen auf das Wissen von afghanischen, demokratischen, anti-islamistischen und anti-kolonialen Basisorganisationen – aus der akademischen Wissensproduktion ausgeschlossen wird. Oliver Richmond führte in Ländern, wo liberaler Friedensaufbau stattgefunden hatte, Workshops durch, um nach Antworten auf das Zurückgleiten in Gewaltverhältnisse zu suchen. Ein Teilnehmer in Sarajevo, Bosnien und Herzegowina, drückte aus, dass „liberal peace clearly did not represent local objectives, consensus or debate, nor did it live up to its own claims about security, rights, institutions or needs" (Richmond 2009a: 68). Lokale Stimmen, sagt Richmond, werden von Peacebuildern als „inconvenient facts" (ebd.: 68) betrachtet. Der lokale Kontext und die notwendige Kommunikation werden abgewertet, denn liberales Peacebuilding muss um erfolgreich zu sein Abhängigkeitsverhältnisse und Konditionsvorgaben exportieren und einpflanzen, die durch ein universelles Wertesystem bestimmt werden (vgl. ebd.: 68).

Boaventura de Sousa Santos spricht von einer kognitiven Ungerechtigkeit und meint damit die fehlende Wahrnehmung der verschiedenen Wissensformen, mit denen Menschen weltweit ihr Leben führen und ihrer Existenz Bedeutung geben (vgl. Sousa Santos 2014). Basispolitische Gegenbewegungen, ihre Erfahrungen und ihr Wissen werden, so erklärt Sousa Santos, durch die als wissenschaftlich anerkannten Methodologien nicht-existent produziert (vgl. Sousa Santos 2004; Sousa Santos 2007). „[S]ocial science has been responsible for concealing or discrediting alternatives." (Sousa Santos 2004: 3) Der Reichtum weltweiter sozialer Erfahrungen wird nach dem Verständnis von Sousa Santos vergeudet. „On this waste feed the ideas that proclaim that there is no alternative, that history has come to an end, and such like." (Sousa Santos 2004: 2)

Wie Meera Sabaratnam (2011a) sehr deutlich kritisiert, wird die Zielbevölkerung in Gebieten liberaler Interventionen als Subjekt des Wissens und auch des Handelns ausgeschlossen. Die dort lebenden Menschen werden als Opfer von Konflikten beschrieben, die Hilfe von außen benötigen. Sabaratnam stellt fest, dass äußerst selten untersucht wird, wie soziale Gruppen der betroffenen Gesellschaften die Praktiken und Akteure der Intervention interpretieren oder sich mit

diesen auseinandersetzen (vgl. Sabaratnam 2011a: 798). Aufgrund der fehlenden dialogischen und situationsbezogenen Beziehungen könnten mögliche Alternativen nicht erkundet werden.

Es wird weiterhin eine Form von Othering ausgeübt, indem nicht nur von Vertreter*innen des liberalen Friedens, sondern auch von den Kritiker*innen dieser Theorie bzw. deren Anwendung in sogenannten Friedensinterventionen mit einer binären Gegenüberstellung von „(neo-)liberal/demokratisch" und „local/traditionell/indigen" gearbeitet wird. Das trifft auch dort zu, wo es um respektvolle Einbeziehung „des Lokalen" oder um die Reduzierung der Expansion der als westlich beschriebenen (neo)liberalen Ideen/Ideologie geht (vgl. Sabaratnam 2011b).

„[M]any contemporary critiques of intervention remain distant from […] the ‚recipients' or objects of domination, hegemony and empire. […] in an unwillingness to attempt the use of other embedded epistemological standpoints to act as a counterpoint, understood in a Saidian sense, to the dominant narrative of global ‚liberalism' or ‚neoliberalism' […]." (ebd.: 249)

Eine Forschungspraxis, die im Bewusstsein globaler Machtungleichheit und der Privilegierungen westlicher Forscher*innen die direkte Begegnung auf Augenhöhe und ein Lernen von den Betroffenen von demokratischen Interventionen anstrebt, muss zahlreiche Schwierigkeiten überwinden.

„Even if, however, one is convinced of the need for problematising the subjecthoods of international politics through deep empirical engagement with those normally excluded, there are several practical barriers to being able to do so, which themselves need to be highlighted and challenged." (Sabaratnam 2011a: 801)

Viele dieser Hindernisse sind in der institutionellen Einbindung von Forschung angelegt. Dekoloniale Forschung erfordert, weit außerhalb der wissenschaftlichen Disziplin nach Quellen und anderen Arbeiten zu schauen. Sabaratnam bezeichnet das als notwendige Perioden des Exils. Doch diese seien auf wenige Wochen in der vorlesungsfreien Zeit beschränkt und nur unvollständig institutionell finanziert.[7]

„[T]here is limited incentive and support […]. Indeed, given professional pressure to publish and teach, it is possible to say that further training and deep empirical and applied engage-

7 Ich wurde aufgefordert, auch zu erwähnen, dass ich, um meine sehr teuren Afghanistan-Reisen, von denen das Stipendium nur eine kleinen Teil abdeckte, finanzieren zu können, mir über lange Phasen keine Wohnung leistete, nachdem alle Ersparnisse aufgebraucht waren, und die meiste Zeit in meinem Auto schlief. Anderweitige Drittmittel zu erwerben, war aussichtslos, da Reisen in Kriegsgebiete nicht gefördert werden.

ment with alternative subject positions is structurally inhibited within the discipline.“ (Sabaratnam 2011a: 801)

Die Entwicklung dieses Projekt entstand aus dem Interesse, einen Teil des vermuteten Reichtums sozialer Erfahrungen und des Wissens von sozialen Bewegungen in Afghanistan anzuerkennen und sichtbar zu machen. Die Quellenlage für Recherchen zu basispolitischer Arbeit in Afghanistan ist äußerst begrenzt. Politische Studien zu den Entwicklungen in Afghanistan seit der Intervention 2001 weisen eine diesbezügliche Lücke auf. Der Staatsaufbau, der militärische Einsatz oder die Wirtschafts- und Entwicklungspolitik werden unter Einbeziehung nur bestimmter relevant erscheinender Akteure analysiert: vor allem das internationale Militär und internationale Organisationen, die intervenierenden Regierungen, die afghanische Regierung, afghanische Gewaltakteure, Warlords, staatliche und nicht-staatliche Entwicklungsorganisationen (vgl. beispielsweise Kühn 2010). Studien, die nach der Zivilgesellschaft oder nach der Frauenbewegung fragen, arbeiten in der Regel mit einem engen, an technokratischen Modellen orientiertem Zivilgesellschaftsverständnis, das die afghanische Gesellschaftsrealität ignoriert (zur Kritik vgl. u.a. Kaldor/Theros 2011). Eine Studie der Heinrich-Böll-Stiftung mit Fokus auf Gender-Aspekte und Zivilgesellschaft beim Demokratieaufbau in Afghanistan (Heinrich-Böll-Stifung 2006) ignoriert vorhandene politische Frauenorganisationen und bezieht nur die durch westliche Fördergelder entstandenen lokalen NGO-Strukturen ein (zur Kritik vgl. Exo 2015b).

Die meist englischsprachigen Aufsätze (z.B. Fluri 2006 und 2009), Internet-Postings (Afghanistan Analysts Network; Una Moore/Undispatch, u.a.) und auch Monografien (Emadi 1997 und 2002; Benard/Schlaffer 2002; Brodsky 2003; Kolhatkar/Ingalls 2006; Joya 2009; Joffre-Eichhorn 2011), die sich mit (der Geschichte von) linken und femininistischen Basisorganisationen oder mit der Basisarbeit für Transitional Justice (Vergangenheitsaufarbeitung von gesellschaftlich bedeutenden Verbrechen) beschäftigen und die ich im Laufe der Forschung finden konnte, sind von afghanischen Autor*innen oder in Kooperation mit afghanischen Organisationen entstanden. Diese Texte werden i.d.R. nicht als Fachtexte der Politikwissenschaft oder der Friedens- und Konfliktforschung wahrgenommen.

Auch außerhalb akademischer Kreise sind die Kenntnisse dazu, welche basispolitische Kritik und Gegenbewegungen zur militärischen Intervention und dem gesellschaftlichen Umbau- und Staatsaufbauprojekt in Afghanistan bestehen, in Deutschland eher gering. Allerdings gibt es über gelegentliche Einladungen von afghanischen Frauenrechtlerinnen – Malalai Joya oder Vertreterinnen von RAWA – ein grundsätzliches Wissen darüber, dass lokale, auch feministische Gegenstimmen existieren.

PROBLEMATISCHE SCHEUKLAPPEN

Basispolitische Aktivitäten bzw. anti-koloniale, demokratische Gegendiskurse zum zivil-militärischen Interventionsprojekt und dem sogenannten liberalen Friedens- und Staatsaufbau in Afghanistan, die im Land selbst existieren, sind wenig bekannt. Lokale basispolitische Perspektiven und ein dort entwickeltes Wissen zum Konflikt und zu einem möglichen Friedensaufbau werden ignoriert und unterdrückt. Oder es wird versucht – verstärkt seit etwa 2010 –, diese in das zivil-militärische Interventionsprojekt einzubinden (vgl. bspw. Kaldor/Theros 2011).

Politikwissenschaftliche Studien zum Interventionsprojekt Afghanistan analysieren dieses vor allem aus dem Blickwinkel des demokratischen Staatsaufbaus bzw. des Aufbaus von Governance. Eurozentrische Normen für politische Ordnung und Entwicklung prägen die Analysekategorien und die Indikatoren, die beachtet werden. Die afghanische Gesellschaft wird dabei wenig wahrgenommen. Angesichts der Entpolitisierung der Normen für politische Stabilisierung wird afghanischen sozialen, politischen und kulturellen Basisakteur*innen, die für eine grundlegende Veränderung der eingeschlagenen gesellschaftlichen Entwicklung kämpfen, noch weniger Beachtung entgegen gebracht.

Als ich diese Forschung anfing, wurde in Bezug auf die islamistische vermeintliche „Basisbewegung“ Taliban eine Forschungslücke gerade bearbeitet. Angesichts des Scheiterns einer Stabilisierung in Afghanistan wurde es ein Anliegen zahlreicher Afghanistan-Forscher*innen, die Taliban zu verstehen und zu erforschen. Die Taliban wurden als politische Akteure mit ihren Ideen, Handlungsstrategien, Strukturen, Strömungen ernst genommen, denn nun war es ein Ziel, diese (bzw. Teile von ihnen) über Verhandlungen in das politische System einzubinden und an der Regierungsmacht zu beteiligen (vgl. u.a. Schetter/Klußmann 2011). Zu den Taliban, obwohl in der Bevölkerung mehrheitlich abgelehnt, gäbe es keine weitere Alternative (vgl. ebd.: 9). Auch ein „insight into the human side of the Taliban“ (The Guardian, 04.05.2012) wurde verfolgt, unter anderem durch Veröffentlichung von Taliban-Gedichten (Kuehn/van Linschoten: 2012).

Dieses Interesse an den Taliban als dem wahrgenommenen politischen Akteur (und Gegenspieler) neben den Akteuren des Interventionskriegsprojektes setzte sich fort bis hinein in Diskussion auf Antikriegs-Veranstaltungen und in der Friedensbewegung. Auf Ersteren wurden die Taliban als „objektiv anti-imperialistisch“ begriffen, weil sie unter anderem Tanklastzüge zerstören und den Nachschubweg für die US-Kriegsmaschinerie bekämpfen. Es wurde gefragt, wie sich die Taliban zusammensetzen, wer sich da mit welcher Motivation anschließt, ob Taliban nicht ein

Label wäre, unter dem sich vielleicht auch Linke befinden würden.[8] Letztere, also Teile der Friedensbewegung, trafen sich mit Taliban-Vertretern bei einer Delegationsreise nach Kabul und wollten diese anschließend zu einer Konferenz zur Zukunft Afghanistans nach Deutschland einladen. Der Frieden bräuchte eine „Regierung der nationale Einheit" (Braun/Karch 2013: 17) mit Einbeziehung der „islamische[n] Koalition" (ebd.), die auch die Taliban und die Hekmatyar-Gruppe umfasst. „Nationale Koalitionen" wie die Nationale Front, eine Art Neuauflage der Nordallianz, sollten gestärkt und zu einer Konferenz nach Straßburg eingeladen werden (vgl. Internationales Netzwerk No to War – No to NATO 10.02.2014).

Die Taliban bekamen den Stellenwert eines ernstzunehmenden politischen Akteurs. Dagegen fanden die zunehmenden Aktivitäten zur Durchsetzung von Strafermittlungen gegen die Kriegsverbrecher in der Regierung, das Engagement kleiner Organisationen, die trotz Bedrohungen Zeugenaussagen zu Kriegsverbrechen sammelten, die Fertigstellung eines 800-Seiten-Berichts der Afghanistan Independent Human Rights Commission (AIHRC) zur Dokumentation von Menschenrechts- und Kriegsverbrechen der letzten Jahrzehnte und die Unterdrückung der Veröffentlichung dieses Berichts, weiterhin keine internationale Beachtung und wenig Forschungsinteresse. Die (unbewaffnete) feministische Organisation RAWA kann aus Sicherheitsgründen nur im Untergrund arbeiten, doch sie halten an ihren Zielen fest und machen ihre politische Arbeit weiter. Sie werden als nicht ernstzunehmend oder unbedeutend diskreditiert (vgl. bspw. Moghaddam 2006a). Die säkulare, linke Opposition wird von Braun/Karch (2013) als existent, aber unbedeutend dargestellt, weil diese an den Überlegungen zur Bildung einer nationalen Einheit mit der Regierung und den weiteren islamistischen Gruppen nicht beteiligt ist (vgl. Braun/Karch 2013: 17). In der Darstellung von Braun/Karch wird zudem deutlich, dass das politische Profil und die Aktivitäten dieser Organisationen nicht bekannt sind.

Es ist nicht zufällig, wessen Handlungsmacht und wessen Wissen in Forschungen zum Konflikt und Peacebuilding in Afghanistan anerkannt, aufgegriffen und diskutiert wird – und wessen nicht. Zum einen wird so getan, als gäbe es im Gebiet der Intervention selbst kein relevantes Wissen für die eigenständige Analyse und Bearbeitung der Konflikte und Probleme. Zum anderen werden insbesondere feministische, linke, anti-militaristische, künstlerische, anti-islamistische, an Gerechtigkeit, Demokratie und Frauenrechten orientierte soziale Bewegungen, deren Aktivitäten und Denkweisen, nicht als relevant für das Verständnis von Sicherheit und Frieden und für die Handlungsmacht bei deren Herstellung anerkannt.

8 Es hatte eine CIA-Studie gegeben, die aussagte, dass ein Großteil sich nicht aus ideologischen Gründen den Taliban anschließt. Viele seien lose Banden Unzufriedener, die eine Alternative zur Armut suchen oder getötete Angehörige rächen wollen.

Ann Tickner hat die mögliche Wirkung des ausgeblendeten „Dritte-Welt“-Wissens untersucht. Sie sagt selbst dazu, dass für das Arbeitsgebiet „Krieg und Konflikt“, als zentrales Gebiet in der Internationalen Politikforschung, ihre Feststellung kaum alarmierender sein könnten:

> „Scholarly acceptance and repetition of universal labels also lends itself to the view that conflict is somehow ‚natural‘ to the third world rather than historically produced, and that it is relatively easily understood and can be reduced to a small number of variables. The invisibility of local knowledge of conflict may in fact be related to its incompatibility with dominant wisdom on this topic.“ (Tickner 2003: 312)

Weil das lokale Konfliktwissen nicht mit den konventionellen Konfliktbeschreibungen vereinbar ist, bleibt es unsichtbar, obgleich solche Perspektiven äußerst wichtige Einsichten bieten. Die verbreiteten theoretischen Rahmensetzungen bewirken, dass diese Einsichten übersehen werden (vgl. ebd.).

In Afghanistan ist die Marginalisierung der Handlungen und des Wissens von basispolitisch aktiven, anti-islamistischen Organisationen oder auch Einzelpersonen mehrfach. Zum einen sind sie bedroht durch islamistische Organisationen und durch Warlords, zum Teil in Verbindung mit Staatsorganen. Im Weiteren arbeitet das Interventions- und Peacebuildingprojekt mit Modellen, in denen sie nicht vorkommen, solange sie nicht die gewünschte Rolle für die Zivilgesellschaft übernehmen. Nicht zuletzt – gerade auch im Hinblick auf Afghanistan – ist Forschung zu internationaler Politik mit dem Handeln der westlichen und anderen einflussreichen Staaten und internationalen Organisationen beschäftigt. Soziale Bewegungen bzw. Basisprozesse der Organisierung in den ehemaligen Kolonialgebieten und/oder heutigen Interventionsgebieten werden in der Regel nicht als Akteure und relevante Handlungen der Weltpolitik bzw. von Sicherheit, Stabilität und Frieden erachtet.

> „[T]he construction of the political in contemporary Western discourse marginalises the struggle of non-European peoples for economic justice and racial equality and discounts their historical experience of dispossession. […] established conceptions of the political underwrite Western dominance.“ (Darby 2004: 3)

Die Dekolonialisierung des Internationalen hat kaum begonnen (vgl. ebd.: 6). Postkoloniale und dekoloniale Theorie, die ernsthafte Reflexion der Kolonialität und des Eurozentrismus in den Wissensformen, hat auf dem Gebiet der Internationalen Politik und der Friedens- und Konfliktforschung bislang nur sehr anfänglich Eingang gefunden.

De-/Post-koloniale Theorie, die die ausgeblendeten Perspektiven der Kolonialisierten nach vorne rückt, wird zudem bisher äußerst selten mit empirischen For-

schungsarbeiten verbunden. Material zu Erfahrungen mit empirischen Forschungsprojekten, die dekoloniale Theorie, Methodologie und Ethik anwenden, liegt entsprechend kaum vor. Ausnahmen fanden sich schon vor einigen Jahren in der englischsprachigen Bildungsforschung (bspw. Mutua/Swadener 2004), derzeit werden erste deutschsprachige, politikwissenschaftliche Veröffentlichungen herausgebracht (bspw. Ziai 2016). Mit dieser Forschung bin ich diesem Problem der epistemischen Gewalt und des kolonialen Ausschlusses von existierenden Wissen begegnet, als einem Beitrag zur Dekolonialisierung des Wissens zum Konflikt und zu den Möglichkeiten für Frieden in Afghanistan.

FRAGEN UND GEMEINSAME ZIELE

Am Anfang dieser Forschung stand die Frage, welche alternativen Ideen und damit verknüpfte politische Praxis für eine Neugestaltung des Landes abseits der Konzepte und Diskurse des praktizierten interventionistischen liberalen Peacebuilding existieren, aber in akademischen und anderen öffentlichen Analysen und Debatten unsichtbar, unhörbar oder nicht-legitim und damit nicht debattierbar gemacht werden.

Zu Beginn des Projektes hatte ich dafür die folgenden Fragen formuliert:

- Welche Ideen für die Gesellschaftsgestaltung und einen zukünftigen Frieden bestehen bei sozialen Basisorganisationen, die (grundlegend) nicht übereinstimmen mit dem Auf- bzw. Umbauprojekt der internationalen Intervention?
- Welche Praktiken sind damit verbunden? Wie werden diese dissidenten Ideen eingebracht, weiter verfolgt und entwickelt?
- Was hindert diese Handlungsweisen daran, mehr Sichtbarkeit und gesellschaftlichen Einfluss zu haben? Welche Rolle nimmt Wissenschaft dabei ein? Wie werden diese Ideen trotzdem artikuliert?

Später folgten Detailfragen, unter anderem zur Entstehungsgeschichte, den Aktivitäten, Zielen und Forderungen der afghanischen Basisorganisationen, den Hindernissen insbesondere in Bezug auf Sichtbarkeit, Wahrnehmbarkeit und Anerkennung, auf Möglichkeiten und Schwierigkeiten der Einflussnahme. Verschiedene Themenbereiche wurden in den Interviews angesprochen und in Texten recherchiert. Diese schließen Folgendes ein: Bezug zum Peacebuilding, zur Militärpräsenz und -aktivitäten, Regierungsbildung und Wahlen, Umgang mit Kriegsverbrechern, Vergangenheitsbearbeitung und Erinnerungen, Haltung zu Taliban/Verhandlungen, Haltung zu Jihadis/Fundamentalisten, Verständnis von Demokratie bzw. dem Demokratieaufbau, Verhältnis zum Friedensprozess und zu Frauenrechten.

Diese Fragen sind Krücken auf dem Weg der Annäherung an die basispolitischen Organisationen in Afghanistan, deren Selbstverständnis, Geschichte, Ziele, Aktivitäten und Schwierigkeiten. Es geht um das Wissen zu den Konflikten und einem möglichen Frieden in Afghanistan, das diese Organisationen entwickelt haben und das unsichtbar gemacht wird. Wichtig dabei ist, dieses Wissen nicht mit dem Ziel zu suchen, um Lücken bestehender eurozentrischer, kolonialer und imperialistischer Theorien und Anwendungspraktiken zu füllen. Tatsächlich war ich zu Beginn von aktivistischen Freundinnen ermahnt worden, letztendlich nicht in die Hände der Kriegsstrategen zu arbeiten. Zu der problematischen Rolle von Sozialforscher*innen für Aufstandsbekämpfungsstrategien hatte ich bereits im Kapitel „Verwickelt: Wissenschaft und Kolonialismus“ geschrieben.

Dekolonialisierende Forschung braucht neben der epistemischen auch eine politische Positionierung als Teil der Kämpfe für Dekolonisierung bzw. für eine demokratische, freiheitliche, geschlechterbefreite, gerechte Gesellschaft und Welt. Wir können anfragen und daran arbeiten, zu Verbündeten von sozialen Bewegungen zu werden, die an solchen Zielen arbeiten. Gemeinsam kann sich geeinigt werden, welchen sinnvollen Beitrag eine Forschung für diese Ziele leisten kann. Bei der Umsetzung besteht eine persönliche Rechenschaftspflicht gegenüber den Bewegungen. Die Sichtbarkeit der vier afghanischen basispolitischen Organisationen, auf die nachfolgend eingegangen wird, und deren Analysen in akademischen und allgemein öffentlichen Debatten in Form dieses Buches und weiteren Formen wurde von allen als wichtig erachtet, sodass eine Zusammenarbeit und intensive Beschäftigung entlang der „Hilfsfragen“ über viele Jahre stattfand. Die Beziehungen und die Verfolgung ähnlicher gemeinsamer Anliegen bestehen weiter und werden auch in der Zukunft fortgesetzt.

EINSCHRÄNKUNGEN UND HINDERNISSE

Die Durchführung dieser Forschung in einem Kriegsgebiet war durch Einschränkungen und Hindernisse geprägt. Ich unterstand keinem der Sicherheitskonzepte, wie sie für internationale Mitarbeiter*innen in internationalen Organisationen in Afghanistan gelten, und habe mich anders bewegt, als es entsprechende Sicherheitsauflagen vorgeben. Auf diese Weise war es mir möglich, den Alltag mit Familien zu teilen, mich gelegentlich zu Fuß durch Städte und Dörfer zu bewegen, eine Vielzahl an Orten, Stadtvierteln, Büros, Wohnungen, öffentlichen Parks und Gebäuden aufzusuchen, mehrere Provinzen außerhalb von Kabul zu besuchen und auch in Dörfern Gespräche zu führen – nicht ohne Risiken einzugehen und mitunter auch im Schutz der Burka reisend. Trotzdem bleibt es für die Forschung nicht unerheblich, dass Bewegungsmöglichkeiten und damit auch mögliche Kontakte und Erfahrungen durch die Sicherheitsgefährdung in Afghanistan

eingeschränkt waren/sind. Meine Gesprächspartner*innen haben, wie ich an mehreren Stellen in dieser Arbeit beschrieben habe, große Schwierigkeiten aufgrund der Sicherheitsprobleme.[9] Unsere Gesprächskontakte waren auch dadurch behindert. Eine Forschung in einem Kriegsgebiet ist vielen Hindernissen und Einschränkungen unterworfen (vgl. auch Exo 2007). Die Verständigung ist durch die Veränderungen der Sprache erschwert, unter anderem weil Gewalterfahrungen und Bedrohungen nicht mit direkten Worten und Namen, sondern in Umschreibungen und Andeutungen erzählt oder auch verschwiegen werden. Das System der Straflosigkeit bewirkt Angst, Ohnmacht oder große Vorsicht. Die Gefährdung meiner Sicherheit[10] und die Sicherheit der Menschen, mit denen ich in Kontakt stehe und die an meiner Forschung beteiligt sind, ist eine ständige Belastung. Sie gehört zum Alltag in Afghanistan und bewirkt eine Erschöpfung – für mich auf die Phasen meiner Reisen und die Wochen und Monate danach begrenzt.

Ein darüberhinausgehendes Hindernis in der Verständigung sind die vielen jahrzehntelangen Erfahrungen von Kriegen, Unterdrückung, von äußerer Einmischung und „Hilfe" auf afghanischer Seite, und auf meiner Seite als europäische Forscherin der von Europa ausgehende Neo-/Kolonialismus und diesen legitimierende Diskurse und Wissenschaften. Die Erfahrungen von Jahrzehnten mit Kriegen und repressiven Regierungen, mit Vertreibung, Exil, Verlusten und willkürlicher Gewalt und Unterdrückung sind in die Kultur Afghanistans und in die Menschen eingeschrieben. Die massive Einmischung anderer Staaten und internationaler Organisationen mit Invavion, Aufrüstung und Finanzierung der Kriegsparteien, mit Entwicklungsprojekten und Regierungs-„beratung" und auch mit begleitenden Forschungen und Befragungen gehörte seit Ende der 1970er Jahre bereits fest dazu. Meine Person und der Forschungskontext sind dem gegenüber – mehr oder weniger reflektiert – geprägt durch Jahrhunderte von Europa ausgehender Kolonialherrschaft, die Konstruktion von Europa als normatives Zentrum der Welt mit zivilisatorischer Überlegenheit, tief verwurzeltem Rassismus und dem Privileg, Aussagen über die Welt und globale soziale Phänomene machen zu dürfen. Diese Aufzählungen sind selbstverständlich unvollständig. Doch nicht zuletzt diese Rahmenbedingungen unterscheiden uns sehr und erschweren eine Verständigung. Andererseits gibt es auch viele Gemeinsamkeiten mit den Aktivist*innen der vier hier dargestellten Organisationen, beispielsweise ein feministisches, anti-koloniales und anti-militaristisches politisches Denken,

9 Neben den Sicherheitsproblemen, die alle in Afghanistan betreffen, sind dies insbesondere Morddrohungen durch Warlords, Kriegsverbrecher und islamistische Organisationen, einige davon in Verbindung mit dem Staatsapparat, inklusive Geheimdienst.

10 Das umfasst mögliche Entführungen, Anschläge in Kabul, Straßenrandbomben und Taliban-Kontrollen auf Landstraßen, Warlords und andere Kriegsverbrecher, die keine Forschung über ihre vergangenen und gegenwärtigen Verbrechen dulden, und auch den Geheimdienst.

das Bestreben zur Überwindung von konstruierten essentiellen Hierarchien zwischen Menschen, die Verbindung von Frieden mit Gerechtigkeit und der hohe Wert einer Selbstorganisierung von Menschen an der gesellschaftlichen Basis. Diese gemeinsam geteilten Ideen und politisch verfolgten Anliegen und der Wunsch nach Beziehungen des Austauschs erleichterten eine Verständigung. Wir konnten einige Hindernisse in der Verständigung überwinden, doch vieles bleibt begrenzt. Deutlich längere Aufenthalte in Afghanistan wären in dieser Hinsicht hilfreich gewesen, waren jedoch aufgrund der, im Verhältnis zu den komplexen Anforderungen des Projektes, äußerst gering ausgestatteten Finanzierung dieser Forschung[11] und auch aufgrund der Sicherheitslage nicht möglich. Reisen von Vertreter*innen der afghansichen Organisationen nach Deutschland sind nicht nur aufgrund der Kosten, sondern vor allem auch aufgrund der großen Schwierigkeiten Reisepässe und Visa zu erhalten, sehr eingeschränkt. Trotzdem gelang es nach langem Bemühen im November 2015, kurz nach der Abgabe meiner Dissertation, welche die Grundlage dieses Buches bildet, Vertreter*innen von drei der vier Organisationen für eine gemeinsame Konferenz und eine Veranstaltungsreihe nach Deutschland einzuladen. Zwei Vertreter der vierten Organisation kamen im Februar 2016. Ein kollektiver Forschungsprozess mit vielen Kommunikationsmöglichkeiten, weiteren Treffen und zahlreichen Formen und Orten der Begegnung, nicht zuletzt auch für ein gemeinsames umfassendes Reviewing in der Schreibphase, würden eine deutliche Verbesserung der Bedingungen und auch eine Ausweitung der Ergebnisse bedeuten. An einer solchen Gruppe wären in diesem Fall mehrere Personen aus Afghanistan beteiligt gewesen, die sich für die Durchführung der Forschung engagieren und dafür auch finanziell abgesichert sind. In einer solchen kooperativen, transnationalen bzw. transkulturellen Forschung müssten auch mehr als eine Person aus Europa bzw. aus dem Kontext der kolonialisierenden Seite des Projektes externen „Friedensaufbaus“ bzw. des kolonialen Kriegsprojektes beteiligt sein, um gemeinsame Reflexionen zu ermöglichen.

11 Das Promotionsstipendium und zusätzliche Reisezuschüsse der Rosa-Luxemburg-Stiftung ermöglichten die Forschung und auch Flüge nach Afghanistan. Doch die Förderung war nicht den realen Kosten angemessen. Wohnraum in Kabul ist extrem teuer und Bewegungsmöglichkeiten in der Stadt sind nur mithilfe eines persönlichen Fahrers, der eine Vertrauensperson sein muss, gewährleistet. Dazu kommen regelmäßige Ausgaben für Übersetzungen sowie hohe Kosten für Reisen innerhalb von Afghanistan, die zwischen den großen Städten aus Sicherheitsgründen nur als Flug möglich sind. Obwohl ich alle meine Ersparnisse eingesetzt, während dieser Zeit meine Ausgaben in Deutschland radikal reduziert hatte und mir über lange Phasen keine eigene Wohnung/kein Zimmer mehr leistete, wirkte sich das zu knappe Budget einschränkend auf die Forschungsdurchführung aus.

FORSCHUNGSVERLAUF: VIER JAHRESZEITEN

Die Umsetzung erfolgte als kooperativ-dialogische Forschung. In herkömmlichen Begriffen ausgedrückt, kann von der Anwendung ethnografischer Methoden gesprochen werden: teilnehmende Beobachtung, offene und leitfadengestützte Interviews, Forschungsjournal, Gespräche, Gruppendiskussionen. Diese Methoden wurden auf der Grundlage einer relationalen Epistemologie umgesetzt. Insgesamt habe ich weit über 100 Interviews durchgeführt und die meisten davon aufgezeichnet. Nur wenige dieser Interviews gehen sehr direkt in diese Ausarbeitung ein. Analysen grauer Literatur (Flugblätter, Broschüren, Poster), von Websites der Organisationen, Videos, Liedern, Zeitungsartikeln bilden neben Aufsätzen und Monografien eine weitere Basis für die Beantwortung der Forschungsfragen. Ethik und Methodologien dekolonialer Forschung wurden im Verlauf der Forschung die wichtigsten Orientierungspunkte für die Arbeitsweise.

Ich war insgesamt vier Mal für meine Forschungen in Afghanistan: im Mai 2009, Juni bis August 2010, Februar und März 2011 sowie September bis Oktober 2012. Zudem habe ich einige Vertreter*innen der hier dargestellten Organisationen im Januar 2011, im Dezember 2011, im November 2015, Februar 2016, Juli 2016 und im Dezember 2016 in Deutschland bzw. Italien treffen können. Die Auswahl dieser vier Organisationen fand nach der Reise im Sommer 2010 statt.

Für die Darstellung des Forschungsverlaufs orientiere ich mich am Vier-Jahreszeiten-Ansatz ethnografischer Methodologie von Amira De La Garza (auch unter dem Namen María Cristina Gonzáles bekannt: Gonzáles 2000). Der ethnographische Prozess, einschließlich der Vorbereitungsphase, wird von Garza in einer periodischen Perspektive durch die Kreise der Jahreszeiten der Natur beschrieben. Bewusst möchte Garza (Gonzáles) den wissenschaftlichen Stil des Schreibens damit weitgehend verlassen und orientiert sich an der Ontologie von Zeremonien und Ritualen.

„There is a preparation, or ‚spring‘, as I will call it, which is the foundation for all that will come. It is followed by the ‚summer‘, or actual recognizable ritual acts. The ‚fall‘, or harvesting portion of a ceremony is the time when the fruits of the ceremony are shared and celebrated communally. The ‚winter‘ is the time of rest and waiting, and it is often the time when the meaning of the ceremony is received and understood.“ (Gonzáles 2000: 637)

Frühling – die Vorbereitungsphase

Dies ist die Phase, in der die Grundlagen für den Arbeitsprozess gelegt werden; sie ist geprägt von Spekulationen, Träumen, Vorfreude, Antizipationen, Unsicherheiten und Vorbehalten. Es geht auch um das Fragen nach Erlaubnis, mit der Forschung in das Leben von anderen hineingehen zu dürfen (vgl. Gonzáles 2000).

Während einer ersten kurzen Reise mit sieben Tagen Aufenthalt in Kabul im Mai 2009 („Vorstudie“) haben Vorgespräche stattgefunden. Ich wollte herausfinden, ob diese Forschung auf das Interesse und die Unterstützung der afghanischen Gesprächspartner*innen trifft. Ich traf neben anderen Personen auch bereits Vertreter*innen aller vier hier präsentierten Basisorganisationen. Vor dieser Reise war ich mir im Unklaren darüber, ob so eine Forschung sinnvoll und praktisch machbar ist. Ich musste unter anderem herausfinden, ob eine solche Forschung unter den Kriegsbedingungen im Land durchführbar ist und was ich dabei beachten muss. Alle vier Organisationen hatten mein Projekt als sinnvoll betrachtet und befürwortet. Mehrere von ihnen hatten mir ausdrücklich ihre Unterstützung bei der Forschungsdurchführung zugesagt.

Mir ging es darum, eine Verständigung über meine Forschung zu entwickeln, die eine Beziehung ermöglicht, in der das Projekt zumindest insofern gemeinsam und kooperativ wächst, dass die afghanischen Gesprächspartner*innen darin einen sinnvollen Beitrag sehen. Ich sprach mit verschiedenen Organisationen über meine Forschungsidee und die mögliche Umsetzung einer nicht-hierarchischen, dialogischen Methodologie, die Informationen nicht ausbeutet. Die Gesprächspartnerin der feministischen Organisation RAWA verstand diesen Grundgedanken gut.

„I can understand, because unfortunately, because again because of these NGOs, because of some things that... Now the people think that if you talk with them – some of them, not all – you do kind of your business. You know? You get information then you are going your ways. You publish it and then you get money for this.“ (Friba, RAWA, Interview in Kabul, 18.05.2009)

Im deutlichen Unterschied dazu meinten die Leitungspersonen des Afghan Women's Network (AWN), mit dem viele der internationale (N)GOs kooperieren (vgl. bspw. AWN/Heinrich-Böll-Stiftung 2014), im Gespräch über meine geplante Forschung, dass ich gegenüber meinen Interviewpartnerinnen nichts erklären müsse. „You [do] not need to explain, just ask the questions. To get your answers.“ (Leeda Yaqoobi, Direktorin AWN, Interview in Kabul, 18.05.2009) Allein die Leitung der lokalen NGO, über die ich Kontakte zu Frauen bekommen könne, solle eine Beschreibung meines Forschungsvorhabens – „as short as possible“ (ebd.) – erhalten. „For the local people they may not know or they may not be interested to know for which purpose you came here.“ (Ebd.) Auch eine Vorstellung meiner Person mit meinem politischen und wissenschaftlichen Hintergrund sollte ich nicht gegenüber den Frauen auf dem „community-level“ machen, sondern nur in Kurzform gegenüber dem Provincial Council und der NGO-Führung. Die einfachen Frauen könnten darüber mit anderen Menschen reden und es sei deshalb besser, ich gäbe keine Details. Es könnte mir sonst schaden, wenn etwas falsch verstanden würde. Das Afghan Women's Network, „ein von der Heinrich-Böll-

Stiftung von Anfang an unterstützter Dachverband" (Unmäßig, Vorstand Heinrich-Böll-Stiftung, 16.06.2011) funktioniert mit diesen Praktiken gut für die zu Tausenden seit 2001 für Projektarbeit ins Land gekommenen internationalen NGOs. Solche Praktiken tragen voraussichtlich zu der von der RAWA-Repräsentantin Friba beschriebenen negativen Wahrnehmung von Forschung bei. Für eine Forschung, die sich dekolonialer Ethik verpflichtet, können sie keine Orientierung sein.

Die Gespräche entwickelten sich insbesondere mit den Organisationen, die ich nun auch hier darstelle, bereits während den ersten Begegnungen im Mai 2009 zu ausführlichen und tiefen inhaltlichen Gesprächen. Das trug vor allem dazu bei, die für die Basisgruppen relevanten Themen zu verstehen. Auch die Bedeutung des historischen Kontextes und der Erfahrungen seit 2001 wurden mir verdeutlicht.

Die Organisationen haben sich mir vorgestellt und ihre zentralen Themen, Aktivitäten und politischen Positionen beschrieben. Meine Fragen konzentrierten sich damals noch sehr eng um den Begriff „Frieden", gelegentlich habe ich auch, in Weiterführung des verbreiteten Sprachgebrauchs, von „Nachkriegsgesellschaft" gesprochen. Ich wollte wissen, welche (anderen) Vorstellungen von Frieden an der Basis der Gesellschaft bestehen. Doch ich merkte, wie wenig die Frage in dieser Formulierung eine Bedeutung für meine Gesprächspartner*innen hatte.

Am meisten überrascht war ich vom Umgang der Social Association of Afghan Justice Seekers (SAAJS), die mit den Familien der Opfer von Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen gegen das Amnestiegesetz und für Transitional Justice arbeitet, mit meinem Anliegen. Die Direktorin und eine Mitarbeiterin hatten mich am Flughafen abgeholt und mir mit der Organisierung einer Unterkunft geholfen. Nach einem ersten Gespräch fragte die Direktorin, ob ich nicht mit Victims' Families sprechen möchte statt mit ihr. Auch die Vertreterin von RAWA hatte mir im Gespräch nahegelegt, ich sollte die einfachen Menschen, die Opfer der Kriege sprechen. Also stimmte ich zu. Auf das Gespräch, das folgte, war ich in keiner Weise vorbereitet: Vier Frauen unterschiedlichen Alters erzählten mir nacheinander ihre Leidensgeschichten und die ihrer Familien. Es ging um körperliche Verstümmelung, um Tod und um Verluste: von Verwandten, des Zuhauses, von geistiger Gesundheit und der Einkommensmöglichkeiten. Es ging auch um Folter, um Entführung und Versklavung, um Armut, um Flucht und um fehlende Hoffnungen für die persönliche Zukunft. Gleichzeitig begegnete ich beeindruckenden Frauen, die sich trotz und wegen ihrer Misere mit anderen Familien organisieren, die ihr Leben immer wieder neu in die Hand nehmen, Gerechtigkeit fordern, gemeinsam der Toten gedenken und für ihre Rechte demonstrieren. Ich wusste kaum, wie ich auf die Erzählungen reagieren sollte und was ich erwidern konnte. Es fiel mir auch schwer, das Gehörte zu verstehen und zu verarbeiten. Mir wurde bewusst, wie wenig ich bisher von der Geschichte des Landes, vom Leben der Menschen und von ihren Kämpfen wusste. Solche Gespräche waren wichtig, um mich mit Demut und Bescheidenheit, aber auch mit einem großen Verantwortungsgefühl, die mir mitge-

teilten Geschichten weiterzutragen, an mein weiteres Projekt zu begeben. Gonzáles spricht davon, dass die eigenen Beschränkungen und mögliche ethische Probleme eingestanden werden müssen (vgl. Gonzáles 2000: 639).

Es verging mehr als ein Jahr, ehe ich ein Stipendium hatte und die erste längere Forschungsreise unternehmen konnte. Trotz der vorangegangenen Gespräche entstand eine schwierige weitere Vorbereitungsphase. Während der Vorbereitung für die Reise im Sommer 2010 hatte ich in Anknüpfung an unseren Kontakt ein Jahr zuvor eine Anbindung an den Verband der Familien der Opfer von Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen SAAJS (Social Association of Afghan Justice Seekers) gesucht. Auf meine E-Mails während der Planung der Reise erhielt ich überraschenderweise von allen mir wichtig erscheinenden Organisationen keine Antworten, nicht von RAWA, die mir Unterstützung zugesagt hatte, und auch nicht von SAAJS, deren Mitarbeiterinnen mich bei meiner ersten Reise so gut betreut hatten. Es blieb undurchschaubar, woran diese Kontaktaufnahme scheiterte, denn die Direktorin von SAAJS erklärte mir später, sie hätte mir geantwortet. Auch RAWA reagierte schnell, als ich von Kabul aus erneut per E-Mail – der einzig mögliche Weg dafür – Kontakt aufnahm. Doch die nicht funktionierende Kontaktherstellung und damit die fehlende Unterstützung in der Vorbereitung hatten dazu geführt, dass ich mich auf Anraten von Sari Kouvo, der Afghanistan-Beauftragten vom International Center for Transitional Justice (ICTJ), für meinen Aufenthalt an die afghanische Menschenrechtsorganisation Afghanistan Watch angebunden habe. Mir wurde erklärt, dass es aus pragmatischen Gründen und wegen der Sicherheit notwendig sei, mich an eine Organisation zu binden.

Ich hatte damit einen Arbeitsplatz mit Internetzugang, Gespräche mit den Kolleg*innen und, wie sich dann zeigte, auch den ganzen Tag Tee-Versorgung am Tisch und mittags ein warmes Essen. Theoretisch konnte ich auf die Kontakte von Afghanistan Watch zurückgreifen und meine Forschung mit den Mitarbeiter*innen besprechen. Im Gegenzug habe ich ehrenamtlich mitgearbeitet, den Newsletter von Afghanistan Watch redigiert und die erste Ausgabe eines neuen Publikationsprojekts mit geplant, gestaltet und koordiniert. Ein Kollege hat immer gewusst, wann ich ins Büro komme, wann und oft auch wo ich zu Gesprächsterminen unterwegs bin, vor allem aber, wann ich zurück im Büro sein sollte. Er hat Kontakt zu meinem Fahrer gehalten, diesem auf Dari die Adressen erklärt und, wenn er Grund zur Sorge hatte, hat er mir oder meinem Fahrer hinterhertelefoniert. Das waren wichtige Sicherheitsvorkehrungen.

Diese Einbindung bei Afghanistan Watch hat mein Forschungsanliegen jedoch zunächst auf Irrwege geführt. Meine Verwicklung mit dieser Organisation bewirkte eine Nähe zur Kabuler Gemeinschaft der „Internationals“ und zu den lokalen und internationalen NGOs, anderen Organisationen und Einzelpersonen, die mit diesen kooperierten – insgesamt mit einem fließenden Übergang zu Regierungsorganisationen, Botschaften und Militär. Ich war von Beginn an bestrebt, mich nicht in den

Sog dieses sozialen Umfeldes hineinziehen zu lassen. Eingebunden in den kritischen, menschenrechtsorientierten Teil der neokolonialen Welt der international Intervenierenden und ihrer lokalen Kooperationspartner wurden dennoch meine Entscheidungen zunehmend unklarer.

Erst allmählich konnte ich die unterschiedlichen Profile von Organisationen mit gemeinsamen Anliegen und Forderungen begreifen. Afghanistan Watch arbeitet unter anderem zum Thema der Transitional Justice und ist Teil der Bündnisses Transitional Justice Coordination Group (TJCG), in dem auch der Verband der Familien der Opfer, SAAJS, aktiv ist. Im Verständnis von Afghanistan Watch – und damit im Unterschied zu SAAJS – ist Transitional Justice ein Bestandteil von liberalem Friedensaufbau, der faktisch in Afghanistan hinter anderen Prioritäten (vorläufig) zurück fällt, aber durch (bezahlte) Menschenrechtsverantwortliche erinnert werden sollte. Diese Arbeit ist damit nicht verknüpft mit einer Kritik der (Wirkung der) militärischen Intervention und des von außen gesteuerten Staats- und Gesellschaftsumbaus, obwohl dieser Kriegs- und Menschenrechtsverbrechern politische und wirtschaftliche Macht verschafft.

Ich durchlief einen unangenehmen Lernprozess durch Umwege. Ich konnte zunächst weder einschätzen, welche Kritik an der Ausführung des internationalen Aufbauprojektes als eine reformorientierte Stärkung und Bestandteil eben dieses Projektes funktioniert, und welche mitunter sehr irritierenden Facetten Menschenrechtsarbeit in Afghanistan hat. Ich wusste nicht, welcher Teil zivilgesellschaftlicher Gruppen wie stark in das technokratische neoliberale Zivilgesellschaftsmodells integriert ist. Ich suchte nach den Organisationen oder sozialen Zusammenschlüssen, bei denen in Afghanistan Gegenwissen für eine selbstbestimmte, basis-/demokratische Gesellschaftsorganisierung entsteht. Erst allmählich begriff ich, dass beispielsweise „Frieden" („Friedensarbeit", „Peace Writers") nicht der Begriff ist, unter dem alternative Konfliktanalysen und Kritik am Staats- und Friedensaufbau zu finden sind. Wer analysiert und forscht? Wer formuliert Gegenpositionen und bringt diese gesellschaftlich wirksam ein? Ich dachte zunächst nicht an eine Partei als Initiator einer antifundamentalistischen Bewegung gegen Besatzungspolitik, die junge Leute, vor allem Studierende, anzieht. Ich ließ mich sogar verunsichern, ob RAWA nicht vielleicht doch „unbedeutend" ist, wie ich mehrfach zu hören bekam. Am Mittagstisch – vielmehr um das Wachstuch auf dem Fußboden – bei Afghanistan Watch hieß es über RAWA und andere radikale Frauenrechtlerinnen: „extremistisch", „kritisieren alles und bringen sich nicht konstruktiv ein" und sogar „die schaden der Menschenrechtsarbeit". Ich habe auch die politische Wirksamkeit künstlerischer Arbeit unterschätzt. Vielleicht waren dies notwendige Umwege.

Während dieses ersten längeren Forschungsaufenthalts in Afghanistan von Mitte Juni bis Mitte August 2010 hatte ich beabsichtigt, den Hauptteil der nötigen Forschung bereits durchzuführen. Tatsächlich habe ich in dieser Zeit bereits viele Interviews geführt: Zu meinen Gesprächspartner*innen gehörten unter anderem

Mitarbeiter der afghanischen Menschenrechtsorganisation Afghanistan Watch, der (selbsternannte) Zivilgesellschafts-Vertreter Dr. M. Saeed Niazi, die Filmemacherin Diana Saqeb, Yasin Negah vom Peace Writers Projekt, ein Vertreter von Integrity Watch Afghansitan, eine Frauenrechtlerin, die damals für die Parlamentswahlen kandidierte, der ungewöhnliche, menschenrechts- und antikorruptionsorientierte Präsidentschaftskandidat Ramazan Bashardost, Dod Mohammed Nourani, der kritische Analysen schreibt und Senior Advisor beim Killid Radio ist, die Leiterin eines Frauenbeschäftigungsprojektes und die Mitarbeiterin einer Zufluchtsstätte für gewaltbedrohte Frauen, der kritische Parlamentsabgeordnete Mirahmad Joyenda, der später Direktor bei AREU (Afghanistan Research and Evaluation Unit) wurde, ein kritischer Journalist, zwei Forscherinnen des Transitional Justice-Projektes bei AREU, Kasin Akgahr, kritischer Denker und Herausgeber der Zeitung *8e Soub* und weitere. Auch Vertreter*innen der vier Organisationen, die ich hier darstelle, habe ich in diesem Sommer getroffen.

Dennoch war dies keine erfolgreiche Zeit im Sinne der geplanten, später als dekolonialisierend bezeichneten Forschung. Der Verlauf der Forschung während dieser Zeit war geprägt von meiner Einbindung bei der afghanischen Menschenrechtsorganisation Afghanistan Watch, mit den beschriebenen Folgen. Trotz meines Bemühens, die Idee meines Forschungsprojektes nicht aus dem Blick zu verlieren, war aufgrund meiner Arbeit mit Afghanistan Watch der Kontakt zu Organisationen erschwert, die massive Kritik an der militärischen Intervention und dem damit verbundenen Staatsaufbau vorbringen, die die Korrumpierung der jungen, gebildeten Schicht durch das NGO-Business beklagen und die genau prüfen, wie sich insbesondere Intellektuelle und Schreibende in Bezug auf den Ausverkauf des Landes an schwerste Menschenrechtsverbrecher und ausländische Interessen positionieren. Die Organisationen, die mir zuvor eine Unterstützung meiner Forschung zugesagt hatten, waren aufgrund meiner widersprüchlichen Positionierung misstrauisch geworden und mussten Bedenken um ihre eigene Sicherheit haben.

Ein Einschnitt fand erst mit Beginn des Monats August und damit wenige Wochen vor Ende meiner ersten längeren Afghanistanreise statt. Ich war zu diesem Zeitpunkt bereits äußerst unzufrieden mit meiner Situation, hatte es aufgegeben, mich beim Mittagessen mit den Leitungspersonen von Afghanistan Watch politisch zu streiten, unternahm alles in meinen Möglichkeiten stehende, um wieder Kontakt zu RAWA zu finden. Ich hatte auch aufgehört, den zahlreichen Empfehlungen für weitere Gesprächspartner*innen nachzugehen, die ich in meinem Umfeld erhielt. Zudem führte ich einige Gespräche über meine Schwierigkeiten, beispielsweise mit Vertretern vom Theaterprojekt AHRDO. Ich wusste, dass es mir um eine andere, eine radikalere, grundlegendere Form der Kritik ging, als ich sie in dem Umfeld zu hören bekam, zu dem ich Zugang hatte. Trotzdem konnte ich dieses Anliegen zu diesem Zeitpunkt nur schwer konkret formulieren und konsequent verfolgen. Wie die Kontakte mit den vier Organisationen verliefen, mit denen ich schließlich inten-

sive und vertrauensvolle Beziehungen für die Durchführung der Forschung aufgebaut habe, beschreibe ich in den folgenden Absätzen.

Mit der Frauenorganisation RAWA gab es während des mehr als zweimonatigen Aufenthalts im Sommer 2010 nur ein einzelnes Gespräch. Das hatte mit den großen Sicherheitsproblemen dieser Organisation, aber vor allem auch mit meiner unklaren Positionierung in Bezug auf meine Partnerorganisationen zu tun. Meine Verwicklung mit der afghanischen Menschenrechts-NGO Afghanistan Watch und meine Unklarheit, wem ich Interesse entgegen bringe und wem aber auch nicht, ließ sie vorsichtig werden. Ich war zu sehr verwickelt mit Organisationen und Personen, die ihre Kritik als integrierter Teil des internationalen Interventions- und Aufbauprojektes ausüben. Ich wurde 2010 behandelt wie eine internationale Journalistin, mit der sie üblicherweise ein einzelnes Treffen verabreden, dann aber weitere Kontakte höflich vermeiden. Erst kurz vor meiner Abreise veränderte sich der Kontakt. Wir hatten ein weiteres Treffen verabredet, das jedoch aufgrund von bewaffneten Straßenkämpfen in diesem Teil von Kabul nicht stattfinden konnte. Doch das wieder gewachsene Vertrauen, Interesse an Gesprächen und an der Unterstützung meiner Forschung wurde erneut von RAWA ausgedrückt, diesmal in einem Telefongespräch.

Gegen Ende meines Aufenthalts im Sommer 2010 begleitete ich eine Gruppe der künstlerischen Organisation AHRDO für sieben Tage bei einer Theatertour in der Provinz Bamiyan. Verschiedene Theaterformen kamen zum Einsatz, um Kriegserlebnisse und deren Folgen aufzuarbeiten: Forumtheater, Playback-Theater und klassisches Theater. Das Theaterprojekt AHRDO war mir seit meiner ersten Begegnung im Mai 2009 ein angenehmes, zunehmend freundschaftliches Umfeld. Bei meinem Besuch im Jahr 2009 hatte ich mit einer großen Runde von AHRDO-Mitarbeiter*innen eine ausführliche Diskussion über mein Vorhaben und vor allem über die Kriegssituation und mögliche Gegenbewegungen. Sie zeigten großes Interesse, mehr über Anti-Kriegs-Aktivitäten in Deutschland zu erfahren. Ich schätzte die Mitarbeiter*innen und ihre Arbeit sehr, doch betrachtete ich diese künstlerische Arbeit zunächst als wenig relevant für meine Forschung zu Vorstellungen einer neue politisch-gesellschaftlichen Gestaltung in Unterscheidung zum Modell der neokolonialen Intervention. Der Wert dieses künstlerischen Zugangs insbesondere dafür, nicht-artikuliertes Wissen auszusprechen, zu dokumentieren und weiterzutragen, damit auch Rechte einzufordern, wurde mir erst im späten Verlauf meiner Forschung bewusst.

Das Verhältnis zu den Mitarbeiter*innen von SAAJS, die mich 2009 intensiv betreut hatten, war 2010 sehr distanziert. Ich begegnete der Direktorin das erste Mal wieder bei einem Bündnistreffen von afghanischen und internationalen Menschenrechtsgruppen, die sich zur Transitional Justice Coordination Group (TJCG) zusammengeschlossen hatten. Am Ende des Treffens wechselten wir wenige Worte und ich erfuhr, dass sie auf meine Anfrage, mich als Volunteer und mit meinem Forschungsprojekt bei SAAJS anzubinden, geantwortet hatte – eine Nachricht, die mich nicht er-

reicht hat. Obwohl wir wieder Kontakt miteinander hatten, Gespräche führten und sie mir weitere Interviewpartner*innen vermittelte, waren unsere Begegnung noch sehr lange geprägt durch eine vorsichtige Zurückhaltung mir gegenüber.

Zur Solidaritätspartei Afghanistan fand ich erst sehr spät während meines Aufenthalts im Sommer 2010 wieder Kontakt. Mir war diese Organisation, zumal als Partei, während meiner kurzen Begegnungen mit einzelnen Vertretern im Mai 2009 noch nicht als sehr relevant für mein Forschungsprojekt erschienen. Es hatte in der Zwischenzeit auch ein strategischer und Generationswechsel in der Partei stattgefunden. Mitte Juli 2010 stellte ein Interview mit dem jungen, engagierten Sprecher der Partei und die kurz darauf erfolgte Einladung, an einer Demonstration (1. August 2010) teilzunehmen, der ich folgte, einen Einschnitt in meiner irrenden Suche dar. Ich lief auf der Demonstration der Solidaritätspartei mit, die anlässlich von zivilen Toten durch das US-Militär im Bezirk Sangeen gegen die Invasion und gegen die lokalen Partner der Intervenierenden stattfand. Dabei erlebte ich ganz real, wie dekoloniales Denken in einer anti-kolonialen Bewegung und Organisierungsform zum Ausdruck kam. Die ersten Sätze des Aufrufs lauteten:

„Nine years back, Afghanistan was attacked militarily in the name of ‚liberation', ‚human rights' and ‚democracy', but during this period, they didn't have any other gift for our unfortunate people rather than massacre; destruction; corruption and poverty; nourishing Mafioso; assisting warlordism and terrorism; provoking hostilities amongst races, ethnicities and religions; incredible production of narcotics and so on." (SPA-Erklärung, 01.08.2010)

Im Demonstrationsaufruf wurde auch die Bedeutung von Akademiker*innen für die Legitimation von Interventions- und Besatzungspolitik angesprochen:

„The bloodbath of our unfortunate women and children in Sangeen and other parts of Afghanistan by foreign invaders or Taliban and warlords, is also a permanent shame on the forehead of writers and so called intellectuals who are making theory for the military presence of America and NATO in Afghanistan [...]." (Ebd.)

„Search your heart" (Gonzáles 2000: 641) wird als der vielleicht wichtigste Aspekt der vorbereitenden Frühlingsphase im Vier-Jahreszeiten-Forschungsmodell beschrieben. Warum möchte ich diese Forschung machen? Ich habe in dieser Phase im Sommer 2010 praktisch erlebt und gelernt, was ich erst später als Grundlage dekolonialer Wissenschaft theoretisch erfuhr: Eine unklare eigene Positionierung (sich) als Verbündete anti-kolonialer Organisationen (anzubieten) führt dazu, zurückgezogen zu werden in eine – wenn auch kritisch verpackte – Denkweise der Kolonialität, in diesem Fall angebunden an neoliberale, neokoloniale Strategien der interventionistischen Gesellschaftsumgestaltung in Afghanistan. Stattdessen muss

erklärtermaßen eine Anbindung an diejenigen erfolgen, die eine dekoloniale Entwicklung voran bringen.

Aufgrund dieser Erfahrungen gab es eine lange Spät-Frühlingsphase meiner Forschung, mit der Auflösung von Verunsicherungen und genaueren Entscheidungen. Dies geschah zu einer Zeit, wo ich bereits den Sommer (nach dem Vier-Jahreszeiten-Ansatz von Garza bzw. Gonzáles), also die Hauptphase der forschenden „Informationssammlung", eingeplant hatte.

Spät-Frühling: Auswahl der Forschungspartner*innen – notwendige Positionierung

Ich habe schließlich die vier Organisationen RAWA, AHRDO, SPA und SAAJS für diese Forschung ausgewählt. Das Kürzel AHRDO steht für Afghanistan Human Rights and Democracy Organization. Es handelt sich um eine Organisation, die mit künstlerischen Methoden – vor allem mit Methoden der Theaterarbeit – für Menschenrechte, Transitional Justice und Frauenrechte arbeitet. AHRDO bezieht sich auf die am meisten Marginalisierten, insbesondere Witwen und andere Opfer der Kriege. Die Social Association of Afghan Justice (SAAJS) wird aus einem Zusammenschluss von Familien der Opfer von Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen gebildet. Sie stellen sich gegen das allgemeine Amnestiegesetz und fordern die Entfernung von Kriegsverbrechern aus politischen Ämtern, die Dokumentation von Menschenrechtsverbrechen der Vergangenheit und Gegenwart, Erinnerungsarbeit und Erinnerungsorte und die Strafverfolgung von Kriegs- und Menschenrechtsverbrechern. SPA steht für Solidaritätspartei Afghanistan bzw. für die englisch-sprachige Bezeichnung Solidarity Party of Afghanistan; in der Landessprache Dari: Hezbe Hambastagi. Diese Partei sieht derzeit keine Einflussmöglichkeiten über das Afghanische Parlament und arbeitet deshalb außerparlamentarisch. Vor allem setzen sie sich für den Aufbau einer basispolitischen Bewegung ein. Diese Bewegung hat Anti-Fundamentalismus (Anti-Islamismus) und das Eintreten gegen die Besatzungssituation zum Grundkonsens. Außerdem richtet die Solidaritätspartei sich gegen die Kriegsverbrecher in der Regierung und fordert Strafermittlungen. Sie unterscheiden nicht nach ethnischer Zuordnung und wollen solche (kolonialen) Spaltungen überwinden. Ihr Ziel ist die Einheit der Bevölkerung gegen Fremdbestimmung und der Aufbau einer „wirklichen Demokratie" mit Geschlechtergerechtigkeit und ohne Diskriminierungen. Die feministische Frauenorganisation RAWA (Revolutionary Association of the Women of Afghanistan) besteht seit 1977, war die meiste Zeit und ist auch gegenwärtig gezwungen, im Untergrund zu arbeiten. Die Frauenorganisation hat eine gut funktionierende, ausdifferenzierte Organisationsstruktur, die vor allem an dem Ziel arbeitet, Frauen in der Breite der gesellschaftlichen Basis zu organisieren und zu bilden. RAWA beteiligt sich unter anderem mit ihrer Zeitung, ihrer Internetseite und mit politischen Stellung-

nahmen an der politischen Debatte. Sie stellen sich kompromisslos gegen alle Fundamentalisten, gegen die Besatzung, gegen die Regierung und gegen jede äußere Einflussnahme und Steuerung in Afghanistan. Sie treten für eine sekulare Demokratie ein. Frauenrechte sind das zentrale Anliegen. Sie haben eine breite Unterstützung auch durch Männer.

Ich habe diese vier Organisationen ausgewählt, weil jede von diesen eine sehr grundlegende Kritik an der zivil-militärischen Intervention, dem Staatsaufbau und den offiziellen Bestrebungen Stabilität bzw. Frieden herzustellen formuliert und dazu Aktivitäten entwickelt. Zudem begreifen sich diese Organisationen alle in einer deutlichen Abgrenzung zu allen (illegalen und legalen) Fundamentalisten (Islamisten) und treten alle für Frauenrechte, Gerechtigkeit, wirkliche Demokratie, Selbstbestimmung von der Basis der Gesellschaft und gegen ethnische Spaltungen ein. Diese Organisationen bauen jede auf ihre Art selbstorganisierten Strukturen auf, die danach streben, basisdemokratisch, geschlechtergerecht, ethnisch-übergreifend und in vielfältiger Weise nicht-diskriminierend zu funktionieren, eine emanzipatorische politische Bildung zu fördern und für Rechte sowie grundlegende politische und gesellschaftliche Veränderungen zu kämpfen.

Es geht mir mit dieser Auswahl um die Anerkennung politischer Subjektivitäten in Afghanistan, die sich bewusst nicht in den mit der Intervention aufgebauten, entpolitisierten Rahmen für vorgesehenes zivilgesellschaftliches Handeln einfügen. Das meint auch eine nicht-korrumpierte Haltung zum kolonial begriffenen internationalen Militärpräsenz- und Staatsaufbauprojekt. Mit dieser Haltung verstehen sie sich an der Seite der einfachen Menschen und der Mehrheit der Bevölkerung. Für diese Organisationen, die ich in der Phase der Entscheidung über die Auswahl als *unversöhnlich* bezeichnete, sind Gerechtigkeit, Menschenrechte, Frauenrechte, Demokratie, Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Wohlstand für die Breite der Gesellschaft keine Worthülsen, mit denen sich westliche Fördertöpfe erschließen lassen. Diese Aktivist*innen streben nicht danach, einflussreiche Positionen und/oder persönliche und wirtschaftliche Vorteile als Teil oder in der Nähe der Elite und der Profiteure der Interventionsgesellschaft zu erlangen. Wie sich im Verlauf der weiteren Forschung zeigte, betonen einige dieser Basisorganisationen sehr deutlich, dass sie keine Abstriche und keine Kompromisse in Bezug auf ihre grundlegenden politischen Ziele machen. Sie arrangieren sich nicht als reformistischer, zivilgesellschaftlich angebundener Teil des Staatsaufbau- und Gesellschaftsumbauprojektes, der einer Agenda (neo-)liberaler Prämissen folgt. Doch sie mischen sich gesellschaftlich mit ihren Widersprüchen ein. Sie intervenieren in sensible Themen und Anlässe mit klar benannten Zielen und Forderungen. Damit nehmen sie gesellschaftlich verändernden, gegen bestehende Machtverhältnisse und deren Auswirkungen gerichteten Einfluss. Sie sind dabei gezwungen, mit geringen finanziellen Mitteln und unter großen repressiven Gefährdungen zu arbeiten. Sie müssen mit großem Bedacht jeden ihrer Schritte und ihrer Äußerungen wählen. Sie sind nicht

nur als Organisationen gefährdet, sondern es besteht eine konkrete körperlich-existenzielle Bedrohung der Aktiven. Einzelne Aktivist*innen, beispielsweise der Theaterarbeit zu Themen der Transitional Justice, mussten deshalb das Land verlassen und woanders Zuflucht suchen. Einige der Organisationen sind bereits längere Zeit gezwungen, ihre Tätigkeit teilweise (Hezbe Hambastagi) oder vollständig (RAWA) im Untergrund durchzuführen. Auch die Angehörigenarbeit von SAAJS zu Transitional Justice ist nicht ungefährlich. Die Aktivist*innen werden bedroht und müssen vorsichtig sein, wenn sie beispielsweise in neuen Stadtteilen oder Orten anfangen, Kontakte zu knüpfen.

Zusammenfassend kann ich sagen, dass ich meine forschende Suche nach einer Kritik am liberalen Friedensaufbau (Peacebuilding) und nach alternativen Ideen für Friedensaufbau aus dem Interventionsgebiet Afghanistan fokussiert habe auf diejenigen, die diese Theorie/dieses Konzept, den Interventionismus und die damit verknüpfte Kolonialität des Wissens nicht retten möchten. Mit dieser kooperativ-dialogischen Forschung möchte ich dazu beitragen, das Friedens- und Konfliktwissen afghanischer, anti-kolonialer, gegen die Interventionspolitik arbeitender, anti-fundamentalistischer Basisorganisationen als eigenständige Wissensform anzuerkennen und eine akademisch und allgemein öffentlich (mehr) anerkannte Präsenz und damit größere Wahrnehmbarkeit zu geben. Damit werden Kontroversen verdeutlicht, die die Theorie des liberalen Friedens und deren Umsetzung im Peacebuilding grundlegend infrage stellen.

Diese vier hier von mir vorgestellten Organisationen stehen in keinem gemeinsamen organisatorischen Zusammenhang und begreifen sich nicht beispielsweise als Teile der gleichen anti-kolonialen Bewegung. Während ein künstlerisches Projekt von AHRDO, mit dem Transitional Justice Maßnahmen angeschoben werden sollen, in der kanadischen Botschaft ausgestellt und gemeinsam mit dem afghanischen Bildungsminister eröffnet wird, demonstriert die Solidaritätspartei gegen die Besatzungsmächte und zeigt Gesichter von Regierungsmitgliedern, die vor Gericht gestellt werden sollen. RAWA wiederum arbeitet im Untergrund und erklärt, nur ein Umsturz – ähnlich den Aufständen des Arabischen Frühlings– könne Gerechtigkeit, Menschenrechte und Frauenrechte verwirklichen. Die konkrete Arbeit der vorgestellten Organisationen ist sehr unterschiedlich und doch hat jede für sich eine Wirkung, die ich als anti-kolonial begreife. Das Interventions- und Umbauprojekt in Afghanistan wird auf grundlegende Weise infrage gestellt, mindestens in Bezug auf den Aufbau des Staates mit bekannten Kriegsverbrechern und Personen, die Verantwortung für schwerste Verbrechen gegen die Menschlichkeit tragen.

Sommer – die heiße Arbeitsphase

Hier geht es nach dem Modell von Gonzáles um intensive Arbeit, um das Sammeln von Informationen, aber auch um die Bildung einer Gemeinschaft, um persönliche

Beziehungen, Aufmerksamkeit für Details und Fürsorge. Diese Phase tritt nicht plötzlich ein. Es gibt ein anwachsendes Fortschreiten aus der vorangegangenen Phase (vgl. Gonzáles 2000). In den letzten Wochen im August 2010 wurde diese Veränderung wahrnehmbar. Eine klarere Entscheidung nahm Kontur an, mit welchen afghanischen Basisorganisationen ich diese Forschung durchführen werde. Doch erst in den weiteren Reisen im Februar/März 2011 und im Herbst 2012 konnte eine intensive Phase des Mitteilens und Lernens (Forschungsphase) stattfinden.

Ich war bei der Durchführung der Forschung bestrebt, die beschriebenen dekolonialen ethischen Prinzipien und Methodologien umzusetzen, soweit sie mir zum jeweiligen Zeitpunkt vertraut waren. Ich begreife dies als eine Suche, die sich auf unsicheres Terrain einlässt, bei der ich selber viel verlernen und neu lernen muss, zudem ich eigenes koloniales/rassistisches Denken nicht immer gleich erkenne. Es ist eine Suche, die voraussichtlich unvollständig und widersprüchlich bleibt, und sich trotzdem nicht mit einfachen Lösungen oder ausweichenden, bequemen, vermeintlich ethisch korrekten Aushängeschildern zufrieden geben kann. Eine Epistemologie der Beziehungen zur Grundlage zu nehmen, bedeutet einen schwierigen, mit vielen Hindernissen besetzten Weg zum Aufbau vertrauensvoller, fürsorglicher Beziehungen zu gehen, die ein Teilen von Wissen zulassen. Nach den beschriebenen Schwierigkeiten und Erfahrungen begann allmählich eine Zeit der kooperativen Forschung als Verbündete und der Beziehungspflege.

Die Beziehungen zu den Aktivist*innen der vier hier repräsentierten Organisationen sind vor allem nach 2010 zunehmend gewachsen: während meiner Reisen nach Afghanistan im Februar/März 2011 und im September/Oktober 2012 und auch während Begegnungen in Deutschland bei der Konferenz „Das andere Afghanistan" in Berlin, 28.-29. Januar 2011,[12] bei der von allen vier hier dargestellten Organisationen Repräsentat*innen anwesend waren. Es gab eine weitere Begegnung mit der Frauenrechtlerin Malalai Joya und zahlreiche Zusammentreffen mit einem Vertreter der Solidaritätspartei (Mahmoud Pahiz), die beide an den Gegenaktivitäten gegen den Afghanistan-Gipfel in Bonn/Petersberg im Dezember 2011 beteiligt waren, der 10 Jahre nach dem ersten Gipfel am gleichen Ort stattfand. Im Jahr 2001 waren dort die politisch-rechtlichen Grundlagen für das Afghanistan nach/mit der Intervention gelegt worden. Nach dem Abschluss der Schreibarbeit im August 2015 begann eine neue Phase intensiver Begegnung und Kooperation vor allem mit einer Konferenz und zahlreichen weiteren Veranstaltungen in verschiedenen deutschen Städten, die ich mit Vertreter*innen der Organisationen dieser Forschung organisiert habe. Seit-

12 Diese wurde von Heike Hänsel, Entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke im Bundestag, organisiert.

her besteht das „Network Afghanistan“. Das Verständnis der einzelnen Organisationen, ihrer Geschichte und ihrer Arbeit erforderte einen je eigenen sozialen Prozess und zahlreiche weitere Recherchen.

RAWA-Vertreterinnen habe ich bei meinen Reisen 2011 und 2012 häufig getroffen, wir hatten ausführliche Gespräche, nicht zuletzt auch über Forschungsmethodologie. In einem Dorf im Nordosten des Landes habe ich auch mit ehemaligen Schülerinnen von RAWA-Schulen gesprochen. Die Internetseite von RAWA ist ein reicher Fundus an historischen und aktuellen Stellungnahmen der Organisation, Selbstbeschreibungen, Nachrichten-Sammlungen, Gedichten, Liedern und vielem mehr. Es gibt als Bücher veröffentliche Lebensgeschichten einzelner RAWA-Mitglieder (u.a. Zoya//Follain/Cristofari 2002) und Bücher, die im engen, vertrauensvollen Kontakt bei mehrmonatigen Aufenthalten innerhalb der RAWA-Strukturen entstanden sind (insbesondere Brodsky 2002; auch Benard/Schlaffer 2002), die für mich wichtige Quellen waren, zudem zahlreiche Artikel, Interviews und Aufsätze mit und/oder über RAWA. Für die historische Entwicklung habe ich neben Anne Brodsky vor allem auf Texte von Hafizullah Emadi (1996; 1997; 2001; 2002) zurückgegriffen, der bewusst Lücken der Geschichtsschreibung Afghanistans mit Wissen über die bedeutungsvollen radikalen linken politischen Organisationen bearbeitet hat.

Der Kontakt zum Theaterprojekt AHRDO bestand ab 2011 in Besuchen im Büro, regelmäßigem Kontakt vor allem zu Einzelnen ihrer Mitarbeiter*innen, über die Teilnahme an Aufführungen und auch über gemeinsame Essen und Feiern. Ich habe viel Zeit sozusagen mit teilnehmender Beobachtung verbracht, weil ich den Kontakt zum AHRDO-Kreis suchte, auch ohne sie als eine der Organisationen in meiner Forschung zu betrachten. Es gab nur drei formalisierte Gesprächssituationen und diese blieben aus technisch-organisatorischen Gründen undokumentiert: Die Aufzeichnung eines Interviews mit einem der Gründer und dem späteren Direktor von AHRDO, Hadi Marifat, endet nach wenigen Minuten, wie ich erst nachträglich feststellte. Auf einer Theatertour habe ich aus Sicherheitsgründen[13] meinen Computer nicht dabei gehabt und zwei Interviews mit dem AHRDO-Mitarbeiter Salim Rajabi und der Mitarbeiterin Zahra Yagona mit einem Mini-Disc-Gerät aufgezeichnet, doch die Aufzeichnungsmedien sind verloren gegangen. Die Texte ihrer Stücke, von denen einzelne ins Englische übersetzt wurden, Informationen von ihrer Internetseite, eine von AHRDO selbst erstellte Videodokumentation über eines ihrer Projekte, AHRDOs englischsprachiger

13 Bei Reisen auf Landstraßen in Afghanistan sind Sicherheitsrisiken unmöglich völlig auszuschließen. Die Optionen variieren zwischen der Wahrscheinlichkeit für Straßenrandsprengfallen, Entführungen oder möglichen Taliban-Kontrollen. Taliban-Kontrollen sind lebensgefährlich, doch es werden auch sehr genau Notizbücher, Handys und Computer kontrolliert. Meine Aufzeichnungen hätten andere Personen gefährden können.

Newsletter sowie ein deutschsprachiges Buch über die Anfangszeit der Organisation von einem bolivianisch-deutschen Mitarbeiter (Hjalmar Joffre-Eichhorn 2011) und auch dokumentierte internationale Vorträge ihres Direktors Hadi Marifat waren mir später wichtige Quellen, um die künstlerische Arbeit besser verstehen zu können. Doch die persönlichen Begegnungen und Gespräche und die erlebten Theateraufführungen bilden eine entscheidende Grundlage.

Zu SAAJS blieb die Beziehung auch nach dem wiederhergestellten Kontakt im Sommer 2010 zunächst etwas distanziert. 2011 gelang es mir nicht, meinen Rückflug zu verschieben, um an einer von SAAJS mit organisierten Victims' Jirga, einer Versammlung/Konferenz der Familien der Opfer, teilnehmen zu können. Es dauerte bis zu meiner Reise im Herbst 2012, bevor unser Umgang entspannt und intensiver wurde. Wir tauschten dann Gedanken, Ratschläge und auch Musik aus, verbrachten ganze Tage zusammen bei Familien der Opfer von Menschenrechtsverbrechen, aßen zusammen und redeten auch über persönlichen Alltag und Pläne. Die Direktorin von SAAJS hat immer viel Wert darauf gelegt, dass ich direkt mit den Opfern bzw. deren Angehörigen spreche und nicht (nur) mit ihr oder dem Projektmanager. Die Erklärungen zu den jährlichen Demonstrationen zum Internationalen Tag der Menschenrechte am 10. Dezember und weitere Erklärungen, Selbstdarstellung und veröffentlichte Interviews von SAAJS sowie Erklärungen von dem Bündnis Transitional Justice Coordination Group und von der ersten Victims' Jirga sind weitere wichtige Quellen, die hier zum Verständnis der Arbeit von SAAJS Eingang gefunden haben, ebenso wie Texte beispielsweise von Sari Kouvo, vom International Center for Transitional Justice (ICTJ), die sich kritisch mit der Blockierung von Transitional Justice-Maßnahmen in Afghanistan auseinandersetzen und dabei die Kämpfe der Basisorganisationen wie SAAJS einbeziehen.

Der Kontakt mit Hezbe Hambastagi/Solidaritätspartei Afghanistan war regelmäßig, offen und vertrauensvoll. Ich habe verschiedene Vertreter*innen der Partei kennengelernt und auch interviewt, nicht nur in Kabul, sondern auch in ländlichen Gebieten. Ich habe viele Stunden im Parteibüro verbracht, wir haben dort manchmal gemeinsam gegessen. Ich habe junge, neu angeschlossene Mitglieder kennengelernt, wie auch wichtige Gründungspersonen mit einer langen politischen Geschichte, Personen mit und ohne Ämtern in der Partei. Den Sprecher Mahmoud Said Pahiz habe ich sehr häufig getroffen, in Afghanistan und in Deutschland. Er war ein wichtiger Gesprächspartner. Seit 2016 habe ich intensiven Kontakt mit der neuen Sprecherin Selay Ghaffar. Auf der Internetseite der Solidaritätspartei, die in vielen Sprachen Material anbietet, sind die politischen Erklärungen und das Programm der Partei auf Englisch dokumentiert. Für die historischen politischen Wurzeln beziehe ich mich auf informelle Gespräche, auf Interviews und auf die Texte von Hafizullah Emadi. Zu einigen Aktivitäten der Solidaritätspartei und repressiven Reaktionen des Staates zitiere ich Tageszeitungen und auch Stellungnahmen von Menschenrechtsorganisationen.

Ich bin Beziehungen eingegangen zu den Aktivist*innen und weiteren Menschen, mit denen ich diese Forschung entwickelt habe, und ich habe mich an einigen ihrer Aktivitäten aktiv beteiligt. Ich habe an zwei Demonstrationen von Hezbe Hambastagi teilgenommen, ich habe bei einem Frauenprojekt mitgearbeitet, an einer 8.-März-Großveranstaltung teilgenommen und eine Rede gehalten, ich habe das Theaterprojekt AHRDO für sieben Tage auf einer Tour in der Provinz begleitet und drei ihrer Forumtheater-Aufführungen in Kabul besucht. Aktivistinnen der Angehörigen-Organisation SAAJS habe ich für ein Training zu Transitional Justice in einen Flüchtlingsvorort von Kabul begleitet. Wir haben gemeinsam gegessen, gefeiert, Sorgen und Freuden mitgeteilt. Ich war in den Alltag einer afghanischen Familie eingebunden, mit der ich gelebt, Ausflüge und Picknicks gemacht habe, deren Mitglieder mir vieles gezeigt und erklärt haben und mit denen ich Erlebtes reflektieren konnte.

Herbst – die Ernte einbringen und feiern

Wie Amira De La Garza (Gonzáles) mit ihrem methodologischen Ansatz strukturiert, ist der Herbst ein Stadium, in dem eine theoretische Durchdringung erreicht wurde. Verschiedene Formen gesammelter „Daten“ können zusammengestellt werden, dieser Zwischenstand kann gefeiert werden. Das räumliche Gebiet der Forschung wird verlassen und eine Verabschiedung mit Respekt für die entstandenen Beziehungen findet statt. Das Material wird organisiert und Entscheidungen über Gruppierungen werden getroffen (vgl. Gonzáles 2000).

Gonzáles warnt für diese Phase davor, dass die berauschende Freude durch den Eindruck einer erreichten Vollständigkeit, die an diesem Übergangspunkt entsteht, eine gefährliche Fehlleitung sein kann: „The year is not over, but it feels as if the work is.“ (Ebd.: 644) Die Konzentration auf die Aufgabenstellung ist wichtig. Der Winter, die Phase des Schreibens und Veröffentlichens, kann nur mit einer guten „Ernteverarbeitung“ gelingen. Dafür muss mit dem neu gewonnen Verständnis das gesammelte Material geordnet oder auch weiteres hinzugenommen werden. „Practicing this frame of mind during the autumn prepares one for writing in the winter.“ (Ebd.: 645)

Diese Phase wurde vor allem nach der Afghanistan-Reise im Februar/März 2011 eingeleitet. Nach der Rückkehr vom Aufenthalt im Sommer 2010 hatte ich die Entscheidung für die Auswahl der vier afghanischen Organisationen getroffen, auf die sich meine weiteren Forschungsaktivitäten konzentrierten. Nach der Phase sehr intensiver Kontakte in den ersten Monaten des Jahres 2011 (Januar in Berlin, Februar/März in Kabul), beschäftigte mich im Anschluss vor allem die Frage, wie ich meine Ergebnisse, also das Wissen – Analysen, Ideen, Handlungen der afghanischen Basisorganisationen – darstellen kann. Eine Dekolonialisierung der Forschung erfordert auch neue Präsentationsformen. Meine Autorität über die Weiter-

verarbeitung, mein Privileg der Auswahl, Zusammenstellung, Interpretation und Präsentation des „empirischen Materials“ wurde von mir infrage gestellt. Das Wissen der afghanischen Basisorganisationen sollte in ihrer eigenen Logik und als eigenständige Analysen und Theorien weitergetragen werden. Meine machtvolle Rolle in der Repräsentation ist dabei nicht wegzudenken und ein Reviewing mit den beteiligten Organisationen in Afghanistan äußerst erschwert und begrenzt. Eine komplizierte Suche folgte, die andere Zwischenideen hatte[14], doch schließlich zu der Entscheidung führte, vier in sich zusammenhängende Geschichten, nacheinander zu jeder der ausgewählten Organisationen zu erzählen. Darin stelle ich die afghanischen Basisorganisationen vor, deren Geschichte, politischen Ziele, Analysen, Aktivitäten und Probleme. Diese Geschichten haben sowohl einen chronologischen Ablauf entlang der jeweiligen Organisationsgeschichte als auch thematische Schwerpunktunterteilungen. Im Verlauf ergaben sich die einbezogenen Inhalte zum einen aus dem Charakter der Geschichte und den derzeitigen Handlungen der Organisationen. Zum anderen spielt meine Wahrnehmung hinein, die, mehr oder weniger unbewusst, einzelne Bereiche für weniger wichtig einschätzte oder einfach nicht verstehen konnte. Der Schreibstil weicht insofern von der gewöhnlichen wissenschaftlichen Form ab, dass ich bestrebt bin lebendig, persönlich, einfach und anschaulich (nach) zu erzählen. Die narrative Präsentationsform betont den subjektiven und politischen Charakter dieser Forschung. Ich bin die involvierte Erzählerin, die diese Geschichten auf der Basis der Beziehungen zu den Protagonist*-innen, in denen der Wissensaustausch möglich war, zusammengestellt hat.

Bevor der eigentliche Schreibprozess stattfand („Winter“), waren viele ordnende Schritte, aber auch Transkriptionen und vertiefende Recherchen notwendig. Auch gingen die Entwicklung und die Aktivitäten der an meinem Projekt beteiligten Organisationen in Afghanistan weiter. Vieles davon war zu bedeutend und bereichernd für ein Verständnis, um es nicht mehr einzubeziehen. Ich habe das vor allem über die Websites der Organisationen verfolgt, zum Teil auch über Berichterstattungen in Tageszeitungen oder anderen Medien.

14 Die zuvor entwickelten Ideen sind daran gescheitert, dass es mir nicht gelungen ist, diese umzusetzen. Statt in einem einzigen linearen Text zu bleiben, wollte ich die Forschung als Kommunikationsprozess darstellen mit drei parallel auf jeder einzelnen Seite verlaufenden Texten, die in Beziehung, Austausch und Konflikt miteinander stehen: 1. die Analysen der afghanischen Organisationen – zentral auf jeder Seite, mit viel Raum, nach vorne gerückt; 2. dominante Konzepte des Friedensaufbaus – an den unteren Rand geschoben; 3. Reflexion der Methodologie und deren Umsetzung durch die Forscherin – beständig am Seitenrand begleitend. Drei Texte sollten parallel und in Berührung miteinander die auch symbolisch neu gewichtete Darstellung meiner Arbeit bilden.

Im Oktober 2012 war ich jedoch auch ein weiteres Mal in Afghanistan. Diese Reise stand gemäß dem Vier-Jahreszeiten-Ansatz in der Herbst-Phase meiner Forschung. Obwohl ich in dieser Zeit auch weitere wichtige Informationen gewinnen bzw. mein Lernen von den vier Organisationen vertiefen konnte, gab es einen anderen Hauptgrund für meinen Aufenthalt in Kabul. Ich wollte mein bis dahin erarbeitetes Verständnis vom Friedens- und Konfliktwissen der afghanischen Basisorganisationen und die Form, in der ich es präsentieren möchte, mit diesen reflektieren und überprüfen. Zudem – und das nahm den meisten Raum ein – organisierte und leitete ich drei halbtägige Workshops, die einem Grundsatz dekolonialer Forschung folgten: Wissen zurückzugeben. Das Teilen von Wissen sollte nicht einseitig bleiben. Ich habe zur Theorie und Kritik des liberalen Friedens/Peacebuilding und zur Dekolonialisierung der Forschung referiert und Diskussionen geführt. Das Thema wurde von mir mit einem Poster als ein Heraustreten aus dem Kreislauf einer Kritik am liberalen Frieden, die diesen nur weiter anpasst und effizienter macht, dargestellt. Die Intention war, den theoretischen Hintergrund und die Methodologie meiner Forschung in allgemeinverständlicher Form im Sinne einer gemeinsamen Bildung weiter zu geben.

Ein Workshop fand in einem Schulungsraum in einer Einrichtung für Frauenbildung mit Teilnehmerinnen und Lehrer*innen, weiteren Mitarbeiter*innen des Projektes und anderen interessierten Frauen statt. Ein weiterer wurde im Versammlungsraum des Parteibüros von Hezbe Hambastagi mit einer großen Runde von vor allem sehr jungen Parteimitgliedern, die meist an der Universität studierten, sowie älteren Vertretern der Partei durchgeführt. Der dritte Workshop fand in einem Wohnzimmer in einer der ärmeren Altstadtbezirke von Kabul statt. Es handelte sich um die Wohnung eines lokalen Community Leaders, der die Arbeit von SAAJS unterstützt. Vertreter*innen mehrerer Familien von Opfern von Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen waren anwesend, von der Schülerin bis zur Greisin, Kinder und Männer unterschiedlichen Alters. Ein geplanter Workshop mit Teilnehmer*innen aus dem Umfeld der künstlerischen Organisation AHRDO konnte nicht stattfinden, vor allem weil das Projekt gerade in neue Räume umziehen musste und weil ein großer Teil der Mitarbeiter*innen in diesem Zeitraum auf einer Theatertour außerhalb von Kabul unterwegs waren.

Nach dem dekolonialen Verständnis von Zurückweisung akademischer Privilegien, von Rechenschaftspflicht und Beziehungsaufbau, konnte ich unmöglich mein Material nehmen und ohne weitere Begegnungen und reziproke Kontakte, ohne erneute Klärung und Einverständnis über das, was ich mit dem Erfahrenen mache, dieses Wissen nehmen und damit meine Doktorarbeit fertigstellen. Um diese weitere Reise durchführen zu können, musste ich mich darüber hinwegsetzen, dass mir von vielen Seiten, insbesondere von Autoritäten für meine wissenschaftlich-institutionelle Anerkennung, davon abgeraten wurde. Ich solle diese Reise streichen und stattdessen zügig meine Arbeit schreiben, eine weitere Rückkoppelung sei nicht notwendig

– ganz im Sinne des Privilegs des letzten Wortes. Auch finanzielle Gründe und Sicherheitsbedenken sprachen gegen eine weitere Reise.

Doch es war gut und wichtig, sich wiederzusehen und auf ein Vertrauensverhältnis und vorherige gemeinsame Erfahrungen aufbauen zu können. Die große Bedeutung vertrauensvoller, gewachsener und auch emotional gelebter Beziehungen, die Witz und Humor, aber auch Sorgen und Bitten um Hilfe zulassen, war eine deutlich spürbare, schöne Erfahrung. Innerhalb weniger Tage wurden die Workshops organisiert. Auf den weiteren Treffen ging es um politische und persönliche Entwicklungen und Ereignisse, um konkrete Erfahrungen mit staatlicher Repression, um die Veränderung der Sicherheitssituation und um die miserable wirtschaftliche Lage der meisten Menschen. Es ging auch um Forschungsmethodologie und den Inhalt meiner Arbeit. Mir wurden Aspekte und Positionen genannt, die ich unbedingt wiedergeben müsse. Da meine Ausarbeitungen der Forschungsergebnisse noch nicht fertig waren, konnten wir nur besprechen, wie eine letzte Rückkoppelung vor der Fertigstellung und späteren Veröffentlichung stattfinden kann.

Winter – „einfrieren“

Im Winter wird das Tempo verlangsamt und es folgt eine Zeit des Nachdenkens, des „Ausbrütens“, der „Weisheit“, mit Vorlagen, Überprüfungen, Umarbeitungen und Darbietungen (vgl. Gonzáles 2000). Der Winter wird von Gonzáles als die Phase beschrieben, in der die physische Anwesenheit im Gebiet der Forschung und die persönlichen Kontakte zurückgelassen werden. Das damit Erfahrene wird „eingefroren“. „And the possible deathly consequences of winter's deep freezes are excellent metaphors for the costs of careless writing.“ (González 2000: 645) Mit dem Schreiben wird eine Abtrennung geschaffen, die eine Situation der Besinnlichkeit braucht. Diese Besinnung ist geleitet von der Überlegung, was mit der Verschriftlichung der Forschung an die Menschen zurückgegeben werden kann. Das bedeutet auch, darüber nachzudenken, wie das zukünftige eigene Leben durch die Durchführung der Forschung verändert wurde. „What one writes about the people will inevitably come back to the writer in his or her life. It is not a light enterprise. In fact, it is quite serious.“ (Ebd.: 646) Der Winter ist auch der erreichte Höhepunkt von allem, was die anderen („Jahres-“)Phasen beinhalten. Der Winter ist kalt, einsam und kann lange andauern.

Überlegungen zum Sinn und Nutzen des zu produzierenden Textes haben mich als ein großer Druck begleitet, auch als ein Verantwortungsbewusstsein für das mir Mitgeteilte und die Erwartungen, die daran geknüpft wurden. Diese Überlegungen sind zudem eng verbunden mit meiner Rolle als Forscherin, meiner Macht über das geschriebene und veröffentlichte Wort, die schädlich sein kann. Als im Mai 2013 die Charta dekolonialer Forschungsethik des Netzwerkes Decoloniality Europe ver-

öffentlicht wurde, war diese eine Bestätigung und gleichzeitig eine erneute Ermahnung. Bereits in der Präambel ist dort zu lesen:

> „Contemporary academic knowledge construction includes long lines of people who are eager to ‚give voice' to the excluded other. […] Their methodologies follow an ethical code that requires informed consent, and people's knowledge about the basic interest of the research. This ethical code is, however, suspended as soon as the information has been gathered. " (Decoloniality Europe 2013: 1)

Ich komme nicht aus der Rolle heraus, „Autorität über" (ebd.: 1, Übers. d. A.) andere auszuüben. In der Phase des Schreibens wurde besonders deutlich, wie viel Autorität bei mir liegt und nicht abgegeben werden konnte: Ich sitze hier in Europa alleine am Schreibtisch und formuliere. Ich orientiere mich an dem Grundverständnis, aus der Perspektive derjenigen zu schreiben, die eine politische Subjektivität gegen die Kolonialisierung in Anspruch nehmen. Ich mache die Dekolonialisierung zur Orientierung für meine Forschung, das bedeutet, dass das Ergebnis ein Beitrag zur Dekolonialisierung des Wissens und der materiellen Verhältnisse sein soll. Dafür mache ich das Situationsverständnis, die Analysen, die Zukunftsideen und die Handlungen der afghanischen basispolitischen Organisationen zum Grundgerüst des Textes. Das reicht soweit und nicht weiter, wie sie mir zugänglich und verständlich werden konnten. Ich versuche, weder weiße Privilegien zu erhalten, wie u.a. das Recht auf das letzte Wort, noch das „weiße politische Feld" (Decoloniality Europe: Decolonial Key Concepts) zu verteidigen.

Ich gebe im Schreiben das wieder, was ich durch die Interaktionen während der Forschungsprozesse kennengelernt und erfahren habe und durch Textstudien vertiefen konnte. Diese Ausarbeitung ist das Ergebnis der aufgebauten Beziehungen und meiner Möglichkeiten, die Geschichten der vier afghanischen Organisationen zu erzählen. Es ist kein authentisches, mimetisches Abbild dessen, was existiert. Ich bin Teil des Repräsentationsprozesses mit meinen Begrenztheiten und kulturellen, akademischen, politischen und vielfältigen Prägungen. Dazu gehören auch mein aktivistischer Hintergrund und mein politisches Selbstverständnis als Forscherin. Meine Forschungspartner*innen in Afghanistan haben mich so kennen gelernt, ich habe meine Person nicht verborgen.

Die langwierige Suche nach einem passenden Stil der Präsentation während der Herbst-Phase wurde entschieden und in der Winter-Phase der Forschung entsprechend umgesetzt. Oft wünschte ich, mehr geübt zu sein in einer schönen Erzähldramaturgie. Ich habe aktiv nachgearbeitet, was ich während Gesprächen, Interviews und gemeinsamen Erlebnissen erfahren hatte. Weitere Texte der Organisationen und veröffentlichte Interviews wurden einbezogen sowie geschichtliche Momente und politische Entwicklungen der letzten Jahre recherchiert. Wenn es möglich war, habe ich erneut Fragen gestellt und Unklarheiten diskutiert.

In meinen Geschichten sollen die Menschen, die handeln, sichtbar werden, mit persönlichen Aussagen, ihren konkreten Aktivitäten und Erlebnissen. Ich lasse Bilder und vielleicht auch Gefühle entstehen. Ich erzähle, was ich verstanden habe, und greife dabei die Sprache und Beschreibungen der afghanischen Organisationen auf. Das Profil der Organisationen und deren Stil der Selbstpräsentation soll durch zahlreiche Zitierungen vermittelt werden. An manchen Stellen füge ich erklärende Informationen, auch aus anderer Literatur, kritischen Geschichtsrecherchen oder Berichten von Menschenrechtsorganisationen, hinzu, um den Hintergrund verständlicher zu machen. Ich überprüfe nicht die Selbstdarstellungen auf „Richtigkeit" und analysiere nicht die Stärken und Schwächen oder irgendwelche anderen Aspekte „über" diese Organisationen, die von Kriterien aus eurozentrischen Theorien und Methoden stammen.

Für diese an Dekolonialisierung orientierten Forschung ist mir wichtig, nicht den üblichen sachlich-analytischen akademischen Stil zu verwenden, der die gewohnten Formen einer wissenschaftlichen Schreibweise reproduziert, die als objektive Vermittlung von Fakten wahrgenommen wird. Wie zuvor erklärt, studiere ich nicht die (Narrative der) afghanischen Basisorganisationen als Objekte. Das wäre eine koloniale Praxis. Ich begreife diese Organisationen als Produzenten von Wissen. Die hier präsentierten vier Texte sind meine Erzählungen zu dem, was ich in den Auseinandersetzungen mit den Vertreter*innen dieser Organisationen und den weiteren Studien von diesem Wissen lernen konnte. Die hier zu lesende Form der Präsentation ist das, was mir derzeit möglich ist. Formen, die Präsentation zu verändern, bleiben weiterhin eine Herausforderung, die besser beantwortet werden sollte.

Ein intensives Reviewing mit den Organisationen, die ich hier beschreibe, war entgegen den Leitvorschlägen der Charta dekolonialer Ethik und meiner Wunschvorstellungen nicht möglich. Es gab darüber jedoch ein Einverständnis mit Vertreter*innen der vier Organisationen. Bei unseren Begegnungen Ende September/Anfang Oktober 2012 haben wir in den von mir durchgeführten Workshops über die Dekolonialisierung von Forschung diskutiert. In weiteren Gesprächen wurde diskutiert, wie eine Verständigung über das von mir Geschriebene stattfinden kann. Es ging dabei vor allem um ein einmaliges Reviewing im Sinne einer abschließenden Zustimmung oder eventuell notwendige Änderungen vor einer Veröffentlichung. Ein gemeinsamer Schreibprozess oder ein Verfahren mit mehrfachen Reviewingphasen wurde von niemandem als Idee eingebracht. Zu diesem Zeitpunkt war die Charta Dekolonialer Forschungsethik mit ihren diesbezüglichen Leitlinien auch noch nicht veröffentlicht. Jede der Organisationen hat die gesamte fertige Arbeit erhalten, mindestens die Darstellung ihrer jeweiligen Organisation gelesen und begutachtet sowie der Veröffentlichung, z.T. mit kleinen Korrekturen, zugestimmt und diese sehr begrüßt. Von allen wurde eine große Zufriedenheit mit der Ausarbeitung sowie Freude über

die bevorstehende Buchveröffentlichung ausgedrückt. RAWA hat den Text an feministische Unterstützerinnen in Italien weitergegeben, die Teile davon ins Italienische übersetzt haben, um diese gemeinsam lesen zu können.

Kritik des liberalen Peacebuilding

Kritik des liberalen Friedens

LIBERALER FRIEDEN: EIN GESCHENK?

Der interventionistische liberale Staats- und Friedensaufbau ist seit den 1990er Jahren der Standardansatz für Frieden in der Internationalen Politik: „The liberal peace is the foil by which the world is now judged“ (Richmond 2008b: 449). Diese Folie bildet den Hintergrund, vor dem hier die Präsentation der vier afghanischen Basisorganisationen geschieht.

Die Empfänger*innen des liberalen Friedensaufbaus erhalten diesen als „Geschenk“, nicht als Ergebnis einer selbstbestimmten Entscheidung oder Aushandlung. Angesichts der Auswahl der vier Organisationen als diejenigen, die einen Frieden anstreben, der nicht übereinstimmt mit dem existierenden, extern gesteuerten Peacebuilding-Programm, ist von einer Spannung zwischen deren Analysen und Zielen und der Theorie des liberalen Friedens bzw. davon abgeleiteten Programmen auszugehen. Wenn wir die Spannung zwischen lokalem und globalem Wissen begreifen, schreibt Mona Singer, können Ideen und Praktiken entwickelt werden für die Umverteilung von Wissensmacht (vgl. Singer 2005: 241). Auch Christine Löw schlägt eine solche kontrastierende Vorgehensweise vor, die sie als feministisch-postkoloniale Praxis begreift (vgl. Löw 2009). Mit dieser Kontrastierung wird die epistemische Gewalt der Theorie des demokratischen/liberalen Friedens beleuchtet. Das Ziel einer solchen dekolonialen Strategie sieht Sandra Halperin darin, dass der dominante Mythos nicht weiter beibehalten werden kann (vgl. Halperin 2006).

Eine kurze Darstellung der Theorie des liberalen/demokratischen Friedens in ihrer Bedeutung für militärische und nicht-militärische Interventionen und für Konzepte für Friedens-/Staatsaufbau steht hier vor den Analysen, Aktivitäten, Problemen und Zukunftsvisionen der vier afghanischen basispolitischen Organisationen, um die bestehende Spannung zwischen diesen dermaßen unterschiedlichen Erzählungen beim Lesen präsenter und nachvollziehbarer zu machen. Im abschließenden Kapitel werde ich diese Spannungen anhand einiger Aspekte des liberalen Peacebuilding in Afghanistan herausarbeiten.

PEACEBUILDING UND DIE THEORIE DES LIBERALEN/DEMOKRATISCHEN FRIEDENS

Liberaler Frieden (liberal peace), im deutschsprachigen Bereich wird meist demokratischer Frieden gesagt, hat als Forschungsprogramm eine große Bedeutung für die gegenwärtige Weltpolitik (vgl. Sabaratnam 2011a; Heathershaw 2008). Anna Geis, die dazu ein Forschungsprojekt durchführte (Geis 2011; Geis/Müller/Wagner 2007), bezeichnet den demokratischen Frieden als die „gegenwärtig erfolgreichste[n] und populärste[n] liberale[n] Theorie der US-amerikanischen Internationalen Beziehungen“ (Geis 2011). Oliver Richmond spricht vom liberalen Frieden als „standard approach to thinking about peace“ (Richmond 2009a: 55), der weitgehend in der Theorie internationaler Politik geteilt wird. Gegenwärtige Friedenskonsolidierungen werden als Peacebuilding durch das dominante Paradigma des liberalen Frieden gelenkt (vgl. Richmond 2011: 326) – so auch in Afghanistan.

Aus dem statistischen Befund, dass marktwirtschaftlich organisierte Demokratien seltener gegeneinander Krieg führen als anders organisierte Staaten, wird diese Theorie abgeleitet (vgl. Ray 2003; Ray 1998; Müller 2004). Dies wird trotz des Widerspruchs bzw. „Doppelbefunds“ (Geis 2001) gemacht, dass Demokratien sehr wohl Kriege mit Nicht-Demokratien führen. Bei der Entwicklung der Theorie werden Immanuel Kants Ideen *Zum ewigen Frieden* (2013, erste Auflage 1795) und die Werte des Liberalismus aufgegriffen. Wirtschaftliche Handelsbeziehungen und Gewinnstreben sowie die Interessen demokratischer Staatsbürger nach persönlicher Sicherheit würden kriegerischen Eroberungen widersprechen. Deswegen sei Freihandel, eingebettet in demokratische Staatlichkeit, friedensfördernd. Eine Umwandlung von Staaten in (neo-)liberale Demokratien würde deshalb zur Stabilisierung globaler Verhältnisse beitragen. Durch den demokratischen Staatsaufbau in Afghanistan soll demnach Sicherheit auch für Europa erreicht werden. „Unser Einsatz in Afghanistan lohnt sich. Für die Menschen in Afghanistan hat er das Leben schon deutlich verbessert. Für die Menschen in Deutschland bedeutet das mehr Sicherheit.“ (Die Bundesregierung 2008: 7) Westliche Staaten werden als das überlegene liberale Modell und als Akteure des Wandels betrachtet. „[W]ie kaum ein anderes Ergebnis politikwissenschaftlicher Forschung ist die relative Überlegenheit der demokratischen Regierungsform zu einer der Grundlagen westlicher Politik geworden.“ (Müller 2008: 41)

Seit den Systemtransformationen Anfang der 1990er Jahre, mit dem Ende des Kalten Krieges, sind die Konzepte des liberalen Friedens, wie auch der humanitären Intervention und seit etwa 2000 auch das der Responsibility-to-Protect (R2P; International Committee on Intervention and State Souvereignty 2001) äußerst wirkmächtig. Jedes dieser Konzepte legitimiert militärische Interventionen in andere

Staaten. Sie werden mit dem Begriff des Peacebuilding verbunden. „Inspired by a reductive and teleological informed reading of the significance of 1989, the burgeoning optimism of the post-Cold War period was the defining force in the birth of the concept of peacebuilding." (Heathershaw 2008: 600)

Die Notwendigkeit militärischer Interventionen wird mit der Durchsetzung zuvor nicht geschützter Menschenrechte und einer globalen Stabilisierung durch die Schaffung marktwirtschaftlicher, (neo)liberaler, demokratischer Staaten begründet. Demokratisierung wurde als „discursive cousin" (Heathershaw 2008: 599) mit Peacebuilding „nach" Konflikten verknüpft. Nach den Angriffen vom 11. September 2001 kam der „Krieg gegen Terrorismus" in gescheiterten Staaten als Legitimation dazu. Ein Großteil der globalen Staaten wird als „failed" oder „failing states" und damit als „alarmierendes Phänomen" (EU 2003: 4) und höchster Unsicherheitsfaktor für die Weltpolitik verstanden (vgl. US National Security Strategy 2002).

> „Fragile Staatlichkeit oder bereits eingetretener Staatszerfall bedrohen die in den betroffenen Gebieten lebende Bevölkerung, sie haben zudem Rückwirkungen auf die Sicherheit und Weltordnungsinteressen der entwickelten Industriegesellschaften." (Rittberger 2008: 11)

Demokratisierung wird zum einzig gangbaren Weg der Konfliktbeilegung erklärt. An die Stelle der gewaltsamen Konkurrenz soll die geordnete Konkurrenz des Wahlkampfes treten (vgl. Heathershaw 2008: 602). Während in den 1990er Jahren die Betonung mehr auf der Rolle der Zivilgesellschaft lag, wurde seit der Ausrufung des „Krieg gegen Terrorismus" der Institutionenaufbau als Statebuilding stärker betont. Das extern intervenierende Militär wird als inhärenter Bestandteil des Transformationsprozesses verstanden. Peacebuilding ist ein normativer Ansatz, der als eine auf einem internationalen Konsens basierende Problemlösung aufgefasst wird. Die erzwungenen politischen und ökonomischen Veränderungen sollen mythologisierte internationale Standards umsetzen (vgl. Heathershaw 2008: 603).

> „[Interventionen werden] verbunden mit dem Anspruch, komplexe und interdependente gesellschaftliche und staatliche Strukturen so zu gestalten, daß Konflikte künftig ohne Gewalt ausgetragen werden. Das implizite Ziel der meisten Interventionen und Aktivitäten ist *daher* die Schaffung marktwirtschaftlich organisierter liberaler Demokratien nach dem Vorbild der OECD-Welt." (Schneckener 2005: 22, Herv. d. A.)

Liberaler Frieden und die weiteren damit verbundenen Konzepte für militärische Interventionen werden wissenschaftlich viel debattiert. Sie werden unter Aspekten der Legitimität, der politischen Wirkungen und der Effektivität westlicher Macht betrachtet. Vor dem Hintergrund der liberalen Friedenstheorie beanspruchen einige Regierungen reicher, westlicher Staaten, im Interesse der Menschheit zu handeln,

wenn sie in nicht-liberalen, nicht-westlichen Länder intervenieren – mit oder ohne militärische Unterstützung.

Die UN hat diese Ideen übernommen und verstärkt, unter anderem durch die „Agenda for Peace“ (UN 17.06.1992) des Generalsekretärs Boutros Boutros-Ghali, den Bericht „A More Secure World: Our Shared Responsibility“ (UN 2004) und durch die Einrichtung einer Peacebuilding Commission (UN General Assembly 08.12.2005; UN Security Council 20.12.2005). Diese Begründungen werden als Legitimation für eine erneute koloniale Einteilung der Welt kritisiert. „[The UN-Report ‚A More Secure World‘] amounts to the clearest case for a two-tier system of sovereign states (subjects of intervention and objecs of intervention) since nineteenth-century advocacy for colonialism“ (Heathershaw 2008: 615). In den intervenierten Staaten findet eine massive gesamtgesellschaftliche Umgestaltung nach neoliberalen wirtschaftlichen, politischen und auch zivil-gesellschaftlichen und kulturellen Vorgaben statt. Dabei wirken verschiedene Stränge des Diskurses zum liberalen Frieden/-saufbau zusammen, von konservativ/realistischen bis emanzipatorisch begründeten (vgl. Richmond 2005). Sogenannte Bottom-up-Ansätze, die bei der Zivilgesellschaft ansetzen und vor allem durch NGOs ausgeführt werden, und als top-down verstandener Institutionen-/Staatsaufbau werden kombiniert (vgl. Heathershaw 2008). „[I]t aims to shape societies so that they become self-governing entities within distinctly liberal lines.“ (Jabri 2010: 48) Neben Militär erfordert das vor allem internationales Verwaltungspersonal für den Aufbau diverser Institutionen sowie große Mengen an Trainern für die Schulung der Bevölkerung, „who […] engage the local population in such pedagogical exercises as gender awareness, human rights training, budgetary probity and so on“ (ebd.: 42).

Seit 1997 wurde die Demokratisierungsdebatte in der UN eine Debatte über Good Governance, wobei die Bedeutung von Good Governance von der Weltbank als neoliberal geprägt übernommen wurde. Good Governance wurde zum Organisationskonzept für Interventionen und ein globales Projekt zur technischen Formung von Staaten. Das schließt sowohl staatliche Institutionen als auch Programme zur Beeinflussung zivilgesellschaftlicher Verhaltensweisen ein (vgl. Zanotti 2005: 471). Letzteres wird dann als „empowering civil society“ beschrieben. Eine auf diese Weise geformte Zivilgesellschaft soll die Kanalisierung sozialer Bedürfnisse und Forderungen ermöglichen: „orderly, readable, and manageable“ (ebd.: 471). Mit der Ausformung von Demokratisierung als Good Governance werden allgemeingültige Normen und Werkzeuge für Methoden des Regierens und des Public Management vorgegeben. Neben der externen Überprüfung stellen UN-geförderte Projekte für jede Regierung Werkzeuge für die Selbstüberprüfung bereit, gemessen an internationalen Benchmarks (vgl. ebd.). „Good governance is a capacious concept that creates consensus around matters that otherwise remain politically controversial.“ (Zanotti 2005: 480) Mit der Setzung solcher universeller Normen für das Regieren und entsprechender, technokratischer Umgestaltung von Staaten einschließlich der

Zivilgesellschaft, findet eine Entpolitisierung von Konflikten statt. Zivilgesellschaftliche Partizipation wird als das Ergebnis technischer Intervention gesehen und nicht als Bestandteil im Prozess der Gestaltung gesellschaftlicher und politischer Institutionen. Die diskursive Verknüpfung von Demokratisierung mit Sicherheit und Entwicklung ermöglicht solche Eingriffe. Die Qualität staatlicher Institutionen (Good Governance) wird als Bedingung für Wohlstand und Frieden beschrieben. Zugleich werden die Interessen der intervenierenden Staaten vom allgemeinen Ziel der Friedensstiftung durch Demokratisierung verdeckt. „The liberal peace project is hence self-defined as a ‚peacebuilding' and indeed a statebuilding project, a form of social engineering internationally rendered." (Jabri 2010: 42)

Roland Paris möchte zukünftige Interventionen effizienter gestalten. Er analysiert:

> „Die demokratische Politik und ein kapitalistisches Wirtschaftssystem […] bedürfen öffentlicher Institutionen, um die Einhaltung grundlegender Verhaltensregeln durchzusetzen […] und Verhaltensweisen einzudämmen, die den Erhalt der marktwirtschaftlichen Demokratie selbst gefährden." (Paris 2007: 356)

Das heißt, die Entpolitisierung gesellschaftlich-politischer Umgestaltungen schließt die Normierung konformen Verhaltens mit ein. Dafür empfiehlt Paris die bessere Koordinierung internationaler „Friedenskräfte" (ebd.: 393) und verlässlichere Unterstützung der intervenierenden Staaten. Bei Ronald Paris zeigt sich deutlich der technokratisch-pädagogische Problemlösungscharakter von liberalen Friedensinterventionen, den Jabri kritisiert: „The population of these regions and their complex diversities come to be reduced to technocratic problems to be solved, rationalised, calculated, and ultimately disciplined" (Jabri 2010: 48). Militärische Mittel wirken dabei neben pädagogischen Maßnahmen.

Das Recht auf äußere, auch militärische, Intervention in Staaten, die nicht willens oder nicht fähig sind, die Menschenrechte ihrer Bürger*innen zu schützen und/oder als Failed States gelten, wurde gestärkt. Vielfältige legitimierende und unterstützende wissenschaftliche Projekte finden begleitend statt. Ein Beispiel ist der Versuch einer Etablierung von „Interventionskulturforschung" durch Michael Daxner, zunächst in der Soziologie an der Universität Oldenburg (vgl. Interventionskultur Arbeitsgruppe), dann in Anbindung an den Sonderforschungsbereich 700 „Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit" an der FU Berlin und weiteren Instituten in Berlin und Potsdam. Die Interventionskulturforschung setzt fortwährend bestehende Interventionen zur Umgestaltung von Gesellschaften als die Grundlage ihres Forschungsgebietes voraus. Deren Legitimität zu diskutieren, wird nicht als Bestandteil dieses Gebietes begriffen (vgl. Bonacker/Daxner et. al. 2010).

> „Wir müssen uns vielmehr auch mit den Phänomenen von neuen Kriegen und Failed States in allen Ausprägungen beschäftigen, um zu verstehen, dass die sozialen Folgen von Interventionen nicht mehr als Fortschreibung traditioneller Besatzungs- und Besetzungspraktiken verstanden werden können.“ (Daxner 2008: o.S.)

Interventionskulturforschung bereitet auf das Handeln in Interventionsgesellschaften vor (vgl. Bonacker/Daxner et. al. 2010: 15). Es fehle eine „einsatzfähige Sozialforschung, die kontinuierlich Interventionen wissenschaftlich-systematisch begleitet“ (Daxner et al. 2007: 69). Deshalb werden nicht nur die Beziehungen zwischen Intervenierten und Intervenierenden und die durch das Aufeinandertreffen der beiden entstandene Interventionsgesellschaft untersucht (vgl. International Research Network Cultures of Intervention-Website: Approach). Zu ihren Forschungsinteressen gehört auch der „Heimatdiskurs“ (Daxner 2008), also die öffentliche Herstellung oder Ablehnung der Legitimation von militärischen humanitären Interventionen.

SAAJS – Social Association of Afghan Justice Seekers

VICTIMS' FAMILIES IM KAMPF FÜR DIE KOLLEKTIVE AUFARBEITUNG DER MENSCHENRECHTSVERBRECHEN

In diesem Kapitel stelle ich die Organisation „Social Association of Afghan Justice Seekers" (SAAJS) vor, einen Zusammenschluss von Familien der Opfer von Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen. Aus der Perspektive der Opfer und des Verbandes der Familien der Opfer auf der Suche nach Gerechtigkeit berichte ich hier von ihren Erfahrungen während der vergangenen Kriegsjahrzehnte und nach der Intervention und dem Machtwechsel 2001. Ich schreibe von ihrem Einsatz für die gesellschaftliche Anerkennung und die Dokumentation der Verbrechen, für Erinnerungsarbeit und -orte und auch für Strafermittlungen sowie für die Entfernung der Verantwortlichen für Kriegsverbrechen aus politischen Ämtern. Ich beschreibe die Vernetzung der Opferorganisationen in allen Teilen Afghanistans und die Vernetzung mit verschiedenen nationalen und internationalen Organisationen, die für Transitional Justice arbeiten. Insbesondere geht es auch um die Hindernisse und Schwierigkeiten der Arbeit für die Durchsetzung von Gerechtigkeit und von Mechanismen der Transitional Justice in Afghanistan.

Was wird unter Transitional Justice verstanden? Das International Center for Transitional Justice (ICTJ) definiert das Konzept folgendermaßen:

> „Transitional justice refers to the set of judicial and non-judicial measures that have been implemented by different countries in order to redress the legacies of massive human rights abuses. These measures include criminal prosecutions, truth commissions, reparations programs, and various kinds of institutional reforms.
> Transitional justice is not a ‚special' kind of justice, but an approach to achieving justice in times of transition from conflict and/or state repression. By trying to achieve accountability and redressing victims, transitional justice provides recognition of the rights of victims,

promotes civic trust and strengthens the democratic rule of law.“ (ICTJ Website: About Transitional Justice)

Relevante politische Entwicklungen, Vereinbarungen und Gesetze zum Umgang mit den Verbrechen der Vergangenheit und der Gegenwart sowie die Blockierungen von Transitional Justice in Afghanistan thematisiere ich hier in Verbindung mit der politischen Praxis von SAAJS. Doch auch andere Akteure, vor allem die Arbeit des Bündnisses „Transitional Justice Coordination Group“, an dem auch SAAJS beteiligt ist, und Äußerungen von Menschenrechtsaktivist*innen, die sich kritisch mit der Unterdrückung der Arbeit für Transitional Justice in Afghanistan beschäftigen, beziehe ich mit ein.

ÜBER DIE VERHINDERTE AUFARBEITUNG VON VERBRECHEN GEGEN DIE MENSCHLICHKEIT SCHREIBEN

Um dieses Kapitel schreiben zu können, habe ich viel über Folter, Vergewaltigungen, Massaker, Plünderungen, Massenverhaftungen, Versklavungen, wiederholte Verluste der geliebten nächsten Menschen, der Gesundheit, des Zuhauses, Flucht und Zerstörungen, Bedrohungen, Hunger, Schmerzen und Verzweiflung gelesen und gehört. Nur wenige Beispiele gehen direkt in den Text ein. Ich habe Lebensgeschichten von Familien der Opfer von Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen gehört und war emotional mehrfach überfordert: In der Gesprächssituation erschien keine Antwort angemessen und die aufgezeichneten Geschichten nahm ich als eine auf mir lastende Verantwortung wahr. Es schien mir, dass die Weiterbearbeitung nur unzulänglich werden kann. Gleichzeitig konnte ich manche Geschichten über Jahre nicht mehr anhören und transkribieren, weil die Traurigkeit mich überforderte.

Weeda Ahmad, die Direktorin von SAAJS, hat immer wieder betont, wie wichtig es sei, mit den Opfern der Kriege zu reden, diesen zuzuhören. Solche Gesprächssituationen, in denen mir Opfer ihre Geschichten erzählten und in denen ich vieles nicht verstehen und nicht einordnen konnte, zeigten mir meine unzureichende Vorbildung, einschließlich eines Abschlusses „mit Auszeichnung“ in Friedens- und Konfliktforschung. Als Weeda Ahmad gleich bei meinem ersten kurzen Besuch in Afghanistan im Mai 2009 ein Treffen mit Frauen organisierte, die mir ihre Lebensgeschichten erzählten, war ich überfordert. Die Afghaninnen waren überrascht, dass ich beispielsweise nicht wusste, für welche bestialischen Foltermethoden die verschiedenen Führer der islamistischen Milizen bekannt sind. Sie erklärten mir diese sehr anschaulich und verbunden mit eigenen Familienerfahrungen. Solche Erfahrungen und das entsprechende Wissen über die Täter, deren bis in die Gegenwart reichende Macht- und Gewaltausübung sowie deren

politische Betätigung als Demokraten, sind in der afghanischen Gesellschaft weit verbreitet. Dennoch sind diese Verbrechen ein gesellschaftliches Tabu-Thema. Bei solchen Erzählungen werden die Namen der verantwortlichen Führer und Kommandeure aus Angst in der Regel nicht ausgesprochen. Meine Gesprächspartnerinnen machten Andeutungen, doch diese verstand ich nicht. Wenn doch ein Name genannt wurde, so konnte ich diesen meist nicht zuordnen.

Eine weitere Schwierigkeit bei der Forschung für dieses Kapitel liegt in der Unterdrückung der Dokumentation und Aufarbeitung der Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen der vergangenen Kriegsjahrzehnte in Afghanistan. Für die Behinderungen von Recherchen und der Benennung der Verantwortlichen für Verbrechen sind sowohl afghanische wie auch internationale Akteure verantwortlich. Una Moore, die seit Anfang 2010 als UN-Mitarbeiterin im Engagement für Transitional Justice die enge Zusammenarbeit mit afghanischen Basisorganisationen anstrebt, schreibt für den Zeitpunkt Ende 2009/Anfang 2010: „[B]y then, transitional justice was a toxic topic in diplomatic circles and guaranteed to earn Afghan activists death threats in the field.“ (Moore, 19.10.2010) Sari Kouvo, die viele Jahre innerhalb des International Center on Transitional Justice für Afghanistan zuständig war, berichtet, dass die UN die Einrichtung einer Kommission für die detailiierte Dokumentation von Menschenrechtsverbrechen in Afghanistan seit der Jahr 1978 durch den United Nations High Commissioner for Human Rights (UNHCHR) ablehnte, obwohl die eingesetzte Menschenrechtskommissarin diese für notwendig erachtete (vgl. Gossman/Kouvo 2013). Der reduzierte UN-Conflict-Mapping-Report, der erstellt wurde und der sich allein auf bereits veröffentlichte Quellen bezog, sollte zudem nach Fertigstellung nicht mehr veröffentlicht werden: „In the weeks before the scheduled release […], UN officials pressed the High Commissioner, Louise Arbour, not to make the OHCHR report public.“ (Gossman/Kouvo 2013: 22) Die UNAMA-Mitarbeiterin für Menschenrechte Una Moore kommentiert: „It's disheartening, though not surprising, that the UN mapping report was considered too dangerous to publish.“ (Moore, 19.10.2010).

Im Jahr darauf, 2011, wurde die Veröffentlichung eines 800-seitigen Berichts der Afghanistan Independent Human Rights Commission (AIHRC), für den in einer vierjährigen landesweiten Feldforschung Zeugenaussagen, 180 dokumentierte Massengräber und andere Beweise für die schweren Menschenrechts- und Kriegsverbrechen in der Zeit von April 1978 bis Dezember 2001 zusammengetragen wurden, repressiv verhindert. Auf Druck der afghanischen Regierung, mit Rückendeckung durch die US-Regierung und weitere Regierungen (vgl. Human Rights Watch, 01.12.2013) darf der fertige Bericht nach insgesamt sechs Jahren Bearbeitungszeit nicht erscheinen.

„American officials agree with the Afghan Government's decision to suppress the report. ‚I have to tell you frankly on the [conflict] mapping thing, when I first learned about it, it scared me', said a senior American official, speaking on condition of anonymity as a matter of embassy policy. ‚There will be a time for it, but I'm not persuaded this is the time.'" (Moore, 23.07.2012)

Diese Beispiele zeigen, wie wenig der Themenkomplex Transitional Justice in Bezug auf Afghanistan bereits bearbeitet werden konnte. Entsprechend mussten von mir viele Details erst zusammengesucht und geordnet werden. Erst nach und nach fand ich einige, mitunter nicht leicht auffindbare Quellen. Der offiziell verbotene UN-Conflict-Mapping-Report wurde beispielsweise „geleaked" und mit Online-Aufsätzen verlinkt.

Trotz und gerade angesichts dieser Schwierigkeiten ist es entscheidend, den gewöhnlichen Menschen und denen, die am meisten leiden und oft vielfache Opfer der Kriege sind, zuzuhören, dieses Wissen ernst zu nehmen und weiterzutragen.

DER ZUSAMMENSCHLUSS DER VICTIMS' FAMILIES – GRÜNDUNGSGESCHICHTE

Die Social Association of Afghan Justice Seekers (SAAJS) ist eine der afghanischen Organisationen, in denen sich die Opfer von Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen zusammengeschlossen haben, um die Vernichtung von Beweisen für Verbrechen zu verhindern, Verbrechen durch die Sammlung der Zeugenaussagen der Opfer zu dokumentieren und eine Aufarbeitung, unter anderem durch Strafverfolgung, durchzusetzen.

„Wir fordern die Untersuchung der Massengräber, eine Dokumentation der vergangenen Verbrechen, den Aufbau einer Erinnerungskultur sowie andere Maßnahmen zur Transitional Justice, einschließlich der Strafermittlungen gegen die Verantwortlichen für Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen. Dabei ist uns an der Aufarbeitung der Verbrechen aus allen Phasen der jüngeren Geschichte Afghanistans gelegen, die für uns die letzten vier Jahrzehnte umfasst." (Ahmad 2016b: 27)

Im Sommer 2007 wurden weitere Massengräber gefunden: in Kabul, in Mazar-e Sharif und in der Provinz Badachschan. Doch die afghanische Regierung zeigte kein Interesse, Beweise zu sichern und Gedenkfeiern zu organisieren – im Gegenteil: Die Regierung verhinderte jede Aufklärung und wollte die Entdeckung der

Gräber verschleiern.[15] Davon berichtet Weeda Ahmad (Interview in Kabul, 14.05.2009), die Direktorin von Social Association of Afghan Justice Seekers (SAAJS), als sie über die Gründung von SAAJS spricht. Diese Situation war ein Auslöser für die Gründung von SAAJS als Vereinigung der Familien von Opfern von Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen. „Whenever an event like this happens it can proof the past crimes. So the perpetrators want to cover it. And in that case the government also wanted to cover it.“ (Ahmad, Interview in Kabul, 14.05.2009) Weeda Ahmad erklärt, dass Menschen bestimmte Fragen stellen, wenn es heißt, dass 500 oder vielleicht 1000 Gebeine in einem Grab sind und diese Menschen getötet wurden: „Why were they killed? In which time: during Taliban time, during Jahadi time or Khalqi time – which time were they killed? That is why Hamid Karzai didn't want people to know about this.“ (Ahmad, Interview, Kabul, 14.05.2009) Sie beschreibt den Einfluss, den die Regierung auf die Medien hat, anhand eines zum Zeitpunkt unseres Gesprächs aktuellen Beispiels. Ein weiteres Massengrab wurde in einem Teil von Kabul entdeckt und in den Medien wurde dazu nur in einem einzigen Satz gesagt, dass ein Grab gefunden wurde. „They don't say anything more than that. And also the government doesn't want to do research in this issue. When a researcher does a research it could be a witness to put these criminals to jail or put them to court.“ (Ahmad, ebd.)

Weil einige der Familien der Opfer die Verschleierung des Massengrabfundes von 2007 nicht hinnehmen wollten, fand eine Protestaktion statt. Hinzu kam, dass zu diesem Zeitpunkt ein generelles Amnestiegesetz vorbereitet wurde, das dem in der Gesellschaft weit verbreiteten Wunsch nach Aufarbeitung und Gerechtigkeit für die Verbrechen der Vergangenheit, einschließlich Strafermittlungen, konträr entgegen stand.

„[I]t was 4th August 2007. We had a kind of demonstration, but we didn't walk, we just stand with victims' families. All of them were victims' families. We stand near UNAMA [United Nations Assistance Mission in Afghanistan] office with this powerful pictures, the victims' pictures, and banners and posters.“ (Ahmad, Interview, Kabul, 14.05.2009)

Es wurden Forderungen an die afghanische Regierung formuliert: Untersuchung der Massengräber, Dokumentation von Verbrechen, Aufbau einer Erinnerungskultur

15 Sowohl die afghanische als auch die us-amerikanische Regierung wollte die Untersuchung von Massengräbern verhindern, weil befürchtet wurde, dass dies die Karzai-Regierung destabilisieren könne. Auch sollte die Verstrickung von US-Militär in das Dasht-i-Leili Massaker von November 2001 nicht thematisiert werden (vgl. Winterbotham 2010: 23-24).

und auch Strafermittlungen gegen die Verantwortlichen für Kriegs- und schwerwiegende Menschenrechtsverbrechen.

Zu diesem Zeitpunkt gab es noch keinen Verband, keine Organisation. „Just every victim family was working individually. Then after August 4th 2007 we said: We can't work individually, let's make something like an association." (Ebd.). Der Verband der Justice Seekers, die Social Association of Afghan Justice Seekers, wurde gegründet und offiziell beim Justizministerium als Non-Governmental-Organization (NGO) registriert. Um effektiv zu sein, wollten sie einen Ort und ein Büro haben, eine Adresse, von wo aus sie arbeiten und mehr Menschen einbeziehen können.

„SAAJS has strived to contact the survivors and victims' relatives to collect documents and witnesses as well as to establish victims' unions, but we know it is not enough and we are in need of more cooperation. If the individual voices of justice seekers join together, then it will become a cry that no criminal can escape, and no government can ignore. " (SAAJS 2013: 5)

Die „Group of Victims' Families", wie sie sich zu diesem Zeitpunkt bezeichneten, hatte am 10. Dezember 2007 anlässlich des Internationalen Tags der Menschenrechte ihre nächste größere, öffentliche Versammlung.

„We ‚Group of Victims' Families' have set out our second gathering on International Human Rights Day to voice our painful cry to all people around the world, civil society, human rights groups, justice-loving organizations and freedom-loving people of [the] world and tell them that people of Afghanistan are fond of justice like rest of the world and without justice, they call any kind of ‚democracy' defective and false." (Group of Victims' Families/SAAJS, Resolution, 10.12.2007)

Bei dieser ersten Demonstration zum Menschenrechtstag im Jahr 2007 erklärten sie, dass es unnütz sei, an diesem Tag zu feiern, dass die allgemeine Erklärung der Menschenrechte im Jahr 1948 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen übernommen wurde, wenn dies nicht mit der Erneuerung der Verpflichtung verbunden wird, wirkliche Gerechtigkeit zu sichern – überall auf der Welt und insbesondere in ihrem Land, Afghanistan (vgl. Group of Victims' Families/SAAJS, Resolution, 10.12.2007). Seither wurde von SAAJS jedes Jahr zum Anlass des Internationalen Tags der Menschenrechte eine Demonstration in Kabul durchgeführt. Auch das Verständnis von Demokratie wurde seit der ersten Demonstration im Dezember 2007 thematisiert. Eine Demokratie, in der Gerechtigkeit keinen Raum hat und in der die Regierung Vergessen und Vergeben praktiziert, ohne die Opfer von Menschenrechtsverbrechen anzuhören und einzubeziehen, wird als gegen den Willen der Bevölkerung gerichtet verstanden. Die Frage der Gerechtigkeit wird auch als direkt mit Stabilität verbunden begriffen sowie als Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden.

SAAJS setzt sich mit dem politischen Hintergrund der fehlenden und verhinderten gesellschaftlichen Aufarbeitung der schwerwiegenden Menschenrechtsverbrechen nach dem Machtwechsel 2001 auseinander und analysiert die politische Lage. Zur Bedeutung der Straflosigkeit und der Unterstützung für die Verbrecher der Vergangenheit schreibt SAAJS in ihrer Selbstdarstellung auf einem zweisprachig, in Dari und Englisch, verfassten Faltblatt:

„SAAJS believes that in the last over one decade, justice has been brutally sacrificed and this is the main cause for the continuing human rights disaster in the country. Murderers of hundreds and thousands of our compatriots and people responsible for the utter destruction of our country are unconditionally supported by the currupt government and its foreign backers. Those who should be put on trial, now rule over our people and hold the key positions of the state." (SAAJS-Selbstdarstellung, Faltblatt)

SAAJS hat seit 2008 ein Büro in Kabul, ist jedoch in vielen Provinzen des Landes aktiv. SAAJS beteiligt sich an Bündnissen zu Transitional Justice und an der Vernetzung von Familien der Opfer und von Opferverbänden über ganz Afghanistan.

DIE ERINNERUNGEN DER KRIEGE ANERKENNEN STATT SALZ IN DIE WUNDEN STREUEN

Der bewusste und anerkennende Umgang mit den Erinnerungen ist ein wichtiger Bestandteil von Transitional Justice. Es ist heilsam, ermöglicht Trauer und Reflektion. Durch Erinnerungsarbeit kann Individuen wie auch Gemeinschaften die Verarbeitung von Verlusten gelingen. Zudem kann durch das präventive Element des „Nie wieder" eine Gelegenheit für Dialog geschaffen werden zu der Frage, wie Menschen dazu in der Lage waren, gegeneinander solche Gewaltakte zu begehen (vgl. Gossman/Kouvo 2013: 37). In Afghanistan ist Erinnerungsarbeit jedoch nicht erwünscht: „[T]hose closely involved in the conflict are not ready to allow their actions to be publicly scrutinized" (ebd.: 38).

Zainab Ahmady ist eine Witwe, die sich der Social Association of Afghan Justice Seekers angeschlossen hat. Im Mai 2009 hörte ich von ihr diese Geschichte über Verbrechen während der Regierungszeit der Mujaheddin-Fraktionen (heute nennen sie sich selbst Jihadis) von 1992 bis 1996, die gleichzeitig eine Zeit jahrelanger blutiger Machtkämpfe ebendieser Fraktionen untereinander war. In Zainabs Geschichte geht es zudem auch um Verbrechen, die nach 1996 stattfanden, in der Zeit der Kämpfe zwischen der Nordallianz (United Front der zuvor verfeindeten Mujaheddin-Fraktionen) und den Taliban an der Macht.

Zainab hatte ein sehr schweres Leben. Ihre fünf Kinder waren zwischen 40 Tagen und 6 Jahren alt, als ihr Ehemann ermordet wurde. Dieser Mord geschah zwei Monate nach Beginn der „Zeit der Jihadis“ im Jahr 1992. Auch zwei von Zainabs Brüdern wurden in dieser Zeit umgebracht. Zainabs Leben wurde leichter, als ihr ältester Sohn mit 14 Jahren Automechaniker lernte. Doch er wurde bei der Auslieferung von Autos nach Mazar-e Sharif durch die Gruppe des Mujaheddin und Nordallianz-Warlord von Hezbe Wahdat, Abul Ali Mazari, entführt. Das war zur Zeit der Regierung der Taliban, die von der Nordallianz von kleinen Rückzugsgebieten im Norden des Landes aus bekämpft wurde. Der Sohn wurde versklavt, litt Hunger und musste schwerste Arbeit leisten. Er wurde zudem gezwungen, bei der allabendlichen Tötung von Gefangenen durch Köpfung zuzuschauen. Es handelte sich um das sadistische Ritual, das „Tanz des toten Mannes“ genannt wird. Durch das Versiegeln der Schnittstelle am Hals mit heißem Öl starb der Hingerichtete nicht sofort, sondern bewegte sich einige Zeit zuckend weiter. Daran vergnügten sich die Zuschauer, die trommelten und klatschten. Zainabs Sohn konnte fliehen und überlebte, doch er ist seither psychisch krank. Sie setzte ihrer Erzählung empört hinzu: „Sie sind immer noch an der Macht. Sie wollen, dass wir ihnen unsere Wählerstimmen geben. Ich bin mir sicher, sie werden noch Schlimmeres tun als das, was sie schon mit uns gemacht haben.“ (Zainab Ahmady, Interview in Kabul, 19.05.2009).

Aus einer Zeugenaussage, die ich einem afghanischen Dokumentationstheaterstück (*Infinite Incompleteness* von AHRDO) entnehme, das Zeugenaussagen von Opfern der Kriege im ursprünglichen Wortlaut wiedergibt, kenne ich die Geschichte von Hakima. Hakima erzählt von ihrem 18-jährigen Sohn Shoaib, der in der Taliban-Regierungszeit bei einer Reise verhaftet wurde, weil er der ethnischen Gruppe der Hazara zugeordnet wurde, und daraufhin verschwand. Während der mühevollen Suche nach dem Sohn, bei der Hakima und ihr Ehemann von Behörden und Gefängnispersonal als Hazara ethnisch diskriminiert, verhöhnt und bedroht wurden, verstarb Hakimas Mann. Sie macht die islamistischen Mujaddin-Führer verantwortlich, die ethnischen Hass und Gewalt in der ersten Hälfte der 1990er Jahre geschürt hatten. Hakima erträgt es heute kaum, diese Warlords im Fernsehen zu sehen. Sie sagt: „Ich werde ganz wütend und ich bin kurz davor, den Fernseher kaputt zu schlagen. Heute, wenn wir sagen: Diese Leute sind Hazara und diese sind Tadjiken oder sind Paschtunen – all das ist wegen dieser Warlords.“ (AHRDO 2010: *Infinite Incompleteness*, Übers. d. A.) Mehr als der Mangel der vergangenen Kriegszeit belastet Hakima, wer heute die politische Macht innehat. Sie sagt:

> „Der Grund für meine düstere, traurige Lage ist das Regime, das an die Macht gekommen ist. Während des Krieges waren wir hungrig, waren wir durstig, ohne Schuhe, ohne Kleidung. Diese schwierigen Zeiten sind vorbei, doch nun ist mein Sohn verschwunden und ich denke nicht, dass er noch am Leben ist. Und diese Warlords erscheinen im Fernsehen.“ (AHRDO 2010: 8, Übers. d. A.)

Zainab und Hakima beschreiben in ihren Erzählungen, wie sehr diese politische Situation eine Verstärkung der Leiden der Opfer bedeutet. Das sei wie Salz in die Wunden der leidenden Menschen zu streuen, erklärt SAAJS in ihrer Selbstdarstellung (SAAJS-Selbstdarstellung, Faltblatt). Auf eine Frage bei unserer ersten Begegnung antwortet Weeda Ahmad, die Direktorin von SAAJS: „What ideas do we have for peaceful Afghanistan? First of all: People who are involved in crimes in past wars of Afghanistan, they shouldn't be in power. They should go to court instead of being in the government and have power." (Ahmad, Interview in Kabul, 14.05.2009) Diese Forderung nach der Entfernung von Kriegsverbrechern aus der Regierung wird von allen Forderungen, die die Social Association of Afghan Justice Seekers (SAAJS) erhebt, an erster Stelle formuliert. Sie sei grundlegend, denn es wird sich nichts verändern, solange die Schlüsselpositionen politischer Macht, die entscheidenden Ministerien, von Kriminellen eingenommen werden. Die Menschen in Afghanistan könnten keine Freiheit haben, diese bleibe ein Wunschtraum, solange diese Verbrecher von außen Unterstützung erhalten und Machtpositionen besetzen (vgl. Ahmand, Interview, Kabul, 14.05.2009). „As long as these criminals are in power in Afghanistan and they have all the power and they are supported by money and they are supported by other foreign countries, the society can't change in Afghanistan." (Ebd.)

TROTZ BEDROHUNGEN: LANDESWEITE ORGANISIERUNG DER OPFER FÜR GERECHTIGKEIT

Ein Film, der verschiedene Formen der Umsetzung und Durchsetzung von Transitional Justice in Peru, Osttimor, Südafrika und Marokko zeigt, wurde auf Dari, einer der wichtigsten Sprachen Afghanistans, übersetzt. Er trägt den Titel *Confronting the Truth* (York/USIP 2004). Weeda Ahmad, die Direktorin der Social Association of Afghan Justice Seekers, führte gemeinsam mit einer Mitarbeiterin im Oktober 2012 ein Training zu Transitional Justice durch, das ich begleitete. Nach einführenden Worten und einer Diskussion zum Begriff der Gerechtigkeit zeigten die beiden Frauen diesen Film. Proteste auf der Straße waren zu sehen, wie auch Anhörungen von Zeug*innen in Strafgerichten und Wahrheitskommissionen. Die Gruppe der circa 25 Frauen, die sich in einem provisorisch hergerichteten Kellerraum eines Rohbaus in einer neu entstehenden Siedlung von Inlands-Flüchtlingen am Stadtrand von Kabul versammelt hatten, schauten gebannt zu. Während des einführenden Gesprächs wirkten viele der Frauen verunsichert und überfordert. Eine solche Seminar-Situation war ihnen äußerst fremd; viele hatten nie eine Schule besucht. Weeda Ahmad erklärte mir, dass manche Frauen keine Ruhe fänden und an ihre täglichen Aufgaben denken müssten, die nun liegenblieben. Doch die Bilder und Aussagen von den Menschen von anderen Kontinenten, die ähnliches Leid erlitten hatten, mutig ihre

Geschichten öffentlich erzählten und sich mit verschiedenen Mitteln engagiert für Gerechtigkeit einsetzten, weckten ihre Aufmerksamkeit.

In dieser Siedlung Dakhdidad arbeiteten Weeda Ahmad und ihre Kollegin zu diesem Zeitpunkt noch nicht sehr lange. Sie weiten ihre Kontakte zunehmend aus, gehen an die Stadtränder und in verschiedene Provinzen des Landes. Im Jahr 2012 waren gerade neue Kontakte in der Provinz Bamiyan dazu gekommen sowie im Bezirk Daht Barche in der Kabuler Region. In Jallalabad haben sie ein Training durchgeführt und in den Provinzen Kunar und Farah neue Kontakte aufgenommen und Gespräche geführt (Ahmad, Interview in Kabul, 30.09.2012). „What is the most important thing for our organization is that we are in contact with victims' families, that we are in contact with our people. […] we really want to know what they want.“ (Ahmad, Interview in Kabul, 14.05.2009) SAAJS regt dazu an, dass die Opferfamilien sich gegenseitig unterstützen und dafür Gruppen bilden. Auch Weeda Ahmad kommt aus einer Familie, die Kriegsverbrechen erlitten hat:

„During the Mujahideen's time, they came and beat my uncle and aunt, killed them and then looted their homes. During the Communist regime, my father was sentenced to prison two times. They tortured my father because he was in the army. They were capturing all those who spoke against the regime. And then during Karzai's time, my cousin and his son were killed without having committed a crime by one of the warlords in the North. But when I hear stories by others, I forget my own pain.“ (Weeda Ahmad, Interview von Paiwandgāh.af, 10.12.2014)

Weeda Ahmad strebt nach einer Verbundenheit mit den vielen anderen Familien, die Verbrechen erlebt haben, und insbesondere mit den Frauen. Schon früh war sie mit SAAJS nicht nur in Kabul, sondern auch in Herat und Badakhshan aktiv. Andere Regionen, in denen die SAAJS-Mitarbeiter*innen Zeugenberichte, Dokumente und Bilder sammeln und Verbände oder Netzwerke gründen konnten, sind Jallalabad, Mazar-e-Sharif, Parwan und Tahar (SAAJS im Gespräch mit Evans, Kabul, 31.12.2011). Zuerst ist es immer schwierig für sie, eine Vertrauensbasis herzustellen. „Was wollen diese jungen Frauen hier?“ sei eine typische Reaktion, berichtet Weeda Ahmad. Sie treffen auf Misstrauen und Skepsis. „If we tell the people that ‚I am here to help you, so please tell me‘, they think: ‚No, this organization is here only to help itself, only to take money. Not for us.‘ They lost their trust“, erzählt die Direktorin von SAAJS (Ahmad, Interview in Kabul, 14.05.2009). Die Enttäuschungen, die mit Hilfsprogrammen und NGOs verbunden sind, waren bereits eine bittere Erfahrung. Im Oktober 2012 erzählt Weeda Ahmad, dass viele aufgrund der gewachsenen Drohungen gegen Menschen, die über die Verbrechen der Vergangenheit recherchieren, nun annehmen würden, dass es den Aktivist*innen nicht um Frieden und Gerechtigkeit gehe, sondern nur um die Schaffung eines glaubhaften Grundes für einen Asylantrag im Ausland. Sie würden sagen: „After you have a

good case [to apply for asylum], you will forget me." (Ahmad, Direktorin von SAAJS, Interview, 30.09.2012) Nicht zuletzt die rücksichtslose Brutalität der Kriegsjahrzehnte hat bei vielen Menschen das Vertrauen in ihre Mitmenschen zerstört. Es sei wichtig, Vertrauen aufzubauen, doch das geschieht vor allem durch konkrete Arbeit mit den Menschen, erklärt Weeda Ahmad. Sie berichtet mir von der Erfahrung, die sie im Altstadtbezirk von Kabul, Shar-e Kona, gemacht haben. Das Viertel war im Krieg beinahe vollständig zerstört worden. Auch dort trafen sie auf Skepsis: Es wurde vermutet, dass sie eine Charity-NGO vertreten und nach einmaligem Auftreten nicht wiederkommen. Sie wurden nach ihrer Kleidung bewertet und es wurde angenommen, dass sie sich nur für Familien ihrer eigenen ethnischen Gruppe engagieren wollen. Dawoud ist Community Leader in Shar-e Kona und wurde zu einem Verbündeten der SAAJS-Aktivist*innen. Er berichtet in einem Workshop im Rahmen meiner Forschung: „Ich dachte zuerst: Was wollen diese Mädchen hier? Die sind anders, kommen von außen und machen Versprechungen." (Dawoud, Gesprächsnotizen, Workshop in Kabul, 08.10.2012) Erst nachdem die beiden Frauen immer wieder kamen und Interesse an allen Menschen gleichermaßen zeigten, unabhängig von ihrer ethnischen Gruppenzuordnung, entstand Offenheit und Vertrauen. „Sie haben Beziehungen aufgebaut mit Zuwendung und Respekt." (Ebd.) Es wurde verstanden, dass die Frauen von SAAJS nicht für ihre persönlichen Interessen arbeiten. Dawood lebt selber in Armut, doch er hilft mit Kontakten und Räumen. Er unterstützt das Anliegen von Transitional Justice und die konkrete Organisierungsarbeit von SAAJS. Zudem fühlt er sich für den Schutz der beiden jungen Frauen und deren eventuelle Begleiter*innen zuständig, wenn sie in „seinem" Stadtteil unterwegs sind. „Heute sehe ich mich als deren Onkel. Ich passe auf sie auf und helfe, wenn immer ich gefragt werde." (Ebd.)

Die Unterstützung für die Forderungen der Opfer von Verbrechen während der Kriegsjahrzehnte kommt stärker von den gewöhnlichen Menschen und nicht so sehr von der kleinen, neu entstehenden Mittelschicht, die viel internationale Aufmerksamkeit bekommt, erklärt Weeda Ahmad von SAAJS. „Ordinary people are more courageous, maybe because they have less to loose." (Ahmad, im Gespräch mit Evans, Kabul, 31.12.2011) Politiker seien sehr geschickt darin, die Bevölkerung zu kontrollieren und sie wüssten, dass sie das besonders effektiv erreichen können, indem sie die Jugend und die gebildete Elite an sich binden. „Young people who want scholarships to study abroad or who get jobs with foreign organizations will express the views of their funders [...]." (Ebd.) Viele aus der Bildungsschicht hätten oft nicht den Mut, die Wahrheit zu sagen, sondern würden sich der Macht beugen. Einige würden aber vielleicht auch einfach nichts verstehen: „It could also be because these [middle class] people don't understand; being educated and able to speak English doesn't make people able to understand things." (Ebd.)

Nicht in allen Provinzen können die Organisationen von Opfern offen arbeiten. Manchmal besteht die Arbeit darin, persönliche Kontakte zu halten, manchmal

werden Treffen an geschlossenen Orten durchgeführt, bei denen sie sich gegenseitig ihre Geschichten erzählen und der verlorenen geliebten Menschen gedenken. Eine Familie in einem Dorf der Provinz Parwan wurde von dem einflussreichen Kommandeur, der das Dorf kontrolliert, bedroht und ausgefragt, nachdem Weeda Ahmad und ihre Kolleg*innen dort erstmalig ein eintägiges Training zu Transitional Justice durchgeführt hatten. Manchmal geben sich Personen als Victims aus und nehmen an Treffen teil, um anschließend dem Kommandeur Bericht zu erstatten. Im Büro von SAAJS gehen Drohanrufe ein, wie beispielsweise: „You can't come to Afshar [neighborhood of Kabul]. When you come we attack, we kill you. We still went." (Ahmad, Direktorin von SAAJS, Interview in Kabul, 30.09.2012) In Afshar hatte 1993 ein Massaker stattgefunden, das unter anderem Abdul Rasoul Sayyaf kommandiert hatte, der seit Ende 2001 eine Schlüsselfigur beim Staatsaufbau ist.

Es ist gefährlich, sich in Afghanistan aktiv für Transitional Justice einzusetzen. „Those perpetrators who are still alive. Still they are in the high positions in the government", teilen mir zwei alte Witwen im Büro von SAAJS mit (Nadia/Karima, SAAJS, Interview in Kabul, 07.07.2010; Namen geändert). Die beiden Frauen, die viele ihrer Angehörigen während der Kriegsjahrzehnte verloren haben, sind gerade neu mit SAAJS in Kontakt gekommen, als ich sie im Juli 2010 treffe. Sie beschreiben die Bedeutung, die es für sie hat, sich als Familien der Opfer zusammenzuschließen, aber auch die Angst, die sie dabei begleitet:

> „If we are together and keep unity, this is good for us, but sometimes we are afraid. We are afraid, because perpetrators are still in power. If we call the removal of those perpetrators who work in parliament, they are still in power, we are afraid of that one. " (Nadia/Karima, Interview in Kabul, 07.07.2010, Namen geändert)

Es macht sie froh, dass die Opfer zusammenkommen und gemeinsam eine stärkere Stimme haben, um ihre Rechte einzufordern. Doch ihre Angst ist nicht ohne Grund, wie die beiden ausdrücken: „[P]erpetrators have different techniques, so they do not leave victims to be together. Sometimes it might be said, if you join that one you will be killed." (Ebd.) Eine Frau hat ihren Sohn gesucht, der verschwunden war. Ihr wurde gesagt, sie solle zu einem Haus kommen, da könne man ihr weiterhelfen. Dort wurde ihr ein Karton übergeben. Als sie diesen öffnete, lagen darin die abgeschnittenen Brüste einer alten Frau. Sie sagten, ihr würde das gleiche passieren, wenn sie nicht aufhöre, nach ihrem Sohn zu fragen (Gesprächsnotizen, Workshop in Kabul, 08.10.2012).

Die Arbeit von SAAJS und anderen Victims' Organizations wird durch die Warlords beobachtet. SAAJS-Mitarbeiter*innen wollten in eine Region der Provinz Tahar reisen, in der Kriegsverbrechen verübt worden waren, um dort Zeugenaussagen zu dokumentieren. Doch die Dorfbewohner*innen wurden eingeschüchtert und bedroht, um nicht mit SAAJS zu reden. Den Mitarbeiter*innen von SAAJS

wurde der Zugang zur Region verwehrt. Der Warlord dieser Provinz hatte kein offizielles Amt, doch er regierte die Gegend (SAAJS im Gespräch mit Evans, Kabul, 31.12.2011). Das Gleiche passierte auch in Jallalabad. Den Dorfbewohner*innen wurden Prügel und auch der Tod angedroht, sollten sie ihre Erlebnisse offen erzählen. Die Direktorin von SAAJS erzählt, dass sie Drohanrufe bekommt. In einem Zeitungsinterview sagt sie:

> „Der Alltag hier raubt einem sämtliche Energie […]. Es bleibt nicht einmal die Zeit, über die Gefahren nachzudenken, denen wir ausgesetzt sind. Denn unsere Gegner sind sehr mächtig – und sie werden von noch Mächtigeren wie den USA und der UNO unterstützt und geschützt." (Ahmad, Interview in taz, 02.08.2008)

Als ich Weeda Ahmad 2009 das erste Mal traf, erklärte sie, vor welchen enormen Hindernissen SAAJS und andere Gruppen mit ihrem Einsatz für Transitional Justice stehen. Zu fordern, dass die Kriegsverbrecher vor Gericht gestellt werden, wird als eine Sache der Unmöglichkeit wahrgenommen: „[N]ow if we tell someone that we want Transitional Justice, that we want these criminals to go to court, to go to jail, they are like: Ohh... This is a word like none, as if you say something impossible for a country like Afghanistan now." (Ahmad, Interview in Kabul, 14.05.2009) Weil die afghanische Regierung kein Interesse daran hat, könnten die lokalen, afghanischen Gerichte diese Arbeit auch nicht ausführen, erklärt Ahmad. Die Gerichte sind nicht unabhängig, sondern in diese Verbrechen verwickelt. „They can't. And also foreign countries they don't want … this … They don't want Transitional Justice in Afghanistan", fügt sie hinzu (Ahmad, Interview in Kabul, 14.05.2009).

TRANSITIONAL-JUSTICE-FRAGE NACH DER INTERVENTION 2001: BONN AGREEMENT

Die nächsten drei Unterkapitel sind ein Exkurs in die Geschichte Afghanistans seit dem Regimewechsel durch die Militärintervention von 2001, mit dem Fokus auf die Schritte, die gemacht wurden, um staatliche und gesamtgesellschaftliche Maßnahmen von Transitional Justice einzuleiten, wie diese gegen Widerstände errungen und dann doch wieder blockiert wurden. Diese Darstellung verbindet sich dann zunehmend mit den Kämpfen von SAAJS und anderen Aktivist*innen für Gerechtigkeit.

Als am 5. Dezember 2001 mit dem „Bonn Agreement" (offiziell: Agreement on Provisional Arrangements in Afghanistan Pending the Re-establishment of Permanent Government Institution; United Nations Security Council, 05.12.2001) die Vereinbarungen für die Übergangsphase in Afghanistan nach der Vertreibung der Taliban festgelegt wurden, kam Transitional Justice darin nicht vor. Das ist

ungewöhnlich. Seit den 1990er Jahren gehören Regelungen zur gesellschaftlichen Aufarbeitung von schwerwiegenden Verbrechen und Übergangsjustiz (Transitional Justice) zunehmend zum festen Bestandteil von Peacebuilding Programmen. Für das Gebiet des ehemaligen Jugoslawien wurde beispielsweise 1993 durch den UN Sicherheitsrat das International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia (ICTY) eingerichtet. Auch nationale Gerichte in Bosnien-Herzegowina, Serbien und Kroatien verhandelten gegen Kriegsverbrecher (vgl. ICTJ 2009). Bereits in der Mandatierung des Peacekeeping Einsatzes in der Demokratischen Republik Kongo (MONUC) durch den UN Sicherheitsrats (SC-Resolution 1628) ist ein Mandat für die Etablierung von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit enthalten, das ausdrücklich die Unterstützung von Prozessen für Transitional Justice und Accountability sowie den Schutz der Opfer und Zeugen einschließt. Ähnliche Mandate bestehen unter anderem für den Sudan und Liberia (vgl. Sriram 2009: 118). Für Afghanistan war das zunächst auch vorgesehen. Ausdrücklich sollte in den Bonner Vereinbarungen vom 5. Dezember 2001 festgehalten werden, dass ein Amnestiegesetz für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht zulässig ist. Doch es kam anders:

> „Some time during the all-night negotiations necessary to clear out the hotel for the dentists [who had reserved the same hotel after 5 December for a convention], the paragraph forbidding an amnesty for war crimes was [...] struck out." (Rubin 2003: 573)

Dem waren hitzig geführte Abwehrdebatten der Vertreter der Delegation der ehemaligen Mujaheddin der Nordallianz vorausgegangen. Die Furore, die durch das beabsichtigte Verbot eines Amnestiegesetzes ausgelöst wurde, fand innerhalb und noch stärker außerhalb des eigentlichen Treffens statt (vgl. Rubin 2003: 571).

Die US-Regierung hatte die Nordallianz mit der militärischen Intervention im Oktober 2001 zu ihren verbündeten Bodentruppen gemacht, die dafür mit Geld, Satellitentelefonen und Waffen versorgt wurden. Die ursprünglich sieben verfeindeten Fraktionen, die auf einer ethnischen Basis zu Beginn der 1990er Jahre einen jahrelangen, verheerenden und rücksichtslosen Machtkampf untereinander und ohne Rücksicht auf die Bevölkerung führten, hatten sich nach der Machtübernahme der Taliban im Jahr 1996 gegen deren Regierung verbündet. Die Fraktionen bestehen vor allem aus islamistischen ehemaligen Mujaheddin, die in den 1980er Jahren gegen die sowjetische Besatzung gekämpft hatten. Sie nennen sich heute selber stolz Jihadis – Kämpfer aus islamischer Glaubenspflicht. Lange vor den Taliban hatten sie in Afghanistan das islamische Recht, die Sharia, eingeführt und äußerst rigide frauenfeindliche Gesetze erlassen. Unter anderem verpflichteten sie Frauen zum Tragen des Ganzkörperschleiers und schränkten ihre Bewegungsmöglichkeiten stark ein. Sie waren in ihrer Regierungszeit zu Beginn der 1990er Jahre bildungsfeindlich und haben offizielle Bücherverbrennungen durchgeführt. Massaker, systematische Folter und

Vergewaltigungen, Morde, Zerstörungen und Plünderungen gehören zu den zahlreichen Verbrechen dieser Organisationen in der Zeit von 1992-1996 und auch danach (vgl. UN Mapping Report 2005; RAWA-Erklärung 1/1996; viele Details in diesem Buch).

Barnett Rubin, der als einer der Berater des speziellen Gesandten des UN-Generalsekretärs Lakhdar Brahimi am Gipfeltreffen auf dem Petersberg bei Bonn teilnahm, beschreibt die besondere Rolle der Nordallianz als zentrale Ursache dafür, dass in den abschließenden Vereinbarungen für die Übergangsphase, dem Bonn Agreement, keinerlei Bezug auf Transitional Justice zu finden ist. Die US-geführte Koalition zur Intervention in Afghanistan hatte auf eine Bewaffnung der Nordallianz und weiterer Kommandeure als Verbündete gesetzt. „[This] gave Afghanistan a de facto new set of armed forces without any such process [screening recruits, especially to the officer corps, to prevent the appointment of those who had committed serious abuses].“ (Rubin 2003: 571) Vor der internationalen Intervention zum Sturz der Taliban-Regierung war von einer Macht der Nordallianzkommandeure kaum etwas übrig (vgl. Gossman/Kouvo 2013: 16). „[T]hey were exhausted, extremely weak and short on resources. Moreover, these armed factions lacked a constituency to rally support and were widely disliked by the Afghan public.“ (Nadery 2011: 173)

Es hatte öffentliche Zusagen gegeben, dass die US-Militärintervention nicht zulassen wird, dass die Nordallianz-Milizen Kabul einnehmen. Doch genau das geschah am 13. November 2001. Dadurch hatten sich die Nordallianz-Kräfte zu dem Zeitpunkt, als die Übergangsvereinbarungen ausgehandelt wurden, bereits als die neue zentrale Macht festgesetzt, obwohl sie in Kabul kaum Unterstützer*innen hatten – eine direkte Folge ihrer eigenen blutigen Herrschaftszeit dort von 1992 bis 1996 (vgl. Gossman/Kouvo 2013: 16). „[B]y the time we got to Bonn, we were faced with a fait accompli. Two-thirds of the country was in the hands of the Northern Alliance commanders and warlords. They were already in place“, bekundet Francesc Vendrell, Leiter der Afghanistan-Sondermission der Vereinten Nationen UNSMA (Vendrell, Interview, zit. nach Gossman/Kouvo 2013: 16-17).

Das Bonn Agreement ist kein Friedensvertrag; die Taliban wurden erst gar nicht um eine Teilnahme an der Konferenz auf dem Petersberg bei Bonn (27.11.-05.12.2001) gebeten. Das Bonn Agreement ist eine Vereinbarung der Machtaufteilung, die sich auf diejenigen Fraktionen geschränkt, die gegen die Taliban gekämpft haben, und wenige weitere Personen. „This [die Auswahl] projected the impression that only those ready to use violence to further their political aims were granted a place at the table.“ (Ruttig 2012: 5) Frauen hatten in Kabul erfolglos für eine Beteiligung von Frauenrechtsvertreterinnen an der Konferenz demonstriert. Die Nordallianzsoldaten trieben die Frauen auseinander und der UN-Sonderbeauftragte war nicht an der Erklärung interessiert, die die Frauen überreichen wollten (siehe ausführlich im Kapitel zu RAWA). In der Konferenz stellten die Nordallianz-Führer sicher, dass keiner Frauenrechtsvertreterin über eine der Delegationsgruppen eine

Teilnahme ermöglicht wird. Auch Menschenrechtsaktivist*innen wurden aktiv ausgegrenzt. „A [...] delegation, composed of unarmed pro-democratic and underground and exile groups and tribal networks, had been invited to Bonn but was excluded from directly participating in the conference at the eleventh hour.“ (Gossman/Kouvo 2013: 16, Fußnote) Zu dieser Delegationsgruppe, die im letzten Moment wieder ausgegrenzt wurde, gehörte auch der Menschenrechtsaktivist Nader Nadery, der zuvor von einem baufälligen Büro im pakistanischen Peshawar aus über die Situation im Taliban-beherrschten Afghanistan berichtet hatte. „Nader also came to the 2001 Bonn conference as part of a fifth delegation, [...] which was excluded from the conference table at the last hour in order ‚to reduce the number of actors‘ (Lakhdar Brahimi).“ (Ruttig 23.12.2011)

Patricia Gossman und Sari Kouvo, die sich beide auf die Untersuchung von Menschenrechtsverbrechen spezialisiert und unter anderem für das International Center for Transitional Justice (ICTJ) in Afghanistan gearbeitet haben, sehen die Bonner Afghanistan Konferenz von 2001 als das erste grundlegende Element im weiteren Schema des Prozesses von Transitional Justice: nicht repräsentativ und zur Unzufriedenheit vieler Afghan*innen (vgl. Gossman/Kouvo 2013). Von Beginn an wurden durch die Führungspersonen der Nordallianz ihre eigene mögliche Ausgrenzung von Schlüsselpositionen im neuen Staat und mögliche Strafermittlungen für begangene Kriegsverbrechen abgewehrt. Diese Positionierung wurde wiederum von den anderen, insbesondere den internationalen Teilnehmer*innen des Bonner Afghanistan Gipfels akzeptiert.

Der afghanische Menschenrechtsaktivist Nader Nadery nennt das eine Beraubung des Erneuerungsprozesses in Afghanistan (vgl. Nadery 2011: 173). Die Verantwortung sieht er bei der UN und den Interventionsstaaten, die bekannten Gewaltverbrechern und Befürwortern von fortgesetzter Repression, Menschenrechtsverletzungen und Straflosigkeit zurück zur Macht verholfen haben. Denn diese wurden zu legitimen Partnern des Neubeginns aufgebaut.

> „Associated with the brutal tactics and rampant human rights violations they often used to maintain control over their territories, the leaders of these disparate groups were popularly referred to as ‚warlords‘. Yet, in December 2001, the UN and the member states of the US-led international coalition that participated in the military operations against the Taliban and al-Queda facilitated the warlords’ return to power and promoted them as legitimate partners in a new beginning for Afghanistan. They allowed the process of renewal promised by the exit of the Taliban to be hijacked by individuals known to have committed atrocities in the past, whose agendas favored ongoing repression, human rights violations and impunity.“ (Nadery 2011: 173)

Beim Bonner Gipfel wurde keine Vereinbarung getroffen für eine einzuleitende Aufarbeitung der Vergangenheit, für Versöhnung und für Gerechtigkeit für die

schweren begangenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen in den Jahren seit April 1978. „[…] [T]he Bonn Agreement was silent on justice […].“ (Gossman/Kouvo 2013: 24) Die massiven Entrechtungen und Vergewaltigungen von Frauen zwischen 1992 und 1996 wurden genauso wenig thematisiert wie die Bombardierungen und Massaker entlang ethnischer Spaltungen in diesen Jahren. Denn für die Verbrechen von 1992-1996 sind eben die Mujaheddin verantwortlich, die sich für den Anti-Taliban-Kampf in der Nordallianz zusammengeschlossen hatten und mit der Intervention zu den Verbündeten des Westens wurden. Es gab 2001 auch keine Festlegung auf Entwaffnung und Demobilisierung.

Statt einen Ausschluss von Frauenrechts- und Menschenrechtsvertreter*innen zu verhindern, wurde den Nordallianzführern auf dem UN-organisierten Gipfeltreffen in Bonn zugestanden, sich und alle Mujaheddin im Präambel des Bonn Agreement für ihren „Kampf gegen Terrorismus und Unterdrückung“ sowie für ihren Einsatz für „nationale Einheit“ (Agreement on Provisional Arrangements in Afghanistan Pending the Re-establishment of Permanent Government Institutions, 05.12.2001, Übersetzung d. A.) zu preisen. Es wird nun dort behauptet, dass ihre Opferbereitschaft sie sowohl zu Helden des Jihad wie auch zu Vorkämpfern für Frieden, Stabilität und Wiederaufbau gemacht hätte (vgl. ebd.).

Diese Grundlage im Bonn Agreement – Heroisierung der Jihadis statt Aufarbeitung der durch diese begangenen Verbrechen – fand eine entsprechende Fortsetzung. Auf der Emergency Loya Jirga (Große Ratsversammlung mit 1650 Delegierten) zur Wahl der Übergangsverwaltung im Juni 2002 erklärte beispielsweise einer der einflussreichsten Führer der Nordallianz, Abdul Rasoul Sayyaf, ehemaliger Mujaheddin, bekannt für Massaker, ethnische Säuberungen und weitere Verbrechen, dass Kritik an Mujaheddin gleichzusetzen sei mit Blasphemie und demnach den Tod verdient (vgl. Rubin 2003). „Denunciations of warlords and warlordism, especially by women delegates, led Sayyaf to declare [this].“ (Ebd.: 573) Ähnliches geschah auf der Constitutional Loya Jirga, in der über 22 Tage im Dezember 2003 bis zum 04. Januar 2004 die neue afghanische Verfassung debattiert wurde. Als Reaktion auf eine Resolution, die von 146 Delegierten unterzeichnete wurde und die den Vorschlag einbrachte, das Land einfach „Republik“ statt „Islamische Republik“ zu nennen, bedrohte der Vorsitzende der Versammlung, Sibghatullah Mojaddedi, die Unterzeichnenden in einer Stellungnahme: Diese „unislamische“ Resolution wäre ein Komplott Ungläubiger und Abtrünniger, die im Anschluss an die Jirga bestraft würden (vgl. Ruttig, 28.01.2014). Einer der Initiatoren der Resolution, ein ehemaliger Hochschullehrer, wurde persönlich von den einflussreichen ehemaligen Mujaheddin-Führern Sayyaf und Rabbani zum Gespräch gebeten und bedroht. Er musste daraufhin das Land verlassen (vgl. ebd.). Ein weiterer Eklat Ende 2003 fand die Aufmerksamkeit der internationalen Medien: Die damals 25-jährige Frauenrechtlerin Malalai Joya hatte den Mut, auf der verfassunggebenden Loya Jirga zu fordern, dass die zahlreichen anwesenden

kriminellen Warlords vor nationale oder internationale Gerichte gestellt werden sollten, statt diese Verbrecher über die Verfassung des Landes entscheiden zu lassen. Joya wurde noch in der Versammlung beschimpft und bedroht. Mehrere (erfolglose) Mordanschläge auf sie folgten (vgl. Joya 2009; Ruttig 28.01.2014).

Der Menschenrechtsaktivist Nadery glaubt, dass bereits in den ersten Jahren bis 2004 (dem Jahr, in dem die ersten Wahlen stattfanden) als die „internationale Gemeinschaft" einschließlich der UN Afghanistans Angelegenheiten steuerte, die Gelegenheit verloren wurde, vergangene Menschenrechtsverbrechen zu bearbeiten. Während in dieser Zeit eine Entfernung von Verbrechern aus führenden Ämtern und auch eine Strafverfolgung möglich gewesen wären, wurde danach unter anderem das Justizsystem beinahe vollständig dysfunktional (vgl. Nadery 2011: 174). Auch die afghanische Menschenrechtskommissarin der Afghan Independent Human Rights Commision (AIHRC) Hangama Anwari bestätigt, dass es mit den ersten Wahlen (2004) noch schwerer wurde, die vergangenen Verbrechen aufzuarbeiten. Anwari erklärt, dass Straflosigkeit in Afghanistan zementiert wurde, weil sich nicht nur die eigene Regierung, sondern auch die internationale Gemeinschaft nicht mit den Menschenrechtsverbrechen der Vergangenheit befassen wollte. Die Forderungen der Zivilgesellschaft seien ignoriert worden.

> „Mit der Zementierung von Straflosigkeit haben Warlords noch mehr Macht bekommen. Das hat sich bei unseren Wahlgesetzen gezeigt. Obwohl die Zivilgesellschaft forderte, frühere Kriegsverbrecher nicht zur Wahl zuzulassen, waren sie mit von der Partie. Sie verfügten über Geld und Macht und werden in ihren Regionen gefürchtet. So haben sie es ins Parlament geschafft. Heute ist es schwerer, vergangene Verbrechen aufzuarbeiten, als vor den Wahlen. Denn heute haben wir gewählte Volksvertreter, von denen mehr als die Hälfte in diese Verbrechen involviert ist." (Anwari, 07.12.2006)

Anwari berichtet auch davon, wie Bewerber für die Polizeiausbildung, von denen bekannt war, dass sie zuvor in Menschenrechtsverletzungen und Drogenhandel verwickelt waren, durch politischen Druck in die Ausbildung, ausdrücklich auch durch deutsche Ausbilder, aufgenommen wurden. Das sei in den Medien diskutiert worden: „[D]iese Männer sind schließlich in hohen Polizeiämtern in den Provinzen. Und die Leute sagen: Wenn so etwas mit der Zustimmung der internationalen Gemeinschaft passiert, was wird uns dann demnächst erwarten?" (Anwari, 07.12.2006)

Der Boden für die politische Beteiligung und den machtvollen Einfluss von Kriegsverbrechern wurde mit dem Bonn Agreement geschaffen (siehe auch im Kapitel zu RAWA). Die einzige Formulierung in diesen Vereinbarungen für die politische Neuformierung Afghanistan, die noch die Möglichkeit für Maßnahmen von Transitional Justice zuließ, war die Vereinbarung zur Bildung einer unabhängigen Menschenrechtskommission (Art. 6 Bonn Agreement). „The Bonn Agreement placed the responsibility for transitional justice implicitly on the Independent Human Rights

Commission, and during the preparatory process for its establishment, it convened a working group on accountability for past crimes.“ (Rubin 2003: 573) Assadullah Nuri, Projektmanager von SAAJS berichtet im Interview über die ersten Aufgaben dieser offiziellen Menschenrechtsarbeit der Afghan Independent Human Rights Commission (AIHRC): „To look on human rights and also on the past crimes as well. In this case Human Rights Commission was given task to find out what the people are saying about war crimes.“ (Nuri, SAAJS, Interview in Kabul, 19.03.2011)

SCHRITTE ZU TRANSITIONAL JUSTICE: BEVÖLKERUNGSBEFRAGUNG UND AKTIONSPLAN

Bevor mit dem Amnestiegesetz diese Entwicklung blockiert wurde und noch vor Bestehen von SAAJS und anderer Victims' Organizations waren wichtige Schritte unternommen worden, um Transitional Justice Maßnahmen in Afghanistan durchzusetzen. Aufgrund der fehlenden Vereinbarungen im Bonn Agreement entschieden sich die neu eingesetzten Menschenrechtskommissare der Afghan Independent Human Rights Commission (AIHRC) für ein sehr basisdemokratisches Vorgehen, um die Grundlage für die Ausarbeitung eines Aktionsplans für Transitional Justice zu schaffen: Sie führten eine Bevölkerungsbefragung durch.

Nader Nadery, der von der Bonner Konferenz ausgeschlossen worden war, war einer der ersten Mitarbeiter der Afghanistan Independent Human Rights Commission (AIHRC). Anfang März 2002 fand, organisiert vom Büro des UN-Hochkommissars für Menschenrechte, ein dreitägiger „National Human Rights Workshop“ statt. Präsident Karzai, zahlreiche Vertreter*innen der Zivilgesellschaft und religiöse Führer nahmen daran teil. „A narrow window of opportunity to look at the past was opened.“ (Nadery 2007: 176) Auf diesem Workshop erhielt die Menschenrechtskommission AIHRC das Mandat, eine allgemeine Bevölkerungsbefragung durchzuführen und eine Strategie für Transitional Justice und den Umgang mit vergangenen Verbrechen vorzuschlagen (AIHRC: A Call for Justice. 2005). Unter schwierigsten Sicherheitsbedingungen befragten zahlreiche Mitarbeiter*innen der AIHRC im Jahr 2004 über 6000 Personen aus allen Bevölkerungsgruppen, in 32 der 34 afghanischen Provinzen sowie afghanische Flüchtlinge im Iran und in Pakistan (4151 Einzelinterviews sowie 2000 Teilnehmer*innen in 200 Fokusgruppen-Diskussionen). Die Befragung fand große Unterstützung bei den Befragten und es löste Hoffnungen aus, dass die Bevölkerung zu so wichtigen Entscheidungen befragt wurde (vgl. Nadery 2007: 174). „It provided an opportunity for victims to speak out.“ (Ebd.: 174) Der SAAJS-Projektmanager Assadullah Nuri erklärt:

„They asked the people, they made a questionnaire, what they would like do with the past. Whether they would like prosecution, forgiveness, or just forgetting it, nothing about it, but [more than] 70 % of the people wanted justice, prosecution.“ (Nuri, SAAJS, Interview in Kabul, 19.03.2011)

Der AIHRC-Bericht wurde 2005 unter dem Titel *A Call for Justice* vorgelegt. 76,4 Prozent der Befragten erwarteten einen Zuwachs an Stabilität und Sicherheit durch eine strafrechtliche Verfolgung der Kriegsverbrecher (vgl. AIHRC 2005: 17). 85 Prozent unterstützten die Aussage, dass juristische Prozesse einer Versöhnung weiterhelfen würden (vgl. ebd: 19). Strafprozesse sollten sofort (44,9 % gesamt; 57,5 % der Frauen), innerhalb von 2 Jahren (25,5 %) oder innerhalb von 2-5 Jahren stattfinden (18,8 %) (vgl. ebd.: 20 und 76). Demnach wünschten sich insgesamt 89,2 Prozent (94,3 % der Frauen) baldige Strafprozesse. Insgesamt 90,3 Prozent unterstützten die Entfernung von Menschenrechtsverbrechern aus staatlichen Ämtern (vgl. ebd: 77 und 28).

Die Erhebung und die Veröffentlichung des Berichts der AIHRC löste eine landesweite Debatte über Transitional Justice aus (vgl. Nadery 2007). Im Anschluss an die Veröffentlichung fanden Verhandlungen für einen Gesetzentwurf zur Umsetzung von Maßnahmen der Vergangenheitsaufarbeitung und Gerechtigkeit statt. Im Ergebnis wurde der Aktionsplan „for Peace, Reconciliation and Justice“ von der Regierung Afghanistans gemeinsam mit der Afghan Independant Human Rights Commission (AIHRC) und der United Nations Assistance Mission in Afghanistan (UNAMA) ausgearbeitet und auf einer internationalen Konferenz in Den Hague, NL, im Juni 2005 vereinbart.

„[...] 6th to 7th of June in Den Hague, government of Afghanistan had accepted to implement Transitional Justice in Afghanistan. According to that, Action Plan was made [by] three organization, which were working on that Action Plan: president's office, Human Rights Commission, UNAMA. They were working on that Action Plan and the Action Plan was prepared and then also it was approved by the cabinet to be implemented.“ (Nuri, Interview in Kabul, 19.03.2011)

Der bestätigte Aktionsplan beinhaltet fünf Kernbereiche: 1. Anerkennung und Erinnerung der erlittenen Verluste und Gewalt (u.a. Erinnerungstag, -orte und ein nationales Museum); 2. institutionelle Reformen für Rechtschaffenheit und Rechtfertigungspflicht sowie zur Entlassung von Menschenrechtsverbrechern aus staatlichen Behörden und Verhinderung von deren Einstellung (insbesondere Reform des Justizsektors); 3. Wahrheitssuche und Dokumentation (u.a. Einrichtung eines Dokumentationszentrums); 4. Förderung von Versöhnung und nationaler Einheit (auf der Basis einer öffentlichen Debatte, begleitet durch Bildungsangebote und Entwaffnungsprogramme) und 5. Einrichtung effektiver Mechanismen

der Rechenschaftspflicht (im Einklang mit dem Islam und mit internationalen Verpflichtungen). Der letztgenannte Bereich beinhaltet ausdrücklich die strafrechtliche Verfolgung und die Verhinderung einer Amnestie für Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und andere schwerwiegende Verletzungen der Menschenrechte (vgl. Government of the Islamic Republic of Afghanistan 02/2006).

Unter dem Titel „Peace, Reconciliation and Justice in Afghanistan. Action Plan of the Government of the Islamic Republic of Afghanistan" wurde der Aktionsplan im Dezember 2005 von der Regierung angenommen, jedoch erst mit einem Jahr Verspätung am 10. Dezember 2006 durch Präsident Karzai öffentlich eingeleitet – ein Zeichen der starken regierungsinternen Opposition dazu (vgl. Winterbotham 2010: 7). In dem Aktionsplan wurde ein ambitionierter Zeitplan für die Umsetzung festgelegt: „[T]he timeline for achieving the actions proposed in this Action Plan is three years." (Peace, Reconciliation and Justice in Afghanistan Action Plan) Assadullah Nuri von SAAJS bemerkte dazu im März 2011 knapp: „But so far the government … didn't … [implement]." (Nuri, Interview in Kabul, 19.03.2011) Die Implementierung fand nicht statt. Nuri hat an den Treffen teilgenommen, die die Umsetzung des Aktionsplans durchführen sollten:

„[...] Human Rights Commission was starting, and following this Action Plan. But in some meetings president's office and some other organizations had to come. Because tutorial six on all were given the task to implement the plan. But […] president's office [...] and also some ministries had difficulties because in one meeting they were sending this person, in another meeting they were sending another person. And then finally after the amnesty law was passed, also this Action Plan was not implemented." (Nuri, ebd.)

Weitere „Schwierigkeiten" der Ministerien und des Präsidialamts erwähnt auch Emily Winterbotham in ihrer Studie *The State of Transitional Justice in Afghanistan* (2010): „Interviews demonstrated that awareness of the plan within the ministries responsible for its implementation […] is weak. […] [G]overnment officials working in the justice field said they were unaware of the plan's existence." (Winterbotham 2010: 7-8)

SELBSTAMNESTIERUNG DER „BLOOD-STAINED HANDS"

Der Aktionsplan für Transitional Justice (TJ-Aktionsplan) schien 2005/2006 erfolgreich durchgesetzt zu sein. Doch die damit verbundene öffentliche Debatte alarmierte diejenigen, die in der neuen Regierung und dem Parlament politischen Einfluss gewonnen hatten und sich nun persönlich und politisch von diesem Gesetz bedroht

sahen. Eine Gegenbewegung hin zur Selbstamnestierung setzte ein. Diese wurde vor allem von den ehemaligen Mujaheddin forciert.

„The accused that are to be prosecuted basically include the leaders of the communist regime, the Mujahedin and the Taliban. Since the leaders of Mujahedin have considerable presence in president Karzai's government and the Afghan parliament, the pressure is more on them than the other two groups. And their reactive attitude in proportion to the other two groups who do not have a strong presence in the government is much more serious. They try to stop or derail the TJ through various means." (Benish 2007: 8)

Zur Unterstützung der Einführung des TJ-Aktionsplans veröffentlichte die internationale Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) einen Bericht, der Kriegsverbrechen zwischen April 1992 und März 1993 (damit im afghanischen Jahr 1371) dokumentiert. Dieser HRW-Bericht trägt den Titel *Blood-Stained Hands: Past Atrocities in Kabul and Afghanistan's Legacy of Impunity* (HRW 2005) und nennt die Namen der Verantwortlichen in Verbindung mit den Verstößen gegen internationale Menschenrechtsbestimmungen. In der Presseerklärung zur Herausgabe des Berichtes wurde zur Strafverfolgung der Führer und Kommandeure der verschiedenen Fraktionen aufgerufen, die durch HRW als verantwortlich für Kriegsverbrechen identifiziert worden waren und die seit 2005 Abgeordnete des Parlaments oder Regierungsmitglieder waren (vgl. Gossman/Kouvo 2013: 29). Dies geschah zufällig zur gleichen Zeit, als das Todesurteil durch Erhängen gegen den ehemaligen Präsidenten des Irak, Saddam Hussein, vollzogen wurde. Dies zusammen hat die afghanischen Kriegsverbrecher zutiefst beunruhigt (vgl. Joya 2009; Gossman/Kouvo 2013). „By chance, the launch of both documents coincided with the hanging of Saddam Hussein in Iraq. This worried some parliamentarians with ‚blood-stained hands': Maybe international justice had teeth after all." (Kouvo 2012: 44)

Ein Teilnehmer am Treffen der Mujaheddin-Führer, das in Reaktion auf die Einleitung des TJ-Aktionsplans und die Veröffentlichung des HRW-Berichts stattfand, berichtet von den Planungen der Gegenaktivitäten:

„[A] meeting […] was convened in Mr. Kaseem Fahim's house in Kart-e-Parwan. In the meeting after some hot discussions, it was decided that a huge demonstration should be planned against the HRW report. […] Also it was decided that at the start of the working session of the parliament, a bill be prepared and presented for approval. All the Mujahedin leaders would support in coordination so that it would be adopted. This plan was also coordinated with the speaker of parliament, Mr. Qanooni." (zit. nach Benish 2007: 8)

Assadullah Nuri, SAAJS, beschreibt aus seiner Sicht, wie der Bericht zur Bevölkerungsbefragung der AIHRC und der bald darauf folgende HRW-Bericht *Blood-*

Stained Hands den Prozess zur Etablierung des Amnestiegesetzes mit ausgelöst haben:

> „Then after that in 2005 when this report [A Call for Justice] was released, also Human Rights Watch released a report. In this report they had mentioned five top leaders as war criminals. Those were Qasim Fahim, and vice president Karim Khalili, Dostum, Mohaqeq and Gulbuddin. When this report was released by Human Rights Watch then this warlords had very bad conditions. Therefore they made in the parliament in 2007 amnesty law.“ (Nuri, SAAJS, Interview in Kabul, 19.03.2011)

Die Einführung des Gesetzes zur generellen Amnestie wurde von scharfen politischen Kämpfen der Befürworter*innen wie auch der Gegner*innen begleitet. Von Menschenrechtsorganisationen und von UNAMA wurde eine oppositionelle Haltung zu diesem Gesetzesvorhaben ausgedrückt, denn Vergebung für die Verbrechen der Vergangenheit liege in der Autorität der Opfer (vgl. Benish 2007). Der TJ-Aktionsplan für Frieden, Gerechtigkeit und Versöhnung und die Ernennung des 10. Dezember zum offiziellen Tag der Opfer hatten machtvolle Reaktionen der Organisationen ehemaliger Mujaheddin ausgelöst.

> „[T]hat portrayed the process as a foreign conspiracy. Just months after declaration of the plan, these groups organized a large gathering of their supporters in Kabul Stadium which was followed by the adoption of the National Reconciliation and Amnesty Bill by the Parliament […].“ (Beg/Payam 2010: 10)

Anlässlich der Gesetzesinitiative für generelle Amnestie veröffentlichte Malalai Joya, die seit 2005 Abgeordnete des Afghanischen Parlaments war, im Frühjahr 2007 eine Erklärung, in der sie das Gesetz „ungerecht und gegen den Willen des Volkes“ (Joya 2009: 189) gerichtet nannte. Joya war durch ihre Rede auf der afghanischen verfassunggebenden Versammlung, der Constitutional Loya Jirga von 2003, weltbekannt geworden für ihre Kompromisslosigkeit gegenüber den Warlords und Kriegsverbrechern, die den Prozess zur neuen Verfassung dominierten sowie viele einflussreiche Positionen im Staat eingenommen hatten. Zum Amnestiegesetz erklärte Joya: „Im Geist und in den Herzen des Volkes sind sie [die Schuldigen] bereits verurteilt, und das sollte auch offiziell geschehen.“ (Joya 2009: 190) Joya erntete wütende Reaktionen im Parlament, wurde als Verräterin und als Hure beschimpft. Ihr wurden Bestrafungen angedroht.

Die Nationale Vereinigte Front, bestehend aus einigen der Nordallianz-Fraktionen, angeführt von Burhanuddin Rabbani, wurde damals in Kabul gegründet, um die Macht der Warlords zu demonstrieren und Druck auf Präsident Karzai auszuüben, das vom Parlament beschlossene Amnestiegesetz zu unterzeichnen. Eine Großveranstaltung fand statt und „[t]ausende ihrer Männer marschierten durch

die Straßen Kabuls und riefen ‚Nieder mit den Menschenrechten!' und ‚Tod für Malalai Joya!'" (Joya 2009: 190) Joya wurde noch im Jahr 2007 ohne rechtliche Grundlage für den Rest der Legislaturperiode vom Parlament suspendiert und ihr Portrait von der Galerie der Abgeordneten entfernt (vgl. Ruttig 28.01.2014). Mordanschläge auf sie fanden statt.

Bereits im *Call for Justice* haben die Menschenrechtsbeauftragten der AIHRC diese Gefahr beschrieben: „Criminal justice will be perceived as a threat by perpetrators, who may in return seek to threaten stability or the criminal process. We do not underestimate these challenges." (AIHRC 2005: 50) Sie beschreiben den Aufbau des afghanischen Strafjustizsystems aufgrund der erschwerten Bedingungen als einen langfristigen Prozess. Trotzdem sollte, so der Vorschlag der AIHRC, innerhalb von zwei Jahren die Einrichtung eines Speziellen Anklagebüros (Special Prosecutor's Office) sowie einer Anhörungskammer, die Fälle von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit sammeln soll, beginnen (vgl. ebd.: 51-52). Doch nichts davon geschah.

Stattdessen organisierte sich im Parlament ein Komitee für den Gesetzesentwurf für eine allgemeine Amnestie, die eine entsprechende Strafverfolgung in Afghanistan verhindern sollte. Mit dieser zeitlichen Verzögerung von etwas mehr als fünf Jahren zeigte sich nun, dass das Insistieren der Nordallianzführer auf eine Streichung des Verbots eines Amnestiegesetzes im Bonn Agreement von 2001 nicht grundlos war. Am 31. Januar 2007 wurde das Gesetz für eine generelle Amnestie für Verbrechen während der Jahrzehnte der vergangenen Herrschaftsphasen und Kriege wie auch – ohne Zeitbegrenzung – für Verbrechen der Gegenwart und Zukunft vom Parlament angenommen:

„Article 3 (1) All political factions and hostile parties who were involved in a way or another in hostilities before establishing of the Interim Administration shall be included in the reconciliation and general amnesty program [...] (2) Those individuals and groups who are still in opposition to the Islamic Republic of Afghanistan and cease enmity after the enforcement of this resolution and join the process of national reconciliation, and respect the Constitution and other laws and abide them shall enjoy the benefits of this resolution." (National Reconciliation, General Amnesty, and National Stability Law)

Die Frauenrechtlerin Malalai Joya sagt über dieses Gesetz in aller Deutlichkeit: „Das hieß nichts anderes, als dass Verbrecher sich selbst amnestieren." (Joya 2009: 188) Damit sei an die afghanische Bevölkerung ein klares Signal gesandt worden, dass das afghanische Parlament korrupt und selbstsüchtig ist. Viele der bekannten Verbrecher hatten (und haben) Sitze im Parlament oder waren (und sind) Regierungsmitglieder. Entsprechend kam diese Gesetzesinitiative schnell voran.

„Der Minister für Energie, der Verteidigungsminister, der Kulturminister, der Justizminister, der Minister für Post und Information und auch der Vizepräsident – das sind alles Kriegsverbrecher. Der Parlamentsvorsitzende Kanuni ist für die Tötung von rund 65.000 Kabulern während der Machtkämpfe in den Neunzigerjahren mitverantwortlich. Außerdem sitzen im Parlament Mitglieder der Talibangruppen, die für die Hinrichtungen im Fußballstadion von Kabul verantwortlich waren.“ (Weeda Ahmad, Direktorin von SAAJS, Interview in taz, 02.08.2008)

Das Amnestiegesetz wurde durch das Parlament verabschiedet, obgleich es nicht nur dem gesetzlich bestehenden Aktionsplan für Transitional Justice (Action Plan for Peace, Justice and Reconciliation) diametral entgegen steht, sondern auch gegen die afghanische Verfassung sowie gegen internationales Recht verstößt, dem Afghanistan verpflichtet ist. „Legally it is not acceptable. […] We had a press conference against the amnesty law“, erklärt die Direktorin von SAAJS (Weeda Ahmad, Interview in Kabul, 08.07.2010). In der Verfassung wird ausgedrückt, dass Personen, die für Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder andere Straftaten verantwortlich sind, nicht Staatspräsident oder Regierungsmitglied werden sollen (Verfassung der Islamischen Republik Afghanistan, Artikel 62 und 72). In Bezug auf internationales Recht hatte Afghanistan unter anderem bereits 2003 das Rom Statut (Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs) unterzeichnet, das nicht zulässt, Genozid, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und Verbrechen der Aggression zu amnestieren.

Als Reaktion auf die Abwehrproteste bekundete der afghanische Präsident Hamit Karzai, dass er das Amnestiegesetz nicht unterzeichnen würde – damit signalisierend (unter anderem an die United Nations Universal Periodic Review von 2009), dass es vermeintlich nicht gültig wird. Es wurde aufgrund dieser Äußerungen noch lange Zeit in afghanischen und internationalen Menschenrechtsorganisationen davon ausgegangen, dass dieses Gesetz in Vergessenheit gerät und nie Gültigkeit erhält. Ein Beispiel ist ein Text vom 20. Februar 2007 zum Stand der TJ-Arbeit, der von Jalil Benish, dem Direktor von Afghanistan Watch, verfasst wurde. Er nimmt an, dass das Amnestiegesetz scheitern wird und diejenigen, die damit ihre Straffreiheit erreichen wollen, isoliert und geschwächt aus diesem Vorhaben hervorgehen werden – vorausgesetzt und in der Annahme, dass die internationale Gemeinschaft die Opfer und die afghanische Bevölkerung unterstützt:

„[I]f the international community support the victims and the people of Afghanistan and want committed action from the Afghan government, the accused will have no choice but to surrender to justice. Besides, […] the very excitement and the extreme fear of the accused from justice show their isolation from the people and there weakness. From the recognition of their situation among people, they are very scared of the enforcement of justice and of addressing the demands of the people. No doubt the defeat of this hasty and illogical bill of the accused

will deteriorate their position among the people and would result in their more isolation and their rejection by the people.“ (Benish 2007: 9)

Tatsächlich war lange Zeit nichts mehr von dem Gesetz zu hören. Doch die Unterschrift des Präsidenten wird in Afghanistan für die Gültigkeit von Gesetzen nicht benötigt. Annähernd drei Jahre später, Ende 2009, wurde das Gesetz ohne weitere Ankündigung oder Debatte in der offiziellen Gazette (Nr. 965) als gültiges Gesetz veröffentlicht. Der Zeitpunkt der Gültigkeit war deshalb zunächst umstritten. Meist wird nun 2008 genannt, die Datumsangabe im veröffentlichten Text. Die Veröffentlichung, die eine Bedingung für die Gültigkeit von Gesetzen ist, zu diesem späten Zeitpunkt war dubios (vgl. Gossman/Kouvo 2013: 30, Fußnote 131; Winterbotham 2010: 9). „The focus at the Universal Periodic Review on Karzai's signature was perhaps an attempt to side-step the issue of its legality.“ (Winterbotham 2010: 9)

Auf das Bekanntwerden der Gültigkeit des Amnestiegesetzes folgten im Januar 2010 zahlreiche ablehnende Stellungnahmen: von internationalen NGOs, von Human Rights Watch, Amnesty International, ICTJ und von afghanischen zivilgesellschaftlichen Organisationen. Anfang März 2010, in seiner letzten Rede vor Beendigung seiner Amtszeit, drückte sogar der UN-Sonderbeauftragte für Afghanistan, Kai Eide, seine Bedenken aus:

„[T]wo months ago, we discovered that an Amnesty Law had been gazetted and apparently kept away from the attention of the public for over a year. The process in itself gives reason for serious concerns. So does the content. In my experience, amnesty is one way of healing the wounds of a country – but those wounds cannot be healed if there is no accountability, if it means the sanctioning of impunity and atrocities committed.“ (Eide, Rede, 06.03.2010)

Während Hamid Karzai bei der Bekanntgabe des Aktionsplans für Transitional Justice am Menschenrechtstag 2006 noch Tränen vergoss, nannte er 2007 Transitional Justice bereits schädlich für Versöhnung. Im Jahr 2008 bezeichnete Karzai Transitional Justice als „outsider's process“ (Winterbotham 2010: 13) und im Präsidentenwahljahr 2009 war in seinen Augen die Kritik an Kriegsverbrechern in seiner Regierung eine Verschwörung von Feinden Afghanistans (vgl. Afghanistan Watch, 31.09.2009: 1; Afghanistan Daily, 19.09.2009).

DIE FORDERUNGEN DER JUSTICE SEEKERS

In dieser Phase der Gegenaktion der Jihadis im Parlament, in der Regierung und in anderen staatlichen Ämtern mit dem Amnestiegesetz fand die bereits beschriebene Gründung von SAAJS statt. Als 2007 auch von denjenigen in der Regierung, die

zuvor ein Interesse an Transitional Justice Maßnahmen signalisiert hatten, mit Passivität oder Ablehnung die Aufarbeitung der Verbrechen der Vergangenheit blockiert wurde, erschien es den betroffenen Familien dringend notwendig, sich zusammenzuschließen, gemeinsam ihre Forderungen zu erheben und politische Veränderungen zu bewirken.

Die Social Association of Afghan Justice Seekers (SAAJS) brachte bereits bei ihren ersten Demonstrationen 2007 und 2008 den Protest gegen das Amnestiegesetz vor. In der Erklärung vom 10. Dezember 2007 fragt die Group of Victims' Families: „Is this possible to take a small step for getting justice while all the governing criminals of our country are preaching that ‚past must be forgotten' and pass general amnesty rule for themselves." (SAAJS-Erklärung, 10.12.2007)

Mit der Wirksamkeit des Amnestiegesetzes kamen alle bisher errungenen Schritte für Maßnahmen von Transitional Justice zum Erliegen. Den Familien der Opfer von Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen wurde bewusst, dass eine Zukunftsgestaltung, die ihre Hoffnungen auf Gerechtigkeit und wirkliche Veränderungen der politischen Machtverhältnisse erfüllt, nicht von der neuen Regierung und der intervenierenden internationalen Gemeinschaft zu erwarten sind. Davon berichtet Assadullah Nuri, der Programm-Manager von SAAJS:

> „And then finally after the amnesty law was passed, also this Action Plan was not implemented. In 2007 there was a mass-grave found in Shantala. When the people [...] were looking what will be the reaction of the government on Shantala massacre mass-grave. O.k., the government didn't take it serious this massacre and the mass-grave. They wanted to just hide it. [...] The victims' families thought that the government is not taking it serious their cause and then they made a protest against UNAMA. And then they formed a Social Association of Afghan Justice Seekers." (Nuri, Interview in Kabul, 19.03.2011)

SAAJS hat einen Katalog von Forderungen aufgestellt, die sie gleichbleibend[16] seit ihrem Gründungsjahr unter jede Erklärung drucken. Entsprechend dem Anlass ihrer Gründung fordert SAAJS, dass die bisher entdeckten Massengräber untersucht werden und die jeweiligen Täter festgestellt werden. Zudem müssen noch nicht entdeckte Massengräber aus allen Phasen der Verbrechen gefunden werden (alle Erklärungen von SAAJS, Punkt 3 und 4). „We need to know about all our martyrs, and the government needs to find the mass graves and the killers, not give them jobs and protect them", äußerte sich eine Sprecherin auf einer Demonstrationen von SAAJS (Perry, 10.12.2009). An die erste Stelle stellen die Victim's Families der SAAJS die Forderung nach Entfernung von Verbrechern

16 Nur ein einziger Satz wurde nach dem ersten Jahr ergänzt, der zuerst am Ende von Punkt 7 stand und später als weiterer Punkt 8 aufgeführt wird.

aus Regierungsposten. An zweiter Stelle fordern sie die gerichtliche Strafverfolgung der Kriegsverbrechen aus allen Phasen (ebd. Punkt 1 und 2). Mit den weiteren Forderungen werden andere Ebenen der Aufarbeitung der schweren Menschenrechts- und Kriegsverbrechen angesprochen. Bezeichnungen von Straßen und Gebäuden dürfen nicht weiter die Namen von Verbrechern enthalten – als eine Beleidigung der Opfer (ebd. Punkt 5). Eine Erinnerungsstätte müsse zudem errichtet werden, um der Vermissten und Opfer zu gedenken. Dort sollten auch die Gebeine aus Massengräbern ehrenvoll bestattet werden (ebd. Punkt 6). Mit den Forderungen 7 und 8 richten sich die Justice Seekers schließlich an die Bevölkerung. Alle, die Kinder, Brüder und Schwestern, andere Verwandte oder Geliebte während der 30 Kriegsjahre verloren haben, sollten Kontakt aufnehmen und Informationen über das ihnen Zugestoßene weitergeben. Schließlich motiviert SAAJS zur Beteiligung an der Organisierung: „Let's unite to make our voice louder and dominant!" (ebd. Punkt 8).

Die Durchsetzung des Amnestiegesetzes hatte zur Folge, dass in Afghanistan weitere Victims' Organizations und Projekte für die Durchsetzung von Transitional Justice gebildet wurden. An den Reaktionen nach dem Bekanntwerden der Gesetzeswirksamkeit der generellen Amnestie beteiligt sich SAAJS gemeinsam mit dem Bündnis Transitional Justice Coordination Group (TJCG), das im Jahr 2009 gerade entstandenen war. Gemeinsam führen sie eine Pressekonferenz gegen das Amnestiegesetz durch: „To that conference all 25 national and international organizations had contributed and were present. We had a resolution against amnesty law." (Weeda Ahmad, Direktorin SAAJS, Interview in Kabul 08.07.2010) Die gemeinsame Erklärung überschrieben sie mit dem Titel „Accountability not Impunity: Only victims have the right to forgive" (TJCG, Januar 2010). Die Regierung hätte nicht das Recht, sich der Rechte der Opfer zu bemächtigen. Nur die Opfer hätten das Recht den Tätern zu vergeben. Damit beziehen sie sich auf ein Verständnis wie es auch im islamischen Recht besteht. Der Staat dagegen hätte die Pflicht Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und andere schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen wie Verschwindenlassen, Folter und außergerichtliche Tötungen zu untersuchen und strafrechtlich zu belangen, wie es internationales Recht vorsieht. Auf einer Gedenkfeier, die SAAJS im Mai 2010 am Polygon-Platz, dem Ort von Massengräbern neben einem berüchtigten Gefängnis am Stadtrand von Kabul organisierte, sagt eine Witwe: „We want criminals to be prosecuted, Karzai has no right to forgive the blood of our loved ones, he has not lost his son, whenever his own son was burried here then he can forgive this blood." (Tolo-TV, Untertitel, 10.05.2010)

Es gab eine kleine Nachbesserung des Amnestiegesetzes, die aufgrund des ersten Protests im Jahr 2007 gemacht wurde und die individuelle Klagen von Opfern zulässt. In Bezug auf diese individuelle Klagemöglichkeit erklären die Organisationen von TJCG, dass dies den Opfern, die bereits so viel gelitten haben, eine unfaire Last aufbürdet (vgl. TJCG, 01/2010). Eine individuelle Klage sei praktisch unmöglich – ins-

besondere für Frauen und Opfer sexueller Gewalt –, angesichts des Risikos von Repression und Vergeltung, dem ein/e Kläger*in sich damit in einem System der Straflosigkeit aussetzen würden. Ein weiterer wichtiger Kritikpunkt am Amnestiegesetz ist die Garantie von Amnestie bis zu einem unbestimmten Zeitpunkt in der Zukunft. Dadurch wird die Legitimität des Rechts unterlaufen, beklagen die TJ-Gruppen. Das sei eine offene Einladung, weitere Verbrechen mit Straflosigkeit zu begehen.

PROTESTE UND ORGANISIERUNG TROTZ UNTERDRÜCKUNG DER VERGANGENHEITSAUFARBEITUNG

Mindestens noch bis Ende 2010 wurde weiterhin von Menschenrechts- und Opfer-Organisationen die Umsetzung des Regierungs-Aktionsplans für Transitional Justice gefordert. Eine von AIHRC und zivilgesellschaftlichen Gruppen geforderte Ausweitung des festgesetzten Zeitplans für die Umsetzung, der bereit im Jahr 2009 endete, lehnte die Regierung ab (vgl. Winterbotham 2010). „Unfortunately the action plan remained on paper without any practice apart from some symbolic actions taken by the government", erklärte der Beauftragte für Transitional Justice der AIHRC Nader Nadery zur Eröffnung der ersten Victims' Jirga, einer großen Versammlung der Vertreter*innen von Opferorganisationen aus ganz Afghanistan, die am 09. Mai 2010 in Kabul stattfand (vgl. TJCG, 09.05.2010: 5). In einer Arbeitsgruppe dieser Victims' Jirga wurde ein Referendum vorgeschlagen, um festzustellen, ob die afghanischen Bevölkerung das Amnestiegesetz akzeptiert oder nicht (vgl. TJCG, 09.05.2010). Mit der Schlusserklärung der Jirga wurde gefordert, dass die Kultur der Straflosigkeit beendet und das Amnestiegesetz sofort aufgehoben werden soll. Auch solle die Regierung erneut ihre Verpflichtung zusichern, den Aktionsplan für Transitional Justice umzusetzen. Dafür müsse ein spezielles Gremium eingerichtet werden, das eng mit der Zivilgesellschaft zusammenarbeitet. Diese Arbeit solle von der internationalen Gemeinschaft unterstützt werden (vgl. ebd.). Eine der Zeugenaussagen von Opfern auf dieser Versammlung der Victims' Organizations endet mit diesen Worten: „How can our government provide amnesty on behalf of the victims? I strongly call on the government to bring these perpetrators to justice so as we can live in a peaceful environment." (TJCG, 09.05.2010: 6)

Seit circa 2011 geht es in den Forderungen der Gruppen, die für eine Aufarbeitung der Vergangenheit und Gerechtigkeit arbeiten, um eine Wiederbelebung bzw. Neuauflage des TJ-Aktionsplans. „It is not certain that another document or political commitment would be signed by the government. We are not expecting to see a commitment to anything else; the Action Plan is the only document we have", erklärt ein Menschenrechtsbeauftragter der UNAMA (zit. nach Winterbotham

2010: 8). Die Forderung nach Abschaffung des Amnestiegesetzes wird weiterhin von den Organisationen der Opfer, von Menschenrechts- und Frauenorganisationen und vielen weiteren Gruppen gefordert. Die Kriegsverbrecher vor Gericht zu stellen bleibt eine zentrale Forderung. Mit Demonstrationen und großen Konferenzen wird den Forderungen Nachdruck verliehen. Dieser Einsatz für Transitional Justice ist für die Aktivist*innen nicht ungefährlich.

Auch die Menschenrechtskommissare der AIHRC wurden zunehmend unter Druck gesetzt, ihre Aktivitäten zurückzufahren. Wie am Beginn des Kapitels bereits dargestellt, wurde die für das Jahr 2011 geplante Veröffentlichung eines 800-Seiten-Berichts der AIHRC, der umfassend die Verbrechen der afghanischen Vergangenheit seit 1978 dokumentiert, repressiv verhindert. Jahrelang waren dafür im ganzen Land Zeugenaussagen dokumentiert, Beweise gesammelt und der Bericht fertig gestellt worden. Das Afghanistan Analysts Network spricht die Gründe für die Unterdrückung des Berichts an:

> „The mapping report [...] was expected to contain information, and possibly names, about war crimes linked to high-ranking individuals serving in the Karzai administration, including close advisors of the president. Its publication has been expected for several months but it has been delayed by internal pressure as well as by a wavering international community that has vowed to support human rights but wants to avoid – as the expression goes – to further rock the already unstable Afghan boat." (Ruttig, 23.12.2011)

Nader Nadery und zwei weitere Menschenrechtsbeauftragte der AIHRC, Fahim Hakim und Maulawi Ghulam Muhammad Gharib, wurden am Jahresende 2011 von Präsident Karzai durch der Regierung näher stehende Vertreter ersetzt. Einige wurden auch schwer bedroht (vgl. Moore, 23.07.2012). „It [...] looks as if this is a new part to discipline the AIHRC in favour of allied warlords and of making civil society in general more docile", kommentieren Ruttig, Kouvo und Foschini vom Afghanistan Analysts Network (AAN, 23.12.2011). Nadery hat von Beginn an engagiert für die AIHRC gearbeitet, hat die nationale Datenerhebung als Bevölkerungsbefragung koordiniert, die als *Call for Justice* veröffentlicht wurde, hat den TJ-Aktionsplan „Peace, Justice and Reconciliation" mit entwickelt und übte zum Unmut der Regierung auch den Vorsitz in der offiziellen Free and Fair Election Foundation of Afghanistan (FEFA) aus. Im Unterschied zur selbstorganisierten Struktur der Social Association of Afghan Justice Seekers und anderer Victims' Organizations ging die AIHRC, für die Nadery arbeitete, aus dem Bonn Agreement hervor. Die Menschenrechtskommissare werden durch den afghanischen Präsidenten ein- oder auch abgesetzt.

Die Regierungen der Interventionsstaaten ließen die Unterdrückung des AIHRC-Berichts, der Verbrechen und Täter dokumentiert, sowie das Auswechseln der Menschenrechtskommissare schweigsam geschehen. Das war nur wenige

Wochen nach dem Bonner Afghanistan Gipfel II am 05.12.2011 – genau 10 Jahre nach dem ersten Bonner Afghanistan Gipfeltreffen –, wo die üblichen Zusicherungen zur Einhaltung und Stärkung der Menschenrechte gemacht wurden (vgl. Ruttig, 23.12.2011). In Afghanistan dagegen protestierte unter anderem der Direktor des Afghanistan Civil Society Forum (ACSF) Aziz Rafiee gegen die Entlassung der Menschenrechtskommissare: „If such a decision is made by the Afghan government and those around Mr Karzai, it is the beginning of a crack down on democracy in Afghanistan." (Rafiee zit. nach Ruttig, 23.12.2011) Kurze Zeit vor seiner Entfernung aus der AIHRC schreibt Nader Nadery, dass er in den zehn Jahren seit den Vereinbarungen von Bonn (05.12.2001) immer wieder von „policy makers in the international community" (Nadery 2011: 172) über die Notwendigkeit unterrichtet wurde, „pragmatisch" (ebd.) mit dem Erbe der Menschenrechtsverbrechen umzugehen. Unter einem solchen Pragmatismus wurde verstanden, angesichts instabiler Verhältnisse keine Handlungen in Bezug auf die vergangenen Ungerechtigkeiten zu fördern (vgl. Nadery 2011: 173). Bereits 2008 wird in einem Forschungsbericht der afghanischen Menschenrechtsorganisation Afghanistan Watch über den repressiven Druck auf die Arbeit der Menschenrechtskommission AIHRC berichtet:

„So far, the AIHRC remains the main advocate of accountability for the past and its Call for Justice report remains the key document reflecting the views of Afghan citizens on the issue. But in the face of strong pressures and threats by the suspects and strongmen, the AIHRC appears to have scaled down its activities." (Benish/Acharya/Ibrahimi 2008: 13)

Patricia Gossman und Sari Kouvo, die beide seit vielen Jahren zu Menschenrechtsverbrechen und Transitional Justice international tätig sind, vergleichen das Engagement der internationalen Gemeinschaft in Afghanistan mit dem Engagement in zeitgleichen Konflikten in anderen Weltregionen: „[I]n none except Afghanistan have justice issues been so completely swept under the carpet" (Gossman/Kouvo 2013: 48).

„Kabul was burning at the same time that atrocities were committed in Sarajevo, Kigali [Rwanda] and Freetown [Sierra Leone]. In response to the atrocities committed in those countries, the international community supported both costly criminal prosecutions and, at least in the case of Rwanda, local reconciliation initiatives with a clear justice component." (Ebd.: 48)

Im Bericht Call for Justice der AIHRC (2005) wurde bereits die Kontinuität des gesellschaftlichen Einflusses der Verbrecher der Vergangenheit dokumentiert: „Participants also stressed that these same leaders are widely and publicly known to be human rights violators and continue in power today." (Ebd.: 12) Private Gefängnisse würden weiter bestehen und die gleichen Kriminellen würden über die Menschen

regieren. Eine Frau aus der Stadt Herat wird im Bericht zitiert: „There are many criminals who are still living here or elsewhere. The state has not yet held them accountable. Even now, Karzai's government protects them." (Ebd.: 12) Angesichts der internationalen Missachtung und Behinderung der Aufarbeitung von schweren Menschenrechtsverbrechen in Afghanistan verwundert ein weiteres Teilergebnis der Bevölkerungsbefragung der AIHRC von 2004 nicht mehr. Die nationale Erhebung hatte auch die folgende Frage beinhaltet: „How do you feel the international community, since the fall of the Taliban, has dealt with Afghans who committed crimes against humanity?" (AIHRC 2005: 71). „Has tried as much as possible to limit their power and influence" (ebd.: 13 und 71), als mögliche Aussagekategorie hatte nicht die Mehrheit an Zustimmungen erhalten, sondern stattdessen mit 41,2 Prozent der Stimmen die konträre Formulierung: „Supported them politically, militarily and financially" (ebd.). Obwohl erstere Aussage mit 40,4 Prozent annähernd viel Zustimmung erhielt, zeigt dieses Ergebnis zu einem so frühen Zeitpunkt, zum einen die Bedeutung des internationalen Einflusses in den ersten Monaten und Jahren der Intervention und zum anderen die Weitsicht und Urteilskraft, die in der afghanischen Bevölkerung verbreitet ist, denn das Amnestiegesetz war noch fern.

SAAJS AKTIV IN DER TRANSITIONAL JUSTICE COORDINATION GROUP

Im Jahr 2007 und in den darauf folgenden Jahren fanden, wie bereits erwähnt, weitere Prozesse der Selbstorganisierung der Opfer von Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen statt. Das Amnestiegesetz und das Desinteresse der Regierung an einer Dokumentation und Aufklärung der Verbrechen der Vergangenheit, das sich am offensichtlichsten im Umgang mit aufgefundenen Massengräbern ausdrückte, veranlasste diese Form der Organisierung. In Kabul gründete sich im Februar 2009 die Transitional Justice Coordination Group (TJCG) als Zusammenschluss von mehreren lokalen Organisationen der Opfer mit weiteren, afghanischen und auch internationalen Organisationen, die sich für Transitional Justice engagieren. Insgesamt sind 26 (zuvor 25) verschiedene Organisationen an diesem äußert dynamischen, sich flexibel organisierenden Bündnis beteiligt. Zu den am Bündnis beteiligten internationalen Organisationen gehören große, finanzkräftige und einflussreiche Organisationen wie das International Center for Transitional Justice (ICTJ) mit Hauptsitz in New York, Menschenrechtsbeauftragte der UNAMA, das der US-Regierung nahestehende United States Institute of Peace (USIP) und auch die Open Society Afghanistan als Teil der Open Society Foundations. „[H]ere are lots of minds", sagt Weeda Ahmad von SAAJS über das Bündnis (Ahmad, Interview in Kabul, 08.07.2010). Eine Zusammenarbeit von diesen sehr unterschied-

lichen Organisationen in der TJCG ist nicht einfach. SAAJS wie auch die anderen Gruppen setzen sich sehr dafür ein, über die monatlichen Treffen hinaus die Beziehungen der TJ-Gruppen untereinander zu intensiveren. Gerade angesichts der jeweils unterschiedlichen Schwerpunkte und Arbeitsweisen sei das wichtig (Ahmad, Interview in Kabul, 08.07.2010).

„[E]ach organization should have strongest relations with each other, not only by meeting each month. One thing to be strong in our relations we have done is that: Afghanistan has simple calender, so we provide another calender. In that calender each important day that had happend in the historical decades and including the coming decade, so four decades. We have circled that one and pointed out that in this time for example in Herat province there was a biggest protest, we circled that one, we signed that day. For example, here in Kabul there is a place its name is Afshar. There happened a mass killing. […] We signed that one. One of the aims of our group was that we provide that calender. This year is the second time that we are doing it." (Ahmad, Interview in Kabul, 08.07.2010)

Um zu verhindern, dass internationale Organisationen innerhalb der TJCG zu viel Einfluss nehmen, wurde eine Core Group gebildet, der einige der afghanischen und keine internationale Organisation angehören. „We have some internationals, also UN and USIP are with us. But the organizations who are making the policies, they are locals. Those who struggle for the rights of victims are local organizations. International organizations can be there as supporters, not as main players." (Assadullah Nuri, SAAJS, Interview in Kabul, 19.03.2011) Die Core Group legt die grundlegende Ausrichtung der gemeinsamen Arbeit fest. „We are the key players." (Ebd.) SAAJS wie auch andere Victims' Organizations gehören zur Core Group. Der Perspektive der Opfer wird ein sehr hoher Stellenwert gegeben – insbesondere angesichts der Ignorierung der Opfer bei Entscheidungsprozessen der afghanischen Regierung wie auch der intervenierenden Staaten und internationalen Organisationen für die Entwicklungen in Afghanistan.

Es wurde lange Zeit von vielen der TJCG Gruppen als zu gefährlich empfunden, bei ihren Forderungen von Strafermittlungen und Gerichten zu sprechen.

„The perpetrators must not be in the parliament and presidency they should be in prison. That was our slogan. It was not accepted." (Ahmad, Direktorin SAAJS, Interview in Kabul, 08.07.2010)

„For example, yesterday we talked about slogans. In that slogan they wanted to say instead of criminals ‚warriors'. So just warrior doesn't mean he is prepretrator or criminal. I insisted that you have to write criminals here." (Ebd.)

SAAJS nimmt an allen TJCG-Treffen und Aktivitäten teil, bringt Ideen ein und vertritt die Position der Opferfamilien. Weeda Ahmad diskutiert immer wieder mit den anderen Gruppen innerhalb von TJCG, dass sie aufgreifen und fordern müssen, was die Bevölkerung äußert, die sich zu 90 Prozent als Opfer von Ereignissen der Kriegsjahrzehnte begreift (vgl. auch AIHRC 2005). Andere Vertreter*innen sind mit ihren Forderungen ängstlicher als SAAJS. Es wird befürchtet, dass zu harte Worte die Gegenwehr aus der Regierung verstärken könnte: „Whenever I say ‚perpetrators‘ they disagree with me because if we say ‚perpetrators‘ or ‚criminals‘ that words, they will fear, those from the government and in such positions. They will fear of that words and they will never accept, because they are afraid from that word.“ (Ahmad, Interview, Kabul, 08.07.2010) Weeda Ahmad (SAAJS) beschreibt die Diskussion mit den anderen Gruppen: „They said: Look this is civil society and civil society should not say such a word, such a slogan.“ (Ebd.) Doch Ahmad hatte geantwortet: „We have to raise our voice. We should not be afraid.“ (Ebd.) Tatsächlich, „step by step“, sagt die SAAJS-Direktorin, verändert sich die Bereitschaft zu formulieren, dass die Verbrecher vor Gericht gestellt werden müssen.

> „Step by step, slowly we are going. Before, whenever we were talking just about Transitional Justice, when we said ‚court‘ in terms with Transitional Justice, people were saying: Say not ‚court‘. Just say ‚Transitional Justice‘. So now it is familiar, it is common everywhere that we can say Transitional Justice with those words: perpetrators should be going to court. So it is common now. Step by step everything will be done.“ (Weeda Ahmad, Interview in Kabul, 08.07.2010)

Allmählich bewirken die Debatten eine Veränderung und immer mehr der Organisationen, innerhalb von TJCG und auch andere Organisationen wie die Solidaritätspartei Afghanistan, greifen die Haltung und Praxis von Victims’ Organizations wie der SAAJS auf, die von Verbrechern und notwendigen Gerichtsverfahren sprechen.

GERICHTE UND GERECHTIGKEIT

Die Forderung nach Gerichtsverfahren für Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit sowie andere schwere Menschenrechtsverbrechen ist nicht das einzige, aber ein wichtiges Anliegen von Organisationen wie SAAJS. Andererseits wird immer wieder betont, dass von afghanischen Gerichten keine Bereitschaft zu erwarten sei, die Kriegsverbrecher anzuklagen oder gar strafrechtlich zu verurteilen. Das drückt sich auch in den Ergebnissen der Erhebung durch die AIHRC aus, die 2004 stattfand: „There seems to be a particular crisis of confidence in the judiciary, with participants claiming that it is corrupt, highly politicized and ‚run under the in-

fluence of powerful people'." (AIHRC 2005: 23) Von afghanischen Gerichten kann demnach keine Gerechtigkeit erwartet werden. Die Meinungen, ob internationale Gerichte besser geeignete wären (27,6 %) oder afghanische (21,5 %), fand unterschiedliche Antworten: „Under present conditions it is impossible to have fair judicial process inside the country. The criminals still have power. They have strong connections within and with international politics. Therefore, it is better to send them to the international court", werden im AIHRC-Bericht *A Call for Justice* Teilnehmer*innen einer Fokusgruppenbefragung aus der Provinz Helmand zitiert (AIHRC 2005: 26). Dem gegenüber stehen Formulierungen wie diese:

> „‚Criminals must be tried inside Afghanistan so people can see and follow the process with their own eyes, and can bring lawsuits against them.' Man from Herat. ‚Trials should be held in Afghanistan so we can go and appear as witnesses.' Woman from Kabul. ‚Since the crimes took place inside Afghanistan, the trials should also be held inside the country.' Man from Ghazni." (AIHRC 2005: 26)

Ein Gericht, das sowohl mit afghanischen als auch mit internationalen Jurist*innen besetzt ist, fand bei der AIHRC-Befragung die meisten Zustimmungen (49,6 %).

Seit dem Zeitpunkt der Befragung (2004) sind Maßnahmen der Transitional Justice und insbesondere Gerichtsverfahren gegen die Kriegsverbrecher wesentlich unwahrscheinlicher geworden. Diese Skepsis wird auch in den folgenden Äußerungen sichtbar. Die afghanische Frauenrechtlerin und Parlamentsabgeordnete (2005-2007) Malalai Joya, die sich dafür einsetzt, dass „die führenden Warlords und Verbrecher endlich für ihre Handlungen zur Verantwortung gezogen [werden]" (Joya 2009: 189), wird in ihrem Büro von einem Besucher gefragt: „Malalai, warum willst du diese Leute vor Gericht stellen? Kein Gericht kann sie angemessen verurteilen. Sie sollten verbrannt werden, und sogar ihre Asche würde noch die Flüsse mit ihren Verbrechen verschmutzen." (Joya 2009: 189) Mir sagt eine Witwe: „I want to see them in pieces, to be dead. Because I will never forgive them. There might be other people, they will forgive them. But I am not able to forgive." (Interview in Kabul, 07.07.2010) Diese Frau hat zwei ihrer Söhne und eine Tochter sowie Haus und Eigentum durch die rücksichtslosen Kämpfe und Plünderungen in Kabul in der „Zeit der Mujaheddin" (1992-1996) verloren. Sie macht drei der gegeneinander kämpfenden Parteien verantwortlich, nicht nur für den Tod ihrer Kinder, sondern für die systematische Tötung von Tausenden Menschen: Gulbuddin Hekmatyar, Hezbe Wahdat Commander und General Dostum. Sie glaubt an eine religiöse Gerechtigkeit, denn es sei Realität, dass sie nicht die Autorität hätte, diese Verbrecher entsprechend zur Verantwortung zu ziehen, doch Allah werde das übernehmen. Diese Verbrecher würden sich Muslime nennen, doch sie handeln nicht nach dem, was im Koran geschrieben steht. „I say that Allah will cut them into pieces" (ebd.), antwortet sie auf meine Frage, von wem sie diese Form der Gerech-

tigkeit erwarte. Schließlich (vermutlich nach Rücksprache mit dem Übersetzer, der in diesem Fall ein Mitarbeiter von SAAJS war) fügt sie jedoch hinzu: „My heart will be satisfied when I see them hanging, through government, through international community, through other court, international criminal court, any. If they go over there and hang executed, that will be satisfaction for me." (Ebd.)

Die gegenwärtigen Gerichte seien zu korrupt und nicht an ihrem Schmerz interessiert, erklärt ein junger Mann, Said Abdullah (Name geändert), den ich im August 2010 in einem Dorf in der Provinz Bamiyan traf. Es selbst hat seinen Vater, der Apotheker war, und drei seiner Onkel durch Massaker der Taliban verloren. Said Abdullah vertritt die Ansicht, dass auch internationale Gerichte genutzt werden müssten, solange es keine „real courts" in Afghanistan gäbe (Abdullah, Interview, Dorf in der Provinz Bamiyan, 07.08.2010). Jede und jeder sollte wissen, es sollte offen ausgesprochen und in den Medien gedruckt werden, wer in Verbrechen verwickelt ist. Solche Maßnahmen (truth-seeking) wie auch „echte Gerichte" sollten von der internationalen Gemeinschaft unterstützt werden. Die gegenwärtige Regierung sei keine Vertretung der afghanischen Bevölkerung und werde ihre Probleme nicht lösen. Er stellt klar, dass sie in der Regierung Menschen bräuchten, die nicht teilhaben an Verbrechen. „Wir wollen dort keine Jihadi-Führer. Nur dann kann es eine gute Zukunft geben." (Ebd., Übers. d. A.)

POLITISCHE INTERVENTIONEN GEGEN DEN OFFIZIELLEN „FRIEDENSPROZESS": VICTIMS' JIRGA

Im Jahr 2010 wurde auf der Basis des Amnestiegesetzes ein Verhandlungs-, Reintegrations- und Versöhnungsprozess mit den weiterhin die Regierung bewaffnet bekämpfenden Taliban, der Hekmatyar- und der Hakkani-Gruppe offiziell beschlossen und eingeleitet. Diese Verhandlungen wurden als Friedensprozess bezeichnet und mit dem sogenannten Afghanistan Peace and Reconciliation Program (APRP) durch die Afghanische Regierung und die intervenierenden internationalen Staaten vereinbart. Die Social Association of Afghan Justice Seekers, gemeinsam mit anderen Victims' Organizations und dem Bündnis TJCG, setzte deutlich artikuliert die Stimmen der Opfer von Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen diesem Ansinnen entgegen. Bedenken und konkrete Kritik an diesem Verhandlungsprozess wurde auch von Frauenrechts-, Menschenrechts- und weiteren zivilgesellschaftlichen Organisation vorgebracht.

Nach der Wiederwahl von Präsident Karzai im September 2009 wurden in großem Maßstab Initiativen für die offizielle Einleitung von Verhandlungen mit den Taliban und anderen in Afghanistan bewaffnet gegen die Regierung kämpfenden Gruppen ergriffen. Auf der in London am 28. Januar 2010 tagenden inter-

nationalen Afghanistan Konferenz, die die Reihe von solchen Konferenzen seit dem Bonn Agreement von 2001 fortführte, war bereits die Richtung festgelegt und ein entsprechender Fördertopf bewilligt worden. Weitere, für die Entwicklung Afghanistans entscheidende Konferenzen folgten im Jahr 2010. Vom 2.-4. Juni 2010 fand in Kabul die National Consultative Peace Jirga (NCPJ), kurz Peace Jirga, der afghanischen Regierung statt. Diese Peace Jirga hat das Afghanistan Peace and Reconciliation Program (APRP) beschlossen. Bereits im Monat darauf, am 20. Juli 2010, wurde erstmalig eine internationale Afghanistan-Konferenz, die sogenannte Kabul Conference, in Afghanistan selbst durchgeführt. Dort wurde der eingeleitete Plan für den Verhandlungs- und Versöhnungsprozess international bestätigt und unterstützt.

Wenige Monate vor der Durchführung der Regierungs-Peace-Jirga wurden im März 2010 in einer öffentlichen Ansprache auf der islamischen Neujahrsfeier die noch nicht integrierten bewaffneten Gruppen euphemistisch als „unzufriedene Brüder“ angesprochen und zu Gesprächen eingeladen. Diese Gruppen waren allein 2009, in dem Jahr vor dem Auftakt des APRP, für 1630 zivile Opfer bei Selbstmordanschlägen und anderen Bombenanschlägen sowie durch gezielte Morde verantwortlich (vgl. UNAMA Human Rights 2010). „The government will try to find a peaceful life for those Afghans who are unhappy“, erklärte der Vizepräsident Mohammad Qasim Fahim (Gomez 22.03.2010). Dabei meint die Bezeichnung „Afghans who are unhappy“ die genannten regierungsfeindlichen, bewaffneten Gruppen. Es war bekannt, dass im Vorfeld der Peace Jirga bereits Treffen zwischen Regierungsvertretern und den regierungsfeindlichen Gruppen Taliban und Hezbe Islami von Hektmatyar stattgefunden hatten und diesen viele Anreize für eine Integration geboten wurden.

Weder Taliban-Vertreter noch Vertreter der Hekmatyar-Gruppe erschienen zur Peace Jirga Anfang Juni 2010. Stattdessen attackierten Taliban die Jirga unter anderem mit Raketenangriffen. Während der Eröffnungsrede von Präsident Hamid Karzai schlug eine Rakete ganz in der Nähe ein und Gewehrfeuer war zu hören. Nichtsdestotrotz sprach Karzai in seiner Rede von „dear Talib“, die er als „Brüder“ bezeichnete. In einladenden Worten drückte er sein Verständnis für deren Kampf aus. Dieser sei eine Reaktion auf Ungerechtigkeiten durch ausländische Truppen sowie durch Afghanen, die sie „aus der Ruhe gebracht“ hätten. Er sprach auch von Fehlern der Regierung und hieß die Taliban willkommen, an der Regierungsmacht teilzunehmen. Auf der Peace Jirga (NCJP) wurden weitere Zugeständnisse als Geste des guten Willens an die illegalen, radikal-islamistischen Gruppen beschlossen.

Nach der NCPJ wurden zahlreiche Namen von der UN-Liste gesuchter Terroristen (UN Black List bzw. United Nations Security Council Resolution 1267 Sanctions list) gestrichen und Taliban-Gefangene aus der Haft entlassen. Vor der Londoner Afghanistan Konferenz im Januar 2010 waren bereits fünf Taliban-Gefangene von der Black List gestrichen worden. Karzai forderte in der Folge die Entfernung der Namen aller Taliban von dieser Liste. Auch die Führungspersonen

Mullah Muhammad Omar (Taliban) und Gulbuddin Hekmatyar (Hezbe Islami) sollten von der UN-Fahndungsliste, die Kontosperrungen einschließt, entfernt werden. Die US-Regierung und die Vereinten Nationen unterstützten eine Durchsicht der Black List und größere Veränderungen (vgl. Hasht-e Sobh Daily, 14.10.2010).

Einige Dutzend gefangene Taliban wurden bereits in dem Monat, in dem die Peace Jirga stattfand, aus der Haft entlassen, Hunderte weitere folgten. In der Abschlussresolution der Kabul Conference vom 20. Juli 2010 waren diese Haftentlassungen international unterstützt worden: „To facilitate this process, a Special Detainee Release Committee has been formed and systems and procedures are to be developed with the aim of releasing detainees whose detention is based on inaccurate information or unsubstantiated allegations."(Kabul International Conference on Afghanistan Communiqué, 20.07.2010: 7) Bis 2013 wurden mindestens 5000 Kämpfer der unteren Hierachieebenen in das Reintegrationsprogramm aufgenommen, für das bereits auf der Konferenz in London Mittel im Umfang von 350 Millionen Dollar angekündigt und auf der Kabuler Konferenz insgesamt 900 Millionen Dollar beschlossen wurden. Neben der Zusage der Amnestie wurden Jobs, Bildungsmöglichkeiten, Pensionen und Land versprochen. Diese Zusagen lösten breit getragene Bedenken aus. Es wurde befürchtet, dass angesichts der Amnestiezusage, die ohne zeitliche Begrenzung auch in der Zukunft Gültigkeit hat, und vor dem Hintergrund des ökonomischen Desasters, das Lebensgrundlagen für die Mehrheit der Bevölkerung verbaut, dieses Angebot ein kontraproduktives Signal setzt: „By such moves many others would be tempted to create insecurity and join the insurgents so that [they can] pressurize the government and peace council to provide them the opportunities." (Sorosh-e Mellat Daily, 18.10.2010) Wie bei den vorangegangenen Reintegrationsprogrammen wurden viele der ehemaligen Taliban in die Polizei aufgenommen. Andere erhielten die Möglichkeit sich selbstständig zu machen. Hochrangigen Taliban wurden ein „face-saving returning" (Afghanistan Daily, 23.10.2010) mit Regierungsämtern, Residenzen und guter Bezahlung versprochen.

Mit dem Afghanistan Peace and Reconciliatin Program (APRP) wurden die schon viele Jahre bestehenden Gesprächskontakte der afghanischen Regierung mit (Teilgruppen der) Taliban intensiviert. Auch mit hochrangigen Vertretern der Hezbe Islami Hektmatyar sowie mit Vertretern der Hakkani-Gruppe gab es Treffen, unter anderem in Kabul. Die NATO sorgte für den sicheren Transport der Gesprächspartner der illegalen Gruppen (vgl. Afghanistan Daily, 21.10.2010).

Zwei ähnliche Programme, die auf die Reintegration der regierungsfeindlichen bewaffneten Gruppen bzw. deren Kämpfer zielten, waren vorangegangen und gescheitert: das Afghanistan New Beginning Program (ANBP) von 2003, welches wiederum mit dem Programm Disarmament, Demobilization and Reintegration (DDR) verbunden war, und das Program Takhim-e Sohl (PTS), auch „Strengthening Through Peace Programs" genannt, von 2005. Beide Programme waren nicht

nur erfolglos, sondern festigten zudem die Hindernisse für einen Prozess von Transitional Justice (vgl. Afghanistan Justice Organization 2013: 4).

Anders als bei den vorherigen Reintegrationsprogrammen bildet nun das Amnestiegesetz die legale Rahmung der APRP-Aktivitäten. Das Friedens- und Versöhnungsprogramm von 2010 bietet allen Taliban- und Hekmatyar-Kämpfern bzw. auch denen von der Hakkani-Gruppe die Möglichkeit, der (illegalen) Gewalt abzuschwören und Amnestie zu erhalten. Dem gegenüber bietet das Versöhnungsprogramm keinerlei Mechanismen für die Suche nach Gerechtigkeit durch und für die Opfer dieser Gewalt. Die Kriegsverbrechen werden bewusst nicht angesprochen. „[W]ith the Amnesty Law supplementing APRP issues of past war crimes have also become a non-issue“ (Afghanistan Justice Organization 2013: 6).

Das Afghanistan Peace and Reconciliation Program (APRP) wurde groß angelegt als Versöhnung mit den Führungs- und Kommandeursebenen von Taliban, der Gruppe von Gulbuddin Hekmatyar und der Hakkani-Gruppe. Das beinhaltete neben den ökonomischen Hilfen für einfache Kämpfer der unteren Hierarchieebenen, ein Angebot zur Machtbeteiligung für die Führungen. Von den illegalen Gruppen wurden jeweils weitreichende Vorbedingungen für Verhandlungen einfordert, einschließlich des Abzugs der internationalen Truppen. Karzai machte konkrete Angebote zur Machtbeteiligung. Die Details darüber werden jedoch nicht öffentlich gemacht, was die TJCG und andere zivilgesellschaftliche Verbände dazu bewegte, unter anderem zu fordern, dass die Friedensgespräche transparent sein sollten (vgl. TJCG-Erklärung, 10.11.2010; Afghan civil society declaration zum HPC, Oktober 2010). Die Frauenorganisation RAWA weist darauf hin, dass ausgerechnet zwei für Frauenrechte äußerst sensible Institutionen, das Oberste Gericht und das Justizministerium, den Taliban angeboten worden sind (vgl. RAWA-Erklärung, 08.03.2013).

> „While Afghan women are already burning in a blazing inferno, the US and Karzai's obedient puppet apparatus have rolled their sleeves in a bid to give a share of power to the acid-throwing Gulbuddin who has a long history of misogyny, and Mullah Omar who is an emblem of misogyny. They even want to hand over the Ministry of Justice and the Supreme Court to them.“ (RAWA-Erklärung, 08.03.2013)

Das Afghanistan Peace and Reconciliation Program (APRP) wurde auch als „thieves' pact“ bezeichnet, denn vor allem sei es ein „rearrangement of how the spoils are distributed“ (Ruttig 2011: 6). Die Begriffe „Reconciliation“ und „Peace“ werden von der afghanischen Regierung, den internationalen Organisationen und den an der Intervention beteiligten Staaten für ein Projekt benutzt, das vor allem eine Power-Sharing-Vereinbarung zwischen der Regierung Afghanistans und den (bzw. Teilen der) islamistisch-fundamentalistischen bewaffnet kämpfenden Gruppen anstrebt (vgl. Ruttig 2011).

„The Afghan and, even more, the international debate over ‚reconciliation' is polluted by imprecise or euphemistic language […]. The term ‚reconciliation' is widely used as a synonym for ‚talks with the Taliban' aimed at ending the armed hostilities and reaching a political accomodation in Afghanistan." (Ruttig 2011: 5)

Die bewaffneten Angriffe dieser Organisationen werden als technisches Problem behandelt und die politischen Motive werden heruntergespielt, bewertet Thomas Ruttig vom Afghanistan Analysts Network (vgl. ebd.). Die Beschwerden und Bedürfnisse der Kombattanten der illegalen islamistischen Gruppen – Taliban, Hezbe Islami/Hekmatyar-Gruppe, Hakkani-Gruppe – nach ökonomischer Sicherheit wurden aufgegriffen und sollten erfüllt werden. Das Versöhnungsprogramm baute zudem auf dem Amnestiegesetz auf, um allen illegalen Kämpfern Straffreiheit zu gewähren (vgl. u.a. Afghan Justice Organization 2013). Die Opfer, die von den durch diese bewaffneten Gruppen begangenen schweren Menschenrechtsvergehen betroffen sind und nach Gerechtigkeit und Reparationen suchen, fanden dagegen keine Beachtung. Grundlegend wurden Maßnahmen der Transitional Justice aus den Beratungen ausgeklammert. „The programme has consequently raised fears among some human rights activists that the government will ignore victims' rights for the sake of a quick peace deal with insurgents" (Winterbotham 2010: 10).

Bereits die vorangegangenen Reintegratinsprogramme von 2003 und 2005 sahen keine Überprüfung von Aussteigern in Bezug auf Menschenrechtsverbrechen vor und hatten zur Folge, dass ehemalige Kombattanten, die für Kriegsverbrechen verantwortlich sind, in staatliche Sicherheitsinstitutionen integriert wurden. Ein anschauliches Beispiel dafür bietet der Warlord Raqib Khan. Khan war in der Vergangenheit lokaler Kommandeur der von Ahmad Shah Massoud geführten Shura-e-Nezar und terrorisiert bis heute die Menschen in den Dörfern seines Einflussgebietes im Saidkhel Distrikt der Provinz Parwan, die nördlich von Kabul liegt. Er erzwingt Abgabenzahlung und eignet sich illegal Land von Familien an, die nach Kabul fliehen. Seit dem DDR-Programm zur Reintegration übt er diese Kontrollmacht offiziell legitimiert aus: „Raqib continued with his bullying until he and his two brothers were introduced to National and Border Police through DDR (Disarmament, Demobilization and Reintegration) and DIAG (Disbandment of Illegal Armed Groups) programs. This time his vulgarism got an official face." (Erklärung Solidaritätspartei, 26.08.2014) Mit der Kalaschnikow, die er nun von der Regierung erhalten hatte, hat er am 27. Juli 2014 den 17-jährigen Schüler und demokratischen Aktivisten Safa Ahmad erschossen. Ein Bruder von Saqib Khan verletzte zudem Safa Ahmads Vater tödlich mit einem Pistolenschuss in den Kopf. Safa und sein Vater hatten die Schikanen dieses Warlords nicht widerspruchslos hingenommen, als sie auf dem Weg, die Mutter in ein Krankenhaus zu transportieren, von ihm gestoppt wurden. Die Solidaritätspartei Afghanistan, an deren Demonstrationen Safa sich beteiligt hatte, schreibt zum Motiv für diesen Mord: „[Criminals such as

Raqib Khan are] trying to control the pride the human beings in everywhere and can't tolerate ambitious people like Safa, killed him during a verbal quarrel, to stop the plant of freedom to grow up." (Erklärung der Solidaritätspartei, 26.08.2014)

Im Zuge der genannten Reintegrationsprogramme wurden zum einen die unteren Ebenen der illegalen bewaffneten Organisationen in den Sicherheitsapparat integriert. Zusätzlich wurde zum anderen auf die Forderung der führenden Kommandeure eingegangen, ihnen, im Austausch für ihre einflussreiche Rolle als Kommandeure, sichere Posten in staatlichen Ämtern mit Prestige und Einfluss zu geben. Immer mehr Kriegsverbrecher wurden somit in einflussreichen Ämtern verankert. Entsprechend wird in einem Bericht des International Center for Transitional Justice formuliert:„[The DDR] ultimately entrenched the very people responsible for rampant lawlessness in the first place." (ICTJ/Gossman 2009: 15) Eine Entwaffnung wurde bei diesem Wechsel in legale Ämter oft nicht durchgeführt, wie auch das beschriebene Beispiel von Raqib Khan zeigt.

Vor der Durchführung der National Consultative Peace Jirga wurden Bedenken unter anderem in Bezug auf die an Teilnehmern zahlreiche, aber nicht für die Bevölkerung repräsentative Zusammensetzung der Versammlung geäußert (vgl. u.a. Kouvo/Mazoori 2011; Ruttig 2011). Beispielsweise brachten Frauenrechtsorganisationen diese Kritik vor, denn sie wurden nicht konsultiert oder an den Beratungen beteiligt. Die Frauenrechtsvertreterinnen befürchteten durch diesen Versöhnungs- und Machtbeteilungsprozess einen Ausbau frauenfeindlicher Gesetze und Praktiken. Das veranlasste auch Amnesty International zu einer Petition mit dem Titel „Human rights must be guaranteed during recociliation talks with the Taliban" (AI, 08.03.2010). Menschenrechte, einschließlich Frauenrechte, müssten im Versöhnungsprozess garantiert und kontrolliert werden. Frauen sollten möglichst paritätisch, mindestens jedoch zu 25 Prozent, in allen Verhandlungsgremien beteiligt werden. Erfahrungen aus Pakistan bestätigen die Befürchtung eines für die Menschenrechtslage negativen Ausgangs. „Similar deals with the Taleban in neighbouring Pakistan led to increased human rights violations in areas under Taleban control and a significant escalation in conflict and insecurity." (Ebd.) Entsprechende Forderungen müssten deshalb in die Verhandlungen eingebracht werden.

Die Organisationen der Opfer von Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen hatten bereits vor der Durchführung der Regierungs-Peace Jirga keine Erwartungen an einen Ausgang dieser Großversammlung in ihrem Sinne. Die Organisationen der Opfer und für Transitional Justice organisierten sich in einer Gegenbewegung dazu. Anlass dafür gab die beschriebene Ausformung des Programms für Verhandlungen und Versöhnung.

Am 9. Mai 2010 organisierte das Bündnis Transitional Justice Coordination Group (TJCG) die erste Großversammlung der Opfer aus ganz Afghanistan, die „Victims' Jirga for Justice". Anlass für die Durchführung der Victims' Jirga for Justice bildete die offizielle Peace Jirga der Regierung, die wenige Wochen nach der

Jirga der Opfer in Kabul stattfand. Die Victims' Jirga stellte eine Art Gegenkonferenz dar, denn die Regierungskonferenz war ein überaus deutlicher Ausdruck dafür, dass die Opfer von Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen, ihre Erlebnisse und Leiden sowie die gegenwärtigen psychologischen, emotionalen, sozialen und ökonomischen Folgen für die Opfer von offizieller Seite ignoriert werden. Insbesondere die Wünsche und Forderungen der Opfer werden nicht beachtet. In einer Presseerklärung der TJCG zur Victims' Jirga wird von einer „forgotten majority in the reconciliation debate" (TJCG, 10.05.2010) gesprochen.

Diese Victims' Jirga war ein wichtiges gemeinsames Projekt der TJ-Gruppen. Mehr als 100 Vertreter*innen von Organisationen der Opfer und Einzelpersonen waren aus dem ganzen Land angereist. Die verschiedenen Phasen von Krieg und repressiv-despotischer Herrschaft, die verschiedenen betroffenen Provinzen, Sprach- und ethnische Gruppen, Männer wie Frauen waren vertreten. „They told about whatever violation had happened to them, criminals who tortured them, mass killings etc. They told their stories at that Peace Jirga." (Ahmad, Interview in Kabul, 08.07.2010) Bei der Konferenz waren die Vertreter*innen der afghanischen und internationalen Organisationen innerhalb von TJCG und darüber hinaus auch nationale und internationale Medienvertreter*innen anwesend und berichteten über das Treffen. Es war das erste Mal, dass die Geschichten der Opfer dermaßen weit hörbar waren. In einer Presseerklärung wird über die hoch emotionale Anspannung während des ersten Teils der Versammlung berichtet, als die Opfer ihre Geschichten vortrugen. „Emotions ran high […] A male victim from Takhar broke down describing an official's reaction to the abduction and murder of his two children at the hand of a local commander in 2007." (TJCG, 10.05.2010) Abdul Alim Azizi hatte alles versucht, damit der Verantwortliche für die Entführung und Ermordung seiner Kinder, Piram Qul, lokaler Kriegsherr und Abgeordneter des afghanischen Parlaments, strafrechtlich belangt wird – jedoch erfolglos. Schließlich war er zum Präsidenten Hamid Karzai vorgelassen worden, der ihm antwortete, er sei noch jung und könne weitere Söhne haben. Er solle aufhören, Ermittlungen gegen den Täter anzustreben (vgl. TJCG, 9.05.2010: 8; auch AHRDO 2010). Nachdem Abdul Alim Azizi seine Geschichte auf der Victims' Jirga for Justice erzählt hatte, fragte er: „Criminals are in the parliament and they are making laws for us. Now they are talking about peace. Can criminals bring peace to this country?" (TJCG, 09.05.2010: 8)

Ein Mann, dessen Bruder von den Taliban willkürlich verhaftet, gefoltert und ermordet wurde, beendete seine Erzählung auf der Jirga mit den Worten: „Victims are the first people who want peace but peace should come with justice. We do not want revenge or to wash blood with blood but at least these criminals should come and publicly apologize to the people of Afghanistan." (Kouvo/Mazoori 2011: 492)

Eine ältere Frau aus der Provinz Kunar erzählt von einem Massaker in der Zeit der sozialistischen PDPA-Regierung (Peoples Democratic Party of Afghanistan 1978-1992). Mehr als 1000 Menschen aus ihrem Dorf wurden getötet. „I was very

young when I got married. Then a mass killing took place in my village, in which my husband, uncle and all of our people were killed.“ (TJCG, 09.05.2010: 1)

Im Anschluss an dieses öffentliche Teilen ihrer Geschichten haben sich die versammelten Vertreter*innen der Opfer in acht parallel stattfindenden Workshopgruppen mit den Fragen beschäftigt, wie sie mit der Vergangenheit umgehen und wie sie Frieden schaffen wollen. „The Afghan government and international community talk about reconciliation, but what do the people want? What kind of peace do victims of war and human rights violations envision?“ fragt Khodadad Bisharat einer der Organisatoren der Konferenz (ebd.: 11). In der abschließenden Erklärung sind sich die Konferenzteilnehmer*innen einig, dass Frieden Accountability und Gerechtigkeit als Vorbedingung braucht. „The demand for trials was a common refrain from the jirga participants.“ (TJCG, 10.05.2010) Das Amnestiegesetz müsse aufgehoben und der TJ-Aktionsplan „Peace, Reconciliation and Justice Action Plan“ umgesetzt werden. Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit der Vergangenheit wie auch Menschenrechtsverbrechen in der Gegenwart, einschließlich der verantwortlichen Täter, müssten wahrgenommen und untersucht werden; das Justizsystem müsse dafür gestärkt werden. Es müsse verhindert werden, dass diese Verbrecher Posten im Parlament, in der Regierung, im Justizapparat oder anderen staatlichen gewählten Institutionen bekommen bzw. sie müssten von dort entfernt werden. Die Opfer und Leidtragenden müssten zudem Unterstützung, einschließlich Reparationen, erhalten. Es wird eine Bereitschaft zur Kooperation mit der Regierung ausgedrückt, diesbezüglich jedoch auch gefordert, dass die Regierung diese Zusammenarbeit aktiv betreiben müsse: „[We demand] mobilizing the people and establishing a spirit of cooperation and coordination among government, civil institutions and victims in regard to truth and justice seeking and establishment of peace.“ (TJCG, 09.05.2010: 2)

Der zweite Tag der Victims’ Jirga for Justice wurde als eine Gedenkfeier mit Kranzniederlegung und kurzen Reden am Ort eines Massengrabes in Polygon, in der Nähe des berüchtigten Gefängnis Pul-e Charkhi etwas außerhalb des Stadtgebietes von Kabul, durchgeführt. Fahnen markieren das Grab inmitten eines staubigen Feldes zwischen einem Berg, einem Straßenneubau und einer Lehmhaussiedlung. In Pul-e Charkhi befindet sich das größte Gefängnis Afghanistans, in dem nach dem April-Coup 1978 die sozialistische PDPA-Regierung (Peoples Democratic Party of Afghanistan) Zehntausende als nicht ihrer politischen Linie entsprechende Menschen inhaftierte. Insbesondere der Khalq-Flügel der PDPA ließ bis zur sowjetischen Invasion Ende Dezember 1979 über 25.000 Menschen töten bzw. verschwinden und eine unbekannte Zahl auf dem Platz neben dem Gefängnis – einem ehemaligen Exerzierplatz – vergraben (vgl. UN Mapping Report 2005; siehe auch im Kapitel zu RAWA). Auch von der Taliban-Regierung ist bekannt, dass sie das Pul-e Charkhi-Gefängnis über alle Maße überfüllte, ohne eine ausreichende Essensversorgung und Hygiene zu gewähren, sodass ständig Gefangene an Unterversorgung

starben. Es gibt unzählige Geschichten von Folter und Verschwinden über dieses Gefängnis – aus allen Phasen des Konfliktes. Viele Zehntausend sind von diesen Verbrechen betroffen.

„Wafa says he was taken to the fifth and sixth block after the trial. It is from here that the police would take groups of prisoners in buses to the Polygon area ‚where they were shot and buried in mass graves', he says. Sometimes prisoners were taken to Polygon and buried alive." (The Killid Group, 10.06.2013)

Die Organisator*innen hatten vom Verteidigungsministerium eine Sondergenehmigung erhalten, um diesen Ort aufsuchen zu können, der nun Teil eines militärischen Sperrgebietes ist. „It was an emotional moment, especially for those victims in attendance who have reason to believe that their missing loved ones are buried in the mass graves." (Kouvo/Mazoori 2011: 500) Sari Kouvo und Dallas Mazoori verstehen die Victims' Jirga for Justice als ein wertvolles Forum, das den Erfahrungen der Opfer Gültigkeit verliehen hat (vgl. ebd.).

PERSPEKTIVE DER OPFER: HÖRBAR GEMACHT FÜR DIE INTERNATIONALEN ENTSCHEIDER*INNEN

Im Sommer 2010 intervenierte das Bündnis Transitional Justice Coordination Group (TJCG) bei der sogenannten Kabul Conference, die das auf der National Consultative Peace Jirga (NCPJ) beschlossene Afghanistan Peace and Reconciliation Program (APRP) international bekräftigte, mit einem offenen Brief. Afghanische und internationale Regierungsvertreter*innen aus 70 Ländern, Vertreter*innen von internationalen und staatlichen Entwicklungsorganisationen, von Banken, IWF, NATO, UN und nichtstaatlichen Organisationen sowie Hunderte Journalist*innen und sonstige Interessierte versammelten sich am 20. Juni 2010 in Kabul. Die Transitional Justice Coordination Group formulierte eine Erklärung in der Form eines offenen Briefes an die Teilnehmer*innen der Kabul Conference. Dieser offene Brief wurde auf den Stühlen im Konferenzsaal verteilt.

Der Brief der Transitional Justice Coordination Group (TJCG) an die Teilnehmer*innen der Kabul Conference wurde überschrieben mit „You do not hear us!" (TJCG, 13.07.2010). SAAJS vertritt gemeinsam mit den anderen Organisationen, dass die Opfer der Kriege, die gewöhnlichen Menschen, gehört und mit ihrer Perspektive und ihren Forderungen einbezogen werden müssen. Denjenigen, die auf dieser Konferenz über die Zukunft des Landes entscheiden, wird in der Erklärung nahe gelegt, zwei Berichte zu lesen „[in order] to hear the justice-seeking voices of victims of this land with whom you have never sat at a table" (TJCG, 13.07.2010:

2). Die Empfehlung bezieht sich auf den Bericht *The Voice of the People for Justice* der Afghan Independent Human Rights Commission (auch unter dem Titel *A Call for Justice*: AIHRC 2005) sowie auf einen damals aktuellen Bericht von Human Rights Watch zur Lage von Frauenrechten in Afghanistan *The „Ten-Dollar Talib“ and Women's Rights* (HRW 2010).

In ihrem offenen Brief machen die TJCG-Gruppen deutlich, dass die Zukunft Afghanistans vor allem Gerechtigkeit braucht: „Experience of several government-level compromises in the past three decades has clearly illustrated the harmful consequences of short-sighted approaches such as ‚peace before justice‘ for the state-building process.“ (TJCG, 13.07.2010: 1) Wenn Gerechtigkeit im Friedensprozess ignoriert wird, so erklären sie, trägt dies nicht dazu bei Frieden zu schaffen. Stattdessen wird der Boden bereitet für unaufhörliche Unsicherheit, Krieg und Gewalt. Fehlende Gerechtigkeit sei eine der Ursachen des jahrzehntelangen Krieges in Afghanistan. Statt des Ignorierung von Fragen der Gerechtigkeit bräuchte es eine „culture of accountability“ (ebd.: 1). Neben dem Hinweis auf „unaccoutability for atrocities of the past and the present“ (ebd.: 1) ist die Aufforderung zu lesen, den Aktionsplan für Transitional Justice nicht zu übersehen und sich zu bemühen, das Amnestiegesetzes aufzuheben (vgl. ebd.: 2).

Das Bündnis TJCG fordert die offizielle Vertreter*innen auf der internationalen Kabul Conference auf, sich auf die Menschenrechte zu besinnen und der leidenden afghanischen Bevölkerung Gehör zu schenken, indem sie sich bestimmten grundlegenden Zielen verpflichten. Dafür formulierte das Bündnis unter anderem:

> „Justice will form the foundation of every move toward peace in Afghanistan and you will not hand over the life of this nation to oppressors again; […] You will have in view the rights and concerns of women in all your decisions.“ (TJCG-Erklärung, 13.07.2010)

Der Begriff der Gerechtigkeit steht in dieser TJCG-Erklärung im Zentrum und wird mit Stabilität und Frieden direkt verknüpft. Es heißt in den Erklärung beispielsweise: „We believe that no peace shall ever last in Afghanistan so long as justice has not been achieved.“ (Ebd.: 1) Den Plänen für Stabilität und Peace-building, die mit den internationalen Afghanistan-Konferenzen umgesetzt werden sollen, und insbesondere dem Programm für einen sogenannten Friedensprozess, der Fragen der Gerechtigkeit ausschließt und Power-Sharing mit Kriegsverbrechern betreibt, wird damit eine andere Analyse gegenüber gestellt.

In dieser Erklärung erläutert TJCG den Gerechtigkeitsbegriff nicht weiter. Die Direktorin von SAAJS erklärt im Gespräch, dass sie übereinstimmt damit, dass Gerechtigkeit gefordert wird, dass jedoch auch erklärt werden muss, was mit Gerechtigkeit oder Transitional Justice gemeint wird. Sie konnte bei der Formulierung dieses offenen Briefes die Haltung der Victims' Organizations, die für Gerechtigkeit die Verbrecher vor Gericht sehen wollen, nicht vollständig durchsetzen, obwohl es zu

diesem Zeitpunkt als gemeinsam akzeptiert schien, Strafermittlungen gegen die Kriegsverbrecher zu fordern.

Diese Aktion des offenen Briefes zeigt, dass der Wille der Bevölkerung, auf den sich die Verbände der Opferfamilien und andere TJ-Organisationen beziehen können, dokumentiert vorliegt (siehe AIHRC 2005) und die Forderungen in deutlicher, aber annehmbarer Weise artikuliert und für die politisch-machtvollen Entscheider*innen unübersehbar präsentiert werden. Dennoch blieb der Brief auf jedem einzelnen der Stühle der Konferenzteilnehmer*innen ein Appell ohne direkte praktische Konsequenzen.

Auf der Basis von Beschlüssen der Kabul Conference wurden Taliban-Gefangene ohne Gerichtsverhandlung aus der Haft entlassen, führende Taliban und andere gesuchte Terroristen von der sogenannten UN-Blacklist gestrichen und das Afghan Peace and Reconciliation Programm politisch und nicht zuletzt auch finanziell mittels des Peace and Reconciliation Trust Fund unterstützt. Fragen der Transitional Justice, der Rolle des TJ-Aktionsplans und der Illegalität des Amnestiegesetzes wurden nicht behandelt. Auf der so geschaffenen Grundlage wurde im September 2010 der High Peace Council (HPC) eingerichtet. Der High Peace Council ist als einziges Organ autorisiert, den Verhandlungs- und Versöhnungsprozess mit den Taliban und der Hektmatyar- sowie Hakkani-Gruppe zu betreiben. Der High Peace Council (HPC) hat jedoch nicht den Charakter einer vermittelnden, neutralen Mediationsinstanz. Seine 70 Mitglieder wurden durch Präsident Karzai nominiert, sodass der HPC vor allem als Regierungsorgan angesehen wird. Der HPC repräsentiert keinen nationalen Konsens in Bezug auf Verhandlungen und Versöhnung und führt auch nicht zu diesem (vgl. Ruttig 2011: 14). Die Direktorin von SAAJS, Weeda Ahmad, sagt später knapp: „[I]n diesem Hohen Friedenrat sitzen wieder nur jene, die die Verbrechen der letzten 40 Jahren zu verantworten hätten.“ (Ahmad 2016: 17)

> „The HPC is largely made up of heavyweight former jihadi and anti-Taliban leaders, several regional strongmen, leaders of the above-ground Hezb-e Islami wing and some of the jihadi splinter groups, various ‚reconciled Taliban‘, and a large number of regular Karzai loyalists (some of these categories overlap). There is also a sprinkling of women and one non-affiliated ‚urban intellectual‘.“ (Ruttig 2011: 14)

Zahlreiche der Mitglieder des High Peace Council haben „better experience in war rather than peace“ (Civil Society Resolution 2010). 53 der 70 Mitglieder waren am Bürgerkrieg der 1980er und 1990er Jahre direkt beteiligt oder sind heute mit den beteiligten Fraktionen verbunden (vgl. Ruttig, 20.10.2010). Nach der Bildung dieses High Peace Council (HPC) haben sich zehn Dachverbände zivilgesellschaftlicher Organisationen (Afghan Civil Society and Human Rights Network, Afghan NGO’s Coordination Bureau, All Afghan Women Union, Foundation for Culture

and Civil Society, Agency Coordination Body for Afghan Relief, TJCG, u.a.) zusammengefunden, um gemeinsam in einer Erklärung zu fordern, dass die HPC-Mitglieder, die wegen Menschenrechts- und Kriegsverbrechen beschuldigt werden, durch Personen ersetzt werden, die Erfahrung auf dem Gebiet der Konfliktschlichtung, Mediation und Versöhnung haben (vgl. Hasht-e Sobh Daily, 11.10.2010; Civil Society Resolution 2010). In einem Peace Brief der TJCG-Organisation USIP wird die Kritik der Zivilgesellschaft folgendermaßen zusammengefasst:

„[A] troubling disconnect between the High Peace Council and Afghan civil society representatives who strongly criticized the Council's inclusion of former militia leaders among its members, the lack of transparency in its activities, and the lack of clarity in its objectives." (Gossman 2011: 1)

Die Direktorin von SAAJS, Ahmad, berichtet, dass nach der Einrichtung des APRP und der Bildung des HPC diejenigen, die für Transitional Justice arbeiten, zunehmend diskreditiert werden (vgl. Network Afghanistan/Bildungswerk Berlin 2016). „Auch hat der Hohe Friedensrat zum Boykott aller Organisationen aufgerufen, die weiterhin eine Aufarbeitung der Verbrechen der vergangenen Regimes wie auch der heutigen Machthaber fordern." (Ebd.: 26) Es sei nicht mehr möglich, internationale Fördergelder für TJ-Arbeit zu erhalten. Fördertöpfe stehen seither allein für „Peace", aber nicht mehr für „Transitional Justice", beispielsweise für Dokumentationsaktivitäten, zur Verfügung.

VERSÖHNUNGS- UND FRIEDENSPROZESS VOR GERECHTIGKEIT UND OHNE DIE GESELLSCHAFT?

In der Erklärung der zivilgesellschaftlichen Dachverbände zum Friedensprozess mit dem Afghanistan Peace and Reconciliation Program (APRP) und dem High Peace Council (HPC) machen diese Organisationen eine Liste von Vorschlägen, mit denen ein Friedensprozess reformiert und „effektiver" gemacht werden soll. Die Vorschläge werden von der Forderung nach Gerechtigkeit und Transitional Justice angeführt:

„1. We emphasis that justice and transitional justice should be the top most priority of the government. 2. The government is bound to find out the causes of war and share it with people; only this can be the beginning of people's participation in peace and strengthening of peace process." (Civil Society Resolution 2010)

Die Verbindung des Friedensprozesses mit der Gesellschaft und unter Einbeziehung der historischen Ursachen der Konflikte ist der nächstwichtige Punkt, der vorgebracht wird.

Die SAAJS-Direktorin Weenda Ahmad sagt, dass die Regierung, die sich in Vorbereitung auf einen Friedensprozess mit den radikal-islamistischen, die Bevölkerung mit ihren rücksichtslosen Anschlägen und gezielten Angriffen massiv gefährdenden und schädigenden Organisationen, Taliban und die Gulbuddin-Gruppe, getroffen und beraten hat, hätte stattdessen besser die Bevölkerung konsultieren und die vielen guten Menschen sprechen sollen. Doch mit diesen hatten die Regierungsvertreter keine Treffen: „Those criminals who had committed crimes they met with them – in order to bring peace in Afghanistan." (Interview in Kabul, 08.07.2010) Die Organisationen der Transitional Justice Coordination Group (TJCG) vertreten, dass ein Friedensprozess nicht als ein individueller bzw. gruppenzentrierter Prozess stattfinden darf, sondern eine gleichwertige Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen gewährleistet sein muss. Dies muss die verschiedenen Bevölkerungsteile einbeziehen „from all walks of life, through a process that is open, transparent and inclusive" (TJCG, 10.11.2010). Damit ein Versöhnungsprozess erfolgreich sein kann, müsse dieser die gesamte Gesellschaft reflektieren. Die Struktur des HPC müsse hinsichtlich mehr Inklusivität und Repräsentativität verändert werden (ebd.). Es wird betont, dass die Empfehlungen und Anliegen der afghanischen Zivilgesellschaft, insbesondere die von Vertreterinnen der Frauen, von der afghanischen Regierung und der internationalen Gemeinschaft einbezogen werden müssen (vgl. ebd.). Das hatten auch die zivilgesellschaftlichen Dachverbände in ihrer Resolution gefordert:

> „Civil Society organizations including socio-cultural organizations, NGOs, Human Rights Organizations and Women Rights Organizations supporting the just peace process demand that they should be considered as the true agent for the establishment of peace and stability being involved in all decision makings, and not mere victims of circumstances." (Civil Society Resolution 2010)

Lisa Schirch ermahnt in einem Peacebrief des Untied States Institute of Peace, einer der Organisationen der TJCG, dass der Ausschluss oder die Begrenzung des Inputs von zivilgesellschaftlichen Gruppen in den Friedensverhandlungen in Afghanistan lang anhaltende Probleme schafft (vgl. USIP Peacebrief 99/2011). Zum einen würden Gruppen, die Gewalt einsetzen, mit politischem Einfluss und Machtpositionen belohnt, wodurch illegitime Regierungsformen gefestigt werden. Zum anderen gehen die „public ownership" für die getroffenen Vereinbarungen und der politische Wille, der für die Umsetzung gebraucht wird, verloren (vgl. ebd.: 1). Schirch bestätigt einen fortgesetzten Ausschluss der Interessen der Bevölkerung, angefangen mit dem Bonn Agreement 2001, bei der Nationalen Peace Jirga 2010 und anschließend beim Peace Council und den Friedensgesprächen (vgl. ebd.).

TJCG fordert neben mehr Partizipation auch, dass die Tätigkeit des HPC transparenter gestaltet wird: „Establish a mechanism within the peace process so that the Afghan people, and Afghan civil society remains engaged and informed throughout the process." (TJCG, 10.11.2010) TJCG äußert Bedenken, dass die Aufgabe und die Autorität des HPC nicht ausreichend definiert seien und sich nicht im Rahmen der Verfassung des Landes bewegen könnten (vgl. ebd.). Vor allem die Rechte von Minderheiten und Rechte von Frauen sehen sie als gefährdet an.

Einige Monate später wurde die Kritik noch grundlegender ausgedrückt. Zusammen mit der Forderung nach der sofortigen Aufhebung des Amnestiegesetzes – eine Grundlage der Arbeit der High Peace Council – forderte das Bündnis der TJ-Gruppen eine parlamentarische Überprüfung der Arbeit des HPC:

„[A] review of the practices and unsuccessful working methods of the High Peace Council should be undertaken by the country's parliament and new methods of working developed according to standards of justice, principles of transparency and the participation of the people, especially the victims." (TJCG, 27.02.2011)

Es wird von den TJ-Bündnisgruppen auch kritisiert, dass andere Staaten den Friedensprozess in dieser Form von außen unterstützen, obwohl das Amnestiegesetz internationalem Recht widerspricht. Statt eine fehlerhafte Politik zu verfolgen, sollte die internationale Gemeinschaft die Forderungen der afghanischen Bevölkerung, vor allem der Opfer, wahrnehmen (vgl. TJCG, 27.02.2011). Das Amnestiegesetz ist nicht vereinbar mit verschiedenen internationalen Abkommen, zu denen Afghanistan sich verpflichtet hat (vgl. detailliert dazu Gossman/Kouvo 2012: 29). Die Juristin für Internationales Recht Katherine Iliopoulos kommentiert dazu:

„[I]nternational treaty law –including some of the conventions to which Afghanistan is a state party such as the Geneva Conventions, the Torture Convention, the Genocide Convention– obliges states to prosecute or extradite in relation to certain crimes. Afghanistan is also a party to the Convention on the Non-Applicability of Statutes of Limitations to War Crimes and Crimes Against Humanity (1983), which specifically bars State Parties from enacting legislation that provides for statutory or other limitations to the prosecution and punishment for crimes against humanity and war crimes and requires them to abolish any such measures which have been put in place (Article IV). The amnesty law appears to breach all of these obligations." (Iliopoulos o.J.)

Das Amnestiegesetz widerspricht auch der afghanischen Verfassung. Die Entlassung von Gefangenen aus der Haft, häufig aus US-Militärhaft, widerspricht dem gelten Recht, kritisiert die TJCG: Gefangene der aufständischen Gruppen, die wegen der Beschuldigung von Verbrechen in Haft sind, sollten auch entsprechend des geltenden Rechts behandelt und vor Gericht gestellt werden (vgl. TJCG,

27.02.2011). Bereits vor der Kabul Conference hatte TJCG erklärt, dass die Streichung von Namen von der UN-Fahndungsliste (Black List) ohne Untersuchung der Fälle und ohne eine öffentliche Erklärung, warum diese Namen zuvor auf der Liste standen oder warum diese zu einem bestimmten Zeitpunkt wieder entfernt werden, kein Zeichen von Gerechtigkeit sei; im Gegenteil: „[It] is not a sign of justice but an indication that ‚justice' as a value has no shelter and is sacrificed in political deals." (TJCG-Erklärung, 13.07.2010)

Die Internationale Gemeinschaft sollte, so fordert die Transitional Justice Coordination Group, keine Deals unterstützen, die den Taliban entgegenkommen, sondern sich zu einer langfristigen Unterstützung der afghanischen Zivilgesellschaft bei ihrem Kampf für einen Frieden mit Gerechtigkeit verpflichten (vgl. TJCG, 10.11.2010).

Die Frage, die auch über den Kreis der für Transitional Justice aktiven Gruppen hinaus diskutiert wird, ist: „Can there be peace without justice in Afghanistan this time, although it has failed the previous times?" (Kouvo 2012: 44). Generell bleibt die Frage, ob Friedensverhandlungen auf höchster Ebene geführt werden können, ohne dabei den zu verantwortenden Verbrechen irgendeine Beachtung zu geben (vgl. ebd.). Die Victims' Organizations und anderen TJ-Gruppen vertreten mit Nachdruck, dass ein Frieden ohne Gerechtigkeit, Menschenrechte und Würde nicht funktionieren wird.

> „We, civil society and human rights activists, believe that peace can be achieved only if justice, human rights and human dignity are both respected and protected in the peace and reconciliation process. Only a just peace process can ensure long-term stability." (TJCG, 10.11.2010)

SAAJS ist sich mit den anderen Organisationen der Opfer von Kriegsverbrechen und den Organisationen der Arbeit für Transitional Justice darin einig, dass der mit dem APRP eingeschlagene Weg der Machtaushandlung und politischen Integration ohne Beachtung der begangenen Verbrechen und ohne Einbeziehung der Sichtweisen und Anliegen der Opfer und generell der Bevölkerung, keinen Frieden bringen kann. Weeda Ahmad sagt, wenn dieser Weg weiter verfolgt wird und die Taliban mit Ministerien und anderen zentralen Ämtern an der Regierung beteiligt werden, wird Afghanistan nie Frieden sehen (vgl. Ahmad, SAAJS, Interview 08.07.2010). Die Transitional Justice Coordination Group erklärte:

> „If government or other circles attempt to use peace as a means of achieving illegitimate or short-term political purposes, it is obvious that peace cannot be achieved. […] [I]f it genuinely wants to bring long-term peace in the country, the Government must not use the ‚reconciliation' process as a political tool intended solely for political gains of particular ideological, ethnic, tribal or religious groups and circles." (TJCG, 10.11.2010)

Ein solcher Deal der gemeinsam geteilten Macht (einschließlich Patronagenetzwerken und Zugriff auf ökonomische Quellen; vgl. Ruttig 2011) geht vorbei am Willen der Bevölkerung, wie dieser sich unter anderem in der Erhebung der Afghanistan Independent Human Rights Commission (AIHRC 2005) ausdrückt. Zu 90,3 Prozent wurde bei der Bevölkerungsbefragung vertreten, dass Menschenrechtsverbrecher von staatlichen Ämtern entfernt werden müssen (ebd.: 28 und 77). Es werden bei diesem Machtaushandlungsprozess auch die dem Konflikt zugrunde liegenden Ursachen nicht behandelt. Darauf haben unter anderem zehn afghanische zivilgesellschaftliche Dachorganisationen in einer gemeinsamen Erklärung von Oktober 2010 hingewiesen:

„We believe that for the establishment and thoroughness of peace in Afghanistan, the causes and calamity of war must be analyzed and people must be informed about and get into the picture. We believe that the Afghan Nation is the true addressee of peace and therefore should have access to information pertaining peace debates, national interest, justice and women's rights and should be practically involved in decision makings. Still there is time to learn from our 8 years mistake and make most efficient use of the final opportunity that we have.“ (Civil Society Resolution 2010)

Die Social Association of Afghan Justice Seekers erklärt im August 2010 in Richtung UN-Sicherheitsrat und der internationalen Gemeinschaft, dass die Opfer von Kriegsverbrechen niemals wollen, dass die Verantwortlichen von der UN Black List gestrichen werden. Stattdessen sehnen die Opfer sich danach, dass die Verbrecher, die Sitze in der Regierung, im Parlament und in der Justiz haben, zu der Liste hinzugefügt werden (vgl. SAAJS-Erklärung, 05.08.2010).

„The government wants to negotiate in the name of ‚bringing peace in Afghanistan‘ with Taliban and Gulbuddin, who belong to the main mob of human rights and women rights violators, and place them on the rein of the power beside their criminal brothers, in order to decrease the head ache for himself and his foreign supports. These assemblies and conference don't bring peace, security, freedom, democracy, justice and stability for our people and make the path difficult for organizations wanting to prosecute the criminals.“ (SAAJS-Erklärung, 05.08.2010)

Eine solcher „Friedensprozess“ macht es im Verständnis von SAAJS noch schwieriger, Kriegsverbrecher vor Gericht zu stellen, und damit dann auch schwieriger, Gerechtigkeit, Freiheit, Demokratie und Sicherheit aufzubauen. Die Einbeziehung der Führungen von Taliban und der Hekmatyar-Gruppe in die afghanische Regierung setzt das Power-Sharing fort, das bereits die Vereinbarungen des Bonn Agreement von 2001 prägte und seither verfolgt wurde. Im September 2016 wurde mit der Hezbe Islami Gruppe von Gulbuddin Hekmatyar nach jahrelangen Verhandlungen ein Friedensabkommen unterzeichnet. Die Kommandeure und einfachen

Kämpfer erhalten Posten im afghanischen Militär oder in der staatlichen Verwaltung, Land und Wiederansiedlungshilfe. Hekmatyar erhält ein prestigevolles Haus und ein passendes Regierungsamt, das für ihn geschaffen wird. Es wurde festgelegt, dass Hekmatyar bei allen wichtigen Regierungsentscheidungen beteiligt wird. Alle begangenen Verbrechen wurden amnestiert, Gefangene aus der Haft entlassen, Streichungen von Listen gesuchter Terroristen veranlasst. Hekmatyar selbst, der als „Schlächter von Kabul" allgemein bekannt ist aufgrund seiner Bombardierungen Kabuls, die Tausende Zivilisten das Leben kostete, und der gezielt seit den frühen 1970er Jahren linke und feministische Aktivist*innen und andere politische Gegner ermordete, erhält neben der Amnestie einen Ehrenstatus durch Präsidentenerlass „in appreciation of his struggle ‚for peace and freedom of Afghanistan'" (Osman, 29.09.2016: 4).

Der ehemalige afghanische Menschenrechtskommissar Nader Nadery, der 10 Jahre für die Afghanistan Independent Human Rights Commission (AIHRC) arbeitete, sieht hinter diesem Power-Sharing die Vorschläge der UN-Vertreter. Diese wollten ein neues Governance-System, das „inclusive of all" (Nadery 2011: 173) ist. „Inclusiveness necessarily meant keeping happy those who were involved in past and ongoing human rights abuses." (Ebd.: 173)

Die Direktorin von SAAJS beschreibt es als fatal, wenn zusätzlich zu den Verbrechern, die jetzt schon in der Regierung sitzen, über die Friedensverhandlungen weitere Verbrecher dazu kommen. „One thing needs to be remembered: if they adopt peace with Taliban [...] in Afghanistan you will never see peace. [...] But if they come [in addition to] the perpetrators who are still in power, more perpetrators will come and hold the positions in government." (Ahmad, Interview, Kabul, 08.07.2010) Dieser Prozess sei faktisch schleichend, denn es gäbe bereits Taliban in der Regierung und beispielsweise als Provinzgouverneure.[17] Deshalb ist für SAAJS wie auch für die anderen TJ-Gruppen die Entfernung der Täter von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit aus hochrangigen Staatsämtern eine sehr zentrale Forderung. Dies wird als notwendig auf dem Weg zum Frieden erachtet. Seit der ersten Erklärung im Jahr 2007 und bis heute hat SAAJS diese Forderung an der ersten Stelle ihrer Liste an Forderung formuliert: „1. We want the urgent removal of all criminals of period of Khaliqi and Parchami's sovereignty, period of fascist Jehadi factions' sovereignty, wild and terror era of Taliban and the period after that until now, from their government posts." (SAAJS-Resolution, 10.12.2014)

17 Beispielsweise ernannte Präsident Karzai 2006 Abdul Hakim Munib, einen früheren Taliban-Vizeminister, zum Gouverneur von Uruzgan. Später, in der zweiten Karzai-Regierung ab 2009, wurde Munib Vizeminister für Religionsangelegenheiten (vgl. Ruttig 10.01.2015).

SAAJS thematisiert in ihrer Erklärung zum Internatinalen Tag der Menschenrechte im Jahr 2009, dass bei den Präsidentschaftswahlen des Jahres 2009 niemand auch nur versucht hatte zu verhindern, dass diejenigen kandidieren, die sich bereits als verbrecherisch und korrupt bewiesen hätten (SAAJS-Erklärung, 10.12.2009). Die Wahl wird als „the most non-prestigious and ironic election in the world" (ebd.) bezeichnet; mit Demokratie hätte das nichts mehr zu tun.

Nach der Wiederwahl des Präsidenten und der Regierungsneubildung sind dortzwar einige neue Gesichter vertreten, doch das sei keine Lösung, erläutert die Direktorin von SAAJS Weeda Ahmad im Interview. Darin drücke sich auch keine Repräsentation der Bevölkerung aus. Der Wille und die Bedürfnisse der Bevölkerung interessieren die Regierungsmitglieder nicht. Die meisten seien Verbrecher oder hätten gute Beziehungen zu diesen. „Their face is new but we don't want that face. Just we want the real representatives of Afghanistan to hold and hire those high ranking positions, those who did not commit any crimes." (Ahmad, Interview, Kabul, 08.07.2010)

In einem Gespräch Ende 2011, ein Jahr nach den zweiten Parlamentswahlen, erklärte Weeda Ahmad: „Now the subtle danger is that these war criminals who dominate parliament are bringing in new young faces. People don't easily recognize women as war criminals, or a young fresh face, but they will sit quietly while old war criminals continue their crimes." (SAAJS im Gespräch mit Evans, Kabul, 31.12.2011) Der ermordete Kriegsverbrecher und Vorsitzende des High Peace Council Burhanaddiun Rabbani wurde durch seinen Sohn ersetzt. Der Sohn könne nicht automatisch wegen der Verbrechen seines Vaters als schuldig betrachtet werden, erläutern Vertreter*innen von SAAJS, doch die Verbindungen seien eng. Der Sohn trägt ein Jackett und Krawatte, erscheint dem Rest der Welt damit als modern und demokratisch, doch die Situation wird unendlich fortgesetzt (vgl. ebd.).

Weeda Ahmad, SAAJS, erklärt, dass dieses Dominieren der Regierung durch Kriegsverbrecher nicht an den Menschen in Afghanistan liege, sondern an dem Geld, das von außen kommt. Das Problem sei vorbei, wenn diese Kriminellen nicht mehr mit Geld unterstützt würden. In einem nächsten Schritt würden sie dann ihre Ämter verlieren und danach auch ins Gefängnis gehen (vgl. Ahmad, Interview, Kabul, 30.09.2012). Diese Regierungsvertreter hätten weiterhin private Waffengewalt, um ihren Einfluss und ihre Interessen durchzusetzen. Deshalb müssten die Verbrecher in Machtpositionen zuerst entwaffnet werden. „They should be disarmed, all those weapons that they have will be taken. People will disarm them." (Ahmad, Interview in Kabul, 08.07.2010)

DIE MENSCHEN SELBST WERDEN DIE VERÄNDERUNGEN DURCHSETZEN: DRUCK VON DER STRASSE

Die Formulierung von Weeda Ahmad „die Menschen werden die Kriegsverbrecher entwaffnen“ (ebd.), ist ein Ausdruck des tiefen Vertrauens in die einfachen Menschen, die „von unten“ für ihre Rechte kämpfen (werden). Dieses Vertrauen in die gewöhnlichen Menschen drückt die SAAJS-Direktorin immer wieder aus. Tatsächlich sind mehrere offizielle Entwaffnungsprogramme spät, ohne Nachdruck, äußerst halbherzig und erfolglos durchgeführt worden (vgl. Gossman/Kouvo 2013). „The country's most powerful leaders continued to resist disarmament.“ (Ebd.: 24) „[…] [P]owerful commanders – even those operating as government officials – had their own militias.“ (Ebd.: 25)

SAAJS beteiligt sich als Teil des Bündnisses TJCG an der Lobbyarbeit, die auf politische Entscheider*innen auf der nationalen und internationalen Ebene einwirken möchte. Doch mehr noch liegt SAAJS daran, an der Basis zu arbeiten, die Opfer aus der Vereinzelung zu holen, diese durch den Austausch und Beziehungen untereinander zu stärken und gemeinsam Druck von der Straße aufzubauen. Sie müssten das schon selbst machen, betont Weeda Ahmad. Als die Aufstände im Mittleren Osten und Nordafrika 2011 ausbrachen, waren diese für die Arbeit von SAAJS eine Ermutigung und Vorbild dafür, dass die einfachen Menschen die Bühne betreten werden. Das berichtet auch die britische Friedensaktivistin Maya Evans von ihrem Gespräch mit Weeda Ahmad und weiteren Vertreter*innen von SAAJS, in dem diese äußerten: „[We] also need to get out onto the streets, we need the people to fill the streets like the sea. We must come to the stage where the people will be sufficiently united and with leaders who want to serve the people [...].“ (SAAJS im Gespräch mit Evans, Kabul, 31.12.2011)

Ahmad erklärt, dass die nötigen gesellschaftlichen Veränderungen nicht mit äußerer, militärischer Gewalt bewirkt werden: „[T]he society can't change by bringing their [American] soldiers. We have some other ideas.“ (Ahmad, Interview in Kabul, 14.05.2009). Bereits seit ihrer Gründung ist es für diese Vereinigung der Familien der Opfer von Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen grundlegend, öffentliche Protestaktivitäten in Form von Kundgebungen und Demonstrationen durchzuführen. Mindestens einmal im Jahr ruft SAAJS gemeinsam mit weiteren Organisationen dazu auf, anlässlich des Internationalen Tags der Menschenrechte am 10. Dezember auf den Straßen von Kabul zu demonstrieren.

„Because in Afghanistan there is no news about security of justice, those people whose hands are stained in the blood of thousands of human beings of this land, are lying in the governmental posts and have more power to commit crimes. The agonized people of Afghanistan including woman and man, young and old know that until the war criminals are not brought

to the court of justice and their bloody past is not interrogated, the stability of real justice is not possible.“ (SAAJS-Erklärung, 14.10.2008)

An einer dieser SAAJS-Demonstrationen zum Menschenrechtstag im Jahr 2010 hat Sari Kouvo teilgenommen, die damalige Landesbeauftragte des International Center for Transitional Justice (ICTJ) für Afghanistan sowie Mitgründerin und Senior Analyst des Afghanistan Analysts Network (AAN). Sie nahm an dieser Demonstration gemeinsam mit dem afghanischen Forscher Obaid Ali teilund beschreibt ihre Eindrücke (vgl. Kouvo, 16.12.2010): Nachdem sich ein paar hundert Menschen versammelt hatten, begann die Demonstration, die vom zentral gelegenen Shar-i Now Park zur UN-Vertretung durch die Straßen der Mitte von Kabul zog. „[T]he demonstrators are chanting slogans ‚Our standard is justice, our aim is justice, our message is justice, we support truth, truth, truth.‘ And they called for truth, an end to dishonesty and inhumanity.“ (Ebd.: 1) Als die Menge sich noch sammelte, sprachen Kouvo und Ali mit einigen älteren Frauen:

„Their stories were poured over us: One woman told us how her life had been good till one day during the civil war her husband did not come home and that since then she and her children had been ‚hardly surviving‘. Another woman explained how her husband had been killed during the Taliban regime and her son had been disabled, she pointed at her bare feet in plastic sandals and said ‚It is cold and I cannot even afford socks‘ and ‚we won't have wood for the winter‘.“ (Kouvo, AAN-Posting, 16.12.2010: 1)

Die meisten Frauen auf der Demonstration waren verwitwet oder haben Kinder durch Gewalttaten verloren. Eine alte Frau, die ihren Mann und ihre Kinder verloren hat, sagte auf die Frage, wie sie damit klar komme: „Das müssen wir.“ Sie zeigte daraufhin ihre vernarbten Arme. Sie schneidet sich selbst, den einen Schmerz gegen einen anderen austauschend (vgl. ebd.).

Am Ende der Demonstration im Dezember 2010 gingen die Menschen nicht auseinander, sondern stiegen in Busse, um nach Pul-e Charkhi zu fahren. Sie gedachten mit Kranzniederlegung und kurzen Reden an die dort neben dem großen Gefängnis massenhaft Begrabenen. Dabei wurden sie von afghanischen Fernseh-, Radio- und Printmedien begleitet. Ein Teilnehmer der Gedenkfeier war Lehrer und er erzählte davon, dass einer seiner Kollegen wahrscheinlich hier begraben sei. Dieser war verhaftet und dann hingerichtet worden, weil er gebetet hatte. Opfer aus verschiedenen Teilen des Landes erzählten vom Leiden ihrer Familien oder von persönlich erlebter Folter. Eine Frau erzählte von ihrem Ehemann, der Ingenieurwesen an der Kabuler Universität studiert hatte und erst 20 Jahre alt war, als er von der sozialistischen Regierung verhaftet wurde und für immer verschwand. Sie vermutete, dass er in einem der Massengräber neben dem Gefängnis begraben liegt (vgl. Kouvo, 16.12.2010).

Während bei den ersten Demonstrationen von SAAJS im Jahr 2007 etwa 200 Teilnehmende dabei waren, stieg diese Zahl der Teilnehmer*innen bei den 10.-Dezember-Demonstrationen langsam aber stetig von Jahr zu Jahr an. In einem Bericht von Tony Perry in der Los Angeles Times über die Dezember-Demonstration von 2009 ist von mehreren hundert Frauen und fünfhundert Männern die Rede. Während die Frauen den Protest angeführt hätten und auch als Sprecherinnen im Vordergrund standen, wären die Männer diesen als Unterstützer gefolgt. „[A]n unusual display in Afghan culture of men allowing women to take a leadership role." (Perry, 10.12.2009)

„The demonstrators chanted slogans like ‚We want justice', ‚the criminals should be prosecuted', ‚the mass killers should be identified', ‚democracy without justice is meaningless', ‚Afghans demand justice'. They condemned American forces and called for an immediate end to civilians' harassment at their hands." (Pajhwok Afghan News, 11.12.2013)

SAAJS bezieht bei ihren Demonstrationen auch die Kritik an den Kriegsverbrechen mit ein, die seit der Intervention 2001 und jeweils aktuell begangenen werden. Das umfasst sowohl Gewalttaten durch Parlaments- oder Regierungsmitglieder, die straffrei bleiben, Anschläge durch Taliban, die rücksichtslos und immer zahlreicher zivile Opfer einbeziehen, wie auch Drangsalierungen durch Hauserstürmungen, oft mit zivilen Toten, und Luftbombardierungen durch US-Militär, die jedes Jahr viele Hunderte Zivilisten töten. In der Erklärung zum dreijährigen Bestehen von SAAJS heißt es:

„The foreign troops who cascaded our country in the name of ‚war against terror', have not been minutely successful in bringing peace and stability but have even given more pain to this unfortunate nation by stepping on the very basic human rights and killing more civilians every day." (SAAJS-Erklärung, 05.08.2010)

Eine Sprecherin erklärt auf der Demonstration zum Menschenrechtstag 2013, dass sie die NATO-Staaten dafür beschuldigen, falsche Versprechung gemacht zu haben, dass sie Menschenrechte und Demokratie in Afghanistan voranbringen werden. Stattdessen würden sie Menschenrechte verletzten wie es auch die Taliban taten oder die sowjetischen Invasoren (vgl. Pajhwok Afghan News, 11.12.2013).

„Our vision is transitional justice", sagt die SAAJS-Direktorin Ahmad (Ahmad, Interview in Kabul, 14.05.2009). Das sei zentral, denn die in der Bevölkerung weit verbreitete Hoffnungslosigkeit für die Zukunft könne sich nur verändern, wenn die Kriminellen nicht mehr in Machtpositionen sitzen, sondern vor Gericht, und wenn die USA und die anderen Staaten aufhören, Truppen zu schicken. Dann könnten Personen gewählt werden, die wirklich an die Menschen denken. Diese grundlegende Haltung durchzieht das Denken von SAAJS: Die gewöhnlichen Menschen

bilden die Gesellschaft und deren Bedürfnisse sollten im Mittelpunkt stehen. Die gewählten Vertreter*innen sollten nicht daran denken, das Geld aus Afghanistan für sich zu nehmen und auf Konten im Ausland zu lagern (vgl. Ahmad, Interview in Kabul, 14.05.2009). Maya Evans dokumentiert aus ihrem Gespräch mit Weeda Ahmad und zwei weiteren Vertreter*innen von SAAJS: „The families of a victim are not silly, they say that if we didn't have these criminals in the Afghan government, who are supported by NATO and US, then these warlords wouldn't have the power to continue committing those crimes." (SAAJS im Gespräch mit Evans, Kabul, 31.12.2011)

Said Abdullah, der bereits zitierte junge Mann aus einem Dorf der Provinz Bamiyan, der seinen Vater und drei Onkel durch ein Massaker der Taliban verloren hat, als er noch Kind war, hatte mitten im Winter und ohne Lebensmittel mit den Überlebenden in die verschneiten Berge und dann in weit entfernte Gebiete fliehen müssen. Er ist zurückgekehrt und nun mit der lokalen Victims' Organization aktiv. Mit großer Ruhe und Sicherheit vertritt er, dass die Menschen der Regierung nicht vertrauen. Sie seien gegen die Regierung eingestellt: „People demonstrate, write, talk on TV." (Said Abdullah, Gesprächsmitschrift, 07.08.2010) „People think: How can we solve our problem? People don't believe in the government." (Ebd.) Er ist zuversichtlich, dass eine andere Regierung möglich ist, denn es gäbe viele geeignete junge Leute, die diese Aufgabe ausführen können: „They know their people. The young generation can be part of [a new] government. We don't want jihadi leaders." (Ebd.) Sie wollen Gerechtigkeit und nicht Personen, die über ihrem blutigen Shirt ein weißes Hemd tragen, drückt Said Abdullah es bildhaft aus.

Die Gesellschaft hat nach dem Verständnis von SAAJS auch ohne die korrupten, kriminellen Eliten die Fähigkeiten, sich selbst zu regieren. Bei den Demonstrationen von SAAJS wird darauf hingewiesen, dass es in der Geschichte Afghanistans viele besondere Menschen gegeben hat, die aufrecht für die Rechte und Freiheiten der gewöhnlichen Menschen eingetreten sind. „Afghans have heroes to remember from the past when brave Afghans stood up and refused to say anything but the truth and there are so many of them to remember." (SAAJS im Gespräch mit Evans, Kabul, 31.12.2011) Das seien Helden, an die sie erinnern möchten, anstatt der Regierungspropaganda, die Kriegsverbrecher wie Burhanuddin Rabbani zu nationalen Helden erklärt (vgl. ebd.). Im Punkt fünf der regelmäßig wiederholten Forderung von SAAJS wird verurteilt, dass Gebäude und Straßen nach Verbrechern benannt werden: „We strongly condemn the naming of buildings and streets in the name of criminals and call it an insult and disgrace to the blood of our innocent martyrs." (SAAJS-Erklärungen) Stattdessen knüpft SAAJS an das Erbe der „wahrheitsliebenden Helden" an und trägt deren Portraits neben vielen anderen Bildern auf den Demonstrationen mit. Damit verbunden ist auch die Forderung nach Erinnerungsorten. Sie fordern Erinnerungsorte für die vielen Toten und Verschwunden, die Opfer von Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen

wurden. „We request to have a memorial monument in the name of our missing unknown dears and a quarter should be allocated so the corpses of mass graves buried there honorably and respectfully.“ (In allen SAAJS-Erklärungen, Punkt 6)

Das Vertrauen in die Kraft der Menschen, die notwendigen Veränderungen durch basisgesellschaftliche Organisierung durchzusetzen, schließt mit Punkt acht auch den Forderungskatalog von SAAJS ab: „Let's unite to make our voice louder and dominant!“ (In allen Erklärungen von SAAJS, in älteren Erklärungen als Teil von Punkt 7, später Punkt 8) Die letzten beiden Punkte der Forderungen von SAAJS werden direkt an die Bevölkerung und an die Familien der Opfer gerichtet. Sie fordern dazu auf, miteinander in Kontakt zu treten.

Transitional Justice in Afghanistan wird von Weeda Ahmad als eine große Herausforderung beschrieben. „We can't do it alone by ourselves“, sagt Weeda Ahmad: „It is every persons duty to think about this.“ (Ahmad, Interview in Kabul, 14.05.2009) Deshalb arbeitet SAAJS sowohl in Bündnissen wie der Transitional Justice Coordination Group (TJCG) mit als auch an der gesellschaftlichen Basis, um immer weitere Opferfamilien zusammen zu bringen und weitere Gründungen von Victims' Organizations zu unterstützen. Ende März 2011 wurde in Kabul gemeinsam mit dem Bündnis TJCG eine zweite Victims' Jirga durchgeführt (30.-31. März 2011). Nach der ersten Victims' Jirga ein Jahr zuvor, die das Verständnis von Frieden und Gerechtigkeit der vielen Opfer aus allen Landesteilen und Konfliktphasen nach außen sichtbar und als Gegenposition zur Regierungs-Peace Jirga ausgedrückt hatte, war das Ziel der zweiten Victims' Jirga, die Vernetzung der Organisationen weiterzuentwickeln und ein landesweites Netzwerk der Organisationen der Opfer, ein National Victims' Network, aufzubauen.

„Representatives of civilian war victims' associations from all over Afghanistan will gather in Kabul March 30-31 to share their experiences and strengthen the national war victims' movement at a moment when civilian deaths are increasing and justice is at risk of being sacrificed for political expediency.“ (TJCG-Aufruf zur Victims' Jirga, 03/2011)

Auf der zweiten Jirga der Victims 2011 wurde in Arbeitsgruppen gemeinsam festgehalten, dass sie eine nationale Plattform brauchen, um einen besseren Zugang zu finanzieller Förderung und zu Kontakten mit afghanischen und internationalen politischen Entscheidern zu haben. Eine solche Plattform könne Maßnahmen der Transitional Justice, Strafermittlungen, Wahrheitssuche und Erinnerungsarbeit fördern. Das Amnestiegesetz steht diesen Vorhaben im Weg. Zudem gehen die Jirga-Teilnehmer*innen davon aus, dass der Aufbau eines nationalen Netzwerkes der Opfer auf den politischen Widerstand derjenigen treffen wird, die an der Macht sind (vgl. Kouvo, 13.04.2011). Der Aufbau von Vertrauen untereinander wird als wichtiges Anliegen gesehen. Die Arbeit daran wird nach der zentralen Jirga mit regionalen Vernetzungskonferenzen fortgesetzt: in Jallalabad, in Mazar-e Sharif und in

Herat. Auch Regierungsvertreter*innen waren aufgefordert, dort mit den Victims' Organizations und anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen in Kontakt zu kommen (vgl. Kouvo, 27.11.2011).

Die Victims' Jirgas in den Jahren 2010 und 2011 waren jeweils sehr emotionale Ereignisse, denn das Bedürfnis, die eigenen Geschichten und Erwartungen zu erzählen ist groß (vgl. Kouvo, 13.04.2011). Die Aufführung eines Dokumentationstheaterstücks von der TJCG-Mitgliedsorganisation AHRDO, Afghanistan Human Rights and Democracy Organization, in dem die Zeugenaussagen zahlreicher afghanischer Frauen und Männer im Wortlaut verarbeitet wurden, löste aus, dass bei der Jirga im Jahr 2011 von den Teilnehmenden weitere persönliche Berichte erfahrener Menschenrechtsverbrechen mitgeteilt wurden. Dies geschah, obwohl diese zweite Jirga vor allem das Ziel hatte, die Vernetzung zu einem National Victims' Network voran zu bringen. Dennoch hat das öffentliche Mitteilen und das Sammeln der Geschichten der Opfer – „wartime narratives" (Gossman/Kouvo 2013: 19) – in der Arbeit für Transitional Justice immer auch einen zentralen Stellenwert. Um die Kriegsverbrecher vor Gericht zu stellen, werden Zeugenaussagen, Beweise und Dokumente benötigt. In Bezug auf die Geschichte Afghanistans seit 1978 besteht ein Mangel an offiziellen Dokumenten zu den schwerwiegenden Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen (vgl. ebd.).

> „The reason why we want to collect all these documents is, first it can be a big resource for future generations about what happened in the past in our country, and the other is, many of these perpetrators, warlords, criminals will go to court. So this can be a witness or a proof: that's what they did, that is their past." (Weeda Ahmad, SAAJS, Interview in Kabul, 14.05.2009)

Obwohl Vergewaltigungen zahlreich waren, gibt es große Zurückhaltung der Betroffenen, auch von diesen erlittenen Verbrechen zu erzählen.

> „In the old city, we hear that 20 soldiers had entered a home and killed the men. They were there for 24 hours and raped the women. We have lots of stories like this from Karte Naw [Stadtteil von Kabul] where soldiers entered homes and raped girls [...] in front of their brothers and fathers. It's very difficult for the families to tell the story of rape. They do not reveal that." (Weeda Ahmad, Interview von Paiwandgāh.af, 10.12.2014)

Die Arbeit von SAAJS ist davon geprägt, Beziehungen zu immer neuen Familien aufzubauen und deren Vertrauen zu gewinnen. Diese ständige Ausweitung ihrer sozialen Basis ermöglicht auch das Sammeln der Zeugenaussagen zu den erlittenen Verbrechen. SAAJS hat inzwischen über 3000 Bilder von Getöteten und Verschwundenen gesammelt, die von SAAJS auch an öffentlichen Orten gezeigt werden.

„Solche Bilderausstellungen ermöglichen es uns häufig, mit den Familienangehörigen weiterer Opfer in Kontakt zu kommen und unsere Basis zu vergrößern. Dabei ist es uns auch manchmal passiert, dass diese neuen Kontakte zwar keine Bilder ihrer eigenen Angehörigen haben, sich aber dafür einsetzen, Bilder von ermordeten Angehörigen anderen Familien zu sammeln, um uns diese zur Verfügung zu stellen.“ (Ahmad 2016 b: 28)

Im Jahr 2013 veröffentlichte SAAJS eine eigene Zusammenstellung einiger Geschichten und Bilder der Familien der Opfer unter dem Titel *Threnody for the Victims. Awaiting the dawn of redress and justice* („Klagelied für die Opfer. In Erwartung des Beginns von Entschädigung und Gerechtigkeit“, Übers. d. A.). Die Beweise, Berichte und Dokumente erhalten sie vor allem von den Opfern selbst.

„Wir müssen durch das ganze Land reisen, um Familien der Opfer ausfindig zu machen und sie zu befragen. Außerdem haben wir eine Untersuchung der Massengräber verlangt. Aber wie es in Afghanistan seit 2001 üblich ist, gibt es erst mal eine Pressekonferenz, dann wird der Sachverhalt an eine so genannte Kommission weitergeleitet. Und dort verschwindet die Akte dann auf Nimmerwiedersehen.“ (Weeda Ahmad, SAAJS, Interview in taz, 02.08.2008).

Die Veröffentlichung der Zeugenaussagen und *wartime narratives* von erlittenen Verbrechen ist offiziell nicht erwünscht und wird, wie zu Beginn dieses Kapitels dargelegt, mit massivem Druck sowohl durch die afghanische Regierung als auch durch die US-Regierung und UN-Entscheider verhindert. SAAJS geht auch aufgrund dieser Erfahrung davon aus, dass Anträge und Forderungen oder ermahnende Briefe wie der oben beschriebene an die Teilnehmer*innen der Kabul Conference 2010, die über das Versöhnungsprogramm mit den Taliban und weitere Gruppen beschlossen haben, keine Aussicht auf Erfolg haben, solange sie nicht mindestens durch öffentliche Proteste begleitet werden. „Wir wissen, dass die Kriegsverbrecher vor solchen öffentlichen Auftritten Angst haben. Denn natürlich möchten sie, dass ihre Verbrechen in Vergessenheit geraten.“ (Weeda Ahmad, SAAJS, ebd.) Bei ihren Demonstrationen, beispielsweise zum Internationalen Tag der Menschenrechte und Nationalen Tag der Opfer am 10. Dezember 2014, ruft SAAJS dazu auf, eine breite Bewegung aufzubauen, die die Verbrecher vor Gerichte bringt.

„Justice claimant institutions, independent and democrat individuals, victims' families and all other people should put hand to hand for a national movement to put the criminals on trial. If we don't unite and raise our voice, we should expect more tragic and bloody days in future.“ (SAAJS-Erklärung, 10.12.2014)

Bisher wird nicht verhindert, dass SAAJS am 10. Dezember demonstriert. Es ist das einzige wirksame Zugeständnis der afghanischen Regierung seit Bestehen des TJ-Aktionsplans, dass der 10. Dezember offiziell zum Nationalen Tag der Opfer der

Kriege erklärt wurde. Doch während sie am 10. Dezember 2010 noch die Genehmigung erhielten im Anschluss an die Demonstration eine Gedenkfeier in der Nähe des Gefängnisses Puhl-e Charkhi durchzuführen, in dem viele Tausende Folter erlitten und verschwanden, wurde ihnen das im Jahr darauf vom Innenministerium verwehrt. Stattdessen organisierte SAAJS dann 2011 ein Gedenken im Stadtteil Afshar, wo 1993 ein Massaker, Plünderungen und Versklavungen stattgefunden hatten. Auch Demonstrationen zu anderen Anlässen, wie beispielsweise zur Kabul Conference, wurden bereits mehrfach nicht genehmigt. Im Jahr 2008 hatte SAAJS trotz fehlender Genehmigung demonstriert.

„Bei unserer letzten Demonstration am 12. Juni hat uns das Innenministerium keine Genehmigung erteilt. Wir sind trotzdem auf die Straße gegangen. Daraufhin drohte die Polizei, uns ins Gefängnis zu werfen, und hat einige von uns von der Demo entfernt. […] Noch sind wir eine kleine Gruppe, das bedeutet für sie noch keine große Gefahr. Wird unsere Zahl aber größer, dann werden sie nicht untätig bleiben." (Weeda Ahmad, SAAJS, Interview in taz, 02.08.2008)

POLITISCHE HANDLUNGSRÄUME

Im September 2013 veröffentlichte der niederländische staatliche Ankläger Thijs Berger auf der Website der Staatsanwaltschaft eine Liste mit annähernd 5000 Namen von Personen, die zwischen April 1978 und Dezember 1979 im Gefängnis Pul-e Charkhi, außerhalb von Kabul, umgebracht wurden. Berger hatte gegen den Leiter der Verhörabteilung des Afghan Security Service (AGSA, dem Vorgänger des KhAD), „Commander C." respektive Amanullah Osman, wegen schwerer Menschenrechtsverbrechen ermittelt. Osman stand kurz vor der Verhaftung und Anklage unter anderem für die Erteilung von Befehlen zu Folter und zu außerjuristischen Hinrichtungen, als er 2012 verstarb. Der führende Geheimdienstler hatte bestätigt, dass er Hinrichtungen schriftlich angeordnet hat und auf die Frage, ob jemand in seiner Haft misshandelt wurde, antwortete er: „Of course, and I was responsible for that maltreatment. That is how things go in Afghanistan." (Zit. nach Loyn 26.08.2014) Aufgrund seiner Angaben wurde Osman in den Niederlanden Asyl verweigert, doch er wurde auch nicht ausgewiesen. Die vom afghanischen Staat erstellte Liste der Getöteten war ein wichtiges Beweismittel der Ermittlungsunterlagen. Thijs Berger erkannte die Bedeutung dieser Liste für die Menschen, die auf ihre Verschwundenen warten, für die afghanische Gesellschaft und die Menschenrechtsarbeit und wollte nicht, dass sie in einer Asservatenkammer verschwindet. Er sah eine Verpflichtung gemäß der International Convention for the Protection of All Persons from Enforced Disappearance. Berger sagte einem

BBC-Reporter: „We're talking about over 30 years of war crimes being committed by all sides. And nothing is really being done about it." (Loyn, 26.08 2014)

Die Liste aus den niederländischen Ermittlungsakten beinhaltet nur einen kleinen Anteil der gesamten Zahl an illegal Hingerichteten aus dieser Zeit. Die Säuberungsaktionen betraf alle, von denen vermutet wurde, dass sie nicht der Parteilinie der sozialistischen Khalq entsprechen, einschließlich aus den eigenen sozialistischen und anderen linken sowie feministischen Kreisen (ausführlich dazu im Kapital zu RAWA). Auf der Liste sind Lehrer, Schüler, Händler, Ladenbesitzer, ein Busfahrer, ein Postzusteller, ein ehemaliger Richter, Bauern und auch Mullahs verzeichnet. Auf dem Polygon-Feld neben dem Gefängnis wurden Nacht für Nacht Gefangene erschossen und auch lebend mit Bulldozern zugeschüttet. „Every midnight they would come, call the names and kill them. From midnight, if your name was not on the list, you had a chance to live for another 24 hours", berichtet Habib Rahman, der die Haft durch Zufall überlebte (zit. nach Loyn 26.08.2014). Patricia Gossman, die für Human Rights Watch und das International Center for Transitional Justice gearbeitet hat, erläutert dazu: „Their approach was not to put these people on trial as traitors or anything but just to get rid of them." (Zit. nach ebd.). Als Teil der Kontrollbestrebungen während der Durchführung radikaler Reformen nach einer gewaltsamen Machtübernahme im April 1978 wurden in den Städten und vor allem auf dem Land Massenmorde begangen.

Die Veröffentlichung der Liste im September 2013 löste in Afghanistan unmittelbar eine Reihe von öffentlichen Gedenkfeiern, Demonstrationen und politischen Diskussionen aus. Die mehrere zehntausend Toten dieser Zeit bekamen Namen und Gesichter, die Suche nach Angehörigen, die 35 Jahre lang verschwunden blieben, konnte beendet werden; Totenfeiern konnten organisiert werden (vgl. Arbabzadah 2013). Mit Kerzen und Fotos der Verstorbenen wurden öffentliche Gedenkorte feierlich gestaltet. Erst als der Druck zu groß wurde, gab auch die Regierung ihre anfängliche Zurückhaltung auf. Aufgrund der massiven Proteste und da es sich um Tote in der Verantwortung der sozialistischen Regierung handelt, riefen schließlich auch die Mujaheddin zusammen mit der Regierung Karzai zum Gedenken auf. Eine zweitägige offizielle Trauer und der Bau einer Gedenkmoschee wurden beschlossen. „The government was afraid as always that this was the beginning of a process, and it will not stop just in this era of the Communists", kommentierte der Menschenrechtsaktivist Nader Nadery (zit. nach Nordland, 30.09.2013). „Those in the government were also involved in the '90s, and the Taliban also committed similar atrocities." (Ebd.)

Es war neu, dass über Verbrechen der Vergangenheit geredet wurde und dass einzelne Geschichten über persönliche Schicksale eine breite Öffentlichkeit erreichten. Die meisten Programme in den öffentlichen Medien, die Themen der Transitional Justice behandelten und die von den Geschichten der Opfer berichteten, waren zu diesem Zeitpunkt bereits wieder eingestellt worden, meist aufgrund gestrichener

Fördermittel (vgl. Kouvo, 27.11.2011). Die Verbrechen der Vergangenheit sind überall in der afghanischen Gesellschaft lebensprägend und das Verlangen nach Gerechtigkeit ist sehr drängend, auch wenn das nur mit großer Vorsicht geäußert wird. Das Bekanntwerden der Namensliste der Toten rührte die festgefahrene Situation auf und löste eine Welle von Gedenkveranstaltungen, geäußerter Bedenken und Forderungen aus. Letztere betrafen auch die Verbrechen, die in späteren Phasen begangen wurden und für die andere verantwortlich sind.

„Another former official who is frequently mentioned is retired Gen. Abdul Wahid Taqat, who headed the intelligence services under the last Afghan Communist government. General Taqat called the publication of the lists a plot against him to thwart his own presidential aspirations. ‚I am ready to answer for our part, but how about thousands of others who were killed', Mr. Taqat said. ‚It is not only the Communists, but dozens of Afghan leaders have killed innocent people for the sake of their Russian and British bosses. If those leaders can be prosecuted, then I am ready to be prosecuted as well.'" (Nordland, 30.09.2013)

Diese Stimmung wird von Organisationen aufgegriffen, die sowohl dafür demonstrieren, dass die Verbrecher der sozialistische PDPA-Regierung ab 1978 als auch die Verbrecher der Phasen 1992-1996 (Machtkämpfe der Mujaheddin), 1996-2001 (Taliban) und nach 2001 ihre Positionen in Parlament und Regierung aufgeben müssen und angeklagt werden. Das macht auch die Social Association of Afghan Justice Seekers.

Unter anderem organisierte SAAJS am 9. Dezember 2013 eine Foto-Ausstellung im kriegszerstörten Darul-Aman Palast in Kabul. Etwa 1000 Fotos von Opfern der Kriege und von den Gewalttaten der letzten mehr als drei Jahrzehnte wurden in den Kriegsruinen des Palastes ausgestellt, der in den 1920er Jahren gebaut wurde, um nach demokratischen Reformen das Parlament zu beherbergen[18]. Weitere Foto-Ausstellungen in den Straßen von Kabul und Herat sowie Programme, bei denen unter anderem die Opfer ihre Geschichten erzählen, wurden von SAAJS in den Jahren 2013 und 2014 durchgeführt.

„The exhibitions and programs are conducted for a week and we have declared it as the victims' week. It is dedicated to the victims of the massacres of 1978 and other massacres during Mujahideen war. We condemn the criminals and attempt to educate the young generation." (Weeda Ahmad, Interview von Paiwandgāh.af, 10.12.2014)

18 Der Plan, dort das neue Parlament einzurichten, kam durch den Sturz Amanullah Khans nicht mehr zustande. Unter anderem wurden in dem Gebäude vor seiner Zerstörung zeitweilig das Nationalmuseum Kabul und das Verteidigungsministerium eingerichtet.

Die Forderung nach der Entfernung von Kriegsverbrechern aus der Regierung und von anderen Machtpositionen sowie die Forderung nach Strafverfolgung wird zu diesem Zeitpunkt bereits von mehr Gruppen aufgegriffen als nur den Victims' Organizations und den Organisationen, die ihren Schwerpunkt in der Arbeit für Transitional Justice haben. Unter anderem führt die Solidaritätspartei Afghanistan seit 2012 Demonstrationen mit dieser Forderung durch und wäre beinahe deswegen verboten worden. Die künstlerische Organisation AHRDO erreicht über die Durchführung von Ausstellungen in öffentlichen Räumen, in denen sie sogenannte Memory Boxes zeigen, die von den Opfern der Kriege und Gewalttaten erstellt wurden, dass die Notwendigkeit von Erinnerungsarbeit breit und bis hinein in Ministerien diskutiert wird.

Wenige Monate nach der Veröffentlichung der Liste mit den knapp 5000 Namen führt SAAJS am 9. Januar 2014 zusammen mit einer lokalen Organisation von Angehörigen von Opfern eine große Gedenkfeier in Yakawlang, Provinz Bamiyan, durch. Dort waren 13 Jahre zuvor 300 unschuldige Menschen willkürlich durch ein Taliban-Massaker umgebracht wurden. Bei der Gedenkfeier in einer Moschee, an der über 2000 Männer und Frauen teilnehmen, wird das Amnestiegesetz verurteilt und es wird versprochen, nicht aufzuhören bis die Täter solcher Katastrophen sich vor der Justiz verantworten. Angehörige der Opfer halten Reden, in denen sie Präsident Karzai kritisieren, weil er die Opfer vergisst und Kriminellen Machtpositionen gibt, die dann ihre Grausamkeiten fortsetzen.

Anlässlich dieser Gedenkfeier wurden ein großes Banner sowie Plakate mit den Gesichtern und Namen der Ermordeten erstellt. Das Plakat wurde überall in den Straßen geklebt und während der Zeremonie an die Teilnehmenden verteilt. Dort ist unter anderem zu lesen: „Geschäfte und Verhandlungen mit kriminellen Taliban, diesen Mördern der Menschen von Yakawlang, sind ein Betrug an den Opfern!“ (SAAJS: o.A., Januar 2014, Übers. d. A.)

Mit diesen Aktivitäten wird eine andere historische Phase von Verbrechen der Vergangenheit in die öffentliche Debatte gebracht. Darüber hinaus wird die Ablehnung des Verhandlungsprozesses mit den Taliban, der auf Amnestie und Beteiligung an der Regierung aufbaut, über diese Gedenkaktivitäten ausgedrückt. Über das praktische Handeln und öffentliche Gedenken wird dabei mit vermittelt, dass die Opfer mit ihren Gefühlen, Bedürfnissen und Wünschen im Vordergrund stehen sollten. „If I rise up, if you rise up, all will rise up“, (SAAJS, ebd.) steht als motivierender Slogan auf dem Plakat zur Gedenkveranstaltung in Yakawlang gedruckt, zusammen mit einer Widmung an die Opfer selbst: „Innocent Martyrs of Yakawlang! Sleep in peace, we will never stop till bringing to justice and punishment your murderers.“ (Ebd.).

Hezbe-Hambastagi/Solidaritätspartei Afghanistan (SPA)

DAS PROFIL EINER DEMOKRATISCHEN, FORTSCHRITTLICHEN PARTEI

„Als Antwort auf die Zustände in unserem Land haben wir als Gruppe progressiver und prodemokratischer Intellektueller im Jahr 2004 beschlossen, die Solidaritätspartei Afghanistan aufzubauen." (Rasikh 2016: 30) Hezbe-Hambastagi, die Solidaritätspartei Afghanistan (oder kurz SPA für Solidarity Party of Afghanistan), ist eine demokratische und fortschrittliche Partei, die für „ein unabhängiges, freies, demokratisches und unteilbares Afghanistan [eintritt], in dem alle Menschen Afghanistans ohne jedwede Diskriminierung leben werden, weder aufgrund ethnischer, Gender-, Stammes-, religiöser, sprachlicher oder regionaler Zuordnung" (Parteiprogramm SPA, Übers. aus dem Englischen d. A.). Die Aktivist*innen der SPA streben eine Demokratie an, die auf Säkularismus beruht, stellen sich gegen alle Ausprägungen von religiösem Fundamentalismus, gegen reaktionäre Kräfte und gegen die Einmischung durch andere Länder. Sie fordern den Abzug des US- und NATO-Militärs.

Die Solidaritätspartei ist in allen Provinzen des Landes aktiv und hat weit über 30.000 Mitglieder. Ihre Aktivitäten sind vor allem durch die zahlreichen Demonstrationen gekennzeichnet, die sie bei einigen Anlässen in bis zu sieben Provinzen gleichzeitig durchführen, aber vor allem in den Städten Kabul, Herat, Jallalabad und Mazar-e Sharif. Die Partei wird durch sehr junge Personen – auch in führenden Positionen – geprägt. Es wird ein Profil vertreten, das nicht eine bestimmte Ideologie betont, sondern anstrebt, eine große Breite von Menschen einzubeziehen. Die anti-fundamentalistische Haltung ist grundlegend wie auch das Eintreten für Demokratie, Frauenrechte und soziale Gerechtigkeit; zudem die Zurückweisung von Diskriminierungen auf das Basis ethnischer, religiöser, geschlechtlicher oder anderer Zuordnungen. Die Wurzeln einiger der Gründungspersonen liegen in den links-revolutionären Organisationsstrukturen der 1970er Jahre, die sich während der bewegten 68er-Schüler*innen und Studierenden-

kämpfe in Abgrenzung sowohl zu den reform-sozialistischen Gruppen als auch vor allem zu den reaktionär-islamistisch-fundamentalistischen Gruppen entwickelten. In den 1980er Jahren bildeten diese links-revolutionären Organisationen einen Teil des Widerstandes gegen die repressive, despotische Herrschaft der „reform-sozialistischen" Demokratischen Volkspartei Afghanistan, die sich 1978 an die Macht geputscht hatte, sowie gegen die sowjetische, militärische Invasion ab Ende 1979. Sie kämpfen gleichzeitig auch immer gegen islamistische Organisationen. Nur wenige linke und moderate Aktivist*innen überlebten die 1980er und 1990er Jahre.

EINE PARTEI FÜR BASISPOLITISCHE ARBEIT

Es ist für die Solidaritätspartei ein zentrales Anliegen, mit der Bevölkerung des Landes jenseits der zahlreichen Spaltungslinien aufgrund ethnischer, sprachlicher, Gender- und anderen Zuordnungen hinweg tief verwurzelt zu sein – ein äußerst ungewöhnlicher Grundsatz in Afghanistan. Die Solidaritätspartei unterscheidet sich damit bewusst von vielen anderen afghanischen Parteien, Organisationen und Führungspersonen, die ihren politischen Einfluss im Land in der Regel mit viel Geld und Korruption, mit Verbindungen zu machtvollen ausländischen Partnern, mit ethnischen und Stammesloyalitäten bzw. Rivalitäten und auch mit repressivem Druck und Waffengewalt durchsetzen.

Ein Mitglied der Solidaritätspartei erklärt seine Entscheidung zwischen den 110 politischen Parteien, die sich mit Beginn der Karzai-Regierung gründeten, folgendermaßen:

> „When I studied their programs, Hezbe Hambastagi was the best, because there is no discrimination. They include all ethnics and groups, women and men are there. They believe that they should improve people's political thinking and they should improve political knowledge among people. They say, they should not keep people in darkness. Otherwise other parties they believe that it is better to leave people in darkness and don't give them political awareness, but they [SPA] believe in giving political awareness. And they believe that men and women should struggle, they believe in women's rights and human rights. Other parties are founded according to a religious base or to a particular ethnic group. But Hambastagi works all over Afghanistan and is not based in that. The ministry said, that it is only Hezbe Hambastagi that doesn't have discrimination and who is working all over Afghanistan. Others don't work for the people." (Sharq, Interview in Kabul, 18.02.2011)

Während andere Parteien nur in Kabul in ihren Büroräumen herumsitzen würden, arbeite Hezbe Hambastagi tatsächlich in den Provinzen, selbst in den abgelegendsten Dörfern wie seinem Heimatdorf, hebt Ahmad Sharq hervor.

Parlamentarische Einflussmöglichkeiten und demokratische gesellschaftliche Veränderungen auf dem parlamentarischen Weg zu erreichen, sieht die Solidaritätspartei derzeit in Afghanistan nicht als gegeben. Dieses strittige Thema hatte im Zeitraum 2009/2010 einen Generationswechsel innerhalb der Partei bewirkt. Heute sind viele leitende Positionen innerhalb der Partei von sehr jungen Leuten besetzt. Die zahlreichen neuen, jungen Mitglieder hatten den Kompromisskurs der alten Führung, die bei den ersten Präsidentschaftswahlen nach der Intervention im Oktober 2004 Hamid Karzai unterstützt hatte, nicht mehr mitgetragen und als Fehler kritisierten (Gespräch mit Mahmoud Pahiz in Berlin, 07.12.2011). Das Demokratisierungsexperiment unter Karzai hält die junge Generation für gescheitert und lehnt eine – auch eine sich kritische verstehende – Beteiligung ab (vgl. Ruttig, 11.06.2012).

Konsequenterweise hat sich Hezbe Hambastagi seit dem Jahr 2009 nicht an den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen beteiligt, sondern diese boykottiert.

„America and the Hamid Karzai government they want people like us to be inside the parliament [...] to show to the world that we have democracy in Afghanistan. But nobody hears their voices and they are just kicked out of the parliament [wie die Frauenrechtlerin Malalai Joya]. If we would accept to be the servant of a certain country, then they will pay the money, they will pay for our confine and everything. We didn't accept such thing." (Mahmoud Said Pahiz, Sprecher SPA, Interview in Kabul, 13.07.2010)

In einem Parlament, das zu 90 Prozent mit Vertreter*innen fundamentalistischer Organisationen, mit reaktionären Warlords, Land- und Drogenmafia besetzt ist, gibt es ihrer Meinung nach kaum Möglichkeiten für Einflussnahme. „Last time when we had candidates, when they sat in parliament they could not say about their party's views and aims. They couldn't raise their voices, because the mayority of the parliament were the people who are against them and the criminals. They couldn't talk." (Ebd.) Statt auf dem parlamentarischen Weg, der keinerlei Chance auf wirkliche Veränderungen eröffnet, setzten sie auf basispolitische Organisierung.

„[W]e want the changes form the basis, initially [from the grassroots, fundaments[19]] we want it to be changed. Because the government is the criminals. They have prooved themselves for the people of Afghanistan that they are criminals. They just come here to fill their pockets with money." (Ebd.)

19 Die Übersetzerin hatte Schwierigkeiten, einen passenden Begriff im Englischen zu finden.

BASISARBEIT TROTZ BEDROHUNGEN UND ERMORDUNG

Die Solidaritätspartei Afghanistan organisiert Menschen an der Basis der Gesellschaft, unabhängig von Sprachen- und Stammesgruppen oder anderer Trennungen, die in Afghanistan wieder zunehmend geschürt werden. Frauenrechte durchzusetzen gehört zu den erklärten Zielen der Partei. Entsprechend bilden Frauen einen großen Teil der Basis, haben eigene Treffen und eine Frauensprecherin, eine Frau ist stellvertretende Vorsitzende und auch die Sprecherin der Partei ist seit dem Jahr 2014 eine Frau. Um die politische Aktivität von Frauen weiter zu fördern, insbesondere von Frauen, die im ländlichen Bereich leben, werden Alphabetisierungskurse und politische Bildungsarbeit durchgeführt. Ihre Parteibasis erstreckt sich über das gesamte Land und umfasst beinahe alle 34 Provinzen. Das hat es der Partei auch nach der Änderung des Parteiengesetzes im Jahr 2010 ermöglicht, die erforderlichen 10.000 Unterschriften vorzulegen. Von den zuvor registrierten über 100 Parteien ist dieser Nachweis von nun erforderlichen 10.000 Unterschriften – statt der zuvor nötigen 700 – nicht einmal der Hälfte gelungen (vgl. SAWAN 2012). Tatsächlich legte die Solidaritätspartei noch deutlich mehr Unterschriften vor, trotz der hohen Anforderungen, die Angaben zum Bildungshintergrund der unterzeichnenden Parteimitglieder verlangten sowie ein Mindestalter von 25 Jahren. Als ich im Sommer 2010 das Parteibüro in Kabul besuchte, wurde mir das große Regal mit den vielen Ordnern gezeigt, in denen sie gerade die umfangreichen Nachweise sammelten. Bevor er mir die Regale zeigte, gab der damalige Parteisprecher Mahmoud Pahiz, den ich im Gespräch nach ihren derzeitigen Zielen gefragt hatte, diese für mich sehr unerwartete Antwort:

> „The next goal is to finish the registration of our party. [...] It is taking too long. […] And we had to provide them evidence that we don't have weapons, how much is the asset, how much cars and anything we have. If we are related to certain groups or not. And all the things we had to provide for the intelligence service and different ministries." (Mahmoud Said Pahiz, Sprecher SPA, Interview in Kabul, 13. Juli 2010)

Das ist eine aufwendige Aufgabe, zumal die Parteiarbeit in vielen Provinzen aufgrund der Gefährdung durch die lokale Macht reaktionärer, fundamentalistischer Warlords oder den Einfluss der Taliban bzw. anderer fundamentalistischer Gruppen nicht offen stattfinden kann. „We cannot, some of my party, my friends, we cannot trust everybody. That's because we need to have some underground activity." (Ahmad, Name geändert, Interview in Kabul, 13.08.2010). In der Provinz Farah wurde am 22. Oktober 2013 ein aktives Parteimitglied der Solidaritätspartei auf dem Weg in sein Heimatdorf von Taliban gestoppt und erschossen. Der getötete Noor Ahmad (nicht derselbe Ahmad wie zuvor) war unter anderem im Distrikt

Komitee von Hezbe Hambastagi im Distrikt Qala-e-Kah tätig. „His only crime was serving people and working for their wellbeing which the lackey Taliban consider it infidelity and illegitimate“, erklärte die Solidaritätspartei (SPA-Erklärung, 14.11.2013). Als ich im Mai 2009 erstmals Kontakt zu einem Vertreter der Solidaritätspartei hatte, berichtete mir dieser von der Schließung von Parteibüros in Provinzen aufgrund finanzieller Schwierigkeiten und vor allem aufgrund der Sicherheitsbedrohung. Zwei Parteimitglieder waren zuvor ermordet worden.

„We have several security problems. For example, government made a case against me what was completly a lie, not more than a lie. I went to court, I had to give them some money, I had to spend time. We lost two of our people. One was the head of Solidarity Party in Helmand and Taliban killed him [im Jahr 2006]. The other one they killed in Farah. We had different branches in the provinces, but for that reason – two reasons: one is financial problems, the other one is security problems – mostly security problems, so we closed the offices in the provinces. We only have one office in Kabul city now.“ (Massud Mattin, damaliger Sprecher SPA, Interview in Kabul, 17.05.2009)

In der Provinz Bamiyan traf ich später ein aktives Parteimitglied, dessen Aktivitäten in seiner Umgebung nicht bekannt werden dürfen. Der Stand der Basisarbeit in seiner ländlichen Umgebung wurde mir von ihm im Sommer 2010 erklärt. Er verbreitet die Zeitung der Partei, diskutiert mit den Menschen über die Politik und hat auch 700 Unterschriften für die Parteiregistrierung gesammelt. Er erklärt, dass die Menschen sich organisieren, aber auch Zeit brauchen. Es bestehe bereits die breit geteilte Einschätzung, dass von dieser Regierung keine positiven Veränderungen zu erwarten sind, dass es einen grundlegenden Wandel braucht und die Warlords, Druglords, Landlords und Verbrecher entmachtet werden müssen. Auch sei eindeutig, dass eine Verhandlungslösung mit politischer Macht für die Taliban nicht akzeptiert würde. Doch nicht alle würden die Hoffnung teilen und das Vertrauen in die Menschen haben, sich zu organisieren und Veränderungen herbeizuführen. Andere würden sich schwach und machtlos fühlen. Noch würde die Einheit der Menschen fehlen (Interview mit dem Dorfsprecher in einem Ort der Provinz Bamiyan, 09.08.2010).

Dieses aktive Parteimitglied aus der Provinz Bamiyan handelt im Untergrund aufgrund der Gefährdung durch den lokal herrschenden Warlord, dessen Namen niemand aussprach. Andere Funktionäre werden durch Staatsorgane bedroht, wie der Leiter der Solidaritätspartei für die Provinz Nangahar, Ashaq Gharsy, aus eigener Erfahrung berichtet:

„They are warning the people who are helping us. After the demonstration in solidarity with the struggle in Iran and against the executions they invited me to intelligence service and interrogated: ‚Why did you burn picture of Khomeni, Iranian leader? Why are you talking against Pakistan and the US?‘ And they warned me: ‚You must not be like this in future.‘

They cannot give the permission for demonstration against Iran. The director of police told clearly: ‚If you do demonstration against Iran you should be in jail.' I answered: ‚Yes, if you want I can go to jail. It is no problem.'" (Ashaq Gharsy, SPA, Interview in Jallalabad, 21.03.2011)

Seit 2010 sind Demonstrationen in den Städten Kabul, Herat, Mazar-e Sharif, Jallalabad und weiteren Orten ein wichtiger Bestandteil der basispolitischen Arbeit von Hezbe Hambastagi. Mit diesen Demonstrationen wird auch gezeigt, dass, trotz aller Risiken, ein öffentlicher Ausdruck von Widerspruch zu den Entwicklungen mit dem „Wiederaufbau" möglich ist und eine wichtige politische Dynamik in Gang setzt. „Trotz Drohungen sind wir aktiv. Unsere Losung ist die Forderung nach Demokratie. Das findet Zustimmung bei den Menschen." (Pahiz, SPA-Sprecher, Workshop in Berlin, 29.01.2011)

Hezbe Hambastagi hat insbesondere auf junge Leute eine große Anziehungskraft, auch aufgrund ihres direkten und offen-konfrontativen Auftretens mit Demonstrationen und den politischen Erklärungen dazu. Ein junger Aktivist der Partei, den ich im Oktober 2012 in einem Workshop kennenlernte, den ich mit Mitglieder von Hezbe Hambastagi durchgeführt habe, erzählte wie er zur Partei kam: Als er noch zur Schule ging, hörte er von Hezbe Hambastagi, von ihren Demonstrationen und anderen Aktivitäten. Er verfolgte das auf deren Website und bei Facebook. Jetzt sei er für sein Studium aus der Provinz Farah nach Kabul gekommen. Er betont, dass er sich zuerst bei Hezbe Hambastagi „eingeschrieben" habe und danach erst an der Universität. Einige junge Frauen im Workshop berichteten ähnliches. Die Aktivitäten und Demonstrationen, die Informationen auf der Website und über Facebook hätten sie motiviert – doch zudem betonten sie, dass diese Organisation für Frauenrechte arbeitet. Eine Studentin bekundet, dass sie nun, wo sie in Kabul sei, zur Solidaritätspartei gekommen ist, um sich selbst zu befreien. Zuvor in der Provinz wären die Schwierigkeiten für Frauen enorm hoch gewesen. Es gäbe keine Rechte für Frauen. „Diese Organisation arbeitet für die Menschen, sie wird durch die Menschen gebildet, durch uns, durch Studierende. Es ist die einzige Organisation, die den Schmerz der Menschen ausdrückt", formulierte eine weitere Person (Gesprächsnotizen, Workshop in Kabul, 10.10.2012).

FRAUENKAMPF VERSUS „GESCHENKTE" FRAUENBEFREIUNG

Der Einsatz für Frauenrechte, die Förderung von Frauen und die gleichberechtigte politische Arbeit von Frauen und Männern haben innerhalb von Hezbe Hambastagi einen sehr hohen Stellenwert. Im Programm der Partei heißt es bei der Auflistung

der Ziele: „To uphold women's rights on the basis of the equality of rights for men and women." (Parteiprogramm SPA) Sehr frauenpolitisch-selbstbewusst sagen sie über sich selbst:

> „The Solidarity Party of Afghanistan (SPA) has a firm belief in the capabilities of Afghan women. We are proud to be one of the few parties in the country who have always been active in the path of women's liberation, both in words and actions. We ignore the imprudent views that a woman is half a man, incapable, and weak, as moronic nonsense." (SPA-Erklärung, 08.03.2013)

Die Solidaritätspartei Afghanistan (SPA) beschreibt Afghanistan als ein großes Gefängnis für die dort lebenden Frauen. Die gegenwärtige Besatzung durch die USA und seine Verbündeten hat die miserable Lage der Frauen für ihre politischen Ziele ausgenutzt. Gleichzeitig sind die größten Feinde der Frauenrechte und Menschenrechte an die Macht gebracht worden, sodass Frauenunterdrückung und Gewalt gegen Frauen weiterhin zum Alltag gehören, analysiert die SPA. „They have given warlords and different species of fundamentalists a free hand in committing violence against our women till today." (SPA-Erklärung, 08.03.2013) Neben Armut und fehlender Gesundheitsversorgung, die die weltweit höchste Müttersterblichkeit in Afghanistan zur Folge haben, werden Frauen Opfer krimineller Handlungen. „Rape and trafficking of women has peaked. Injustice and corruption in the judicial bodies of Afghanistan is even worse than that of the dark era of the Taliban; there are many cases where the Afghan courts have greatly pressurized our browbeaten women, both mentally and physically." (Ebd.) Für diese Verbrechen sind „fundamentalists of every creed" (ebd.) verantwortlich oder sie decken diese: Taliban, die Fraktionen der Jihadis und auch die Velayat-e-Faqih, die Regierung durch islamische Juristen. Es wird hervorgehoben, dass ausgerechnet das Justizministerium und das Verfassungsgericht für die angestrebte Beteiligung der Taliban an der politischen Macht vorgeschlagen werden. „Now this warlord-favoring attitude has reached a point where Karzai offers the Ministry of Justice and Supreme Court to the Taliban, these enemies of women and humanity, so that they can freely implement their savage laws on our unfortunate women once again." (Ebd.)

Im Westen propagierte Fortschritte für Frauen in Afghanistan würden nur einer sehr kleinen Minderheit von Frauen helfen. Diese wenigen Frauen würden als Symbole der Emanzipation missbraucht. „They have placed a few women here and there as vitrines." (Ebd.) Dazu gehören das Frauenministerium, die Frauenquote im Parlament und die Benennung von Frauen als Ministerinnen, Gouverneurinnen und für andere Staatsposten. Immer die gleiche Handvoll Frauen würden zu internationalen Treffen eingeladen, wo diese die fortgesetzte Präsenz des internationalen Militärs befürworten. Hiermit würde einer Empfehlung des US-amerikanischen Auslandsnachrichtendienstes CIA, Central Intelligence Agency, gefolgt, die betont, dass afghan-

ische Frauen am besten geeignet seien, um Skeptiker*innen in den europäischen Gesellschaften von der Notwendigkeit des Krieges zu überzeugen (vgl. CIA Red Cell, 11.03.2010).

Als im März 2015 die Religionsstudentin Farkhunda Malikzada nach einem religiösen Streitgespräch mit einem Amulettverkäufer vor einer Moschee von diesem lautstark beschuldigt wurde, Teile des Korans verbrannt zu haben, entbrannte unmittelbar eine Lynchmobstimmung unter den sie umgebenden Männern. Obwohl auch zahlreiche Polizisten anwesend waren, wurde die junge Frau von Hunderten Männern beschimpft, gedemütigt, geschlagen und getreten. Ihre brutale Misshandlung und Ermordung – sie wurde von einem Dach gestoßen, von einem Auto überrollt und mitgeschliffen, in ein Flussbett beworfen, mit Steinen beworfen und verbrannt – fand mitten am Tag, mitten in der Innenstadt von Kabul statt, und wurde unmittelbar von zahlreichen Handykameras aufgezeichnet und in sozialen Netzwerken verbreitet. Gewalt und Morde an Frauen bleiben erfahrungsgemäß straffrei; dieser hemmungslose Gewaltakt der anwesenden Männer ist ein Ausdruck dieser frauenfeindlichen gesellschaftspolitischen Situation. Doch dieser Mord an Farkhunda brachte das Fass zum Überlaufen. Anstatt sich immer vorsichtiger und zurückhaltender zu verhalten – Afghanistan wurde 2011 von der Thomson Reuters Foundation als das weltweit gefährlichste Land für Frauen eingestuft (vgl. Anderson 2011) –, sind Frauenrechtlerinnen offensiv aufgetreten und haben sich, weltweit wahrgenommen, über religiöse und traditionelle Gewohnheiten hinweggesetzt und erstmalig in Afghanistan als Frauen den Sarg zum Grab zu tragen. Ein reaktionär-frauenfeindlicher Mullah, der den Mord zudem in öffentlichen Stellungnahmen legitimiert hatte, wurde daran gehindert, ein Totengebet am Sarg von Farkhunda zu sprechen. Weltweit unterstützte Kampagnen für Gerechtigkeit und die Aufklärung und Bestrafung von Frauenmorden und konkret der Mörder von Farkhunda entstanden. „[…] Farkhunda's innocent blood tore away the mask of the obscurantist criminals, and for the first time in years galvanized our people into clamouring for justice and standing up against the barbarism of the fundamentalists." (SPA-Erklärung, 17.03.2016) Die Solidaritätspartei Afghanistan organisierte Demonstrationen und forderte eine angemessene Verurteilung der Mörder. „Without seeking justice for blood of Farkhunda, chanting slogans of women's rights is betrayal to women! If the corrupt and traitor courts of Afghanistan forgive them, our people will not forgive!" (SPA-Erklärung, 06.07.2015) Die Aktivist*innen der Solidaritätspartei machten deutlich, dass es nicht ausreicht, einige Polizisten zu entlassen, einige vorgeschobene Täter zu präsentieren und halbherzige Prozesse zu führen. Neben einem ernsthaften, den Frauenmord nicht gering wertenden Gerichtsverfahren, forderte die Solidaritätspartei auch dazu auf, die vielen anderen Frauenmorde vor Gericht zu bringen: Morde durch häusliche Gewalt, Morde durch die Taliban, durch regionale Warlords und auch Morde durch diejenigen, die in der Regierung oder im Parlament sitzen. Es müssten diejenigen aus politischen Machtpositionen entfernt werden, die

Straflosigkeit für Gewalt und Mord an Frauen mitbewirken (ebd.). Nur so können die ungestraften Morde beendet werden.

Um ein besonderes, unübersehbares Symbol dieses Widerstandes gegen Frauenmord zu schaffen, hat die Solidaritätspartei an der Stelle, wo der Mord an Farkhunda geschehen war, ein ca. sieben Meter hohes „Shaheed Farkhunda Monument" errichtet. Sie haben dafür mit anderen fortschrittlichen, Frauenrechte unterstützenden Organisationen zusammengearbeitet, viel Geld durch kleine Spenden gesammelt, Genehmigungen durchgesetzt, viele Arbeitsstunden investiert und am Jahrestag des Mordes eine große Einweihungsfeier mit Musik, Theater und Reden organisiert. „[T]he blood of the martyred Farkhunda is the conscience of every honorable Afghan. Let us not allow the traitors to trample on our conscience and our honor." (SPA-Erklärung, 17.03.2016) Die mutigen Proteste für Gerechtigkeit für Farkhunda und gegen weitere Frauenmorde waren dermaßen kraftvoll, dass Selay Ghaffar von der Solidaritätspartei davon sprach, dass dies der Beginn eines Aufstandes sei, doch dieser müsse in Bewegung bleiben (vgl. Sarkar, 08.04.2015).

Auch vor diesen Ereignissen hat Hezbe Hambastagi Veranstaltungen organisiert, die den Kampf für Frauenrechte ins Zentrum stellen. Seit dem Jahr 2006 organisiert die Solidaritätspartei in der Provinz Nangahar Feiern anlässlich des 8. März, dem Internationalen Kampftag der Frauen. Es sind große Versammlungen mit Reden, Musik und Theater gegen Frauenunterdrückung. Sie tun dies trotz großer finanzieller Schwierigkeiten, betont der regionale Leiter der Partei. Diese 8.-März-Feiern seien ihnen sehr wichtig (Ashaq Gharsy, Interview in Jallalabad, 21.03.2011). Auch in der Hauptstadt des Landes, in Kabul, hat die Solidaritätspartei 2013 eine zentrale Feier zum 8. März mit etwa 1000 Teilnehmenden durchgeführt.

Die Solidaritätspartei stellt in ihrer Erklärung zum Internationalen Kampftag der Frauen, am 8. März 2013, heraus, dass Frauenbefreiung nicht von außen „geschenkt" („gifted") werden kann. Stattdessen wäre es in allen Ländern immer ein langer Kampf sowie koordinierte und harte Arbeit von Frauenorganisationen gewesen, durch die Frauenrechte durchgesetzt wurden. „Only women can free themselves through a consious and united struggle for their rights." (SPA-Erklärung, 08.03.2013)

Damit Frauen direkt gehört werden, hat die Solidaritätspartei im Juni 2013 auf einem internationalen Treffen in Pakistan beschlossen, zukünftig eine 50-Prozent-Teilnahme von Frauen an Konferenzen zu sichern (vgl. SPA-Konferenz-Resolution, 24.06.2013). Die Frauen in der Solidaritätspartei treffen sich zu regelmäßigen Frauenversammlungen. Es gibt eine Frauensprecherin, die an allen wichtigen Treffen der Partei und mit Bündnispartnern teilnimmt und die Partei auch im Ausland vertritt. Die politische Arbeit von Frauen wird sehr hoch geschätzt und für die Zukunft wünschen sich die Aktivist*innen von Hezbe Hambastagi eine Frau an der Spitze der Partei. „[W]omen have practically proved that when they arise, they can play a worthy part better than men can. We hope for a day when one of our female cadres becomes the leader of our party." (SPA-Erklärung, 08.03.2013)

SOLIDARITÄT MIT ANDEREN BEFREIUNGSKÄMPFEN UND BEWEGUNGEN

Am Ende der Seiten ihrer Website fasst die Solidaritätspartei ihre Ziele kurz zusammen und nennt als letzten Punkt: „Defending the emancipatory and progressive struggles of captive nations of the world" (Website SPA). Die Aktivist*innen der Solidaritätspartei Afghanistan begreifen den Namen ihrer Partei auch in diesem Sinne der internationalistischen Solidarität. Ihrem Namen treu bleibend, hat sich die Solidaritätspartei in den Jahren 2010 und 2011 mit der Freiheitsbewegung im Iran solidarisiert und anlässlich von Hinrichtungen im Iran, die auch Afghan*innen betrafen, eine Demonstration zur iranischen Botschaft durchgeführt. „A lot of people in Afghanistan really appreciated this. There was also a party inside of Iran, which was freedom party, and they appreciated, too. By call and sending email they appreciated the demonstration." (Pahiz, Sprecher SPA, Interview in Kabul, 13.07.2010) Die Aktivist*-innen von SPA erklären, dass der Kampf gegen religiösen Fundamentalismus höchste Bedeutung hat und die Bewegungen miteinander verbindet.

„The movement of our people for independence, freedom and democracy will be fraud, unsteady and very vulnerable without taking decisive and irreconcilable lodgment against the rabid regime of Iran who is playing on the blood of blazing stars of sorrowful heavens of Iran." (Erklärung von SPA, 13.05.2010)

Am 29. Januar 2011, dem Internationalen Tag zur Verteidigung politischer Gefangener im Iran, wurden gleichzeitige Demonstrationen mit einer Beteiligung von insgesamt mehreren tausend Menschen in vier afghanischen Städten durchgeführt. „Long live to solidarity of freedom loving forces of Iran and Afghanistan!", heißt es im Aufruf (SPA-Erklärung, 29.01.2011).

Pakistan als weiteres wichtiges Nachbarland nimmt bei den Solidaritätsbeziehungen der Solidaritätspartei Afghanistan eine wichtige Rolle ein. Am 11. Juli 2011 hat sich die Solidaritätspartei mit den Menschen in Pakistan gegen die pakistanische Regierung solidarisiert, in Jallalabad nahe der Grenze zu Pakistan demonstriert und zum Aufstand aufgerufen:

„The world has changed. The thunderstorms of the Arab Spring are sure to reach Afghanistan and Pakistan and consign the ISI-state[20] of Pakistan and the Mafia-state of Afghanistan like chaff to the dustbin of history. […] Hail to the advent of independence-seeking, democracy seeking national insurrections in Afghanistan and Pakistan!" (SPA-Erklärung, 11.07.2011)

20 ISI (Inter-Services Intelligence) ist der pakistanische Geheimdienst.

Als im Herbst 2014 im Kanton Kobanî in Nordsyrien bzw. Westkurdistan/Rojava die kurdischen Verteidigungseinheiten der YPG (Yekîneyên Parastina Gel) und Frauenverteidigungseinheiten YPJ (Yekîneyên Parastina Jin) die seit Januar 2014 selbstverwaltete Region gegen die Angriffe des Islamischen Staat (IS) verteidigten und am 1. November 2014 zu einem internationalen Aktionstag aufgerufen wurde, hat sich die Solidaritätspartei Afghanistan mit Demonstrationen in sieben afghanischen Provinzen (Bamiyan, Nangarhar, Balkh, Herat, Takhar, Farah und Nimruz) beteiligt. Es wurden Parallelen beschrieben zwischen der Rolle von ISIS im Mittleren Osten und den islamistischen Organisationen in Afghanistan. „This ultra-reactionary and inhumane group [ISIS], like the Taliban and Al-Qaeda, is paving the way, in the name of Islam, for the neo-colonialist schemes of the US and the West." (SPA-Erklärung, 01.11.2014.) Ihnen ist bewusst, dass die fortschrittliche Befreiungsbewegung in Kobanî und alle demokratischen und fortschrittlichen Kräfte in der Region durch die Angriffe der ISIS wieder zum Verschwinden gebracht werden sollen. „[T]he progressive Kobani liberation movement is an eyesore for the US and its allies in the region. They would love for those unrelenting freedom fighters to be suppressed in order for Syria to be drained of any and all democratic and progressive elements." (Ebd.)

Sie schreiben davon, wie der Verteidigungskampf von Kobanî weltweit und auch in Afghanistan eine große Inspiration darstellt: „Kobani has taught valuable lessons to all freedom seekers and has brought unity and a sense of direction to the ranks of anti-imperialist and anti-fundamentalist forces around the world." (SPA-Erklärung, 01.11.2014) Im Selbstverständnis der Aktivist*innen der Solidaritätspartei Afghanistan ist als sehr wichtig, Unterstützung zu geben, trotz der erstickenden Katastrophe mit der sie selbst in Afghanistan zu kämpfen haben. „We call for a joint, unremitting fight against religious fascism and vampire world powers. Defence of the just cause of Kobani is the duty of all who fight for a world free of oppression and injustice." (Ebd.)

Die starke Beteiligung von Frauen an dem in West-Kurdistan/Nordsyrien geführten Kampf ist für die Solidaritätspartei ein wichtiger Bezugspunkt:

> „What makes the Kobani movement an outstanding and awe-inspiring example to the world is the presence of armed women, veritable lionesses, in the forefront of the battles. [...] The radiant example of Kurdish women in Kobani is a great lesson in love of country and of humanity for all captive nations enthralled by puppet regimes, especially for organizations of freedom-loving women." (SPA-Erklärung, 01.11.2014)

Im März 2011 konnte ich auf einer Demonstration der Solidaritätspartei auf einem mitgeführten Plakat lesen: „We sent salutations to brave people of Tunesia, Egypt, Iran, Libya, Yaman etc. for their heroic uprising against tyranny!" Auf einem anderen Poster stand: „Youth of Iran, Egypt, Tunisia, Libya ... Thank you for showing us the way out!" Die Aufstände des Arabischen Frühlings im Jahr 2011 wie auch der Aufbau und die Verteidigung der Selbstverwaltung und Selbstorganisie-

rung in Rojava/Föderation Nordsyrien seit 2013 sind wichtige Inspirationen und Vorbilder für die Aktivist*innen der Solidaritätspartei.

„Our party assigns great value to the global solidarity of democratic and progressiv forces“, hebt Mahmoud Pahiz hervor (Pahiz, Redemanuskript, Berlin, 29.01.2011). Ashaq Gharsy, der Leiter von Hezbe Hambastagi in der Provinz Nangahar, betonte im Gespräch, wie großen Wert sie auf Beziehungen des Internationalismus legen. Sie brauchen diese Beziehungen, sagte er, doch das bedeutet nicht, dass sie diese Beziehungen einseitig begreifen: „We can support them in different situation.“ (Ashaq Gharsy, SPA, Interview in Jallalabad, 21.03.2011)

Die Solidaritätspartei baut solidarische Bezüge sowohl zu „the freedom-loving people of enslaved nations“ (SPA-Erklärung, 06.10.2012) als auch zu sozialen Bewegungen im Westen auf. In den Aufrufen zu Demonstrationen anlässlich des 10. und des 11. Jahrestages der US-Militärintervention vom 7. Oktober 2001 stellt die Solidaritätspartei einen solidarischen Bezug zu weltweiten Antikriegsbewegungen her, die angesichts von 850 globalen Militärstützpunkten der USA bestehen (vgl. SPA-Erklärung 07.10.2011; SPA-Erklärung, 06.10.2012). Auch die Solidarität mit Bradley Manning – inzwischen Chelsea Manning –, die (zuvor der) inhaftiert ist, seit sie 2010 als US-Militärangehörige im Nachrichtendienst Nachweise zu US-Kriegsverbrechen im Irak- und Afghanistan-Krieg zur Veröffentlichung auf Wikileaks weitergab, wird von der Solidaritätspartei Afghanistan im März 2013 mit einer Kundgebung in Kabul ausgedrückt.

Im Weiteren wird in einem Flugblatt der Solidaritätspartei Afghanistan beispielsweise die Occupy Wall Street Bewegung und deren Slogan „Wir sind 99 %“ benannt: „What is certain is that the people of the West have also recognized their ruling regimes' criminal nature, and are standing up against their bullying policies. […] The sparks of the Occupy Wall Street movement and the slogan ‚We are 99 %‘ has not faded.“ (SPA-Erklärung, 06.10.2012) Die Solidaritätspartei unterscheidet klar zwischen den Regierungen und den Menschen, die unter diesen Regierungen leben. Sie beobachten Entwicklungen von Protestbewegungen, wie beispielsweise die Studentenbewegung in Chile, und nehmen Bezug darauf. Bereits vor dem Kampf um Kobanî waren ihnen die kurdischen Frauen ein Vorbild:

> „We can see a clear example in Kurdistan where women have participated actively in all fields and achieved their rightful demands with their own hands. As pioneers in their freedom-seeking war, they have even stood unitedly by the men in their armed struggle.“ (SPA-Erklärung, 8.03.2013)

Bei passenden Anlässen wird von der Solidaritätspartei Afghanistan auch dazu aufgefordert, ihnen gegenüber eine Solidarisierung praktisch zu entwickeln. So erklärte Mahmoud Said Pahiz als Vertreter der Solidaritätspartei Afghanistan auf der Kon-

ferenz „Das andere Afghanistan“, die am 28. und 29. Januar 2011 in Berlin stattfand:

„We request the anti-war forces in Germany, those who defend justice and freedom, not to forget their comrades in Afghanistan. Our call to you is this: If your governments render assistance to the most sanguinary enemies of freedom and democracy, it is you we look to for practical support to the Solidarity Party of Afghanistan and other popular forces, it is you we expect to play your positive role in our people’s struggle for emancipation from the clutches of tyranny and ignorance.“ (Pahiz, Redemanuskript, Berlin, 29.01.2011)

Als im gleichen Jahr, am 3. Dezember 2011, Friedens- und Antikriegsgruppen in Bonn gegen die zweite Afghanistan-Konferenz demonstrierten, 10 Jahre nach dem Petersberger Afghanistan-Gipfel, war Mahmoud Pahiz erneut aus Kabul angereist, um mit motivierenden Reden die Proteste unterstützend dabeizusein.

PROGRESSIVE BÜNDNISSE MACHEN

Als Mahmoud Pahiz, Sprecher der SPA, in Berlin ein Gespräch mit politischen Aktivist*innen führt, betont er die große Bedeutung von Bündnissen (Pahiz, Berlin, 07.12.2011). Um die Arbeit ihrer Partei und für die Menschen in Afghanistan zu stärken, würde die Solidaritätspartei alle Möglichkeiten ausschöpfen, um mit Menschen zusammenzuarbeiten. Es sei nicht wichtig, immer in allem übereinzustimmen. In einem Zeitungsinterview formulierte Hafiz Rasikh von der Solidaritätspartei diese Haltung mit diesen Worten:

„Our main goal is to join forces with all the democratic and progressive voices of Afghanistan. We are aware that this may involve having to deal with differences in opinion, however, we believe that any divergences can be overcome by engaging in a fair confrontation.“ (Rasikh, SPA, Interview von Osservatorio Afghanistan, 10.02.2014)

Bündnisse können auch gemacht werden, erklärte Mahmoud Said Pahiz, wenn nicht in allen Punkten politische Übereinstimmung besteht. Aber um sich gegen die Besatzungssituation zu verbinden, müsse es zudem eine klare Abgrenzung gegen reaktionär-fundamentalistische Denkweisen als Grundlage geben. Ein entsprechender Slogan lautet: „No Occupation, No Taliban, No Northern Alliance; Power to the People of Afghanistan!“ (SPA-Erklärung, 19.08.2010) In einem anderen Aufruf heißt es: „Nor the US, neither the Taliban and Jehadis, an independent, free and democratic Afghanistan!“ (SPA-Erklärung, 06.03.2011) Wenn eine Einigkeit darin besteht, gegen die Besatzung zu kämpfen und sich gleichzeitig auch gegen die Taliban und alle anderen Fundamentalisten zu stellen, könnte ein Bündnis aufgebaut werden, bekräf-

tigte Mahmoud Pahiz (Berlin, 07.12.2011). Frauenrechte und Demokratie sind weitere entscheidende Grundprinzipien. Sie haben bereits Bündnisse gemacht und sind nicht allein in Afghanistan, hebt Pahiz hervor. Ahmad (Name geändert), Mitglied der SPA, mit dem ich in Kabul im Büro von Hezbe Hambastagie ein ausführliches Gespräch führe, erinnert an die Situation zum Ende der sowjetischen Besatzung bzw. der sozialistischen Regierungszeit. Ohne ein starkes demokratisches Bündnis sei die Gefahr unkontrollierter Willkürherrschaft fundamentalistischer Gruppen groß. „[F]irst of all we need to unite the people who believe in democracy. The people who believe in democracy can make some platform, and make a bigger and bigger party, than make some political activities in provinces.“ (Ahmad, Name geändert, Interview in Kabul. 13.08.2010) Die historischen Erfahrungen müssen heute beachtet werden. „If we give, make one mistake, we loose a lot of people.“ (Ebd.) Das Wichtigste sei, Verbindungen zwischen den Menschen im ganzen Land herzustellen, über Sprach- und Ethniengrenzen und andere mögliche Trennungen hinweg. Zudem bräuchten sie internationale Unterstützung: „Then, and also, we need the support of some international ... international parties or organizations, they believe democracy and freedom and social justice. […] And also they can invite the people who are active to their country.“ (Ebd.)

Zu linken Organisationen in Pakistan, der Awami Party, der Workers Party und weiteren, wurden konkrete Beziehungen der Zusammenarbeit aufgebaut. Mindestens drei gemeinsame Konferenzen wurden im Dezember 2011, im Oktober 2012 und im Juli 2013 durchgeführt. Bei solchen Anlässen zeigt Hezbe Hambastagi auch deutlicher ein linkes politisches Profil, als es ihnen bei ihrer Arbeit innerhalb der afghanischen Gesellschaft sinnvoll und möglich erscheint. Das dritte dieser Treffen fand in Kabul statt und war im Unterschied zu den ersten beiden Treffen in Lahore, Pakistan, nicht hauptsächlich von Parteien dominiert. Diese dritte Konferenz war breiter zusammengesetzt. An den Diskussionen beteiligten sich Menschenrechtsaktivist*innen, der Afghanische Nationale Studierendenverband, prominente Personen wie die Aktivistin Malalai Joya, ein Vertreter des fortschrittlichen E-Zine *Viewpoint* aus Pakistan, die Afghan Labour Revolutionary Organization, Engineer Bashir als Vertreter eines Tribal Council und auch politische Künstler wie Dr. Timor Rehman und Mahvash Waqar von der populären Band Laal aus Pakistan. Der dritte Tag wurde durch kulturelle Beiträge und ein Konzert bestimmt:

„The joint event of the justice-seeking artists of Afghanistan and Pakistan in an unforgettable evening, led a person to think that if progressive and freedom-loving elements and forces of both countries unite against their reactionary, corrupt and treacherous governments, they can undoubtedly play an important role in changing the situation of the region and freeing their countries from the monstrous claws of fundamentalism, ignorance, and colonization.“ (SPA-Bericht, 28.07.2013)

Hinter diesen Treffen steht die grundlegende Idee, ein breites Bündnis der fortschrittlichen Kräfte der Region zu schaffen, „[a] systematic and practical unity, alignment and solidarity of progressive forces not just in Pakistan and Afghanistan but all the freedom fighting forces in the region“ (ebd.). Die Diskussionen beschäftigten sich vor allem mit religiösem Fundamentalismus, islamistischem Terrorismus und der US-Besatzung in Afghanistan. Die fortschrittlichen Aktivist*innen und Organisationen aus Pakistan und Afghanistan waren sich nach ihren Konferenzen darin einig, dass Fundamentalismus in beiden Ländern weiterhin staatliche Protektion erfährt und dass westliche imperialistische Staaten nicht dem Fundamentalismus entgegen arbeiten, sondern nur gegen die Fundamentalisten, die nicht bei den imperialistischen Anforderungen mitmachen (vgl. Dawn News, 08.10.2012).

„Hafeez Rasikh from SPA talked about the history of fundamentalism and terrorism, its connection with the US and west and the support it receives through the army and intelligence of Pakistan. He described how on the one hand, these fundamentalists are used as a weapon against the masses and especially women on the one hand; and how on the other hand this lethal disease is used as a threat, and an excuse for the permanent presence of foreign countries in the region, and construction of military bases in Afghanistan.“ (Dawn News, 08.10.2012)

Vor allem beim dritten Treffen in Kabul wurde bei allen behandelten Themen immer wieder die Perspektive von Frauen und auf Frauenrechte eingenommen und betont. Belquees Roshan, Parlamentsabgeordnete als Vertreterin der Menschen aus der Provinz Farah, die an der Konferenz teilnahm, sprach dort über den Hintergrund der frauenfeindlichen Situation in ihrem Land:

„Twelve years after the US invasion under the bogus banner of supporting women’s rights, the condition of Afghan women is still miserable and their fate is decided by others. […] A large number of female government officials and parliamentarians are not representatives of the people, and are themselves misogynists and ignorant, and the rest are scared of telling the truth [...].“ (SPA-Bericht, 28.07.2013)

Es wurde diskutiert, inwieweit sich die Globalisierung des Kapitals und das Anwachsen des Fundamentalismus mit den Interessen der USA decken und eine ernstzunehmende Gefahr für Frauenrechte darstellen. Die offizielle Anerkennung der frauenfeindlichen Taliban als politischer Akteur, mit dem über eine Machtbeteiligung verhandelt wird, wurde als ein weiteres Problem gesehen.

HOFFNUNGSLOSIGKEIT DURCHBRECHEN – GEGEN KRIEGSVERBRECHEN DES US-MILITÄRS DEMONSTRIEREN

In Afghanistan zu demonstrieren, erfordert viel Mut. Noch im Mai 2009 wurde mir erklärt, dass es kaum Erfahrungen mit dem Verlauf von Demonstrationen gibt, die nicht durch Waffeneinsatz der Sicherheitskräfte oder Warlord-Milizen beendet wurden. „There is not a democratic culture in Afghanistan. Every demonstration turns to violence." (Massoud Marttin, damaliger Sprecher von SPA, Interview, Kabul, 17.05.2009) Doch was Anfang 2009 noch schwer durchführbar erschien, wurde schon bald darauf zur regelmäßigen Praxis der Solidaritätspartei. Mit den Demonstrationen sollte auch wieder die Hoffnung zurückgewonnen werden, dass es möglich ist, politisch zu handeln und wirksam zu sein.

Eine erste positive Erfahrung mit einer Demonstration gab es allerdings bereits im Jahr 2008. Als Teil der Solidaritätskampagne für den studentischen Journalisten Pervez Kambakhsh fand in Kabul eine Demonstration statt, die von der Solidaritätspartei unterstützt wurde. Mit dieser Kampagne konnte Pervez Kambakhsh vor der Todesstrafe und weiterer Inhaftierung gerettet werden. Danach bildeten die Anfang 2010 von Hezbe Hambastagi organisierten Demonstrationen gegen die Hinrichtungen im Iran den Anfang von vielen seither durchgeführten Demonstrationen. Diese Aktivitäten fanden in mehreren afghanischen Städten statt und wurden von ihnen selbst als sehr erfolgreich angesehen. Der junge Nachwuchs brachte eine entschlossene, konfrontationsfreudige Grundstimmung in die Partei. Das zeigte sich symbolisch auch an Farbeiern, die zum Abschluss einer dieser Demonstrationen die Botschaft des Iran trafen. Ein Mann erzählte mir, dass er sich der Solidaritätspartei anschloss, weil er gehört hatte, dass auf einer der Demonstrationen eine US-amerikanische Flagge brannte. Das gab ihm die Hoffnung zurück, die er verloren hatte, als er aus dem Exil zurückkehrte und feststellte, dass das Land nicht in den Händen der Bevölkerung ist, sondern durch die USA kontrolliert wird. Mahmoud Said Pahiz, den ich im Sommer 2010 als Sprecher der Solidaritätspartei kennen lerne, gehört zur neuen, jungen Generation der Solidaritätspartei. Er stand damals gerade vor seinen Abschlussprüfungen des Bachelor in Französisch an der Universität von Kabul. Er spricht über die Hoffnungslosigkeit, mit der sie bei ihrem Organisierungsprozess umgehen müssen. Während es zu Beginn mit der Entmachtung der Taliban-Regierung durch die US-Militärintervention noch Hoffnungen auf positive Veränderungen gab, wurden bereits einige Jahre danach der Verlust und die Hoffnungslosigkeit umso stärker empfunden.

„Now the situation gets worse, even more than before, because at that time ... now people are so hopeless. And they say: We have lost everything. Because they became very hopeful at the beginning and now they are very hopeless about everything. A lot of people being killed in

these bombardements by american soldiers and everything is very expensive in Afghanistan now.“ (Pahiz, Interview, Kabul, 13.07.2010)

Aufgrund dieser verbreiteten, lähmenden Enttäuschung wird die Erfahrung, in den Straßen zu demonstrieren, auch als wichtige persönliche Erfahrung für die Aktivist*innen beschrieben. Für die Teilnehmenden ist es motivierend, ihre politische Haltung und ihre Handlungsmöglichkeiten damit zum Ausdruck zu bringen. Sich gemeinsam mit Hunderten und Tausenden lautstark durch die Straßen und zu zentralen Orten des Protestes zu bewegen, macht Mut und durchbricht die weit verbreitete Hoffnungslosigkeit. Zudem wird anderen Menschen gezeigt, dass solche Formen von Protest bestehen und sie sich ihnen anschließen oder diese unterstützen können. „We are doing demonstrations. Through this we want to take part in the media and to raise our voice. With this we want the other people to pay attention to us and to see our activities.“ (Pahiz, Sprecher SPA, Interview in Kabul, 13.07.2010)

Am 1. August 2010 habe ich an einer Demonstration der Solidaritätspartei in Kabul teilnehmen können. Anlass waren wiederholte Luftbombardierungen des US-Militärs und konkret eine Bombardierung im Sangeen Bezirk der Provinz Helmand, bei der 52 Zivilisten getötet wurden.

„[A]s usual they claimed shamelessly they have only killed Taliban. […] The Solidarity Party of Afghanistan calls the wilderness of foreign troops as war crime and tragic massacre, and asks the people of Afghanistan and freedom-loving people of the world to rise and raise their voices against these crimes.“ (SPA-Erklärung, 01.08.2010)

Neun Jahre nach dem US-Militärangriff im Namen von Befreiung, Menschenrechten und Demokratie wären ihnen nur Massaker, Zerstörung, Korruption, Armut, Mafiastrukturen, Warlordism, Terrorismus und ethnische Feinseligkeiten „geschenkt“ worden (vgl. ebd.). Die Notizen in meinem Forschungstagebuch drücken aus, wie diese Demonstration am 1. August 2010 auf mich wirkte:

„Witwen, viele Frauen, junge Frauen. Alle ‚vermummt‘. Nette Begrüßung. Demo-Formierung: Frauen vorne. Viele Banner, Poster, Megaphone. Viele Parolen. Kleiner Lauti [Lautsprecherwagen]. Wenig Polizei mit Schild und Knüppel. Andere mit Gewehr. Frauen dominieren. Am Megaphon. In der Aufstellung, auch zahlenmäßig. Ein Ausdruck von Frauenstärke und Mut. Frauen geben Presseinterviews – vermummt. Sie rufen Parolen vor laufenden Kameras, sie laufen in den ersten Reihen. Sie halten Transparente und Poster. Einige halten Hände. Eine legt den Arm um die Schulter derjenigen, die als eine der ersten Parolen durch das Megaphon ruft. Sie wechseln sich viel ab am Megaphon und mit den Transparenten.“ (Forschungstagebuch, Kabul, 01.08.2010)

Die Demonstration war in zwei Hauptblöcke eingeteilt: Vorn liefen die Frauen und dahinter der Block der Männer. Einige waren aus den Provinzen angereist. Viele schützten ihre Gesichter, um nicht erkannt zu werden oder auf Fotos zu erscheinen. Deshalb benutzten die meisten Frauen ihr Kopftuch, um damit gleich das ganze Gesicht bis auf die Augen zu verhüllen. Zudem trugen viele dunkle Sonnenbrillen. Männer schützen ihre Gesichter weniger, unter anderem auch, weil für sie weniger gesellschaftliche Restriktionen für das öffentliche Auftreten gelten und damit weniger Bedrohungen zur Folge haben. Doch einige der Männer trugen Tücher oder Shirts um den Kopf, andere benutzten medizinische Staub- oder Virenschutzmasken.

Diese war eine von vielen Demonstrationen, die immer wieder aus Anlass der Tötung von Zivilisten durch das US-Militär stattfinden. Beispielsweise wurde am 6. März 2011 demonstriert, nachdem innerhalb eines Monats mehrfach zahlreiche Zivilisten bei Luftbombardierungen in der Provinz Kunar, im Nordosten Afghanistans, ihr Leben verloren hatten. Zudem war eine Gruppe von Kindern beim Holzsammeln aus einem US-Militärhelikopter erschossen worden. Bei dieser Demonstration im März 2011 war auch die geplante und schließlich 2014 erfolgte Unterzeichnung des Sicherheitsabkommens zwischen der afghanischen und der US-Regierung über permanente US-Militärstützpunkte in Afghanistan bereits ein Thema für Protest.

„[O]ur people will not stay calm against him [Obama] and his Afghan counterparts for establishing military bases in Afghanistan. Mr. Obama's administration that could not prevent the uprising of masses in the Arab world will also not be able to stop the uprising of the suffered Afghan nation in the future." (SPA-Erklärung, 06.03.2011)

Am Ende der Demonstration wurde eine ausgestopfte lebensgroße Puppe mit dem Gesicht des US-Präsidenten Barak Obama verbrannt. Eine Gruppe umringte die Puppe dabei, hielt Plakate hoch, rief Parolen und zog die Medienaufmerksamkeit auf sich.

EINE BEWEGUNG GEGEN BESATZUNGSPOLITIK AUFBAUEN

Um an die Geschichte anti-kolonialer Kämpfe und Erfolge zu erinnern und um an diese anzuknüpfen, hat die Solidaritätspartei Afghanistan am 18. August 2010 eine Demonstration in Jallalabad durchgeführt. Der 19. August ist der offizielle Unabhängigkeitstag Afghanistans. Im Jahr 1919 hatte König Amanullah Khan erfolgreich einen Massenaufstand gegen die britische Kolonialmacht geführt. Afghanen der verschiedenen ethnischen Gruppen waren an den Kämpfen beteiligt und Großbritanien wurde gezwungen, sich aus der Einmischung in die afghanische Außenpolitik zurückzuziehen, einen Vertrag zur Beendigung des Status' Afgha-

nistans als ein britisches Protektorat zu unterzeichnen und volle Unabhängigkeit zu gewähren. Bei der Demonstration der Solidaritätspartei im Jahr 2010 wurde an die „Helden der Vergangenheit" erinnert. König Amanullah Khan und seine Frau Soraya Tarzi Hanim – oder Königin Soraya – waren ein fortschrittliches Paar, förderten kulturelle Angebote und Bildung, bauten die Infrastruktur aus, veranlassten demokratische Reformen, aber vor allem ergriffen sie weitreichende Maßnahmen zur Durchsetzung von Mädchen- und Frauenrechten. Das Königspaar wurde 1929 aus dem Land getrieben, weil diese Entwicklungen zu schnell verliefen und reaktionären Widerstand auslösten. Auf der Demonstration von Hezbe Hambastagi in Jallalabad, wo sich das Grab von König Amanullah Khan befindet, wurde dazu aufgefordert, sich aus Respekt vor den anti-kolonialen, fortschrittlichen Helden der Vergangenheit gegen die gegenwärtige Kolonialisierung zu erheben und für ein unabhängiges Afghanistan zu kämpfen (vgl. SPA-Erklärung, 19.08.2010). Dafür wird der Zusammenschluss all derer angestrebt, die für Freiheit, Gerechtigkeit und gegen Fundamentalismus eintreten.

„[O]ur party is taking her first steps, however small, for getting independence, democracy and justice; and is shaking every compatriots' hands whose hearts are wounded from this tragic situation and ask them to play their role in struggle without any tribal, ethnic, religious, regional and gender insularity against foreign invaders and local defectors ruling in the country; and perform our ancestors tradition." (Ebd.)

Die Solidaritätspartei Afghanistan arbeitet daran, eine anti-fundamentalistische Bewegung gegen Besatzungspolitik aufzubauen. Sie laden alle Organisationen und Einzelpersonen, die sowohl gegen das internationale Militär als auch gegen die Macht der Fundamentalisten aktiv werden wollen, ein, sich daran zu beteiligen. „Only an anti-fundamentalist liberation movement can bring independence, freedom and democracy to our people. The ground for popular work among the masses by organisations aspiring to such a movement is now more fertile than ever." (Pahiz, Sprecher SPA, Redemanuskript, Berlin, 29.01.2011)

Immer wieder gab es in den Jahren vor 2010 bereits spontane Demonstrationen im ganzen Land, meist anlässlich von durch US-Militär getötete Zivilisten. Die Solidaritätspartei Afghanistan setzt an dieser großen Unzufriedenheit an, die ansonsten oft von fundamentalistischen Gruppen funktionalisiert wird. Als fortschrittliche Kraft ist es das Ziel der Solidaritätspartei, diese Verbitterung in eine landesweite anti-fundamentalistische Bewegung gegen die Besatzung zu lenken.

„During the past years our people have again and again staged indignant demonstrations against the savage massacres of Afghan civilians by US and NATO forces. As a progressive political force, we deem it our duty to give direction to this popular resentment and indignation and

promote it to an all-Afghanistan anti-fundamentalist and anti-occupation movement.“ (Pahiz, Sprecher SPA, Berlin, 29.01.2011)

Zum 10. Jahrestag der US-Militärintervention, am 7. Oktober 2011, hat Hezbe Hambastagi in Kabul eine Demonstration durchgeführt, die einige hundert Teilnehmer*innen umfasste. Seither wurde das in den darauf folgenden Jahren wiederholt. Die Analysen in den politischen Erklärungen der Solidaritätspartei anläßlich solcher Demonstrationen und anderen wichtigen Anlässen sind detailliert und werden mit jedem Anlass ausgeweitet. Diese Texte werden nicht nur auf den Demonstrationen verteilt. Sie werden auch in die Provinzen gebracht, wo sie diskutiert und weitergegeben werden. Oft können Interessierte nicht zu den Demonstrationen anreisen, weil sie die Fahrtkosten nicht aufbringen können.

DIE ANALYSE DER BESATZUNGSSITUATION

In den politischen Erklärungen der Solidaritätspartei Afghanistan wird das Verständnis der Militärintervention als Besatzung begründet (SPA-Erklärungen 19.08.2010; 06.03.2011; 28.04.2011; 07.10.2011; 07.10.2012; 08.03.2013; 28.04.2013). Die Invasion im Oktober 2001 wurde als legitimer Einsatz mit den Begriffen „war on terror“, „Demokratie“, „Frauenrechte“, „Sicherheit“ gerechtfertigt. Die Solidaritätspartei bezeichnet das als geschickte Lügen. Die USA hätten ihre Lektionen von der sowjetischen Besetzung Afghanistans gelernt. Deshalb haben sie vor Beginn der militärischen Invasion Afghanistans zuerst die Welt mit diesen Lügen von ihren guten Zielen überzeugt.

Zudem wurden auch innerhalb der afghanischen Bevölkerung die Bedingungen für die Akzeptanz der Invasion zuvor geschaffen. Denn durch die historisch-kontinuierliche Einmischung der USA mit der Finanzierung und Aufrüstung fundamentalistischer Jihadi-Gruppen, die bis 1989 gegen die sowjetische Besatzungsmacht kämpften, wurde eine zerstörerische, menschenfeindliche Machtpolitik auf den Weg gebracht. Zwischen 1992-1996 tobten rücksichtslose Machtkämpfe, in deren Verlauf Kabul völlig zerstört wurde, Millionen Afghan*innen mussten fliehen und mindestens 65.000 Menschen starben allein in Kabul. Anschließend setzten sich die Taliban als Regierung mit ihrer „Friedhofsordnung“ durch. Nur bedingt durch diese – auch US-gemachte – Geschichte konnten die USA und die Verbündeten erwarten, dass ihre Invasion, in Erwartung eines grundlegenden Einschnitts und Neubeginns, geduldet oder begrüßt wird.

„Our fed-up people were ready to accept a government of any religion, but not Sayyaf, Mazari, Rabbani, Gulbuddin, and Mullah Omar kind of Islamic government, whose only gifts

to our nation were destruction, ignorance and killing. This way, the US's religious servants through their crimes and viciousness, created very favorable social conditions for the invasion of the US and 49 other countries of the world. It was not just by chance that our people, sick and tired of war, would view this event with optimism, and imagine that the presence of foreign forces would save them from Taliban and factional wild beasts.“ (SPA-Erklärung, 07.10.2012)

Auch die anfänglichen Bekundungen der USA, sie würden die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen und zukünftig keine Fundamentalisten unterstützen, werden von der Solidaritätspartei als Lügen betrachtet. Vom ersten Moment an wurde auf die Nordallianz und andere Fundamentalisten gesetzt und mit diesen die erste Regierung gebildet – zunächst als Übergangsregierung ohne Bestätigung durch Wahlen.

„But it was a blatant lie, as we are all witnesses to the fact, that since the very first day of its invasion the US invested in the Northern Alliance bands and supported Sayyaf, Rabbani, Qanuni, Abdullah, Ismail Khan, Khalili, Mohaqiq, Fahim and other blood-drenched fundamentalists by welcoming them into its installed puppet government.“ (Pahiz, Sprecher SPA, Berlin, 29.01.2011)

Die afghanische Regierung unter Hamid Karzai wird als „Marionetten-Regierung“ bezeichnet. Denjenigen, die am besten den Interessen der Interventionsmacht dienen, wurde der Weg dort hinein ermöglicht. Dabei wurde angenommen, dass diese fundamentalistischen Jehadi-Organisationen die westliche Einflussnahme am gefügigsten gewährleisten würden.

„Through the might of its modern weapons, the West placed the destiny of the Afghans into the hands of murderers, criminals and obscurantists. The West realised that only the fundamentalists were ready, like banded slaves, to enter the servitude of the West in return for money and power, and sacrifice the national interests of Afghanistan merely for the interests of their lords and masters.“ (Pahiz, Sprecher SPA, Berlin, 29.01.2011)

Es wird beschrieben, dass die afghanischen Partner der westlichen Interventionsstaaten diejenigen sind, die bereit sind, das Land den westlichen Interessen auszuliefern. Es sind auch diejenigen, die zudem anti-demokratisch und frauenfeindlich sind und deren Vergangenheit bekanntermaßen mit schwersten Menschenrechts- und Kriegsverbrechen gefüllt ist. „[T]hey brought to power the worse human rights and women's rights violators.“ (SPA-Erklärung, 08.03.2013) Diese erhalten finanzielle und machtpolitische Unterstützung. Gleichzeitig erhalten pro-demokratische Organisationen nicht nur keine Unterstützung, sondern sie werden bedrängt und terrorisiert. Die Solidaritätspartei Afghanistan analysiert, dass ähnlich wie im Irak auch in Afghanistan

versucht wird, progressives und freiheitsuchendes Denken auszulöschen. „They try to smash and wipe out progressive and freedom-seeking minds in these countries in order for the West to be able to control these countries headache-free […].“ (Ebd.)

Weiter wird in den Analysen beschrieben, dass trotz 62 Milliarden Dollar für den Wiederaufbau, die bis 2012 ins Land geflossen sind, kein Aufbau stattgefunden hat, der den Bedürfnissen der Bevölkerung dient und deren Leben verbessert. Über die Hälfte der Bevölkerung ist arbeitslos, über 70 Prozent leben unter der Armutsgrenze, 2,5 Millionen hungern gar, die Mütter- und Kindersterblichkeit ist die höchste weltweit (vgl. SPA-Erklärung, 07.10.2012). Freie Marktwirtschaft bedeute, dass Afghanistan keine eigene Industrie aufbaut, sondern zum Konsumenten importierter Produkte schlechtester Qualität wird. Die Aufbau-Milliarden verschwinden in den Taschen einer korrupten Elite, einschließlich der Regierung. Land wird rechtlos angeeignet, Geld verschwindet bei Banken, um den Zugriff auf Erzvorkommen wird gestritten und der Drogenhandel ist der wichtigste Wirtschaftsbereich (vgl. ebd.).

Hezbe Hambastagie erklärt, dass es den westlichen Staaten um strategische und ökonomische Ziele geht. Vor allem der Aufbau permanenter Militärstützpunkte der USA sei ein wichtiges strategisches Ziel „[...] for its games in Asia, and [to] threaten its emerging rivals China, Russia, Iran and others. It wants to reserve its military hegemony at any cost“ (SPA-Erklärung, 07.10.2012).

SOLIDARISCH VERBINDEN FÜR DEN AUFSTAND

Mit den Demonstrationen der Solidaritätspartei Afghanistan gegen die Besatzungspolitik werden die USA und der Westen angeklagt, Verbrechen gegen die afghanischen Menschen zu begehen und diese zu betrügen. Ihnen läge nichts am Wohlergehen der Menschen. Der Truppenabzug sei eine Forderung von Millionen geworden (vgl. Pahiz, Berlin, 29.01.2011). In den Erklärungen der Solidaritätspartei Afghanistan zu den Demonstrationen zum Jahrestag der Intervention wird von der Notwendigkeit eines sozialen Aufstands geschrieben: „Silence and accepting the chains of slavery don't suit the dignity of a proud nation; struggle and insurrection are the only paths to freedom.“ (SPA-Erklärung, 07.10.2011) Im darauffolgenden Jahr heißt es: „[T]hen the US's colossus war machine will also become helpless in the face of our people's uprising.“ (SPA-Erklärung, 07.10.2012) In der Erklärung zur Demonstration am 6. März 2011, einer Reaktion auf vom US-Militär getötete Zivilisten, ist zu lesen: „Mr. Obama's administration […] will [...] not be able to stop the uprising of the suffered Afghan nation in the future.“ (SPA-Erklärung, 06.03.2011) Emanzipation und Wohlergehen könnten nicht von außen und mit der Verwaltung durch einen Kriegstreiberstaat und dessen lokalen Zuträger geschaffen werden. Das haben elf Jahre Besatzung in Afghanistan erneut bewiesen

(vgl. SPA-Erklärung, 07.102012). Nur die Menschen selbst könnten sich befreien. „The people have to take fate into their own hands and achieve noble human values.“ (Ebd.) Die miserable Situation der afghanischen Frauen könne nur durch die Bekämpfung der Besatzung und der durch die Besatzung gestärkten Fundamentalisten verbessert werden. „[S]truggling against fundamentalists and occupiers, is the first step towards the salvation of women. The conscious women should get organized and play their role in this struggle.“ (SPA-Erklärung, 08.03.2013) Mit jedem Tag lernen die Menschen in Afghanistan mehr über den Charakter der USA und ihrer „Handlanger“. Ihre Proteste würden zunehmen (vgl. SPA-Erklärung, 07.10.2012).

Für einen erfolgreichen Kampf gegen die Besatzung müssten die Spaltungen überwunden werden, die als „divide and rule“ Strategie geschürt werden. „By sowing seeds of discord among our different ethnicities, they have inflamed the tribal, linguistic and ethnic divisions in an unprecedented way; for they have established that they can enslave a divided nation very effortlessly.“ (SPA-Erklärung, 07.10.2011) Sie müssten sich selbst befreien von sinnlosen ethnischen, Stammes- oder Sprachengruppen-Konflikten, mit denen ihnen eine Falle gestellt wird.

> „Let’s free ourselves from the trap of worthless tribal, linguistic and ethnic conflicts, that our oppressors have brought about to divide us, fight and rise, as one, for independence and freedom against foreign invaders and their internal traitors, so that our country finds its old place among independent countries of the world.“ (Ebd.)

Die Solidaritätspartei betont deutlich, dass an der Verbindung zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen gearbeitet werden muss. Das schließt ausdrücklich neben Regionen und ethnischen Gruppen auch verschiedene Gender oder auch Religionsgruppen ein:

> „[O]ur party is taking her first steps […] and is shaking every compatriots’ hands whose hearts are wounded from this tragic situation and asks them to play their role in struggle without any tribal, ethnic, religious, regional and gender insularity against foreign invaders and local defectors ruling in the country […].“ (SPA-Erklärung, 19.08.2010)

Die Solidarität der Menschen untereinander wird als äußerst wichtig erachtet. Doch die Menschen müssen nach Jahrzehnten mit Kriegen und Machtwechseln, die immer destruktive, gegen die Bevölkerung gerichtete Folgen hatten, erst wieder Hoffnung zurückgewinnen und sich zusammenschließen entgegen den Wirkungen der Spaltungspolitik. Als 2011 die Aufstände in den arabischen und nordafrikanischen Staaten stattfanden, wurden diese als ein Vorbild verstanden. Es wurde jedoch eingeschätzt, dass es noch lange Zeit braucht, bis ein solcher Aufstand, der einen Umsturz bewirkt,

in Afghanistan möglich ist. Doch die Verbindungen untereinander zu einer starken Protest- und Aufstandsbewegung werden als notwendiger Weg gesehen.

„We salute the popular insurrections of the courageous peoples of Tunisia, Egypt, Yemen, Syria, Iran and other countries against their autocratic and dictatorial regimes. We firmly believe that such popular insurrections are the only path towards liberty, and as such, is needed more than ever in our country. We believe that without the people's struggle and an all-Afghanistan insurrection against tyranny, ignorance and occupation, there will be no liberty or happiness for our nation. Such struggle can only be victorious if it is oriented and led by national, democratic and progressive forces." (SPA-Erklärung, 28.04.2011)

Die in der Öffentlichkeit auftretenden Mitglieder von Hezbe Hambastagi sind sich bewusst, dass sie ein großes Risiko eingehen. Doch die Bereitschaft dazu ist da. Im Herbst 2012 sagte mir Hafiz Rasikh vom Vorstand der Solidaritätspartei: „We have to accept arrest, beating, jail, to be killed to change the political situation." (Rasikh, Vorstandsmitglied von SPA, Interview in Kabul, 02.10.2012) Wenige Monate zuvor war nach einer Demonstration versucht worden, die Solidaritätspartei Afghanistan zu verbieten. Mögliche Anklagen mit dem Vorwurf der Blasphemie standen im Raum, die im Falle der Verurteilung die Todesstrafe bedeutet hätten.

Wenn von der Organisierung und einem notwendigen Aufstand geschrieben wird, dann ist das oft mit dem Begriff „national" verbunden. „The Solidarity Party […] calls upon all democratic and national forces to speak out." (SPA-Erklärung, 07.05.2012) „We shake the hands of all national, patriotic, freedom-seeking and anti-fundamentalist forces of our country […]." (SPA-Erklärung, 07.10.2011) Der Begriff „national" wird dem ethnischen Denken und Vorschlägen zur Teilung des Landes in vermeintlich ethnisch-homogene Gebiete gegenübergestellt. Mit dem Begriff wird auf die Gemeinsamkeit als Afghan*innen verwiesen. Zum anderen steht dieser Begriff auch im Zusammenhang mit der anti-kolonialen Tradition, an die angeknüpft wird. Mit „national" wird verbunden, sich für das Land im Sinne der Gesellschaft, also der dort lebenden Menschen, einzusetzen. Damit ist dieser Begriff auch eine Entgegnung zu der Erfahrung mit Führungspersonen, die das Land, die Infrastruktur und damit die Lebensbedingungen zerstörten und keinen Respekt vor dem Menschenleben zeigten. Die Aufarbeitung der Verbrechen der vergangenen Herrschaftsphasen und auch schwerer Menschenrechts- und Kriegsverbrechen der Gegenwart sieht die Solidaritätspartei als eine „nationale Angelegenheit" („national issue"; SPA-Erklärung, 29.09.2013). Nicht „Vergeben und Vergessen" (ebd.), sondern nur ein entschiedener Ausgleich/Abrechnung („decisive settlement"; ebd.) mit der Vergangenheit könne nationale Einheit, Gerechtigkeit und Wohlstand gewährleisten.

Auch an anderer Stelle wird der Begriff in diesem Sinne verwendet. Beispielsweise wurde während Studierendenprotesten an der Kabuler Universität ge-

gen die Umbenennung der Universität nach einem Kriegsverbrecher betont, dass die Versammlungen eine „national group" repräsentieren und demnach nicht ethnisch motiviert sind. „Many have also been keen to emphasize that the rallies are not ethnically motivated, insisting that the protestors represent a ‚national group'." (Bezhan, 03.10.2012)

DIE KRIEGSVERBRECHER IN DER REGIERUNG VOR GERICHT BRINGEN

Die Solidaritätspartei Afghanistan erhielt im Juni 2012 eine überraschend große internationale Medienöffentlichkeit. Artikel erschienen unter anderem im britischen Guardian und in der New York Times. Anlass war die Suspendierung der Parteitätigkeit und der Versuch der afghanischen Regierung, die Solidaritätspartei zu verbieten. Auslöser für das Verbotsbestreben waren Äußerungen der Solidaritätspartei, dass die Kriegs- und Menschenrechtsverbrecher der letzten Jahrzehnte vor Gericht gestellt werden sollten. Damit wurde das erste Parteiverbotsverfahren seit dem Sturz der Taliban-Regierung eingeleitet. Das Bild einer Musterdemokratie, die nach Afghanistan geliefert wird, war zu dieser Zeit schon länger nicht mehr aufrecht zu halten. Doch das Anstreben eines Parteiverbots aufgrund der Bekundung einer politischen Meinung, noch dazu mit der Forderung nach Transitional Justice (kollektive Aufarbeitung von Verbrechen nach Kriegen und Diktaturen), war eine Grenzüberschreitung, die den Protest vieler afghanischer und internationaler Menschenrechtsorganisationen und auch von Diplomat*innen auslöste. Heater Barr von Human Rights Watch erklärte:

> „[T]he suspension of the Solidarity Party is one of a number of worrying signs that the space for free speech in Afghanistan may be starting to close. A crackdown on free speech would be a disaster for human rights in a country where rights are already in great peril." (Graham-Harrison, 14.06.2012)

Insbesondere die Redefreiheit wurde als gefährdet angesehen. „[I]ts suspension sends a chilling message about shrinking government tolerance for dissent." (Ebd.) Das Verbotsverfahren wurde schließlich aufgrund massiver afghanischer und internationaler Proteste gestoppt.

Für die Suspendierung der Parteitätigkeit und das Verbotsverfahren war eine Demonstration der Solidaritätspartei am 30. April 2012 der Auslöser. Mit dieser Demonstration in Kabul wurde auf die schweren Menschenrechtsverbrechen hingewiesen, die in den vergangenen drei Kriegsjahrzehnten begangen wurden und für die keine Aufarbeitung stattgefunden hat. Konkret wurden Führungspersonen

der Jihadi-Organisationen wie auch aus der pro-sowjetischen Regierungszeit, die heute wieder sehr einflussreich sind, beschuldigt und deren rot durchkreuzten Porträts auf der Demonstration mitgeführt. Viele der Beschuldigten sind heutige Regierungsmitglieder. Die Solidaritätspartei forderte, strafrechtliche Untersuchungen einzuleiten und die Verantwortlichen vor Gericht zu stellen, um Gerechtigkeit zu schaffen. Zu diesem Zeitpunkt bestand bereits das Gesetz über eine allgemeine Amnestie, das erlassen wurde, nachdem ein anfänglich eingeleiteter politischer Prozess hin zu Maßnahmen von Transitional Justice den vielen wieder zu Macht gekommenen vormaligen Führern mit Verantwortung für Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen bedrohlich zu werden schien (hierzu ausführlich im Kapitel zu SAAJS).

Anlass für die Demonstration Ende April 2012 war der 28. April, der offiziell zum nationalen Feiertag ernannt wurde. An diesem Tag waren 1992 nach dem Zusammenbruch des Najibuallah-Regimes (Mohammad Najib Ahmadzai, später Najibuallah, war der letzte der sozialistischen Regierungschefs seit 1978 und zuvor Leiter des Geheimdienstes) die Mujaheddin-Führer in Kabul einmarschiert. Die Solidaritätspartei entrüstet sich über eine Feier anlässlich dieses Tages, der eine Phase blutigster Herrschaft und Machtkämpfe einleitete.

> „The 28th April is the darkest day in our history. […] [I]n just four years of their bloody rule, they perpetrated the most horrifying disasters. The destructive factional battles, unending terror and fascism, countless horrible crimes committed by commanders who took control of the streets, the massacre of 70,000 Kabulis, and the complete destruction of our beautiful Kabul.“ (SPA-Erklärung, 27.04.2012)

Dieselben fundamentalistischen Warlords, die ohne jeden Skrupel zwischen 1992 und 1996 Machtkämpfe untereinander in Kabul ausgetragen haben, dabei plünderten, töteten, vergewaltigten, folterten, bombardierten und zerstörten, stellen sich seit Ende 2001 als die neuen Demokraten dar. „In recent years these barbarous Jehadis have covered themselves in perfume and powder and presented themselves as ‚democratic‘ and ‚patriotic‘ governors.“ (SPA-Erklärung, 27.04.2012) Einige wurden sogar als „Helden“ und „Märtyrer des Friedens“ ausgezeichnet.

In den Protest mit einbezogen wird neben dem historischen Bezug auf den 28. April auch der 27. April, der sich auf Ereignisse im Jahr 1978 bezieht, als die sozialistische, aus den zwei Fraktionen Khalq und Parcham zusammengesetzte, PDPA-Regierung (Peoples Democratic Party of Afghanistan) durch einen Staatsstreich an die Macht kam. Dieser Regierung wird nicht nur vorgeworfen, dass sie in der Folge das sowjetische Militär in das Land brachte (Dezember 1979) und damit einen viele Opfer fordernden 10-jährigen Krieg entfachte. In Säuberungsaktionen gegen alle Andersdenkenden wurden bereits 1978 Zehntausende verhaftet und gefoltert. Die meisten sind nie wieder aufgetaucht, sondern wurden getötet und ver-

schwanden in Massengräbern, unter anderem neben dem berüchtigten Pul-e Charkhi-Gefängnis am Stadtrand von Kabul. Unter ihnen befanden sich neben religiösen Eliten, Königstreuen und Islamisten auch Liberale, Linke und Feministinnen. Aufstände entwickelten sich schon bald an vielen Orten im Land. Beim Aufstand in Herat und der Rückeroberung der Stadt durch die Regierungstruppen starben 20.000 Menschen (vgl. Schetter 2010: 98). Nach dem sowjetischen Militäreinmarsch Ende 1979 fanden zahlreiche Protestaktivitäten der Schüler*innen und Studierenden statt. Frauen und Mädchen hatten dabei führende Rollen. Ein bekanntes Ereignis ist eine Protestdemonstration von Schülerinnen der Mädchenoberschulen im Frühjahr 1980 zum zweiten Jahrestag des Staatsstreichs (27. April 1978), auf die geschossen wurde. „Women students taunted the pro-Soviet Afghan soldiers by throwing their head scarves at them and calling them Soviet slaves and women, the latter, unfortunately but not surprisingly, a grave insult in Afghan culture.“ (Brodsky 2003: 63) Die Schülerin Naheed starb durch Polizeikugeln. Auch zu diesen Verbrechen gibt es bis heute keine Aufarbeitung.

Die Solidaritätspartei bezeichnet die Folgen, die mit den beiden verschiedenen historischen Ereignissen an den Tagen des 27. und 28. April eingeleitet wurden, als „calamities“ (SPA-Erklärung, 28.04.2013) – Katastrophen, Unglück, Elend. Diejenigen, die für die begangenen Verbrechen in der Verantwortung gesehen werden, sind mit der internationalen Militärintervention und dem neuen Staatsaufbau zu den lokalen Verbündeten des Neuaufbaus geworden, stellt die Solidaritätspartei Afghanistan heraus. Vom sowjetischen KGB ausgebildete Geheimdienstler passten sich an und besetzen bis heute Posten im afghanischen Geheimdienst. Andere ehemalige Sozialisten beteiligen sich im Parlament. Den Nordallianzvertretern wurde der Weg in die Regierung leichtgemacht. Sie wurden mit Geld und Waffen ausgestattet und konnten ihre alte regionale Gebietskontrolle wieder aufbauen. Zudem wurden die ersten Ministerien in der Übergangsregierung auf dem Bonner Afghanistan-Gipfel am 5. Dezember 2001 in der Mehrzahl an die Führer der Nordallianz vergeben. Auch ehemals in der PDPA-Regierung Aktive (Khalq und Parcham) bekamen wichtige Staatspositionen. Die Involvierung in Verbrechen wurde nicht überprüft und eine Aufarbeitung der Verbrechen nicht eingeleitet.

> „The US and NATO took to their service Jehadi killers, Khalqis, Parchamis and a group of professional spies and technocrats who have always operated against our national interest, and by putting up odious shows of elections, established a government of murderers and traitors.“ (SPA-Erklärung, 28.04.2013)

Der Protest anlässlich des 27. und 28. April verbindet sich deshalb auch mit der Forderung nach dem Abzug des internationalen Militärs und dem Ende dieser Besatzungssituation.

Obwohl es sich um zwei Machtergreifungen – 1978 und 1992 – mit sehr verschiedenen politischen Hintergründen handelt, liegen nach dem Verständnis von Hezbe Hambastagi in beiden zusammen die Wurzeln für die gegenwärtige politische Katastrophe in Afghanistan. Deshalb rufen sie seit 2011 aus diesem Anlass jedes Jahr Ende April zur Demonstration auf.

Der zutiefst sensible Aspekt der Proteste am 30. April 2012 war jedoch die Forderung nach Strafermittlungen für die Kriegsverbrechen. Dessen war sich die Solidaritätspartei auch bewusst, denn diese Forderung ist in Afghanistan ein Tabu. Kaum eine/r traut sich, diese Forderung mit konkreten Namen zu verbinden, weil sie sich bedroht sehen. Das sollte mit der Demonstration durchbrochen werden:

„[O]nce again with this massive demonstration on 27th of April we condemn this dark day and demand the prosecution of the criminal leaders of 27th and 28th of April and the Taliban. Our party is committed to breaking the atmosphere of fear and dread with our poor people's support […].“ (SPA-Erklärung, 28.04.2013)

Neben den durchgestrichenen Porträts der afghanischen Führer – sowohl Nordallianz-Führer als auch der Taliban-Führer Mullah Omar sowie auch diejenigen des Regimes von Khalq und Parcham – wurde auch das Bild des bosnisch-serbischen Generals Ratko Mladic getragen, gegen den zu diesem Zeitpunkt wegen seiner Kriegsverbrechen vor dem Internationalen Gericht in Den Haag verhandelt wurde. Das sollte die Forderung bildhaft unterstreichen, dass die Verantwortlichen für die in Afghanistan begangenen Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen genauso vor Gericht gestellt werden müssen. Zum Ende der Demonstration wurden einige dieser Bilder zu Boden geworfen. Es wurde auf den Portraits herumgetrampelt und einige wurden auch in Brand gesetzt.

TODESDROHUNGEN WEGEN VERUNGLIMPFUNG DES JIHAD

Im afghanischen Senat wurde der Solidaritätspartei nach dieser Demonstration, die Strafermittlungen gegen Regierungsmitglieder forderte und die zuließ, dass auf den zu Boden geworfenen Portraits dieser Personen herumgetrampelte wurde, „Verunglimpfung der Werte des Jihad“ vorgeworfen. Weil das in mehreren vorherigen Fällen als „Kritik am Islam“ angesehen und als Blasphemie behandelt wurde, bedeutet das sogar die Bedrohung mit der Todesstrafe (vgl. Ruttig, 11.06.2012).

Hafiz Rasikh vom Vorstand von Hezbe Hambastagi sagte im September 2012 im Gespräch mit mir zu diesen Ereignissen: „Wir sind gegen die Kriegsverbrecher, gegen die Fundamentalisten, die mit US-Unterstützung in der Regierung sind. Das wollen wir ausdrücken. Wir können darüber nicht schweigen.“ (Rasikh, Interview in Kabul,

29.09.2012, Übers. d. A.) Nach der Demonstration Ende April 2012 gab es nicht nur die offizielle Aufforderung, die Parteitätigkeit einzustellen und zur Anhörung vor dem Senat wegen dem beantragten Parteiverbot zu erscheinen; die Partei erhielt zudem Drohanrufe: „Wir werden euer Büro in Brand setzen“ und: „Wir werden euch töten, denn ihr habt die Jihadi-Führer verächtlich gemacht.“ (Ebd.)

Für unser westliches Verständnis zu Zeiten des „Krieges gegen den Terrorismus“, der sich zunehmend gegen jihadistische Bedrohung auch mitten in Europa hochzurüsten scheint, klingt es irritierend, wenn in einem Land des westlich gesteuerten Demokratieaufbaus die Ehre des Jihad staatlich durchgesetzt werden soll, zudem anlässlich einer Demonstration für Strafermittlungen gegen Kriegsverbrecher. Dies geschieht in einem Land, in dem seit über eineinhalb Jahrzehnten ein zig Milliarden teurer Militäreinsatz mit bis zu 150.000 internationalen Soldat*innen und ein durch westliche Geberstaaten finanzierter Staatsaufbau nach liberalen Vorgaben stattfindet. Diese Anklage wegen Verunglimpfung des Jihad geschieht nach der zivil-militärischen Intervention mit dem angeblichen Ziel, das Land zu befreien von der restriktiven, frauen- und demokratiefeindlichen Taliban-Herrschaft, die auch Raum für die Ausbildung globaler Selbstmordattentäter des „Heiligen islamischen Krieges gegen die Ungläubigen“, also des Jihad, geboten hatte. Es verwundert auf den ersten Blick sehr, wenn in diesem Land des westlichen Staats- und Friedensaufbaus der Jihad dermaßen unantastbar erscheint. „Doch da viele ehemalige Mudschahedinchefs, die sich jetzt Dschihad-Führer nennen, Schlüsselpositionen in der aktuellen Regierung Präsident Hamid Karsais einnehmen, darf Kritik an ihnen höchstens hinter vorgehaltener Hand geäußert werden“, erklärt Thomas Ruttig (Ruttig, 11.06.2012), der als deutscher Afghanistan-Experte gilt und als einer der Co-Direktoren des Afghanistan Analyses Network (AAN) tätig ist, zum Verbotsverfahren gegen die Solidaritätspartei.

Diese provokante Demonstration der Solidaritätspartei hat offensichtlich einen dermaßen sensiblen Punkt getroffen – „they definitely hit a nerve“ (Ruttig, 02.07.2012) –, dass selbst die repressiven Reaktionen auf die Demonstration für die reaktionären und islamistischen Führungspersonen des Landes wiederum entblößend sind. Entsprechend stark war die Wirkung in Afghanistan und weit darüber hinaus. Die Demonstration am 30. April 2012 und das anschließende Verbotsverfahren hatten in der Wahrnehmung kritischer internationaler Beobachter einen hohen Symbolwert, wie diese Äußerung von Thomas Ruttig zeigt:

„How this case will be handled by the Afghan authorities will show how much the rule of law in Afghanistan has evolved where, according to President Karzai’s speech at the NATO summit in Chicago, the ‚foundations of a vibrant democracy‘ have already been laid.“ (Ruttig, zitiert nach Graham-Harrison, 14.06.2012)

Human Rights Watch thematisiert anlässlich des Verbotsverfahrens vor allem die Bedrohung der Redefreiheit, ein Recht, das seit 2001 erfolgreich hätte etabliert werden können. Nun würde zum ersten Mal eine politische Partei durch die afghanische Regierung angegriffen, allein für die Äußerung einer abweichenden Sichtweise (vgl. Graham-Harrison, 14.06.2012). Angesichts der Grenzüberschreitung, die der Versuch des Parteiverbots darstellte, der durch die Forderung nach Strafermittlungen unter anderem gegen Regierungsmitglieder ausgelöst wurde, bekam auch die Kritik an der Verfolgung von Journalisten größere Beachtung. Human Rights Watch beklagt, dass Journalisten staatlicher Repression ausgesetzt sind. Informationen werden vor der Öffentlichkeit versperrt und damit Berichterstattung und auch Forschung behindert (vgl. HRW World Report 2013).

„In April, one reporter was detained without charge after his TV station broadcast a show critical of the Kabul mayor. In May, the government accused a foreign journalist of being a spy after she alleged government corruption, [...] and in November reacted harshly to an International Crisis Group (ICG) report, calling the group's activities ‚detrimental to Afghanistan's national interests' […].“ (Ebd.)

Die Solidaritätspartei Afghanistan konnte die Sensibilität der Situation und die öffentliche Aufmerksamkeit politisch nutzen. Sie erklärten, dass das Gerichtsverfahren gegen die Partei vor einem internationalen Gericht stattfinden müsse, denn die Leitung der Justiz Afghanistans sei mit Personen besetzt, die mit denjenigen verbündet sind, deren Strafverfolgung die Solidaritätspartei gefordert hatte. Hafiz Rasikh vom Vorstand der SPA erklärte einem Radio-Reporter:

„If the senate wants to prosecute the party, it should be in an international court because the head of the judicial bodies of our country are all people associated with the perpetrators of the 27th and 28th April events. If they will prosecute us in an international court, then good. Let's go and see who should be sentenced, people who killed 70.000 Kabulis or those who defend those people (Kabulis); those who sold our country to the Russian or those that condemn that day (27th April). Those who claim that they have done Jehad, have in reality misused its name and did business with the people of Afghanistan and should be put on trial.“ (Watandar, 01.05.2012)

Um die verwirrende Komplexität des Bezugs auf den Jihad zu erfassen, muss zudem erklärt werden, warum Vertreter*innen der Solidaritätspartei bei der Anhörung vor dem Beschwerdeausschuss des afghanischen Senats erklärten, dass auch zahlreiche der Gründungsmitglieder ihrer Partei am Jihad gegen die sowjetische Besatzung teilgenommen hatten. Zu den Mitgliedern von Hezbe Hambastagi gehören ehemalige Mujaheddin, die sich in den 1980er Jahren bewaffnet am Widerstand beteiligten. Der Begriff Mujaheddin bezeichnet in der Regel Kämpfer zur Verteidi-

gung oder Verbreitung des Islam oder des Heiligen Krieges. Zur Erläuterung folgt ein Kapitel mit einem Rückblick in diese Zeit.

LINKE MUJAHEDDIN DER 1980ER JAHRE

Bei meinem ersten Besuch im damaligen Kabuler Büro von Hezbe Hambastagi war während des Gesprächs mit dem jungen Sprecher der Partei noch ein würdevoll wirkender älterer Mann mit grauem langen Bart anwesend. Der Sprecher Mahmoud Pahiz verwies auf diesen ehemaligen Mujahed, als er zum Profil der Solidaritätspartei erklärte:

> „Another thing that distinguishes us from other parties is that we were not involved in the last war after 1992. But before that we were struggling against Russian invasion in Afghanistan. This man [er deutet auf den älteren Mann an seiner Seite] was mujahed and he fought against Russian invasion. But they weren't involved in this four years of war which was mujaheddins time in Afghanistan." (Pahiz, Sprecher SPA, Interview in Kabul, 13.07.2010)

Die „Zeit der Mujaheddin" meint die Jahre von April 1992 bis 1996, als sieben Fraktionen der Mujaheddin Kabul eingenommen hatten, formal eine Regierung bildeten, tatsächlich aber beinahe die gesamte Zeit Machtkämpfe untereinander austrugen – ohne Rücksicht auf die Bevölkerung oder gesellschaftliche Werte wie historische Bibliotheken und das Nationalarchiv, die zerstört und geplündert wurden. Die Solidaritätspartei verweist mit Stolz auf ihre Wurzeln auch im Kampf der Mujaheddin der 1980er Jahre, grenzt sich dabei jedoch deutlich ab von den brutalen, zerstörerischen Kämpfen, die die islamistischen Mujaheddin-Gruppen untereinander und gegen die jeweils ethnisch zugeordneten Bevölkerungsteile um die Vorherrschaft führten.

Die Existenz eines links-orientierten Mujaheddin-Kampfes gegen die sozialistische PDPA-Regierung und die Machtnahme sowjetischer Berater*innen und Militärtruppen zu begreifen, liegt außerhalb eines westlichen Geschichtsbildes. Hafizullah Emadi, ein afghanischer Forscher der Staats- und Entwicklungspolitik, bildet eine Ausnahme mit seinen Texten, die ausdrücklich einen blinden Fleck der Forschung zur Entwicklung Afghanistans beleuchten sollen. Emadi analysiert unter anderem die Rolle radikaler linker Gruppen in der jüngeren Geschichte Afghanistans (Emadi 2001; Emadi 1997; Emadi 1996). Die Lektüre seiner Texte ergänzen mehrere persönliche Gespräche, in denen ich von Beteiligten über diese Erfahrungen der 1980er Jahre erfahren habe. Bedingt durch die massenhafte Verfolgung und Ermordung auch anderer Linker nach der Machtübernahme der sozialistischen Khalq/Parcham-Regierung (PDPA), damit ab April 1978, und aufgrund der im

Dezember 1979 erfolgten militärischen Invasion der Sowjetunion wurde eine anti-islamistische Front von Gruppen gebildet, die bewaffnet gegen die Besatzung kämpften. Darin schlossen sich Intellektuelle aus den Städten, oft von marxistisch-leninistisch-maoistischen und andere linken Organisationen, aber auch demokratisch und religiös orientierte Personengruppen mit Teilen der in Stammes- und Clanstrukturen lebenden Landbevölkerung zusammen. Zahlreiche Gruppen entstanden in den Provinzen mit einer Basis in verschiedenen lokalen Stammesgruppen und verstanden sich ohne formalen Organisationsnamen als „tribal frontlines" (Sharq, Interview in Kabul, 18.02.2011).

„[T]he state's coercive socio-economic and political transformations alienated most poor peasants and farmers who were considered to be close class allies of blue-collar workers in a neo-democratic revolution and transformed them into active participants in the armed struggle against the state during and after the Soviet occupation of the country." (Emadi 1996: 209)

Ahmad Sharq schloss sich nach der Gründung von Hezbe Hambastagi im Jahr 2004 der Partei an. Dazu motivierte ihn seine Erfahrung aus den 1980er Jahren, in denen er als 18-jähriger einige deren Gründungsmitglieder in diesen bewaffneten Widerstandsgruppen kennengelernt hatte. Ahmad Sharq beschreibt seine Erfahrung aus der Provinz Nuristan, weit im Nordosten von Afghanistan:

„From my own experience in Nuristan there were people who knew that Sayyaf, Gulbuddin, these people ... – there was a puppet government from Russia at that time – and they were also [dependents] from other countries like Pakistan and America [who] were supporting them. And the people were saying: Now there is one puppet and there is the other one. No, we are not going to join them. And they started to make their own tribal resistance groups. There were several groups in Nuristan, and in Jallalabad, and in Farah, and in Nimroz. You can say in all over Afghanistan." (Sharq, Interview in Kabul, 18.02.2011)

Ahmad Sharq beschreibt, dass im Gegensatz zu den fundamentalischen Gruppen, die nur Gefechte austrugen, die Gruppen der in den Dörfern verankerten Tribal Frontlines zusätzlich zum bewaffneten Kampf auch Alphabetisierungskurse und weitere Bildungsarbeit durchführten. Es beteiligten sich hier auch Frauen an den Widerstandsaktivitäten, einschließlich militärischer Ausbildung, Waffenreinigung, medizinische Hilfe, Frauenbildung, Kochen und Gasschutzmasken nähen (Brodsky 2003). Najla, die zusammen mit acht anderen Frauen für zwei Jahre an der Front war, sagt: „This group was different [from fundamentalist mujaheddin]. […] [W]e could trust that they value women and our part in the resistance war." (Zit. nach Brodsky 2003: 61) Ahmad Sharq beschreibt diese Gruppen als „frei" und als kollektive Widerstandsgruppen (Sharq, Interview in Kabul, 18.02.2011).

Die Tribal Frontlines kämpfen an zwei Fronten gleichzeitig: zum einen gegen die PDPA-Regierung und die militärischen Besatzungstruppen und zum anderen gegen die islamistischen Organisationen, die die Mehrheit der Mujaheddin bildeten, wie beispielsweise die Organisation um Gulbuddin Hekmatyar.

Die Wurzeln dieser linken Mujaheddin-Gruppen liegen in der afghanischen 1968er-Bewegung (ausführlicher im Kapitel zu RAWA). Linke Aktivist*innen der Bewegung, die als Schüler*innen- und Student*innenbewegung angefangen hatte, bezogen sich auch auf Kämpfe der Arbeiter*innen und erkannten die Bedeutung der Landbevölkerung für revolutionäre Veränderungen. In den 1960er und 1970er Jahren wurden linke Organisationen, Jugendverbände und auch die feministische Organisation RAWA gegründet. Ein Streitpunkt waren die unzulänglichen politischen Aktivitäten im ländlichen Raum. Auch aufgrund der Verfolgungswellen durch die PDPA-Regierung gegen alle Andersdenkenden – vor allem im Jahr 1978, aber auch später – kamen Menschen aus den Städten nun zu den sich bildenden Tribal Frontlines. Sie konnten so vor (erneuten) Verhaftungen, Folter und Mord in den Untergrund fliehen.

Auch die islamisch-fundamentalistischen Mujaheddin-Organisationen haben ihre Wurzeln in dieser Zeit der Student*innenbewegung. Insbesondere an der Universität Kabul fanden sich neben den linken auch die reaktionär-fundamentalistischen Gruppen zusammen, gründeten Parteien und griffen Linke und Frauenrechtler*innen an. Gulbuddin Hekmatyar wurde bereits 1972 des Mordes an einem linken Studentenführer beschuldigt (Emadi 2001: 436). Bis heute gehen Tausende von Verschwundenen, Gefolterten und Ermordeten auf sein Konto (vgl. u.a. UN Mapping Report 2005). Zahlreiche der linken Mujaheddin-Kämpfer verloren ihr Leben durch die bewaffnete Organisation von Gulbuddin Hekmatyar, Hizbe Islami (Islamic Party), andere stehen bis heute auf seiner Todesliste (Ahmad, Name geändert, Interview in Kabul, 13.08.2010).

Im November 1986 wurde beispielsweise Dr. Faiz Ahmad durch Anhänger von Hekmatyar ermordet. Faiz Ahmad, hatte aus der PYO (Progressive Youth Organization) heraus die Organisation Gruh-e-Enqiloabi (Revolutionary Group, RG) gegründet (vgl. Emadi 2001), die bestrebt war, den revolutionären Kampf mit der Landbevölkerung zu entwickeln. Die RG, die später als Afghanistan Liberation Organization (ALO) bezeichnet wurde, unterstützte Frauenrechte und die Gleichberechtigung von Frauen und Männern (vgl. Emadi 2002). Faiz Ahmad war mit der Führungsperson der feministischen Frauenorganisation RAWA, Meena, verheiratet. Wenige Monate nach seinem Tod wurde auch die charismatische Führungsfrau von RAWA durch die Gruppe von Hekmatyar ermordet.

Die Geschichte eines am Ende der 1970er Jahre noch sehr jungen Aktivisten, der sich mir gegenüber Ahmad nennt, ist ein trauriges Beispiel für die Verfolgung linker Aktivist*innen durch den Staat wie auch durch Gulbuddin Hekmatyar. Es ist jedoch auch die Geschichte eines linken Mujaheddin. In seiner persönlichen Geschichte wird

die Entschiedenheit für ein Leben im Kampf für Gerechtigkeit und der dafür nötige Mut ausdrückt. Ahmad war mit seinen Brüdern in der linken Student*innenbewegung der 1970er Jahre aktiv: „It was for democracy and freedom and social justice, also." (Ahmad, Name geändert, Interview in Kabul, 13.08.2010) Ein Bruder starb 1978 während der Folter in der Polizeihaft. „More than three months I was in jail after the demonstration. And my brother was arrested for five years and another of my brothers was arrested for three years and another was sentenced to 20 years in jail." (Ebd.) Eine klärende Bestätigung für den Tod eines dieser Brüder, der nie aus der Haft freikam, gab es erst im September 2013 als eine Liste mit den Namen von knapp 5000 in der Haft Getöteten von der niederländischen Staatsanwaltschaft aus Prozessunterlagen veröffentlicht wurde. Ahmad musste kurz vor Abschluss seines Studiums in den Untergrund fliehen um einer erneuten Verhaftung zu entgehen. Wie seine anderen Brüder und seine Stiefmutter schloss er sich den linken „Freiheitskämpfern" („freedom fighter", ebd.) an. „I was also part of that front. Then my older brother was selected as a commander, general commander of our district." (Ebd.) Vier seiner Brüder verlor Ahmad durch die Gewalt der Hezbe Islami von Gulbuddin Hekmatyar. „[S]ome fundamentalist group came to our district. They started fighting against us. It was something 1984 or 86. Especially Gulbuddin Hekmatyar party started firing against our front. Then we were fighting against Gulbuddin a lot of time." (Ebd.) Ahmad erklärt, dass dahinter ideologische Gründe standen. In einem Geheimdokument der Hezbe Islami wurde ausdrücklich die Ermordung aller anderen Mujaheddin – linker, aber auch anderer – angewiesen:

> „Members of the Hizbi Islami while fighting against the ‚Red Satan' must corner, isolate, and even eliminate the other rebel groups in order to project the image of Hizbi Islami-e-Afghanistan. If you consider yourselves weaker militarily to act against them then the Commander can inform the occupant Russians or their dependents about dominciles of alien guerrillas." (Geheimdokument von Hezbe Islami, zit. nach Emadi 1997: 103)

Ahmad und seine Brüder waren auch nach der Flucht ins Exil nach Pakistan nicht vor der Gewalt durch Hekmatyar sicher, der in enger Verbindung mit dem pakistanischen Geheimdienst ISI stand.

> „Worse, […] the fundamentalist parties, with the complicit support of the Pakistani government and especially ISI, the Pakistani special intelligence unit, carried out their own purges of Afghan resistance opposition in Pakistan, pursuing leftist, centrists, and intellectuals who had fled similar death threats in Afghanistan." (Brodsky 2003: 85)

Ahmad steht bis heute auf der Todesliste von Gulbuddin Hektmatyar und wurde deshalb von der UN aufgefordert, das Land zu verlassen (Ahmad, Name geändert, Interview in Kabul, 13.08.2010). Ahmad ist in Afghanistan geblieben, obwohl ihm

in Europa Asyl gewährt würde. Er zieht seine Kinder in Afghanistan groß, weil er dort die gesellschaftlichen Verhältnisse verbessern möchte. Seine Frau war in der feministischen Organisation RAWA aktiv, als er sie in seiner Zeit als Freiheitskämpfer kennenlernte. Ein weiterer Bruder, eine Nichte und er selbst sind Mitglieder von Hezbe Hambastagi geworden.

KEIN RAUM FÜR FORDERUNGEN NACH TRANSITIONAL JUSTICE

Die zuvor beschriebene Demonstration der Solidaritätspartei Afghanistan am 30. April 2012 mit der Forderung nach Strafverfolgung gegen die Verantwortlichen für schweren Menschenrechts- und Kriegsrechtsverletzunge der Khalq/Parcham-, der Mujaheddin- sowie der Taliban-Regierungszeit löste 2012 das Parteiverbotsverfahren gegen die Solidaritätspartei Afghanistan aus, mit dem die afghanischen Behörden scheiterten. Praktisch zeigte sich das politische Scheitern in der Aussage des Sprechers des Präsidenten Karzai, Aimal Faizi, Mitte Juni 2012: „Keine politische Partei dieses Landes wurde suspendiert.“ (Zit. nach Rasikh, SPA, Interview in Kabul, 29.09.2012) Die afghanische Verfassung würde ein solche Suspendierung oder ein Parteienverbot nicht ermöglichen. Das Recht auf freie Meinungsäußerung und friedlichen Protest sei in Afghanistan geschützt, ließ der Präsidentensprecher verlauten (vgl. Basharat, 19.06.2012). Erst kurz zuvor, am 2. Juni 2012, war der Solidaritätspartei vom Justizministerium mitgeteilt worden, dass das Parlament die Suspendierung und Strafermittlungen beschlossen hat (vgl. ebd.).

Noch bevor innerhalb der Solidaritätspartei Afghanistan jemand wissen konnte, dass die Suspendierung der Tätigkeit und das Verbotsverfahren nicht weiter bestehen, erklärte der Vorstand, dass sie ihre politischen Aktivitäten fortführen werden trotz aller Konsequenzen, die das möglicherweise hat (vgl. Graham-Harrison, 14.06.2012). Entsprechend organisierten sie im darauf folgenden Jahr, 2013, zum gleichen Anlass, den beiden Jahrestagen der historischen Ereignisse am 27. und 28. April, wieder eine Demonstration. Dieses Mal wurde nicht juristisch, jedoch mit der Gewalt der Sicherheitsorgane gegen diese Protestform vorgegangen. Eine Genehmigung hatte Hezbe Hambastagi nur für den 2. Mai statt für den geplanten 28. April erhalten. Trotz der Genehmigung war der Versammlungsort mit über 1000 Polizeikräften und zahlreichem Geheimdienstvertretern besetzt. Zudem wurde der Öffentlichkeit der Zutritt dorthin verboten, angrenzende Läden wurden gezwungen zu schließen. Die Sicherheitskräfte hatten Anweisung, die Veranstaltung in keinem Fall stattfinden zu lassen. Die Demonstranten setzten sich trotz massiver Behinderungen durch und versammelten sich. Sie weigerten sich auch, die Aufforderung zu erfüllen, keine Plakate zu tragen, die die durchgekreuzten Gesichter der

„Jihadi leaders and other officials“ (polizeiliche Anweisung, zit. nach SPA-Erklärung, 04.05.2013) zeigen, und die entsprechenden Parolen nicht zu rufen. Der Polizeichef verkündete: „We will allow to have the demonstration if [you] don’t disrespect Jihadi leaders’ portraits, don’t burn or underfoot them, otherwise you will be responsible for your actions.“ (SPA-Erklärung, 04.05.2013) Die Plakate und Spruchbänder wurden beschlagnahmt, mehrere Reihen Polizisten führten eine eingekesselte Demonstration durch Straßen, die zuvor hunderte Meter weit von allen Menschen und Fahrzeugen entleert worden waren, die nicht zum Geheimdienst oder der Polizei gehörten. Die Anti-Riot-Polizeieinheiten waren unter anderem mit Tränengas-Gewehren und Wasserwerfern ausgerüstet. Viele hundert Demonstrant*-innen und auch Journalist*innen wurden nicht zum Demonstrationszug durchgelassen. Immer wieder mussten die Demonstrationsteilnehmer*innen die Festnahme von Organisator*innen verhindern, die in Geheimdienstfahrzeuge gezerrt werden sollten. Trotz allem demonstrierten mehr als 1500 Personen durch die Straßen von Kabul, „decisively and passionately and shouted outspoken slogans against the traitor warlords, Taliban and their foreign masters and the US/NATO occupation forces“ (SPA-Erklärung, 04.05.2013). In einer Abschlussrede wurden die historischen Ereignisse des 27. und 28. April, die Karzai-Regierung sowie die Besatzungsmächte verurteilt. Dieser Redner wurde kurze Zeit später vom Geheimdienst festgenommen. „After his speech, when he moved out of the sight of journalists, a bunch of NDS [Geheimdienst] staff attacked him like wolves to move him away.“ (Ebd.) Neben diesem Sprecher wurden acht weitere Personen in Geheimdiensthaft genommen, über die Organisator*innen befragt und blutig geprügelt. Einem von ihnen wurde sein Knie mit einem Gewehrkolbenschlag so schwer verletzt, dass es operiert werden musste. Drei von diesen Personen wurden erst nach drei Tagen entlassen, obwohl gegen keinen der neun Festgehaltenen ein Strafvorwurf erhoben wurde. Die Solidaritätspartei Afghanistan erklärt zu diesen Ereignissen:

> „In a country where the criminals, corrupts and lackeys of aliens have high official and all governmental posts and there is impunity for the traitors, the shameless attack of government on a legal and peaceful demonstration of a democratic party, clearly uncovers the false and fraud slogans of ‚democracy‘, ‚human rights‘ and ‚freedom of speech‘ by a puppet regime.“ (SPA-Erklärung, 04.05.2013)

Demokratische Rechte würden nur so lange toleriert, wie diese nicht die Position derjenigen infrage stellen, die das Land verraten und die afghanische Bevölkerung ermordet haben. „[B]ut if a force has the gut to openly cry out the voice and hatred of 99 %, they will be instantly confronted by fascism of security forces which are headed and led by war criminals and human rights violators.“ (Ebd.) Neben den offiziellen Einschüchterungen und Repressionsmaßnahmen hatten Mitglieder der

Solidaritätspartei vor der Demonstration im Jahr 2013 wieder zahlreiche Drohanrufe aus den Reihen der Warlords erhalten.

Human Rights Watch (HRW) untersuchte die staatliche Repression anlässlich der genehmigten und friedlichen Demonstration der Solidaritätspartei. Der HRW-Leiter für Asien, Brad Adams, stellte fest, dass es scheine, damit solle eine Ermahnung an alle Afghan*innen verkündet werden, die Regierung nicht öffentlich zu kritisieren (Human Rights Watch, 07.05.2013). „The abuses appear intended to silence public dissent against the government.“ (Ebd.) Human Rights Watch forderte von der afghanischen Regierung eine Untersuchung der repressiven Vorkommnisse gegen die Solidaritätspartei Afghanistan während deren Demonstration am 2. Mai 2013.

„WE DON'T WANT TO STUDY UNDER THE NAME OF RABBANI“

Kurze Zeit nach dem provozierend wirksamen Vorstoß der Solidaritätspartei Afghanistan, um das Tabu der Benennung von Kriegsverbrechern zu durchbrechen und die Aufarbeitung der Vergangenheit wieder zum öffentlichen Thema zu machen, haben Studierende der Kabul Educational University angefangen, gegen die Umbenennung der Bildungsstätte zur „Martyr Professor Burhanuddin Rabbani University“ zu protestieren. Burhanuddin Rabbani war der afghanische Präsident in der Zeit des blutigen Bürgerkrieges zwischen den Mujaheddin-Führern, nachdem diese 1992 in Kabul einmarschiert waren. Ein Bericht von Human Rights Watch aus dem Jahr 2005 fordert Strafermittlungen gegen Rabbani aufgrund dringender Belege, dass er Verantwortung trägt für „intentional killing of civilians, beating of civilians, abductions based on ethnicity, looting and forced labor“ (HRW 2005: 120).

Die Partei von Burhanuddin Rabbani, Jamiat-i-Islami, war während der Machtkämpfe zwischen den Mujaheddin-Fraktionen in viele Verbrechen verwickelt, insbesondere in ein Massaker in dem von der ethnischen Gruppe der Hazara bewohnten Kabuler Stadtteil Afshar. Dieses Massaker und die Vertreibung der Bevölkerung geschahen im Februar 1993. Burhanuddin Rabbani trägt gemeinsam mit Ahmad Shah Massoud und Rasool Sayyaf die Verantwortung für dieses Massaker (vgl. UN Mapping Report 2005). Auch direkt auf die Universität, die damals Pädagogisches Institut genannt wurde, waren 1993 Raketen gerichtet worden, weil sich dort Kämpfer festgesetzt hatten, die sich als ethnische Hazara organisierten.

Ein Jahr nach der Ermordung Rabbanis durch einen Taliban-Selbstmordattentäter erließ Präsident Hamid Karzai am 20. September 2012 ein Dekret zur Benennung der Kabuler Universität sowie des Flughafens von Kandahar und einer zentralen Straße in Kabul nach diesem „Helden und Märtyrer des Frie-

dens“. Rabbani hatte zuletzt die Funktion des Vorsitzenden des High Peace Council, eines durch die Regierung eingesetzten Gremiums für die Steuerung des Verhandlungs- und Versöhnungsprozesses mit den illegalen Gruppen (Taliban, Hekmatyar, Hakkani).

Die Student*innen boykottierten nach dem Erlass zur Umbenennung viele Tage lang den Universitätsbetrieb, der tatsächlich lahmgelegt wurde. Dies geschah, obwohl die politische Betätigung von Studierenden untersagt ist. Die Student*innen versammelten sich zu Hunderten mit Spruchbändern und blockierten schließlich das Parlament. Mit bis zu 200 Personen an jedem Eingang des Parlaments, die sich an den Armen unterhakten, waren sie sehr effektiv und berichteten von mindestens zehn bis zwölf Parlamentsabgeordneten, die wieder nach Hause fuhren. Das Parlament wurde zeitweilig geschlossen (vgl. Bezhan, 03.10.2012). Viele Tage demonstrierten sie vor dem Parlament. Insgesamt dauerte der Protest mindestens siebzehn Tage.

Die Äußerungen der protestierenden Student*innen zur Begründung der Ablehnung des neuen Namens waren zunächst eher ausweichend und vorsichtig. Rabbani hätte sich nicht für Bildung eingesetzt und die Universität solle nicht in eine politische Plattform verwandelt werden, wurde gesagt. Konflikte zwischen der ethnisch vielfältigen Studierendenschaft könnten entstehen. Oder es wurden besser geeignet erscheinende, berühmte Personen vorgeschlagen: „Why the university was not renamed after Maulana Jalaluddin Balkhi, who had a great contribution towards humanity or Ghazi Amanullah Khan, who was the hero of independence.“ (Samimi 22.09.2012).

Die Student*innen fragten Unterstützung für ihre Protestaktivitäten bei der Afghanistan Independent Human Rights Commission (AIHRC) an. Die AIHRC arbeitete an der Dokumentation von Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen der Vergangenheit und hatte 2005 den (nie umgesetzten) Aktionsplan für Maßnahmen von Transitional Justice mit ausgearbeitet. Dies ist ein Hinweis, dass die durch Rabbani zu verantwortenden Kriegsverbrechen gegen die afghanische Bevölkerung eine Rolle bei der letztendlichen Ablehnung des neuen Namens spielten. Ausgesprochen wurde das meist nicht. Diese indirekte Ausdrucksweise zeigt beispielsweise auch die Stellungnahme des kritischen Abgeordneten und unabhängigen Präsidentschaftskandidaten von 2009 Ramazan Bashardost bezüglich der Studierendenproteste:

> „Somebody is a traitor or a servant of the country; a patriot or an enemy of the country. We have to let the Afghan people decide for themselves. For 40 years, there has been war and misfortune in Afghanistan. The Afghan people are not stupid. The Afghan government should listen.“ (Bezhan, 03.10.2012)

Es bedeutet ein Risiko, sich offen und direkt zu äußern, wie es ein mutigerer Student macht: „Mr. Rabbani was the one who was firing rockets at this university during the civil war. How can they name it after him?“ (Nordland, 08.10.2012).

Die Solidaritätspartei unterstützte die protestierenden Studenten und Studentinnen dabei, den politischen Hintergrund ihres Widerstandes auch auszudrücken. Ein junges aktives Parteimitglied kam aufgeregt in das Büro von Hezbe Hambastagi, als in wir dort gerade beim Gespräch saßen, und berichtete von der Blockade des Parlaments, bei der er am Vormittag teilgenommen hatte. Eine Studentin war an diesem Tag durch das Auto des Abgeordneten Qazi Nazir Hanafi, der in die Menge gefahren war, verletzt worden. Der SPA-Aktivist erklärte, dass die Studierenden die Solidaritätspartei und andere fortschrittliche Gruppen zu ihren Protesten eingeladen hatten. Das sei wichtig. Er hatte viel mit den anderen jungen Leuten diskutiert und diese motiviert, offensiver auszusprechen, warum sie eine Benennung der Universität nach Burhanuddin Rabbani ablehnen. Es sei an der Zeit, die allen bekannten, jedoch nicht aufgearbeiteten Verbrechen der jüngsten Geschichte zusammen mit den Namen der Verantwortlichen zu benennen.

Der Studierendenprotest entwickelte sich zu einer Zeit, als die öffentliche Nachforschung zu den umstrittenen Warlords und militärischen Führern der Vergangenheit, von denen viele politisch äußerst einflussreich sind, zunahm (vgl. Bezhan, 03.10.2012).

„Die Menschen werden die Kriegsverbrecher verfolgen“

Die Solidaritätspartei Afghanistan setzte ihre politischen Aktivitäten zum empfindlichen Thema der Vergangenheitsaufarbeitung und Herstellung von Gerechtigkeit für die großen Verbrechen während der letzten drei Jahrzehnte fort. Am 29. September 2013 rief Hezbe Hambastagi zu einer Demonstration auf, die aus Anlass der Veröffentlichung einer Liste mit den Namen von annähernd 5000 Personen, die nach ihrer Verhaftung in den Jahren 1978 und 1979 getötet wurden, stattfand. Im Aufruf zur Demonstration werden die Namen der heute noch aktiven Verantwortlichen des damaligen Regimes aufgezählt (SPA-Erklärung, 29.09.2013).

Ein niederländisches Staatsanwaltsbüro hatte entschieden, die Liste mit den Namen von 4785 Ermordeten der afghanischen Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die Angehörigen der Verschwundenen sollten nach über 30 Jahren endlich Gewissheit über den Verbleib ihrer Verwandten erhalten. Die Liste gehörte zu den Beweisen in einem Ermittlungsverfahren wegen Kriegsverbrechen gegen einen Leiter der Verhör-Abteilung des afghanischen Geheimdienstes (Clark, 26.09.2013), der in Deutschland lebte. Diese Liste der 4785 Opfer zeigt nur einen Bruchteil aller in

den ersten 20 Monaten nach dem Machtwechsel im April 1978 – der sogenannten Saur-Revolution – Verschwundenen. Doch dieser Beleg bot die Möglichkeit, Trauerfeiern zu veranstalten. Da es sich um Verbrechen der sozialistischen PDPA-Regierungszeit handelt, hat der Rat der Jihadis, einberufen durch Präsident Hamid Karzai, zweitägige Trauerfeiern und die Errichtung einer Gedenkmoschee beschlossen. Der gleiche Personenkreis hatte 2007/2008 das Amnestiegesetz durchgesetzt, um sich selbst vor Ermittlungen wegen schweren Verletzungen der Menschenrechte und des Kriegsrechts zu schützen. Auch die Taliban haben aus Anlass der Veröffentlichung der Namensliste die Brutalität der Verbrechen angeprangert.

Dem gegenüber verurteilt die Solidaritätspartei die Verbrechen der PDPA bzw. des Khalqi-Parchami-Regimes zusammen mit den Verbrechen der Jihadi-Fraktionen, der Taliban und auch der US-amerikanischen Truppen. Der Unterschied würde nur darin liegen, dass die Khalqi-Parchami ihre Opfer detailliert auflisteten, während die anderen Gruppen nicht derartige Beweise erstellt hätten (SPA-Erklärung, 29.09.2013). Alle Verantwortlichen sollten zur Rechenschaft gezogen werden. „Our people will prosecute the war criminals of three decades!“ (Ebd.) Mit diesem Titel ist der Aufruf zur Demonstration anlässlich des Bekanntwerdens der Namensliste der Getöteten überschrieben.

> „In this country all of well-known criminals and oppressors of 7th and 8th Saur (27th April 1978, and 28th April 1992), the slaves in stable of giants known as US and NATO, who should be prosecuted or spend the rest of their shameful life in prison, instead have been placed in parts of the government, ‚civil society‘, BBC and other entities, busy in earning money and serving a new period of betrayal against the homeland.“ (Ebd.)

Statt Maßnahmen von Transitional Justice umzusetzen, sei die Regierung eine Mischung von Kriminellen der letzten drei Jahrzehnte. Die Solidaritätspartei bekundet, sie fordere Strafermittlungen, den Forderungen der Bevölkerung entsprechend: „[O]ur wounded people are asking for the punishment of Parchami, Khalqi, Tanzimi [Jihadi-Fraktionen] and Taliban.“ (Ebd.) Der Slogan der Solidaritätspartei dafür lautet: „No to US, No to Taliban, No to other criminals, Power to the hands of the People!“ (Ebd.)

Die PDPA-Regierung hätte genauso wie die fundamentalistischen Gruppen versucht, gedankenvolle und revoltierende Köpfe aus Afghanistan zu entfernen, indem sie massenhaft, aber vor allem auch die Gebildeten und Intellektuellen getötet haben (vgl. ebd.) Doch trotzdem sehen die Aktivist*innen der Solidaritätspartei Afghanistan auch gegenwärtig die Möglichkeit und Bedeutung von Widerstand und Kampf für grundlegende Veränderungen der Machtverhältnisse. Sie vertreten, dass es derzeit wichtig ist, für Gerechtigkeit für die gegen die Bevölkerung gerichteten Gewalttaten der Vergangenheit einzutreten. Die kriminellen Führer müssen verurteilt und die gegenwärtigen Besatzer vertrieben werden. Vergeben und Vergessen

ist keine Lösung. Die Einheit des Landes/der Nation, Gerechtigkeit und Wohlstand sind nur durch eine Bearbeitung der Vergangenheit möglich (vgl. SPA-Erklärung, 29.09.2013).

Im September 2016 unterzeichnete die afghanische Regierung einen Friedensvertrag mit Gulbuddin Hekmatyar. Dieser gewährt Hekmatyar und seinen bewaffneten Kämpfern nicht nur vollständige Amnestie für ihre Verbrechen, sondern auch ökonomische Absicherung und einen ehrenvollen gesellschaftlichen Status. Hekmatyar erhält ein Regierungsamt und wird an allen wichtigen politischen Entscheidungen beteiligt. Hezbe Hambastagi mobilisierte anlässlich der Unterzeichnung dieses Deals zu einer Kundgebung am 22.09.2016 in Kabul. „Any deal with Hekmatyar and other criminals is treason. [...] Peace will never be achieved by sacrificing justice." (Selay Ghaffar, Sprecherin SPA, zit. nach Smith/Harooni, 23.09.2016) Auf der Kundgebung wurden zahlreiche Plakate hochgehalten, auf denen Hekmatyar mit einer Rakete als Nasenpiercing und mit bluttriefendem Mund dargestellt wird. Gulbuddin Hekmatyar ist als der „Schlächter von Kabul" bekannt, weil er die Stadt zwischen 1992-1996 von den umliegenden Bergen aus mit Raketen beschießen ließ, damit Tausende Zivilisten tötete und die Stadt beinahe vollständig zerstörte. Nicht die USA, die das Friedensabkommen im Hintergrund gemanaged haben, noch die afghanische Regierung können diese und seine weiteren Verbrechen vergeben; das können nur die leidenden Menschen, die Opfer seiner Taten. Die Behauptung, dass es bei diesem Abkommen mit Hekmatyar um Frieden geht, wird als verachtenswerte Täuschung gewertet (vgl. SPA-Erklärung, 22.09.2016a). Hekmatyar, der bereits in den 1980er und 1990er Jahren der am meisten vom US-amerikanischen Auslandsnachrichtendienst CIA geförderte Warlord war, wird nun eingereiht zu denjenigen, die legal daran mitwirken, die neokolonialen Strategien umzusetzen (vgl. Selay Ghaffar, Rede Kundgebung, zit. nach SPA-Bericht, 22.09.2016b). Auf der Kundgebung wurde gerufen, dass die Menschen Gulbuddin nicht vergeben werden. „[H]is arrival will have no benefit for our people but to complete the ring of the criminals within the government." (SPA-Bericht, 22.09.2016b) Die Solidaritätspartei vertritt, dass wirklicher Frieden nur erreicht werden kann, wenn die Verbrecher keine Macht mehr haben und sich vor Gericht verantworten müssen.

RAWA – Revolutionary Association of the Women of Afghanistan

Nach einem kurzen Überblick beginnt eine chronologische Erzählung, die bis in die 1960er Jahre zurückgreift und die verschiedenen Phasen bis zum Jahr 2001 beschreibt. Die Geschehnisse im Herbst 2001 werden ausführlich behandelt. Danach folgt eine thematische Gliederung, welche die verschiedenen Themen aufgreift, die in den politischen Analysen und weiteren Tätigkeiten von RAWA wichtig sind. Auch im ersten Teil bis 2001 wird die Chronologie gelegentlich durchbrochen, um bestimmte Aspekte der politischen Arbeit oder Organisationsstruktur von RAWA im Zusammenhang darzustellen.

Frauenorganisierung seit 1977

RAWA ist eine große, feministische, afghanische Frauenorganisation. Nur Frauen, die in Afghanistan oder als afghanische Flüchtlinge in Pakistan leben, können Mitglied werden. Neben den etwa 2000 festen Mitgliedern besteht diese Organisation aus einem breiten Netz von Unterstützer*innen und Sympatisant*innen. Der Name RAWA setzt sich aus den Kürzeln der englischen Bezeichnung zusammen: Revolutionary Association of the Women of Afghanistan. Auf Dari lautet der Name Jamiat-e-Enqilabi Zanan-e-Afghanistan. RAWA setzt sich für Frauenrechte, Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit und säkulare Demokratie ein und hat als Organisation eine lange Geschichte und viele politische Erfahrungen. Diese Ziele offen auszusprechen und unbeirrt zu verfolgen, war in den 40 Jahren des Bestehens dieser Organisation mit größten Anfeindungen und großer Gegenwehr verbunden. Für Demokratie einzutreten, wurde in den 1990er Jahren und bis 2001 in Afghanistan angesehen, als würde ein System der Ungläubigkeit gefordert, was sehr gefährlich war. „At that time that we were talking about democracy, democracy was considered equal to infidelity. Today, after September 11 and after the U.S. Bombing we hear a lot about democracy. Everyone in talking about it [...].“ (Zarlasht, RAWA, zit. nach Brodsky 2003: 57) Obwohl heute in Afghanistan viel über Demokratie und Frauenförderung geredet

wird, ist RAWA, wie bereits die meiste Zeit seit dem Bestehen der Organisation, gezwungen, im Untergrund zu arbeiten. Der Staatsaufbau nach der Intervention 2001 wird von RAWA grundlegend kritisiert, weil dieser aus Sicht von RAWA wenig mit Demokratie zu tun hat, sondern ganz im Gegenteil, demokratischen Entwicklungsmöglichkeiten schadet. RAWA widerspricht der Außendarstellung bezüglich Frauenförderung und zeigt, dass es keine Verbesserungen, sondern Verschlechterungen, für die Breite der Frauen gibt. RAWA nennt die Verantwortlichen für schwerste Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen beim Namen und fordert, diese vor Gericht zu stellen und ihrer Staatsämter zu entheben. RAWA sammelt dafür auch die Beweise und veröffentlicht diese. Aufgrund ihrer politischen Analysen, Forderungen und Praxis werden die Aktivistinnen von RAWA massiv bedroht. Eine mindestens genauso große Provokation stellt heute, wie auch bereits zur Zeit der Gründung von RAWA, die unabhängige Organisierung ohne Männer dar, also als eigenständige Frauenorganisation und ohne eine übergeordnete männergeführte Organisation.

BEWEGUNGSGESCHICHTE SEIT DEN 1960ER JAHREN

RAWA wurde bereits 1977 von einer kleinen Gruppe junger Frauen gegründet. Mit der 1968-Bewegung, die auch Afghanistans Schüler*innen und Studierenden gegen die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse und den Staat auf die Straße brachte, war viel in Bewegung geraten. An den Universitäten wurde – erfolgreich – gestreikt, beispielsweise gegen die Regelungen für Aufnahme- und Abschlussprüfungen und für mehr Mitbestimmung. Um Informationsfreiheit durchzusetzen, wurden Demonstrationen zum Parlament durchgeführt und dort Einlass verlangt. Die zahlreichen Streiks von Arbeiter*innen aus Großbetrieben und von Bauern im ganzen Land wurden aktiv unterstützt. Seit Mitte der 1960er Jahre gründeten sich neue linke Organisationen. Die 1964 eingesetzte neue Verfassung ermöglichte die Gründung von politischen Parteien, Versammlungs- und Redefreiheit und insbesondere auch die politische Betätigung von Frauen (vgl. Emadi 1997; Emadi 2002). Zu den linken Neugründungen gehörte die reform-sozialistische, die Politik und Ideologie der Kommunistischen Partei der Sowjetunion unterstützende und an Ideen des Eurokommunismus orientierte Demokratische Volkspartei Afghanistan bzw. Peoples Democratic Party of Afghanistan (PDPA). Die PDPA spaltete sich kurz darauf in zwei Fraktionen: Khalq (Massen) und Parcham (Fahne). In einer Abgrenzung zur reformistischen PDPA wurden andere linke Organisationen, mit einem radikaleren Profil, gegründet. Die Verfassungs- und Gesetzestreue sowie die Beteiligung am parlamentarischen Wahlsystem, wie es die PDPA praktizierte, wurden von diesen Gruppen als „Revolution von oben“ an-

gesehen. Die radikalen Gruppen vertraten stattdessen den Weg einer sozialen Revolution von unten (vgl. Emadi 1997).

Eine sehr einflussreiche, verschiedene ethnische Gruppen und Regionen umfassende revolutionäre Organisation war Sazman-e-Jawanan-e-Mutaraqi (Progressive Youth Organization, PYO), die auch als New (oder Neo-) Democratic Organization of Afghanistan bezeichnet wurde (vgl. Emadi 2002: 95, Emadi 2001: 432-433, Emadi 1997: 104). Marxistisch-leninistisch-maoistische Ideen waren für diese wie auch andere linke Organisationen eine wichtige Grundlage. Die PYO-Anhänger wurden als „die Maoisten" bezeichnet. In ihrer Zeitung Shula-e-Jawid (ewige Flamme) wurde über Mao Tse-tungs Konzept der Neo-Demokratie geschrieben, das ihnen für die afghanische Situation passend erschien. Die Idee nationaler Befreiungskämpfe im Unterschied zu „evolutionären" Veränderungsprozessen wurde international unterstützt (vgl. Emadi 2001: 433). „[F]urther to the left were the so-called Maoists, Shola'i, who also had a sizeable following in the university at various points during the 1960s and 1970s." (Larson/Coburn 2014: 6) PYO war auch unter dem Namen „Flamme" (Shula-yi) nach ihrem Publikationsorgan Shula-e-Jawid bekannt und trat für einen revolutionären bewaffneten Kampf ein, um eine neue Gesellschaft mit sozialer Gerechtigkeit aufzubauen. Es wurde von einem revolutionären Regierungsumsturz gesprochen. Es gab keine Gewerkschaften und die Demonstrationen sowie Streiks der Arbeiter wurden von den radikalen Studierendenorganisationen mitgetragen (vgl. Emadi 1997). Im Mai und Juni 1968 hatten die Streiks der Arbeiter wie auch die Studenten-Streiks einen Aktivitätshöhepunkt. „The objective of the most radical section of students associated with the New Democratic Organization was to integrate student movement with that of the working class in the hope of building a mass movement for a new democratic revolution." (Emadi 1997: 50)

Diese radikale Positionierung und die Befürwortung des revolutionären bewaffneten Kampfes der PYO brachte ihnen sowohl in der städtischen wie auch der ländlichen Bevölkerung viel Sympathie ein (vgl. Emadi 2001: 433). „The organization served as a mother organization of the leftist movement in organizing many professional revolutionaries in Afghanistan." (Emadi 1997: 104) Sie stand in den 1960er und 1970er Jahren an Popularität kaum Parcham und Khalq nach (vgl. Schetter 2010: 90), die 1978 wieder vereint als PDPA mittels Staatsstreich bzw. der sogenannten April-Revolution zur Regierungspartei wurden. Einige beschreiben die PYO für Ende der 1960er Jahre als die stärkste Gruppe: „The Maoists were becoming the new, big story in town and for some time attracted the greatest attention." (Giustozzi 2010: 3) Im Studierendenausschuss (student union council) bildeten sie die größte Einzelgruppe (vgl. ebd.).

Gegen den zunehmenden Einfluss marxistischer Bewegungen, aber auch gegen die neuen Freiheiten gelebter Alltagspraxis vor allem für Frauen waren jedoch auch reaktionär und islamisch-fundamentalistisch orientierten Student*-

innen aktiv. Hinter ihnen standen Mullahs, die sich im Frühjahr 1970 aus dem ganzen Land in Kabul versammelten, um vom Parlament zu fordern, dass Marxismus und Unmoral niedergeschlagen werden. Konservativ-islamistische Studierende und Mullahs bekämpften die Linken schließlich mit offener Gewalt und Mord und griffen weibliche Studierende mit Säure an, die sie auf die nicht-bedeckten Beine und Gesichter warfen. Es wurde auch auf die Beine geschossen (vgl. Brodsky 2003: 42).

Mit diesen Angriffen sollte eine Entwicklung zurückgedrängt werden, die bewirkte, dass junge Frauen in den Städten nicht nur kein Kopftuch, sondern auch kurze Ärmel und modische Miniröcke trugen, an Rockfestivals und dem blühenden Theater-, Kino- und Nachtleben teilnahmen, Basketball oder Tennis spielten sowie berufliche Tätigkeiten im Bildungs-, Gesundheits- und Verwaltungsbereich und bis hinein in die Polizei und ins Militär aufnahmen.

„The Afghan girl is experiencing a new freedom in living and in new ways of dressing. Instead of dressing in the ways her mother did at her age, an educated Afghan girl slips quickly into exactly the kind of costume worn by her counterpart in London, Paris or New York. […] This semi-modernization trend and change in lifestyle of the urban population did not spread into rural areas, but nonetheless provoked hostility by clerics and religious fundamentalists in all regions.“ (Emadi 2002: 22-23)

Die herrschende Elite setzte angesichts der zunehmenden wirtschaftlichen Miesere, den Streiks der Arbeiter*innen und als Entgegnung zu den gut qualifizierten linken Universitätsabsolvent*innen, die Arbeitsstellen und gesellschaftlichen Einfluss anstrebten, auf die islamische Bewegung als Gegenpol (vgl. Emadi 1997). Die zunehmende Verbreitung linker, radikaler Diskurse sollte gestoppt werden. Die Gründung islamisch-fundamentalistischer Gruppen, die bis heute eine wichtige Rolle einnehmen, wie beispielsweise um den damaligen Studenten Gulbuddin Hekmatyar, fiel in diese Zeit.

„These Kabul attacks [gegen weibliche Studierende] were said to be organized by Gulbuddin Hektmatyar, then an engineering student at the university of Kabul, who would later go on (with U.S. Funding) to be one of the most draconian warlords [...].“ (Brodsky 2003: 42)

Während es in den frühen 1960ern noch keine islamistischen Organisationen gab, begann die Verbreitung islamistischer Ansichten durch Publikationen und Agitation und baute sich soweit auf, dass 1969 eine solche Bewegung zur Eindämmung linker, revolutionärer Aktivitäten formiert war (vgl. Emadi 1997: 97).

„The Islamic organizations neither participated in any such meetings and rallies [first day of May] nor did they support the struggle of the blue-collar workers. […] the prime objective of

their rallies was to return to an Islamic way of life and the ‚Islamicization‘ of the state apparatus. They demanded a ban on alcoholic beverages (even to foreigners), a compulsory restoration of Islamic dress for women (veil), and abolishing of secular education for the female population.“ (Emadi 1997: 50)

Neben Treffen und Kundgebungen wurden auch Aktionsgruppen gebildet, die gegen die Gegner der islamistischen Bewegung vorgingen. 1973 wurde bei einem solchen Angriff gegen Unterstützer*innen der New Democratic Organization (PYO) in der Universität Kabul ein prominenter Denker der PYO ermordet und viele weitere verletzt (vgl. ebd.). Die islamistischen Organisationen setzten sich gegen Modernisierung und für die islamische Legitimation von Staatlichkeit ein. Zum zentralen Inhalt der Politik gehörte, Frauen aus dem öffentlichen Raum und von höherer Bildung zu verdrängen und diese in ihren Handlungsoptionen massiv zu begrenzen. Freiheiten von Frauen und Emanzipation wurden als anti-islamisch angesehen.

„Die Islamisten opponierten in den sechziger Jahren gegen die kommunistischen Parteien (v.a. gegen die scholeh-ye jawed [ewige Flamme]) und die Regierung, was häufig zu Zusammenstössen auf dem Universitätscampus führte. Viele Mujahedin-Führer, die im Afghanistankrieg noch eine gewichtige Rollen spielen sollten, gingen aus dieser islamistischen Bewegung hervor: Borhanud-Din Rabbani war seit 1972 Präsident der Schura [Organisationsorgan der Bewegung], Abdul Rasul Sayyaf sein Stellvertreter, Golbud-Din Hekmatyar seit 1975 erster Sekretär und Anführer der Muslimjugend.“ (Schetter 2010: 90)

Anfang der 1970er Jahre herrschte eine vorrevolutionäre Stimmung, zum Teil aufgrund einer Dürrekatastrophe mit Zehntausenden Hungertoten und hoher Arbeitslosigkeit, aber auch auf Grundlage der Erfolge der Uni-Streiks: Die gesamte Leitung der Kabuler Universität sowie der Bildungsminister wurden ausgewechselt. Auch die anti-kolonialen, nationalen Befreiungskämpfe in Asien, Afrika und Lateinamerika spornten die Menschen in Afghanistan an, für demokratische Rechte und Freiheiten zu kämpfen (vgl. Emadi 1997: 104). „Various political parties were preparing themselves to seize political power.“ (Emadi 1997: 51) Im Juli 1973 übernahm Mohammad Daoud die Staatsmacht mit einem Putsch, verbot politische Parteien, verhaftete Führungspersonen oppositioneller Gruppen und richtete sie hin. Führer der New Democratic Organization/PYO gingen daraufhin in den Untergrund, während die Führer islamistischer Organisationen wie unter anderem Gulbuddin Hekmatyar und Burhanuddin Rabbani nach Pakistan flohen.

Frauen und Mädchen waren seit den 1960er Jahren Teil der linken Proteste, sowohl bei der Unterstützung der Anliegen aller Schüler*innen, Studierenden und Arbeiter*innen, als auch – mit zunehmendem Nachdruck – gegen die Unterdrückung von Frauen (vgl. Brodsky 2003: 42). Zum 8. März, dem Internationalen Kampftag der Frauen, wurden Demonstrationen von verschiedenen Organisationen

durchgeführt. Am 22. Juni 1968 demonstrierten Frauen gegen den Versuch konservativer Parlamentsabgeordneter, das Auslandsstudium für Frauen durch Änderung der Universitätsverfassung zu verbieten. Mit diesem Verbot sollte die Frauenbewegung zurückgedrängt werden. Weitere Demonstrationen folgten. „The most striking example of this was a 1970 protest in Kabul of 5,000 primary, secondary, and university girls and women that came after a series of acid attacks on women and girls for wearing Western dress." (Brodsky 2003: 42) Auch nach 1973 gingen die Proteste in abgeschwächter Form weiter.

Die Gleichstellung von Frauen wurde von Linken unterstützt, ohne daraus weitreichende praktische Konsequenzen zu ziehen. „[I]t was primarily lip service, as their central concern was not women's equality but class changes that were not seen as gender based." (Brodsky 2003: 43) In Afghanistan fanden sich gleiche Phänomene wie in ähnlichen Bewegungen in anderen Erdteilen zu dieser Zeit: Die Unterstützung des Klassenkampfes durch Frauen war erwünscht – der Klassenkampf würde in der Folge anderer sozialer Veränderungen auch Frauenbefreiung nach sich ziehen –, während die Organisationen deutlich männerdominiert waren.

Weil keine der existierenden linken Organisationen Frauenrechte an zentraler Stelle behandelte, wurde im Jahr 1977 von einer Gruppe von fünf Frauen um Meena (sie wird nach der Tradition von RAWA immer nur mit diesem einen Namen bezeichnet) als Visionärin und Leiterin, die Organisation RAWA gegründet. Meena war eine 20-jährige Studentin des Islamischen Rechts an der Universität von Kabul. Den Gründungsfrauen von RAWA boten die bestehenden Frauenorganisationen, die nach der Verfassungsänderung von 1964 gegründet worden waren, keine Perspektive. Nach Emadi (2002) können diese Frauenorganisationen in liberale und linke Organisationen unterschieden werden. Liberale machten Bildungs-, Gesundheits- und weitere soziale Angebote für Frauen, ohne damit den am meisten bedürftigen ländlichen Bereich zu erreichen. Für städtische Frauen boten sie dabei keine eigene politische Strategie. Bei den städtischen Frauen hatten die revolutionären und gegen das Establishment gerichteten Organisationen großen Einflusses (vgl. Emadi 2002). Diese linken Organisationen sahen revolutionäre Veränderungen des sozio-ökonomischen Systems, seiner Ideologie und Politik als einzig möglichen Weg zur Gleichstellung der Geschlechter. Die PDPA, die eine reformorientierte linke Strategie verfolgte, hatte eine Frauenorganisation, die Women's Democratic Organization of Afghanistan (WDOA). Die New Democratic Organization/PYO (Progressive Youth Organization) stand für eine (bewaffnete) Aufstandsstrategie.

Die Gründerinnen von RAWA kannten sich von der Oberschule und Universität und waren mit den politischen Diskussionen dieser bewegten Zeit vertraut. „Meena came of age during a time of marked student activism und protest, in Afghanistan as well as worldwide. This time was also the beginning of a long line of political upheavals." (Brodsky 2003: 41-42)

RAWA wurde als unabhängige, ausschließlich von Frauen gebildete, feministische Organisation gegründet, deren vorrangiges Anliegen Verbesserungen und Gleichstellung für Frauen war. RAWA war die erste Organisation Afghanistans, die komplett eigenständig in Frauenhand lag, eine Tatsache, die allein schon als Provokation aufgenommen oder angezweifelt wurde. Im Unterschied zu den liberalen und reformistisch-linken Frauenrechtlerinnen, für die das Ausmaß der Beteiligung von Frauen am Staatsapparat zentral war, ginge es RAWA um revolutionäre Systemveränderungen (vgl. Emadi 2002: 99). Der Ehemann der Gründerin Meena, Faiz Ahmad, war auch in revolutionär-linken Organisationen aktiv. Doch Menna hat immer Wert darauf gelegt, mit ihrer politischen Arbeit in einer unabhängigen Frauenorganisation keine Beziehung zu seiner oder einer anderen der linken Organisationen einzugehen.

Die Aktivistinnen von RAWA haben die Bildung von Frauen als die wichtigste Methode für den Weg der Frauenbefreiung und damit als revolutionären Weg angesehen. Entsprechend organisierte RAWA als ihre ersten Aktivitäten Alphabetisierungskurse für Frauen vom Land und für jene Frauen, die von traditionellen Familien an das Haus gebunden werden. Shaima, die seit dieser Anfangszeit mit RAWA aktiv ist, erklärt: „The first important issue was to educate women. […] If not educated … then they aren't able to change anything in their lives." (Zit. nach Brodsky 2003: 44) Damit direkt verknüpft ist der Gedanke, dass revolutionäre Veränderungen von der gesellschaftlichen Basis getragen und selbst gemacht werden müssen. Sie könnten nicht durch eine Machtübernahme als Regierungswechsel stattfinden.

BILDUNG ALS REVOLUTIONÄRER WEG

Schon im ersten Jahr vergrößerten die fünf Gründerinnen die Organisation auf elf Kernmitglieder, die verschiedene Altersgruppen umfassten. Zu diesem ersten Kern von RAWA gehörte auch Shaima, eine Lehrerin der Oberschule von Meena, um die sich die Gründung von RAWA entwickelte. Anne Brodsky (2003) traf und interviewte Shaima, die als eines der ersten RAWA-Mitglieder aus dieser Anfangszeit berichten kann.

> „We obviously had to start with basic education, but couldn't stop at that, because just giving that education wasn't enough to break the chains in the family and society and that was the goal, to liberate women." (Shaima zit. nach Brodsky 2003: 45)

Seit der Gründungszeit RAWAs wurde Alphabetisierung und die weitere Bildung für Frauen als zentrale Aktivität auf dem Weg einer radikalen Gesellschaftsveränderung hin zu Frauenrechten und sozialer Gerechtigkeit verstanden. Trotz einer

Ausweitung des Bildungsprogramms in den Jahrzehnten zuvor, besuchten nur fünf Prozent aller Mädchen (und 30 Prozent aller Jungen) die Schule (vgl. Schetter 2010: 97). Welche Art von Bildung RAWA anbieten sollte, war schon zu Beginn ein wichtiges Thema. „So from the very first day we talked about this … that we couldn't limit this to just literacy classes; that would not bring the change we wanted nor the consiousness. School education was not enough." (Shaima zit. nach Brodsky 2003: 45) Die Alphabetisierung und Weiterbildung für Lesegeschulte wurde mit politischer Bildung verbunden. „We thought the purpose was giving women a consciousness – political, social, cultural – giving them that consciousness meant a revolution." (Ebd.: 45) Es ging um die Geschlechterverhältnisse sowohl innerhalb der Familienstrukturen als auch in der Gesellschaft insgesamt und zudem um die Rolle der Regierung dabei. Die Veränderung all dieser Unterdrückungsverhältnisse wurde als Revolution verstanden.

Für RAWA steht die Bildungsarbeit für Frauen im Zentrum ihres politischen Selbstverständnisses. „Schule ist für RAWA kein Sonderposten, es ist das Herz ihrer Organisation. Schule und Bildung sind das Rückgrat ihrer Arbeit und ihres Denkens." (Benard/Schlaffer 2002: 23) In der Bildung liegt für die Aktivistinnen von RAWA der Schlüssel zu einer radikalen Gesellschaftsveränderung mit sozialer Gerechtigkeit, die die Geschlechterverhältnisse als grundlegend einbezieht. Am Ende der Taliban-Herrschaftszeit betrieben die RAWA-Frauen mehrere feste Schulen in Pakistan und viele kleine, flexible Schulen in Afghanistan.

Bei den weiteren Erläuterungen zur Umsetzung dieser Bildungsarbeit durchbreche ich die Chronologie der Darstellung und schreibe zu diesem zentralen Aspekt ihrer politischen Arbeit in einem zusammenhängenden Block, der die Jahrzehnte des Bestehens von RAWA umfasst. Das dient auch dazu, den Charakter dieser feministischen Organisation besser zu verstehen.

RAWA verfolgt bis heute diesen Ansatz, über Bildung radikale Veränderungen zu bewirken. Unter allen Bedingungen – Illegalität und Verfolgung, Krieg und Exil – haben die RAWA-Frauen diese Mädchen- und Frauenbildungsarbeit sowie auch Internatsschulen für Mädchen und Jungen in Pakistan weiter betrieben. Selbst im Afghanistan der Taliban-Regierungszeit, in der Frauen und Mädchen in die Häuser verbannt und von jeder Bildung ausgeschlossen wurden, hat RAWA illegalen Unterricht durchgeführt. Es handelte sich dabei um eine volle Schullaufbahn mit zwölf Jahrgängen und allen Fächern einschließlich Mathematik, Physik, Geometrie, Geschichte, Sprachen und Religion. „Ein Unterschied [zu einer Standardschule] ist, dass wir in unseren Mittelschulen für diejenigen, die es interessiert, auch politische Fächer anbieten, als Wahlfächer." (Lehrerin, zit. nach Benard/Schlaffer 2002: 28-29) Im Biologie-Unterricht wird auch Sexualaufklärung und Schwangerschaftsverhütung nicht ausgespart. „Die Lehrerinnen brachten uns auch bei, dass Frauen nicht die Sexsklavinnen der Männer seien, sondern ein eben solches Anrecht auf sinnlichen Genuss hätten wie sie. […] [I]ch hörte zum ersten Mal das Wort ‚Orgasmus'."

(Zoya/Follain/Cristofari 2002: 94-95) Die Qualität der Ausbildung war so gut, dass bei einem Wechsel, beispielsweise in eine Schule in Pakistan, der Wissensstand häufig im gleichen Jahrgang übertroffen wurde. Einige Familien schickten aus diesem Grund auch ihre Söhne aus Afghanistan auf RAWA-Internatsschulen, die in Pakistan betrieben wurden, weil die Schulausbildung unter der Taliban-Regierung auch für Jungen kaum mehr als Grundbildung und Religionslehre umfasste. „Their daughters, on the other hand, were able to stay in Afghanistan for what they considered a top-notch college prep education […] in RAWA's underground classes for girls.“ (Brodsky 2003: 148) Cheryl Benard und Edit Schlaffer trafen viele Absolvent*innen von RAWA-Schulen und beschreiben ein offenes, selbstbewusstes Auftreten, ein lebhaftes Interesse an Politik und sozialen Fragen, an Musik und Poesie. Die Absolvent*innen glauben an Demokratie und Selbstbestimmung und waren diskussionsfreudig. „Ihr Vokabular war gut, sie konnten sich wunderbar artikulieren, und theoretische oder philosophische Fragen beantworteten sie nachdenklich und differenziert.“ (Benard/Schlaffer 2002: 26)

Den Kindern wird die Gleichheit aller beigebracht. Das war umso bedeutungsvoller, nachdem in den Jahren 1992-1996 brutale Gewalttaten der gegeneinander kämpfenden Fraktionen der fundamentalistischen Mudjaheddin auf ethnischen Zuordnungen basierten. Zoya berichtet, wie ihr von ihrer Lehrerin bei der Einführung in die neue Schule erklärt wurde, dass die Schülerinnen aus allen Teilen Afghanistan kommen, dass sie diese aber niemals fragen solle, welchem Stamm sie angehören. Die Lehrerin Hameda sagte:

> „Lach nicht über andere, weil sie anders sind als du. Manche Mädchen können kein Persisch, manche sprechen es mit einem Akzent, der in deinen Ohren seltsam klingen wird, manche sehen ganz anders aus als du. Du solltest diese Unterschiede respektieren. Ihre Abstammung macht sie nicht besser oder schlechter als dich.“ (Hameda zit. nach Zoya/Follain/Cristofari 2002: 85)

Für Zoya, die später selber RAWA-Mitglied wurde, war vieles sehr ungewöhnlich, als sie mit 14 Jahren auf das RAWA-Internat in Quetta, Pakistan, aufgenommen wurde. „Die Lehrerinnen saßen zwischen uns und aßen das gleiche Essen wie wir. Wir wurden alle gleich behandelt.“ (Zoya/Follain/Cristofari 2002: 85) Um den Schulbesuch zu ermöglichen, hatte RAWA für sie die Flucht nach Pakistan organisiert. Sie hatte zuvor keine Schule besucht, sondern war nur von ihren aktivistischen Eltern zu Hause unterrichtet worden. Manche Mädchen kamen aus RAWA-Familien, manchmal nach dem Tod der Eltern wie im Fall von Zoya. Andere widersetzten sich ihren traditionell geprägten Familien, nachdem sie mit RAWA-Aktivistinnen in Kontakt gekommen waren, um auf diese Schule gehen zu können (vgl. ebd.).

Menschenrechte und Demokratie sind theoretische Unterrichtsthemen und werden praktisch eingeübt. „Von Soraya lernte ich die Bedeutung der Worte ‚Demokratie‘, ‚Menschenrechte‘ und ‚Feminismus‘. Ich erfuhr, dass es, wenn Männer nicht

Mitglieder von RAWA werden konnten, nicht darum ging, dass wir gegen Männer wären [...].“ (Ebd.: 101) Den Schülerinnen wird demokratisches Verhalten vermittelt, indem diese beispielsweise ermutigt werden, auch Kritik gegen Lehrerinnen auszusprechen: „Später erklärte mir [die Lehrerin] Hameda […], dass nichts Seltsames dabei war, wenn Kinder Erwachsene kritisierten. ‚So funktioniert Demokratie‘, erklärte sie, ‚jeder darf frei sagen, was er denkt‘.“ (Zoya/Follain/Cristofari 2002: 98)

„[Sie] schafften den Frontalunterricht ab und überlegten sich Übungen, die kritisches Denken fördern. Sie stellten Kindern Aufgaben, die ihre Fähigkeiten zur Problemlösung anregten. Sie ließen sie in Teams arbeiten, nicht nur im Unterricht, sondern auch im Zusammenleben in den Internaten. Sie lehrten ‚Selbstversorgung‘ und ‚Alltagskompetenz‘.“ (Benard/Schlaffer 2002: 23)

Die Schulen von RAWA waren in den 1990er Jahren auch in Pakistan durch mögliche Angriffe von islamistischen Fundamentalisten gefährdet. Die Schulen waren deshalb nicht als RAWA-Schulen gekennzeichnet und benötigten Wachschutz. „Was wir dort lernten, machte uns zur möglichen Zielscheibe afghanischer Fundamentalisten in Pakistan, und deshalb mussten wir Tag und Nacht geschützt werden. Keine von uns durfte je allein die Schule verlassen.“ (Zoya/Follain/Cristofari 2002: 99) Es wurde viel Wert auf Sport gelegt, der täglich stattfand, um auszugleichen, dass die Schülerinnen das Internat nur selten verlassen konnten.

Viel gefährlicher als in Pakistan war es jedoch, in Afghanistan unter der Herrschaft der Taliban (bereits ab 1994 im Süden, ab 1996 Staatsmacht) Unterricht durchzuführen. „Wenn wir bemerkten, dass in einem Viertel verstärkt Taliban unterwegs waren, dann mussten wir diese Informationen über unsere Netzwerke weitergeben, und Schulen und Kurse mussten schnell woandershin verlegt werden.“ (Sohaila, RAWA, zit. nach Benard/Schlaffer 2002: 84) Unter diesen Bedingungen hat auch Malalai Joya, die Frauenrechtlerin und spätere Abgeordnete, als sehr junge Frau heimlichen Mädchenunterricht durchgeführt. Sie teilt mit: „Am schwierigsten war es, überhaupt einen sicheren Ort für die Schule zu finden. Oft lief es darauf hinaus, dass uns gebildete Menschen ihre Keller zur Verfügung stellten.“ (Joya 2009: 56) Trotz dieser Schwierigkeiten fand der heimliche Unterricht statt, sowohl in afghanischen Städten als auch auf dem Land. Dabei mussten Vorsichtsmaßnahmen beachtet werden. Die Schülerinnen konnten nicht alle zum gleichen Zeitpunkt an dem heimlichen Unterrichtsort in Privathäusern erscheinen oder diesen verlassen. Den Schülerinnen wurde eingeschärft, auf Nachfrage anzugeben, dass sie ihre Tante besuchten (vgl. Zoya/Follain/Cristofari 2002). Auch die Lehrerinnen konnten nicht innerhalb eines Tages wechseln. „We teachers went from one place to another, teaching one class twice a week for several hours in each place. […] [E]ach teacher came to the place where the classes were held on a different day.“ (Hangama, RAWA, zit. nach Brodsky 2003: 149). Bücher oder Schreibhefte durften unter

keinen Umständen gefunden werden, deshalb konnten den Mädchen auch keine Hausaufgaben mitgegeben werden. Malalai Joya berichtet von den Gefahren:

„Besonders gefährlich was es auf der Straße für junge Frauen wie mich, die Schulbücher versteckt mit sich herumtrugen. […] Einmal wurden wir zwar angehalten und durchsucht, aber meine Burka rettete mich. Ich musste zwar die Arme ausstrecken, wurde aber nicht abgetastet, sodass die Schulbücher nicht gefunden wurden.“ (Joya 2009: 65)

Es gab eine nächtliche Ausgangssperre für Frauen ab 18 Uhr und wenn der Unterricht länger dauerte, war der Heimweg so gefährlich, dass es oft besser war, in dem Unterrichtshaus zu bleiben und zu übernachten. Viele Frauen, die damals in Bildungsarbeit involviert waren, wurden aufgrund des großen Spitzel- und Informantenwesens der Taliban gefangen, gefoltert, verurteilt und inhaftiert – und machten doch weiter (vgl. Rostami-Povey 2007: 35). Nicht immer konnte RAWA in ihren Klassen offen mitteilen, dass diese Organisation den Unterricht durchführt. Die Ideen von Frauenrechten wurden dann subtil mit vermittelt. Die Pausen zwischen den Unterrichtsstunden boten viel Raum, um über Unterdrückungserfahrungen zu reden.

„Things would just naturally come up. For example, if a teacher or a student saw a women being beaten by Taliban they would share this with others, not usually during class but during break and then all would talk about that event and how women are oppressed and RAWA's message and struggle.“ (Hangama, RAWA, zit. nach Brodsky 2003: 149)

Immer geht es um mehr als allein traditionelle Bildung. Das Bewusstsein für mögliche gesellschaftliche Veränderung wird geschult. Auch die Alphabetisierungskurse vermitteln nicht nur Lesefähigkeit, sondern es wird über die Stellung der Frauen in der Gesellschaft gesprochen, wie sich etwas verändern kann, welche gesellschaftlichen und politischen Gruppen dagegen stehen und was sie selbst tun können.

„Früher habe ich gedacht, dass ich keinen anderen Wert haben kann, als im Haus zu sein und Kinder in die Welt zu setzen, aber jetzt verstehe ich, dass es nicht so ist. Frauen können alles machen, warum nicht? Warum sollen wir weniger sein als Männer? Im Kurs habe ich gelernt, dass Frauen und Männer gleich sind.“ (Gulghoti, RAWA zit. nach Benard/Schlaffer 2002: 68-69)

Gulghoti, die als erwachsene Frau und Mutter nach ihrer Flucht in das „Alte Jalozai-Lager“ in Pakistan einen Alphabetisierungskurs von RAWA besuchte, hat nicht nur gelernt, ganze Bücher zu lesen und zu rechnen, sondern auch viel über persönliche und häusliche Hygiene, Kindererziehung und über politische Ereignisse in Afghanistan.

„Mein Denken hat sich verändert. Zum Beispiel Naguib, ein Politiker aus den alten Tagen, er hat Coupons ausgeteilt für kostenlose Nahrungsmittel, und daher fand ich ihn gut. Jetzt aber

weiß ich, dass man daraus noch gar nichts schließen kann, sondern dass man sich genauer informieren muss über den Standpunkt und die Haltungen einer Person.“ (Gulghoti, zit. nach Benard/Schlaffer 2002: 68).

Zudem hat die Bildungsarbeit von RAWA neben der formalen Vermittlung von Lehrinhalten und den Gesprächen über Frauenrechte und andere politische Fragen auch eine erfahrungsorientierte Lernkomponente. Die 45-jährige Sima, die nie zuvor eine Schule besucht hatte, floh Mitte der 1990er Jahre mit ihrer Familie in ein Flüchtlingscamp in Pakistan, in dem RAWA Aktivitäten hatte. Sie hatte zuerst große Angst vor dem Unterricht. Doch der Unterrichtsbesuch machte sie insgesamt mutiger. So traute sie sich auch auf ihre erste politische Demonstration.

„Through the literacy classes I realized totally the importance of education and how it can change a life. I became braver, even if I didn't learn much I became braver. The first time I attended a RAWA demonstration was because one of my daughters told me that I should go. […] I knew it was a demonstration but I didn't really know what that was. […] I wondered how it would be and I was trembling. […] My older daughter had attended other demonstrations and she was brave and took a placard. So we attended, I chanted slogans.“ (Sima zit. nach Brodsky 2003: 104)

Viele andere Aktivitäten folgten, an denen Sima sich beteiligte. Sie veränderte sich.

„Since then I have attended other activities like flour and quilt distributions, medical distributions, and I also attended other RAWA work and totally became another person. I had another courage. Before I covered my face totally, but now I don't care about it.“ (ebd.: 104)

Elaheh Rostami-Povey (2007) beschreibt, dass sich während der Taliban-Regierungszeit Zusammenhalt und Solidarität in sozialen Netzwerken bildeten und Frauen in ihrem Selbstwertgefühl gestärkt wurden durch die illegale Organisation von heimlichem Unterricht, von handwerklichen Ausbildungskursen sowie von Werkstätten zur Einkommenserzeugung von Frauen in privaten Häusern. Letztere waren für das Überleben notwendig.

Die Frauen, die mit RAWA in Kontakt kommen, werden bestärkt, neue und verschiedene Erfahrungen zu sammeln. Auch RAWA-Mitglieder wechseln bewusst immer wieder ihre Aktivitäten und Einsatzorte, um eine Vielzahl an Erfahrungen zu machen und durch die verschiedenen Situationen und Begegnungen dazuzulernen.

„[A] small temporary committee for something like a food distribution or a refugee camp function might be made up of women who are relatively new to the experience of running such an event and are encouraged to do things in their own unique way. This promotes a rich learning opportunity and is an excellent test of people's aptitudes and abilities. It also

provides opportunity for innovation in the organization, and a degree of flexibility […].“ (Brodsky 2003: 114)

Die Durchführungserfahrungen werden gemeinsam reflektiert, um Verbesserungen auch der Ziele der Aktivitäten zu erreichen.

Im März 2011 traf ich in einem kleinen Dorf in der Provinz Nangahar (nordöstlich von Kabul, nahe der Grenze zu Pakistan) drei junge Frauen, die – jede auf eine andere Weise – in der Frauen- und Mädchenrechtsarbeit aktiv waren. Shyma (ein Deckname) war mit der Gründung einer Frauen-Shura als Versammlung der Dorfvertreterinnen beschäftigt, um endlich stärker gegen häusliche Gewalt vorgehen zu können. Die junge Mahbuda (Deckname) war bereits Leiterin der lokalen Mädchen-Oberschule. Sie nimmt sich viel Zeit, um die Familien davon zu überzeugen, dass ihre Töchter die Schule besuchen sollten. Ashir (Deckname), die jüngste der drei, ging noch zur Schule. Ihre Bildung nimmt sie sehr ernst. Sie kämpft in ihrem Umfeld dafür, dass Mädchen zur Schule gehen können und ihre Ausbildung nicht wegen früher Verheiratung oder aus anderen Gründen abbrechen müssen. Jede dieser drei jungen Frauen hatte zuvor eine RAWA-Schule besucht (vgl. Exo 2011). Diese jungen Dorfbewohnerinnen sprechen Englisch, Ashir spricht es fließend, und es war eine Freude, mit ihnen politisch zu diskutieren. Sie waren bestens informiert und hatten klare, die Verhältnisse gut analysierende und tief hinterfragende Positionen. RAWA ist für sie weiterhin wichtig. Sie erklärten, dass RAWA in der Region und im ganzen Land aktiv ist, Schulen und Kliniken betreibt. „Wenn wir Probleme haben, können wir RAWA um Hilfe bitten.“ (Shyma, Interview, Dorf in der Provinz Nangahar, 20.03.2011, Übersetzung d. A.) RAWA helfe Mädchen, eine gute Schulbildung zu bekommen. Sie nennen dies eine wichtige und „schöne“ (Ashir, ebd.) Rolle, um die Demokratie in Afghanistan voranzubringen.

„RAWA plays a very important role in such situation. Especially for all Afghanistan not just [our district]. They play good and nice role. They give democratic place to afghan people. They make schools and hospitals, a lot of good facilities ... to women especially. […] They aware all people of Afghanistan, in all states, from the situation. And they help with each other, each poor people in Afghanistan. They help especially with women, they explain women’s rights. They help with education. Just this organization is good in Afghanistan.“ (Ashir, Interview, 20.03.2011)

KONSPIRATIVITÄT: LANGSAM UND SICHER DAS LAND REVOLUTIONIEREN

Bereits die ersten Organisatorinnen von RAWA sind davon ausgegangen, dass das Ziel der Frauenbefreiung und sozialer Gerechtigkeit nur in einem Prozess von sehr langer Dauer zu erreichen ist. Sie haben die Basis gelegt für eine langsame, beständige Revolution, die auf Bildung, Bewusstsein, Sicherheit, Beharrlichkeit und Vision aufgebaut wird (vgl. Brodsky 2003: 48). Das war es, was die RAWA-Aktivistinnen aus der historischen Erfahrung von eiligen Versuchen, die Rolle von Frauen in der Gesellschaft zu verändern und Frauen mehr Rechte zu gewähren, lernten. Insbesondere König Amanullah Khan hatte nach der Unabhängigkeit Afghanistans 1919 zahlreiche Reformen durchgeführt: Abschaffung von Sklaverei, Religionsfreiheit, Alphabetisierung, moderne Schulbildung für Jungen und Mädchen, öffentliche Einrichtungen wie Theater und Krankenhäuser für Frauen, freie Partnerwahl und Mindestalter für die Eheschließung. Die Gleichstellung der Geschlechter wurde öffentlich propagiert und gefördert. Die Eile, mit der Amanullah Khan und seine Familie, insbesondere Königin Soraya Tarzi Hanim, als zeitgemäß betrachtete Veränderungen – orientiert am europäischen Vorbild – durchsetzen wollten, löste Widerspruch und Aufstände aus (vgl. Emadi 2002). 1928 wollte Amanullah nach einer Europareise des Königspaars unter anderem durchsetzen, dass in der Stadt Kabul Frauen keinen Schleier tragen und Männer sich mit westlichem Anzug und Hut kleiden. Das war nicht durchsetzbar und bewirkte großen Unmut. Es war sehr weit entfernt vom Alltag und von den ökonomischen Möglichkeiten der Bevölkerung. „Amanullah vigorously pursued his premature modernization programs, some of which had no practical application to the daily lives of common people." (Emadi 2002: 64) Es sollte auch die allgemeine Schulpflicht und Wehrpflicht eingeführt, eine Trennung von Staat und Religion vollzogen, das Steuersystem entsprechend verändert sowie Polygamie und Purdah (Wegschließung von Frauen) abgeschafft werden (vgl. Schetter 2010; Emadi 2002). Konservative und Religionsführer mobilisierten gegen Amanullahs Politik, die den islamischen Lebensweg untergrabe, und organisierten Rebellionen. Eine Rücknahme dieser und früherer Reformen konnte nicht verhindern, dass König Amanullah Khan 1929 gezwungen wurde abzutreten (vgl. Emadi: 2002). „Seine Reformvorstellungen empfand die Bevölkerung als ein solch einschneidendes Ereignis, dass an ihnen die Politik aller folgenden Herrscher bis in die Gegenwart gemessen wird." (Schetter 2010: 76)

Nach dem Verständnis von RAWA sollten Veränderungen nicht machtvoll von oben angewiesen oder von einer kleinen Gruppe bewirkt werden. Bildung und die Förderung eines freiheitlich, mit ihren Rechten vertrauten Bewusstseins von Frauen sollte diese ermächtigen, selber an vielen Orten und auf breiter Basis

die gesellschaftliche Stellung von Frauen und andere gesellschaftliche Werte und Praktiken zu verändern. Dabei war den Gründerinnen der radikale Charakter solch harmlos klingender Bemühungen bewusst. „RAWA positioned their revolution in such a way as to survive and thrive long [...].“ (Brodsky 2003: 48) Sie wussten, dass sie mit großer Vorsicht vorgehen müssen, nicht nur, um die gesellschaftliche Stimmung berücksichtigen zu können, sondern vor allem, um sich vor feindlichen Angriffen zu schützen. Shaima berichtet: „Meena from the beginning predicted that if members were not careful with security it could be dangerous for RAWA's work. In order to see this revolution and change happening in Afghanistan we had to be careful from the very beginning.“ (Ebd.: 48)

Die notwendige Vorsicht, mit der RAWA ihre Strukturen aufbaute, beinhaltete ein hohes Maß an Konspirativität. Alle Mitglieder haben sich neue Namen gegeben, um ihre Identität und Familien zu schützen. Als Meena ihrer langjährigen Lehrerin der Oberschule nun als neues Mitglied von RAWA, mit dem neuen Namen Shaima, wieder begegnete, sagte sie ihr als erstes: „From now on I'm Laila and that's the name you should know me under because we are not in the environment of school, we are in a struggle.“ (Meena, RAWA, zit. nach Brodsky 2003: 46)

Gleich zu Beginn war allen bewusst, dass sie nicht offen arbeiten können, obwohl es zunächst um nichts weiter als um Alltagskämpfe von Frauen für ihre Rechte und um Alphabetisierungskurse ging. „In some families if you just went to talk to women about equality, men would think you were motivating them against men and that was a very dangerous and risky issue.“ (Shaima, RAWA, zit. nach Brodsky 2003: 47) Allein die Tatsache, dass sie sich als unabhängige Organisation von Frauen gründeten, bedeutete in der aufgebrachten Zeit Mitte der 1970er Jahre ein großes Sicherheitsproblem. Weder für die Regierung noch für die Bevölkerung erschien das akzeptabel (vgl. Brodsky 2003).

Dieser Situation entsprechend wurden Sicherheitsvorkehrungen getroffen. Dazu gehörte, dass sich nicht alle Mitglieder von RAWA kannten und Treffen in der Regel wechselnd zwischen zwei oder drei Mitgliedern stattfanden. Große Treffen waren selten, denn diese bedeuteten ein Risiko, dass ihre Strukturen leichter aufgedeckt werden können. Selbst beim ersten gemeinsamen Treffen der erweiterten Gründungsgruppe von elf Frauen wurde der Raum durch Tücher unterteilt. So konnten alle miteinander reden, aber nur jeweils drei bis vier Frauen konnten gegenseitig ihre Gesichter sehen. Shaima hat nie mit Sicherheit sagen können, wer alle anderen Frauen dieser Gründungsgruppe waren (vgl. ebd.). Später gab es ein Handbuch, mit dem Repressionserfahrungen und insbesondere die Behandlung nach Verhaftungen an neue Mitglieder weitergeben wurden. „Als ich mit Soraya über das Handbuch sprach, erklärte sie mir, dass man nie voraussagen könne, wie jemand unter Folter reagiere.“ (Zoya/Follain/Cristofari 2002: 111)

RAWA-Aktivistinnen haben vor allem an den Schulen und Universitäten und bei Demonstrationen andere Frauen angesprochen und ihre Politik diskutiert. Dabei

haben sie nicht sofort ihren Organisations-Bezug offen gelegt. Erst wenn Vertrauen aufgebaut und der Wunsch deutlich war, diese Frauenpolitik mit zu entwickeln, wurden diese Interessierten mit RAWA als Organisation bekannt gemacht. RAWA ist auf diese Weise schnell gewachsen. „Of the 3,000 girls in my school, I would estimate that there were 30 to 40 RAWA members including students and teachers“, erklärt Nadia für die Zeit um 1978/79 (Nadia, zit. nach Brodsky 2003: 76). Es gab viele kleine Gruppen, die eigenständig arbeiteten. Jedes Mitglied kannte dadurch nur wenige andere Mitglieder. Alle Aktivitäten – die Alphabetisierungs-Kurse, das Verteilen von Flugblättern, bestimmte Parolen auf Demonstrationen zu rufen, die Gespräche mit Klassenkameradinnen oder Nachbarinnen über die Standpunkte von RAWA oder auch Kontakte zu Schülerinnen und weiteren Frauen in anderen Städten – wurden selbständig von den einzelnen Gruppen organisiert. Ein wichtiges Prinzip war auch, dass Informationen – sei es über Personen, Aktivitäten oder Orte – nur mit denjenigen geteilt wurden, die davon wissen mussten.

„Our security can seem very strict. But it is the same for everyone. For security, if I don't have any work here why should I know this location. Maybe the enemy will capture and torture me. Even if I love my colleagues, maybe under torture I will tell and can't control what I say. So if I don't have work here, I don't need to see this place.“ (Yalda, RAWA, zit. nach Brodsky 2003: 177).

Vor allem nach dem Staatsstreich der sozialistischen PDPA (das instabil wiedervereinte Khalq/Parcham-Bündnis) im April 1978 und der anschließenden Verfolgung und zehntausendfachen Tötung von Andersdenkenden bewährten sich diese Vorsichtsmaßnahmen und wurden noch erweitert. Die besonders aktiven RAWA-Mitglieder zogen häufig um und lebten in verschiedenen Häusern, um von der Polizei nicht gefunden zu werden (vgl. Brodsky 2003). Besonders intensiv wurde nach den Gründungsfrauen gesucht. Diese sorgten dafür, dass keine Fotos von ihnen aufbewahrt und bei Hausdurchsuchungen gefunden werden konnten. Trotz der Ablehnung der behindernden und diskriminierenden Vollverschleierung mit Burqa nutzten RAWA-Mitglider dieses Kleidungsstück zu ihrem Schutz.

„I remember she [Meena] would wear a burqa, at that time all the members of RAWA wore them. For me it was so strange the first time I saw her wearing burqa, because I knew that she hated them. As a young child we always laughed about burqa and used them to scare each other while we were playing. So one day I asked her why she was wearing it and she said, ‚If I don't wear it I will be recognized and killed.'“ (Dunia, RAWA, zit. nach Brodsky 2003: 72-73)

Das berichtet Dunia, die damals als Kind ihre Mutter und Meena begleitete, wenn diese ein Haus nach dem anderen besuchten, um mit den Frauen über persönliche und politische Anliegen zu reden. Eine noch gefährlichere Aktivität war

das Verbreiten von Flugblättern, die auch den Namen Shabnama, Nachtbriefe, hatten, weil sie im Schutz der Dunkelheit unter der Haustür durchgesteckt wurden.

„Im April 1979 schließlich war die Situation so schlimm, dass die Menschen sich kaum noch auf die Straße trauten. Um neun Uhr abends kam Meena zu uns, sie […] ließ die Flugblätter da, und dann gab sie uns noch eine Hand voll Pfeffer. Sie sagte, wenn man uns erwischt, sollen wir unseren Verfolgern den Pfeffer in die Augen werfen, dann bleiben sie stehen, weil es so brennt, und wir haben vielleicht die Chance, davonzulaufen. Aber wenn wir vorsichtig wären, dann sollte uns eigentlich nichts passieren. […] [V]or dem Morgengrauen, in der Dunkelheit, gingen meine Mutter und ich durch die Straßen, wir verteilten die Shabnamah. Wir wählten einen Weg, der es so aussehen ließ, als wollten wir bloß das Hammam aufsuchen […].“ (Asifa Homayoun, RAWA, zit. nach Benard/Schlaffer 2002: 142-143)

„It was very difficult; there were police and detectives all over. So in addition to using children [in der Begleitung, um harmloser zu wirken], we would put piles of leaflets in the bundles that women used for the bathhouses, so we took out our clothes and put leaflets inside and put that under our burqas.“ (Hadia zitiert nach Brodsky 2003: 73)

Nicht nur der Weg dorthin und die Badebündel, sondern auch der tatsächliche Besuch von Badehäusern, den Hamams, hatte eine konspirative Bedeutung, wie die Tochter einer RAWA-Aktivistin erzählt:

„Es war mir unbegreiflich, warum manche Frauen so gerne in den Hamam gingen. Erst viel später fand ich heraus, dass Mutter sich dort mit ihren Freundinnen von RAWA traf und Unterlagen an sie weiterreichte. […] Der Hamam war einer der wenigen öffentlichen Orte, wo sich Frauen unauffällig treffen konnten.“ (Zoya/Follain/Cristofari 2002: 52)

Der Aufbau der Strukturen von RAWA unter Beachtung dieser zahlreichen Maßnahmen der Konspiration gewährte vor allem die nötige Grundlage für die Umsetzung der Idee, dass der Kampf um Frauenbefreiung nur als ein langandauernder Prozess grundlegenden Umwälzungen von unten gelingen kann.

BASISDEMOKRATISCHE, DEZENTRALE ORGANISATIONSSTRUKTUR

Aus den Erfahrungen mit Repression war RAWA wichtig, dass die Organisierung nicht von einer Führungsperson oder -gruppe abhängig ist. Die unabhängig arbeitenden Kleingruppen gewährten nicht nur mehr Sicherheit vor Verfolgung und der Zerschlagung der Strukturen. Damit wurde auch die Basis für selbstständiges, ver-

antwortungsvolles Handeln, für Entscheidungen auf lokaler Ebene oder als basisdemokratischer Prozess sowie für die Vermittlung von Fähigkeiten an die Breite der Mitglieder gelegt.

> „From the beginning we thought we needed ways to continue this struggle because we knew that it would not take 1 or 2 years, but decades or centuries and in order to continue this struggle the first bricks needed to be laid in such a way that when others continue to build it would work." (Shaima, RAWA, zit. nach Brodsky 2003: 48)

RAWA ist dezentral in Komitees organisiert. Komitees werden nach Aktivitätsbereichen und geografisch gebildet, also für lokale Gebiete wie eine Stadt oder ein Flüchtlingslager. Die sieben ständigen Ausschüsse/Komitees für die verschiedenen Aktivitätsbereiche sind Bildung, Humanitäres/Soziales, Finanzen, Berichte, Publikationen, auswärtige Angelegenheiten (Foreign Affairs) und Kultur (vgl. Brodsky 2003: 159). In den lokalen Komitees werden diverse Aktivitäten koordiniert. Die meisten Entscheidungen werden lokal getroffen und können den jeweiligen Bedingungen angepasst werden. Lokale Arbeitsgruppen beispielsweise in einer Schule oder einem Handarbeitsbetrieb haben ihre wöchentlichen Treffen, das lokale Komitee trifft sich zweiwöchentlich, alle ein bis zwei Monate treffen sich mehrere Komitees einer Region, andere Treffen werden spontan aus einem bestimmten Anlass innerhalb von 24 Stunden einberufen. Die Ankunft der Vertreterin einer anderen Stadt löst eine Reihe von Treffen aus, um Informationen auszutauschen. Zudem leben viele RAWA-Mitglieder in Gemeinschaften zusammen und es wird beim Essen, beim Tee oder den vielen anderen informellen Begegnungen den ganzen Tag diskutiert.

> „One of the frequently heard phrases at RAWA is ‚We will have a meeting on that tomorrow.' There are committee meetings, community meetings, project meetings, long-term planning meetings, short-term planning meetings, report meetings, crisis meetings, and secret meetings." (Brodsky 2003: 167)

Treffen dauern oft lange, zwei bis vier Stunden, und können auch einen ganzen Tag andauern, wenn eine Person von außerhalb angekommen ist, berichtet Anne Brodsky, die während ihrer Zeit, die sie zwischen 2001 und 2002 in RAWA-Strukturen verbrachte, an vielen Treffen teilgenommen hat. Diese Zeit würde benötigt, weil RAWA alle ermuntert, ihre Ideen, Meinungen und Kritik zu äußern. Es werde lebendig diskutiert bis ein Konsens gefunden wird. Es gibt auch spezielle „Fehler-Treffen", Jelse Enteqady, auf denen Streits oder Kritik aneinander geklärt werden. Dem offenen und guten Umgang mit Kritik wird große Bedeutung beigemessen. Dadurch werden Lernprozesse innerhalb der Organisation unterstützt und die Fähigkeit entwickelt, unabhängig Entscheidungen zu treffen.

„Everything, from security concerns, lack of phone and e-mail access, and transportation difficulties, limits communication. Noncritical decisions, and even some crisis decisions, are therefore made by the informed individuals who are available at the time. Knowing that there is a likelihood that members will someday be faced with making more crucial decisions on their own, or in consultation with small groups, RAWA wants to foster and empower these independent decision-making skills.“ (Brodsky 2003: 173)

Für verschiedene Projekte werden Verantwortliche benannt. Auch die lokalen Komitees haben Verantwortliche, meist erfahrene Mitglieder, die Mas'ul genannt werden. Einige Mas'ul sind für bestimmte Aktivitätsbereiche der lokalen Komitees zuständig. Den Mus'ul kommt eine koordinierende Aufgabe zwischen verschiedenen Gruppen und zum Führungsrat zu (vgl. Brodsky 2003).

Die Führungsrolle von Meena war bis zu ihrem Tod 1987 unumstritten. Sie hatte große Fähigkeiten, andere Menschen für das Projekt der radikalen Frauenrechtsarbeit zu gewinnen, war entschlossen, äußerst engagiert und konnte tiefen emotionalen Kontakt aufbauen. Sie wird als „natural leader“ (Brodsky 2003: 152) bezeichnet. „Although all the early members sacrificed for the cause, Meena's example seems unsurpassed.“ (Ebd.: 73) Sie war angetrieben durch den großen Wunsch, dass die Bewegung erfolgreich sein sollte, und durch die intensive emotionale Verbindung zu den Frauen Afghanistans (vgl. ebd.: 75). Sie verausgabte sich völlig und arbeite vom Morgen bis spät in der Nacht auch in den Zeiten ihrer Schwangerschaften. Sie wollte Vorbild sein und hatte eine starke Pionierfunktion. „Ich wollte auch beweisen und den anderen Frauen vorleben, dass eine Schwangerschaft eine Frau nicht außer Gefecht setzen muss.“ (Meena, zit nach Benard/Schlaffer 2001: 46) Erst nach Meenas Ermordung wurde die zentrale Stellung ihrer Person in einer ansonsten schon weitgehend dezentralen Organisationsstruktur als Problem erkannt und verändert. „The organization grew as a network of interconnected groups […] Meena was […] the very center of this ever-expanding web.“ (Brodsky 2003: 89)

Nach Meenas Tod wurde Führung dezentralisiert und mehr Mitglieder wurden bestärkt, Führungsrollen zu übernehmen (vgl. ebd.: 95).

„Right now there are many who have been trained and we can say that there is not only one person, but many who have the ability to continue with the work that we are doing. […] Maybe if such a thing happens [Ermordung der Führungsperson], now it wouldn't be so hard as at that time.“ (Razmah, RAWA, zit. nach Brodsky 2003: 95)

Es wurde ein elfköpfiger Leadership Council eingeführt, dessen Mitglieder alle zwei Jahre durch alle RAWA-Mitglieder vorgeschlagen und gewählt werden. Die Erfahrung mit verschiedenen Aufgabenbereichen und in verschiedenen regionalen Tätigkeitsbereichen, ein entschiedenes Engagement, die Fähigkeit, sich erfolgreich

durch anfallende Schwierigkeiten zu kämpfen und vor allem das Vertrauen, das andere Mitglieder in die Person haben, sind wichtige Kriterien. Mitglieder dieses Führungsrates bleiben involviert in die alltägliche Arbeit und treffen sich nur drei bis vier Mal im Jahr gemeinsam zu elft. Verantwortlichkeiten – geografisch und für Aktivitätsbereiche – werden zwischen diesen elf gewählten Leitungsfrauen gleich verteilt und in einem ständigen Konsultationsprozess mit allen Mitgliedern ausgeführt (vgl. ebd.). „The goal was to create a leadership structure that was democratic, collective, and as non-hierarchical as possible, thus promoting the equality and democracy that RAWA seeks for Afghanistan in large." (Brodsky 2003: 153) Persönliche Bekanntheit einer einzelnen Führungsperson liegt im Interesse von niemandem in der Organisation. Nicht der Name oder die Stellung stehen im Vordergrund; wichtig ist, dass die Aufgaben gut ausgeführt werden.

Die Mitglieder des Führungsrates verfassen auch die politischen Stellungnahmen von RAWA und die Positionierung der Organisation zu politischen und sozialen Anliegen. Alle RAWA-Mitglieder können Einfluss nehmen:

> „When a position is being considered, members of the Leadership Council will send word through the various organizational levels for ideas and comments from members. Members at the various committee levels discuss the ideas, and then these are collected and passed back to the Leadership Council. Questions and concerns are passed back and forth by the same mechanism." (Brodsky 2003: 155)

Obwohl aufgrund der Sicherheitspraktiken der Kontakt zwischen den verschiedenen Komitees und zu einer großen Zahl anderer RAWA-Mitglieder nur sehr eingeschränkt möglich ist, entsteht auf diese Weise ein Vertrauen in die Organisation. Alle Mitglieder sind immer wieder gefragt, ihre Meinung einzubringen. Sie werden in ihrer Fähigkeit gestärkt, diese formulieren zu können.

DIE APRIL-REVOLUTION ÜBERLEBEN

Schon kurze Zeit nach der Gründung von RAWA musste die Organisation mit einem alles verändernden politischen Machtwechsel, dem Staatsstreich von 27. April 1978 und seinen Folgen umgehen. Das gelang der Frauenorganisation erstaunlich gut. Die klandestinen Vorsichtsmaßnahmen, die von Beginn an beachtet wurden, wie auch die politischen Erfahrungen und klaren Analysen der Gründerinnen halfen ihnen politisch, organisatorisch und nicht zuletzt auch persönlich zu überleben – und sogar stärker zu werden.

Der Staatsstreich wurde „April-Revolution" (Saur Revolution, Enqelab-i Saur) genannt und brachte die wieder zur PDPA verbündeten sozialistischen Parteien

Khalq und Parcham an die Macht. Auslöser war eine Massenverhaftung führender Mitglieder der PDPA durch Präsident Daoud, der sich durch die Stärke der Organisation gefährdet sah. Bereits einen Tag darauf erfolgte die April-Revolution als Gegenschlag (vgl. Schetter 2010). Mit einigen hundert Anhängern und 40-50 Panzern eroberten sie am 27. April 1978 den Flughafen und den Präsidentenpalast, begünstigt durch einen freien Tag für die Armee, verordnet für die Verhaftungen am Tag davor. Der amtierende Präsident Daoud – in einer Person auch Premierminister, Außenminister und Verteidigungsminister, 1973 ebenfalls durch einen Putsch an die Macht gekommen – und seine Familie wurden erschossen (vgl. ebd.).

Schon sechs Wochen später wurde Parcham von Khalq aus der Regierung gedrängt. Das bereits im Mai wirksame regide Regime löste Aufstände im ganzen Land aus, die brutal mit Zehntausenden Toten niedergeschlagen wurden (vgl. Schetter 2010). Die Sowjetunion schickte auf der Basis eines Kooperationsvertrages vom Dezember 1978 zunächst „5000 Militär- und Zivilexperten, um das Regime aufrechtzuerhalten" (ebd.: 99). Einige Monate später veranlasste die sowjetische Regierung einen gewaltsamen Führungswechsel, der misslang. Der Vizepräsident, aber praktisch eigentliche Machthaber Hafizullah Amin (Khalq) konnte verhindern während eines internen Treffens mit Nur Mohammed Taraki, dem offiziellen, aber schwachen Präsidenten (ebenfalls Khalq), und dem sowjetischen Botschafter erschossen zu werden. Amin riss nun erst Recht alle Macht an sich, ernannte sich zum Generalsekretär und suchte andere Bündnispartner als die Sowjetunion. Einen Monat später hieß es, sein Gegenspieler Taraki „sei an seiner Krankheit verstorben" (Schetter 2010: 99). Als die Sowjetunion zunehmend befürchten musste, dieses neue Land der sowjetischen Glacis wieder zu verlieren und eine unsichere Südflanke zu bekommen (ebd.: 100), wurde Afghanistan zu Weihnachten 1979 (24.-27.12.) durch sowjetisches Militär besetzt. Amin wurde erschossen. Babrak Karmal, der Gründer von Parcham, übernahm seinen Platz.

„Die sowjetische Intervention in Afghanistan stellte ein weltpolitisch entscheidendes Ereignis dar. Sie setzte der Entspannungspolitik der Supermächte ein jähes Ende und leitete die kritische Phase des Kalten Krieges ein, an der die Sowjetunion zerbrechen sollte." (Schetter 2010: 101)

Im Kontext meiner Erzählung ist jedoch zunächst wichtiger zu verstehen, welche Folgen der Machtwechsel von 1978 und die sowjetische Intervention für das Leben der Menschen in Afghanistan und insbesondere für Linke und Feministinnen und deren basispolitische Arbeit hatten. Bereits ab den letzten April-Tagen und im Mai 1978 füllten sich die Gefängnisse mit politischen Gefangenen, weitere große Verhaftungswellen folgten.

„I was studying at Nangarhar Medical University when the PDPA [People's Democratic Party of Afghanistan] came to power in 1978. On the first day of their coup d'état they arrested my

father. On the third day they arrested one of my brothers. Eventually I too was arrested, along with four other brothers. They whipped us with cables and electrocuted us repeatedly.“ (Nik Mohammed, AHRDO 2013b)

Die Verhaftungen trafen nicht nur die religiöse Elite, Islamisten und alle, die dem Königshaus nahestanden. Alle Andersdenkenden, einschließlich Liberale, Maoisten, Feministinnen und auch Parchamis waren Ziel der Repression (vgl. Schetter 2010).

Bei den Säuberungsaktionen ging es nicht um kleine Gruppen politisch Aktiver. „Im Prinzip strebte khalq an, die gesamte Elite, die ihren politischen Kurs nicht teilte, auszulöschen.“ (Ebd.: 98)

„Mein Vater hatte einen Freund, der war ein sehr bekannter Sozialreformer. Er kam oft zu Besuch, und ich war von ihm fasziniert. […] Vor dem Umsturz im April warnte er meinen Vater, dass schlechte Zeiten kämen, weil die Leute von Khalq und Parcham bekannt waren für ihre Skrupellosigkeit. Er wurde noch vor meinem Vater verhaftet. Wie uns berichtet wurde, haben sie ihn gefoltert und mit Gewehrkolben geschlagen, und dann haben sie ihn erschossen. […] Kurz darauf haben sie auch meinen Vater erschossen.“ (Asifa Homayoun, RAWA, zit. nach Benard/Schlaffer 2002: 143)

Die PDPA-Regierung selbst gab im September 1979 bekannt, dass in den annähernd eineinhalb Jahren ihrer Herrschaft bereits 12.000 Menschen nach ihrer Verhaftung umgebracht worden waren. Eine (unvollständige) Liste der Namen wurde erst im November und bewirkt durch Druck von Frauendemonstrationen herausgegeben. Professoren, Lehrer*innen, Schüler*innen und Student*innen, Staatsangestellte, religiöse Führer, Händler und Ladenbesitzer waren auf der Liste zu finden. Hafizullah Amin, der sich gerade zum Generalsekretär ernannt hatte, wollte die Schuld von sich weg auf den kurz zuvor von ihm entmachteten und bald darauf ermordeten Staatspräsidenten Taraki lenken. Deshalb kündigte er die Veröffentlichung einer entsprechende Namenslisten an (vgl. UN Mapping Report 2005: 23; Schetter 2010: 99). Eine Registrierung aller verschwunden Personen im Alter zwischen 18 und 60 Jahren allein für Kabul, die ein halbes Jahr später im Februar 1980 beim Planungsministerium angewiesen wurde, damit nach dem Wechsel von Khalq- auf Parcham-Führung im Zuge der sowjetischen Intervention, mit Babrak Karmal als neuem Staatschef, sammelte innerhalb von drei Wochen 25.000 Namen. „The missing persons were well educated and included medical doctors, government officials, military or religious people.“ (UN Mapping Report 2005: 24) Die weitere Auflistung wurde angesichts der unerwartet hohen Zahl abgebrochen. Wären die Verschwundenen nicht nur aus den Gefängnissen in Kabul, sondern aus dem gesamten Land einbezogen worden, so läge die Anzahl für diesen Zeitraum von 20 Monaten vermutlich doppelt bis viermal so hoch (vgl. ebd.: 24).

Ein berüchtigter Ort war das Gefängnis Pul-e Charkhi am Stadtrand von Kabul, das noch als unfertiger Rohbau unter völlig unzulänglichen hygienischen Bedingungen nach dem April Coup 1978 mit Tausenden Gefangenen gefüllt wurde. Jede Nacht ab 23 Uhr wurden Gefangene ohne Gerichtsverfahren zu ihrer Hinrichtung aus den Zellen geholt. Gleich mehrere Busse wurden mit gefesselten Gefangenen voll beladen und auf einem militärischen Paradeplatz, dem Polygon Field, nahe des Gefängnisses wurden die Gefangenen in Gruben geworfen, niedergeschossen und mit Bulldozern noch sterbend zugeschüttet (vgl. ebd.). „So many people were buried alive by bulldozers in the barren fields around the Pul-e-Charkhi Prison on Kabul's outskirts that guilty soldiers later said it was like an earthquake as their victims tried to claw their way out." (Nordland, 30.09.2013) Tagsüber wurde gefoltert. Der Gefängnisdirektor Sayyid Abdullah hatte freie Hand und war für seine Brutalität bekannt. Nach seinen Äußerungen würde es ausreichen, wenn eine Millionen Afghanen überleben – treue Khalq-Kommunisten. Im UN Mapping Report ist die Aussage des ehemals dort gefangenen Arztes Dr. Abdullah Osman dokumentiert, der berichtet, was er aus dem Mund des Gefängnisdirektors gehört hatte:

„‚It is enough for a million people to remain alive in Afghanistan. We need a million Khalqis, and we don't need any others. Whoever they are, we will eliminate them.' He told the detainees in Pul-i Charkhi, ‚You are here because you are the enemies of the regime. You are here to be interrogated, to rot, and to be eliminated.'" (UN Mapping Report 2005: 12)

Emadi berichtet von derselben Aussage über den notorischen Kommandeur des Gefängnisses, Sayyid Abdullah, und nennt als ein Ziel der damaligen Regierung, eine Gesellschaft ohne Opposition aufzubauen. „The state's repressive strategies of development and the systematic torture and execution of innocent civilians were intended to build a society in which there was no opposition, and all were members of the Khalq." (Emadi 2002: 103)

Schlecht geplante, nach sowjetischem Vorbild geformte Reformen wurden eilig auf den Weg gebracht. „[I]n Afghanistan stellte Großgrundbesitz die Ausnahme dar. Das Leitmotiv der Reform, nämlich Land umzuverteilen, verfehlte die Bedürfnisse der Pächter [...]." (Schetter 2010: 97) Statt sie den afghanischen Gegebenheiten anzupassen, wurden die Reformen repressiv und mit herablassender Rhetorik angewandt. Diese umfassten eine Landreform und Alphabetisierung, aber auch die Abschaffung des Brautpreises und die Festlegung eines Mindestheiratsalters. Es war vor allem die Art und Weise der Umsetzung, mit der diese Maßnahmen in der Bevölkerung Zorn entfachten.

„[A]uch alte Menschen – deren soziale Stellung völlig missachtend – [wurden] in den Unterricht gezwungen […] die Geschlechtertrennung [wurde] nicht eingehalten und […] auch das arrogante Auftreten der ortsfremden Lehrer sowie die ideologisch gefärbten Lehrinhalte, die

den fortschrittlichen, städtischen Menschen zum Vorbild hatten, [erregten] Anstoß.“ (Schetter 2010: 97-98)

Im ganzen Land entwickelten sich ab Oktober 1978 Aufstände. Der Aufstand in Herat, Westafghanistan, im März 1979 nahm solche Ausmaße an, dass zur Niederschlagung die sowjetische Luftwaffe aus Zentralasien eingesetzt wurde. Die Rückeroberung der Stadt dauerte eine Woche. Anschließend wurden zahlreiche Menschen verhaftet und hingerichtet. Dabei sind in Herat insgesamt schätzungsweise 25.000 Menschen ums Leben gekommen (vgl. UN Mapping Report 2005: 20). Die Revolten breiteten sich trotzdem weiter aus. „Vielerorts fiel das Militär von der Regierung ab und suchte den Schulterschluss mit den Aufständischen. Die Revolten erreichten schließlich Kabul, wo khalq im Juni [1979] eine Demonstration zusammenschießen ließ.“ (Schetter 2010: 98)

FRAUEN IM WIDERSTAND GEGEN PDPA-REGIME UND SOWJETISCHE BESATZUNG

Die Frauen, die nach ihren verhafteten und verschwundenen Familienmitgliedern suchten und sich vor dem Pul-e Charkhi-Gefängnis oder den Geheimdienstbüros kennenlernten, waren die ersten, die gegen das PDPA-Regime öffentlichen Protest mobilisierten. „Their political invisibility and marginality in public activities provided them an opportunity to become major players during the Khalq rule, whose terror tactics made it extremely difficult for men to engage in public political or organizational activities.“ (Emadi 2002: 103) Auf informellen Treffen von wenigen Frauen, die als gemeinsames Stricken, Nähen oder als Teerunde getarnt waren, wurden Informationen über den möglichen Verbleib der Vermissten ausgetauscht und es wurde sich gegenseitig unterstützt. Als erkennbar war, dass Einzelne keine Informationen erhalten, haben sie sich zum Protest zusammengeschlossen. Im Oktober 1978 demonstrierten die Frauen vor dem Innenministerium und verlangten Informationen. Sie wurden auseinandergetrieben und es wurde auf sie geschossen, wie Emadi aus eigener Beobachtung berichtet (vgl. ebd.). Obwohl hierbei einige Frauen verhaftet wurden, fand schon einen Monat später die nächste Demonstration statt. Sie verlangten die Veröffentlichung der Namen der Verstorbenen und Hingerichteten. Es dauerte ein weiteres Jahr bis am 16. November 1979 eine solche Liste heraus gegeben wurde. Die Entrüstung über die hohe Zahl von 12.000 dokumentierten Toten aus der ersten Zeit nach dem April-Coup war unfassbar. „[It] outraged the women to the extent that as they left the ministry, they chanted anti-government slogans and called upon people to overthrow the regime.“ (Emadi 2002: 104)

Meena, die RAWA-Gründerin, ging immer wieder zum Pul-e Charkhi-Gefängnis und nahm dort Kontakt zu den nach Nachrichten suchenden Frauen auf. Sie und andere RAWA-Mitglieder gaben diesen wie auch anderen von Verlusten betroffenen Frauen emotionale Unterstützung, hörten ihren Geschichten zu und versuchten, ihnen eine politische Orientierung zu vermitteln. „Once Meena and RAWA helped people feel that they were not alone, they presented a logical political framework to explain Afghanistan's conditions and inspired them to action and resistance." (Brodsky 2003: 70) Viele Frauen, sehr junge wie auch ältere, die sie unter diesen Bedingungen kennenlernten, haben Vertrauen zu RAWA aufgebaut und sind bei dieser Organisation geblieben (vgl. ebd.). RAWA bot die Möglichkeiten, Trauer und Wut über erlittene Verbrechen gegen Familienangehörige in konkretes praktisches Handeln gegen die Verantwortlichen zu lenken. „Throughout our existence many such families who have lost family members have remained with RAWA. They believed that the best way to revenge or the best way to heal their wounds was through participation with RAWA", erklärt Zarlasht von RAWA (zit. nach Brodsky 2003: 71).

Täglich nahm im ganzen Land der Widerstand gegen die Regierung zu (vgl. Emadi 2002: 105). Neben RAWA waren auch andere linke, revolutionäre Organisationen am städtischen Widerstand gegen die sowjetische Besatzung beteiligt, doch RAWA war die einzige, die nicht aufhörte, für Frauenrechte zu kämpfen (vgl. ebd.). Im Sommer 1980 formulierte RAWA in einem Grundsatzpapier:

> „It is our mission, men and women, to unite and fight for the independence of our beloved country […] RAWA, which is comprised of progressive women, fights for women's equality, and maintains that the liberation of the oppressed women is inseparable from the liberation of our oppressed nation." (RAWA zit. nach Emadi 2002: 109)

Im Verständnis von RAWA waren Frauenrechte nur in einem freien Land möglich. Der Kampf für ein Land ohne die grauenvoll repressive, alles bestimmende und kontrollierende Parteiherrschaft, die sie seit dem April-Coup 1978 erlebten, und ohne sowjetische Besatzung, die ab Ende 1979 die Verhältnisse bestimmte, wurde verknüpft mit dem Kampf für Frauenbefreiung. Zarlasht von RAWA erklärt das auf diese Weise:

> „Most of the people were saying as long as the country is under invasion and occupation, issues like the rights of women could not make sense as a main focus. But in those years the crucial point was whether this struggle for women's rights also was part of the national struggle against the Soviets." (Zarlasht, zit. nach Brodsky 2003: 71)

RAWA brachte den Kampf für Frauenrechte als einen Bestandteil des „nationalen Kampfes" gegen die damalige Besatzung ein und forderte Frauen zur Beteiligung auf. RAWA beteiligte sich an Demonstrationen, die nach dem sowjetischen Ein-

marsch in den Städten stattfanden, produzierte eigene Flugblätter und verteilte Shabnama (Untergrund-/Nachtbriefe). „The leaflets were mainly against Khalq, Parcham, and the Soviet invasion and even in those years, antifundamentalist. And also asking women to take part in this struggle and the struggle for their rights." (Hadia, RAWA, zit. nach Brodsky 2003: 73) Auch nachdem bereits einige RAWA-Frauen mit solchem Material verhaftet und gefoltert worden waren, hörten sie nicht auf, dieses zu verbreiten.

„Sie war Lehrerin und hatte einige RAWA-Veröffentlichungen an eine Kollegin weitergegeben. Männer des afghanischen Geheimdienstes (KHAD), der nach dem Vorbild des KGB organisiert war, fanden die Texte bei einer Hausdurchsuchung und nahmen die Kollegin fest. Die Kollegin wurde freigelassen, nachdem sie die RAWA-Aktivistin denunziert hatte, und stattdessen diese verhaftet – obwohl sie ein drei Monate altes Baby hatte. Es wurde einfach mit ihr ins Gefängnis geworfen." (Zoya/Follain/Cristofari 2002: 110)

Insbesondere in Schulen und an der Universität waren RAWA-Aktivistinnen aktiv, mussten sich jedoch vor den überall präsenten Mitgliedern der Schüler- und Jugendorganisation des KHAD in Acht nehmen. Diese gaben unter anderem die Namen ihrer Klassenkamerad*innen weiter, die an Demonstrationen teilgenommen hatten. Das führte meist zu Verhaftungen (vgl. Brodsky 2003). Eine Atmosphäre der Denunziation verbreitete sich generell. Asifa Homayoun, die 1978 zwölf Jahre alt war und später RAWA-Mitglied wurde, erzählt: „Mein Vater war Offizier, und er wurde verhaftet. Kurz danach wurde auch der Mann meiner Tante festgenommen. Es herrschte eine Atmosphäre der Angst, der Bespitzelung, der Denunziation." (Homayoun zit. nach Benard/Schlaffer 2002: 140)

RAWA erklärte sich solidarisch mit den Streiks der Ladenbesitzer, der Schüler*innen und Lehrer*innen, der Arbeiter*innen und Regierungsangestellten. Die RAWA-Frauen kämpften gegen die „imperialistische Kultur" und legten die leere Rhetorik der Regierung offen, insbesondere in Bezug auf Frauenförderung (vgl. Emadi 2002: 109).

„RAWA hatte damals zwei wesentliche Aktivitäten, sie verteilten die Shabnamah, die sehr einflussreich waren und von Monat zu Monat ein größeres Publikum erreichten, und sie organisierten Demonstrationen von Schulmädchen und Studentinnen. Anfangs nahmen Hunderte an diesen Demonstrationen teil, aber nach der russischen Invasion waren es Tausende. Unsere Waffe waren Gedichte, statt Sprechchören sagten wir Gedichte auf." (Asifa Homayoun, zit. nach Benard/Schlaffer 2002: 144)

Frauen aus allen Schichten waren am städtischen Straßenprotest beteiligt. Tausende Frauen kamen im Januar 1980 zum Pul-e Charkhi-Gefängnis als nach der Generalamnestie für politische Gefangene, erteilt durch den neuen Präsidenten Babrak

Karmal, die Entlassung stattfinden sollte. Als statt den erwarteten Tausenden nur 120 Gefangene entlassen wurden, stürmten die Frauen das Gefängnis. Dort fanden sie Haufen von aufgestapelten Leichen (vgl. Brodsky 2003: 63).

Aus Anlass einer offiziellen Feier zur Änderung der Nationalfahne fanden ab dem 21. April 1980 Protestdemonstration statt, auf denen Schüler*innen riefen: „Lang lebe die Freiheit“ und „Sowjets verlasst Afghanistan“ (Emadi 2002: 109, Übersetzung aus dem Englischen d. A.). Diese Demonstrationen fanden jeden Tag statt, bis am 25. April vier Demonstranten vom Militär erschossen wurden. Schon zwei Tage später, am 27. April 1980, dem zweiten Jahrestag der Machtnahme der PDPA mit dem April-Coup, demonstrierten die Schülerinnen der Soriya High School zur Kabuler Universität. Hunderte Schüler*innen anderer Schulen und Menschen aus den Stadtteilen schlossen sich ihnen an. Bevor sie von der Universität in das Stadtzentrum demonstrieren konnten, wurden sie von Sicherheitskräften aufgehalten.

„A party member [der Regierungspartei] with a loudspeaker warned students to disperse, telling them, ‚You are being manipulated by the enemies of the revolution. They are the ones who have misled you‘. The demonstrators continued to shout, ‚Liberty or Death‘. During this expression of anti-Sovietism, Nahid, a junior of Rabia-e-Balkhi High School, stepped forward and shouted, ‚You are the ones who have been manipulated by the Russians’. She then shouted, ‚Liberty or Death‘. The security forces tried to arrest her and other key leaders of the protest demonstration. Clashes broke out. Soviet helicopters hovering overhead began firing on the crowd and killed scores of students. Among the dead were two young activists, Nahid and Wajhia. Although both girls were not members of any political or religious organization, nationalists, liberals, conservatives, and revolutionaries alike praised them for giving their lives to the cause of freedom.“ (Emadi 2002: 110)

Die Angaben zur Anzahl der bei dem Angriff auf die Demonstration getöteten Schüler*innen variieren zwischen 50 und 70 (vgl. Emadi 2002). Die erschossene Schülerin Nahid wurde zum Symbol des anti-sowjetischen Widerstandes. Soldaten wurden nach ihrem Tod als sowjetische Sklaven und Frauen beschimpft und zur Demütigung mit den Schals von Frauen beworfen. Sie wurden auch aufgefordert, ihre Waffen nicht gegen ihre Schwestern und Brüder zu richten, die nur mit Büchern bewaffnet sind. Sie sollten stattdessen für die nationale Unabhängigkeit eintreten. Als am Tag nach der Ermordung von Nahid, Wajhia und der vielen weiteren Schüler*innen eine große Demonstration durch Kabul zog, weigerten sich die afghanischen Soldaten zu schießen. Es rückten Mitglieder der Regierungspartei an, die weitere Schüler*innen erschossen und Hunderte verhafteten (vgl. ebd.). Um den Schüler*innenprotesten, die weiter stattfanden, entgegenzuwirken, wurde eine nächtliche Ausgangssperre erlassen, die über sieben Jahre beibehalten wurde (vgl. Brodsky 2003).

Der Mut und Tod von Nahid waren stimulierende Ereignisse für viele junge RAWA-Aktivistinnen (vgl. Brodsky 2003). „Alle Menschen waren entsetzt, niemand konnte an etwas anderes denken als an diese zwei Mädchen. Die Stimmung war sehr gegen die Regierung gerichtet." (Asifa Homayoun, zit. nach Benard/ Schlaffer 2002: 144). Die erste Ausgabe der Vierteljahreszeitung von RAWA, Payam-e Zan (Mitteilung der Frauen), die 1981 heraus kam, trägt auf der Titelseite ein Foto von Nahid. „RAWA erhielt empörten Zulauf, ihre neue Zeitschrift Payam-e Zan, mit Nahids Foto auf dem Cover, war Stadtgespräch." (Benard/Schlaffer 2002: 48)

RAWA hat mit ihren politischen Stellungnahmen, mit Demonstrationen und Bildungsarbeit zur breit getragenen Widerstandsbewegung beigetragen und Frauen dazu bewegt, sich zu beteiligen. Im Folgenden führe ich Aktivitäten auf, die von Frauen im Widerstand gegen die Regierung und die sowjetische Besatzung durchgeführt wurden, und die Repression, die sich gegen Frauen richtete. Es handelt sich dabei nicht allein um Aktivitäten der Frauen von RAWA.

„Malalay, a member of Sazman-e-Mubariza Bara-eAzadi Tabaqa-e-Kargar dar Afghanistan, the Organization for Liberation of the Working Class (Akhgar), was an active participant in the anti-government resistance in Kabul. She was arrested by the government security forces and was tortured for carrying and distributing anti-state literature. […] [The] torture [...] included skinning her hands, sprinkling salt on her wounds, shutting the door on her fingers, […] sticking needles in her body […] and raping her." (Emadi 2002: 104)

Emadi berichtet, dass Frauen an Entführungen und Mordanschlägen auf Unterstützer der Regierung oder der sowjetischen Besatzer beteiligt waren. „A large number of the disappearances and assassinations of Soviet soldiers and personnel of the government in Kabul have been attributed to women's works and initiatives." (Emadi 2002: 113) Nadia lockte ihre Opfer in Hinterhalte und tötete auf diese Weise mindestens 15 Besatzungssoldaten (vgl. ebd). Der Staat setzte alles daran, Mitglieder der städtischen Guerilla-Bewegung auszuschalten (vgl. ebd.). Tajwar Kakar, eine Lehrerin, war eine führende Kämpferin, die selber aktiv am Widerstand teilnahm und andere Frauen im Widerstand organisierte. Nach ihrer Verhaftung im Dezember 1982 wurde sie schwer gefoltert, unter anderem mit Elektroschocks, Nadeln, brennenden Zigaretten und Eingraben im Schnee (vgl. ebd.). Schläge, Vergewaltigung und das Ausreißen von Fingernägeln und Haaren und vieles mehr gehörten zur Folter. Eine RAWA-Frau, Farida Ahmadi, die wegen dem Verteilen anti-staatlicher Flugblätter inhaftiert war, berichtet, dass sie auch gezwungen wurde mit anzusehen wie einem anderen Gefangenen die Augen heraus gepresst wurden. Eine ähnliche Erfahrung berichtet die Lehrerin Fahima Nassery: „She was also forced to view a bloodied room containing a corpse and a number of severed limbs and fingers scattered around." (Emadi 2002: 113)

Auch am bewaffneten Kampf der Mujaheddin im ländlichen Raum waren Frauen beteiligt. Ihre Aufgaben umfassten dabei meist den Transport von Waffen, Munition und Aufklärungsinformationen, die Essensversorgung und das Waschen der Kleidung, Reinigung von Waffen, aber auch die Übernahme von Nachtschichten mit Waffe (vgl. Emadi 2002). Eine beteiligte Frau berichtet:

„We took an active part in the resistance. […] There were three of us women who cooked for six hundred men. We washed clothes for six hundred men. During the night, we carried a gun and took our turn at standing watch." (Zit. nach Emadi 2002: 115, Ausl. i. O.)

Eine sehr gefährliche Aufgabe war zudem, den Feind in einen Hinterhalt der anderen Widerstandskämpfer zu locken. Es gab auch unabhängige Gruppen von bewaffnet kämpfenden Frauen. Razia ist ein Beispiel dafür; sie baute 1983 in der Provinz Herat eine solche Gruppe von Frauen auf. Damit setzte sie das fort, wofür ihr Vater und ihr Bruder bereits getötet worden waren (vgl. ebd.).

Die linksradikale New Democratic Organisation hatte sich in den 1970ern in verschiedene Gruppen gespalten, von denen drei aktiv am bewaffneten Kampf teilnahmen: Sazmani Rahaye Bakhshi Khalqa (oder Surkha, Organization for the Liberation of the People of Afghanistan), Sazmani Azadi Bakhshi Mardumi Afghanistan (oder SAMA, People's Liberation Organization of Afghanistan, zuvor als Revolutionary Group of Afghanistan bekannt) und Akhgar (Sazmani Mubariza Bara-e-Azadi-e-Kargar, Organization for Liberation of Working Class). Sie waren von unterschiedlichen ideologischen Orientierungen und politisch-militanten Strategien geprägt (vgl. Emadi 1997). Sazmani Rahaye wollte „inter-imperialistische" Widersprüche pragmatisch ausnutzen und sich taktisch mit einer Supermacht gegen die andere verbünden. Akhgar dagegen behandelte die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion als zwei imperialistische Supermächte, die sie beide auch als taktische Partner ablehnte. Sowohl die Sowjetunion als auch China wurden als „sozialimperialistische" und „revisionistische" Länder bezeichnet. Auf Basis dieser verschiedenen Verständnisse gingen Rahaye und der rechte Flügel von SAMA, die sich spaltete, im Juni 1980 ein Bündnis mit allen – einschließlich den islamistischen – Mujaheddin-Organisationen ein. Akhgar und der linke Flügel von SAMA lehnten das ab. „Rahaye suffered heavy losses while the Islamic Party [Hezbe Islami von Hekmatyar] gained tremendous publicity [...]." (Emadi 1997: 107)

Obwohl RAWA zum Zusammenschluss im patriotischen oder nationalen Widerstand gegen die sowjetische Besatzung aufrief, unterschieden sie sehr bewusst zwischen den islamisch-fundamentalistischen Mujaheddin und allen anderen. Diejenigen, die nun aus dem pakistanischen Exil als Führer von islamistischen Organisationen kamen und den Mujaheddin-Kampf aufnahmen, waren vielen RAWA-Aktivistinnen bereits von den mörderischen und frauenfeindlichen Angriffen gegen die linke Studierendenbewegung der 1960er und beginnender 1970er

Jahre bekannt. Diese fundamentalistischen Mujaheddin waren auch weiterhin feindlich gegenüber Linken, Demokrat*innen, Frauenrechtlerinnen und vielen anderen – auch anderen fundamentalistischen Organisationen – eingestellt. Ihr bewaffneter Kampf richtete sich auch gegen andere, insbesondere links-beeinflusste Mujaheddin-Gruppen und kostete viele das Leben. „Erst viel später fand ich heraus, dass meine Eltern auf Befehl der fundamentalistischen Warlords getötet worden waren, so wie Tausende anderer Menschen auch“, berichtet die Tochter einer RAWA-Aktivistin aus Kabul über diese Zeitphase (Zoya/Follain/Cristofari 2002: 73).

Frauen von RAWA haben auch an der Seite derjenigen Aktivitäten entwickelt, die im bewaffneten Kampf gegen Besatzung aktiv waren, der überall im Land entbrannte. Die Frauenorganisation legt Wert darauf zu betonen, dass sie mit gewaltfreien Mitteln kämpfen und dies immer getan haben. Beispielsweise berichtet Zoya von RAWA: „Dann kam die Invasion der Russen – RAWA ging in den Untergrund und nahm den Kampf gegen sie auf, aber nur mit gewaltfreien Mitteln.“ (Zoya/Follain/Cristofari 2002: 111) In einem Shabnama, Nachtbrief, vom November 1980 ruft RAWA dazu auf, an allen Orten zu kämpfen und, vielleicht metaphorisch gemeint, sich auch mit dem Umgang mit Waffen vertraut zu machen (RAWA-Mitglieder sagen auch häufig „Bildung ist unsere Waffe“):

„RAWA asks all Mujaheddin, resistance fighters in cities, and sisters and brothers in exile to transform every place they live into a fighting front. […] Two paths exist today – that of submission to the Soviets and that of becoming their gravediggers. The nation has chosen the second path. […] Let us unite. Let our hands become familiar with the trigger of machine guns.“ (RAWA zit. nach Emadi 2002: 111, Ausl. i. O.)

Es gab einen anti-fundamentalistischen bewaffneten Widerstand, an dem sich auch RAWA-Frauen beteiligten. Najla berichtet davon, dass sie zwei Jahre lang zusammen mit acht weiteren Frauen an der Front war. Sie selbst und eine weitere Frau waren RAWA-Mitglieder, die anderen RAWA-Unterstützerinnen. Viele weitere Frauen aus der Region waren auch beteiligt.

„RAWA asked me to go there because I had lived in that area. […] I had finished my school there and as a women who had lived most of her life in that village I couldn’t not be part of this movement, especially that it was a spontaneous movement from different urban and rural parts of Afghanistan, whether armed or unarmed – it was a movement over all of Afghanistan.“ (Najla, RAWA, zit. nach Brodsky 2003: 60, Ausl. i. O.)

Bei den anti-fundamentalistischen Mujaheddin gab es immer eine enge Verbindung zur Bevölkerung. Sie hatten weiterreichende Ziele und Aktivitäten als allein Gefechte gegen sowjetische Soldaten oder Regierungssoldaten auszuführen. Damit unterschieden sie sich von den fundamentalistischen Mujaheddin. Diese such-

ten vor allem und in jeder Weise die bewaffnete Auseinandersetzung, dies auch nicht nur gegen sowjetische Soldaten oder die der Regierung. Sie kämpfen gegen andere Aufstandsgruppen und erzwangen häufig von der lokalen Bevölkerung, sie zu versorgen. Sie stahlen, vergewaltigten und töteten Unschuldige (vgl. Brodsky 2003). „These Islamic parties not only fight one another but also exact heavy tribute from members of their rival parties and organizations who cross the area of their control as well as from local people in the countryside.“ (Emadi 1997: 103)

Für die linken Mujaheddin hatten die Bildungsarbeit und politische Diskussionen mit den Menschen der Region einen hohen Stellenwert. Najla verband die Ausbildung an der Waffe und die Beteiligung an der Widerstandsfront mit dem Aufbau von Alphabetisierungskursen für Frauen und Mädchen. In der Region hatte es bisher keine Schulen für Mädchen gegeben. Najla und die anderen Frauen nutzen verschiedene Gelegenheiten wie Hochzeitsfeiern und Beerdigungen, um mit den lokalen Frauen ins Gespräch zu kommen. Neben dem Teilen von Gefühlen, konnten sie auf diese Weise auch Wissen weitergeben. „Some didn't know that Soviets had invaded or why was there this movement or why we should take part. But most knew of the invasion and that people should rise up and not let them make Afghanistan a colony.“ (Najla zit. nach Brodsky 2003: 61)

Najla erklärt, dass diese Mujaheddin-Gruppe nicht vergleichbar war mit fundamentalistischen Mujaheddin. Diese Gruppe wäre anders gewesen, schon allein weil die meisten dort Intellektuelle und gebildete Leute waren. Frauen wurden respektiert, auch die unverheirateten, mit denen keine engen männlichen Familienangehörigen gemeinsam an der Gruppe beteiligt waren. Ohne enge Familienangehörige zu verreisen, lag weit außerhalb der gewöhnlichen kulturellen Praxis für junge Frauen. „The rest of us was unmarried but we could trust that they value women and our part in the resistance war.“ (ebd.: 61)

Die Angaben über getötete Zivilisten während des Krieges seit 1978 sind sehr ungesichert. Hafizullah Emadi schreibt, dass im Westen Angaben von bis zu 1,5 Millionen Toten für den Zeitraum 1978 und 1987 gemacht wurden (vgl. Emadi 2002: 115). Diese Angabe macht auch Elaheh Rostami-Povey und nennt die Zahl von 7 Millionen Vertriebenen (vgl. Rostami-Povey 2007: 20). Emadi bezieht sich zudem indirekt auf eine deutsche gemeinnützige Flüchtlingsorganisation, die angab, dass 1986 eine Millionen Zivilisten und 80.000 Mujaheddin getötet worden waren. Dazu kamen etwa 45.000 Vermisste, 65.000 Inhaftierte und 100.000 durch den afghanischen Staat Hingerichtete (vgl. Emadi 2002: 115).

RAWAS FRÜHE WARNUNGEN VOR DEN FUNDAMENTALISTISCHEN MUJAHEDDIN

RAWA erkannte schon zu Beginn der 1980er Jahre die Gefahr, die darin steckte, dass die fundamentalistischen Mujaheddin und die hinter diesen stehenden Organisationen vom Westen aufgerüstet und mit Milliarden-Dollar-Beträgen gestärkt wurden. Die RAWA-Gründerin Meena reiste im Oktober 1981 auf Einladung der sozialistischen Regierung Frankreichs nach Europa. Sie redete für RAWA auf dem Parteikongress der französischen sozialistischen Partei und erzürnte damit die anwesende sowjetische Delegation dermaßen, dass diese den Saal verließ (vgl. RAWA-Website: Meena). Meena blieb für acht Monate in Europa und besuchte viele Länder, um über die afghanische Widerstandsbewegung, über die Rolle von Frauen in Afghanistan und deren Beteiligung am Widerstand wie auch über RAWA zu informieren. Dabei betonte sie die Bedrohung für Frauenrechte und Menschenrechte durch die fundamentalistischen Fraktionen, die zunehmend die afghanische Widerstandsbewegung dominierten. Sie warnte den Westen, dass dieser durch die Unterstützung der fundamentalistischen Fraktionen anstatt der demokratisch gesinnten Fraktionen ein Problem für die Menschen schafft und speziell für die Frauen Afghanistans (vgl. Brodsky 2003: 83).

Die Waffenlieferungen der US-Regierung zur Aufrüstung der Mujaheddin, der heiligen Krieger in Afghanistan, begannen im Januar 1980 als geheime CIA-Aktion. Auch der saudische Geschäftsmann Osama Bin Laden, der 2001 als Führer von Al-Quaeda für die Anschläge vom 11. September in den USA verantwortlich gemacht wurde und Anlass war für die militärische Invasion in Afghanistan, wo er sich 2001 aufhielt, baute 1980 mit CIA-Geldern Waffenlager, Ausbildungs- und Krankenzentren für die afghanischen Mujaheddin auf (vgl. Rostami-Povey 2007). Die Aufrüstungsaktion der USA wurde von 1981-1984 durch den CIA-Bürochef Howard Hart geleitet. Der Auftrag war nicht die Befreiung Afghanistans, sondern möglichst viele sowjetische Soldaten zu töten (vgl. Weiner 2009). Hart war begeistert und bekundete: „Ich war der erste Bürochef, der je mit dem herrlichen Befehl ins Ausland geschickt wurde: ‚Ziehen Sie los und killen Sie sowjetische Soldaten.‘ Man stelle sich das vor! Ich fand das toll.“ (Hart zit. nach Weiner 2009: 507) Jeden Dollar, den Hart an die Mujaheddin leitete, wurde von Saudi Arabien eins zu eins an Unterstützung dazu gelegt. Weitere Waffen im Wert von Millionen Dollar kamen aus China, Ägypten und Großbritannien (vgl. Weiner 2009: 507). Später erreichten allein die CIA-Zuschüsse ein jährliches Budget von 700 Millionen Dollar (vgl. ebd.: 550). Die Ausrüstung umfasste unter anderem Stinger-Flugabwehrraketen. Damit konnten auch Kampfhubschrauber abgeschossen werden. Howard Hart freute sich: „Einen nach dem anderen brachten wir sie um. […] Das war eine terroristische Unternehmung.“ (Hart zit. nach Weiner 2009: 550) Die Abwicklung der Lieferungen fand über den pakistanischen Geheimdienst ISI

statt, der diese, nachdem ein guter Anteil für sich selbst abgezweigt war, an die im Exil in Peshawar, Pakistan, lebenden Führer des afghanischen Widerstandes weiterleitete. „Die Leiter des pakistanischen Geheimdienstes […] begünstigten […] die am stärksten islamistischen [Fraktionen].“ (Weiner 2009: 508)

Zbigniew Brzezinski, der bis 1981 Nationaler Sicherheitsberater des US-Präsidenten Jimmy Carter war, sagte nach 9/11, dass er nicht wüsste, was es an dieser CIA-Aktion zur Aufrüstung der afghanischen Mujaheddin zu bedauern gäbe. „The secret operation was an excellent idea.“ (Brzezinski zit. nach Rostami-Povey 2007: 20) Sie hätten der Sowjetunion ihr eigenes Vietnan gegeben und damit Weltgeschichte geschrieben. „What is more important to the history of the world? The Taliban or the collaps of the Soviet empire? A few crazy Muslims or the liberation of Central Europe and the end of the Cold War?“ (Ebd.: 20)

Auch nach dem Abzug der letzten sowjetischen Soldaten aus Afghanistan im Februar 1989 hörte die Unterstützung der radikalsten afghanischen Islamisten nicht auf. Unter diesen nahm Gulbuddin Hekmatyar eine herausragende Rolle ein. Hekmatyar hat vom US-Auslandsnachrichtendienst CIA Waffen im Wert von Hunderten Millionen Dollar erhalten und davon einen großen Teil als Vorrat gehortet (vgl. Weiner 2009: 551). Hekmatyar hatte gegenüber dem CIA-Chef William Webster bekundet, dass sein unumstößliches Ziel die Machtübernahme und Errichtung eines „islamischen Gemeinwesens [sei und] wenn das eine Million weitere Leben koste, dann sei das nicht zu ändern“ (ebd.: 552).

Bereits während des anti-sowjetischen Widerstandes verfolgte Gulbuddin Hekmatyar eine harte Machtpolitik und gab den Befehl an seine Leute, alle anderen am Widerstand beteiligten Gruppen, die gerade von keinem Nutzen für ihn waren, zu ermorden (vgl. Emadi 1997: 103; siehe auch im Kapitel zu Hezbe Hambastagi: 190). Viele Teilnehmer*innen der links-revolutionären Widerstandsgruppen wurden durch Mitglieder von Hekmatyars Partei Hezbe Islami getötet oder verschwunden gemacht. Dazu gehörte auch 1986 Dr. Faiz Ahmad, der Ehemann von RAWA-Gründerin Meena (vgl. Brodsky 2003). Faiz Ahmad war selber politisch aktiv an der Gründung revolutionärer linker Organisationen beteiligt (siehe Kapitel Hezbe Hambastagi: 189). RAWA ging keine organisatorischen Verbindungen zu gemischtgeschlechtlichen, linken Organisationen ein. „Aber er persönlich, und seine Organisation als Ganze, haben RAWA unterstützt, und zwar nicht aus Freundschaft oder Gefälligkeit zu mir, sondern weil sie unsere Werte teilten. Er hat mir nie Steine in den Weg gelegt, sondern war mir ein echter und starker Partner.“ (Meena, zit. nach Benard/Schlaffer 2002: 46)

Auch RAWA-Mitglieder wurden zu Todesopfern von Gulbuddin Hekmatyar, einschließlich der Gründerin und informellen, sehr charismatischen Führungsperson Meena (vgl. Emadi 2002). „In a country like Afghanistan and especially in a women’s organization, it is not easy to have such a position against such a person like Gulbuddin [Hekmatyar] and the other fundamentalists. That is what caused

RAWA to lose its leader“, erklärt Zarlasht von RAWA (zit. nach Brodsky 2003: 93), warum einige Mitglieder der Frauenorganisation den Druck und die Todesangst nicht aushielten, die Organisation verließen und in andere Länder als Afghanistan oder Pakistan flüchteten.

BASISORGANISIERUNG IN DEN FLÜCHTLINGSLAGERN

Seit etwa 1982 hat RAWA angefangen, die soziale und politische Arbeit auf die Flüchtlingslager in Pakistan auszuweiten. Meena und andere RAWA-Frauen, die selbst gezwungen waren, Afghanistan zu verlassen, sahen die dramatischen Probleme afghanischer Flüchtlinge und wollten nicht untätig sein. Zunehmend baute RAWA eine Doppelstruktur auf, in der die Bereiche ihrer Organisationsarbeit zwischen Afghanistan und Pakistan aufgeteilt und im ständigen Austausch waren und bis heute sind. Pakistan war dabei keine beruhigte Zone, denn die islamistischen Organisationen bauten dort bereits seit 1974, als der damalige afghanische Präsident Daoud einige ihrer Führer und 200 Mitglieder verhaftet hatte, eine Exilstruktur auf (vgl. Schetter 2010; Brodsky 2003) und arbeiteten eng mit dem pakistanischen Geheimdienst zusammen.

> „By 1981 Pakistan had become home to 1.7 million Afghan refugees, and Peshawar was among the most popular for both Afghan civilians and fundamentalist mujahiddeen factions. […] [T]he fundamentalist parties, with the complicit support of the Pakistani government and especially ISI, the Pakistani special intelligence unit, carried out their own purges of Afghan resistance opposition in Pakistan, pursuing leftist, centrists, and intellectuals who had fled similar death threats in Afghanistan.“ (Brodsky 2003: 84-85)

In den Flüchtlingslagern in Peshawar nahmen die islamisch-fundamentalistischen Warlords und ihre Anhänger viel repressiven Einfluss auf das alltägliche Leben. „In jenen Jahren lebten die meisten afghanischen Flüchtlinge in Pakistan entweder in Quetta oder in Pesharwar, aber Quetta war für demokratische Aktivisten wie meinen Vater sicherer“, schreibt Malalai Joya, die auf einer RAWA-Schule in Quetta eingeschult wurde (Joya 2009: 29). Deshalb hat RAWA ihre Projekte in Pakistan zuerst in Quetta etabliert. Dazu gehörten ein Handarbeitszentrum, das Witwen und anderen Frauen ein Einkommen ermöglichte und die weitere Arbeit von RAWA mit Näharbeiten, Ausbildung und Geld unterstützte. Das Handarbeitszentrum war auch ein Ort für Gemeinschaftsleben. Im Weiteren wurden Internatsschulen für Mädchen und für Jungen aufgebaut und ein Krankenhaus betrieben, in dem auch ausgebildet wurde. „Malalai[-Krankenhaus] war kein normales Krankenhaus. In den Schränken dort hingen RAWA-Poster, und die Mitarbeiter klärten Patientinnen über ihre Rech-

te auf und ermutigten Analphabetinnen, lesen und schreiben zu lernen.“ (Zoya/Follain/Cristofari 2002: 100)

OFFENSIVE SCHRITTE FÜR ÖFFENTLICHE SICHTBARKEIT

Im Februar 1987 wurde Meena, die eine wichtige Rolle in der Frauenorganisation einnahm, in Pakistan durch die Organisation von Gulbuddin Hekmatyar ermordet. Monatelang blieb sie zunächst verschwunden ohne Nachrichten zu ihrem Verbleib. „‚Wenn wir wirklich an unser Ziel glauben, darf auch die Angst uns nicht zurückhalten‘, hatte Meena zu ihren Lebzeiten öfters gesagt. Ihre Genossinnen beschlossen, sich an diesen Satz zu halten.“ (Benard/Schlaffer 2002: 50) Nach ihrem Tod wurden die Sicherheitskonzepte von RAWA überprüft und erweitert. Zum einen betraf das die konspirativen Regeln und neue, noch stärker dezentrale Organisationsstrukturen wie der elfköpfige gewählte Führungsrat. Zum anderen wurde die öffentliche Präsenz durch Demonstrationen, Medienberichterstattung und auch große Feiern, beispielsweise zum Internationalen Kampftag der Frauen, in Pakistan neu aufgebaut. Es wurde eingeschätzt, dass es den Fundamentalisten erleichtert hätte, weitere Morde zu begehen, wenn sie sich nach dem Mord an der Führungsperson RAWAs still verhalten hätten.

> „After Meena was killed there was a grave lack of security, but we knew there would be more assassinations and imprisonment and torture if we kept silent. If we had a public face and could make ourselves more known, we could scare the enemy. […] We learned from the history of our country's situation and our acquaintance with the enemy that the more we remained silent, the wilder the fundamentalists would react and the more we would be their victims.“ (Zarlasht, RAWA, zit. nach Brodsky 2003: 98)

Der Neustart der RAWA-Zeitung Payam-e Zan, nach einer Unterbrechung von mehreren Jahren, war eine erste Reaktion auf die Nachricht von der Ermordung. In dieser Ausgabe wurde Meena geehrt und es wurden neben dem Verbrechen an ihr auch weitere Ermordungen von anti-fundamentalistischen Aktivist*innen in Pakistan dokumentiert. Es wurde über die Aktivitäten von RAWA berichtet und die Solidarität mit Frauenbewegungen weltweit, insbesondere in Lateinamerika, sowie auch mit anderen anti-sowjetischen Bewegungen ausgedrückt (vgl. Brodsky 2003). Von diesem Zeitpunkt an wurde die Zeitung sowohl in Pakistan als auch in Afghanistan verbreitet, was in Pakistan nicht ungefährlich, in Afghanistan jedoch sehr bedrohlich war. Deshalb wurde die Zeitung für den Schmuggel nach Afghanistan hinein und für die Verbreitung dort auf Handflächengröße verkleinert (vgl. Brodsky 2003).

RAWAs erster öffentlicher Protest in Pakistan war eine kleine Kundgebung vor dem Haus des Gouverneurs in Quetta. Diese Kundgebung fand an einem verregneten Tag im August 1987 statt, nachdem in der Zeitung eine Meldung über Meenas Ermordung erschienen war. Im darauffolgenden Dezember wurde eine große Demonstration zum Jahrestag der Invasion des sowjetischen Militärs in Afghanistan organisiert. Zu diesem Jahrestag sowie zu weiteren Anlässen fanden regelmäßig Demonstrationen statt.

„These marches, in Quetta, Peshawar, Islamabad, and Rawalpindi, Pakistan, draw thousands of women and male supporters who carry banners and chant slogans to publicly mark their condemnation of the political and humanitarian situation in Afghanistan, demand justice and democracy, and declare their solidarity with RAWA and its cause." (Brodsky 2003: 97)

Neben den Demonstrationen und später auch Straßentheateraufführungen waren öffentliche Veranstaltungen in großen Sälen mit Reden, Liedern, Gedichten und Sketchen wichtige Schritte, die RAWA eine Sichtbarkeit als Organisation gaben, die sie zuvor nicht hatte. Eine der ersten Feiern, die RAWA organisierte, fand am 4. Februar 1988 statt, dem ersten Todestag von Meena. Seither hat RAWA nicht aufgehört an diesem Tag und am 8. März, dem Internationalen Tag der Frauen, Feiern durchzuführen. Ihre öffentlichen Aktivitäten und die dort vertretenen Positionen wurden in pakistanischen und internationalen Medien aufgegriffen. RAWA hat dadurch weitere Unterstützer*innen gefunden. Es trug auch dazu bei, dass die Organisation in ihrer Mitgliederzahl wuchs.

Insgesamt fand Ende der 1980er Jahre eine Ausweitung von RAWA-Aktivitäten statt: Alphabetisierungskurse wurden nun auch in den Flüchtlingslagern angeboten und für Flüchtlingsgemeinschaften in den pakistanischen Städten. Weitere Schulen, Waisenhäuser, Einkommensmöglichkeiten, humanitäre Hilfe und mobile Gesundheitsteams wurden geschaffen (vgl. Brodsky 2003).

DOKUMENTATION DER VERBRECHEN DER JIHADIS AN DER MACHT

Nach dem Abzug des sowjetischen Militärs 1989 konnte sich die 1987 eingewechselte sozialistische Najibuallah-Regierung noch einige Jahre an der Macht halten. Sie gab sich ein islamisches Image, doch verhalfen ihr vor allem die Hilfe von gut bezahlten und außerhalb des Militärs agierenden Milizen und die Zerstrittenheit der verschiedenen Mujaheddin-Gruppen weiter zu bestehen (vgl. Schetter 2010). Doch 1992 trat ein, was RAWA lange befürchtet hatte: Die fundamentalistischen Mujaheddin-Gruppen marschierten in Kabul ein. Für RAWA ist dieser

Tag, der 28. April 1992, seither ein zutiefst düsterer Tag in der Geschichte des Landes. „Since the black day of April 28, 1992 when fundamentalist savages seized control of our country our people have daily been witness to untold crimes the fundamentalist traitors have perpetrated [...].“ (RAWA-Erklärung, 28.04.1999) RAWA hat aus Anlass des Jahrestages dieser Machtübernahme immer wieder Demonstrationen durchgeführt. Dabei wurde die Verurteilung des einen Tag davor liegenden Jahrestages der Machtübernahme der Khalq/Parcham (PDPA)-Regierung am 27. April 1978 einbezogen. Bereits 1992 haben die RAWA-Aktivistinnen dafür den Slogan formuliert: „Der 28. April ist düsterer als der 27. April.“ (RAWA-Erklärung, 28.04.2002) Mit dieser Aussage zogen sie großen Hass und Drohungen der Fundamentalisten auf sich. Zoya von RAWA berichtet wie sie den 28. April 1978 als Kind erlebte:

> „Der 28. April 1992 war ein schwarzer Tag, den ich niemals in meinem Leben vergessen werde. Ich frühstückte gerade mit meiner Großmutter, als im Radio verkündet wurde, dass die Mudschaheddin, die sich ausnahmsweise einmal miteinander verbündet hatten, in Kabul die Macht übernommen hätten. Großmutter zeigte keinerlei Freude darüber, dass die Russen nun endgültig besiegt waren, sondern warnte mich, dass nun ein neuer, noch schlimmerer Teufel über unser Land bekommen sei. In dieser Zeit begann sich die Redensart zu verbreiten: ‚Befreit uns von den sieben Affen, wir wollen die Kuh wiederhaben!‘ Die sieben Affen standen für die sieben Fraktionen der Mudschaheddin, die Kuh für das russische Marionettenregime.“ (Zoya/Follain/Cristofari 2002: 62)

Es wurde offiziell eine Regierung gebildet, zuerst, für zwei Monate, mit Sebqatullah Mojaddedi und danach mit Burhanuddin Rabbani als Präsidenten. Diese Regierung blieb jedoch ohne ordnenden Einfluss. Die Machtkämpfe zwischen den verschiedenen militärischen Parteien, die in der Regel auch an ethnische Identitäten gebunden waren, bestanden lange zuvor. Auch nach der Eroberung der Stadt, an der aus verschiedenen Richtungen die verschiedenen Organisationen beteiligt waren, fanden die insgesamt sieben Fraktionen zu keiner Einigung. Zeitweilige Bündnisse einiger Parteien brachen nach kurzer Dauer wieder auseinander (vgl. Schetter 2010). Während sich im Großteil des Landes die verschieden regionalen Warlords zunächst ihre Einflussgebiete mit großer Autonomie im Sinne von Kleinstaaten aufbauten (vgl. ebd.), wurde von 1992 bis 1996 ein erbitterter Kampf um Kabul geführt. Es gab keine Rücksichtnahme für die Bewohner*innen der Stadt. „Die Kriegsparteien legten die Stadt, die unter kommunistischer Herrschaft nahezu unversehrt geblieben war, in Schutt und Asche.“ (Ebd.: 119)

Als Salina zu dieser Zeit der Jihadis, wie die Mujaheddin auch genannt werden, in Kabul aus Sicherheitsgründen nicht mehr die Schule besuchen konnte, war sie begeistert, als sie mit ihrer ersten Ausgabe der RAWA-Zeitung in Kontakt kam:

„The most impressive part of Payam-e Zan were the report pages. These were most important because I had lived there and had heard these reports through other ways. I was impressed by how accurate the reports were; the pages of Payam-e Zan were the only pages that reflected and reported reality. I wondered how can they do this in secret? I was also impressed by the analysis of the political situation.“ (Salima, RAWA, zit. nach Brodsky 2003: 22)

RAWA dokumentierte die Verbrechen, die in den Jahren seit 1992 durch die verschiedenen Fraktionen der islamistischen Mujaheddin begangen wurden, die nun gegeneinander und gegen die Bevölkerung Gewalt ausübten. Mit 17 Jahren wurde Salina RAWA-Mitglied, hat ihre Familie verlassen und an einer RAWA-Schule in einem Flüchtlingslager in Pakistan ihre Schulausbildung beendet. In der RAWA-Gemeinschaft hat sie viel persönliche Stärke gewonnen. Sie ging zurück nach Kabul und war unter der Taliban-Regierung im Komitee für Bericht und Dokumentation aktiv (vgl. ebd.). Die Dokumentation der Verbrechen der fundamentalistischen Parteien stellte vor allem in den 1990er Jahren einen bedeutenden Teil der Arbeit von RAWA dar.

Auf einer Pakistanreise im Jahr 1993 war Sohaila durch Zufall einer RAWA-Demonstration begegnet und nahm Exemplare der Zeitung Payam-e Zan mit. Sohaila wurde bald darauf zu einer der Journalistinnen für die RAWA-Zeitung. Sie hatte die mitgebrachten Exemplare gelesen, eine intensive Korrespondenz in Briefen begonnen und wurde schließlich Mitglied und für RAWA in Afghanistan im Untergrund aktiv. „Ich verstand zuvor nichts vom Fotografieren, aber weil wir es so wichtig fanden, die Ereignisse und die Verstöße zu dokumentieren, wurde mir die Verantwortung für drei Bezirke gegeben.“ (Sohaila, RAWA, zit. nach Benard/ Schlaffer 2002: 84) Sie hat die Aktivitäten der fundamentalistischen Milizen und später auch der Taliban gefilmt und fotografiert. „Diesen Auftrag finde ich sehr spannend und wichtig. Ich weiß, dass RAWAs Bilder wichtiges Beweismaterial über die Verbrechen der Fundamentalisten liefern und dass diesen Unterlagen viel Aufmerksamkeit geschenkt wird.“ (Ebd.: 84) RAWA hat viel Arbeit auf die Dokumentation der Verbrechen der fundamentalistischen Jihadi-Gruppen in deren Regierungszeit verwandt.

Neben der Verbreitung in Payam-e Zan erfolgte später die Veröffentlichung umfangreicher Dokumentationsbücher – in den Landessprachen und auch auf Englisch für eine internationale Öffentlichkeit. Ein englischsprachiges 122-seitiges (in der 2. Auflage, erste Auflage mit 96 Seiten) Magazin wurde herausgebracht: *The Burst of the „Islamic Government“ Bubble in Afghanistan* (RAWA o.J.) mit Bildern und Berichten zu den Verbrechen der Fundamentalisten zwischen April 1992 und September 1996. Später wurde von RAWA auch ein Buch zur Dokumentation der Verbrechen während dieser Zeit herausgegeben: *Afghanistan: Some Documents of the Bloody and Traitorous Jehadi Years 1992-1994* (RAWA 2012). Auf 344 Seiten werden Bilder und Dokumente präsentiert.

„It carefully and thoroughly exposes and condemns those murderers who looted the honor of the Afghan nation. It discloses the destroyers of the country and the most dreadful acts of the monstrous traitors. Every conscious Afghan, after reading this soul-raking book, will condemn these bestial men (Sayyaf, Rabbani, Gulbuddin, Dostum, Ahmad Shah Massoud, Qaseem, Fahim, Khalili, Qanooni, Mazari, Muhaqiq, Anwari, Chakari, Dr. Abdullah and a hundred others) and the followers and supporters of these disgraceful lackeys of foreigners.“ (Dr. Abdul Rahim Aziz, zit. nach RAWA Website: Buchankündigung)

Diese Dokumentationen haben bis heute eine große Bedeutung, denn eine Aufarbeitung der Verbrechen, unter Aspekten der Wahrheitssuche, der Versöhnung und Wiedergutmachung und auch der strafrechtlichen Aufarbeitung, hat bisher nicht stattgefunden.

„Despite attempts by the government to suppress reports, RAWA knew that their insertion in ‚Payam-e-Zan‘ and other media would have historical value. […] RAWA's publications, even according to its enemies, were counted as the most important source of news of the destructive and treacherous actions of religious fascistic gangs.“ (RAWA 2012: 8)

Das hat das RAWA-Publikationskomittee bereits im Juni 2007 als Vorwort für die erste Auflage von *Afghanistan: Some Documents of the Bloody and Traitorous Jehadi Years 1992-1996* geschrieben. Zu diesem Zeitpunkt wurde gerade das allgemeine Amnestiegesetz gegen die Bemühungen um Schritte zur Aufarbeitung durchgesetzt. In den folgenden Absätzen beschreibe ich einige der Verbrechen und der gesellschaftspolitischen Veränderungen während dieser „Zeit der Jihadis“, um einen, wenn auch begrenzten, Eindruck davon zu vermitteln.

Die Mujaheddin-Regierung führte das islamische Recht ein. Ganz offiziell wurden von der Übergangsregierung gleich zu Beginn 1992 Verhaltensvorgaben für Frauen eingeführt, deren erster Punkt vorschreibt, dass der Schleier den ganzen Körper verhüllen muss. Sie durften nicht in der Mitte der Straße gehen, durften das Haus nicht ohne Erlaubnis des Ehemannes verlassen, durften Fremde nicht ansehen, mit fremden Männern nicht sprechen, mussten, wenn es notwendig ist zu reden, leise und ohne Gelächter sprechen, keine Geräusche beim Gehen machen und vieles mehr (vgl. Joya 2009). „Einige der frauenfeindlichsten Gesetze wurden [...] schon in der Zeit des Bürgerkriegs erlassen und von den Taliban beibehalten.“ (Ebd.: 246)

„[E]s gab nichts und niemanden, an den die Menschen sich zu ihrem Schutz hätten wenden können – keine Gesetzesmacht, keine Gerichte, gar nichts. Im Gegenteil, die Gewalt wurde von der Regierung noch gesetzlich verankert. Sie führte das islamische Recht ein und verordnete Strafen […] wie Amputationen von Füßen oder Händen, Auspeitschungen und Steinigungen.“ (Zoya/Follain/Cristofari 2002: 67)

Öffentliche Schulen, Universitäten und Bibliotheken wurden niedergebrannt, das Nationalmuseum von Kabul mit wertvollen Sammlungen und das Nationalarchiv wurden geplündert und zerstört. Afghanische Hindus und Sikhs wurden gezwungen, zur Kennzeichnung ein gelbes Tuch am Arm zu tragen, Männer wurden zwangsweise beschnitten (vgl. Joya 2009).

Junge Mädchen wurden entführt, vergewaltigt und getötet. Auch viele Männer gerieten in willkürliche Gefangenschaft. Zu den immer wieder angewandten Praktiken gegen Gefangene gehörte es, Brüste, Nasen und Ohren abzuschneiden, lange Nägel in Köpfe zu hämmern oder die Kehle auf- bzw. den Kopf abzuschneiden, mit heißem Öl auf den Schnitt den Blutfluss zu stoppen und dem noch einige Zeit sich zuckend bewegenden Körper als sogenannte „Tanzende Leiche" zuzuschauen und dazu zu tanzen (vgl. Zoya/Follain/Cristofari 2002; Joya 2009; Interviews, u.a. Ahmady, 19.05.2009). „Die Mudschaheddin waren auch bekannt dafür, Menschen zu blenden, indem sie ihnen eine brennende Zigarette in die Augen stießen." (Zoya/ Follain/Cristofari 2002: 67)

Mich traf völlig unvorbereitet bei meinem ersten kurzen Aufenthalt in Kabul die Erzählung der Mutter eines zum Zeitpunkt der Ereignisse 14-Jährigen, der psychisch nicht verarbeiten konnte, was er in der Zeit seiner Gefangenschaft beim Warlord Abdul Ali Mazari der Partei Hezbe Wahdat erlebt hatte, in die er auf einer Reise durch die Provinz Bamiyan nordwestlich von Kabul geriet.

> „It is the memory of my son. He told me: Because we were the youngest, soldiers came and said: ‚You can work that much, so we take you for some [leisure-time amusement].' When we went there we saw Abdul Ali Mazari, who is the biggest warlord in the head of this organization, he was cutting people's heads and he was putting boiled oil on the neck and they were kind of dancing. He and his soldiers were laughing, clapping, singing songs for them. Every day about two or three dead bodies like this." (Zainab Ahmady, Interview in Kabul, 19.05.2009)

Die Bevölkerung Kabuls litt besonders unter den Kampfhandlungen der Hezbe Islami von Gulbuddin Hekmatyar. Diese bildete eine Angriffsfront im Süden der Stadt und bombardierte Kabul fortlaufend. „Gulbuddin, the cannibal, fired more than a thousand rockets in a single day." (RAWA-Erklärung, 27.04.2012) Sohaila erzählt: „[I]ch [ging] zur Schule bis 1995; dann wurden die Schulen und Büros geschlossen. In unserer Region kämpfte Gulbuddin, und er hatte weder Sorge um die normalen unschuldigen Menschen, noch kannte er einen Funken Gnade." (Sohaila zit. nach Benard/Schlaffer 2002: 88) Allein durch diese Dauerbombardierungen durch Hekmatyars Truppen, die bis Ende 1994 fortgesetzt wurden, kamen etwa 40.000 Menschen ums Leben (vgl. Schetter 2010).

Die Rücksichtslosigkeit und Brutalität gegen die Bevölkerung war bei den anderen Fraktionen nicht minder. „Folter und Vergewaltigung von Kabuler Zivilisten,

die die Mujaheddin als Kommunisten und Städter verachteten, waren an der Tagesordnung.“ (Ebd.: 119) Ein Ereignis hat sich besonders tief eingebrannt in die Erinnerungen – nicht nur für die betroffenen Menschen. Am 11. Februar 1993 wurde im Kabuler Stadtteil Afshar ein Massaker ausgeführt, bei dem die dort lebende Hazara-Bevölkerung, eine ethnische Gruppe, die lange als Unterschicht diskriminiert wurde, einem Massenmord und der Massenvergewaltigung unter der Führung von Ahmad Shah Massud (Shorae Nizar zuvor Jamiat-e Islami) und Abdul Rasul Sayyaf zum Opfer fiel (vgl. Afghan Justice Project 2005, Schetter 2010). „[I]t appears that the attack was intended to drive the civilian population from Afshar – which it succeeded in doing. The number killed in the assault [...] is not known. […] the numbers of women raped is not known.“ (Afghan Justice Project 2005: 86-88) Zunächst wurden in der Nacht vom 10. auf den 11. Februar 1993 die Wohnviertel mit einer großen Dichte an Raketen und Artillerie beschossen. Ab dem Nachmittag des 11. Februar und auch am darauf folgenden Tag wurde der Stadtteil Straße-für-Straße eingenommen (vgl. UN Mapping Report 2005: 212).

> „The first time I went to Afshar, I saw a woman telling her story. During the time of Sayyaf and Masood, a women was forced to give up her gold ring. When she refused, they cut her fingers, and raped her. She bared a child from the rape. Being born from a mother who has been raped, the child became a reminder of the horrors of war.“ (Weeda Ahmad, Direktorin SAAJS, Interview von Paiwandgāh.af, 10.12.2014)

Die Häuser wurden geplündert und Hunderte Männer und Frauen wurden entführt, von denen zwischen 80 und 200 gegen Lösegeld oder nach Jahren freikamen. Schätzungsweise über 700 Personen überlebten die Gefangenschaft nicht, in der Folter, Vergewaltigung, miserable Unterbringung und sklavenähnliche Arbeit stattfanden. Viele wurden unter diesen Bedingungen geisteskrank (vgl. Human Rights Watch 2005: 70-72). Als Reaktion auf das Massaker haben Hazara-Milizen in anderen Stadtteilen ethnische Säuberungen gegen Nicht-Hazara durchgeführt (vgl. Schetter 2010). „Ich hörte von einem Kontrollposten, an dem ein Kommandant der Hazara einen Haufen menschlicher Augen gesammelte hatte. Die Augen stammten von toten Paschtunen, dem Volksstamm, zu dem auch ich gehöre.“ (Zoya 2002: 65)

Viele Bewohner*innen von Kabul betrachteten die Ereignisse in Afshar als einen besonderen Einschnitt, denn von da an war die ethnische Komponente hinter den Kämpfen für jede*n ersichtlich. Vor allem zeigte sich auch das Ausmaß in dem die verschiedenen Mujaheddin, die zuvor lange Zeit gegen die Sowjets gekämpft hatten, nun bereit waren ihre Landsleute zu töten (vgl. Human Rights Watch 2005: 73).

Die langjährigen Machtkämpfe zwischen den nun Jihadi genannten islamistischen Mujaheddin-Parteien forderten allein in Kabul insgesamt zwischen 60.000 und 80.000 Menschenleben (ebd.). Auch in anderen Teilen des Landes setzten sich

zunehmend vor allem ab 1994 diese Machtkämpfe fort. In den verschiedenen Regionen herrschten lokale Fürstentümer der jeweiligen Lokalherrscher, meist Mujaheddin-Führer, mit jeweils sehr verschiedenen Bedingungen. Während in einigen repressive Ruhe etabliert wurde, beispielsweise in Herat, herrschten in anderen Durcheinander, Willkür und äußerst brutale Verhältnisse während dieser vierjährigen Phase. Für Farah berichtet die damals 14-jährige Malalai Joya:

> „[D]ie Lage wurde so schlimm, dass wir kaum noch das Haus verlassen konnten. […] Selbst zu Hause waren wir nicht sicher. Nachts kamen oft bewaffnete Angehörige krimineller Mudschaheddin-Gruppen bis in die Häuser. […] Wir hatten furchtbare Angst, durften aber nicht schreien, während wir zuhörten, wie diese Männer im Haus herumschrien und alles verwüsteten; was immer ihnen gefiel, nahmen sie einfach mit.“ (Joya 2009: 40)

Zu den fünf Millionen Flüchtlingen aus der Zeit des Krieges mit den Sowjets kamen nach 1992 weitere Hunderttausende hinzu. „In Farah konnten wir nicht bleiben, und binnen Kurzem waren wir wieder zurück im Flüchtlingslager Peshaee in Pakistan. […] Das Lager wurde von noch mehr Flüchtlingen überschwemmt, besonders aus der Hauptstadt Kabul“, erzählt Joya von ihrer Familie (Joya 2009: 40). RAWA machte sich die Hilfe für die Opfer dieser Gewalt und für die neuen Flüchtlinge zur einer ihrer Aufgaben.

Es bleibt noch mitzuteilen, dass die oben erwähnten linken, anti-islamistisch orientierten, am anti-sowjetischen bewaffneten Widerstand beteiligten Mujaheddin sich nicht an den beschriebenen Machtkämpfen beteiligten. Sie sagen, dass sie davon kein Teil sein wollten. Sie haben die Waffen nicht mehr eingesetzt (Ahmad, persönliches Gespräch, Kabul im März 2011). Die Frauenrechtlerin Malalai Joya, deren Vater einer der links-demokratischen Mujaheddin war, erklärt, was „[f]ür Außenstehende […] schwer nachvollziehbar [ist], aber unser Volk teilt die Mudschaheddin in zwei Arten ein: die wahren und die kriminellen. […] [A]m 28. April 1992 legten die wahren Mudschaheddin die Waffen nieder, aber die Extremisten und machthungrigen Gruppen begannen an diesem Tag ihren Bürgerkrieg.“ (Joya 2009: 37)

IM WESTEN IGNORIERT: KAMPF GEGEN DIE FUNDAMENTALISTEN AN DER MACHT

RAWA hatte bereits Anfang der 1980er Jahre die Katastrophe gesehen, die es bedeutete, dass die fundamentalistischen Mujaheddin mit Milliarden-Dollar-Beträgen und Waffenlieferungen über viele Jahre vor allem von den USA und Saudi Arabien aufgerüstet wurden.

„From 1992 on, Meena and RAWA's predictions came true: life in a country under the control of fundamentalist factions became a disaster for democratic values as well as human and women's rights." (Brodsky 2003: 99) Das Leben für Frauen war in dieser Zeit in Kabul der reine Horror. Ihnen wurde von den fundamentalistischen Kämpfern keine andere Rolle in der Gesellschaft zugestanden als der, Männern gefügig zu sein. Erzwungene Ehen mit bis zu vier Frauen boten den Jihadi eine legitime Form der Vergewaltigung. Solche „Ehen" wurden mit vorgehaltenem Gewehr und sofortiger Wirkung vor der Haustür erzwungen, nachdem der Gotteskrieger dem Mädchen bis dorthin gefolgt war, weil es ihm attraktiv erschien. Andere wurden gleich entführt. Frauen und Mädchen waren der Willkür und Brutalität der Jihadi noch weit mehr ausgesetzt als die männliche Bevölkerung. Viele Mädchen konnten nicht mehr die Schule besuchen, weil der Weg dorthin zu gefährlich war. Frauen gaben aus dem gleichen Grund ihre Arbeit auf.

„Das System der privaten Schulen gab es schon vor dem Einzug der Taliban in Kabul im Jahr 1996, allerdings aus anderen Gründen: Die verschiedenen Fraktionen der Mudschaheddin, die von 1992 bis 1996 in der Hauptstadt herrschten und jetzt einen großen Teil der neuen Regierung stellen, machten mit ihren blutigen Kämpfen auf Kabuls Straßen Schulbesuche fast unmöglich. Frauen und Mädchen trauten sich auch aus Angst vor Vergewaltigungen kaum auf die Straße. Also wurden die Kinder zu Hause unterrichtet." (Jung, 10.12.2001)

RAWA beschreibt die Situation in Afghanistan seit 1992 in einem öffentlichen Brief von 1997 an die Delegierten der OIC, Organization of the Islamic Cooperation:

„The killings of thousands of people; the destruction of Kabul and other cities; the raping and ‚disappearance' of women and young girls and boys; looting; closing of the educational institution; famine and unprecedented price-hike; fueling of the ethnic and religious wars; threat to the country's integrity and so forth are the gifts of the ominous entrance of the criminal Islamic parties in our land." (RAWA, 23.03.1997)

Seit deren Anfangszeit hatte RAWA sich gegen islamischen Fundamentalismus ausgesprochen und auf die Bedrohung von Frauenrechten und Menschenrechten durch diese fundamentalistischen Organisationen hingewiesen. Die Kritik wurde während der Zeit des gegen die PDPA-Regierung und die sowjetische Besatzung gerichteten Widerstandes beibehalten und hatte seit der Machtübernahme der islamistischen Mujaheddin 1992 eine zentrale Bedeutung.

Doch nach der Niederlage der Sowjetunion interessierte sich die Weltöffentlichkeit nicht mehr für die Taten dieser vermeintlichen Helden Afghanistans. „[T]he Western media had glorified the mujahideen so much that it was hard to convince anyone that they were fundamentalist, antidemocratic, anti-women's rights." (Majid, RAWA, zitiert nach Brodsky 2003: 101) Auch die Frauenrechtlerin

Malalai Joya betont, dass die Jahre 1992-1996 zu den blutigsten und düstersten der vergangenen drei Kriegsjahrzehnte gehören und trotzdem damals die internationale Öffentlichkeit kein Interesse am Schicksal der Afghan*innen zeigte (vgl. Joya 2009: 44).

Die fehlende internationale Beachtung der sozialen und politischen Verhältnisse in Afghanistan und der begangenen Verbrechen durch die herrschenden, islamistischen Organisationen änderte sich auch nicht mit dem Sieg der von Pakistan massiv unterstützten Taliban, die 1994 bereits die Provinz Kandahar und 1996 Kabul eroberten. Doch RAWA wurde immer geschickter und erfolgreicher darin, die gesammelten Informationen und Bilder von Verbrechen, die politischen Analysen, die Kritik, die Ziele und Aktivitäten von RAWA auch international bekannt zu machen. Seit Ende 1996, demnach wenige Monate nach der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan, betreibt RAWA sehr erfolgreich eine internationale Website: www.rawa.org. Dort veröffentlichen die Aktivistinnen ihre Organisationsgeschichte, ihr Selbstverständnis, aber vor allem auch aktuelle Nachrichten und Analysen zur Lage der Frauen in Afghanistan sowie Dokumentationen von Menschenrechtsverbrechen auch gegen Männer.

RAWA MACHT WEITER UNTER DER HERRSCHAFT DER TALIBAN

Ohne Zweifel war RAWA eine der schärfsten Kritiker*innen der Taliban-Regierung. RAWA hat unter anderem mit Demonstrationen und Pressekonferenzen in Pakistan die Praktiken der Taliban wie auch der anti-Taliban Milizen der Nordallianz angeprangert. „Down with the Taliban and jehadi fundamentalists!“ war ein zentraler Slogan in ihren Erklärungen (bspw. RAWA-Erklärung, 08.03.1997).

> „The ultimate solution of the Afghan imbroglio lies only in the annihilation of all religious fundamentalist parties of all brands and marks, be they Taliban or be they with Rabbani, Khalili, Hekmatyar, Masoud, Mohsini or Sayyaf figureheads“ (RAWA-Rede, 28.08.1997).

RAWA kritisiert das rigide Strafsystem, mit dem die Taliban ihre weitreichenden Restriktionen für Frauen kontrollieren und jede Freiheit und jeden Widerspruch eindämmen. Die Frauen von RAWA kritisieren die frauenfeindliche, antidemokratische, reaktionäre Politik der Taliban, deren Feindlichkeit gegenüber Wissenschaft, Technologie und Bildung und die ethnischen Diskriminierungen und Massaker der Taliban gegen Hazara. RAWA erklärt, dass die Gewalt auf ethnischer Grundlage, die in der Jihadi-Regierungszeit ihren tausendfachen brutalen Ausdruck fand, unter der Taliban-Regierung weiter geht – sowohl von den Taliban als auch

von den Anti-Taliban-Fraktionen, die nun wieder eine (Nord-)Allianz bilden (RAWA-Erklärung, 10.12.2001; RAWA-Erklärung, 08.03.2001).

„The Taliban executed about 400 innocent civilians in Yakawlang and the same atrocities have been committed by Hizb-e-Wahdat who suck the blood of non-Hazara and non-Shiite. Our Hazara people are being squeezed between the claws of two dinosaurs, from one side the bloodthirsty Taliban bleed their hearts and from the other side the Wahdati criminals tighten the noose around their neck by fanning the flames of ethnic and religious fire.“ (RAWA-Erklärung, 08.03.2001)

Die Taliban wurden ab ca. 1994 von pakistanischen Geheimdienst ISI massiv aufgerüstet und finanziert, um die Macht in Afghanistan zu übernehmen, nachdem Gulbuddin Hekmatyar, der zuvor diese Rolle hatte, nicht den entsprechenden Erfolg brachte. Entsprechend waren RAWA-Aktivitäten auch in Pakistan zunehmend gefährdet. RAWA-Demonstrationen wurden von pakistanischen Taliban angegriffen, die Polizei erklärte, sie nicht schützen zu können (Shah, 27.12.1998). Trotzdem machte RAWA weiter, mit dem erklärten Ziel, nicht aufzuhören gegen fundamentalistischen Terror und für Demokratie und Frauenrechte zu kämpfen solange die Jihadi-Fraktionen und die Taliban noch in der politischen Landschaft Afghanistans aktiv sind (vgl. RAWA-Erklärung, 27.03.1999).

RAWA organisierte illegale Mädchenschulen und verbreitete ihre Zeitung im Afghanistan der Taliban. In den Flüchtlingsgemeinschaften wurden zudem zahlreiche Projekte humanitärer Hilfe, allgemeine Bildungsarbeit sowie politische Bildung organisiert. Die Taliban, die die Ausweitung frauenfeindlicher religiös begründeter Gesetze zu den allerersten Handlungen ihrer Regierung machten, erklärten die RAWA-Frauen ausdrücklich zu Feinden. In einem Drohbrief, der sich an eine kanadische Unterstützerin richtete, heißt es:

„You better cut your relations with these besoms […] The punishment for RAWA women is clear and Inshallah soon their courtesans will be shut down and they will face the result for what they have done against Islam and Taliban. […] [T]hey will be stoned to death [...].“ (Wa Rahmatullah/Taliban o.J., vermutlich 1999, zit. nach RAWA Website).

Die Taliban-Regierung erließ eine Fatwa, ein islamisches Rechtsgutachten, gegen RAWA. Damit wurden die Taliban-Sicherheitskräfte angewiesen, jedes RAWA-Mitglied sofort zu verhaften und öffentlich zu Tode zu steinigen (vgl. BBC News, 23.03.2001).

Zoya erzählt in einem Buch zu ihrer Lebensgeschichte, wie sie kurz vor dem ersten Jahrestag der Eroberung von Kabul durch die Taliban zusammen mit einer weiteren RAWA-Aktivistin von Pakistan nach Kabul reiste. Die Reise war nur mit der Begleitung durch einen männlichen Unterstützer möglich, dem vermeintlichen

Mahram, der nach Taliban-Vorgaben als enger männlicher Verwandter Frauen in der Öffentlichkeit begleiten musste. Dieser RAWA-Unterstützer hatte sich bereits seit Wochen den notwendigen Bart wachsen lassen.

„Ich sollte herausfinden, ob wir Frauen aus Afghanistan für eine Straßendemonstration herausholen konnten, die wir bald in Pakistan veranstalten würden – das Ziel war, ein- bis zweitausend Frauen aus Kabul herauszubringen, ohne dass die Taliban eine von ihnen entdeckten, weder auf dem Hin- noch auf dem Rückweg." (Zoya/Follain/Cristofari 2002: 127)

Am Tag der Ankunft der oben genannten Aktivistinnen wurde es spät:

„Ich war bis drei Uhr nachts auf, trank zahllose Tassen Tee und sprach mit Zeba und anderen RAWA-Mitgliedern, bis sie plötzlich aufstand und sagt: ‚Schluss jetzt, ab ins Bett. […] Ihr werdet allen Schlaf brauchen, den ihr kriegen könnt. In zwei Tagen findet im Stadion eine öffentliche Strafaktion statt, bei der Dieben die Hände abgehauen werden, und ich möchte, dass ihr mitkommt und mir helft, Fotos zu machen.'" (Ebd.: 132)

Die Dokumentationsaktivitäten waren ein weiterer wichtiger Aufgabenbereich der Frauenorganisation. Die Frauen von RAWA haben viel über die frauenfeindlichen Praktiken und andere Verbrechen der Taliban berichtet und zahlreiche Fotos von öffentlichen Bestrafungen durch Amputation von Händen oder Füßen, durch Auspeitschen oder Hinrichtung auf ihrer Internetseite veröffentlicht.

1999 gelang es RAWA, die öffentliche Hinrichtung von Zarmeena im Sportstadion von Kabul heimlich zu filmen und zu veröffentlichen. Salima, die damals in Kabul im Dokumentationskomitee von RAWA mitarbeitete, erzählt:

„We knew this execution wouldn't be documented by any news agency. Taliban wouldn't do it and they wouldn't let others. So it was our responsibility. […] we knew this member would be killed and the camera taken if it was discovered." (Salima zit. nach Brodsky 2003: 15-18)

Unter der blauen Burka verhüllt, auf dem Boden kniend wurde Zarmeena, Mutter von sieben Kindern, von hinten in den Kopf geschossen. Die Familie ihres Ehemannes, der sie massiv körperlich misshandelt hatte und dessen Ermordung ihr angelastet wurde, hatte ihr vergeben, was nach islamischen Recht als ein Freispruch gilt. Trotzdem wurden Tausende Menschen, ausdrücklich auch Frauen, im Stadium versammelt, viele Kinder waren anwesend, um der Exekution zuzuschauen, als Ermahnung an die Frauen, ihren Männern ergeben zu sein.

Die Informationen zum Hintergrund der Hinrichtung von Zarmeena sind zusammen mit dem Video auf der Internetseite von RAWA zu finden. Der Video-Film von der Hinrichtung wurde nach Pakistan geschmuggelt und unmittelbar auf der Website

veröffentlicht. RAWA hat diese Video-Dokumentation auch internationalen Medien angeboten, doch diese waren nicht interessiert – nicht zu diesem Zeitpunkt.

Ende der 1990er Jahre hatte RAWA durch ihr öffentliches Auftreten jedoch erreicht, dass zunehmend internationale Solidaritätsbeziehungen, beispielsweise zu Frauenorganisationen in den USA, entstanden. RAWA-Vertreterinnen wurden zu Veranstaltungen eingeladen. Daraufhin entstand innerhalb der RAWA-Strukturen 1997 das Komitee für auswärtige Kontakte, in dem mehrsprachige RAWA-Mitglieder aktiv sind (vgl. Brodsky 2003). Über öffentliche Reden, Konferenzbeiträge, Medieninterviews und auch über die Internetpräsenz von RAWA entstanden ein zunehmendes Interesse, weitere Kontakte und schließlich ein großes Netzwerk weltweiter Unterstützer*innen. Am Ende einer im US-Fernsehen live gesendeten Show von Winfrey Oprah im Jahr 1999, zu der eine RAWA-Repräsentantin eingeladen war, gab die Show-Masterin die Internetadresse von RAWA bekannt und rief dazu auf, Geld und Kameras zu spenden. Das führte noch am gleichen Abend zu über 300.000 Aufrufen der Website (vgl. Schlagenwerth 2001). Die Website brach daraufhin zusammen und wurde mithilfe von internationalen Unterstützer*innen gespiegelt, um die Unterbrechung möglichst kurz zu halten.

RAWAs aufrechter Gang durch das Jahr 2001

Die zweite Hälfte des Jahres 2001 hat RAWA sehr viel internationale Beachtung, Auszeichnungen, Medienauftritte und Spenden eingebracht. RAWA hatte jedoch mehr mitzuteilen, als allein die Fakten über die Verbrechen der Taliban, den nun nach den Terror-Anschlägen des Al Quaeda-Netzwerkes in den USA und der darauf folgenden militärischen Intervention der USA in Afghanistan gefragt waren. Die politischen Analysen und insbesondere die Warnungen der Feministinnen vor der Nordallianz als Verbündeter des Westens waren nicht erwünscht. RAWA wurde erneut delegitimiert und allmählich wieder in die Nicht-Beachtung zurückgedrängt.

Exkurs: Ausbeutung des Wissens von RAWA

Vor dem 11. September 2001, dem Tag der Al Quaeda-Anschläge in New York und Washington, waren die meisten internationalen Medien wie BBC oder CNN nicht bereit, die Videoaufzeichnung von Zarmeenas Hinrichtung zu zeigen, weil diese „zu grafisch“ sei und die Zuschauer nicht ansprechen würde (vgl. Fluri 2006). Doch nach dem 11.09.2001 lief dieser RAWA-Film in immer erneuten Wiederholungen auf diesen großen Sendern und weitere Sender griffen ihn auf. Manchmal wurde RAWA dazu genannt. Oft wurde RAWA als Quelle aber auch nicht erwähnt und deren Analysen des Ereignisses wurden meist unterschlagen.

„Thus, the appropriation of RAWA's images of corporeal violence and chadori-clad women are neither accompanied by RAWA's textual descriptions nor juxtaposed with these counter-imgages of women demonstrating in public space or operating in the spaces of RAWA's social projects." (Fluri 2006: 103)

Es wurde nicht gezeigt, welche praktischen Gegenaktivitäten RAWA seit vielen Jahren als politische Strategie aufbaut. Das Gegenbild zu der mit Burka verhüllten Afghanin waren schon wenige Wochen später unverschleierte Frauen, die angeblich durch die US-Militärintervention befreit wurden: „Zahlreiche Fotos von ‚glücklich entschleierten' Frauen säumen dabei die Berichterstattung über das Ende des Krieges und belegen die erfolgreiche ‚Befreiung' Afghanistans von den Taliban." (Nachtigall 2012: 99)

Der Kriegszug in Afghanistan nach den terroristischen Anschlägen am 11. September 2001 war geprägt von der Einbettung in eine Diskussion um die Notwendigkeit der Befreiung der Frauen Afghanistans. Die Kriegslegitimation konnte dabei an Debatten einiger Frauenorganisationen insbesondere in den USA anknüpfen. Doch auch beispielsweise das deutschsprachige feministische Autorinnenpaar Cheryl Benard und Edit Schlaffer sieht den Weg hin zur militärischen Intervention in Afghanistan als „eine Fallstudie […] für das sehr erfolgreiche Lobbying durch und für Frauen" (Benard/Schlaffer 2002: 10), denn Frauen hätten schon lange eine Einmischung befürwortet. Zeitgenau zum bevorstehenden Kriegszug in Afghanistan führten Benard und Schlaffer eine Forschung *Inside the Afghan Women's Resistance* (Benard 2002) innerhalb der RAWA-Strukturen durch. Die deutschsprachige Veröffentlichung bekundet gleich auf den ersten Seiten, dass Diskussionen der Frauenbewegung um einen falschen Interventionismus und Neokolonialismus irrelevant seien. „Afghanistan ist der obskure Ort, an dem die Frauen dieser Welt ihren Feinden endlich eine Entscheidungsschlacht lieferten – und siegten." (Benard/Schlaffer 2002: 216) Die Autorinnen bejubeln den militärischen Erfolg der Entmachtung der Taliban-Regierung, den sie dem Druck der Frauenbewegung zuschreiben.

„Embedded feminism" (Hunt 2006) ist in diesem Fall nicht nur eine Vereinnahmung der Argumente und des Materials von Frauenorganisationen durch die US-Kriegsstrategie. Cheryl Benard steht in Person für eine Verbündelung zwischen Feminismus und Kriegslegitimation. Heute ist Benard Senior Analyst der RAND Corporation am Center for Middle East Public Policy innerhalb der RAND National Security Research Division (NSRD), die Forschungen für das US-Verteidigungsministerium und die verschiedenen Abteilungen des US-Militärs und den US-Geheimdienst durchführt (www.rand.org). Ihr Ehemann, Zalmay Khalilzad, hat in den 1980er Jahren das Programm zur Unterstützung der afghanischen Mujaheddin für die US-Regierung mit entwickelt, war in den 1990ern im US-Verteidigungsministerium und als Direktor bei RAND tätig und hat in dieser Zeit auch als Berater für das Unocal Pipeline-Projekt in Afghanistan gearbeitet

(vgl. Chang, 06.01.2006). Ende 2001 hat Khalilzad den Petersberger Afghanistan-Gipfel zur Bildung der Übergangsregierung gesteuert (vgl. u.a. Joya 2009). Er hat Ende 2002/Anfang 2003 als Sonderbeauftragter des US-Präsidenten für Afghanistan bzw. ab 2003 als US-Botschafter für Afghanistan eine Hauptrolle bei der Ausarbeitung der afghanischen Verfassung eingenommen und den Prozess „mittels massivem Druck und Einschüchterung" (Baraki 2004: 16) beeinflusst. „[E]r wurde oft nur halb im Scherz der ‚echte Präsident' Afghanistans genannt." (Joya 2009: 146) Seit 2009 berät Zalmay Khalilzad US-Unternehmen, die in Afghanistan oder im Irak Geschäfte machen wollen. Gemeinsam werden mindestens seit 2012 „[d]ie ‚Beschuldigten Zalmay Khalilzad und Dr. Cheryl Benard' […] der ‚Geldwäsche in Bezug auf einen Gesamtbetrag von EUR 1.152.486,49' verdächtigt" (Nikbakhsh, 09.09.2014). Das Geld stammt von Bau- und Ölunternehmen aus dem Irak und den Vereinigten Arabischen Emiraten.

Die Forschung von Benard und Schlaffer über die Organisation RAWA stellt ebenso wie die Verwendung des Videos über die Hinrichtung Zarmeenas eine Ausbeutung von Wissen für die Kriegslegitimation dar. In einem weiteren Fall, bei dem RAWA-Material direkt im US-geführten Interventionskrieg benutzt wurde, hat RAWA eine Klage eingereicht. Ein unter großen Risiken heimlich durch eine RAWA-Aktivistin in Kabul aufgenommenes Foto, das zeigt wie eine in Burka gekleidete Frau von der Religionspolizei der Taliban öffentlich ausgepeitscht wird, tauchte auf einem Flugblatt auf, das US-Militärflugzeuge im November 2001 über mehreren afghanischen Städten abwarfen. Mit dem Flugblatt wurden die Frequenzen des neu gestarteten Radiosenders Radio Free Afghanistan bekannt gemacht, der durch die US-Regierung finanziert wird. RAWA verklagte die US-Behörden, die das Foto, ohne eine Genehmigung einzuholen, benutzt hatten. Entgegen dem deutlichen Hinweis, dass die Bilder nicht ohne Erlaubnis benutzt werden dürften, war das Foto von der RAWA Online-Fotogalerie gestohlen worden, wie auch mindestens drei weitere Bilder (vgl. The News International, 20.12.2001). Das zuständige Komitee für Auswärtige Angelegenheiten (Foreign Affairs Committee) von RAWA wurde schlicht übergangen.

RAWA ist über dieses Komitee gut vorbereitet auf Kontakte zu Nicht-Afghan*innen. Das fängt bei Kontakten mit Pressevertreter*innen aus Pakistan an, schließt aber auch Vortragsreisen in die USA, in europäische Länder, nach Japan und Australien ein. Zwischen dem 11. September 2001 und dem 1. November 2001 hat RAWA mehr als 300 Interviews gegeben (vgl. Javed, zit. nach Benard/Schlaffer 2002: 121). 2002 hatten RAWA-Vertreterinnen bereits mehr als 20 Länder in fünf Kontinenten besucht (vgl. Brodsky 2003). Sie geben Interviews für lokale Medien und angereiste Journalist*innen oder betreuen internationale Unterstützer*innen, die zu Besuch kommen. Auch die Internet-Präsentation und die E-Mail-Kommunikation, seit 2009 auch soziale Medien wie Facebook und

Twitter, die zusammen die größte Rolle für RAWAs internationale Wahrnehmung und Unterstützung einnehmen, fallen in den Aufgabenbereich dieses Komitees.

RAWAs Warnungen vor der Nordallianz

Noch als die Kampfhandlungen zur Absetzung der Taliban-Regierung im Gang waren bekundete RAWA, dass die Nordallianz bereits bewiesen habe, dass sie als Regierungsmacht inkompetent und korrupt ist (vgl. RAWA, 31.10.2001) und eine erneute Herrschaft der Nordallianzparteien „die ethnischen und religiösen Konflikte auf grauenvolle Weise verstärken [wird]“ (RAWA-Erklärung, 13.11.2001). In einer Anhörung mit dem Titel „Afghan People vs. the Taliban: The Struggle for Freedom Intensifies“ vor dem House of Representative der US-Regierung, Unterkomitee für Internationale Einsätze und Menschenrechte, erklärte Tahmeena Faryal als Vertreterin von RAWA am 31. Oktober 2001:

„The political situation is made ever more precarious by what many Afghans perceive to be US aggression against our country and our civilians, even as we cheer the possibility of the Taliban’s demise. And, continued and increasing foreign assistance to the reviled Northern Alliance has plunged our people into a horrific anxiety and fear of re-experiencing the dreadful years of the Jehadis’ ‚emirate‘ of the 1990’s.“ (RAWA, 31.10.2001)

Zur Begründung für die große Angst vor einer erneuten Macht der Fraktionen der Nordallianz gibt Tahmeena Faryal die Aussage einer afghanischen Flüchtlingsfrau wieder:

„In the words of one refugee in Peshawar (Sept 25th of this year), many many of the people say that, ‚All of them, Taliban and Taliban opposition, are criminals, and we don’t want them ruling Afghanistan. For the past 20 years they have all given the people only bullets instead of food and graves instead of houses.‘“ (Ebd.)

RAWA bekundet in vielen Interviews und politischen Stellungnahmen, dass es sich bei der Nordallianz um erklärte Anti-Demokraten und Frauenfeinde handelt, die alle erdenkbaren Formen von Verbrechen gegen die eigene Bevölkerung zu verantworten haben. Weil es ihrer Macht diene, seien sie nach der Intervention 2001 zu „Wende-Demokraten“ (RAWA-Erklärung, 08.03.2002) geworden. Mit ihrer Erklärung von Mitte November 2001 reagiert RAWA auf die Einnahme von Kabul durch die Nordallianz-Milizen. „Das afghanische Volk akzeptiert keine Dominanz der Northern Alliance!“ (RAWA-Erklärung, 13.11.2001) Mit diesen Worten überschreiben die Frauen die Erklärung, die kurz vor den Verhandlungen zur Bildung der Übergangsregierung erscheint.

„Die Welt sollte begreifen, dass sich die Northern Alliance [NA] aus einigen Banden zusammensetzt, die, während sie von 1992 bis 1996 Afghanistan regierten, ihr wahres, kriminelles und unmenschliches Gesicht gezeigt haben […] Obgleich die NA gelernt haben, gegenüber dem Westen als ‚demokratisch' zu posieren, und sich sogar als Befürworter von Frauenrechten darstellen, haben sie sich keineswegs geändert, genausowenig, wie ein Leopard die Flecken auf seinem Fell verändern kann." (Ebd.[21])

RAWA wendet sich mit dieser Erklärung „an die UN und die Weltgemeinschaft" (ebd.). Sie fordern diese auf, ihre Anerkennung für die islamische Regierung unter Vorsitz von Burhanuddin Rabbani, die aus der Zeit von 1992-1996 fortbesteht, zurückzuziehen. Die UN solle „bei der Etablierung einer auf breiter Basis stehenden Regierung mit demokratischen Grundwerten helfen" (ebd.). Weniger als einen Monat später, anlässlich des internationalen Tages der Menschenrechte, stellt RAWA im Rahmen einer ausführlichen Stellungnahme zur politische Lage fest, „dass die UN es unglücklicherweise […] verfehlt haben, unserem Volk dabei zu helfen, die verrotteten Reste der Höllenhunde der ‚Nord-Allianz' loszuwerden" (RAWA-Erklärung, 10.12.2001). Inzwischen war die Übergangsregierung mit einer Dominanz der Führer der Nordallianz gebildet worden. Mehr als die Hälfte der Ministerien wurde Vertretern der Nordallianz zugesprochen, sie konnten ihre Waffen behalten und verfügten seither über viel Geld und Macht.

RAWA mitten in der internationalen Öffentlichkeit

Tahmeena Faryal, die Ende Oktober 2001 bei der Anhörung des Unterausschusses des US House of Representatives ausgesagt hatte, fand unerwartet viele Zuhörer*innen während ihrer Veranstaltungsreise in den USA.

„[A] few months ago her organization [RAWA] was relatively unknown outside activist circles. [...] As it did with so many other things, Sept. 11 changed that. Now Faryal – a pseudonym she uses as a safety precaution – is a big draw on college campuses across the United States, where eager crowds gather to hear what a women's rights activist from Afghanistan has to say." (Kalson, 05.12.2001)

Ähnlich populär war in dieser Phase die RAWA-Vertreterin Shala, die sich im November 2001 in Deutschland aufhielt. Im Herbst 2001 zeigten sich nicht nur Studierende, Medien und ein Gremium der US-Regierung interessiert, sich an der Seite von RAWA zu zeigen. Unter anderem besuchte eine Delegation von 25 Abgeordneten des

21 Im Original fehlende Umlaute (z.B. ae statt ä) wurden hier und in weiteren Zitierungen durch Umlaute ersetzt.

Europäischen Parlaments RAWA in den pakistanischen Flüchtlingslagern (vgl. Brodsky 2003). Vertreter der Grünen Partei der USA bezogen sich auf RAWA als eine Hoffnung für Frieden in Afghanistan (Common Dreams News Center, 25.10.2001). Die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen der SPD setzte sich für RAWA ein. Die Friedensinitiative Nottuln entwickelte die „Zivile Allianz gegen den Terror“, die sich an der Seite von RAWA sah und der sich Politiker*innen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen anschlossen. Der schwedischer Schriftsteller Hennig Mankell stiftete ein Honorar und katholische Pfadfinder haben Waffeln für RAWA gebacken als das Magazin Stern eine Spendenkampagne initiierte (vgl. Franz, 04.12.2001). Eine prominent besetzte Weihnachts-Benefinz-Gala für RAWA wurde von der Sängerin Nina Hagen gemeinsam mit der Bundesvorsitzenden der Grünen, Claudia Roth, am 20.12.2001 im Tempodrom in Berlin organisiert (vgl Netzzeitung, 19.12.2001). Zahlreiche bekannte Künstler und Persönlichkeiten beteiligten sich direkt oder stifteten persönliche Dinge für den anschließenden Verkauf (vgl. Franz, 04.12.2001; Die Welt, 20.12.2001).

In dieser Zeit bekam RAWA auch zahlreiche Auszeichnungen überreicht. RAWA hat am 6. Oktober 2001 den Emma Humphries Memorial Prize in London, der Engagement gegen Gewalt gegen Frauen auszeichnet, mit der Bemerkung erhalten, dass gerade angesichts der gegenwärtigen internationalen Lage die Arbeit von RAWA wahrgenommen werden sollte. Am Tag darauf wurde der US-Kriegszug begonnen. Ende Oktober erhielt RAWA eine der „Women of the Year“-Auszeichnungen des Glamour Magazin in New York, im November 2001 den ZDF-Mona-Lisa-Preis „ML Frau(en) des Jahres“ in Berlin sowie eine Ehren-Auszeichnung von der Stadt San Francisco. Im Dezember 2001 bekam RAWA den Asian Human Rights Award in Tokio sowie den Isimbardi Award der Provinz Milano, Italien. Bereits im April 2001 hatte RAWA in Washington D. C. den SAIS-Novartis International Journalism Award für die Mitarbeit an dem Dokumentarfilm „Beneath the Veil“ über das Leben unter der Taliban-Herrschaft erhalten (vgl. RAWA Website: Awards).

RAWA nutzte die Gelegenheiten für öffentliche Auftritte und Medienberichte geschickt. „In den USA avancierte eine schon vor dem 11. September zu einer kleinen Fundraising-Tour eingereiste junge Rawa-Aktivistin regelrecht zum Medienstar.“ (Schlangenwerth, 03.12.2001) Sahar Saba von RAWA, die für einen ZDF-Beitrag interviewt wurde, sagte zu der Aufmerksamkeit, die ihnen erst nach den Terroranschlägen in den USA entgegen gebracht wurde: „Immerhin ist jetzt die Gelegenheit gut, den Frauen unseres Landes Gehör zu verschaffen, der Welt und unseren Feinden zu zeigen, dass wir Widerstand leisten und für unsere Rechte kämpfen können.“ (Thurau, 30.09.2001) In einem Spiegelartikel wird neben den Organisationen Terre des Femmes – Menschenrechte für die Frau e. V. und UNIFEM (Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für Frauen) auch RAWA zitiert in Bezug auf die Forderung nach der Beteiligung von Frauen an der zukünftigen demokratischen Regierung.

RAWA wurde zudem mit ihren deutlich umfangreicheren Zielen dargestellt: Alle ethnischen Gruppen und Religionen müssten an der Übergangsregierung beteiligt sein und die „hungrigen Wölfe“ der Nordallianz dürften in keinem Fall weiter gestärkt werden (vgl. Ströbele, 06.11.2001). In vielen Beiträgen schaffte es RAWA, ihre Argumente, die sich nicht nur gegen die Taliban, sondern auch gegen Nordallianz-Vertreter wie Burhanuddin Rabbani richteten, deutlich einzubringen. Es gelang RAWA auch beispielsweise, Äußerungen des Nordallianz-Vertreters Younis Qanooni, den nun Innenminister Afghanstans war, zu entlarven, der beteuerte, dass die Erneuerung der Rechte der Frauen eines seiner Ziele sei (vgl. Tiscali, 26.11.2001).

An vielen Stellen wurde auf die Internetpräsenz von RAWA hingewiesen und zu Spenden für die Organisation aufgerufen wie beispielsweise im Stern Magazin (Heft 46/2001) und in der Berliner Zeitung (Schlangenwerth, 03.12.2001). Während RAWA zuvor durchschnittlich 50 bis 100 E-Mails pro Tag erhielt, steigerte sich das Aufkommen nach dem 11. September 2001 für einige Monate auf etwa 1000 E-Mails täglich (vgl. Brodsky 2009: 188).

RAWA ausgegrenzt aus der Übergangsregierung

Doch diese Phase internationaler Beachtung und Förderung war zeitlich sehr begrenzt. RAWA hatte eine klare politische Linie und ist davon nicht abgerückt, um als Partner der Interventionsmächte eingebunden zu werden. Spätestens beim Afghanistan-Gipfel zur Bildung der Übergangsregierung in Bonn (27.11.-05.12.2001) wurde deutlich, dass RAWA als Organisation zur Vertretung der afghanischen Bevölkerung, insbesondere der Frauen, nicht (mehr) akzeptabel war. Am 24. November wird in der Berichterstattung zur Verleihung des Mona-Lisa-Preises des ZDF an RAWA noch gesagt, dass die 27-jährige Shala von RAWA, die für die Entgegennahme des Preises bereits in Deutschland war, an der bevorstehenden Afghanistan-Konferenz teilnehmen werde (vgl. AP, 24.11.2001). Kurz vor Beginn des Treffens ging es nur noch darum, dass Frauen dabei sein sollten, wenn die afghanischen Ministerien verteilt werden. RAWA kommentierte: „Es gibt auch fundamentalistische Frauen.“ (Tiscali, 26.11.2001) Zu diesem Zeitpunkt hoffte RAWA noch, über die Delegation des Ex-Königs Sahir Shah an dem Gipfeltreffen beteiligt zu werden (vgl. ebd.). Erst am Tag des Beginns der Verhandlungen wurde dann endgültig klar: Keine Vertreterin von RAWA oder einer anderen unabhängigen Frauenorganisation konnte teilnehmen (vgl. Benard/Schlaffer 2001). „Dort waren wohl politisch gemäßigtere Vertreterinnen gefragt.“ (Schlagenwerth, 03.12.2001) Shahala (Shala) von RAWA sagte dazu im Interview: „Der Name RAWA durfte in Bonn auf keiner Gästeliste auftauchen, dafür war der Druck der Fundamentalisten zu stark.“ (Pauli, 12.12.2001)

In der Tageszeitung Die Welt war zum Beginn des Bonner Afghanistan-Gipfels ein Artikel von Cheryl Benard und Edith Schlaffer erschienen, in dem diese beklagen,

dass die Stimme von RAWA und der afghanischen Frauen bei den Verhandlungen über die Zukunft des Landes fehlten. Sie hielten RAWA für fähig, Afghanistan zu regieren und aufzubauen, denn diese afghanische Organisation hätte mit ihrem jahrzehntelangen Kampf nicht nur den nötigen Mut gezeigt, sondern auch die Fähigkeit zur Errichtung von Infrastruktur, zur Organisierung sozialer Dienste und zur Durchführung von Selbsthilfe bewiesen (vgl. Benard/Schlaffer 2001). In der österreichischen Tageszeitung Der Standard wurde bereits Anfang Oktober 2001 ein Artikel über RAWA veröffentlicht, der eine Leserdiskussion auslöste über die Möglichkeit, die neue afghanische Regierung mit RAWA anstatt der Nordallianz oder dem König zu bilden (abgedruckt in Benard/Schlaffer 2002: 253-257). „Es wäre ein interessantes Experiment, mittels internationaler Unterstützung einer revolutionären Frauenorganisation die Macht zu übertragen." (Michael Kolzow, Leserbeitrag in Der Standard, zit. nach ebd.: 254)

„Wen kann die klassische Politik sich problemlos als neue Regierung Afghanistans vorstellen? Eine Kriegerallianz, die das Land schon einmal in den Ruin geführt hat, mit einer Vorgeschichte nachgewiesener, dokumentierter schlimmer Menschenrechtsverstöße, ohne Akzeptanz in der breiten Bevölkerung, einer aggressiven, ablehnenden Haltung zur Außenwelt und einer erwiesenen Unwilligkeit zu Demokratie. Und einen König, 87 Jahre alt, krank, der vor Jahrzehnten gestürzt wurde, zu Amtszeiten als unfähig und desinteressiert galt und seither im römischen Exil lebt. Diese zwei Kandidaten kann die westliche Diplomatie sich als Kandidaten vorstellen […] [um] absichtlich und künstlich einen solchen Machthaber zu installieren. Fakt ist, dass weder die Nordallianz noch der König im Entferntesten davon hätten träumen können, Afghanistan aus eigener Kraft und Leistung zu regieren. […] RAWA hatte so etwas Ähnliches wie eine funktionierende Exilregierung etabliert […] Sie übten alle klassischen Funktionen einer Regierung aus. Sie hatten nicht Menschenrechtsverletzungen ausgeübt, sondern Menschenrechtspreise verliehen bekommen […] Sie waren eine funktionierende politische Partei, von Männern wie Frauen in gleichem Maße anerkannt. […] Warum können die ‚Macher' sich die Nordallianz und den König, so absurd sie beide sind, problemlos als Regierung vorstellen, und RAWA nicht?" (Helmut Kirisits, Leserbeitrag in Der Standard, zit. nach Benard/Schlaffer 2002: 255-257)

Doch die Frauenorganisation RAWA, die willens und vorbereitet war, sich an den Verhandlungen für die Neugestaltung Afghanistans zu beteiligen, wurde ausgegrenzt. Für die angereiste Repräsentantin von RAWA blieben die Türen des Gipfeltreffens auf dem Petersberg in Bonn verschlossen.

Der Afghanistan-Gipfel in Bonn: Keine Grundlage für eine Demokratie

Bereits zum Zeitpunkt seiner Durchführung zeigte sich, dass auf dem Gipfeltreffen in Bonn keine Grundlagen für eine Demokratie gelegt wurden. In der Woche vor dem Gipfeltreffen hatten in Kabul Frauen dafür demonstriert, dass in Bonn Frauen (-rechtlerinnen) an der Zukunftsplanung Afghanistans beteiligt werden. Die Beteiligung von Frauen an Friedensprozessen ist mit der UN-Resolution 1325 verbindlich geregelt. Nichtsdestotrotz hatte der UN-Sonderbeauftragte Francesc Vendrell, der davon sprach, dass „jede Stimme [...] Gehör finden [werde]" (Benard/Schlaffer 2001), alleinig mit einer Versammlung von ausschließlich Männern gesprochen. Vendrell handelte als Ausführender für Lakhdar Brahimi, der das Bonn-Treffen zusammenstellte. Daraufhin rief die Frauenrechtlerin Soraya Parlika zu einer Demonstration von Frauen zur UN auf, um dort eine Resolution zu überreichen. Die Versammlung auf einem zentralen Platz in Kabul wurde von Soldaten der provisorischen Machthaber der Nordallianz verboten und aufgelöst. Vendrell ließ es geschehen (vgl. Benard/Schlaffer 2001). „Vendrell unternahm keinen Versuch, sie zu treffen und die Petition anzunehmen." (Benard/Schlaffer 2002: 218)

Die Frauenrechtlerin Malalai Joya beschreibt das Gipfeltreffen folgendermaßen: „Ende 2001 flogen dann die westlichen Alliierten führende Exilafghanen, darunter viele berüchtigte Warlords, zu einer Konferenz auf den Petersberg bei Bonn […]. Die meisten Afghanen glaubten inzwischen, dass damit eine neue Phase des Desasters begann." (Joya 2009: 75) Weiter betont sie die im Hintergrund steuernde Rolle der „neokonservative[n] Ikone" (ebd.: 75) Zalmay Kahlilzad vom US State Department, der „hinter verschlossenen Türen [verhandelte], um einige brutale Warlords in Schlüsselpositionen in der neuen Regierung zu installieren" (ebd.: 75-76).

> „Der afghanischstämmige Khalilzad ist seit 1984 US-Bürger und war führender politischer Berater sowohl für die Reagan- als auch die Bush-Regierung. Er hatte die Interessen der Warlords gefördert, indem er die US-Regierung drängte, sie als Mudschaheddin zu unterstützen. In den Neunzigerjahren war er außerdem Berater von UNOCAL und setzte sich für den Gas-Pipeline-Deal mit den Taliban ein." (Ebd.: 75)

Wenige Tage nach den Beschlüssen des Bonner Gipfels für die Bildung der neuen Regierung erklärte RAWA, dass ihre Organisation nicht mit dieser Regierung zusammenarbeiten werde.

> „Wir werden im Untergrund bleiben und darüber aufklären, wie diese Regierung zusammengesetzt ist. Drei der vier Gruppen sind Fundamentalisten – und die kennen wir gut. […] Wenn diese Leute in Deutschland wären, säßen sie vor einem Gericht für Kriegsverbrecher, in Kabul

werden sie stattdessen mit Entwicklungshilfe aufgepäppelt.“ (Shala, RAWA, zit. n. Oestreich, 12.12.2001)

Nur eine weiterhin verdeckte Organisierung ermöglicht RAWA aufzuzeigen, für welche konkreten Verbrechen die neuen Amtsinhaber Verantwortung tragen. Die Kriegsverbrecher beim Namen zu nennen, ist lebensgefährlich. Gerade weil sie sich für Frauenrechte und Demokratie einsetzen, stellen die Frauen von RAWA ein rotes Tuch für die neue Regierung dar (vgl. Schahla, RAWA, 25.05.2002).

RAWA ist nicht korrumpierbar

Im Jahr 2001 hat RAWA in einem großen Umfang Spendengelder erhalten, sodass sie unter anderem ein Krankenhaus wiedereröffnen konnten. RAWA ist für ihre Arbeit, die unter anderem humanitäre und Bildungsprojekte sowie auch ihre Zeitung und weitere politische Aktivitäten umfasst, neben eigenen Einnahmen auch auf finanzielle Hilfe durch Spenden angewiesen. Doch RAWA macht deutlich, dass sie durch die finanzielle Unterstützung nicht politisch beeinflussbar sind: „We accept politically unconditional help. … We don’t want to be the tool of a government, person, organization, anyone.“ (Mushtari, RAWA, zit. nach Brodsky 2003: 161) Obwohl RAWA sehr viele humanitäre Projekte durchführt, bis hin zur Ausgabe von Grundnahrungsmitteln an Bedürftige, beschreiben sie sich selbst vor allem als politische Organisation. Obwohl die Projekte darunter leiden, machen sie finanzielle Unterstützung nicht von politischen Zugeständnissen abhängig.

„For example, if someone says we will support you with millions of dollars, but you must change your policy towards the Northern Alliance, or not expose the U.S. as a supporter of fundamentalists or soften your stance, we would not accept even if it were important to keep our work alive. […] The first priority is maintaining the main goals and principles of RAWA because we can never put an end to the principles we have had for 25 years [at the time of interview; Brodsky] just for money... The other help we will refuse […] we don’t want to be misused by anyone.“ (Yalda, RAWA, zit. nach Brodsky 2003: 183)

Die politischen Umstände veränderten sich, doch für RAWA blieb diese Haltung konstant, was vor allem durch das Jahr 2001 nicht einfach war. Es wurde versucht, RAWA als politischen Partner im wahrsten Sinne des Wortes einzukaufen.

„You know, RAWA was promised Millions of Dollars just to not be committed to what they say. We were promised Millions of Dollars to not say against them by different organizations or even government. To not say anything againt Ahmad Shah Massoud. But we say, no, we

cannot sell our wishes or hopes for our committment with Dollars.“ (Friba, RAWA, Interview in Kabul, 18.05.2009)

Insbesondere wurde RAWA bedrängt, doch ihren Namen zu ändern und das Wort „revolutionär“ zu entfernen. Die einen redeten freundschaftlich „der Bewegung gut zu, sich doch eine andere Bezeichnung einfallen zu lassen“ (Benard/Schlaffer 2002: 15). Das Wort „revolutionär“ sei nicht mehr zeitgemäß und erschwere Bemühungen um Projektförderung bei „Botschaften, Regierungsbüros, auch internationale[n] Organisierungen“ (ebd.: 14). „Partizipation“ oder „Zivilgesellschaft“ wurden als modernere Begriffe vorgeschlagen. Andere boten hohe Geldbeträge an, um RAWA zur Veränderung des Images zu bewegen. Der britische Premierminister Tony Blair hatte RAWA wissen lassen, dass er bereit wäre, sie zu unterstützen, wenn sie das Wort „revolutionär“ aus ihrem Namen streichen würden (vgl. Oestreich, 12.12.2001).

„We were promised with Dollars and Dollars if we take out the word ‚revolutionary‘ from the name. So, we will not sell! – our committment or our hopes or wishes with Dollar. We say, o.k., if you don’t support us with what we say or what we are committed with – so, no problem. This is the point.“ (Friba, RAWA, Interview in Kabul, 18.05.2009)

Zu keinem Zeitpunkt hat RAWA Fördergelder beispielsweise von der UN für irgendeines ihrer Projekte erhalten, obwohl die UN schon lange weltweit die Gleichstellung von Frauen unterstützt (vgl. Giorgi 2009). RAWA verzichtet lieber auf große Geldgeber, als sich abhängig zu machen oder zu korrumpieren. Bereits Ende der 1990er Jahre hatte RAWA in einem Appell an internationale Unterstützer*innen deutlich gemacht, dass Spenden an ihre Organisation auch eine politische Aussage und Positionierung bedeuteten. Mit der Förderung von RAWA würden deren antifundamentalistischen Ziele und deren Projekte insbesondere für Frauen, die zu Flüchtlingen und Opfern des fundamentalistischen Terrors wurden, unterstützt. Der Appell „to all partisans of justice and human rights“ (RAWA-Appell, März 1998) fordert dazu auf, RAWA finanziell zu fördern, statt humanitäre Hilfe über vermeintlich unpolitische und religiöse Organisationen abzuwickeln. „Support for RAWA is homage to the overlooked, decimated, yet tenacious movement of secular pro-democracy forces in Afghanistan and shall be a concrete expression of solidarity with the movement of the most miserable, most tyrannized women in the today’s world.“ (Ebd.)

Die Arbeit der Mitglieder wird ohne Bezahlung durchgeführt. Wer kann, zahlt fünf Prozent des Einkommens an RAWA. Für Vollzeitaktive, die meist in RAWA-Gemeinschaften leben, wird der Lebensunterhalt übernommen. Es wird sehr stark auf eine einfache Lebensweise ohne jeden Komfort oder Verschwendung geachtet. Einkünfte entstehen durch das Handarbeitszentrum und andere Einkommen erwirtschaftende Betriebe von RAWA (u.a. Hühnerfarm, Teppichweberei). Weitere finanzielle Unterstützung erhält RAWA durch ihr internationales Unterstützer*innennetzwerk. Beispielsweise wurde das Malalai-Krankenhaus wiedereröffnet mit

Spendengeldern, die durch die US-amerikanische Organisation Afghan Women's Mission eingeworben wurden (vgl. Brodsky 2003). Auch in Deutschland wurde, wie bereits erwähnt, Ende 2001 durch prominente Künstler*innen Geld für das Krankenhaus gesammelt (vgl. Die Welt, 20.12.2001).

Durch ihre gesamte lange Geschichte – unter welchen Bedingungen auch immer – ist RAWA nicht von ihren politischen Zielen und ihrer Verbindung zu den einfachen Menschen, vor allem den Frauen, abgewichen. Mit der militärischen Intervention der USA und ihren Verbündeten im Jahr 2001 schien sich eine Tür zu öffnen: Plötzlich ging es den Verlautbarungen nach um Frauenrechte, um Demokratie, um Befreiung und gegen den Terror. Für diese Werte trat RAWA schon lange entschlossen ein. Es klingt zunächst im ersten Eindruck erfreut, als Zoya von RAWA sich dazu im Interview äußert: „In 2001, the U.S. and its allies occupied Afghanistan under the beautiful slogans of ‚war on terror', ‚women's right', ‚liberation' and ‚democracy'." (Zoya, RAWA, Interview mit Elsa Rassbach, AfterDowningStreet, 22.05.2009) Doch dann setzt sie fort: „But when they installed the brutal and criminal warlords after the fall of the Taliban, everyone knew that Afghanistan had once again become a chessboard for world powers." (Ebd.) Sie erklärt weiter: „We don't want their so-called liberation and democracy." (Ebd.) Zoya verweist dabei auf die Geschichte von RAWA: Sie haben für Demokratie gekämpft, als das ein schweres Schimpfwort war und weiter an ihrem Kampf für Demokratie und Frauenrechte festgehalten, als jede*r diese Begriffe in den Mund nahm, aber nicht danach handelte.

In ihrer Selbstdarstellung erklärt RAWA, dass „[d]er USA-geführte ‚Krieg gegen den Terror' zwar im Oktober 2001 das Taliban-Regime [stürzte], jedoch nicht den religiösen Fundamentalismus – die hauptsächliche Ursache all unseren Elends" (RAWA Website: About RAWA). Es sei nur ein fundamentalistisches Regime gegen ein anderes ausgetauscht worden, indem die Führer der Nordallianz und andere Warlords wieder an die Macht gebracht wurden. Diese seien „ebenso brutal und frauenfeindlich wie die Taliban" (ebd.). RAWA hat zu keinem Zeitpunkt gezögert, die Kooperation mit den Nordallianz-Führern massiv zu kritisieren. Sie hätten an einer so entscheidenden Positionierung niemals Kompromisse gemacht. RAWA erklärt dies mit Eindeutigkeit: „Since RAWA has always had the courage to face the worst realities and fight them, RAWA will never distort or assuage the bitter facts." (RAWA-Erklärung, 02.10.2004) Damit schlugen sie auch die Gelegenheit aus, sich als die Vertretungsorganisation der von außen zu rettenden afghanischen Frauen und Opfer der Taliban an der Seite der Interventionsmächte einzurichten.

Unbequeme Partnerinnen

Weil die Aktivistinnen von RAWA nicht aufhörten, ihre Analysen zur Geschichte des Krieges und zur Gegenwart der neuen Eliten zu artikulieren, waren sie unbe-

queme Partnerinnen für die am Staatsaufbau beteiligten Akteure – für die internationalen, aber auch für die afghanischen Akteure der NGO-Neugründungen, die an den Aufbaugeldern teilhaben wollten. RAWA wurde zunehmend als extrem, als unwillig zur konstruktiven Mitarbeit oder als unbedeutend bezeichnet und damit immer stärker delegitimiert. Die ganz konkreten und zahlreichen Sicherheitsprobleme der Frauenrechtlerinnen, die nicht offen arbeiten konnten, wurden dabei nicht beachtet, sondern noch gegen sie benutzt.

„[Die Gruppe RAWA wird] mit großem Misstrauen beobachtet […], weil sie, auch jetzt noch, verdeckt arbeitet." (Bauer 2002: 45) Die Studie von Antje Bauer für das Berghof Forschungszentrum für konstruktive Konfliktbearbeitung zum Thema *Handlungsspielräume und Hindernisse für die Beteiligung von Frauen am demokratischen Aufbau in Afghanistan* sammelt im Unterkapitel 4.3 zu RAWA vor allem Gerüchte über RAWA auf, statt deren Analysen und politische Arbeit darzustellen. RAWA falle unter einen „pauschalen Kommunismusvorbehalt" (ebd.: 45), „Gerüchte kursieren, sie [die Gruppe RAWA] werde vom ISI, dem pakistanischen Geheimdienst, unterstützt" (ebd.: 45), „[es] wurde der Verdacht geäußert, die Verdienste von RAWA beschränkten sich auf die Öffentlichkeitsarbeit" (ebd.: 45), in den Waisenhäusen würden auch Kinder leben und unterrichtet, die noch Verwandte hätten.

Die Sicherheitsprobleme von RAWA sind sehr real und haben sich seit 2002 nicht verbessert. Im Juli 2014 teilte die RAWA-Repräsentantin Mehek einer Seminargruppe in Österreich mit: „When we work in the open, we will not survive a day." (Mehek, 10.07.2014) Mariam von RAWA erklärte auf einer Konferenz in Berlin („Auf dem Weg zu einem Afghanischen Frühling?", 05.11.2015), dass „RAWA zu so etwas wie einer Marke geworden [ist]: Wer sich heute in Afghanistan lautstark gegen die Besatzung ausspricht, wird als RAWA-Anhänger*in gebrandmarkt." (Network Afghanistan/Bildungswerk Berlin 2016: 26) Auch Antje Bauer hatte in der Berghof-Studie (Bauer 2002) Hinweise bekommen, warum sie oft abgrenzenden Äußerungen zu RAWA erhalten hat:

> „Mitarbeiterinnen afghanischer Frauen-NGOs in Pakistan waren auffällig zurückhaltend, wenn sie um ihre Meinung zu RAWA befragt wurden und sprachen häufig erst, wenn das Mikrofon ausgestellt war. Fast alle räumten ein, dass die RAWA-Frauen sehr mutig seien." (Ebd.: 45)

Ein weiteres Beispiel ist der erste Band der *Schriften zur Demokratieförderung unter Bedingungen fragiler Staatlichkeit* der Heinrich-Böll-Stiftung, der Afghanistan, nach eigenen Angaben unter Beachtung von Genderaspekten, behandelt (vgl. Heinrich-Böll-Stiftung 2006). Eine der Studien beschäftigte sich spezifisch mit Organisationen von Frauen. Dort ist in der Schlussfolgerung zu lesen:

„Die afghanischen Frauen stellen sich weiterhin tot und warten darauf, dass ihnen andere Sicherheit verleihen – oder sie ihnen nehmen. Sie haben nicht versucht […] jene in die Pflicht zu nehmen, die für die Unsicherheit verantwortlich sind. Internationale feministische Gruppen […] [konnten] die afghanischen Frauen nicht ermutigen […], die Militarisierung und ihre unausweichlichen Folgen für die afghanische Gesellschaft zu thematisieren." (Moghaddam 2006a: 45)

Obwohl in der Studie eine Analyse der Frauenbewegung in Afghanistan gemacht wird, wird RAWA ausdrücklich – ein erstaunlich offensichtlicher Ausdruck überheblicher, eurozentrischer, epistemischer Gewalt – nicht einbezogen. „Die Organisation RAWA ist nicht Teil dieser Studie." (Ebd.: 38, Fußnote). Diese Aussage und die Begründung für den Ausschluss ist nur in einer Fußnote zu finden: RAWA sei ein „heikler Entwicklungspartner – man kann ihn nicht einschätzen" (ebd.: 38, Fußnote), wird erklärt. Weiter heißt es: „RAWA in der Frauenbewegung zu verorten, ist ein schwieriges Unterfangen […]." (Ebd.: 38, Fußnote) Der Organisation wird zudem die erzwungene Klandestinität als „Vorliebe für spektakuläre Inszenierungen" (ebd.) zum Vorwurf gemacht. Die englische Textversion ist an dieser Stelle noch deutlicher und spricht von „Possen der Geheimnistuerei": „[T]he organisation's penchant for ‚cloak and dagger' antics makes it a difficult development partner to assess and have a transparent relationship with." (Moghaddam 2006b: 36, Fußnote) Die Autorin der Studie, Sippi Azerbaijani Moghaddam, kommt dann nach der Ignorierung von RAWA und auch von anderen aktiven Basisorganisationen und Einzelpersonen zu der seltsam anmutenden Schlussfolgerung, dass die Auswirkungen der Militarisierung der afghanischen Gesellschaft und die weitverbreitete Gewalt gegen Frauen von afghanischen Aktivistinnen nicht thematisiert werde.

Ganz konkret hatte RAWA, wie schon seit vielen Jahren, anlässlich des Internationalen Tags der Menschenrechte auch am 10. Dezember 2001, demnach fünf Tage nach den Beschlüssen des Bonner Afghanistan-Gipfels, eine Demonstration durchgeführt. Dieses Mal hatte die Demonstration, die in Islamabad, Pakistan, stattfand, die UN-Niederlassung zum Ziel. Die Frauen beklagten sich über das nicht repräsentative Treffen in Bonn und akzeptierten die Beschlüsse zur Regierungsbildung mit überwiegend Nordallianz-Vertretern nicht. „Das sind genau die Leute, die Demokratie und Wahlen als blasphemische, ketzerische Konzepte bezeichnet haben. (RAWA-Erklärung, 10.12.2001)

„[D]as Gerede von ‚Demokratie' und ‚Frauen- Rechten' kann ihre angeborene fundamentalistische, terroristische Natur nicht reinwaschen oder verbergen. ‚Wenn man die sanften, hochglanzpolierten Erscheinungen gewisser Jihadi-Führer im Fernsehen sieht', kommentiert eine noch in Trauer befindliche Mutter, von Jahren des Leides und der Qualen vorzeitig gealtert: ‚Ich sehe das Blut meines Sohnes auf den makellosen Anzügen und Krawatten dieser ‚Nord-Allianz-Führer.'" (ebd.)

Auch die zwei in Bonn vertretenen Frauen wurden als Vertreterinnen frauenfeindlicher Fraktionen (Hezbe Wahdat und Parcham) abgelehnt. Es wurde gefordert, dass die UN die für Verbrechen verantwortlichen Personen vor ein Internationales Strafgericht bringen sollte. Auch sollte anstatt der Nordallianz-Führer besser die afghanische Bevölkerung unterstützt werden. Diejenigen, die die eigene Bevölkerung massakriert haben, würden zur Führung des Landes gemacht. Es wurden Puppen von Rabbani, Dostum, Khalili, Mullah Omar, Hekmatyar and Sayyaf symbolisch gehängt (Nawaz, 11.12.2001; Gul, 10.12.2001; Dawn, 11.12.2001).

„The women protestors holding banners and placards in their hands inscribed upon with slogans ‚Afghan women demand their basic rights', ‚Stop victimization of women', ‚Let women to be the equal partner in nation building' chanted high voiced slogans while urging United Nations to play its role in providing justice to the females in Afghanistan." (Pakistan Observer, 11.12.2001)

Solche oder ähnliche Demonstration finden bis heute am 10. Dezember jeden Jahres statt. Seit 2007 demonstrieren an diesem Tag die Victims' Organizations in Kabul, um die Amtsenthebung und Strafverfolgung von Kriegsverbrechern der Nordallianz und aus allen anderen Phasen der Kriege zu fordern (siehe dazu im Kapitel zu SAAJS).

DEMASKIERUNG FUNDAMENTALISTISCHER VERBRECHER – EIN KAMPF SEIT ÜBER 30 JAHREN

Seit der Gründung steht RAWA für eine Politik gegen islamisch-fundamentalistische Orientierungen. Doch vor allem nach den Erfahrungen mit den islamisch-fundamentalistischen Mujaheddin-Organisationen ab April 1992 hat RAWA in den weiteren 1990er Jahren und insbesondere im Interventionsjahr 2001 und danach massive Kritik gegen deren Politik formuliert und vor diesen Parteien, ihren Führern und Unterstützer*innen gewarnt.

2012 schreibt RAWA in einer Erklärung zum Jahrestag des Einmarsches der Mujaheddin-Führer in Kabul: „The same people who once said democracy was equivalent to blasphemy and elections, parliament und women's rights were symbols of paganism were propagated by the west to be the innate heroes in the field of democracy." (RAWA-Erklärung, 27.04.2012) In einem neu gestalteten Erscheinungsbild mit Anzug und Krawatte wurden die damaligen Mujaheddin-Führer zum zweiten Mal mit Hilfe von westlichem Geld und westlichem Militärgerät zu Machtfiguren aufgebaut.

Auch die Frauenrechtlerin Malalai Joya beschreibt diese Täuschung nach außen:

„Die meisten Menschen im Westen haben die Meinung übernommen, dass Intoleranz, Brutalität und die grausame Unterdrückung der Frauen in Afghanistan mit dem Taliban-Regime begonnen haben. Aber das ist eine Lüge – noch mehr Sand, den die Warlords, die die US-gestützte, sogenannte demokratische Regierung Hamid Karzais dominieren, der Welt in die Augen streuen. In der Wirklichkeit wurden einige der schlimmsten Gräueltaten unserer jüngeren Vergangenheit während des Bürgerkriegs von den Männern begangen, die jetzt wieder an der Macht sind.“ (Joya 2009: 41)

Noch bevor die ersten Luftangriffe durch das US-Militär geflogen wurden, verteilte die Central Intelligence Agency (CIA) der USA zusammen mit den bereits in Nordafghanistan anwesenden US-Spezialeinheiten Millionen Dollar, Waffen und Satellitentelefone an die Kommandeure der Nordallianz – an dieselben Warlords, die Afghanistan zwischen 1992 und 1996 verwüstet hatten (vgl. ebd.: 73). Der Aufbau ehemaliger Jihadi-Machtkämpfer zur zukünftigen Staatselite durch die an der Intervention beteiligten Regierungen war in den ersten Monaten in Bezug auf die Parteien der „Nationalen Islamischen Vereinigten Front zur Rettung Afghanistans“, bekannt als Nordallianz, unübersehbar. Der US-geführte Kriegszug vom 7. Oktober bis 8. Dezember 2001 wurde gemeinsam mit den seit 1996 im Rückzugskampf gegen die Taliban-Milizen zur Nordallianz zusammengeschlossenen Jihadi-Führern und deren Milizen durchgeführt. Bei der Bildung der Übergangsregierung am 5. Dezember 2001 auf dem Petersberg in Bonn wurden bereits die Ministerien aufgeteilt. Mehr als die Hälfte der zu vergebenden Posten ging an Warlords der Nordallianz, nachdem diese sich über erste Vorschläge beschwert hatten und für ihre Rolle bei der Vertreibung der Taliban-Regierung den politischen Preis einforderten (vgl. Kolhatkar/Ingalls 2006): Mohammed Qasim Fahim wurde Verteidigungsminister, Abdullah Abdullah wurde Außenminister, Junus Ghanuni übernahm das Innenministerium, Mohammed Mahaqeq wurde Planungsminister, Abdul Qadir wurde Minister für Städtische Angelegenheiten, Mir Wais Saddiq, Sohn des einflussreichen Warlords Ismail Khan, wurde Arbeits- und Sozialminister. „In Bonn verhandelte Khalilzad [vom US State Department] hinter verschlossenen Türen, um einige brutale Warlords in Schlüsselpositionen in der neuen Regierung zu installieren.“ (Joya 2009:75) Amrullah Saleh, der ab 1997 das internationale Verbindungsbüro der Nordallianz in Dushanbe, Tadjikistan, leitete und damit unter anderem die Kontakte zu ausländischen Geheimdiensten koordinierte (vgl. BBC, 12.09.2008), nahm nach den Angriffen des 11. September 2001 an führenden Geheimdienstoperationen der Nordallianz an der Seite des CIA-Einsatzleiters Henry Crumpton zur Niederschlagung des Taliban-Regimes teil (vgl. CBSNews, 02.08.2010) und wurde 2004 zum Direktor des afghanischen Geheimdienstes ernannt (bis 2010). Auch der 2001 eingesetzte und von 2004 bis 2014 gewählte Präsident Hamid

Karzai stand der Nordallianz nahe. Zur Zeit der Herrschaft und Machtkämpfe der Mujaheddin-Gruppen war er Vize-Außenminister von 1992-1994.

RAWA beschreibt die Aufwertung der anti-demokratischen Jihadi-Führer mit verbrecherischer Vergangenheit mit diesen Worten: „Thanks to the military presence of the US and NATO, the Jehadi wolves have ministries, provinces, the parliament, senate and other positions to pillage our people and continue their mayhems and oppression in new ways.“ (RAWA-Erklärung, 27.04.2012) Die Führer islamistischer Organisationen werden als Söldner bezeichnet, ihnen seien bereits in der Zeit des Mujaheddin-Krieges gegen die sowjetische Besatzung die Taschen mit Millionen von Dollar gefüllt worden. Damals sei dies humänitäre Hilfe genannt worden (vgl. ebd.).

Zum Internationalen Tag der Menschenrechte am 10. Dezember 2002 richtete sich RAWA nicht erneut, wie im Jahr davor, an die UN, sondern an die Bevölkerung des Landes, denn diese selbst müsse gegen Fundamentalismus kämpfen, um Menschenrechte zu erreichen. Menschenrechte dürfen kein sinnentleertes Werkzeug in den falschen Händen werden.

> „Wir sollten die Verletzung von Menschenrechten und demokratischen Rechten durch Verbrecher in unserer Regierung bloßstellen und wir sollten nicht zulassen, dass ‚Menschenrechte‘ ein Werkzeug in den Händen der Fundamentalisten werden, mit denen sie ihre makaberen, schmutzigen Gesichter reinigen und verschönern können.“ (RAWA-Erklärung, 10.12.2002)

Im Verlauf der weiteren Jahre wurden zunehmend Vertreter von außerhalb der Nordallianz an der Regierung beteiligt, beispielsweise ehemalige PDPA-Mitglieder. Seit der Wiederwahl Präsident Karzais 2009 hat dieser sich insbesondere mit Vertretern des legalen Flügels der Partei Hezbe Islami von Hekmatyar Gulbuddin umgeben (vgl. NBCNews, 23.06.2011). RAWA erklärte 2012 zu dieser Regierung der Einheit, die perspektivisch auch die Taliban einschließen soll: „Today the US and west are trying to broker reconciliation between the 28th and 27th April slaughterers and mercenary Taliban, and impose a united government of all traitors upon our people.“ (RAWA-Erklärung, 27.04.2012) Politiker zunächst auf ihre Verantwortung für Kriegs- und schwere Menschenrechtsverbrechen zu überprüfen und im gegebenen Fall von einflussreichen Ämtern auszuschließen – eine der am meisten unterstützten Forderungen der 2004 durchgeführten Bevölkerungsbefragung der Afghan Independent Human Rights Commission (vgl. AIHRC 2005) – wurde nicht praktiziert.

In einem seltenen Fall gab es kritische Anmerkungen auch auf internationaler Ebene durch westliche Diplomaten, nachdem die Neubesetzung eines Amtes nach der Wiederwahl Karzais 2009 bekannt wurde: Quasim Fahim wurde zum Stellvertreter Hamid Karzais ernannt. Fahim war offensichtlich nicht nur für die Tötung Hunderter seiner Gegner, unter anderem auf dem Kabuler Flughafen, während der bewaffneten Machtkämpfe um Kabul zwischen 1992 und 1996 be-

kannt. Auch seine gegenwärtige Rolle als Kopf einer kriminellen Struktur, die Ausländer entführt, Banken ausraubt, mit Waffen und Drogen handelt, war den Diplomaten kein Geheimnis. Auch der UN-Beauftragten für Afghanistan von 2008 bis 2010, Kai Eide, kritisierte die Besetzung des Vize-Präsidenten-Postens mit Fahim. RAWA empörte sich über die scheinheilige Kritik von Kai Eide, die eine Person heraus hebe und gleichzeitig die vielen anderen Politiker mit krimineller Vergangenheit (und Gegenwart) in zentralen Ämtern anerkenne. „The warlord-mafia regime of Karzai would not be uncontamined with criminal Fahim flushed down the toilet! … you ignore Karim Khalili, Ahmad Zia Massud, Rabbani, Qanooni, Abdullah, Sayyaf, Dostum, Mohaqiq, and other treacherous bands and storm against one of their parallels“, lautete der ausführliche Titel der Erklärung von RAWA dazu (RAWA-Erklärung, 13.05.2009). RAWA fragt:

„Has the world really ended and has a doomsday arrived that a puppet like Karzai has chosen a world-known corrupt and notorious criminal as his vice-president? Has this wild animal from another planet suddenly landed on earth that all the Western diplomats especially Mr. Kai Eide doesn't know him before?“ (Ebd.)

Wie oben erwähnt, war Fahim bereits von Ende 2001 bis 2004 Verteidigungsminister der Übergangsregierung und diente in dieser Zeit zudem bereits als einer von fünf Stellvertretern des Präsidenten. Ab 2006 kehrte er als Berater des Präsidenten zurück in die Regierung. RAWA stellt in ihrer Erklärung fest, dass die kriminellen Aktivitäten Fahims den Diplomaten und internationalen Organisationen schon lange sehr genau bekannt waren. Dieselben westlichen Regierungen seien die Erschaffer seiner islamistischen Partei, Jamit-e Islami, zu deren Führer neben ihm selbst unter anderem Ahmad Shah Massud, Burhanuddin Rabbani, Abdullah Abdullah und Younis Qanooni zählen (vgl. ebd.). Es würde kaum etwas gesagt über seinen „Zwillings-Kriminellen“ (ebd.) Abdullah Abdullah, der Präsidentschaftskandidat war, und keine Bemerkung werde über den Sprecher des Parlaments, Qanooni, gemacht, der ihm so schändlich ähnlich sei. RAWA fragt, warum dutzende Drogenbarone und Gangster wie Fahim alle hohen Posten in Beschlag nehmen. Immer wieder listet RAWA die Namen auf. Die Frauen von RAWA erklären, dass es genauso beleidigend und qualvoll für die Menschen sei, wenn ein brutaler Rohling wie Amnullah Guzar zum Polizeichef von Kabul ernannt werde, wie Fahim als stellvertretenden Präsidenten auszuwählen (vgl. ebd.). RAWA entwirft auch ein utopisches Bild davon, wie es anders hätte laufen können:

„Mr. Kai Eide, maybe our people would consider you a friend if you would have declared to United Nations: ‚I am not willing to serve a government whose head, with unparallel shamelessness has appointed traitors like Ismail, Anwar Jagdalak, Sarwar Danish, Khudaidad, Sabaoon, Farooq Wardak, Ismael Khan, Jabbar Sabit, Abdul Salam Azimi, Dr. Amin Fatimi,

Amir Sangeen, Hanif Atmar, Karim Khuram and other terrorist Jehadi mafias and Khalqis and Parchamis on high positions; I am not eager to work with a government whose ministers, governors, ambassadors and generals are directly or indirectly connected to murderous bands, busy sucking blood and committing treachery against miserable and pained people of Afghanistan and each cell and fiber of their bodies stink with embezzlement and debauchery; I consider working with a government who publicly defend the rapists and enforcing of anti-women laws, as treason to the most grieved people on earth.'" (RAWA-Erklärung, 13.05.2009)

Es ist wichtig, die Namen anzugeben, denn damit wird die Kultur der Straflosigkeit untergraben. In Afghanistan ist es heute ein Tabu, die Verbrecher der vergangenen Kriegsjahrzehnte beim Namen zu nennen. „Einen Warlord beim Namen zu nennen, wird mit Schwierigkeiten bis hin zu Todesdrohungen quittiert. Viele Journalisten erzählen von lebensnotwendiger Selbstzensur." (Joya 2009: 210) Die Frauenorganisation RAWA, die seit ihrer Gründungszeit auf klandestine Organisierung angewiesen war, kann auch im Afghanistan nach der Intervention 2001 nicht offen arbeiten. Die Untergrundorganisierung macht vieles sehr viel schwerer oder unmöglich. Doch in ihren politischen Stellungnahmen können sie genau das ausdrücken, was zu sagen ihnen wichtig ist – ohne mögliche repressive Folgen einzubeziehen. Gegen eine andere Organisation, die Solidaritätspartei Afghanistan, die die Namen von Kriegsverbrechern offen ausgesprochen und Strafermittlungen gefordert hat, wurde beispielsweise ein Verbotsverfahren eingeleitet. Auch die Anwendung physischer Gewalt zur Einschüchterung oder Bestafung von zu direkten Äußerungen über die Verbrechen der Jehadis ist keine Seltenheit. RAWA zieht aufgrund der Radikalität ihrer Analysen und der konsequenten Bezugnahme auf Frauenrechte, zumal als eigenständige Frauenorganisation, den Hass der islamischen Fundamentalisten auf sich. Die Mitglieder von RAWA sind aufgrund ihrer Vorsichtsmaßnahmen jedoch nicht physisch greifbar.

Zu den Präsidentschaftswahlen 2009 hatte RAWA für zehn der Kandidaten begründet, warum diesen nicht erlaubt sein dürfe, ein Staatsamt zu übernehmen (vgl. RAWA-Erklärung, 29.06.2009). Die beschriebenen Gründe decken ein weites Spektrum ab: Beteiligung an der Ermordung und Vergewaltigung der Bevölkerung in der Jihadi-Zeit 1992-1996, Tätigkeit als Kommandeur der Talibanregierung einschließlich dem Auspeitschen von Frauen und der Kontrolle der Bärte von Männern, aktuelle Mordverbrechen, Tätigkeit für die CIA, terroristische Aktivitäten an der Seite von Gulbuddin Hekmatyar und Mord an Intellektuellen und Freiheitskämpfern unter der Khalq/Parcham Regierung. Auch der von 2001 bis 2014 amtierende Präsident Hamid Karzai wurde zurückgewiesen, unter anderem, weil dieser immer wieder Fundamentalisten privilegiert hatte und weil er mit zwei kriminellen fundamentalistischen Führern, Fahim und Khalili, als Vizepräsidenten kandidierte (vgl. ebd.). Die Independent Election Commission of Afghanistan wird von RAWA kritisiert, nicht neutral und unabhängig zu sein, da

sie Kandidaten zur Wahl zulässt, die Morde und andere Verbrechen begangen haben (vgl. RAWA-Erklärung, 13.05.2009). Nach der Einschätzung von RAWA wäre der angemessene Platz dieser Kandidaten hinter Gittern und nicht im Präsidentenpalast: „If the decision would be in the hands of Afghan people, instead of creating ‚Election Commission' they would create ‚Commission for investigating the crimes of the last 30 years' and record their names in that list." (RAWA-Erklärung, 29.06.2009)

Die Erklärungen von RAWA zu den Wahlkandidaten entsprechen in etwa dem, was einige Jahre zuvor von Human Rights Watch (HRW) als einzuführendes Beschwerdeverfahren empfohlen worden war. Diese Empfehlungen an die afghanische Regierung wurden im Zusammenhang mit einer eigenen Studie zu vergangenen Gewalttaten gemacht (vgl. Human Rights Watch 2005). HRW schlägt vor, dass die Wahlkommission (Independent Election Commission of Afghanistan) öffentliche Anhörungen durchführt, auch auf regionaler Ebene, bei denen Beschuldigungen in Bezug auf schwere Menschenrechtsverbrechen, Verletzungen des Humanitären Völkerrechts, Verbrechen gegen die Menschlichkeit wie auch Verstöße gegen das Wahlgesetz vorgebracht werden können. Ein öffentlicher Bericht mit den vorgebrachten Beweisen sollte für strafrechtliche Ermittlungen an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet werden. Für die gerichtliche Verfolgung wurde ein Sondergericht empfohlen, das aufgrund der Gefahr politischer Manipulation durch die äußerst machtvollen Angeklagten mit einer Mehrheit von internationalen Richtern und internationalen Anklägern besetzt sein müsse. HRW hatte 2005 auch der Regierung nahegelegt, keine Amnestie oder andere Immunitäten zuzulassen für Personen, die in Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder andere schwere Verletzungen des Humanitären Völkerrechts verwickelt sind (vgl. ebd.). Als RAWA zu den Wahlen im Jahr 2009 ihre Beschuldigungen vorbrachte, war eine Generalamnestie trotz internationaler Proteste und Karzais Versprechen, das Gesetz nicht zu unterzeichnen, bereits kurz danach gesetzlich wirksam.

DAS MILITÄR BRINGT KEINE LÖSUNG

In den ersten Monaten nach dem Machtwechsel 2001 sah RAWA in UN-geführten militärischen Truppen zum Friedenserhalt (Peacekeeping) die Möglichkeit zur notwendigen Entwaffnung bestehender, berüchtigter Milizen und zum Schutz vor willkürlicher Gewaltausübung.

RAWA forderte in einem „Appell an die UN und der Weltgemeinschaft" (RAWA-Erklärung, 13.11.2001), unter anderem, dass friedenserhaltenden Blauhelm-Soldaten eingesetzt werden, vor allem zum Schutz vor der Wiederholung brutaler Taten gegen die Bevölkerung durch die erneute Regierungsmacht der Führer der

Nordallianz. Noch am Tag der militärischen Einnahme der Hauptstadt durch die Einheiten der Nordallianz erklärte RAWA: „Wir möchten die UN ausdrücklich darum bitten, ihre wirksamen Friedenstruppen ins Land zu entsenden, bevor die NA [Nordallianz-Banden] die unvergesslichen Verbrechen wiederholen können, die sie während der oben erwähnten Jahre [1992-1996] begangen haben." (Ebd.)

Diese Befürwortung einer bestimmten Form von internationaler Militärpräsenz wurde von Beginn an mit Skepsis formuliert und später korrigiert. „Das heißt aber noch lange nicht, dass wir der UNO vollkommen vertrauen. Wir haben die westlichen Staaten schon lange vor dem 11. September immer wieder vor den Fundamentalisten gewarnt, ohne Erfolg." (Shahala, RAWA, in Pauli, 12.12.2001)

Der ISAF-Einsatz – International Security Assistance Force zur Sicherung der afghanischen Übergangsregierung und der UN-Mitarbeiter*innen – war zu keinem Zeitpunkt ein Peacekeeping-Einsatz, wurde jedoch häufig von außen als solcher charakterisiert. Die Nordallianz wehrte sich gegen eine Kontrolle durch internationale militärische Einheiten, sie wollten die alleinige militärische Macht im Land sein. Die anfängliche Reduzierung des Einsatzgebietes von ISAF auf die – ohnehin relativ sichere – Hauptstadt Kabul und deren nähere Umgebung und das zu Beginn äußerst geringe Kontingent von 5000 Soldat*innen war ein Ergebnis dieser Gegenwehr (vgl. Kolhatkar/Ingalls 2006: 98). Erst ab 2003 wurde ISAF schrittweise bis 2006 auf das ganze Land ausgeweitet und veränderte damit auch seine Aufgaben hin zur Aufstandsbekämpfung.

Damit blieben circa zwei Jahre Zeit, in der die verschiedenen Warlords mit ihren privaten Milizen ihre jeweiligen Machtbereiche etablierten bzw. sich in Machtrivalitäten gewaltsam darum stritten. Ismail Khan beispielsweise beherrschte nun wieder Herat und die Provinz Farah, nahm willkürliche und politische Verhaftungen vor, folterte, bedrohte Journalisten mit dem Tod oder verhaftete sie und erzeugte bewusst Angst in der Bevölkerung, um damit Gehorsam und Ergebenheit zu erreichen (vgl. Kolhatkar/Ingalls 2006). Vor allem Frauen wurden massiv eingeschüchtert und mit Taliban-ähnlichen Vorgaben reglementiert: Frauen sollten möglichst im Haus bleiben, sie mussten den ganzen Körper verhüllen, durften ohne Begleitung keine Taxis benutzen und nicht mit Männern reden. Ihre Arbeitsmöglichkeiten wurden stark eingeschränkt. Eine Religionspolizei und eine Jugendpolizei kontrollierte die Einhaltung der Regeln und zwang junge Frauen zu gynäkologischen Untersuchungen, um festzustellen, ob sie Geschlechtsverkehr hatten. Khan hatte den Posten des Gouverneurs von Herat bei der Regierungsbildung erhalten und weitete sein Einflussgebiet insbesondere auf den wichtigen Handelsweg nach Iran aus. Seine durch ihn allein verwalteten Zolleinnahmen betrugen 100 Millionen US Dollar im Jahr und damit eine Summe, die mehr als ein Fünftel des damaligen Staatshaushalts von Afghanistan umfasste (vgl. ebd.: 109). Khan verfügte 2002 über schätzungsweise 30.000 private Milizionäre – doppelt so viele wie die Afghan National Army zu dieser Zeit (vgl. ebd.: 105).

Ismail Khan war keine Ausnahme. Der Kommandeur Abdul Rashid Dostum, der sich Ende 2001/Anfang 2002 mit der Tötung von Tausenden Taliban-Gefangenen durch Erstickung in Containern und Massenhinrichtungen hervorgetan hatte, kontrolliert/e die Provinzen im zentralen Norden. General Mohammed Daud übernahm die Kontrolle des Nordostens und der Kommandeur Gul Agha Sherzai beherrschte die südlichen Provinzen, einschließlich Kandahar, bis er dieses Einflussgebiet an Yusuf Pashtun weitergab im Tausch gegen einen Posten in der Zentralregierung (vgl. Kolhatkar/Ingalls 2006: 105). Um wirtschaftliche Macht zu erhalten, wandten sich sowohl die Warlords der Zentralregierung wie die örtlichen Kommandeure dem Diebstahl von Land (vgl. Gall, 21.10.2003) und dessen Kontrolle, Diebstahl von Steuern und Zöllen bzw. Einnahmen an beliebig errichteten Kontrollstellen, Diebstahl humanitärer Hilfsgüter und Drogenhandel zu (vgl. Kolhatkar/Ingalls 2006: 108). Auf humanitäre Lieferungen wurden illegale Wegezölle erhoben oder die Hilfsgüter wurden durch die Warlords gestohlen. Im Winter 2001/02 etwa erreichten dringend benötigte Hilfslieferungen, die nach dem Sturz der Taliban ins Land kamen, nicht die Bedürftigen, weil sie gestohlen wurden (vgl. ebd.). Es mussten mit den Warlords Kommissionen von 10-15 Prozent vereinbart werden, damit Hilfsgüter verteilt wurden – an diejenigen, die versprachen, den örtlichen Warlord zu unterstützen.

Das US-Militär war nach eigenen Angaben in beinahe jeder der privaten afghanischen Armeen US-Spezialeinheiten involviert (vgl. Rumsfeld, 08.05.2002). Es löste bereits 2002 Unverständnis und Unzufriedenheit der einfachen Bevölkerung aus, weil die US-Soldaten dabei waren und zusahen, wenn tödliche Schlachten zwischen verschiedenen Warlord-Milizen stattfanden. Ein Mann, der dabei seinen Bruder verlor, klagte: „The Americans talk about the Taliban and al-Qa'eda. What is al-Qa'eda to me? This is my home, my children, my land and it is all in danger because of these fighters [the Northern Alliance] who are with the Americans." (Zit. nach Kolhatkar/Ingalls 2006: 108)

Als Präsident Hamid Karzai im April 2002 ein Gebiet Afghanistans besuchte, das von einem Erdbeben betroffen war, stellte er fest, dass selbst dort die Hauptforderung der Menschen nicht Hilfsgüter, sondern Sicherheit und Frieden war (vgl. AFP, 22. April 2002). Am 10. Dezember 2002, zum Internationalen Tag der Menschenrechte, erklärte RAWA, warum die Organisation es falsch findet, wenn in den USA und dem Westen von einem Krieg gegen den Terrorismus geredet und dieser Einsatz als relativer Erfolg gewertet wird:

„Nun, nahezu tägliche Terroraktionen, die Ermordung von zwei Ministern, ein Attentat auf Karzai, die Fortsetzung von Übergriffen und Raub, die Streitigkeiten zwischen den Warlords und der Stillstand des Aufbauprozesses widersprechen dieser Einschätzung. Sie sollten wissen, dass der Terrorismus der Al-Quaida und ihrer Brut, ob in Afghanistan oder anderswo, nicht beseitigt werden kann, ohne die Unterstützung fundamentalistischer Regierungen und Gruppen in

allen Winkeln der Welt zu unterbinden und stattdessen die demokratischen Kräfte zu unterstützen. Und als ersten Schritt dahin sollten sie die Unterstützung der Jehadi Verbrecher beenden. […] Die Erfahrung der letzten 23 Jahre hat gezeigt, dass die USA und der Westen sich in ihrer Herangehensweise und ihrer Stellung zu den Menschenrechten hauptsächlich von ihren eigenen politischen Interessen leiten lassen. Die Wiedereinsetzung religiös motivierter Verbrecher in Afghanistan nach dem Terroranschlag des 11. Septembers ist ein kristallklares Beispiel für die Achtlosigkeit und Ignoranz des Westens hinsichtlich Menschenrechte, Frauenrechte und Demokratie in unserem Land. Wie können sie hoffen, dass solch verdorbene Elemente ‚menschlich' und ‚zivilisiert' werden?" (RAWA-Erklärung, 10.12.2002)

Insgesamt betont RAWA immer wieder die negativen Folgen der Wiedereinsetzung fundamentalistischer Führer, die bereits in der Vergangenheit schwerste Menschenrechtsverbrechen gegen die eigene Bevölkerung begangen hatten und damit auch nach 2001 nicht aufhörten. Die fortwährende Unterstützung dieser Personen wird von RAWA als der Kern des Problems betrachtet. RAWA äußerte sich in den ersten Jahren nach der militärischen Intervention 2001 selten mit direktem Bezug auf die die internationale Militärpräsenz. Doch dann bekundet RAWA zunehmend, dass das Militär keine Lösung bringt (vgl. Friba, RAWA, Interview in Kabul, 18.05.2009).

Bereits 2002 und 2003 fanden in Afghanistan die ersten Demonstrationen gegen die Anwesenheit der US-Truppen statt. Am 06. Mai 2003 demonstrierten 300 Personen, einschließlich Regierungsangestellte und Studierende, in Kabul, um gegen die zunehmende Unsicherheit wie auch gegen den langsamen Wiederaufbau und die verzögerte Bezahlung staatlicher Gehälter zu protestieren (vgl. Reuters, 06.05.2003). Ein Slogan der Demonstrierenden war „We don't want the Brits and the Americans! We want security. […] [W]e want them out!" (ebd.).

Demonstrationen durchzuführen war zu dieser Zeit lebensgefährlich, weil die Polizei sich vor allem aus den Milizen der Nordallianz-Führer zusammensetzte, die in solchen Protestformen gleich Feindschaft vermuteten, die nicht geduldet werden durfte. Als im November 2002 Studenten protestierten, um ihren Hinweisen an die Verwaltung Nachdruck zu verleihen, weil ihnen Nahrung, Elektrizität und trotz bevorstehendem Winter auch Fensterscheiben im Wohnheim fehlten, wurden der Medizinstudent Abdul Ghaffar und der Jura-Student Abdul Rahim erschossen sowie viele weitere schwer verletzt. Bereits Verwundete und Festgenommene wurden weiter brutal geschlagen. Die Protestierenden wurden zur Legitimation dieser Gewalt als Pro-Al-Quaeda bezeichnet. Der Vater des getöteten Rahim, Qazi Abdul Hakim, sagte wütend:

„That boy was my light, and now he is gone. I sent him to Kabul to study, and instead he was killed. Not by the communists or the Taliban, but by the police of a democracy. My son was a good Muslim from an educated family. They killed him, and then they announced he was al Qaeda." (Hakim, zit. nach Washington Post, 24.11.2002)

„Al-Queda ist solch eine leichte und billige Entschuldigung geworden!“ (RAWA-Erklärung, 24.11.2002), empörte sich RAWA. Der Druck sei groß, sich einem der machtvollen politischen Führer bzw. politisch-militärischen Fraktionen zuzuordnen, die an den afghanischen Universitäten mit Gangs Kontrolle ausüben, so RAWA, die den Studierenden riet, eine Einheit zwischen Studierenden aus allen Provinzen zu bilden und sich die iranische Studentenbewegung zum Vorbild zu nehmen, die sich nicht verleiten lasse, sich an einflussreiche Personen oder Organisationen zu binden.

Als Anfang 2003 der Angriffskrieg der USA und einiger Verbündeter gegen den Irak kurz bevor stand, stellte sich RAWA in den Zusammenhang der weltweiten Antikriegsproteste und führte eine Demonstration in Pakistan durch. Eine Demonstration in Afghanistan wäre nicht möglich gewesen:

> „Nach 25 Jahren Krieg hasst das afghanische Volk den Krieg mehr als die meisten anderen Nationen. Doch es kann sich in seinem Protest gegen den Krieg nicht mit den Stimmen von Millionen Kriegsgegnern in aller Welt verbinden, weil es von fundamentalistischen Diktatoren beherrscht wird.“ (RAWA-Erklärung, 24.02.2003)

Die Menschen in Afghanistan wüssten sehr gut, wie Begründungen zu verstehen sind, dass ein Krieg gegen den Terrorismus und im Namen der Demokratie geführt wird (vgl. ebd.). Die irakische Bevölkerung leide bis an die Grenzen unter den Verbrechen von Saddam Hussein, doch sie hätte die US-Regierung und ihre Verbündeten nie um eine militärische Intervention und um Rettung gebeten. „Die Abschaffung einer Regierung ist das Vorrecht des betreffenden Volkes in welchem Land auch immer. Ansonsten wird das Ergebnis auf lange Sicht weder stabil noch haltbar sein.“ (Ebd.)

Zunehmend deutlicher richtete RAWA ihre Kritik auch gegen die internationale Truppenpräsenz im eigenen Land, sowohl in Bezug auf die (vor allem US-)Anti-Terrorismus-Einheiten (OEF) als auch in Bezug auf die Internationale Sicherheitsunterstützungstruppe, ISAF. Die US-Truppen würden nur gegen diejenigen Gruppen kämpfen, die neben Afghanen auch US-Bürger umgebracht hätten. Demgegenüber würden weder ISAF noch die US-Truppen den Banden der Nordallianz Einhalt gebieten, die keine US-Amerikaner, jedoch viele Afghanen getötet haben (vgl. RAWA-Erklärung, 02.10.2004). RAWA weist auf die hohe Zahl ziviler Opfer durch amerikanische Streitkräfte hin und darauf, dass das rücksichtslose Vorgehen den Zorn der Menschen schüre (vgl. RAWA-Erklärung, 28.04.2007). „[W]e witness that they are killing thousands of our innocent people under the name of ‚fighting terrorists‘ [...].“ (RAWA-Erklärung, 08.03.2008)

Auf einer Kundgebung in Barcelona, Spanien, am 15. März 2008, sagte eine Vertreterin von RAWA: „The ‚war on terror‘ is in fact a war against Afghan people. The US and NATO troops have committed many war crimes against

defenseless people. Thousands of innocent were killed while the destroyers and murderers were even further empowered.“ (RAWA Website: Tours)

RAWA vermutet zudem, dass die Taliban nicht ernsthaft durch das US-Militär bekämpft werden, sondern eher einen Anlass bieten, um die militärischen Aktivitäten und deren Ausweitung in immer weitere Gebiete zu rechtfertigen.

„The day to day expansion of the power of Taliban reflects the real nature of the ‚war on terror‘ which has empowered the roots of fundamentalist terrorism more than ever. This is only a showcase to justify the long military presence of the US in our country and in the region. The result of this war has been such a huge failure that even political and military officials of the US and other countries have mentioned it very explicitly several times.“ (RAWA-Erklärung, 07.10.2008)

RAWA weist im Zusammenhang mit den seit 2010 offiziell geführten Versöhnungsverhandlungen mit den Taliban darauf hin, dass der US-Vizepräsident Joseph Robinette Biden bekannt gab: „Taliban are not our enemies.“ (RAWA-Erklärung, 08.03.2012) Biden hatte dies in einem Interview mit Newsweek bekundet, in dem er auch ausdrückte, wie wenig es der US-Regierung um die Bevölkerung in Afghanistan geht: „[I]f Afghanistan ceased and desisted from being a haven for people who do damage and have as a target the United States of America and their allies, that’s good enough.“ (Gelb, 19.12.2011) Während US-Militär die Taliban nicht ernsthaft bekämpft, sind von den Bombardierungen jedoch immer wieder Zivilisten betroffen sind:

„Instead of removing the cancerous lump of the Taliban and their Jehadi brothers from the framework of Afghanistan, the troops of the US and its allies are bombarding wedding and joy parties and showering bullets on our oppressed people, especially women and children. Furthermore, when such crimes are exposed they shamelessly and haughtily deny them, and when the matter is proved, an arrogant ‚sorry‘ is offered, which pours more salt on the wounds of the people.“ (RAWA-Erklärung, 07.10.2008)

Die Anzahl getöteter Zivilisten hat mit jedem Jahr zugenommen, mindestens für die Jahre 2005 bis 2010 auch diejenigen, die durch Einsätze des US-Militärs und deren Verbündeter getötet wurden (vgl. Haid/Schürkes/Wagner 2011: 36). Als am 5. Mai 2009 ein Dorf im Bezirk Bala Baluk der Provinz Farah aus der Luft von US-Flugzeugen bombardiert wurde, starben mindestens 140 Zivilisten (164 nach Angaben des Studenten Hemayon Iam). 94 der Getöteten waren Mädchen unter 18 Jahren, die in einem Haus Schutz gesucht hatten vor den Kämpfen mit einer Taliban-Gruppe, die zum Zeitpunkt der Bombardierung bereits beendet waren (vgl. Straziuso/Faiez, 10.05.2009; AFP, 10.05.2009). Aufgrund der Verletzungen wurde zudem angenommen, dass Phosphor eingesetzt wurde (vgl. Malalai Joya, Interview in

Kabul, 20.05.2009). Als am nächsten Tag Dorfbewohner*innen 25 der nicht verschütteten Leichen zum Gouverneursbüro brachten, dort jedoch die Anzahl massiv herunter gespielt und zudem von getöteten Taliban geredet wurde, entstand aus Wut über die Lügen eine Protestdemonstration in der Stadt Farah. Der Landwirtschaftsstudent Hemayon Iam hatte 19 Angehörige durch die Luftbombardierung verloren und war aus Kabul angereist. Er erzählte mir eine gute Woche später, dass Dorfbewohner*innen auch nach dem Verschwinden der Taliban vom Militär gehindert wurden, ihre Häuser zu verlassen. Die Taliban waren schon weit entfernt als aus der Luft ihr Dorf bombardiert wurde.

„Während der Demonstration haben die Leute aus Farah gesagt, diejenigen die solche Kriegsverbrechen begehen, die amerikanischen Truppen und auch die, die als Marionetten mit diesen arbeiten, afghanische Marionetten, die müssen vor das internationale Strafgericht gebracht werden, ICC. Die Afghanen aus Farah sehen das als Kriegsverbrechen. Die Amerikaner haben so viel Hochtechnologie eingesetzt, wie kann es sein, dass sie nicht erkennen, ob dort Taliban sind oder nicht. Bei ihren Überwachungen können sie vier Inch Plätze erkennen, die Amerikaner haben so viel technische Möglichkeiten." (Hemayon Iam, Interview in Kabul, 20.05.2009, Übers. d. A.)

Obwohl Sicherheitskräfte auf diese erste Demonstration in der Stadt Farah geschossen und Menschen verletzt hatten, fand wenige Tage später eine weitere Demonstration von Studierenden in Kabul statt. Im Wohnheim redeten sie über ihre Trauer. Einige der Studierenden kamen aus der Provinz Farah, doch auch Student*innen aus anderen Provinzen wollten etwas tun. Kurzentschlossen führten sie die Demonstration gemeinsam durch und erklärten: Solange wie die USA mit ihren Truppen im Land bleibt und mit solchen „blinden Bombardierungen" (Hemayon Iam, Interview in Kabul, 20.05.2009) fortfahren und Zivilisten töten, solange werden sie ihre Stimme erheben und mit solchen Demonstrationen weitermachen. Sie erklärten, die Türen der Universität zu schließen und auch nicht zur bevorstehenden Präsidentenwahl zu erscheinen. Weit mehr als 1000 Menschen nahmen an der Demonstration teil. Es sei nicht möglich, zu studieren und dort an der Universität die Politik draußen zu lassen, wie der Bildungsminister es verlange. In den Wohnheimen würden sie sich treffen und viel miteinander reden.

„Immer wieder denken die Student*innen darüber nach, wie Demokratie entstehen kann und Freiheit in diesem Land. Wir machen uns ständig Gedanken und Sorgen. [...] [W]ir gehören keiner politischen Organisation an. Als gebildete Leute und als junge Generation machen wir uns Sorgen um die Zukunft. […] Aber es ist schwer [die Bildung fortzusetzen]. Wenn du Examen hast und du machst dir so viele Sorgen und du hast gerade Angehörige durch Bombardierungen verloren, wie kannst du deine Prüfungen machen. Wir leiden so viel. Ich habe

19 Angehörige verloren. Ich bin Opfer. Ob ich will oder nicht, ich muss es politisch nehmen. So viele Fragen entstehen [...]" (Ebd.)

Hemayon Iam möchte seine Bildung fortsetzen, er braucht diese, sagt er. Dafür müsse er aber entspannt sein. „Wenn ich jetzt lesen will, ist es so viel schwieriger als zuvor. Seht, welch negativen Effekt es auf die Studierenden hat. Diejenigen, die sagen, die Studenten sollten nichts tun, liegen falsch. Sie sind nicht ehrlich. Für die Studenten war es [die Demonstration] eine starke Stimme voller Hoffnung." (Ebd.)

RAWA dokumentierte Berichte über die Bombardierung in Bala Baluk und deren Opfer sowie von der Demonstration der Studierenden auf ihrer Website und verfasste eine Erklärung, in der die Frauenorganisation nun von Besatzern spricht, die sie ablehne wie sie die Taliban und die Nordallianz ablehne. „The only way our people can escape the occupant forces and their obedient servants is to rise against them under the slogans of: ‚Neither the occupiers! Nor the bestial Taliban and the criminal Northern Alliance; long live a free and democratic Afghanistan!'" (RAWA-Erklärung, 07.05.2009). RAWA nimmt in der Erklärung Bezug auf die neue Strategie der Regierung von Barack Obama, der gerade die ersten 100 Tage im US-Präsidentenamt absolviert hatte. Die massive Aufstockung der US-Truppen bringe die Bevölkerung in eine größere Gefahrenzone, mit noch mehr Toten und Unterdrückung. Zoya von RAWA erklärte im Mai 2009, dass das internationale Militär die Situation in Afghanistan noch komplizierter mache, weil nicht nur die Warlords Millionen Dollarbeträge zugeschoben bekommen, sondern auch die Taliban und andere terroristische Gruppen immer stärker geworden sind. Die USA und die NATO seien nicht wirklich interessiert an Frieden und Stabilität in Afghanistan. Solange terroristische Gruppen aktiv sind, könnten sie ihre Dauerpräsenz in Afghanistan begründen. Die USA verfolgen geopolitische und ökonomische Interessen und möchten Afghanistan zu einer starken Militärbasis für die Region umwandeln (vgl. Zoya, Interview mit Elsa Rassbach, AfterDowningStreet, 22.05.2009).

Zoya, die im Komitee für Auswärtige Angelegenheiten von RAWA aktiv ist, vertritt auch die Forderung, dass die internationalen Truppen so schnell wie möglich abgezogen werden sollten. „If these troops do not withdraw, we are sure that the Afghan people will have no other option but to rise up against them […] because occupation is not a solution." (Ebd.). Frauen könnten nicht ihre grundlegenden Rechte haben in einem Land, das nicht unabhängig ist „and whose people are captives in the chains of colonialism and despotism" (RAWA-Erklärung, 08.03.2013). Der Abzug der Truppen könne ein erster Schritt sein, um Freiheit und Demokratie zu erreichen. Die afghanischen Menschen müssten sich selbst von den internen Feinden – der Nordallianz und den Taliban – befreien. Doch in der gegenwärtigen Situation würden die internen Feinde von den externen Feinden – den USA und der NATO – gedeckt und unterstützt.

„Instead of defeating Al-Qaeda, Taliban and Gulbuddini terrorists and disarming the Northern Alliance, the foreign troops are creating confusion among the people of the world. We believe that if these troops leave Afghanistan, our people will not feel a kind of vacuum but rather will become more free and come out of their current puzzlement and doubts. In such a situation, they will face the Taliban and Nothern Alliance without their ‚national' mask, and rise to fight with these terrorist enemies. Neither the US nor any other power wants to release Afghan people from the fetters of the fundamentalists." (RAWA-Erklärung, 10.12.2007)

Weil es nicht im Interesse der USA liege, könnten sich nur die afghanischen Menschen selbst von ihren internen Feinden, den islamischen Fundamentalisten verschiedener Erscheinungsformen, befreien. „Afghanistan's freedom can be achieved by Afghan people themselves. Relying on one enemy to defeat another is a wrong policy [...]." (Ebd.) Auch Friba von RAWA machte im Interview deutlich, dass sie schon lange vom internationalen Militär nichts Positives mehr erwarte. Im Gegenteil würden sich mit der US-Besatzung die Verhältnisse immer weiter verschlechterten.

„This is true that miliary is not the solution at all. Because as experience showed the world and in Afghanistan beside this seven years we are not optimistic for the miliary in the country, because we haven't seen any real change in the country since this US-occupation, the US and its allies occupation in the country. Things go worse day by day. The Taliban get much more strong in the countryside, even in Kabul. The kidnapper groups they get stronger day by day, [despite] the existence of the foreign troops in the country. We think that military is not the solution at all. We really want all the foreign troops to go out of the country." (Friba, RAWA, Interview in Kabul, 18.05.2009)

Friba legt dabei großen Wert darauf, dass es nicht allein um die Präsenz von Truppen geht, sondern dass das Problem insgesamt in der äußeren Einmischung durch andere Staaten und insbesondere in der Unterstützung der fundamentalistischen Organisationen liegt, die gestärkt werden. „But the point is that the US government and its allies and the neighbouring countries, like Pakistan, Iran and other neighborhood countries, they should stop their interfer in the country, they shouldn't support of the Taliban [and others]." (Ebd.)

Diese Unterstützung für die Taliban und für andere islamistische Organisationen hat eine Geschichte. Ohne diese Unterstützung von außen hätten diese Organisationen nicht viel Macht, denn im Land selbst haben sie keine starke Basis, so Friba:

„Who created the Taliban? This is the point. Who created all these fundamentalist parties? Again, the answer is very clear: Everybody knows, every Afghan child knows that these fundamentalist parties were created or supported by the United States government through the Pakistani government. So if the Taliban don't have the support of any country, they will not get, why they get, how they can get the government? Because they don't have the people with

them. You know, they are not back to the people. This is the point. If the foreign countries they stop, especially the neighborhood countries, they stop their interference in the country, so they don't support the Taliban, they don't support for the commanders ...“ (Friba, RAWA, Interview in Kabul, 18.05.2009)

Von Jahr zu Jahr hat in Afghanistan die Unzufriedenheit mit dem internationalen Militär und insbesondere mit dem US-Militär zugenommen. Als ich 2010 im Sommer in Afghanistan war, konnte ich beinahe jede Woche in der Zeitung von Protestdemonstrationen lesen, die anlässlich von zivilen Toten durch Luftbombardierungen oder andere Militäraktionen, dem gewaltsamen und respektlosen Eindringen in Privaträume bei nächtlichen Hausdurchsuchungen, Schändungen des Koran, Respektlosigkeit vor der Kultur und dem Islam oder tödlichen Verkehrsopfern durch US-Botschaftsfahrzeuge stattfanden. RAWA legt großen Wert darauf, dass der Protest gegen Besatzungskräfte verbunden wird mit dem Protest gegen die Taliban und die Nordallianz (vgl. RAWA, 07.05.2009), weil ansonsten gerade die islamistischen Organisationen wieder gestärkt würden. „Combating against the armed and alien forces in the country without being loud-mouthed against the Talibi and Jehadi enemies would mean welcoming the misfortunes of fascism and religious mafia“ (RAWA-Erklärung, 07.10.2008)

KEINE „BEFRIEDETE FAMILIE“ MIT DEN TALIBAN

Schon viele Jahre bevor es offiziell wurde, hat RAWA die geheimen Verhandlungen der USA mit den Taliban und anderen illegalen fundamentalistischen Gruppen offen benannt und sich radikal ablehnend positioniert. Eine erste Erklärung verfasste RAWA 2007 als offenen Aufruf an die Vereinten Nationen und überreichte diesen mit einer Demonstration am 28. April 2007 an die UN-Vertretung in Islamabad. Darin greifen sie aus der Tagespresse eine Äußerung des UN-Gesandten für Afghanistan und Leiter der UN-Mission UNAMA (United Nations Assistance Mission in Afghanistan), Tom König, auf, in der er erklärte hatte, auch mit beschuldigten Kriegsverbrechern zu reden, einschließlich den Taliban. „He said this included the Taliban, which he described as ‚a movement that includes terrorists and uses terrorist methods but that also has a political foundation‘.“ (RAWA-Erklärung, 28.04.2007) Ein solcher Plan zu Verhandlungen mit den Taliban wird von RAWA mit aller Kraft verurteilt. Wenn die UN nicht bereit seien, die pro-demokratischen und freiheitsliebenden Kräfte Afghanistans zu unterstützen und auch nicht Kriegsverbrecher der Taliban und der Nordallianz vor ein internationales Strafgericht bringen möchten, so sollten sie doch zumindest Unternehmungen verhindern, die die Dominanz der anti-demokratischen, frauenfeindlichen und grausamen Terroristen der Tali-

ban und der Nordallianz über Afghanistan ausweiten wollen (vgl. ebd.). „If the plan for talks with the Taliban is realized, it will be tantamount to tightening the grasp of brutal fundamentalists around the necks of our mournful people.“ (Ebd.)

Die vom 2. bis 4. Juni 2010 in Kabul von der afghanischen Regierung durchgeführte National Consultative Peace Jirga (NCPJ) sollte den Auftakt der offiziellen Phase des Friedens- und Versöhnungsprozesses mit den sogenannten regierungsfeindlichen Gruppen markieren. Während Burhanuddin Rabbani, der afghanische Ex-Präsident von 1992 bis 96 (bzw. nach seinem Selbstverständnis bis 2001), den Vorsitz der NCPJ hatte, wurde die organisatorische Leitung der Regierungskonferenz an Ghulam Farooq Wardak übertragen (vgl. CSIS, 27.05.2010), der dem legalen Arm der islamistischen Hezbe Islami von Gulbuddin Hektmatyar angehört (vgl. AAN, 24.12.2009). Weitere legal arbeitende Parteivertreter von Hekmatyar und den Taliban waren gefeierte Mittelpunkte für die Medienöffentlichkeit. Nichtsdestotrotz war die Eröffnung der Konferenz begleitet von Raketenangriffen der Taliban, die nur knapp das Versammlungszelt verfehlten (vgl. Boone, 02.06.2010). RAWA stellt fest, dass Karzai und andere Sprecher davon redeten, ihre „entfremdeten Brüder“ wieder zurückzuholen, während die illegalen Taliban ihre Angriffe mit Explosionen und Raketen, die keine Rücksicht auf die Zivilbevölkerung nehmen, weiter steigerten. Die von Jahr zu Jahr zunehmenden Bombenexplosionen und Selbstmordattentate, die Tausende zivile Opfer fordern, die Zerstörung von Mädchenschulen, die Ermordung von Lehrer*innen und Schulkindern und andere Angriffe auf Frauen und Mädchen wurden in der Konferenz-Rhetorik zu „Problemen“, die sie mit „nationaler Einheit“ bald hinter sich lassen würden (vgl. RAWA-Erklärung, 01.06.2010).

RAWA kritisiert die Hinwendung zur Gruppe von Gulbuddin Hekmatyar und zu den Taliban, denen eine freundliche Hand für Verhandlungen entgegengestreckt werde. Bereits zwei Monate vor der Consultative Peace Jirga war eine Delegation hochrangiger Vertreter der illegalen Hezbe Islami von Hekmatyar mit einem 15-Punkte-Plan, der unter anderem eine Regierungsneubildung und eine neue Verfassung vorsah, in Kabul empfangen worden (vgl. USA Today, 21.03.2010). Zahlreiche gefangene Taliban-Führer wurden bereits vor und auch nach der Peace Jirga aus der Haft entlassen und Namen wurden von den UN-Listen gesuchter Terroristen gestrichen (vgl. Hasht-e Sobh Daily, 14.10.2010; Rah-e-najat Daily, 17.10.2010; Daily Mandagar, 02.04.2013). „There were hundreds released – not just in Kabul, but across the country – Jalalabad, Kandahar, Zabul … in Kabul, they included [some of] those still under investigation, as well as those who'd been convicted“ (Agha, zit. nach Clark, 24.06.2010), erklärte der 2009 entlassene Akbar Agha, führender Taliban-Kommandant einer Splittergruppe, 2004 verurteilt wegen der Entführung von drei UN-Angehörigen. Der im Sommer 2010 gebildete High Peace Council (HPC), zuständig für die Koordinierung des Verhandlungsprozesses mit den Taliban und der Hekmatyar-Gruppe, unterstützt durch die NATO (bzw. ISAF), die US- und weitere westliche Regie-

rungen wie auch die UN, erklärte, zu politischen und finanziellen Konzessionen bereit zu sein (vgl. Hasht-e Sobh Daily, 24.10.2010). „Mr. Kshaf [spokesperson of HPC] said the Taliban want concessions and we are prepared to grant. […] Decent return would include granting government posts, residence and salaries to them by the High Peace Council." (Afghanistan Daily, 23.10.2010) Auch einfache Kämpfer und Kommandeure sollten Arbeit, Land und Häuser erhalten (vgl. Sorosh-e-Mellat Daily, 18.10.2010). Straffreiheit und Sicherheit für die Rückkehrwilligen sollten durch nationale und internationale Sicherheitskräfte gewährleistet werden (vgl. Afghanistan Daily, 23.10.2010).

Immer wieder werden die verharmlosend als „verärgerten Brüder" (HPC-Sprecher Kshaf zit nach Afghanistan Daily, 23.10.2010) bezeichneten Taliban freundlich eingeladen, sich an nationalen und internationalen Konferenzen zur Zukunft Afghanistans zu beteiligen, etwa zur Consultative Peace Jirga Kabul 2010 und zum Afghanistan-Gipfel in Bonn 2011. Auch ohne deren Anwesenheit dort werden Angebote für die Rückkehr in Ämter und über mögliche Machtbeteiligung gemacht. Konkrete Ministerien und andere Einflussbereiche werden genannt. RAWA empört sich, dass ausgerechnet das Justizministerium und das Oberste Gericht den Taliban angeboten wurden. Die Konsequenzen für Frauen seien absehbar: „The US is scarificing our women once more for furthering its colonial policies. For the US what only matters is that these cancerous, traitorous and mercenary tumors, pave the way for the hegemony of the US and its allies […] to maintain their bases" (RAWA-Erklärung, 08.03.2013) Statt einer Machtbeteiligung müssten die Taliban und Hektmatyar und auch die Nordallianz-Vertreter vor Gerichte gestellt werden. Die Billionen an Werten, die sie von den Menschen gebrandschatzt haben, müssten von ihnen zurückgeholt werden (vgl. RAWA-Erklärung, 08.03.2010).

Ähnliche Einschätzungen werden zwei Jahre nach dem offiziellen Beginn der Friedensverhandlungen auch von verschiedenen Bündnissen zivilgesellschaftlicher Gruppen ausgedrückt, beispielsweise in einem „Collective Statement of the Afghanistan Women's 50% Campaign and 21 Women's rights, Human rights, Civil society and media organisations and networks for the 101st International Women's Day":

> „Both the international community and the government of Afghanistan are visibly appeasing the armed opposition groups by returning the society to the conditions of 11 years ago [Taliban-Regierungszeit] and trading away the human and civil rights of women. The only thing that is not important to them is their pledge to us and to themselves. They have forgotten that the liberation of women in Afghanistan was the most basic reason for their presence in this country." (Afghanistan Women's 50% Campaign et. al., 08.03.2012: 14)

Rena von RAWA betonte im Gespräch (Rena, Interview in Kabul, 01.10.2012), dass die US-Regierung die Taliban nicht als ihre Feinde sehe. Gemeinsam mit Pakistan hätten sie die Taliban erschaffen und immer mit ihnen

kooperiert. Die Taliban wären nie unabhängig gewesen. Pakistan stehe hinter den Taliban und hinter Hekmatyar, während die Nordallianz mehr auf der Seite der westlichen Mächte sei. Pakistan betreibe sein eigenes Spiel und wolle seinen Anteil in Afghanistan. „It is a bargaining: how many ministries etc." (Ebd.) In der RAWA-Erklärung zur Consultative Peace Jirga bezeichnet die Frauenorganisation den Konflikt zwischen den USA, den Taliban und der Nordallianz als eine Familienangelegenheit, die diese früher oder später beilegen würden (vgl. RAWA-Erklärung, 01.06.2010).

„[T]hey may still not call the Taliban criminals, and their acts as crimes, because despite having some differences, in the final stage they regard themselves from the same ranks and deem it necessary to become united in order to run the state machinery in front of people's wrath." (Ebd.)

Nach Einschätzung von RAWA sind die USA bestrebt, mit diesem Versöhnungsprozess eine Einheit zwischen allen Fraktionen von Gewaltherrschaft herzustellen und sich diese gefügig zu machen. Sie hätten dagegen kein Interesse an einer vereinten Bevölkerung. Weil sie diese fürchteten, würden sie bewusst Spaltungen und Feindseligkeiten zwischen verschiedenen Stämmen und ethnischen Gruppen erzeugen. „Today if the Taliban once again comes to power, the US will easily ‚work' with them and prefer their bloody and suffocation rule of Afghanistan to an independent, pro-democracy and pro-women's rights government [...]." (Ebd.)

Die Consultative Peace Jirga der Regierung und der damit offiziell eingeleitete Friedens- und Versöhnungsprozess (Afghanistan Peace and Reconciliation Program), einschließlich der Zusammensetzung des High Peace Council, wurde von zahlreichen Menschenrechts- und Frauenorganisationen kritisiert (vgl. u.a. Kouvo/Mazoori 2011; Ruttig 2011; Bahrami/Afghanistan Watch, 31.10.2010). Eine Woche vor der Peace Jirga der Regierung versammelten sich am 9. Mai 2010 in Kabul die Angehörigen der Opfer von Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen aus allen Teilen Afghanistans mit ihren unterschiedlichen Erfahrungen aus den verschiedenen Phasen des Krieges für eine Victims' Jirga. Diese Versammlung der Opfer, die Gerechtigkeit forderten und definierten, was sie unter Frieden verstehen, verstand sich als Gegenveranstaltung zur Regierungskonferenz. Die Victims' Jirga vertrat deutlich und ausnahmsweise auch in den Medien wahrgenommen, dass es keinen Frieden ohne Herstellung von Gerechtigkeit geben kann. Nur die Opfer könnten vergeben und nicht die Regierung. Die Regierungsinitiative sei kein Friedens- und Versöhnungsprozess, obwohl dieser Name benutzt wird, denn ohne einen Prozess von Transitional Justice einzuleiten, werde es keine Zukunft mit Stabilität und Frieden geben können (vgl. TJCG, 09.05.2010; mehr dazu im Kapitel zu SAAJS).

Im Sommer 2013 war es schließlich soweit, dass die Taliban ein eigenes Büro in Doha, Qatar, eröffneten – mit ihrer Fahne und dem Schild „Islamic Emirate of

Afghanistan". Das Büro dient für die Versöhnungsverhandlungen mit den Regierungen der USA und Afghanistans. Wie ein Taliban-Sprecher erklärte, beabsichtigten sie auch, ihre Auslandsbeziehungen zu pflegen (vgl. Roberts/Graham-Harrison, 19.06.2013). „It's good news" (Huffington Post, 18.06.2013), erklärte John Kerry für die US-Regierung. Für die Taliban entwickelt sich alles nach ihren Wünschen. Sie eröffneten das Büro an dem Tag, an dem die NATO die Sicherheitsverantwortung für ganz Afghanistan an die Afghan National Army übergab. Damit konnten sie ihre Vorbedingung als gewährt ansehen, dass das ausländische Militär zustimmt, abzuziehen. „That the Taliban has agreed to negotiations is not surprising. It has much to gain from participating in negotiations – […] attention, increased legitimacy, and direct channels to the United States." (Felbad-Brown, 19.06.2013) Die Verhandlungen finden statt, ohne dass die Taliban ihre bewaffneten Aktionen einstellen müssen. Es macht ihnen keine Schwierigkeiten, auch genau am Tag der Büroeröffnung die Verantwortung für die Tötung von vier US-Soldaten auf dem Luftwaffenstützpunkt Bagram, nördlich von Kabul, zu übernehmen. „[T]he Taliban has absolutely no incentive to come to any deal before 2015. After 2015, it will be militarily in a far stronger position." (Ebd.) Tatsächlich fanden im Juli 2015 die ersten offiziellen Face-to-Face-Gespräche zwischen der afghanischen Regierung und der Führung der Taliban in der Nähe von Islamabad, Pakistan, statt (vgl. Stancati, 16.07.2015).

Bedenken bezüglich des möglichen Verlustes demokratischer Rechte und formal verankerter Frauenrechte durch die Wiedereinsetzung der Taliban als politische Akteure auf Regierungsebene werden nicht nur von Menschenrechts- und Frauenorganisatonen vorgebracht. Auch beispielsweise das der US-Regierung nahestehende United States Institute of Peace (USIP) kritisiert, dass die Verhandlungen sich an einer engen Agenda der Anliegen der bewaffneten Gruppen orientieren und zivilgesellschaftliche Vertreter*innen ausschließen (vgl. Schirch/USIP Peacebrief, 21.07.2011; auch Waldman/USIP Special Report, Okt. 2010). Die Bedenken werden unter anderem von der Sprecherin des US State Department Jen Psaki damit beantwortet, dass es die Verfassung gäbe, auf die die Taliban sich einlassen müssten – obgleich es keine Äußerungen der Taliban gab, die diese Bereitschaft bekunden (vgl. The Washington Free Beacon, 18.06.2013). Eine Beteiligung von Frauenorganisationen oder anderen basisgesellschaftlichen Gruppen an den allgemein als Friedens- und Versöhnungsprozess bezeichneten Verhandlungen ist nicht vorgesehen, was unter anderem von Human Rights Watch kritisiert wird (vgl. HRW, 05.12.2011).

KATASTROPHE FÜR FRAUEN TROTZ VERFASSUNGSRECHTEN

In Artikel 22 der afghanischen Verfassung heißt es: „Any kind of discrimination and distinction between citizens of Afghanistan shall be forbidden. The citizens of Afghanistan, man and woman, have equal rights and duties before the law." (Islamic Republic of Afghanistan 2004: 9) Im Jahr 2003 wurde die Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women (CEDAW) und 2009 ein Gesetz zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen (EVAW) verabschiedet. Nichts davon wurde eingehalten bzw. umgesetzt, wie Human Rights Watch in mehreren Erklärungen 2013 deutlich macht (HRW, 04.09.2013; HRW, 04.07.2013; HRW, 16.07.2013; HRW, 11.07.2013). 85 Prozent der afghanischen Frauen werden mit Bezug auf das Jahr 2006 als Opfer von physischer, sexueller oder psychologischer Gewalt oder einer Zwangsverheiratung angegeben, weder Kinderehen noch häusliche Gewalt werden bekämpft (vgl. HRW, 04.09.2013). „For example Baad, where a family gives a girl to another family as compensation for a wrong, continues even though it is banned by the 2009 Law on Elimination of Violence against Women" (HRW 2012b: 4), erklärt Human Rights Watch im Jahresbericht 2012.

RAWA macht die katastrophale Lage der Frauen auch viele Jahre nach der Entmachtung der Taliban-Regierung in ihren jährlichen Erklärungen zum 8. März deutlich:

> „After the US and allies invaded Afghanistan around seven years ago, they misleadingly claimed of bringing peace and democracy and liberating Afghan women from the bleeding fetters of the Taliban. But in reality Afghan women are still burning voraciously in the inferno of fundamentalism. Women are exchanged with dogs, girls are gang-raped, men in the Jehadi-dominated society kill their wives viciously and violently, burn them by throwing hot water, cut off their nose and toes, innocent women are stoned to death and other heinous crimes are being committed. But the mafia government of Mr. Karzai is tirelessly trying to conciliate with the criminals and award medals to those who should be prosecuted for their crimes and lootings." (RAWA, 08.03.2008)

RAWA benennt häufige Fälle von Vergewaltigungen durch Banden, Auspeitschungen, Steinigungen, Säureangriffe und warenförmigem Tauschhandel junger Mädchen und die damit verbundene Straffreiheit für die Täter, die oft zudem öffentliche Ämter innehaben (vgl. RAWA, 08.03.2010; RAWA, 08.03.2013).

> „Hundreds of girls and women in our country are victims of rape, while the Afghan law does not even recognize rape officially. The rapists usually belong to militias or powerful figures

who have close ties to Jehadi leaders such as Abdullah, Atta, Dostum, Pirum Qul, Khalili, Sayyaf, Kabir Marzban, and others. “ (RAWA, 08.03.2017)

In der Provinz Balkh wurde Mariam durch den Polizeichef und Akram Zarey, einen von Attas Männern, vergewaltigt; Shakila wurde in der Provinz Bamiyan durch Wahidi Beheshti, Bruder eines Parlamentsabgeordneten und Mitglied des Provinzrates verwaltigt und ermordet; die 12-jährige Ashira, Provinz Sare Pul, wurde durch den Sohn des Parlamentsmitglieds Payinda Mohammad vergewaltigt; der Neffe von Kabir Marzban, Abgeordneter des Parlaments, vergewaltigte und ermordete Zainoora in Takhar (vgl. ebd.). Im Juli 2012 fordern 17 zivilgesellschaftliche Organisationen in einer gemeinsamen Erklärung unter anderem für 52 Morde an Frauen in den vorangegangenen vier Monaten, für die Vergiftung des Wassers von Mädchenschulen in mehreren Provinzen und für Angriffe mit Säure die Strafverfolgung statt der fortgesetzen Kultur der Straflosigkeit (Armanshar Foundation et. al., 24.07.2012).

Häusliche Gewalt und die Verheiratung minderjähriger Mädchen sind traurige, verbreitete Realität. Die Sterblichkeitsraten von Müttern bei der Geburt und von Kindern in den ersten Lebensjahren gehören zu den höchsten weltweit. Frauen werden als wertlose Kreaturen behandelt, deren Aussage vor Gericht nur die Hälfte von der eines Mannes zählt. Aufgrund der häuslichen Gewalt und Rechtlosigkeit ist die Selbstmordrate von Frauen sehr hoch und steigt weiter an (vgl. RAWA, 08.03.2013). „[C]ontrary to the claims of the bogus propaganda by the Western media, Afghan women have not been able to achieve even the most basic rights.“ (Ebd.) Gewalttätige Ehemänner oder Banden blieben auch dann straffrei, wenn sie Frauen ermordeten. „In recent years several high profile women have been assassinated; their killers have not faced justice.“ (HRW World Report 2011: 278) Demgegenüber saßen etwa im März 2013 circa 600 Frauen für das Verbrechen, vor der Gewalt oder Zwangsverheiratung davongelaufen und ihren Mann oder ihr Elternhaus verlassen zu haben, in afghanischen Gefängnissen (vgl. HRW, 21.04.2013; HRW 2012a; RAWA, 08.03.2013). In Bezug auf das EVAW-Gesetz zur Abschaffung der Gewalt gegen Frauen stellt RAWA fest, dass es keine Anwendung fände und keine Konsequenzen gehabt hätte (vgl. RAWA, 08.03.2013). „In this country, laws are just pieces of paper that aid only in deceiving people, and are never practically applied.“ (Ebd.)

Diese Aussage gilt auch für die Verfassung. Friba von RAWA hatte im Gespräch mit mir betont, wie wichtig es sei, genau hinzusehen, wer die Verfassung gemacht hat, in der auch einige sehr schöne Sätze enthalten sind.

„They might put some very nice words and sentences in the constitution, but who put this: again Sayyaf, Rabbani, Mohaqeq, the leader Qanuni, Fahim and [...] Mullah Rakiki, who was a member of Taliban before and many other black minded people. They made the constitution

for Afghan people. You know, again, we can't be optimistic for such kind of constituion. Because they made the constitution for their own favour." (Friba, RAWA, Interview in Kabul, 18.05.2009)

Friba betont, dass die Verfassung für diese Verbrecher und Fundamentalisten, die sie gemacht haben, nicht mehr Bedeutung habe als Toilettenpapier. Eine anerkannte Person mit Vorbildfunktion für die Nordallianz-Fundamentalisten hätte gesagt: „I can just clean myself with it and throw it away." (Zit. nach Friba, ebd.) Friba vertritt für RAWA, dass es mit der Verfassung nur darum ginge, den Leuten die Augen zu verwischen, „[...] to put stones on the eyes of the afghan people and to show to the world that Afghanistan has a constitution at the moment" (ebd.).

Im November 2013 bereitete die afghanische Regierung ein neues Gesetz vor, das die Bestrafung durch Steinigung für Ehebrecher*innen vorsah – eine unter Taliban-Herrschaft übliche Praxis. Manizha Naderi von Women for Afghan Women (WAW) kommentiert: „This law shows that the government is slowly going back to Taliban-era justice." (Zit. nach Tang, 27.11.2013) Naderi erklärt, dass Frauenorganisationen alles unternehmen werden, um dieses Gesetz zu verhindern – und es wurde verhindert. Dieses Gesetz treffe vor allem die Frauen – auch unschuldige oder vergewaltigte Frauen. Schon jetzt würden jeden Tag Frauen ohne ausreichende Beweise für Ehebruch verurteilt und inhaftiert, während die Männer sich meistens mit Bestechung freikaufen könnten. Es reiche oft aus, in der Öffentlichkeit mit einem Mann gesehen und beschuldigt zu werden (vgl. ebd.). Die Frauenrechtsaktivistin Naderi zweifelt nicht daran, dass damit ein Zugeständnis an die Taliban gemacht werden soll: „I really believe that the government is trying to appease the Taliban by introducing conservative anti-women laws. They are trying to be on the good side of the Taliban." (Ebd.)

VORZEIGEFRAUEN

Ein über Wikileaks bekannt gewordenes CIA-Strategiepapier empfiehlt, afghanische Frauen stärker in die Medien zu bringen, um damit der über 80-prozentigen Ablehnung des Militäreinsatzes in Afghanistan durch die deutsche und französische Bevölkerung entgegenzuarbeiten.

„Afghan women could serve as ideal messengers in humanizing the ISAF role in combating the Taliban […]. Outreach initiatives that create media opportunities for Afghan women to share their stories with French, German, and other European women could help to overcome pervasive skepticism among women in Western Europe toward the ISAF mission." (CIA Red Cell, 11.03.2010)

Als am 3. Dezember 2009 wieder eine Mandatsverlängerung für die Entsendung deutscher Soldaten zur Beteiligung am ISAF-Einsatz in Afghanistan im Bundestag bevorstand, sah sich die Heinrich-Böll-Stiftung veranlasst, in einer Eilaktion Ende November afghanische Parlamentarierinnen, Medienvertreterinnen und Organisationsleiterinnen zu einer befürwortenden Stellungnahme aufzufordern. Die Stiftung organisierten dafür ein Treffen in Kabul, dessen Ergebnis ein offener Brief an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages war, in dem neun Frauen die Fortführung des Militäreinsatzes als „[w]ir, die afghanischen Frauen" (Heinrich-Böll-Stiftung, 01.12.2009) forderten. Gleich im zweiten Punkt dieses Schreibens betonten sie dabei zudem, dass die afghanischen Energie-Rohstoffe und Mineralien zur wirtschaftlichen Ausbeutung bereitstehen und Investitionen nötig seien (vgl. ebd.). In der Bundestagsdebatte bezogen sich mehrere Redebeiträge auf diesen offenen Brief, wie die Böll-Stiftung hervorhebt (vgl. ebd.). Auslöser für diese Eilaktion war eine Deutschlandreise der afghanischen Frauenrechtlerin Malalai Joya, Anfang November wurde mit ihr ein Interview in der Wochenzeitung Die Zeit geführt (vgl. Tegen, 02.11.2009). Dort hatte Joya die Situation in Afghanistan als eine Katastrophe bezeichnet sowie von der gestiegenen Häufigkeit von Vergewaltigungen, Entführungen und Morden, häuslicher Gewalt und Selbstmorden von Frauen gesprochen. Sie erklärte, dass viele Mädchen aus diesen Gründen nicht die Schule besuchen könnten und, dass die Militärintervention den Frauenrechten nicht dienen würde. Die Nordallianz, die dadurch an die Macht gebracht wurde, wäre schlimmer als die Taliban. Sie hat auch auf die mehr als 8000 Zivilisten hingewiesen, die bis zu diesem Zeitpunkt durch das Besatzungsmilitär getötet wurden. „Diese ganze Masse an Militär bedeutet immer mehr Krieg, Morde, Tragödien." (Tegen, 02.11.2009)

Die Heinrich-Böll-Stiftung veranlasste und organisierte nicht nur den Brief der ausgewählten afghanischen Frauen an die Bundestagsabgeordneten mit der Bitte um Fortsetzung des Bundeswehreinsatzes; sie versieht diesen zudem mit einer etwas irritierenden, aufwertenden Beurteilung. Dieses Schreiben sei „kein dem Kontext entfremdetes Argument, welches mit Frauenrechten militärisches Engagement legitimieren will" (Heinrich-Böll-Stiftung, 01.12.2009).

Zu dem Bild, das den Schein von Frauenförderung aufrechterhalten soll, gehört laut RAWA auch der kleine Kreis von Frauen, die zu Konferenzen eingeladen werden und/oder Sitze im Parlament einnehmen. Sie werden von RAWA als „dolled-up showpiece women" (RAWA-Erklärung, 08.03.2013) bezeichnet, deren Münder mit Geld und Luxus versüsst würden. Sie könnten als Nährmittel zur Unterfütterung der US-Propaganda angesehen werden. „[They] do not want to speak a word about the bitter truth of the situation of women, let alone stand up against, stop and prosecute the real perpetrators of the ongoing desaster in support of their fellow women." (Ebd.) Diese Frauen wären durch ihren Gleichklang mit den Mördern an der Macht

selber Feinde der afghanischen Frauen geworden. Sie könnten niemals die Mehrheit der Frauen repräsentieren.

„[I]f all the members of the cabinet are made up of reactionary women such as Amina Afzali, Hassan Bano Ghazanfar, Massouda Jalal, Noorzia Atmar, Qadria Yazdanparast, Shukria Barakzai, Fouzia Kofi, Manija Bakhtari and others linked to brutal warlords, still it will not bring any positive change for Afghan women [...].“ (RAWA, 08.03.2010)

Diese Frauen würden sich selbst in der Rolle verstehen, sanfte Kritik vorzubringen und nach ein paar Reformen zu fragen, die auch für die regierenden Kriminellen und deren ausländische Unterstützer akzeptabel sind (vgl. ebd.). In der Erklärung zum 8. März 2013 wurden außerdem Sima Samar, Zahra Nadiri, Shinkai Karrokhail, Fawzia Sadaat, Fatima Giliani und Wazhma Forough genannt. Sima Samar war 1977 ein Gründungsmitglied von RAWA, hat sich jedoch zunehmend von einer feministischen Politik entfernt und stattdessen einer ethnisch-identitären Politik zugewandt. Sie war Vorstandsmitglied der Wahdat-Partei, die als ethnisch orientierte Partei der Hazara gilt, die an den brutalen Auseinandersetzungen der 1990er Jahre beteiligt war und deren Führer für rücksichtslose Verbrechen, einschließlich Vergewaltigungen, mitverantwortlich sind (vgl. Rena, Interview, Kabul, 11.10.2012). Sima Samar war 2001 an den Bonner Verhandlungen beteiligt und wurde in der Übergangregierung die erste Frauenministerin (2001-2003). Seit 2005 ist sie Vorsitzende der Afghanistan Independent Human Rights Commission (AIHRC), die Transitional Justice Maßnahmen durchsetzen sollte. Dennoch hat Samar dem Druck der afghanischen und der US-amerikanischen Regierung nachgegeben und den Bericht zu den durchgeführten Ermittlungen über die Verbrechen unveröffentlicht gelassen. Sie hat zudem 2013 zusammen mit der Veröffentlichung einer Liste von knapp 5000 Namen von im Jahr 1978 in der Haft Ermordeten, die durch die niederländische Justiz veranlasst wurde, die Opfer dazu aufgerufen, den Tätern zu vergeben (Farzad 2014). Das tat sie inmitten einer neu entbrannten gesellschaftlichen Debatte um die Forderung nach Aufarbeitung von Menschenrechtsverbrechen der Vergangenheit und die Verfolgung der Verantwortlichen. Seit 2011 ist Simar Simar prominentes Mitglied der reformistischen Truth and Justice Party, die für die Versöhnung mit den Taliban und der Hekmatyar-Gruppe eintritt, die Kooperation mit dem im Land präsenten internationalen Militär befürwortet und die permanente US-Militärpräsenz in Afghanistan anerkennt.

Zum Internationalen Frauenkampftag am 8. März 2012 verweist RAWA darauf, dass nach Angaben des Berichts zur Weltlage der Mütter (State of the World's Mothers) von 2011 in Afghanistan jeden Tag 50 Mütter bei der Geburt ihrer Kinder sterben, dass dies jedoch für das Frauenministerium genauso wenig Bedeutung hat, wie für den Rest der Regierung. Diese Ignoranz der Probleme der großen Mehrheit der armen Frauen gelte auch für die „decoration pieces in the parliament, NGOs and

finally the US and west, that occupied Afghanistan under the pretext of women's rights" (RAWA-Erklärung, 08.03.2012).

Die Frauenrechtlerin Malalai Joya, die zum Mitglied sowohl der Verfassunggebenden Versammlung 2003 als auch des ersten Afghanischen Parlaments (ab 2005) gewählt worden war, vertritt eine ähnliche Position:

> „Eigentlich treffen sich die Vertreter des Westens [...] bei ihren flüchtigen Besuchen in meinem Land immer mit einer Gruppe von Regierungslakaien und Frauen, die auf der Seite der Warlords stehen. Diese Frauen repräsentieren nicht die Gesamtheit der afghanischen Frauen und haben auch kein Interesse an deren Problemen. Sie verstecken sich hinter ihren Karrieren und Privilegien und reden nicht mit den Opfern von Gewalt und brutaler Unterdrückung, die außerhalb der bewachten Villenviertel keine Rechte haben. Aber dass diese Vorzeigedamen angeblich für alle afghanischen Frauen sprechen und als Symbole unseres ‚Fortschritts' vorgezeigt werden, macht sie selbst zum Teil des Problems." (Joya 2009: 238)

Malalai Joya wurde – in Nichtbeachtung des Mandats der Wähler*innen und der Gesetze – sowohl aus der verfassunggebenden Loya Jirga als auch aus dem Parlament hinaus geworfen und in ihrem Leben bedroht aufgrund ihrer unnachgiebigen Parteinahme für die einfachen Frauen und die Mehrheit der Bevölkerung, deren Bedürfnisse und Wille nicht beachtet werden. Es ist ein dringender Wunsch dieser Menschen, dass die Kommandeure der Jihadis und andere Verbrecher der Vergangenheit keine politische Macht ausüben.

Als Malalai Joya aufgrund ihrer kritischen Reden im Parlament, bei denen ihr immer wieder das Mikrofon abgestellt worden war, aus dem afghanischen Parlament suspendiert wurde und zudem Mordanschläge auf sie verübt wurden, fanden in Afghanistan Demonstrationen von Frauen statt (vgl. Joya 2009): in Farah, Nangarhar, Baghlan, Kabul und in einigen anderen Provinzen. Auch international wurde Kritik an der Suspendierung geäußert, beispielsweise von Noam Chomsky und von Brad Adams von Human Rights Watch. Sechs Frauen, die mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurden – Shirin Ebadi, Jody Williams, Wangari Maathai, Rigoberta Menchu, Betty Williams und Mairead Maguire –, haben in Protest gegen ihre Suspendierung und die Mordanschläge gegen sie, im Jahr 2008 den Anna Politkovskaya Award der Initiative Reach All Women In War (RAW) an Malalai Joya vergeben (Nobel Women's Initiative, 07.10.2008). Doch bei der UN, den Botschaften oder den in Afghanistan tätigen Entwicklungsorganisationen löste die Suspendierung, die ohne gesetzliche Grundlage durchgeführt wurde, keinen Protest aus. Renate Künast, die Fraktionsvorsitzende der Grünen, meinte kurz nach Joyas Suspendierung in einer Bundestagsrede, Frau Joya sei selber schuld und hätte „sich selber ins Off katapultiert" (Deutscher Bundestag, 12.10.2007: 12358 D). Sie hätte sich nicht an die im Parlament angemessene Ausdrucksform gehalten und „[d]ie weiblichen Abgeordneten in Kabul […] haben [...] ein Problem mit Malalai

Joya“ (ebd.). Künast lehnte ab, Malalai Joya, die sie trotz der fragwürdigen Rechtslage als „frühere Abgeordnete“ (Deutscher Bundestag, 12.10.2007: 12360 B) bezeichnete, als Zeitzeugin zu den Verhältnissen in Afghanistan zu hören und betrachtete sie gar als „zweifelhafte Kronzeugin“ (Deutscher Bundestag, 12.10.2007: 12358 D). Künast argumentierte damit in der gleichen Weise gegen Malalai Joya, wie es die Taliban und Fundamentalisten in Afghanistan tun, merkte Heike Hänsel, Entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke, in einer Kurzintervention im Bundestag an (Deutscher Bundestag, 12.10.2007: 12360 B). Parallel zu Joyas Ausgrenzung, Beleidigung und Bedrohung im afghanischen Parlament wurde sie in politischen Experten- und Entwicklungshilfekreisen zunehmend offen als „irrsinnig“, „extremistisch“, „geisteskrank“ und „durchgedreht“ diskreditiert (persönliche Gespräche unter anderem bei einem Treffen des Arbeitskreis Afghanistan der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin im Herbst 2009 und bei der afghanischen Menschenrechts-NGO Afghanistan Watch in Kabul im Sommer 2010).

Ähnlich wird auch RAWA immer wieder als extremistisch und/oder unbedeutend dargestellt. Auf einer Afghanistan-Konferenz in Bonn im März 2010 nannte der Afghanistan-Experte Winfried Nachtwei der Bundestagsfraktion Die Grünen RAWA „eine Sekte“ (Tagung „Wer sind die Taliban?“ der Ev. Akademie Rheinland/Zentrum für Entwicklungsforschung der Universität Bonn). Niamatullah Ibrahimi von der afghanischen Menschenrechtsorganisation Afghanistan Watch kritisierte im Juni 2010 RAWA im Gespräch beim täglichen gemeinsamen Mittagessen im Kabuler Büro der Organisation: Diese Frauen wären extremistisch und würden alles kritisieren, ohne sich konstruktiv zu beteiligen. Bei diesen Bewertungen der Beteiligung von RAWA wird ignoriert, dass RAWA aufgrund der Sicherheitsprobleme gezwungen ist, im Untergrund zu arbeiten. Perwin von RAWA erklärt dazu:

„Because RAWA has a lot of security problem. We are working in Afghanistan, but of course not openly. Maybe we do something, but not under the name of RAWA. For example, now we have literarcy cources, we have handicraft, lots of projects. And also orphanage we have. But because of security it is not under the name of RAWA. It is under the name of others. And we cannot let anybody know, this is under the name of RAWA. Or maybe we organize some demonstration, some … or not, it is not organized by us, but we are a part of some organizing, we are a part in some other meeting. But we cannot tell: Oh, RAWA was a part of. Because of security. And for this reason they say: oh, there is no RAWA, RAWA is not... It is not important for us. For us is, to continue our work, continue our struggle. Maybe this time we are very less, nobody want to hear us. But we know in future, our voice is the only true voice.“ (Perwin, Interview in Kabul, 28.06.2010)

Perwin beschreibt auch, wie von vielen Seiten ein negatives Bild von RAWA erzeugt wird. Sie wollen sich damit nicht aufhalten, sondern die Arbeit machen, die sie politisch richtig und wichtig finden. Perwin hält es für eine Schwäche mancher Organisationen, sich nicht im direkten Kontakt mit RAWA auseinanderzusetzen und stattdessen negative Propaganda zu verbreiten.

„There are a lot of, a lot of things about RAWA: RAWA is extremist organization, RAWA is communist, RAWA is maoist, RAWA is ... Sometimes the fundamentalist say: They are not Muslim women, they are prostitutes. Lots of things about us. It is just useless. It is just nothing for us. We just try to continue our struggle. And all of these things is just ... Because sometimes they are very, very weak to come with us and discuss with us about the political point. And then they try to say these kind of, this propaganda about RAWA.“ (Ebd.)

Die Frauen von RAWA prüfen sehr genau, mit wem sie zusammenarbeiten können. Auch das wird ihnen unter Umständen als Verweigerung, sich konstruktiv einzubringen, oder als Selbstisolation vorgeworfen.

GEGEN ETHNISCHE SPALTUNGEN UND KONSUMVERSPRECHEN

RAWA möchte sich mit anderen zu einer breiten Bewegung zusammenschließen: „We want to make a democratic movement and anti-occupation-movement in Afghanistan. Antifundamentalist and anti-occupation movement in Afghanistan. It is very important.“ (Perwin, Interview in Kabul, 28.06.2010) Dabei achtet RAWA darauf, dass die Gruppen keine ethnischen Spaltungen betreiben, indem beispielsweise eine Gruppe der Pashtunen zwar Rabbani, Massud und andere Vertreter der Nordallianz kritisieren, aber nicht über die Taliban reden. Andere vertreten die Interessen der Tadjiken oder der Hazara:

„Sometimes we see some people from the Hazara party. They say women rights and human rights; they criticize all the other kind of Pushtun and Tadjik fundamentalists, but not Hazara fundamentalists. And even when we talk about Tadjik, it is the same. Now we cannot work with these kind of people.“ (Ebd.)

Es ist für RAWA sehr wichtig, ein ethnisches Spaltungsdenken nicht zuzulassen. Diese Trennungen würden bewusst geschürt, um die Menschen zu schwächen. Dem stellt RAWA die nationale Einheit als Afghanen*innen gegenüber. In der Geschichte von RAWA war eine patriotische Argumentation immer wieder von großer Bedeutung. Sie reden von einer Pflicht, sich für das eigene Land, für die Nation

einzusetzen – gegen die Fundamentalisten und gegen die machtpolitische Einmischung von außen.

> „For the moment, if every region becomes more independent, then – you know we have neighbors, like Pakistan, Iran, Tatjikistan – it will lead to the division of Afghanistan. First of all: We need to become a nation, a united nation. Because until now we are not a united nation." (Perwin, RAWA, Interview in Kabul, 20.02.2011)

RAWA möchte erreichen, dass die Menschen sich über ethnische Zuordnungen hinweg gegen alle fundamentalistischen Gruppen vereinen. Es gäbe keine Erwartungen mehr an die internationalen Konferenzen zu Afghanistan oder an Hilfe von außerhalb. Diese wie auch die Peace Jirga der Regierung sind Enttäuschungen. Es liege an den afghanischen Menschen, für ihr Land zu arbeiten.

> „We want to the people; we can unite against all the fundamentalists. [...] Now we think it is our duty to work for our country. And the first step we have to do is to talk with the people. And to unite the people of Afghanistan against all the enemies: fundamentalist enemies and foreign enemies." (Perwin, RAWA, Interview in Kabul, 28.06.2010)

Diese auch patriotisch verstandene Pflicht zum Handeln ist für RAWA direkt verbunden mit der Idee von wirklicher Demokratie, Frauenrechten und Menschenrechten. RAWA kritisiert, dass derzeit ein Scheinbild von Demokratie, die keine ist, aufrechterhalten wird. Genauso wenig würden unter den gegebenen Bedingungen Menschenrechte geachtet oder Frauenrechte verwirklicht. Es sei nicht immer einfach, diese Analyse auszusprechen und sich nicht davon abbringen zu lassen, tatsächlich für diese Werte zu kämpfen. Sehr leicht werden Positionen aufgeweicht und Menschen korrumpiert. „The strategy is to aware the afghan people, to educate the women to be strong, to be committed with what you say. That's to have the backing of the people. To be very committed." (Friba, Interview in Kabul, 18.05.2009)

> „It is the duty of our people: to fight for their democracy, their women rights, human rights, anythings. Otherwise, if we have hope about this Peace Jirga, the conferences, and these things ... we have a lot of experiences of these things. It creates more problems for our people. And it is nothing. It is nothing changing of these things." (Perwin, RAWA, Interview in Kabul, 28.06.2010)

Die Jugendlichen, so erklärt Friba im Interview, sind nun sehr viel schwerer für eine politische Bewegung zu gewinnen als zu anderen Zeiten. Dadurch entsteht das Problem, dass den spontanen Protesten eine motivierte, entschiedene Führung fehle. Das viele Geld, das über die NGOs ins Land kommt, individualisiere die Jugendlichen. Gebildete Jugendliche versuchen, möglichst viel Geld zu verdienen, ein Auto, ein

Haus zu bekommen, am modernen Konsum teilzunehmen oder die Chancen für eine Greencard und Visa zu ergreifen (Rena, RAWA, Interview, Kabul, 01.10.2012).

„Since the US occupation in the country, you can say because of all these NGOs in the country. They brought billions of billions of dollars came to the country, but there is NGO, NGO, all the new generation is busy with getting dollars, and spending dollars. I must tell you that there is like the new generation, the young people, they want to go and earn dollars and then spend this dollars." (Friba, RAWA, Interview in Kabul, 18.05.2009)

Friba berichtet von einem Projekt der staatlichen US-Entwicklungsorganisation USAID, bei dem etwa 120 Universitätsabsolvent*innen der verschiedenen Universitäten unter anderem aus Herat in eines der teuersten Hotels (Safi Landmark im modernen Einkaufszentrum Kabul City Center) nach Kabul eingeladen wurden, um unter luxuriösen Bedingungen an einem 52-tägigen Vorbereitungstraining für den TOEFL-Sprachtest teilzunehmen. 47.000 Dollar wurden pro Student*in ausgegeben.

„As I count it is like 5 Million dollar project. And this is only for 100 or 120 people who beneficiate. It is a USAID project. This is, you can understand that, how they take the new, the young generation. This is the life. Have such kind of luxury training, luxury food, luxury this, this, in this luxury hotels. Or the other side is to be with the people. To go and live in a poor life. This is. Now the choice is with you. Where will you go." (Friba, RAWA, Interview, Kabul, 18.05.2009)

Die Teilnahme an der modernen Konsumwelt wird beispielsweise über US-finanzierte Fernsehsender als erstrebenswertes Ziel dargestellt. Friba beschreibt eine TV-Show, die ein bestimmtes äußeres Erscheinungsbild durch teure Kleidung attraktiv macht:

„There is a TV called TOLO in Afghanistan. It has a show. This show is about how to look smart. They take a man from the street and then they take this man to one of the most expensive clothes shops in Kabul and change him. Then they say: before – after. It is a way to show to the young people how to spend money. This is crazy. Most of the young people they want to earn the dollar and spend the dollar. It is a kind of drag for them." (Friba, RAWA, Interview, Kabul, 18.05.2009)

Ein neuer moderner Lebensstil und Styling werden propagiert, erklärt Perwin von RAWA:

„But if you see all these televisions [...] the people become, especially the young people become [obsessed] with style, what is the style in Europe, what is the style in very important, expensive shopping in Kabul, like Shar-e-Naw and other places. Then lots of drama, Indian

drama and Turkish drama, what is just very stupid family problem and love and – nothing. Because they try to give the mind especially to the young people and tell them: Oh, this is the life. Don't think about anything.“ (Perwin, RAWA, Interview in Kabul, 21.02.2011)

Einige der Fernsehsender, auf die Perwin Bezug nimmt, werden direkt von der US-Regierung finanziert. Damit solle eine Entpolitisierung der Jugend erreicht werden.

„You know this Tolo TV and even Ariana TV, all of them receive money from American embassy. Because the United States want to ... Afghan people, especially young people is just thinking about these things, nothing about political, nothing about people, nothing about why United States is here, why the people are scared.“ (Ebd.)

RAWA sieht in der jungen, gebildeten Generation die Zukunft des Landes. Sie könne Veränderungen für die Gesellschaft bewirken und andere Menschen organisieren. Doch auch die Regierung und die westlichen Staaten würden das verstehen und streben danach, die Jugend für sich einzunehmen. „And it is very difficult to take the young people from this side.“ (Friba, RAWA, Interview in Kabul, 18.05.2009) RAWA möchte die jungen Menschen dafür gewinnen, für die afghanischen Menschen insgesamt zu denken und ihre Zukunft für diese Menschen einzusetzen, während die westlichen Interventionsstaaten und die afghanische Regierung sie genau davon abhalten möchten. Die Jugend soll nach deren Vorstellung nicht links oder demokratisch sein.

RAWA versteht diese Korrumpierung der Jugendlichen für individuelle Ziele des Konsums oder der möglichen Karriere im westlichen Ausland auch als gegen die Demokratie gerichtet. RAWA betont immer wieder, dass eine Demokratie nicht von außen durch einen anderen Staat in ein Land gebracht werden könne. Sie müsse im Land selbst entstehen, erfordere gesellschaftliche Diskussionen und Kämpfe.

„Democracy means to hear the people, the hear what people want to do for their own country. And to respect women rights, to respect human rights, to improve the education, to give some facility for the people. We think, it is not possible these kind of democracy comes from other countries, like now United States, Germany, France. They are here for democracy – it is not possible, that democracy come from other countries. It doesn't work. Democracy is the idea to come from inside the country, the society talk about it, the women and the men of a country fight for it.“ (Perwin, RAWA, Interview, Kabul, 28.06.2010)

KORRUMPIERTE INTELLEKTUELLE UND EXPERTEN

Aus den gleichen Gründen – die mögliche Entfremdung von der eigenen Gesellschaft und die Gefahr, sich korrumpieren zu lassen, – beschäftigt RAWA sich viel

mit der Rolle von afghanischen Intellektuellen. In den meisten der Erklärungen von RAWA seit circa 2010 gibt es dazu mindestens einige Sätze oder ganze Abschnitte. Sie schreiben von „intellectuals who have sold their souls and are blinded by the dollars“ (RAWA-Erklärung, 08.03.2012) und bezeichnen sie als „sold-off intellectuals“, „treacherous intellectuals“ oder „so-called intellectuals“ ohne Rückgrad (RAWA-Erklärung, 01.06.2010), die sich für die Taliban und die Kräfte des 27. April und 28. April positionieren. Diese Intellektuellen würden die Vergangenheit vergessen. „[T]hey neither remember the marks of the Taliban flogging our mothers, sisters and fathers nor the beheading of our children and poor women (in the name of rooting out ‚spies‘), or the spraying of acid on innocent school-girls.“ (Ebd.) Insbesondere das Schönschreiben der Taliban begleitend zu den Verhandlungen der US- und Karzai-Regierung mit diesen wird angegriffen. Sie würden damit eine Funktion für den US-Geheimdienst CIA und ähnliche Behörden übernehmen. „The intellectual supporters of the Taliban […] by upholding the Taliban and calling them a ‚resistance movement‘ want to pave the way for their joint domination with President Karzai and the ‚National Front‘ mafia.“ (Ebd.)

Nach einer Konferenz in Paris auf Einladung des französischen Thinktanks „Foundation for Strategic Research“ erfolge eine intensive Reaktion von RAWA auf die negative Verantwortung von Expert*innen und Analyst*innen. Auf der Konferenz hatten sich vom 20. bis 21. Dezember 2012 Vertreter der Taliban, des High Peace Council, von Gulbuddin Hekmatyars Hezb-e Islami, Mitglieder des Afghanischen Parlaments, der Zivilgesellschaft, von politischen Gruppen, die vormalig zur Nordallianz gehörten, und der Afghanischen Regierung nahestehende Personen getroffen (Imtiaz, 23.01.2013), um dem Verhandlungsprozess mit den illegalen bewaffneten Gruppen um eine zukünftige Machtbeteiligung weiter den Weg zu ebnen. RAWA empört sich unter anderem darüber, dass afghanische Experten mit Enthusiasmus so tun, als gäbe es für die Menschen in Afghanistan nur eine einzige alternativlose Option, um Frieden zu erreichen. Und diese sei gleichbedeutend damit, sich selbst den Mördern auszuliefern. Es sei dabei festgeschrieben, wer als afghanische Führungspersonen einzig infrage käme: die bestehende Regierung und der von dieser respektierte Widerstand, bewaffnet oder unbewaffnet, von anderen Islamisten.

„[T]he propaganda machine of the US occupiers and its allies have all created such hue and cry through their ‚experts‘, ‚analysts‘, and pet bondservants like Zarif Nazar from Radio Azadi (RFE/RL Dari), Dr. Akbar Wardak, Dr. Ahmad Mahjoor, Wahid Muzhda, and others, who call the Paris Conference an ‚event‘ and talk about it with such enthusiasm as if the people of Afghanistan have only this choice, and if they want peace they have to submit themselves to these murderers, for they are the undoubted ‚leader‘ of Afghanistan, a group of

whom is in power, the other is the ‚respected armed opposition', another is the ‚respected unarmed opposition' of the Northern Alliance, and with their conciliation there will be peace and stability in Afghanistan!" (RAWA-Erklärung, 17.01.2013)

Der afghanischen Bevölkerung entgeht nicht, was politisch passiert, wie diese Experten fälschlicherweise annehmen würden. RAWA betont, dass die einfachen Menschen sehr genau wissen, wer die Leute seien, die die Macht unter sich aushandeln. „But this ‚peace' has no value in the eyes of our people. The division of power between these traitorous beasts will make them more vicious." (Ebd.). Dem gegenüber werden die auf der Konferenz vertretenen Expert*innen als diejenigen gesehen, die versuchen, die Konferenz als ein ernsthaftes Ereignis zu präsentieren, das einen wichtigen Wandel hin zum Frieden bewirken werde. Die beteiligten Akademiker*innen würden die Wahrheit kennen, diese aber abstreiten. Das macht sie in den Augen von RAWA zu Kriminellen, zu gebildeten Betrügern.

„You, and others like you with big academic titles, know the truth and deny it, therefore you are criminals, educated traitors who act as the fifth pillar of the US in Afghanistan, and call upon our people to obey the US and its religious and non-religious hooligans. You are counting the days to when you will get a position in the future so-called government at the cost of your conscience and dignity, like other menial intellectuals namely Dr. Azam Dadfar, Dr. Rangin Spanta, Dr. Islamil Qasimyar and others." (Ebd.)

Rangin Daftar Spanta gehörte zur linken Studentenbewegung der 1970er Jahre, „ein glühender Maoist" (Koelbl 2006: 106), der sich an der Universität Kabul „Wortgefechte mit den Islamisten und deren Anführer, dem heutigen Terroristenchef Gulbuddin Hekmatjar" (ebd.: 106) lieferte. (Seit 2016 ist Hekmatyar ehrenvoll in die Staatsgeschäfte eingekehrt.) Rangin Spanta flüchtete 1981 über die Türkei nach Deutschland, wo er Dozent für Politikwissenschaft an der Universität Aachen wurde. Er war viele Jahre in linken entwicklungs- und friedenspolitischen Gruppen wie auch als Mitglied der Grünen aktiv. Dann wagte er den Sprung und wurde schließlich von 2006 bis 2010 Außenminister Afghanistans und anschließend Nationaler Sicherheitsberater des Präsidenten Hamid Karzai. Der Spiegel beschreibt ihn als Wiedergänger des ehemaligen grünen Außenministers Deutschlands:

„Wie Joschka Fischer hat auch er die Macht gesucht, wie Fischer lässt er sich inspirieren von der ‚Frankfurter Schule'. […] Der Links-Intellektuelle Spanta hat bei dem Adorno-Schüler Kurt Lenk über die Probleme der Dritten Welt am Beispiel des afghanischen Teufelskreises aus Krieg, Unterentwicklung und Widerstand promoviert. Er zitiert gern den italienischen Marxisten Antonio Gramsci und empfiehlt den ‚langen Marsch durch die Institutionen' – damit meint Spanta nicht Europa, sondern sein Land am Hindukusch." (Ebd.)

In ihrer Zeitung Payam-e Zan hat RAWA ausführlich über Spanta geschrieben, damit die Menschen in ihn keine falschen Erwartungen haben aufgrund seiner Geschichte als Freiheitskämpfer der 1970er. 1980 hatte Spanta sich zudem für ein Jahr am bewaffneten Widerstand beteiligt. „We had, in our Persian magazine we had a very long article. Because we try to tell the people, he is not any more an intellectual. He is with fundamentalists; he is with this regime, with this very mafia- and American regime. And the people must know him." (Perwin, RAWA, Interview in Kabul, 21.02.2011) Nicht alle Menschen könnten ihr Leben lang kämpfen und ziehen sich in ein sicheres Leben zurück. Wenn Spanta dabei geblieben wäre, hätten sie das akzeptiert. Doch nun müsse seine Funktion deutlich herausgestellt werden. „[H]e is with government. […] He always defended the government, Karzai, the foreign troops' invasion here. […] He is now in the hands of the Western, the United States policies." (Ebd.) Spanta würde sich nicht mehr unterscheiden von den Fundamentalisten und er rede niemals über deren Verbrechen oder Verbrechen anderer Regierungsmitglieder.

RAWA verfolgt die Tätigkeit der Intellektuellen und Expert*innen sehr genau und ist unnachgiebig angesichts deren Verantwortung. „These intellectuals who have sold their souls and are blinded by the dollars the US pays them, cannot or do not want to see the extensive damage and crimes the US and its Afghan accomplices have committed." (RAWA-Erklärung, 08.03.2012)

Die Kritik an Intellektuellen schließt auch die Poeten mit ein, die in Afghanistan eine große gesellschaftliche Bedeutung haben. „Many of the writers and poets […] who instead of raising people's awareness and mobilizing them for pro-independence, pro-democracy and anti-fundamentalism struggle, [...] inflame and fuel ethnic, sectarian and lingual tensions among Afghan people." (RAWA-Erklärung, 08.03.2010) Perwin von RAWA erklärt im Interview, wie Poeten und Sänger ein ethnisches Denken verstärkten und sich nach 1992 auf die Seite von islamischen Fundamentalisten stellten:

> „And these intellectuals, they were poets, they were writers, they were singers, they didn't say anything against that people [islamistische Mujaheddin, die ab 1992 herrschten]. And they just go in the mind of these fundamentalists. For example, the Tajik intellectuals they go with Tajik fundamentalists, the Usbek intellectuals they try to go with Dostum, with Usbek fundamentalist, the Hazara intellectuals they went with Mohaqeq, Hezb-e Wahdat and other Hazara fundamentalists, and the Paschtun went to Paschtun and other ..." (Perwin, RAWA, Interview in Kabul, 21.02.2011)

Intellektuelle haben im Verständnis von RAWA eine besondere gesellschaftliche Verantwortung. Gerade angesichts der vielen Verbrechen, von Jahren religiös-fundamentalistischer Herrschaft und Jahrzehnten des Krieges hätten die Intellektuellen die Verantwortung, ihre Möglichkeiten des Schreibens dagegen einzusetzen.

> „Intellectuals have a big responsibility in society, in every society, but in Afghanistan because – you know the problem, after 30 years of war and fundamentalists – the responsibility become more and more strong, because they can do change the society." (Ebd.)

Wenn ein Mensch in einer Zeit von Unterdrückung, bewaffneter Gewalt und Verbrechen lebt, reiche es nicht aus zu schweigen, um nicht involviert zu sein. Gedichte und andere Texte zu schreiben, könne gerade dann eine wichtige und notwendige Handlung dagegen sein. Diese Verantwortung könne nicht geleugnet werden.

> „Of course, sometimes they say: We didn't say anything, we never went with fundamentalists. But of course a poet if in this moment when your country is in a bad situation, there is a lot of crime, but you are just silent, it means you are with fundamentalists, with criminals. Otherwise you have a big responsibility. You can do something. You can do with your writing, with your poems, with all these things." (Ebd.)

Perwin verweist auf iranische Intellektuelle, die eine führende Rolle in der demokratischen Protestbewegung einnehmen würden. „They are leaders of this democratic movement, because as poets and writers they become famous, intellectuals always become famous in the societies and they can change. With their mind they can change the society." (Ebd.) Es wird Bezug genommen auf demokratisch engagierte Intellektuelle in der Geschichte Afghanistans, von denen es viele gab. Mit dem Stift zu kämpfen sei genauso wichtig wie mit Unterricht oder mit der Waffe. Derzeit wird der Kampf nicht mit Waffen geführt, sondern die Auseinandersetzung mit Hilfe politischer Texte und Gedichte sei wichtig.

> „Of course, before in Afghanistan it was a lot. But now also there are some small intellectual people to do writing, articles and poems. And they become not a poet, not a writer. They come to the people. Of course, everyone has their own responsibility. If you are a fighter, you go to the front and fight with the enemies of the people, if you are a teacher, you teach the people and with your teaching, you fight against the fundamentalists. If you are a poet with your poems, with your articles you can fight against ... only there is not one gun, it is not important you fight with your gun, but it is important you fight with your pen. It is also important. Especially in this moment." (Perwin, RAWA, Interview in Kabul, 21.02.2011)

Auf politischen Veranstaltungen von RAWA (und auch von anderen Organisationen) werden viele Gedichte vorgetragen. Beispielsweise werden bei den großen Veranstaltungen zum 8. März oder zum Gedenken an die Gründerin Meena neben den Vorträgen, Liedern und Theaterszenen auch zahlreiche Gedichte rezipiert.

Die Frauen von RAWA sind fest davon überzeugt, dass die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse nicht dieselben bleiben werden, wenn „die Wahrheit"

ausgesprochen und weitererzählt wird. Es sei schon jetzt so, dass die einfachen Menschen auf der Straße, der Taxifahrer[22] oder selbst Kinder oft besser über die wirklichen Verhältnisse Bescheid wissen, als die Expert*innen mit ihren wissenschaftlichen Büchern.

„For example at American University, the only in Afghanistan where they teach in English. They have many and big and complicated books in a very difficult English. But they don't know about the real problems. They circle around the truth. A person from the street knows better. It is much more clear what people at the street tell and know. They know about the past crimes of warlords. They know about the history of the people in the government. But the books don't know, this knowledge is not there." (Rena, RAWA, Interview in Kabul, 01.10.2012)

Rena von RAWA erklärte, dass von den USA bezahlte Intellektuelle auch erzählen würden, dass ein Bürgerkrieg und Blutvergießen ausbrechen werde, wenn die US-Truppen das Land verlassen. Damit werde Panik und Angst vor dem Abzug des US-Militärs verbreitet. Solche Lügen würden so lange wiederholt, bis sie wie eine Wahrheit dastehen. Das geschehe unter anderem über die US-Radio-Sender Voice of America und Radio Azadi. Wird dagegen von Besatzung gesprochen, wie Malalai Joya es in einem CNN-Interview getan hat, werde das als Angriff gewertet. Doch die Menschen hätten genug davon. „They are fed up. We don't want US and Talib." (Rena, RAWA, Interview in Kabul, 01.10.2012) In einer Erklärung formulierte RAWA zum Internationalen Tag des Frauenkampfes 2012 über die gewissenlosen Analysen zur vermeintlichen Notwendigkeit dauerhafter US-Militärpräsenz in Afghanistan:

„Despite all the treacheries of the US and west, a handful of stooge intellectuals and so-called analysts without a conscience, tirelessly propagate for the permanent presence of the US through the government media every day, as if the fortune and prosperity of our country is tied to this military agreement, as if peace, stability and comfort of our people and women is only attainable if the US permanent bases exist." (RAWA-Erklärung, 08.03.2012)

22 Auch der kritische deutsche Ethnologe Christian Sigrist sah die Bedeutung des Wissens der Taxifahrer, um gesellschaftliche Fragen in Afghanistan zu verstehen. Er begann 1966/67 eine Untersuchung, für die er Taxifahrer in Kabul befragen ließ. „Das wichtigste Ergebnis der Befragung resultierte aus der persönlichen Beziehung mit den Interviewern, durch die ich viele interessante Informationen zur innenpolitischen Lage bekam." (Sigrist zit. nach Chair for Social Anthropology Ruhr-Universität Bochum 2011) Die Geheimpolizei sah jedoch in dieser Untersuchung eine Bedrohung und bewirkte mit ihrer Überwachung, dass Antworten unergiebig blieben (vgl. ebd.).

RAWA widerspricht dieser Alternativlosigkeit und hat größte Zuversicht in die Kraft der einfachen Menschen, ihren eigenen Erfahrungen zu vertrauen, an ihrem Wunsch nach Freiheit und Gerechtigkeit festzuhalten und gesellschaftliche Veränderungen zu bewirken. Bei meinem ersten Gespräch mit einer Vertreterin von RAWA in Kabul sagte diese über die Unerträglichkeit der gegenwärtigen Situation mit der westlichen Intervention:

„And we totally believe that such kind of situation, as the history or the experience shows, that kind of things will not continue for ever. The people will again start something. The people will not listen or will not bare all these things all the time.“ (Friba, RAWA, Interview in Kabul, 18.05.2009)

Ein Beispiel für das Wissen an der Basis der Gesellschaft und die Gegenanalysen, die dort bei politisch interessierten jungen Frauen existieren, sind Shyma und Mahbuda und die Schülerin Ashir aus einem Dorf in der Provinz Nangahar, die ich im März 2011 getroffen habe. Sie haben mir mit großer Klarheit ihre Analyse zur Legitimation dauerhafter US-Militärbasen auf der Grundlage der Bedrohung durch Taliban und andere Terroristen dargelegt, die in der damaligen Situation gerade viel Aufmerksamkeit bekam:

„The USA have two-side policy. They build the school. In the background, they talk with Talib, damage and bombing the schools. It is because they force our people: If we leave your country you will face difficulties, Talib are very dangerous, they close your school, women do not have any rights, like this. They want to pressure the people, so that they can continue their military actions in Afghanistan on a permanent basis. They want their military stations forever. It makes a good excuse for continuing and establishing their military bases permanently. At first we wanted the USA to rebuild. They didn't have any basic project. They use money for military activities. We have not seen any civilian projects to better the life of the afghan people. We didn't see any project. Because, I want to say clearly, they have some due political benefits. Afghanistan has a very important geopolitical situation. […] In this situation the victims are the Afghan people.“ (Ashir/Shyma/Mahbuda, Interview, Dorf in der Provinz Nangahar, 20.03.2011)

Dieses Wissen verbindet sich mit dem Wunsch, Veränderungen mitzubewirken. Ashir hat mir von ihrer Enttäuschung erzählt, als sie an einer Demonstration in Kabul teilnehmen wollte, um gegen die sich ständig wiederholenden zivilen Opfer durch US-Bombardierungen zu demonstrieren, diese jedoch verpasste. Sie habe ihre Wut hinaus schreien wollen. Doch auf dem Weg nach Kabul sei ihr Fahrzeug durch Straßenblockaden (vermutlich der Polizei) stundenlang aufgehalten worden, sodass sie erst nach dem Ende der Demonstration dort ankam. Von diesem Drang, Protest

lautstark auszudrücken, hatte auch Friba von RAWA zwei Jahre zuvor geredet, als ich mein erstes Gespräch mit einer Vertreterin der Frauenorganisation hatte:

„As the history, the experience shows to us, nobody can remain silent for ever. When there is casualties in Farah, when there is casualties in Herat, when there is casualties in Balkh, in everywhere. The people will rise one day. And we do appreciate such things. Today if it is in Kabul University, tomorrow it will be in Herat, the other day ... Then the people will come in a kind of … If the US marines, or the US troops they just close their hands and they bombard the people – they can't do it forever. There will be an people's uprising." (Friba, RAWA, Interview in Kabul, 18.05.2009)

EIN AUFSTAND WIRD FREIHEIT UND RECHTE BEWIRKEN

Nur mit ihren eigenen Händen können die Menschen Freiheit, Demokratie und Frieden erreichen. Das kann nicht von außen „geschenkt" werden, vertritt RAWA.

„RAWA strongly believes that there should be no expectation of either the US or any other country to present us with democracy, peace and prosperity. Our freedom is only achievable at the hands of our people. It is the duty of all the intellectuals, all the democratic forces and progressive and independence-seeking people to rise in a constant and decisive struggle for independence and democracy by taking the support of our wounded people as the independent force, against the presence of the US and its allies and the domination of Jehadi and Taliban criminals." (RAWA-Erklärung, 07.10.2008)

Schon sehr bald nach der militärischen Intervention 2001 vertrat RAWA, dass Frauenrechte, Demokratie und Menschenrechte sowie soziale Gerechtigkeit nur durch die Menschen selbst erkämpft werden könnten. Ende 2002 beendete RAWA die Analyse des ersten Jahres nach dem Zusammenbruch des Talibanregimes zum Internationalen Tag der Menschenrechte am 10. Dezember, mit einem Aufruf zum „energischen und organisierten Kampf" an die „[t]rauernde[n] Mitbürger" (RAWA-Erklärung, 10.12.2002). Nachdem bereits „alle Hoffnung und alle Willensanstrengung unseres freiheitsliebenden Volkes und der Menschen in der Welt sich in Illusion und Verzweiflung [verwandelten], als wir sehen mußten, daß die USA und ihre Verbündeten die Macht in Afghanistan an die Nordallianz übergaben […], bittet [RAWA] alle freiheitsliebenden und antifundamentalistischen Individuen und Gruppen, ihr Kommittment für demokratische Werte und Frauenrechte [...] unter Beweis zu stellen" (ebd.). Gegen den Fundamentalismus müsse ein praktischer, standhafter Kampf geführt werden. Es wurde vorgeschlagen, die Verletzung demokratischer Rechte und von Menschenrechten

durch die neue Regierung offenzulegen. Es dürfe nicht zugelassen werden, dass die Fundamentalisten in der Regierung nun Menschenrechte als ein Werkzeug benutzen, um ihr Image zu verbessern.

Die Handlungsmöglichkeiten, die RAWA benennt, gehen über das reine Bloßstellen der Islamisten in der neuen Regierung hinaus. Bereits im April 2003, zum Jahrestag der Machtübernahme der Jihadis in Kabul am 28. April 1992, erklärte RAWA:

> „The Revolutionary Association of the Women of Afghanistan (RAWA) once again calls upon all pro-democratic elements to know that no one else but ourselves will come to our rescue. It is incumbent upon us to rise up and clean Afghanistan from the dirt and scars of 28th April." (RAWA-Erklärung, 28.04.2003)

Die Menschen selbst müssten gegen die Jahadis aufstehen. Einige Jahre später wurden dann auch die internationalen Besatzer einbezogen, gegen die der Befreiungskampf gerichtet sein muss: „[O]ur freedom from the grasp of foreign occupiers, Northern Alliance mafia, vicious Taliban and other anti-women elements is only achievable by our unity and struggle." (RAWA-Erklärung, 08.03.2012) Nicht nur könnten Demokratie, Menschenrechte und Frauenrechte nicht von außen implementiert werden, dies würde zudem derzeit auch niemand ernsthaft betreiben – weder das Militär, noch Regierungsberater, UN oder NGOs. „It is impossible that domestic violence, rape, beating and self-immolation among women be ended by seminars or some discussions of the NGOs." (Ebd.) Das kann nur durch die Organisierung der Frauen aller ethnischen und Stammesgruppen in einer antifundamentalistischen Bewegung erreicht werden, die sich auch gegen die Präsenz des internationalen Militärs und andere externe Zwangsausübung richten müsse. Die Menschen in Afghanistan würden eines Tages einen Aufstand wagen und nur ein Aufstand könne unter den gegebenen Bedingungen die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse entsprechend verändern, erklärt RAWA.

> „The Revolutionary Association of the Women of Afghanistan (RAWA) has repeatedly emphasized that the only way to liberation and prosperity is the irreconcilable struggle of all democratic and freedom-seeking forces of Afghanistan and vast conscious uprisings throughout the country. It is then only possible to drive out US invaders, annihilate Karzai's mafia regime, and put on trial the murderous heads of Jehadis and Taliban and their cultural hacks." (RAWA-Erklärung, 27.04.2012)

Es gibt bereits seit vielen Jahren spontane Aufbrüche, Proteste und auch Riots, meist gegen das US-Militär, aber auch gegen die UN oder gegen Gouverneure. Diese werden häufig von den Taliban oder anderen fundamentalistischen Gruppen für ihre Interessen benutzt und beeinflusst. Riots kommen aber auch ohne irgendeine

Steuerung in Gang wie beispielsweise nach Verkehrsunfällen in Kabul 2006 und 2010, bei denen Menschen durch US-Militär- bzw. Botschaftsfahrzeuge getötet wurden und diejenigen Menschen ihre Wut gewaltsam ausdrückten, die dort gerade vor Ort waren. Von dort breiteten sich die Unruhen dann weiter aus. RAWA betont, dass ein Aufstand für eine gerechte Gesellschaft immer sowohl gegen die US-Besatzer und deren Verbündete als auch gegen die Taliban und gegen alle anderen fundamentalistischen Organisationen und Führer, die sogenannten Jihadis, gerichtet sein müsse. Der bevorstehende Freiheitskampf sei deshalb sehr komplex, schwierig und auch blutig.

„Combating against the armed and alien forces in the country without being loud-mouthed against the Talibi and Jehadi enemies would mean welcoming the misfortunes of fascism and religious mafia. Also, struggling against this enemy without fighting the military presence of the US, its allies and its puppet government would mean falling before foreign agents. The path of the freedom-fighters of our country without doubt, will be very complex, difficult and bloody; but if our demand is to be freed from the chains of the slavery of foreigners and their Talib and Jehadi lackeys, we should not fear trial or death to become triumphant." (RAWA-Erklärung, 07.10.2008)

Es ist RAWA wichtig, dass eine Bewegung aufgebaut wird, die die Menschen über ethnische Trennungen hinweg verbindet. „[Freedom] is only attainable by the organization of women of all ethnic backgrounds and tribes into an anti-fundamentalist movement against the occupation." (RAWA-Erklärung, 08.03.2012)

Zum Frauentag 2010 erklärte RAWA, dass die Frauenrechte nicht von der katastrophalen politischen Situation im Land getrennt werden können und ein Umsturz der Regierung nötig sei. „Without the overthrow of the current puppet regime, which is becoming more mortal and odorous than before by the inclusion of Taliban and Gulbuddini murderers, none of the thousands of the problems of our unhappy people will ever be solved." (RAWA-Erklärung, 08.03.2010) Hintergrund einer dermaßen radikalen Konsequenz ist die immer wieder von RAWA erläuterte Lage, dass Kriminelle die Regierung bilden und nicht für die Interessen der Bevölkerung arbeiten, sondern diese unterdrücken.

DAS WICHTIGSTE: DIE KRIEGSVERBRECHER VOR GERICHT BRINGEN

Als ich mein erstes Gespräch mit einer RAWA-Vertreterin im Mai 2009 in Kabul führte, nutzte sie gleich die allerersten Gesprächsminuten, um das auszusprechen, was als der wirklich entscheidende Punkt für die Arbeit von RAWA und die gegenwärtige Situation in Afghanistan verstanden wird. Das Wichtigste sei, diejeni-

gen vor Gerichte zu bringen, die für schwere Menschenrechtsverbrechen und Kriegsverbrechen Verantwortung tragen. Sie verband diese Aussage mit der Vorbemerkung, dass RAWA Wert darauf lege, auf die wirklich wichtigen Dinge, die hauptsächlichen Probleme der afghanischen Menschen zu fokussieren. Andere würden viel von Dingen reden, die nicht die wirklichen Probleme seien.

„The point is and the first thing to solve in the current situation in the country: First we should put all the criminals, all those who comitted crimes, parties, individuals or leaders who comitted crimes they should be justified [brought to justice]. They should be called to a court. To a free and to a democratic court, not to any court who is again linked with any of the parties or individual to again have favor. A really free and democratic court. So they just be justified freely, without any favorism, without anything. This is the point. If any government, any people, any individual, any organization, they are the real friends of the Afghan people, they should try to put the criminals to an international or to a free court. This is the point. To be punished for what they have done. So if this party is punished, if the other one is punished, really, really punished, so it will be a lesson to the future generations. So this is the point." (Friba, RAWA, Interview in Kabul, 18.05.2009)

Interessanterweise hat RAWA bereits im Jahr 2000, also im Jahr vor der militärischen Intervention in Afghanistan, in einer Erklärung zum Internationalen Tag der Menschenrechte betont, dass bei einer Einmischung von Außen an erster Stelle stehen müsse, sowohl die Taliban als auch die Jihadi-Führer – zwei gegnerische, islamistisch-fundamentalistische Terroristenorganisationen – für ihre schweren Menschenrechts- und Kriegsvergehen vor Gerichte zu stellen. Außerdem müssten diese entwaffnet werden, der Waffenhandel und der ökonomische Rückhalt müsste ihnen genommen werden. Alles andere sei von vornherein zum Scheitern verurteilt:

„We have time and again reiterated that any effort by the United Nations or any country or international entity to bring peace to Afghanistan and an end to the Afghan conundrum, which does not provide for the disarming of the Jihadi and Taliban criminal bands would be worthless and inexorably doomed to failure from the very outset. If the United Nations, the European Union, the United States or any other country or group of countries honestly and sincerely wish to find a solution to the Afghan conflict, they need to begin by prosecuting the leaders of the Jihadi and Taliban gangs as war criminals and murderers, and impose severe economic sanctions on countries supplying their respective belligerent cronies in Afghanistan with arms and money to continue the human tragedy in our country. Only thus can the war machine of the two terrorist-fundamentalist adversaries be disabled." (RAWA-Erklärung, 10.12.2000)

In einer Erklärung, die sieben Jahre später und damit sechs Jahre nach der internationalen Militärintervention und dem Ende der Taliban-Regierung herausgegeben wurde, wiederholt die Frauenorganisation ihre Entschlossenheit, die Strafverfolgung

gegen die Kriegsverbrecher durchzusetzen. Das sei notwendig, um den Weg für Demokratie frei zu machen. Außerdem müssten die Verbrecher, die nun an die Macht sind, die vom nationalen Vermögen gestohlenen Millionen zurückgeben.

„[W]e are determined that with the help of justice-loving people and organizations of Afghanistan and around the world, [we] will work to push the war criminals into a court of justice and reclaim billions of dollars worth of national assets from them. Only then, the eyes of our grief-stricken people may no longer burn endlessly for justice and democracy. (RAWA-Erklärung, 10.12.2007)

RAWA hat 2007 das Buch *Some Documents of the Bloody and Traitorous Jehadi Years* (RAWA 2012) herausgegeben, in dem die Verbrechen der Jehadis belegt werden. Sie beschreiben das Buch als einen kleinen Schritt dahin, die Verbrecher, die nun die Posten in der Regierung und weiteren wichtigen Staatsämtern einnehmen, strafrechtlich zu verurteilen. In der Erklärung zum Menschenrechtstag 2007 werden keine Vorschläge oder Erwartungen an internationale Organisationen oder an Staaten gerichtet, sondern an die gerechtigkeitliebenden Menschen und Organisationen, die Veränderungen bewirken und Druck aufbauen können, sodass die Kriegsverbrecher – als entscheidender Schritt zur Demokratie – vor Gericht gestellt werden.

AHRDO – Afghanistan Human Rights and Democracy Organization

„The voices are now raised, but is anybody ready to listen?“
HADI MARIFAT (ZIT. NACH SAED, 17.12.2011)

In diesem Kapitel wird deutlich

- warum diese NGO trotz ihres Namens keine der „üblichen“ NGOs für Menschenrechte und Demokratieaufbau ist;
- warum die Organisation künstlerisch ist und sich doch politisch einmischt;
- welche kritischen politischen Positionen gegen die Regierungspolitik und gegen die internationale Interventionspolitik von „den Theaterleuten“ formuliert werden und warum sie dennoch mit Ministerien und Botschaften zusammenarbeiten;
- wie die Basis politischer Beratungstätigkeit die Perspektiven der Marginalisierten und deren Selbstorganisierung sein kann und
- wie über die künsterliche Arbeit von AHRDO wichtiges Wissen generiert und weitergegeben wird.

GESCHICHTEN MÜSSEN ERZÄHLT WERDEN

Aus den gesammelten Geschichten der Kriegsopfer aus unterschiedlichen Provinzen und gesellschaftlichen Gruppen hat die künstlerische Menschenrechtsorganisation AHRDO im Jahr 2010 das Dokumentationstheaterstück *Infinitive Incompleteness* entwickelt. Die Aussagen eines 90 Jahre alten Mannes, der seinen 19-jährigen Sohn und alle seine Güter verloren hatte und nun in Armut lebt, wird in diesem Theaterstück wortgetreu wiedergegeben. An einer Stelle teilt dieser alte Mann mit:

„I have a lot of pain but who can understand it? However, if somebody finally listened to my story and did not agree with it, I would not mind, they could hang me. My blood is in the service of the nation. Whoever asks me, I have many pains and stories to tell. First of all, today in my house there is not even 100 Afghanis. So I play with the smoke (crying). Today I am begging for 100 Afghanis.“ (AHRDO 2010: 5)

Geschichten zu erzählen kann in Afghanistan gefährlich sein: „They could hang me.“ (Ebd.) Doch es gibt viele Geschichten aus den vergangenen vier Jahrzehnten, in denen in Afghanistan Krieg und brutale Unterdrückung herrschten, die erzählt werden müssen.

AHRDO wurde im Jahr 2009 in Kabul als NGO (Non Governmental Organization) gegründet, die künstlerische Mittel und Methoden der Theaterarbeit einsetzt, um die gewöhnlichen Leute zu unterstützen, ihre Erinnerungen auszudrücken und öffentlich sichtbar zu machen. Damit durchbrechen sie ein Tabu und arbeiten an der Überwindung der bestehenden Kultur der Straflosigkeit für begangene Kriegs- und schwere Menschenrechtsverbrechen. Die AHRDO-Gründer*innen haben sich zum Ziel gesetzt, zu einem gerechteren und demokratischeren Afghanistan von unten beizutragen. Sie wirken in die Gesellschaft hinein, um eine Akzeptanz für die Notwendigkeit der Aufarbeitung der Vergangenheit und Herstellung von Gerechtigkeit aus der Sicht der Kriegsopfer, der Witwen, Waisen und einfachen, armen Menschen aufzubauen. AHRDO macht zudem den Kampf für Frauenrechte und die aktive gesellschaftliche Teilhabe von Frauen zu einem zentralen Anliegen und eigenen Schwerpunktbereich ihrer Aktivitäten.

Zu den Theatermethoden, mit denen sie arbeiten, gehören Methoden des „Theater der Unterdrückten“, das in den 1960er Jahren vom Theatermacher, Theaterregisseur und Aktivisten Augusto Boal in Brasilien entwickelt wurde, um benachteiligte und diskriminierte Bevölkerungsgruppen zu unterstützen. Das Theater der Unterdrückten hat einen emanzipatorischen Charakter, fordert zur aktiven Teilnahme im Theaterraum und zu gesellschaftlicher Einmischung auf und wurde von der UNESCO (United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization) als Methode gesellschaftlicher Veränderung anerkannt.

„Das Theater der Unterdrückten bietet allen Menschen ästhetische Mittel, um ihre Vergangenheit, im Kontext ihrer Gegenwart, zu analysieren, und um, unmittelbar anschließend, ihre Zukunft zu erfinden. Das Theater der Unterdrückten befähigt Menschen dazu, eine Sprache wieder zu erobern, die sie bereits besaßen – durch das Theaterspielen lernen wir, in der Gesellschaft zu leben. Wir lernen zu fühlen mit Gefühl; zu denken mit Gedanken, zu handeln durch Schauspielen. Theater der Unterdrückten ist ein Proben für die Realität.“ (Internationale des Theaters der Unterdrückten-Organisation, ITO, o.J.: Grundsatzerklärung)

AHRDO arbeitet sehr viel mit Kriegswitwen, die in vielfacher Weise unterdrückt sind. Durch die Arbeit mit dem Theater können diese sich Freiräume verschaffen, ihre Lage reflektieren und lernen, sich auszudrücken und ihre eigene Geschichte zu erzählen (vgl. Joffre-Eichhorn, 19.02.2014). „Dazu hatten sie vorher nie die Möglichkeit.“ (Ebd.) Die global agierende Organisation International Center for Transitional Justice (ICTJ), die AHRDO und die partizipative Theaterarbeit in Afghanistan bis 2012 förderte, erklären in einer Kurzanalyse zu Theater und Transitional Justice in Afghanistan: „[P]articipatory theater has the capacity to explore the legacies of conflict and to establish spaces for discussion. It has also allowed for significant female participation, providing a modicum of agency to victims in general and women in particular.“ (Siddiqui/ICTJ 2010: 6)

Die Methoden des Theater der Unterdrückten (TdU) wurden nicht wie so viele andere Konzepte, die mit der Intervention seit 2001 ins Land kamen, als westlich aufoktroyiert abgewiesen. „[D]ie Tatsache, dass das TdU während einer Periode zahlreicher Militärdiktaturen in Lateinamerika gegründet wurde, ist für viele faszinierend, und immer wieder kommt es zu langen Diskussionen über die Rolle kultureller Aktivitäten in Zeiten von Gewalt.“ (Joffre-Eichhorn 2011: 103) Hjalmar Jorge Joffre-Eichhorn ist Trainer für TdU unter anderem in Afghanistan. Zu Beginn von Workshops erläutert er die Herkunft der Methode.

> „[Er erklärt], dass es sich also nicht wie sonst so häufig um ein aus reichen, privilegierten Ländern stammendes Werkzeug handelt, sondern dass das TdU als brasilianisches Eigengewächs in gewissem Sinne in einem Land mit vergleichbaren Schwierigkeiten wie Afghanistan geboren wurde und daher auch eine weniger koloniale, von oben aufgestülpte Essenz besitzt.“ (Joffre-Eichhorn 2011: 98)

Diese Methoden finden zudem einen vertrauten Boden in der afghanischen Tradition des oralen Geschichtenerzählens.

> „Afghanistan at the heart of the ancient Persian civilization and that intersection of cultural exchanges between the east and west has always had traditions of poetry, story telling and performances. These arts-forms reflected the history, tradition, [...] religious epics, daily lives and emotions for centuries in Afghanistan. They also served as medium for sharing ideas about societal change.“ (Marifat 2013: o.S.)

In einem Land mit einer derart hohen Analphabetenrate – mindestens zwei Drittel der Frauen – haben die mündliche Erzählung und bildlicher Ausdruck weiterhin einen hohen Stellenwert. „Given Afghanistan’s low level of literacy, theater and other unwritten means of communication and engagement are ideal for outreach.“ (Siddiqui/ICTJ 2010: 4) Das International Center for Transitional Justice (ICTJ) sieht die Kombination von juristischer und künstlerischer Arbeit für Transitional

Justice als hilfreich an. In einem Land wie Afghanistan, wird die künstlerische Arbeit mit Theatermethoden als umso wichtiger für nationale Heilung begriffen, weil Straflosigkeit vorherrscht und der verbliebene Raum für Rechenschaftspflicht sich zunehmend verkleinert. Denn außer der Sammlung von Zeugenaussagen und Dokumentationsarbeit sind formale Maßnahme der Vergangenheitsaufarbeitung sehr beschränkt (vgl. Siddiqui/ICTJ 2010: 6). Nadia Siddiqui erinnert an eine ähnliche Erfahrung in Kambodscha: „Cambodia is one place where the arts have been the main vehicle for victims of the genocide to communicate their experiences, because the tribunal was slow to start.“ (Ebd.: 6, Fußnote) Auch in Kolumbien nehmen vorerst lokale kunstbasierte Initiativen den Platz formaler nationaler Prozedere von Transitional Justice ein (vgl. ebd.).

NGO-Gründung mit „grösstmöglichem Abstand zum NGO-Geschäft“

Zu den Gründungsmitgliedern von AHRDO – Afghanistan Human Rights and Democracy Organisation – gehörten unter anderem Hadi Marifat und Khudadad Bisharat**.** Beide haben gute Aussichten auf (weitere) hoch bezahlten Beschäftigungsverhältnisse aufgeben, um ihre ganze Arbeitskraft in ein Theaterprojekt zu stecken. Hadi Marifat hatte zuvor im Menschenrechtsbereich der UN-Mission in Afghanistan (UNAMA) gearbeitet.

„After returning to the country in late 2001 in the aftermath of the fall of the Taliban regime I have worked with several international organizations for more than six years. I felt something is not working there. These organizations were trying to reflect the problems and bring them to the attention of the policy makers. But they were not empowering individuals and communities to speak for themselves.“ (Marifat 2013: o.S.)

Auch der Deutsch-Bolivianer Hjalmar Jorge Joffre-Eichhorn, der über die deutsche staatliche Entwicklungshilfeorganisation DED (Deutscher Entwicklungsdienst) für den Aufbau friedensfördernder Theaterarbeit nach Afghanistan gekommen war, hat diesen Arbeitsrahmen vor Vertragsende verlassen und sich an der Gründung von AHRDO beteiligt.

„Die Theaterarbeit an sich macht Spaß und das Medium an sich hat schnell eine Nische gefunden. Die beiden Arbeitgeber DED und FCCS [afghanische Organisation] erscheinen mir hingegen nur sehr bedingt daran interessiert oder fähig, eine friedensorientierte Theaterarbeit ernsthaft zu unterstützen.“ (Joffre-Eichhorn 2011: 46)

Er kündigte, statt „so zu tun, als ob ich arbeitete, wie so viele andere ausländische und einheimische Kollegen es machen“ (ebd.:47). Nachdem er viele kurze, aber intensive und inspirierende Theater-Workshops im Auftrag unter anderem der Friedrich-Ebert Stiftung, von UN-HABITAT (United Nations Human Settlements Programme) und ICTJ (International Center for Transitional Justice) für verschiedene Zielgruppen – junge Führungskräfte, Taubstumme, jugendliche zurückgekehrte Flüchtlinge, heroinabhängige Menschen, Lehrer*innen, Witwen und andere Kriegsopfer – durchgeführt hatte, suchte er eine Möglichkeit, die partizipative Theaterarbeit mit einer durch Afghan*innen getragene Plattform organisatorisch zu verankern. Er wollte nicht zum „sich immer wieder neue Aufgaben erfindenden Entwicklungshelfer[s]“ (ebd.: 153) werden, sondern „daran [...] arbeiten, dass das TdU eine dauerhafte, von Afghanen geleitete Nische im Kampf für eine Veränderung der afghanischen Gesellschaft findet“ (ebd.: 116). Hjalmar Joffre-Eichhorn wurde dann Mitglied des technischen Beratungsbeirats von AHRDO und hilft bei der Erstellung von Projektvorschlägen.

Hadi Marifat, der zuvor für zahlreiche internationale Organisationen arbeitete, und Hjalmar Jorge Joffre-Eichhorn hatten bereits gemeinsam Theater-Workshops geleitet. Die Idee einer NGO-Gründung begleitete sie bereits einige Zeit, als sie diese Anfang 2009 gemeinsam mit weiteren Gründungsmitgliedern verwirklichten – Frauen und Männer, zu denen unter anderem Nik Mohammad und Salim Rajab gehörten. Joffre-Eichhorn schreibt über diese Entscheidung von Marifat:

> „[E]in bewundernswerter Schritt, da sein Gehalt bei UNAMA recht gut ist und er damit sein Fernstudium finanziert und seine Familie ernährt. Bei einer neugegründeten, dazu noch afghanischen NGO ohne internationale Geber wird er wahrscheinlich eher noch Geld mitbringen müssen.“ (Joffre-Eichhorn 2011: 154)

Nik Mohammad erzählte mir, wie seine Familie Druck auf ihn ausübte, damit er sich eine andere Arbeit suchte, denn Theaterspielen ist in Afghanistan äußerst schlecht angesehen. Außerdem könnte er woanders voraussichtlich mehr Geld verdienen. Nik Mohammad hatte bereits ein Stellenangebot ausgeschlagen, um stattdessen an seinem allerersten zweiwöchigen Theater-Workshop teilzunehmen, bei dem er Hadi und Hjalmar kennenlernte. Kurz darauf starteten Proben für ein klassisches Theaterstück mit dem Titel *AH7808*, bei denen er auch Salim erstmals begegnete. Nik Mohammad ist mit Abstand der Älteste der Gründungspersonen, er hat eine lange persönliche Geschichte politischen Engagements. Aus Respekt vor seinem unbeugsamen, aber auch mit viel Leid besetzten Lebensweg wird er „der Doktor“ genannt. Ende der 1970er Jahre war er in der Schüler- und Studentenbewegung sehr aktiv. Er wie auch sein Vater und einige seiner Brüder wurden verhaftet und gefoltert. Als er kurz vor Abschluss seines Medizinstudiums vor einer erneuten, lebensbedrohenden Verhaftung gewarnt wurde, ging er in den

Untergrund. Auch unter nachfolgenden Regierungen wurde er mehrfach verhaftet. Nik Mohammad konnte sein Studium nie beenden, doch er nutzte seine Medizinkenntnisse, um zu helfen. Bis heute gibt er medizinischen Rat und unterstützt diejenigen, die über kein Geld verfügen. Er sieht in der Theaterarbeit die Möglichkeit, seine eigenen leidvollen Erfahrungen zu verarbeiten und mit diesem Mittel eine emanzipatorische gesellschaftliche Basisorganisierung zu fördern. Er vertraut auf die Menschen in seinem Land, eine positive Veränderung bewirken zu können. „I'm [...] confident in the work we do at AHRDO and I hope that it will bring about grassroots changes in the future." (Mohammad 2013: 9)

AHRDO sollte nie eine NGO werden wie all die anderen, die ihre Programme an den von außen gemachten Förderplänen ausrichten und so ausführen, dass möglichst viel Geld bei der Organisation bleibt. Sie haben sich mit einem „größtmöglichen Abstand zum NRO-Geschäft" gegründet:

> „Den größtmöglichen Abstand zum NRO-Geschäft erreichten sie durch das Wagnis, sich ausgerechnet mit diesen Menschen [Kriegsversehrte und Kriegswitwen] auf das Feld des Theaters zu begeben, das für Mudschaheddin und Taliban der Hort äußerster Verworfenheit ist." (Medico International, 04.06.2013)

Das International Center for Transitional Justice (ICTJ), einer der ersten Förderer von AHRDO, schreibt in einem Briefing über diese Gründung: „Established by a number of young human rights and civil society activists, its aim is to create an Afghan-led and -run theater- and arts-based transitional justice platform in Afghanistan." (Siddiqui/ICTJ 2010: 5) Hadi Marifat, der zum Direktor von AHRDO wurde, möchte eine Organisation ohne die üblichen Hierarchien, ohne Korruption, Vetternwirtschaft, Trennung der Geschlechter und ethnische Reinheit aufbauen – damit in Unterscheidung zu den meisten anderen afghanischen NGOs (vgl. Joffre-Eichhorn 2011). Mit einer demokratischen Entscheidungsfindung und dem flexiblen Austausch von Wissen und Ideen aller Ebenen der Struktur soll die Organisation ein Beispiel dafür sein, wie es anders gehen kann. Die Beschreibung ihrer Personal- und Organisationsstruktur beginnt mit diesen Sätzen:

> „From executive perspective, the AHRDO management structure is relatively non-hierarchy, mostly based on the executive team decision. […] The structure reflects AHRDO's vision of a management team that can share ideas and expertise flexibly. AHRDO aims to recognize and reward ideas generated from the lower levels of the organization rather than institutionalizing a top down approach common to more vertically hierarchical structures." (AHRDO Website: Staff)

Der Name „Afghanistan Human Rights and Democracy Organization" ist das Ergebnis einer Anpassung an die strengen Vorgaben für die Registrierung einer

NGO in Afghanistan. Der Wunschname „Human Rights Home“ war als „zu politisch“ vom Innenministerium abgelehnt worden (vgl. Joffre-Eichhorn 2011). Bei aller nötigen Anpassungsleistung für die Anerkennung als registrierte NGO gelingt es AHRDO in der öffentlichen Selbstdarstellung ihrer Aufgaben und Ziele, eine kritische Distanz zum westlichen Interventionsprojekt auszudrücken. Der proklamierte Demokratieaufbau in Afghanistan wird als von außen kommend – „the ongoing external democratizing efforts“ (AHRDO Website: About) – und als ein „imported and alien phenomenon“ (ebd.) bezeichnet. Sie stellen in ihrer Selbstbeschreibung ihre Arbeit jedoch auch als eine komplementäre Ergänzung zu Bestrebungen eines externen Demokratieaufbaus dar. Diese von außen kommenden Ansätze müssten umgewandelt und von den Menschen an der Basis so gestaltet werden, dass eine kulturelle und soziale Verankerung entsteht, die diese Entwicklungen unumkehrbar macht. „AHRDO believes that every society needs to define its own set of democratic forms and characteristics based on the different accounts of history, culture, and level of development, in comparison with other societies.“ (Ebd.)

Die Aktivist*innen von AHRDO setzen ihr Hoffnungen und ihre Kraft dabei in die aktive öffentliche Teilnahme der am meisten marginalisierten Gruppen des Landes – ausdrücklich die Zusammenschlüsse der Kriegsopfer, Witwen und insgesamt Frauen. AHRDO hat sich vor diesem Hintergrund entschieden, mit kunstbasierten Methodologien zu arbeiten, unter anderem mit Theater der Unterdrückten, Playback Theater, konventionellem Theater, Radio Drama, Poesie und Musik. Dieser Weg sei nicht nur kreativ und innovativ, sondern auch effizient und verantwortlich (vgl. AHRDO Website: About us).

AHRDO ist nicht nur in Kabul aktiv, sondern reist immer wieder in verschiedene Provinzen des Landes, um dort Workshops und Aufführungen durchzuführen. Regelmäßig werden Herat, Jallalabad, Parwan und Bamiyan besucht, wo sie im Kontakt stehen mit Selbstorganisationen, den Schuras, der Kriegsopfer (vgl. Medico International, 04.06.2013). Im Jahr 2011 hat AHRDO neben dem Kabuler Büro ein weiteres in Mazar-e Sharif eröffnet. Insgesamt umfasst AHRDO seither mehr als dreißig Mitarbeiter*innen. AHRDO sucht auch aktiv den internationalen Austausch und kann bereits auf mehrere Auslandstouren mit Workshops, Aufführungen, politischen Gesprächen und Konferenzen zurückschauen, diese führten unter anderem nach Belgien, Deutschland, in die Türkei und die Vereinigten Staaten von Amerika. Für das Jahr 2012 schreibt AHRDO über ihre Arbeit:

„When not at home, AHRDO staff travelled to Europe to attend meetings and conferences on Afghanistan’s most pressing issues. Bisharat Khodadad visited Brussels, Germany, Sweden and the international criminal court in the Netherlands, while Hadi Marifat participated in a three-day conference in Spain. Hjalmar Jorge Joffre-Eichhorn also gave a presentation in Hong Kong and a trip to Tajikistan rounded off AHRDO’s advocacy work abroad.“ (AHRDO 2013a: 11)

Auch mit Kriegsopfern in Ruanda und mit Flüchtlingen in Uganda haben im Jahr 2010 Begegnungen mit einer angereisten Gruppe der Theatermacher*innen von AHRDO stattgefunden. Im November 2013 organisierte AHRDO in Kabul ein internationales Theaterevent: die erste internationale Konferenz zum Theater der Unterdrückten, die in dieser Weltregion stattfand. Die Zentral- und Südasien-Konferenz hatte einem Fokus auf Theaterarbeit für Frauenrechte.

„The specific objective of this project is to hold Central/South Asia's first ever Theatre of the Oppressed conference in Kabul, Afghanistan with participating practitioners from Afghanistan, Bangladesh, Egypt, Iran, India, Nepal, Kyrgyzstan, Pakistan and Sri Lanka in order to discuss how regional theatre initiatives can make a contribution to the promotion of and respect for women's rights in the region. " (AHRDO 2013a: 4)

Immer wieder besuchen internationale Theater-Trainer*innen die afghanische Organisation, um Training-Workshops durchzuführen. Es werden auch Praktikant*-innen aufgenommen, wie auch eine deutsche Studierende der Friedens- und Konfliktforschung, der ich im Februar/März 2011 dort begegnete. Eine andere Praktikantin, Vanessa Fortune, sagt über ihre Erfahrung mit AHRDO: „All the staff clearly cared a lot about each other and their beneficiaries. I was made to feel instantly welcomed and included, it was a wonderful atmosphere to live and work within." (Fortune 2013: 9).

DEMOKRATISIERUNG VON DEN GRASWURZELN UND MIT DEN MARGINALISIERTEN

Die Aktivist*innen von AHRDO verfolgen ihr Anliegen „with a strong commitment to work with the most marginalized sectors of society" (AHRDO Website: About us). Sie streben eine gesellschaftliche Veränderung an, die von den Graswurzeln kommt (vgl. ebd.). AHRDO möchte eine partizipatorische Demokratie fördern. Sie gehen davon aus, dass durch künstlerische und theaterbasierte Programme Räume für Dialoge, Friedensaufbau, soziale Gerechtigkeit und öffentliche Teilnahme geschaffen werden können (vgl. ebd.).

Solche Positionierungen an der Seite der Marginalisierten klingen zunächst harmlos und nicht nach einer Kritik an der Regierung oder am internationalen Interventions- und Aufbauprojekt. Angesichts der breiten, aber wenig aussagekräftigen Aneignung solcher Begriffe in entwicklungspolitischen Programmen erscheint es als kein ungewöhnliches oder radikales Anliegen, wenn „grassroots strategies for change" und „community dialogue" (ebd.) gesucht werden. Es mag auf den ersten Blick nicht viel bedeuten, dass AHRDO danach strebt, dass die marginalisierten

Gruppen eine Schlüsselrolle bei den Entscheidungen über den weiteren Weg zu einer Demokratisierung der Gesellschaft einnehmen. Wird das jedoch ernsthaft umgesetzt, bedeutet das im Kontext Afghanistans in der Konsequenz eine Kritik der Politik sowohl der Regierung als auch des internationalen Friedensaufbaus. AHRDO versteht die Opfer der Kriege als eine der Bevölkerungsgruppen, die im Rahmen des Aufbaus seit der Intervention 2001 am meisten marginalisiert wurden.

„Recognising the mounting challenges faced by this group [Afghanistan's war victims], the Afghanistan Human Rights and Democracy Organisation (AHRDO) has worked to collect their stories, debate their problems and record their suffering with the aim of developing a victim-centred and justice driven reconciliation and peace-building process." (AHRDO 2013b: 1)

Die Opfer der Kriege aus mehr als drei Jahrzehnten des Kampfes sind dabei ein großer Anteil der Bevölkerung Afghanistans, quer durch regionale, ethnische, religiöse, sprachliche und gruppenbezogene Einteilungen. Sie sind äußerst marginalisiert und finden keine gesellschaftliche Anerkennung (ebd.).

Medico International, die AHRDO seit 2012 fördert, hebt hervor, dass bei AHRDO nicht mit Standardbegriffen gearbeitet wird, „um Fördergelder aus internationalen Töpfen abzurechnen. Für sie ist ihre Arbeit eine immer neu übernommene und nach Lage der Dinge noch immer lebensgefährliche Verpflichtung für die Verwirklichung der Menschenrechte." (Medico International, 04.06.2013) AHRDO ist eine Organisation, die mich immer wieder überrascht: mit der großen Wirkung ihrer Theaterprojekte für die Stärkung von Individuen und dem Anstoß für Selbstorganisierungsprozesse insbesondere als Opfer von Kriegsverbrechen und als Frauen im Kampf für mehr Rechte, in afghanischen Städten wie auf dem Land, mit Netzwerken in der asiatischen Region und global. Sie erstaunen mich mit weiteren künstlerischen Projekten für Erinnerungsarbeit, die lokale, nationale und internationale Öffentlichkeit und politische Wirkung für Maßnahmen von Transitional Justice erreichen, die bis dahin unmöglich erschienen. AHRDO wagt dabei einen Spagat zwischen dem künstlerischen Ausdruck tabuisierter individueller und kollektiver Erfahrungen der Marginalisierten, verbunden mit politischer Kritik, bis hin zur Einladung und Einbindung politisch einflussreicher und etablierter Personen in ihre Projekte und der Kooperation mit nationalen und internationalen Regierungsvertreter*innen. Die Theatermacher*innen sind dokumentierende Forscher*innen, gesellschaftliche Aktivist*innen, politische (Protest-)Organisator*innen, politische Lobbyarbeiter*innen, Politikberater*innen und noch vieles mehr.

DIE SICHTWEISEN DER KRIEGSOPFER IN DEN MITTELPUNKT RÜCKEN

Im September 2013 stellt Hadi Marifat ein erfolgreiches Projekt von AHRDO im Peace Palace bei der TEDxHagueAcademy in Den Haag vor (Marifat 2013). Bei dem Projekt, das er vorstellt, handelt es sich um sogenannte Memory Boxes, die von Hinterbliebenen von Ermordeten oder Verschwundenen als künstlerisch-gegenständlicher Ausdruck ihrer Erinnerungen in Workshops erstellt wurden – „personal museums out of cherished artefacts“ (AHRDO 2013b: 1). Diese Memory Boxes wurden seit 2011 in zahlreichen nationalen und internationalen Ausstellungen in Anwesenheit der Kriegsopfer, die diese geschaffen haben, präsentiert. Tausende besuchten die Ausstellungen. Ein Dokumentarfilm (AHRDO 2013c) und eine Ausstellungsbroschüre wurden begleitend erstellt. Im Zusammenhang mit der Darstellung dieses Projektes künstlerischer Vergangenheitsarbeit spricht Hadi Marifat in Den Haag sehr deutlich die Fehler des sogenannten Friedensaufbaus an: Die Gewaltverbrecher der Kriegsjahrzehnte wurden zurück an die Macht gebracht. Während diejenigen mit Blut an den Händen national und international beschützt und gefördert würden, blieben die Menschen, die unter diesen gelitten haben, entrechtet und ohne Einfluss. „At the same time it is clear that those who have lost their loved ones will stand their grounds until their demands for truth telling, recognition and justice have been met.“ (Marifat 2013: o.S.)

Marifat erklärt, dass weder die internationalen Truppen noch politische Stabilisierungsmaßnahmen Erfolge vorweisen könnten. Für einen erfolgreichen Friedensprozess helfen keine „quick fixes such as bribing the peace spoilers“ (ebd.). Marifat empört sich, dass Frieden und Versöhnung derzeit bedeute, dass „[e]veryday diplomats, politicians, experts travel to the capital of our countries to consult or posture and discuss the peace settlement with the Taliban“ (ebd.). Er fragt, warum die Taliban nicht nach Den Haag gebracht würden, um sich vor dem Internationalen Strafgerichtshof (ICC) zu verantworten. Mit den bisherigen und derzeitigen Maßnahmen wird nach dem Verständnis der AHRDO-Direktors Marifat die Komplexität des Konfliktes nicht beachtet und es findet keine Transformation statt.

Hadi Marifat vertritt, dass ein Wechsel der Sichtweise vollzogen werden müsse, das sei entscheidend. Der Konflikt müsse durch die Linse der Kriegsopfer betrachtet werden. „Without making an effort to look at the conflict through the lens of its victims it is too difficult to truly grasp its impact. Once we have discovered these realities that have been neglected, than we can find usable ways of addressing it.“ (Marifat 2013: o.S.) Mit den Ausstellungen der Memory Boxes wird die Sehnsucht der marginalisierten Opfer nach Frieden, deren Erinnerungen und Geschichten wiederbelebt und in die Öffentlichkeit gebracht. Diese Erinnerungen und Erzählungen

sollen in das Zentrum des gegenwärtigen Friedens- und Versöhnungsprozesses gebracht werden, so Marifat.

Auch der Exekutiv-Direktor von AHRDO, Khudadad Bisharat, bezieht die Bedeutung der Memory-Box-Initiative direkt auf den von der Regierung Afghanistans geführten und aus der Zivilgesellschaft stark kritisierten Friedens- und Versöhnungsprozess, der auf die politische Machtbeteiligung der Taliban, der Hekmatyar- und der Hakkani-Gruppe zielt und Transitional Justice ausschließt:

> „Based on the current situation in the country, three things are very important about the Memory Box initiative: First, to enhance the role of the victims of Afghanistan while helping them cope with their difficult circumstances. Second, to challenge the current peace process dominated by the political elites and third, to make a contribution to the prevention of further violence in the country in the future." (Bisharat in: AHRDO 2013c)

AHRDO arbeitet mit ihren Projekten an dem Ziel eines „victims-centred and justice-driven reconciliation and peace-building process" (AHRDO 2013b: 1). Im Bericht zur „Victims Memory Box Exhibition" (AHRDO 2012b) wird herausgestellt, dass die afghanische Regierung und die internationale Gemeinschaft in den vorangegangenen zehn Jahren den Problemen der Opfer und dem „Nachlass der Kriege" in Afghanistan keinerlei Aufmerksamkeit gewidmet haben. Die Ausstellung könnte ein guter Ausgangspunkt sein, um die afghanische Regierung und ihre Verbündeten zu überzeugen, das vergessene Problem der Gerechtigkeit zu bedenken. Mit einem „soft cultural and artistic struggle" (ebd.: 4) könne eine neue Form von Friedensaufbau bewirkt werden, „to reject and remove any types of discriminations in Afghanistan" (ebd.: 4). Die unterdrückten Gesellschaftsgruppen könnten so am Diskurs teilnehmen und marginalisierte Gruppen die Hauptaufmerksamkeit in der Diskussion bekommen.

Dabei wird eine grundlegende Kritik am Charakter des von der afghanischen Regierung geführten Friedens- und Versöhnungsprozesses deutlich. Mit der Ausstellung der Memory Boxes sollen die nicht beachteten Erinnerungen, aber auch die Forderungen der Kriegsopfer als bedeutsame Stimmen für die Friedensgestaltung nach vorne gerückt werden. „[T]he victim group organized [...] exhibitions in which they have not only exhibited their boxes but also advocated about their rights with the media, members of Afghan civil society groups and those of the international community." (Salim Rajabi, Interview, AHRDO 2012b: 11) In Berichten wird beschrieben, dass die bei der Ausstellung anwesenden Kriegsopfer schon bald ihre anfängliche Zurückhaltung aufgaben und Zutrauen fassten, ihre Forderungen mitzuteilen (vgl. AHRDO 2012b). Sie fordern Erinnerungsorte, wirtschaftliche Unterstützung und die rechtliche Aufarbeitung der Verbrechen.

> „During the exhibition most victims couldn't control their emotions and blamed Afghanistans leaders and government for neglecting victim's problems and transitional justice issues. They especially blamed President Karzai because of his political compromises with war criminals and Taliban." (Ebd.: 4)

Die Frage der Gerechtigkeit soll einbezogen werden – eine Forderung, die dem verfolgten Regierungsplan für Versöhnung und Frieden entgegensteht. „In fact, this exhibition [in the Canadian Embassy of Kabul] was trying to convince Afghanistan's international partners to put pressure on the government to take steps towards justice." (AHRDO 2012b: 5)

Der Kabuler Universitätsprofessor Aslam Jawadi betont beim Besuch einer Ausstellung, dass der Fokus der Ausstellung auf denjenigen liegt, die während all der Jahre von öffentlichen Diskussionen ausgeschlossen waren (vgl. AHRDO 2013c). Die Ausstellung wird auch als Beitrag zur Dokumentation der Verbrechen gesehen. „The Warlords have tried to eliminate all memories of what happened", äußert die Parlamentsabgeordnete Fauzia Kofi bei der Ausstellungseröffnung in der Ibni-e Sina Universität in Kabul (ebd.).

Nach zahlreichen Ausstellungen und zunehmender Beachtung des Themas der Erinnerungsarbeit konnte durchgesetzt werden, dass einige der Memory Boxes in das Nationale Archiv aufgenommen werden, um sie dauerhaft als Bestandteil der nationalen Erinnerungswerte zu sichern. Dies sowie eine gemeinsame Ausstellung zur Anerkennung der Leiden der Opfer der Kriege wurde in einem „Memorandum Of Understanding" zwischen AHRDO und dem Ministerium für Information und Kultur vereinbart (vgl. AHRDO 2013b).

EINEN WEG ZUM AUSDRUCK DER ERINNERUNG FINDEN

Salim Rajabi, der als Prozessbegleiter zahlreiche Workshops leitete, die zur Erstellung von Memory Boxes führten, erklärt: „This methodology introduced an artistic way of communicating with war victims, to share their tragic stories and personal objectives, sharing and exhibiting them purposefully to aid healing and provide a memorialization." (AHRDO 2013b: 11) Als Salim Rajabi anfing, bei AHRDO als technischer Assistent zu arbeiten, weigerte er sich an Theaterübungen teilzunehmen, die täglich zur Erwärmung vor der Proben stattfanden – er könne das nicht. Als ich ihn im Sommer 2010 kennenlernte, erzählte er mit Begeisterung, wie die Theaterarbeit ihn und sein ganzes Leben verändert habe. Hjalmar Joffre-Eichhorn beschreibt diese Veränderung von Salim:

„Salim […] spricht mich die ersten Tage nur mit ‚Sir' an und guckt dabei verschämt nach unten. ‚So musste ich es bei anderen internationalen NGOs immer machen', erklärt er mir […]. Schließlich nimmt er doch einmal [an den Theaterübungen] teil, freundet sich Stück für Stück mit dem Theater an und wird innerhalb weniger Monate zu einem der positiv fanatischsten Theatermacher, die ich mir vorstellen kann. ‚Es gibt ein vor und nach dem Theater in meinem Leben', sagt er, diesmal mit erhobenem Kopf." (Joffre-Eichhorn 2011: 144)

Salim wurde einer der ersten afghanischen Praktiker des Theater der Unterdrückten und eignete sich nach und nach mehr Methoden an, die er in der Arbeit einsetzt: Forumtheater, Playback Theater, Legislatives Theater, Ästhetik der Unterdrückten sowie Memory Box. Diese Methoden arbeiten unter anderem mit Spielen, mit dem Körper und mit Bildern, die eine besondere Kraft haben, um verborgene Gefühle und Erinnerungen zum Ausdruck zu bringen. Das ist heilsam und regt weiterführende Diskussionen und Aktivitäten an. Dabei wird davon ausgegangen, dass Erinnerung nicht nur im Kopf, sondern im ganzen Körper gespeichert wird.

„I can say that the after effects of the conflicts exist in our body as a disease does and some of these effects still remain in our hearts. When a violation affects the heart, a person is dead just like a withered flower." (Hakim, ein alter Mann aus Dara-i ali, Provinz Bamiyan, zit. nach Winterbotham/Rahimi 2011: 30)

Beim Theater der Unterdrückten wird beim Körper eine Schlüsselrolle gesehen für gesellschaftliche Veränderungsprozesse, sowohl zum Verständnis gesellschaftlicher Probleme als auch als Instrument für die alltäglichen Auseinandersetzungen mit Ungerechtigkeit und Unterdrückung: ein Instrument des Wandels (vgl. Joffre-Eichhorn 2011: 69). Diese Verbindung von Erinnerung und Körper kann mit dem Medium des Theaters entfaltet und bearbeitet werden. In den Workshops von AHRDO werden unter anderem Übungen eingesetzt, die ganz auf dem Körpereinsatz basieren und ohne Worte auskommen.

„[Beim] ‚Klangwald', einer vertrauensbildenden Übung, in der einige TeilnehmerInnen mit geschlossenen Augen mit Hilfe von Geräuschen ihrer jeweiligen SpielpartnerInnen durch den Raum geführt werden, […] werden die TeilnehmerInnen sofort sehr ernst, als sie sich vergegenwärtigen, dass für die Übung notwendige Konzepte wie anderen Menschen zu vertrauen, bzw. die Verantwortung für andere Menschen zu übernehmen, in Afghanistan fast völlig verloren gegangen sind. ‚Der Mut, anderen Menschen zu vertrauen, ist eines der größten Opfer von so vielen Jahren Krieg', sagt eine Teilnehmerin traurig. Alle nicken." (Ebd.: 99-100)

Einige der spielerischen Übungen, die in einem anderen Kontext nicht als Herausforderung erscheinen, funktionieren in Afghanistan nicht. Als Gruppe möglichst schnell mit den Körpern geometrische Figuren wie einen Kreis oder ein Dreieck zu

bilden, erfordert eine Koordination, die zum Erstaunen des Trainers Joffre-Eichhorn auch nach wiederholten Anstrengungen der Teilnehmenden nicht aufgebracht werden kann. „Andere Übungen, vor allem die zahlreichen Klatschkreise, hingegen verlaufen absolut unproblematisch und werden auf Anhieb verstanden und umgesetzt. Verwundert frage ich mich, ob es mit dem ewigen Krieg zu tun haben kann, dass bestimmte Spiele klappen und andere nicht?“ (Ebd.: 76).

Spiele stehen am Anfang jedes Workshops mit der Methode des Theater der Unterdrückten. Zuallererst wird über Vertrauensübungen ein sicherer Raum, körperlich und emotional sicher, hergestellt. „Safe space“ ist ein wichtiges Grundprinzip in der TdU-Arbeit und in einem Kriegskontext noch essentieller. Ohne eine Atmosphäre von gegenseitigem Respekt und Vertrauen zu schaffen, wäre es nicht möglich, sensible persönliche und gesellschaftliche Dinge zu besprechen (vgl. ebd.: 111). In einem geschützten Raum können mittels der Theatertechniken tiefe Gefühle, Sorgen und reflektierende Gedanken ausgedrückt werden.

„In diesem Spiel geht es darum, mit geschlossenen Augen durch den Raum zu gehen und sich, je nach Anweisung des Jokers [Workshop-Leiter*in], wie ein Magnet an die anderen MitspielerInnen anzuheften bzw. abzustoßen [hier Durchführung in geschlechtergetrennten Workshops]. Schon während der Übung kommt es zu Tränen und Momenten extremer Anspannung. Bei der darauffolgenden Besprechung kommen dann die leider immer wieder ähnlichen Lebenserfahrungen fast aller AfghanInnen zu Tage. Der Verlust geliebter Familienmitglieder, die Suche nach menschlicher Nähe in Zeiten von Grausamkeit, aber auch, im Falle derselben Übung mit den weiblichen Teilnehmerinnen, das sich von der Familie ausgeschlossen fühlen, nur weil sie einer täglichen Arbeit nachgehen. Viele der TeilnehmerInnen geben offen zu, wie schwierig es für sie war, die Augen geschlossen zu halten und den anderen, aber auch sich selber zu vertrauen.“ (Joffre-Eichhorn 2011: 111)

Die tiefsten Emotionen des Krieges, „ihre fürchterlichen Erinnerungen“ (ebd.: 131) lassen sich nicht gut mit Worten beschreiben, deshalb wird auch mit Bildern gearbeitet.

„Gewalt, Gewalt, Gewalt. Worte scheinen nicht auszureichen, um den gelebten Horror zu beschreiben. In einer dieser Übungen, die ich seitdem ‚Wandmalerei des Schmerzes‘ nenne, kreiert die Gruppe eine kollektive Wand des Grauens, in dem sich rund die Hälfte der TeilnehmerInnen, eine(r) nach dem/der anderen, den eigenen Körper benutzend, der Breite nach an eine der Raumwände stellt und ein Bild von dreißig Jahren Krieg in Afghanistan illustriert. Tod, Armut, Vergewaltigung und Menschen auf der Flucht zieren am Ende das grauenhafte Gesamtbild. Die Gruppe entscheidet sich, dieses Bild ‚Die Folter des Krieges‘ zu nennen.“ (Ebd.: 131)

Ergänzend zu der Arbeit mit Spielen, Bildern und Körper finden auch intensive Diskussionen regelmäßig statt. „Vor allem die auf die Theaterspiele folgenden Diskussionen sind extrem intensiv. Wir diskutieren Themen wie Korruption, ethnische

Diskriminierung, Gewalt gegen Frauen, Folter und fehlende Meinungsfreiheit." (Ebd.: 131)

In den Forumtheater-Workshops wird mit Interaktionsspielen, Körperarbeit und anderen theaterpädagogischen Methoden ein Raum geschaffen, in dem sich die Teilnehmenden – oft zum allerersten Mal – gegenseitig ihre Gefühle und innerlich tief vergrabenen Verluste und Leiden mitteilen können. Aus diesen persönlichen Lebenserfahrungen werden von den Workshopteilnehmer*innen Theaterszenen entwickelt und aufgeführt. Zur Aufführung lädt AHRDO nicht allgemein öffentlich ein, sondern spricht verschiedene soziale Organisationen an. Forumtheater-Aufführungen verlaufen interaktiv mit dem Publikum, das aufgefordert wird, an selbst gewählten Stellen während einer Wiederholung der aufgeführten Szenen einzelne Spielerrollen zu übernehmen, um den Verlauf in eine andere Richtung zu lenken. Es wird ausprobiert und gemeinsam diskutiert, welche Wirkung die jeweilige Intervention hatte und was wünschenswert ist. Auf diese Weise werden kollektiv neue Lösungen für Probleme gesucht, die aus dem Leben der Workshopteilnehmer*innen kommen. Diese Probleme haben in der Regel nicht nur einen individuellen Charakter, sondern eine gesellschaftliche Bedeutung. Das heißt, es wird während der partizipativen Aufführung gemeinsam mit dem Publikum, den *spect-actors*, nach alternativen Wegen und Lösungen gesucht. Dabei werden nicht nur die Szenen zu einen anderen Ausgang geführt, sondern es wird kollektiv nach gesellschaftlich wirksamen Handlungsalternativen und Veränderungsmöglichkeiten gesucht. Forumtheater wird auch als „Probehandeln" für die Wirklichkeit bezeichnet. Persönliche und kollektive Grenzsituationen, also Situationen in denen sich in unvertraute Handlungsweisen vorgewagt wird, oft verbunden mit Hindernissen, können getestet werden – ein „Versuch im theatralischen Raum" (Joffre-Eichhorn 2011: 104). Im „Spiel" können Verhaltensweisen in Anspruch genommen werden, die in der gegenwärtigen politisch-gesellschaftlichen Situation als inakzeptabel gelten. Bereits das offene Reden über die Verbrechen der Vergangenheit durchbricht ein Tabu in der afghanischen Gesellschaft.

KÜNSTLERISCHE MENSCHENRECHTSARBEIT UND DIE SELBSTORGANISIERUNG DER KRIEGSOPFER

Anlässlich der Aufführung eines Forumtheaterstücks hielt Hadi Marifat von AHRDO im März 2010 einen Vortrag zum Konzept und Hintergrund von Transitional Justice (TJ) und zur fehlenden Umsetzung des diesbezüglichen Regierungs-Aktionsplans „Peace, Reconciliation and Justice in Afghanistan" (Islamic Republic of Afghanistan 2006).

„Victims should be considered as a key agent to peace-building process and hereby we can say that today's event is a great opportunity to raise voices to be heard and find out concrete strategy as how to move forward." (AHRDO-Website: Creating Space for Dialogue on Transitional Justice)

Mit diesen Worten hob Hadi Marifat die Schlüsselfunktion der Opfer als Handelnde für Friedensaufbau mit Gerechtigkeit hervor.

Workshops und Aufführungen des Forumtheater, insbesondere mit Witwen und anderen Opfern der Kriege und Gewaltherrschaft aus den verschiedenen Bevölkerungsgruppen und den verschiedenen Phasen der Geschichte des Landes, gehören zu den wesentlichen Projekten der Arbeit von AHRDO.

Zu einer Aufführung im März 2010 waren das Community Center for Disabled (CCD), die Organization Development for Disabled Women (ODDW) und die Kabul Victims' Group (KVG) eingeladen. Zwei Stücke wurden aufgeführt. Beim ersten ging es um Massaker, Vergewaltigungen, Folter und andere grobe Menschenrechtsverletzungen, aber auch um das Amnestiegesetz, das als barbarisches Gesetz bezeichnet wurde. Im zweiten Stück wurden die Auswirkungen von Konflikten und Krieg auf die Familien der Opfer und Überlebenden behandelt (ebd.).

„[T]he second play was chosen by audience for further interaction and discussion. It was structured to reflect the fate of a family that suffered from absence of justice, which rendered it to be disabled, ignored and consequently left in troubles and dire poverty. This situation rendered some of the family members to leave ordinary life for joining criminal or terrorist groups in order to have the opportunity to get rehabilitated and change their social status." (Ebd.)

Während der interaktiven Aufführung wurden verschiedene Alternativen eingebracht. Diese umfassten die Notwendigkeit sozialer Gerechtigkeit im Aufbau des Landes und einer Priorität für die Unterstützung für überlebende Kriegsopfer. Es wurden Berufsausbildungen vorgeschlagen, um unabhängig zu werden und den sozialen Status zu verändern. Insgesamt wurde als wichtig erachtet, die Wahrnehmung der Opfer als Experten für Problemlösungen in ihrem Leben und damit als die alleinigen Handelnden für den Aufbau von Frieden im Land anzuerkennen (ebd.).

Dies ist ein Beispiel von vielen solcher Workshops und Aufführungen des Forumtheaters, die die Aufarbeitung der Verbrechen der vergangenen Jahrzehnte von Krieg und repressiver Herrschaft und Fragen bezüglich der Herstellung von Gerechtigkeit behandeln.

„Since its establishment, Afghanistan Human Rights and Democracy Organization (AHRDO) has pioneered in holding several events in the country to provide opportunity for the truths to be told, heard and exploring new ways of living for the victims and survivors of thirty years of conflict in the country." (AHRDO-Website: Human Rights Theater Festival)

Diese Arbeit mit dem Forumtheater und anderen Methoden des Theater der Unterdrückten hat konkrete Nachwirkungen in den Städten und Provinzen. Die Menschen, die an Workshops oder Aufführungen teilgenommen haben, waren motiviert und ermutigt weiterzumachen. Sie wollten mit ihren Geschichten und erlebten Verbrechen nicht wieder allein und machtlos bleiben. Deshalb entstanden in der Folge zahlreiche Zusammenschlüsse von Kriegsopfern. Für das Jahr 2011 berichtet AHRDO: „The truth telling and documentation efforts were equally deepened with the establishment of six Victims' Councils in Kabul and Mazar-e Sharif." (AHRDO Website: Our Works). Als ich 2010 mit den Theaterleuten von AHRDO in der Provinz Bamiyan unterwegs war, wurde mir dort ebenfalls von Gründungen von Organisationen der Opfer berichtet. In der Kurzanalyse von ICTJ zur partizipativen Theaterarbeit von AHRDO vom Dezember 2010 wird ebenfalls von solchen „ripple effects" (Siddiqui/ICTJ 2010: 5) berichtet:

> „After having seen participatory theater, residents of one village in Bamiyan Province went on to form their own victims' rights organization and are eager to use theater methodologies in their own initiatives. In addition, women participating in the gender pilot developed theater games on their own that better reflected the Afghan context." (Siddiqui/ICTJ 2010: 5, Fußnote)

AHRDO gibt mit der Theaterarbeit – Forumtheater, Playback Theater, klassische Theateraufführungen zum Thema Transitional Justice, Legislatives Theater – einen Anstoß für Basisorganisierungsprozesse. Diese werden durch weitere Initiativen gefördert. 2010 beteiligte sich AHRDO an der Organisierung der ersten landesweiten Versammlung der Opfer, einer Victims' Jirga. Als die afghanische Regierung Anfang Juni 2010 eine sogenannte „Peace Jirga" (Friedens-Konferenz) einberief, die die Perspektiven und Forderung der Opfer nicht einbezog und die vor allem den Machtaushandlungsprozess mit den Taliban und der Hekmatyar-Gruppe für eine politische Beteiligung fördern sollte, wurde das insbesondere von den Verbänden der Opfer von Kriegsverbrechen massiv abgelehnt. Die Versammlung der Opfer, Victims' Jirga, wurde zeitlich vor der Regierungskonferenz als eine Gegenkonferenz durchgeführt, um auszudrücken, dass ein Frieden ohne Gerechtigkeit kein wirklicher Frieden ist und keine Stabilität bringen kann. „AHRDO […] played a leading role in organizing Afghanistan's first so-called Victims' Jirga, in which victims' organizations from different parts of the country came together in Kabul to discuss how to deal with the legacy of massive human rights violations in the country." (AHRDO Website: Our Works)

Auf der Victims' Jirga wurden zum einen Zeugenaussagen mündlich vorgetragen und gesammelt. Zum anderen wurde in acht parallelen Workshops gemeinsam erarbeitet, welche Vorstellungen für eine Aufarbeitung der Vergangenheit und für einen Weg zum Frieden bestehen. Diese Diskussionen wurden als neun Punkte

mit Forderungscharakter zusammengefasst. Eine zweite Victims' Jirga, die ein Jahr später, 2011, stattfand, hat vor allem die Vernetzung der Victims' Organizations und anderer Akteure, die sich für Transitional Justice einsetzen, weiterentwickelt.

Jamila Afghani ist die Vorsitzende eines Frauenrates, der durch die Arbeit von AHRDO initiiert wurde. Sie präsentierte am 25. März 2013 auf einer Podiumsveranstaltung zur Diskussion von Erinnerungsarbeit als öffentliches Anliegen, die im Zusammenhang mit der Memory Box Ausstellung in der Kanadischen Botschaft stattfand, drei zentrale Vorschläge für nötige politische Veränderungen (vgl. AHRDO 2013b: 5): Das Amnestiegesetz, das generelle Straffreiheit zusichert, müsse aufgehoben werden. Stattdessen könne ein Gesetz entwickelt werden, das Versöhnung mit Gerechtigkeit verbindet. Die Opfer der Kriege müssten gesellschaftlich integriert werden. Dafür müssten parlamentarische Programme ausgeweitet werden, beispielsweise in Form der Etablierung einer jährlich stattfindenden Generalversammlung. Zudem müsste ein Teil des Staatshaushalts für die Unterstützung der Opfer festgelegt werden.

KÜNSTLERISCH-POLITISCHE ORGANISIERUNG FÜR TRANSITIONAL JUSTICE

Mit dem sogenannten Friedens- und Versöhnungsprozess der afghanischen Regierung, der 2010 einen offiziellen Auftakt hatte, wurde unmissverständlich von Seiten der Regierung aufgegeben, den 2005 beschlossenen „Aktionsplans für Frieden, Gerechtigkeit und Versöhnung“ zu implementieren. Dieser Aktionsplan hatte mehrere wichtige Schritte eines Transitional Justice Prozesses festgelegt, einschließlich der Strafverfolgung von Kriegsverbrechern.

Hadi Marifat hatte vor der Gründung von AHRDO während seiner Arbeit im Menschenrechtsbereich bei der UNAMA selber an der Ausformulierung und Durchsetzung des Aktionsplans für TJ mitgewirkt. Transitional Justice als institutionell verankerte, parlamentarisch verabschiedete Initiative war mit dem Aktionsplan für TJ bis hin zur Gültigkeit mit Gesetzescharakter formal gelungen, blieb jedoch praktisch ohne Anwendung. Trotz eines konkret festgelegten Zeitplans wurden die Maßnahmen des Aktionsplans nicht umgesetzt. Gleichzeitig wurde als Reaktion bereits kurz nach der Einsetzung des Aktionsplans für TJ von den sich davon bedroht fühlenden Warlords im Parlament das Amnestiegesetz durchgebracht (ausführlich im Kapitel zu SAAJS).

Bereits das offene Reden über die Verbrechen der Vergangenheit durchbricht ein gegenwärtiges Tabu in der afghanischen Gesellschaft. Statt politisch-gesellschaftlicher Aufarbeitung der Vergangenheit wurde nach dem Machtwechsel im Jahr 2001 zunehmend ein System der Straflosigkeit etabliert. Die eigene Erfah-

rung als Opfer der Verbrechen erscheint als illegitim in einer Gesellschaft, in der genau die Personen wieder formal und international anerkannte politische Machtpositionen einnehmen, die bekannt sind für ihre Unmenschlichkeit durch Bombardierungen von Städten, Massaker, Willkürherrschaft, Folter, Vergewaltigungen, Plünderungen und andere Gewalthandlungen gegen die Bevölkerung im Land. Noch weniger scheint es berechtigt, Gerechtigkeit zu fordern. Tatsächlich kann es gefährlich sein, offen für die Bestrafung der Verantwortlichen dieser Verbrechen einzutreten, denn diese Verantwortlichen sind nicht nur politisch einflussreich; oft sind diese einflussreichen Politiker auch Warlords und verfügen über Privatmilizen und geheime Gefängnisse (vgl. Joya 2009; Ruttig 2012).

Seit seiner Gründung hat AHRDO mit Organisationen der Opfer, Frauenorganisationen, Menschenrechtsorganisationen und anderen afghanischen und internationalen Organisationen, die an einem Transitional Justice Prozess in Afghanistan interessiert sind, zusammen gearbeitet. Dabei geht es um Möglichkeiten der Opfer der Kriege, die sozial verdrängte Wahrheit zu erzählen, um die Dokumentation dieser Geschichten, und um politische Lobbyarbeit, damit diese Geschichten in Zukunft nicht weiter übergangen werden, sondern eine Aufarbeitung auch in Form von Strafermittlungen und Gerichtsverfahren stattfindet. Es geht auch um eine Rückvermittlungen an die Opfer über die politischen Entwicklungen in Bezug auf die (Nicht-)Umsetzung von staatlichen Maßnahmen der Wahrheitsfindung, des Gedenkens, der Dokumentation und der Strafverfolgung.

Noch im Jahr seiner Gründung, 2009, wurde AHRDO Mitglied der Transitional Justice Coordination Group (TJCG). Bei TJCG handelt sich um ein Netzwerk von 26 afghanischen und internationalen Organisationen, die mit unterschiedlichen Verständnissen und Ansatzpunkten in Afghanistan für Transitional Justice arbeiten. Im Jahr darauf gehörte AHRDO bereits zur Core Group der TJCG, der eine besondere Verantwortung für Entscheidungen über die generelle Entwicklungsrichtung des Netzwerkes zukommt. Ein Ausdruck ihres vertieften Engagements war die Beteiligung an der Organisation der ersten Victims' Jirga. Auch die 2011 stattfindende zweite Victims' Jirga wurde von AHRDO gemeinsam mit anderen Gruppen der TJCG organisierte.

AHRDO verwirklichte zudem kleinere Veranstaltungen, um Vertreter*innen größere Organisationen, die Aktivitäten im Menschenrechts- und TJ-Bereich entwickeln, mit Opfern von Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen zusammen zu bringen. Intendiert war dabei, den Opfern zuzuhören, deren Anliegen zu beantworten und diese über den Stand der Umsetzung des „Aktionsplans für Frieden, Gerechtigkeit und Versöhnung" zu informieren.

„[...] AHRDO brought different human rights and TJ activists/experts together to answer the concerns and hear the silenced voices of the victims. The Transitional Justice Focal Point of UNAMA, the representative of Afghanistan Independent Human Rights Commission

(AIHRC), representative of Transitional Justice Coordination Group (TJCG), the Country Director of Foundation for Open Society Institute (FOSI) and Ms Najiba Ayubi from Killid Group were invited to listen to the victims' demands as part of the forward looking activities on TJ in Afghanistan, particularly updated victims on the progress of TJ process, and finally encouraged the victims for collective efforts and jointly efficient coordination to become forcing figures in Afghanistan.“ (AHRDO-Website: Joint Celebration of 10th December)

Die hauptsächliche Arbeit von AHRDO bleibt die Durchführung von Theaterworkshops und -aufführungen und weitere künstlerische Projekte wie die Herstellung und öffentliche Ausstellung der Memory Boxes. Doch neben den benannten Konferenzen und Gesprächsrunden kommen auch beispielsweise Aktionen an Massengräbern oder eine Kampagne zur Benennung von Straßen und Plätzen nach den Opfern als weitere Aktivitäten zur Förderung von Erinnerung, Aufarbeitung und Herstellung von Gerechtigkeit für Verbrechen der Kriege und repressiver Herrschaft der letzten mehr als drei Jahrzehnte hinzu.

Am 17. Jahrestag des Massakers im Kabuler Stadtteil Afshar am 12. Februar 1993, das eine Vernichtung und Vertreibung der Hazara-Bevölkerung darstellte (mehr Details im Kapitel zu RAWA), beteiligte sich AHRDO an einer Gedenkfeier am Afshar-Massengrab. Es wurden Blumenkränze niedergelegt. Zuvor wurden in einer Versammlung, die AHRDO gemeinsam mit der Foundation of Solidarity for Justice (FSJ) und Vertreter*innen der Afshar Victims durchführte, Augenzeugenberichte vorgetragen. Dabei wurde aus ersten Hand berichtet, wie das Massaker durchgeführt wurde und wer die Ausführenden waren. Die Erzählungen waren nicht nur historisch, sondern machten auch deutlich, was aus den Überlebenden wurde – und aus den Tätern.

„[I]s the killing of a 14-years girl, murdering of hundreds of innocent civilians, plundering of houses and mosques a victory? If it was not a victory, why they don't come once to Afshar to announce that they had made a mistake. We do not demand their execution but they have to be dismissed from their positions of power. Their stay in the positions of power is a mockery of the blood of the victims […].“ (AHRDO-Website: Nobody has the Right to Forgive the Perpetrators)

Die Opfer des Afshar-Massakers klagten die fortgesetzte Vernachlässigung dieses Ereignisses durch die afghanische Regierung wie auch durch die internationale Gemeinschaft an. Eines der Opfer, eine Mutter, die sechs Familienangehörige verloren hatte, sagte: „We don't want war. The Afghan government and the international community should once listen to our voices and acknowledge our suffering.“ (Ebd.) In der Abschlusserklärung wurde unter anderem formuliert, dass keiner das Recht hat, für den Zweck eines politischen Deals oder Anreizes den Tätern zu vergeben, und dass nachhaltiger Frieden um die Ausübung von Gerechtigkeit und Gesetz zentriert

sein müsse. Konkret wurde die Errichtung einer Schule für die Opfer gefordert, um die Erinnerung sichtbar zu machen und die Empathie mit den Opfern des Afshar-Massakers zu zeigen (vgl. ebd.).

Jedes Jahr zum Internationalen Tag der Menschenrechte und dem Nationalen Tag der Kriegsopfer am 10. Dezember beteiligt sich AHRDO an den Aktionen der Victims' Organizations. Im Jahr 2009 wurde in der Cafeteria der Kabul Medical School eine Veranstaltung zu Ehren der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte durchgeführt. Mit der Veranstaltung sollte vor allem auch die Sympathie mit den afghanischen Opfern der Kriege ausgedrückt werden. Dafür haben die folgenden Organisationen zusammengearbeitet: Foundation of Solidarity for Justice (FSFJ), Social Association of Afghan Justice Seekers (SAAJS), Ertabad Organization, Today Afghan Women Organization (TAWO), Community Center for Disabled (CCD), Afghan Development Association(ADA) und Organization Development for Disabled Women (ODDW) sowie Transitional Justice Coordination Group (TJCG), unterstützt von UNAMA (vgl. AHRDO-Website: Joint Celebration of 10th December). Mehr als 140 Teilnehmer*innen, in der Mehrzahl Frauen, beteiligten sich. AHRDO brachte interaktive Aufführungen von Forum-Theater und einer weiteren Theaterform (Playback Theater) ein, um Gelegenheit zu geben, die Geschichten der Opfer zu erzählen, zu hören, anzuerkennen und zu dokumentieren. Ausgehend von dieser partizipativen Theateraufführung wurde die Diskussion um die Erwartungen der Opfer und Möglichkeiten von Transitional Justice ins Zentrum gestellt.

„One of the important objectives of this celebration was to widen the spectrum of discussion on transitional justice and victim's expectation, in order for civil society and families of victims to be able, in the future, to come to terms with their violent past." (Ebd.)

Im Jahr 2010 fand aus Anlass des 10. Dezember die Uraufführung des neu entwickelten Dokumentationstheaterstücks *Infinite Incompleteness* statt, in dem die Zeugenaussagen von Opfern der Kriege und Kriegsverbrechen eingearbeitet wurden.

Im Jahr 2013 war AHRDO mit einer öffentlichen Kampagne erfolgreich, die die Benennung von Straßen und Plätzen in Kabul im Gedenken an die Opfer der Kriege zum Ziel hatte. Es war nach den Ausstellungen der Memory Boxes, die viel öffentliche Aufmerksamkeit, bis hinein in diplomatische Kreise und von Regierungsangehörigen, bekommen hatten, als AHRDO von Organisationen der Opfer aus der Umgebung von Kabul gebeten wirde, diese Initiative zur Straßenumbenennung zu starten. Über 30 Menschenrechtsorganisationen beteiligten sich an der Kampagne, die viel Unterstützung erhielt. „Our objective was to collect 10.000 signatures from across society, including war victims' families, members of parliament and government officials at ministerial levels." (AHRDO 2013b: 5). Die Unterzeichnungen wurden mit viel Medienaufmerksamkeit begleitet und in künstlerischer Weise inszeniert: Auf riesigen weißen Stoffbahnen

wurde mit dicken, farbigen Stiften unterzeichnet. Diese Tücher mit Unterschriften dekorierten die Wände bei Versammlungen und öffentlichen Veranstaltungen. Im Januar 2015 schließlich wurde in Kabul die Straße nach Pul-e Charkhi, dem Ort eines berüchtigten Gefängnisses, in dem Zehntausende ermordet wurden, den Opfern gewidmet. Diesen Erfolg schreibt AHRDO ihrer Arbeitsweise mit künstlerischen Methoden und politischem Lobbying zu. Dabei zögern sie nicht, auch Vertreter*innen der Regierung oder des High Peace Council einzuladen, die bei anderen politischen Organisationen als diskreditiert gelten.

LEGISLATIVES THEATER FÜR FRAUENRECHTE

Die Stärkung von Frauen und die Verankerung von Frauenrechten sind weitere wichtige Anliegen von AHRDO. Zu Beginn verfolgten sie das noch wenig spezifisch. Im Sommer 2010 führte AHRDO beispielsweise ein Unterstützungsprogramm für junge Frauen durch, die ein Universitätsstudium abgeschlossen hatten. Die Akademikerinnen wurden durch Informationen, Kontakte und Persönlichkeitsstärkung dabei gefördert, in das Berufsleben einzusteigen und sich nicht mit einem häuslichen Leben abzufinden. Doch schon bald darauf entwickelte AHRDO einen eigenen künstlerischen Zugang zur Förderung der Frauenrechte.

> „We at AHRDO are convinced that the Theatre of the Oppressed is one of the most powerful means to support the women of Afghanistan in their tireless efforts to convert this vision [a more peaceful, non-discriminatory and just society] into concrete reality." (AHRDO 2013a: 1)

Die Methode des Legislativen Theaters, eine Variante des Forumtheaters, hat ein demokratisierendes Potential. Während der Theater-Workshops und -Aufführungen reflektieren Frauen ihre persönliche und gesellschaftliche Situation, um darauf aufbauend konkrete Gesetzesvorschläge aus der Sicht der Unterdrückten zu erstellen. „[They] make suggestions for legislation. The fact that this was done in a collective manner with women from all walks of life was a really beautiful experience." (Zahra Yogana zit. nach AHRDO 2012a: 10). Seit Ende 2010 werden Theaterworkshops mit ausschließlich weiblichen Teilnehmenden durchgeführt, die ihre Erfahrungen und Probleme als Mädchen und Frauen bearbeiten. „[O]rdinary Afghan women were encouraged to analyse their problems, share and discuss these issues with other Afghan women and start identifiying solutions for these problems." (Ebd.: 10). Die Aufführungen finden ähnlich den schon beschriebenen Forumtheater-Aufführungen in einer partizipativen, interaktiven Form statt. Das Publikum, aus dem die *Spect-actors* agieren, wird vor allem oder ausschließlich aus Frauen gebildet. Die Interventionen und Diskussionen werden durch die*den Mode-

rator*in fokussiert auf bestehende und fehlende Rechte als Frauen. Dabei können Rechte religiös, gesetzlich oder auf andere Weise begründet sein.

Ich konnte an einigen der ersten Aufführungen des Legislativen Theater zu Frauenrechten teilnehmen. Es wird schnell deutlich, dass als legitim und notwendig erachtete Rechte, wie beispielsweise das Recht vor Zwangsverheiratung oder häuslicher Gewalt zu fliehen, in Afghanistan nicht abgesichert sind. Im Gegenteil: In den realen Erfahrungen nicht nur der Teilnehmerinnen, die diese auf die Bühne gebracht haben, endet eine solche Flucht häufig mit Tod oder Gefängnis. Andere Rechte wie etwa auf Schulbildung, Berufsbildung und Erwerbstätigkeit sind aufgrund der äußeren (Sicherheit, wirtschaftliche Lage, gesellschaftlich vorherrschende Werte) und familiären Bedingungen oft nicht zu verwirklichen. Solche fehlenden rechtlichen Grundlagen oder Förderungen, die bei den Diskussionen der Aufführungen des Legislativen Theaters benannt wurden, werden gesammelt und unter anderem mit der Hilfe von Rechtsanwälten weiter bearbeitet. „‚I would like the government to provide safe working places for women,' Majidi says. ‚The government should make a law for building safe work areas, industries where woman can feel safe and comfortable.'" (Mojumdar, 23.09.2011).

AHRDO hat Tausende von Frauen mit Theaterworkshops und Aufführungen des Legislativen Theaters zu Frauenrechten erreicht. Diese haben an vielen Orten in fünf Provinzen des Landes stattgefunden und finden weiter statt. „[Es] haben etwa 5000 Frauen, von denen 90 Prozent nicht lesen und schreiben konnten und die vorher nie in der Gesellschaft gehört wurden, an einem Legislativen Theaterprojekt von AHRDO teilgenommen." (Joffre-Eichhorn, 19.02.2014)

Zahra Yagona ist Mitarbeiterin von AHRDO, Schauspielerin und Facilitator bzw. „Joker" für Forumtheater. Sie hat die Arbeit mit Legislativem Theater bei AHRDO wesentlich mitentwickelt.

> „For me it was a wonderful privilege to be a bridge between ordinary people and public decision making. Admittedly, at the beginning I was not entirely convinced that ordinary women could make this kind of contribution to society, but now I am fully convinced that it is indeed possible for us women to make a difference" (Yagona zit. nach AHRDO 2012a: 10).

Zahra möchte dabei auch gerne als ein Vorbild für andere afghanische Frauen wirken, dass sie ihr Leben trotz der patriarchalen Gesellschaft verändern können. Sie selbst wurde als 13-Jährige gegen ihren Willen an einen älteren, opiumabhängigen Mann verheiratet. Sie war 14, als sie ihr erstes Kind bekam. Vor den Kriegsgefahren floh die Familie in den Iran. Ihr Mann war gewalttätig gegen sie und versorgte die Familie nicht, verkaufte stattdessen das Familieneigentum. Zahra Yagona arbeitete 16 Stunden am Tag in einer Ziegelbrennerei, um für den Unterhalt zu sorgen. Als die endlosen Misshandlungen durch ihren Ehemann unerträglich wurden, wagte sie einen sehr gefährlichen Schritt: Sie floh mit ihren zwei Kindern

und startete ein neues Leben als alleinstehende und alleinerziehende Mutter, ohne Familienunterstützung, in Kabul. In Afghanistan ist das beinahe eine Unmöglichkeit, wie unter anderem die iranische Fotojournalistin Zohreh Soleimani feststellt, die afghanische Frauen im Gefängnis besuchte, die aufgrund ihrer Flucht vor Zwangsverheiratung inhaftiert sind: „In Afghanistan as a woman, you can't really live alone. There is no way to see that an Afghan woman can live on her own without family or without a main member of the family." (Soleimani zit. nach Epatko, 04.04.2014). Auch nach einer Haftentlassung müssten die Frauen zu ihren feindlich gesinnten Familien zurückkehren oder in einem der wenigen Schutzhäuser bleiben (vgl. ebd.), deren Existenz unter anderem auch vom Staat immer wieder infrage gestellt wird.

Im Jahr 2009 lernte Zahra AHRDO und das TdU durch einen Workshop kennen, zu dem sie von ihrem damaligen Arbeitgeber geschickt wurde. Sie wechselte kurz darauf zu AHRDO und damit zu einer Arbeit, die ihr zwar auch ein Familieneinkommen – nicht üppig, aber ausreichend – bietet, die für sie jedoch viel mehr als das bedeutete: Hier kann sie ihre Hoffnungen und politischen Überzeugungen einfließen lassen. Wie auch die anderen Mitarbeiter*innen verarbeitet sie ihre eigene Geschichte in einer offensiven Art und Weise. Sie ist die erste Frau in Afghanistan, die Workshops und Aufführungen nach Augusto Boals Methode des Theater der Unterdrückten anleitet. Bei den ausgedehnten Theaterreisen in die Provinzen sind ihre Kinder mit dabei. Zahra Yagona macht diese Arbeit aus voller Überzeugung und will sich und anderen Menschen ein besseres Leben in Gerechtigkeit ermöglichen – insbesondere den afghanischen Frauen. Zahra veröffentlichte auch verschiedene analytische Artikel zu Gewalt und Menschenrechtsverletzungen gegen Frauen. Bei all diesem Engagement bleibt sie sehr belastet von ihrer eigenen, höchst unsicheren Lage, denn eine Frau, die ihre Kinder alleine großzieht, stößt selbst in der Großstadt Kabul noch immer auf großes Unverständnis und Diskriminierung. Im Jahr 2013 wurde sie schließlich von ihrem aus der Haft entlassenen Ehemann gefunden und dermaßen bedroht, dass sie mit ihren Kindern das Land Richtung Indien verlassen musste. Anfang 2012 hatte sie in einem Interview gesagt: „First and foremost I am an Afghan woman. It is important to stress that in Afghanistan all women are constant victims of different forms of violence and I am no exception." (AHRDO 2012a: 9)

Im Februar 2012 hat AHRDO als Ergebnis der vielen Äußerungen von Frauen in den Theaterworkshops und Aufführungen des Legislativen Theaters zu Frauenrechten und mittels eines breiten gesellschaftlichen Prozesses Gesetzesvorschläge in das nationale Parlament eingebracht. „Es geht zum Beispiel darum, häusliche Gewalt unter Strafe zu stellen, bestimmte Studiengänge für Frauen anzubieten, Sportstätten für Frauen zu öffnen und Frauenquoten in der Politik einzuführen." (Joffre-Eichhorn, 19.02.2014) Zusätzlich zu den umfangreichen Theateraktivitäten wurden für die Entwicklung dieser Vorschläge vier öffentliche Referenden und rechtliche Debatten mit verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, Rechts- und

Staatsvertreter*innen durchgeführt. Dabei wurde der Gedanke verfolgt, dass die Ausarbeitung neuer Gesetze ein partizipativer Prozess „von unten“, mit Beteiligung vor allem der Frauen, sein soll.

> „AHRDO conducted a series of participatory workshops, interactive performances and legislative referenda, as well as a variety of policy debates and legal discussions, to promote the participation of women in political decision-making and in the drafting of legislation from the bottom-up. The recommendations collected through this process, which included consultation with civil society organizations, human rights activists, legal experts and provincial council members, were turned into a report that was then presented to the Afghan parliament.“ (AHRDO 2013a: 10)

Diese Praxis der Theaterarbeit mit Frauen und weiterführender politischer Debatten und Forderungen hat auch die Bildung von neuen Basisstrukturen bewirkt. Es gründeten sich zahlreiche Frauenschuras, Räte von Frauen. „Diese Räte sind traditionell ja nur für Männer. In den Frauenschuras besprechen sie ihre Probleme und kämpfen für ihre Rechte.“ (Joffre-Eichhorn, 19.02.2014)

Durch die Frauen wurde ein neues künstlerisches Projekt angestoßen: Auf Anregung der Frauen hat AHRDO ein Projekt Legislativen Theaters mit Männern gestartet. „Sie haben gesagt: ‚Wir können hier viel machen. Aber das Land kann sich nur verändern, wenn sich auch die Männer verändern.‘ Und das machen wir jetzt. Wir analysieren das Patriarchat.“ (Ebd.). Auch Zahra Yagona hatte 2012 zum Abschluss des Interviews gesagt, dass es die Männern sind, die ihre Haltungen und ihr Verhalten grundlegend verändern müssen, damit die Frauen Afghanistans, bei sich selbst beginnend, ihr Leben verbessern können (vgl. AHRDO 2012a: 10).

AH7808 – EIN KLASSISCHES THEATERSTÜCK, DAS WARLORDS NICHT DULDEN

AHRDO verwendet auch klassisches Theater als Methode. *AH7808* ist der Titel des ersten klassischen Theaterstücks, dass AHRDO einstudierte und in vielen Provinzen des Landes sowie auch im Ausland aufführte. Mit diesem Theaterstück hat die Organisation sensible Punkte der afghanischen Politik in einer Weise berüht, dass es gefährlich war, das Stück aufzuführen. Als ich das Theaterteam im Sommer 2010 in der Provinz Bamiyan begleitete, wurde an einem Tag auch dieses Theaterstück aufgeführt – in der Mittagshitze auf dem Schulhof einer Mädchenschule. Geschätzte 200 Schüler*innen und ca. 50 erwachsene Gemeindevertreter*innen und Lehrer*innen des Ortes nahmen teil und diskutierten das Stück nach der Aufführung. Unmittelbar vor der Aufführung war die Theatergruppe zum Essen bei

einer Hochzeitsfeier eingeladen, die zur Kostenersparnis als Gemeinschaftshochzeit von ca. 30 jungen Paaren aus der Region stattfand. Ich wurde auf dem Weg dorthin von dem Schauspieler des Ein-Mann-Stückes eindringlich aufgefordert, falls ich nach dem Theaterstück gefragt würde, nicht zu erwähnen, dass es bei dem Stück um das Thema Transitional Justice geht. Ich könne sagen, dass es um Menschenrechte geht. Aber es sei sehr gefährlich, wenn das Theaterteam in diesem öffentlichen Rahmen der Hochzeitsfeier, wo alle wichtigen Personen der Region anwesend sind, mit der Arbeit für Transitional Justice in Zusammenhang gebracht wird. Später erfahre ich, dass der zweite Schauspieler, der dieses Stück zuvor aufgeführt hatte – einer machte es auf Dari, der andere auf Paschtu – nach einer Aufführung brutal zusammengeschlagen und unter anderem wegen seiner Theaterarbeit mit Todesdrohungen konfrontiert wurde. Er musste das Land verlassen und ins Exil gehen. In Norwegen bekam er Asyl zugesprochen.

Der Name des Theaterstücks *AH7808* steht für die Zeitspanne vom Beginn des gewaltsamen Konfliktes im Jahr 1978 bis zum Jahr 2008, in dem das Stück entwickelt wurde. Es ist eine an die afghanische Geschichte angepasste Abwandlung des irischen Stückes *AH6905* von Dave Duggan, das Duggan im Rahmen des Friedensprozesses in Irland geschrieben und inszeniert hat. Es handelt von dem Patienten Sadar, der auf eine Operation wartet. „Sadar versucht verzweifelt einen Weg zu finden, mit den schmerzlichen Folgen des Krieges umzugehen, und entscheidet sich deshalb, sich diejenigen Körperteile, die besonders von der Erinnerung verpestet wurden, herausoperieren zu lassen [...].“ (Joffre-Eichhorn 2011: 142) Er ist geplagt und zermürbt von den Traumata der Kriege und Repression und kann keine Ruhe finden. Acht Geister von Menschen, die während der letzten drei Kriegsjahrzehnte getötet wurden, besuchen den Protagonisten. Sie verfolgen ihn nun. Er hört deren von Schmerz geplagten Schreie, die seine Psyche nicht verarbeiten kann. Unaufhaltsam kreisen Fragen nach dem „Warum“ in ihm. Er kann nicht verstehen und den endlosen Kreislauf nicht unterbrechen. „He screams, ‚Do you want truth?‘ ‚You want prosecutions?‘ ‚You want justice?‘ or ‚Is it revenge you want?‘ Sardar explores these questions in a one way dialogue with the audience.“ (AHRDO-Website: The Ghost of War)

Das Stück stellt eine Kritik an den fehlenden Möglichkeiten dar, die Wahrheit auszusprechen. AHRDO schreibt: „The play criticizes those who choose their political interests over truth.“ (AHRDO-Website: Transitional Justice Serves to Heal Wounds of the Oppressed)

Emily Winterbotham, Forscherin bei Afghanistan Research and Evaluation Unit (AREU) in einem Projekt zu Transitional Justice schreibt über das Stück: „Using a medical metaphor, it portrays that the traumas of past conflict are embodied in people and that the truth must be ‚cut out‘ to explore how they can deal with this pain and move forward.“ (Zit. nach AHRDO-Website: The Ghost of War)

Nach der Entwicklung von *AH7808* wurde das Stück in zwölf Provinzen, unter anderem an symbolischen historischen Orten wie dem zerstörten, ehemaligen russischen Kulturzentrum in Kabul und der Kriegsruine des Darul-Aman Palastes, der vom sozialreformistischen König Amanullah Khan errichtet wurde und später das Parlament beherbergen sollte, aufgeführt. Seit 2008 wurde das Stück immer wieder aufgeführt, auch im Ausland. Nik Mohammad ist der Darsteller, der nach der erzwungenen Flucht des anderen weitermacht. Als er und sein Kollege 2008 damit anfingen, hatten sie außer einem TdU-Workshop fast keine Theatererfahrung. „Trotzdem scheinen sie als Kriegsopfer und politische Aktivisten am besten geeignet, die Rolle des von traumatischen Erinnerungen und Selbstzweifeln geplagten Mannes, Sardar, zu spielen." (Joffre-Eichhorn 2011: 142) Beim Proben einer Folterszene – Sadar wacht gefesselt und mit einem Sack auf dem Kopf auf – bekommt Nik Mohammad eine Gänsehaut: „Genauso war es bei mir damals. Noch heute, fast dreißig Jahre später, habe ich manchmal Albträume." (Zit. nach ebd.: 142). Nik Mohammad wurde nicht nur mehrfach verhaftet, auch sein Vater und mehrere Brüder wurden gefoltert, sechs seiner Brüder wurden getötet oder verschwanden.

Nach der eineinhalbstündigen Aufführung durch Nik Mohammad wird eine Diskussion initiiert. „Questions such as ‚what is transitional justice?', ‚how should we approach and address the past?' were raised by the participants after the show, provoking heated discussions, which lasted for three hours", berichtet AHRDO von einer Aufführung am 28. Mai 2010 in einer Oberschule, an der unter anderem Repräsentant*innen von Bildungszentren, sozialen Organisationen und Menschenrechtsgruppen, soziale Aktivist*innen, Lehrer*innen, Schüler*innen und Journalist*innen teilnahmen (AHRDO-Website: Transitional Justice Serves to Heal Wounds of the Oppressed).

Sari Kouvo, damals Regionalleiterin von ICTJ (International Center for Transitional Justice), nahm im Juni 2009 an der Aufführung und anschließenden Diskussion von *AH7808* teil. „The man never decides if he should have the truth recovery surgery or not, he leaves this question to the audience forcing us to ask whether we are ready to face the past and whether not daring to face the past may contribute to it being repeated?" (Kouvo, 22.06.2009). Für Kouvo war die Teilnahme eine seltene Gelegenheit, einer „real dicussion" (ebd.) zuzuhören, wie es Ausländer*innen in Afghanistan für gewöhnlich nicht tun. Dort, wo Raum geöffnet wird für Debatten und den Ausdruck von Dissens, könnten Wissen und Erzählungen gesammelt werden, die wichtig sind (ebd.).

Der Regisseur des Stückes, Hjalmar Jorge Joffre-Eichhorn, sagt über die Wirkung von *AH7808*: „People never forget the experience. You can meet them a year or so later and people still talk about it. These are probably the by-products of such an endeavour, which really does hopefully lead into some kind of movement, from tears into energy." (Joffre-Eichhorn zit. nach AHRDO-Website: The Ghost of War) Emily Winterbotham, Forscherin zu Transitional Justice bei Afghanistan Research and

Evaluation Unit, sieht in einem solchen Theaterstück einen wichtigen Beitrag, um in einer Umwelt der Straflosigkeit für schwerste Menschenrechtsverbrechen den Opfern eine Möglichkeit zu geben, ihre Trauer und ihren Ärger auszudrücken (ebd.).

Das Theaterteam erlebte auch abweisende Reaktionen aus dem Publikum. Die Frau eines Ministers verließ eine Aufführung in Kabul mit Beschimpfungen: Sie seien Feinde Afghanistans, weil sie in den Wunden der Vergangenheit stocherten und das Land nicht zur Ruhe kommen ließen (vgl. Joffre-Eichhorn 2011: 146). Zum Ende einer anderen Präsentation des Stückes, die in der Ruine des Palastes von König Amanullah Khan stattfand, sprang der anwesende Gouverneur der Region (das höchste regionale Amt), ein ehemaliger Warlord, noch vor der Abschlussdiskussion erbost auf und verließ den Ort. Die meisten Zuschauer*innen folgten ihm. Es blieben diejenigen, deren Familienangehörige ihr Leben verloren hatten.

„Sie bedankten sich, dass ihre persönlichen Schicksale durch die Aufführung endlich einmal symbolisch aufgearbeitet wurden, und bitten uns mit traurigen Augen, sie nicht zu vergessen. Auch teilen sie unsere Frustration, dass der Gouverneur nicht für die geplante Diskussionsrunde geblieben ist. ‚Uns hat noch nie jemand zugehört. Die, die früher Mujahedin oder Taliban waren, sind heute Demokraten und reden von Menschenrechten. Von ihnen ist keine Hilfe zu erwarten.'" (Ebd.: 148)

POLITIKBERATUNG UND THEATER ZUM AFGHANISTAN-GIPFEL 2011

Ende 2011 war ein besondere Zeitpunkt im sogenannten Friedens- und Staatsaufbau Afghanistans. Zehn Jahre waren vergangen seit der Intervention (07.10.2001) und dem Afghanistan-Gipfel auf dem Petersberg in Bonn, auf dem die Übergangsvereinbarungen verabschiedet (05.12.2001) und damit die entscheidenden Weichen gestellt wurden für die darauf folgenden Entwicklungen. Ein zweiter offizieller Afghanistan-Gipfel+10 fand zum gleichen Termin am gleichen Ort statt. Diesmal sollten die Versöhnungsverhandlungen mit den Taliban ein Schwerpunkt sein – ein Thema, das zehn Jahre zuvor, als eine Basis für einen Friedensaufbau gelegt werden sollte, komplett ignoriert worden war. Zudem ging es um Zukunftsplanungen für die Zeit nach dem Teil-Truppenabzug Ende 2014.

AHRDO nahm das zum Anlass für eine Theater- und Advocacy-Tour in die USA, die gemeinsam mit dem International Center for Transitional Justice (ICTJ) organisiert wurde. Sechs erfahrene Mitarbeiter*innen der künstlerischen Organisation reisten im Vorfeld des Gipfeltreffens im November 2011 nach Washington und New York. Sie führten das Dokumentationstheaterstück *Infinite Incompleteness* auf und mehrere Forumtheater-Workshops durch, unter anderem mit professionellen

Theaterensembles und an Universitäten. An zwei Orten, in New York sowie vor Studierenden des Justice and Peace Studies Program an der Universität Georgetown, Washington, hielten sie Vorträge zu Konflikt und Frieden. Zudem haben sich die Menschenrechtsaktivist*innen und Theatermacher*innen als politische Berater*innen auf höchstem Level betätigt: mit dem US Department of States, mit UN-Vertreter*innen und Diplomat*innen der ständigen Vertretung bei der UN aus Finnland, Norwegen, Dänemark, Deutschland, Kanada, Türkei, Schweiz und Island. In den Treffen ging es um die Menschenrechtssituation in Afghanistan, um Frauenrechte und Transitional Justice und um Aussichten auf Frieden und Stabilität (AHRDO-Website: AHRDO/ICTJ Advocacy Tour).

„Throughout these advocacy meetings and briefings, AHRDO highlighted the potential risks involved in hasty transition and chaotic offer of talks to the Afghan insurgent groups and warned about the possible repeat of the 1990s scenarios in Afghanistan." (Ebd.)

Wenn AHRDO vor den unüberlegten Angeboten gegenüber den Taliban und anderen illegalen bewaffneten Gruppen warnt und auf die 1990er Jahre verweist, so erinnern sie daran, dass nach der Machtübernahme der zahlreichen Mujaheddin-Führer 1992 diese über mehrere Jahre verheerende, ethnisch geprägte Machtkämpfe gegeneinander geführt hatten. Diese waren charakterisiert durch jahrelange Bombardierungen von Kabul, Folter, Versklavung, Vergewaltigung und Massaker, die viele zehntausend Tote und Millionen Flüchtlinge zur Folge hatten (siehe auch im Kapitel zu RAWA).

Während eines Workshops beim UN-Sicherheitsrat zu Rechenschaftspflicht/Accountability haben AHRDO-Mitarbeiter*innen mit Nachdruck auf die Kultur der Straflosigkeit und das Fehlen von Rechenschaftspflicht in Afghanistan aufmerksam gemacht. Sie appellierten an den Internationalen Strafgerichtshof (ICC), in Afghanistan in der gleichen Weise zu intervenieren wie bereits in Libyen und Sudan (vgl. AHRDO-Website: AHRDO/ICTJ Advocacy Tour). Die stellvertretende UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Kyung-wha Kang, und die stellvertretende Anklägerin beim Internationalen Strafgerichtshof, Fatou Bom Bensouda aus Gambia, die kurz darauf die Chefanklägerin wurde, waren bei dem Workshop anwesend.

AHRDO intervenierte während der Vorbereitung des Afghanistan-Gipfels+10 mit klassischen Formen der Politikberatung sowie auch mit weiteren Informations- und Beratungsterminen, die mit künstlerischen Methoden umgesetzt wurden. Das in Washington (05.11.2011) und New York City (08.11.2011) aufgeführte Theaterstück *Infinite Incompleteness* stellt eine Form von Briefing dar, wie es das in klassischer Form auch bei den Policy Meetings gab, hier jedoch in einer künstlerischen Darbietungsform. Es gab auch eine Beratung in der Form der an das Theaterstück anschließenden Diskussion. Das Dokumentationstheaterstück basiert auf realen Geschichten von Opfern aus verschiedenen Teilen Afghanistans und zu Ereignissen

von 1978 bis in die Gegenwart. Dieses Stück wurde auf Anfrage der Gruppen von Kriegsopfern entwickelt, die in partizipatorischen Theaterworkshops mitgewirkt hatten. Für dieses Anliegen wurden während Workshops und vor oder nach Playback Theaterdurchführungen, mit dem Einverständnis der Erzählenden, Geschichten aufgezeichnet.

„The performance follows a woman, the Butimar-e Kabul, as she walks the streets of Kabul in search of her disappeared children. Interspersed with her storyline are the accounts of other male and female victims, related by three Afghan men who deliver the stories using the victims' original words and language, speaking in Dari, Pashto and Hazaragi." (ICTJ-Website: Theater and Transitional Justice in Afghanistan 2011)

Eine afghanisch-amerikanische Dichterin, Zohra Saed, die an der Aufführung von *Infinite Incompleteness* am 8. November 2011 im Helen Mills Theater in New York City teilnahm, schreibt:

„This play was most certainly an important performance of multiple voices, both the voices of the actors on stage, sometimes overlapping and at other times solitary heartbroken, or angry and seeking justice, and the text that was on display (translations in English of the performance, which was a layer of Dari and Pashto). […] The repetitive acts of building/destroying, burying/excavating, collecting/scattering, and counting endlessly spoke profoundly the story of Afghanistan and the effects of decades of war." (Saed, 17.12.2011)

In dem Bericht der Dichterin Zohra Saed auf ihrem Blog stellt sie die Begegnung mit den AHRDO-Mitarbeiter*innen und die Erfahrung mit der Aufführung von *Infinite Incompleteness* dar. Dabei zitiert sie den Direktor von AHRDO, Hadi Marifat, mit diesen Worten: „The voices are now raised, but is anybody ready to listen?" (Marifat zit. nach Saed, 17.12.2011)

DIE GESCHICHTEN VON SARGHONA, ABDUL ALIM UND ANDEREN OPFERN VON KRIEG UND UNTERDRÜCKUNG

Mit der Theaterarbeit und weiteren künstlerischen Projekten von AHRDO entstehen vielfältige und zahlreiche Präsentationen der Geschichten und Perspektiven zu vergangenen Kriegsjahrzehnten, dem gegenwärtigen Krieg, Unterdrückung, Ungerechtigkeiten und Entrechtung. Die Marginalisierten, deren Stimmen unsichtbar gemacht werden, kämpfen hier für eine Ausdrucksform und Sichtbarkeit.

Es war zu Beginn des Winters 2010, als AHRDO das Dokumentationstheaterstück *Infinite Incompleteness* schrieb, ein Zeitpunkt, an dem sich die verbreitete Kul-

tur der Straflosigkeit zunehmend festigte. Darauf wird mit diesem Stück reagiert, dessen Uraufführung am Internationalen Tag der Menschenrechte und Nationalen Tag der Opfer in Afghanistan, dem 10. Dezember 2010, in Kabul stattfand. Dem Skript vorangestellt schreibt AHRDO:

„After more than three decades of violent conflict with millions of victims, accountability for massive human rights abuses remains elusive while the voices and stories of the victims continue to be silenced, and therefore unacknowledged, adding insult to injury and preventing any kind of individual and collective healing from becoming but a distant possibility.“ (AHRDO 2010: 3)

Als ich AHRDO wenige Monate vor der Entstehung dieses Stückes bei einer Tournee mit Forum Theater, Playback Theater und dem klassischen Theaterstück *AH7808* in der Provinz Bamiyan begleitete, konnte ich beobachten, wie die Mitarbeiter*innen von AHRDO diese Gelegenheiten nutzten, um die erzählten Zeugnisse von Opfern von Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen aus der Region zu dokumentieren. Vor einer Playback Theaterperformance in einem abseits gelegenen Haus auf dem Land, wo sich Vertreter*innen mehrerer Familien im Wohnzimmer – einem der größten in der Umgebung – versammelten, ging Zahra Yagona von AHRDO mit einer älteren Frau in den Garten. Zahra ermutigte die Frau, ihre Geschichte zu erzählen. Sie hielt ein digitales Aufnahmegerät im Handy-Format in die Nähe der Frau, die berichtete. Noch am gleichen Abend, nach einem turbulenten und anstrengenden Tag, sah ich Zahra mit einem Laptop auf den Sitzmatten des Aufenthaltsraum der lokalen Victims' Organization, in dem das Theaterteam für einige Tage untergekommen war, das aufgezeichnete Gespräch transkribieren. Zahra hatte anhaltende Kopfschmerzen und berichtete, dass sie nachts nicht schlafen konnte. Sie war erschöpft. Zu viele grausame Geschichten hatte sie in den vergangen Wochen gehört, zu viele traumatische Gefühle unmittelbar auf den improvisierten Bühnen in kleinen Gemeinderäumen oder privaten Wohnzimmern nachgespielt. Trotzdem transkribierte sie Abend für Abend die aufgezeichneten Zeugenaussagen über erfahrene Demütigungen und Verbrechen. Obwohl deutlich zu spüren war, wie sehr ihr diese Geschichten nahegingen, verlor sie nie ihre herzliche Art und ihr konzentriertes Engagement bei der Theaterarbeit.

Ich weiß nicht, was aus der an diesem Tag dokumentierten Erzählung wurde. Doch aus den circa 120 Geschichten, die AHRDO im Laufe der Arbeit vor allem mit Playback Theater hörte und dokumentieren konnte, wurden neun ausgewählt und im Dokumentationstheaterstück *Infinite Incompleteness* verarbeitet. Der Originalwortlaut der aufgezeichneten Erzählungen wurde dafür in das Stück übernommen. Das Skript wurde ins Englische übersetzt, noch mehrfach überarbeitet, durch eine zehnte Geschichte ergänzt und 2014 auch im Journal of Performance and Arts

veröffentlicht. Es wurde zudem ins Japanische übersetzt und 2011 und 2016 in Japan als Lesung aufgeführt.

Auf der Bühne erzählen drei anonyme Männer, gekleidet in den Farben der afghanischen Flagge – je einer in Grün, Schwarz und Rot – die neun Geschichten jeweils in den Sprachen Dari, Paschtu und Hazaragi. Jeder der drei Männer arbeitet zuerst an einem Projekt; später wechseln sie ihre Projekte:

„The first man examines the mass grave site and takes pictures of some of the victims, documenting all the atrocities that happened over the past decades. The second man inspects the garbage site, takes out a few things from a big garbage bag, then puts them back in and starts carrying the load of history. The third man begins building a new Afghanistan, arranging and rearranging the bricks and stones. In the meantime, the Butimar-e Kabul continues counting the dead." (AHRDO 2010: 4)

Butimar-e Kabul ist eine schwangere Frau, die durch die Straßen von Kabul läuft, sie ist auf der Suche nach ihren verschwundenen Kindern. Dabei zählt sie unaufhörlich die Millionen Toten. Am Ende des Stückes entwickelt sie im Namen ihres Neugeborenen ein Manifest der Opfer.

Aus sechs der neun erzählten Geschichten gebe ich im Folgenden Ausschnitte wieder oder ich fasse diese zusammen. Es werden verschiedene Erfahrungen von Frauen und Männern dargestellt: die Folgen der Kriegsjahrzehnte für Witwen, die Leiden schwangerer Frauen und Mütter, ethnischer Hass, Vernichtung von Andersdenkenden, traumatisierende Massaker, willkürliche Brutalität von Kommandeuren und Warlords, Protest gegen deren, nach dem Machtwechsel 2001 straflos weiterbestehende, repressive Macht u.v.m.

Sarghona ist 30 Jahre alt und hat im Bürgerkrieg (1992-1996) viele ihrer Verwandten, einschließlich zwei Brüder und ihre Mutter, verloren. Ihr Ehemann wurde von den Taliban (1996-2001) ermordet. Sie lebt mit ihren drei Kindern in Armut. Sie ernährt die Familie allein, indem sie in einer Küche assistiert oder für andere Wäsche wäscht. Ihre zwei Schwager verweigern ihr die Nutzung des kleinen Landstücks, das ihr gehört.

„I now suffer from rheumatism. My hands and legs are swollen. I am tired. […] [I]n Deh Dona [...] I own one acre of land. Everybody knows that it is my property but they don't give it to me. They said: ‚We bought it.' I said: ‚From whom did you buy it?' They said: ‚Our father sold it to us.' My father-in-law said: ‚I didn't sell it to them. Go and take your right.' But I don't know where to go as I am a poor person. These are the problems that I have." (AHRDO 2010: 9)

Hakima erzählt, dass ihr 18-jähriger Sohn Shoaib in der Zeit der Taliban-Herrschaft aus Pakistan nach Kabul reisen wollte. In einer Kontrolle wurde er von den Taliban

aus dem Fahrzeug geholt und verhaftet, weil er der ethnischen Gruppe der Hazara zugeordnet wurde. Hakima und ihr Ehemann gingen auf der Suche nach dem Sohn zu mehreren Gefängnissen, wurden dort verhöhnt, geschlagen, bedroht und zu immer neuen Orten geschickt. „I said: ‚Oh Talib Sahib, oh Mullah Sahib. Please don't do this to us. Yes, we are Hazara but we are also Muslim.'" (Ebd.: 8) Nachdem sie diese Suche aufgeben mussten, wurde der Vater von Shoaib krank und verstarb 18 Tage später. Hakima unternahm einen weiteren Versuch, den Sohn zu finden. Sie reiste allein in den Süden des Landes zu einem Gefängnis in Kandahar. Schließlich reichte sie dort eine Petition bei Mullah Omar ein. Doch sie wurde nur in eine andere, weit entfernte Stadt geschickt. „Another failed attempt and I returned home without Shoaib and I never saw him again." (Ebd.: 8) Sie erträgt es heute kaum, die Warlords im Fernsehen zu sehen, die den ethnischen Hass geschürt haben. „I become very upset and I almost smash the TV. Today, when we say these people are Hazara, Tajik, and Pashtun, all this is because of these warlords." (Ebd.: 8-9) Mehr als der Mangel der vergangenen Kriegszeit belastet Hakima, wer heute die politische Macht innehat.

„The reason why I am in this sad situation is because of this regime that came to power. During the war, we were hungry, we were thirsty, whithout shoes, without clothes. All these difficult times passed but now my son has disappeared and I don't think that my son is alive. These days [...] I see the warlords on TV […]." (Ebd.: 8)

Die Verantwortlichen für Verbrechen der vergangenen Jahrzehnte werden weder strafrechtlich verfolgt noch von gesellschaftlichem Einfluss ferngehalten. Sie halten Reden im Fernsehen.

Nik Mohammad erzählt von der Verhaftung seiner Brüder und seines Vaters sowie von seiner eigenen Verhaftung und den Folterungen nach dem Staatsstreich der Khalk und Parcham, den Fraktionen der Peoples Democratic Party of Afghanistan, im April 1978. Unter der Bedingung, nichts von dem Erlebten zu erzählen, kam er selbst frei.

„After three months, in exchange for freedom, they made me and two of my brothers sign an agreement that we would not say anything about what we had experienced inside the prison. A few months later, the regime changed and all the remaining political prisoners were released. I and my two brothers went to look for our brother who had remained in jail. He never came out. Outside the prison, I saw an older woman, similar to my mother. She was carrying a winter coat. I went and asked her: ‚Why did you bring this coat?' She told me: ‚My son was arrested in the summer. Now it's winter. If my son is released, maybe he will need a warm jacket.' The old woman went home alone." (AHRDO 2010: 5-6)

Erst 34 Jahre später gab es eine Gewissheit über den Verbleib des Bruders von Nik Mohammad, der nicht aus dem Gefängnis kam. Die Familie organisierte im

September 2013 Totenfeiern, nachdem sie seinen Namen auf einer Liste fand, die zu diesem Zeitpunkt veröffentlicht wurde. Annähernd 5000 Namen von 1978/79 im Gefängnis ohne Gerichtsurteil Getöteten waren dort verzeichnet. Das ist nur der kleinere Anteil von den insgesamt mehr als 25.000 im Gefängnis von Kabul Ermordeten aus diesem Zeitraum (vgl. UN Mapping Report 2005).

Said Mohammad, ein 60-jähriger Mann aus der Provinz Bamiyan, erzählt die Geschichte der Ermordung seines Sohnes Anwar, 20 Tage nach dessen Hochzeit. Er war das erste Opfer eines Massakers der Taliban-Regierung in dieser von Hazara bewohnten Region.

„I said: ‚Let's take him home.‘ When my wife and I took him home, we saw other people were standing in a line, outside the fort. Thirty to forty people were standing there. After each shot, one person was falling onto the snow.“ (Ebd.: 6)

An diesem Tag wurden 41 Menschen erschossen. Said Mohammad konnte den Sohn nach Hause bringen und zusammen mit seiner Frau und seiner Tochter am nächsten Tag ein Grab ausheben, um ihn zu beerdigen. Die anderen Familien des Ortes hatten eine weitere traumatische Situation zu bewältigen, bevor sie ihre Angehörigen beerdigen konnten.

„The massacre finished after three days. When they brought the bodies, they just dumped them. […] And then the people had the chance to go, identify and claim their beloved. Some were identified by their faces. Some were identified by their clothes. They were difficult to identify because they were frozen and the bodies were stuck together. Their blood mixed with one another. When they were trying to separate them the clothes stuck to other people's bodies. They were stuck together and frozen. They were frozen in different positions. Everyone went and found their beloved and finally buried them. When all the martyrs were buried, the people fled the area.“ (Ebd.: 6-7)

Auch die Familie von Said Mohammad floh in die Berge. Seine Frau starb kurz darauf an einem Herzinfarkt, „because she was remembering Anwar every single day“ (ebd.: 7). Die Schwiegertochter hat ihn verlassen und ist in ihr Elternhaus zurückgekehrt. Said Mohammad ist seither allein, kann heute beinahe nichts mehr sehen und lebt in Armut.

Shafiqa berichtet von den schwersten Tagen in ihrem Leben. Während der Zeit der Mujaheddin (1992-1996), die Kabul bombardierten, erwartete sie ein weiteres Kind. Die Geburt kündigte sich an. „I became sick because of my pregnancy.“ (Ebd.: 11) Als die Bombardierungen und Schussgefechte immer schlimmer wurden, floh ihr Mann aus dem Haus und ließ sie und die Kinder zurück. Trotz des Schusswechsels musste Shafiqa ein Krankenhaus aufsuchen. „When the bullets were coming, I was lowering my head.“ (Ebd.: 11) Die Ärzte verließen gerade alle das

Krankenhaus, als sie dort ankam. „There the rockets were raining down on us.“ (Ebd.: 11) Sie blieb im Krankenhaus ohne Versorgung zurück, ohne Wasser oder Tee. „There was no one to give me a cup of tea. Two nights and days passed. I was alone.“ (Ebd.: 11) Nachdem sie ihr Kind geboren hatte, nahm sie dieses und wanderte quer durch die Stadt zurück. Es lag Schnee, doch sie hatte keine Schuhe. In der Dunkelheit der Nacht ging sie über Friedhöfe, um nicht gesehen zu werden. Die Bombardierungen gingen unvermindert fort, doch sie wollte zu den Kindern, die alleine im Haus zurückgeblieben waren.

„The bullets were coming and bullets passed my ears. Oh God what to do! I fell on the snow and dropped my baby. On the one side it was pitch black and on the other side there was only snow. Oh God what to do! I cried silently. I couldn't cry loudly as they would hear my voice. I cried and crawled across the snow until I reached home. When I arrived at home, I saw that my nephew, who had come to my house, had been killed. His brain came out of his ears. My daughter thought it was cotton. No, it was his brain.“ (AHRDO 2010: 12)

Die Geschichte von Abdul Alim dokumentiert in einer persönlichen, tragischen Erfahrung die Kontinuität von Unterdrückung, skrupelloser Gewalt und Straffreiheit über verschiedene Herrschaftsphasen hinweg. Sein Bericht umfasst zum einen Kriegserfahrungen in den 1980er Jahren: betrogene Friedensbemühungen, Massaker und Flucht. Zum anderen setzt sich seine Erfahrung mit Menschenrechtsverbrechen und dem Protest gegen diese bis heute fort: Repression und Morde ohne juristische Bearbeitung aufgrund der fortgesetzten Macht der Warlords und Kommandeure, unter anderem als Parlamentarier, einschließlich der Deckung durch Präsident Karzai.

„In the summer of 1366 [1987] after months of bloodshed and killings between two warring Mujahideen factions, a meeting was called by both parties to establish a ceasefire. Fifty-six representatives from the one side attended the meeting. From the other side, a well-known commander, despite his assurance to take part in meeting, broke his commitment and surrounded the house with his people. He then ordered to open fire. All fifty-six representatives were killed on the spot. Eight of them were members of my family. Everyone in the village who was against the Commander fled the area. […] I was in Kunduz and could not go to my village for sixteen years. Even during the time of the Taliban, I could not go home because one of the commander's men had by then become a Taliban officer in the area. […]
In 1383 [2004] when I was still in Kunduz province, a demonstration took place against the commander. Those who participated in the demonstration demanded from the central government to arrest and punish him. A few days after this demonstration, the commander sent me a letter asking me to return to my village. He ensured me that I would be safe. However, he also asked me to help him kill those people that organized the demonstration. I did not accept and told him, ‚I am not a killer like you and if you try to do anything against those people, I will join them as well.‘

On 5 May 1385 [2006] just seven days after I returned home, my two sons were kidnapped at school. […] The commander then killed the two children […].
[…] After we buried the two children, some people from my village and I went to see the District Governor, but he told us that he was unable to do anything. Then we went to the Provincial Governor, but he accused us of falsely blaming the commander. Later, the villagers themselves arrested the three alleged perpetrators and handed them over to NDS [National Directorate of Security]. The perpetrators have since been tried in Kabul by the NDS special primary court and they were sentenced to long-term imprisonment. For the second trial, the commander, using his parliamentary power, managed to change the court and the perpetrators were sent back to their home province where the prosecutor helped them to escape from prison.
Last year in 1388 [2008], 103 people from my province went to see the president Karzai and asked him to arrest and punish the commander. I showed him the fotos of my sons and asked for justice to be applied. The president responded, ‚You are still young and will have another son in the future.‘ His words offended me a lot. I then asked the president: ‚What if your son was killed? Would your answer be the same?‘“ (AHRDO 2014: 107-110)

Das Theaterstück endet mit dem Tod der anonymen Protagonisten, die die Geschichten erzählen und jeweils erfolglos Verbrechen dokumentieren, das Land wieder aufbauen oder den Müll (der Geschichte) wegräumen. Sie feinden sich misstrauisch an, wollen sich gegenseitig erst die Münder mit den Geschichten zuhalten, dann sich gegenseitig mit den Geschichten dominieren. Die Unzufriedenheit und Aggressivität nimmt zu, bis sie die Projekte zerstören und sich gegenseitig erschlagen.

Die Butimar-e Kabul bedeckt die Toten und bringt neben den Leichnamen ihr Kind zur Welt. Sie summt ein Wiegenlied und will sich beim Blick auf die Toten gleich darauf die Nase und die Ohren abschneiden. Doch dann besinnt sie sich und schreibt ein Manifest der Opfer.

„My dear child, although I should confess that it was not my intention to deliver you among the fire and blood, in a place where men slaughter one another and sleep with teenage girls in a bed soaked in blood, this skirt of sin unwrapped to commit another wrong.
In fact, you belong to one of the numerous generations that came from this aberrant skirt. Sometimes you grow up in exile, other times among the firings and shelling. In one of the dark nights, on the outskirts of the mountain where you lost your dignity, you were taken to the abandoned cemetery of the victims.“ (AHRDO 2010: 14)

Sie erklärt in dem Manifest, dass weder Gerechtigkeit noch die Suche danach zur Realität wurden, sondern Wörter ohne Bedeutung sind. Weiterhin wachsen Generationen zwischen Exil und Gefechten, zwischen Vergewaltigung und Massakern, in Elend und Blutvergießen auf. „I am the third generation of those that were born this way and will die this way.“ (Ebd.: 14) Die Bedeutung, die Gerechtigkeit für die Opfer habe, sei charakterisiert durch die Erinnerung an die Getöteten und die Aner-

kennung der fortgesetzten Leiden ihrer Angehörigen. Das Leiden wird verschlimmert solange den Verbrechern Vergessen gestiftet wird. „Otherwise, for us as victims even the talking about forgetting is impossible and forgiveness is but an unbearable reminder of death and tragedies.“ (Ebd.: 14)

Die Butimar-e Kabul grenzt sich am Ende des Manifests von all denjenigen ab, die machtpolitische, Gewalt befördernde Auseinandersetzungen in der Geschichte des Landes geschürt haben. An erster Stelle nennt sie die korrumpierten Intellektuellen: „My dear child, I am not an intellectual whose mind and pain is in the service of gold and power.“ (Ebd.: 14) Im Weiteren benennt sie unehrliche religiöse Führer, islamistische Fundamentalisten, repressive Könige, geschichtslos Denkende wie auch Traditionelle, falsche Kommunisten und Demokraten ohne Ethik, Mujaheddin und Taliban. „I am none of them. I am alone, I am a human and only human. I am a woman. I am a mother. And I want you, my child, to be with all the victims of human tragedies and sing at the tombstones of the silent graves of the victims.“ (Ebd.: 15) Butimar-e Kabul schließt mit einem Gedicht, in dem bevorstehende Veränderungen zum Besseren hoffnungsvoll und als unaufhaltsam angekündigt werden. „Know my child! You will not remain alone.“ (Ebd.: 15) „[The Victims' Manifesto] expresses a firm belief, that humankind will in time find a way to reinvent itself more beautifully.“ (AHRDO 2014: 95)

Die Protagonistin Butimar-e Kabul positioniert sich außerhalb machtpolitischer Zuordnungen zwischen den gewöhnlichen Menschen und den Unterdrückten. Das Theaterstück *Infinite Incompleteness* nimmt diese Perspektive ein. Theater ist hier eine Repräsentationsform der Perspektiven und des Wissens der kleinen, gewöhnlichen Leute und Unterdrückten.

Kontroversen und Konsequenzen

Kontroverse Friedensbegriffe

AUFGEDECKTE KONTROVERSEN ZUM LIBERALEN FRIEDEN

Mit einem Wechsel der Perspektive habe ich mit den vorangegangenen Darstellungen der Erfahrungen, Analysen, Theorien und Praxisformen der vier afghanischen Basisorganisationen eine dekolonialisierende Wirkung der Forschung angestrebt. Damit ist ein Wechsel von der dominanten Perspektive des liberalen/demokratischen Peace- und Statebuilding durch zivil-militärische Intervention in Afghanistan, einschließlich der kritischen Formen davon, zur Perspektive demokratischer, feministischer und auf Gerechtigkeit orientierter, anti-fundamentalistischer, selbstorganisierter afghanischer Basisorganisationen gemeint. Das ist ein Wechsel hin zu einer dialogischen Auseinandersetzung mit einer Gesellschaft bzw. bestimmten Teilen dieser Gesellschaft, die durch die Perspektive des liberalen Friedens und herkömmlicher Forschungsmethodologien zum Objekt gemacht werden. Die Perspektive des liberalen Friedens ist verankert im Eurozentrismus des Denksystems internationaler Politik, fußt auf der herausgestellten Besonderheit und Überlegenheit des Westens und verstärkt diese weiter. Die kontroversen Perspektiven einiger basispolitischer Organisationen in Afghanistan, die hier ausführlich dargestellt wurden, werden in der Regel unsichtbar oder unbedeutend gemacht, sodass sie nicht als Kontroversen in Debatten eingehen. Das trägt zur weiteren Entpolitisierung von globalen Konflikten durch die liberale Friedenstheorie bei.

Im diesem Kapitel verdeutliche ich die Kontraste der Ergebnisse dieser dekolonialen Forschung, die zur hegemonialen Theorie für interventionistischen Friedensaufbau, der Theorie des liberalen Friedens und deren Umsetzung im Peacebuilding in Afghanistan bestehen. Ich zeige die Spannungen zwischen einerseits den Analysen, Zukunftsentwürfen und praktischen Erfahrungen der basispolitischen Organisationen und andererseits den erklärten Zielen, Praktiken und Folgen des liberalen Peacebuilding. Diese Gegenüberstellung ist eine weitere dekoloniale Praxis.

Darauf aufbauend gehe ich auf vorhandene kritische theoretische Reflexionen zum liberalen Frieden ein. Dabei arbeite ich heraus, was das Spezifische der dekolonialen

Kritik des liberalen Friedens ausmacht. Ich orientiere mich dabei insbesondere an der Frage, welche unterschiedlichen Konsequenzen aus der Kritik des liberalen Friedens und/oder der Praxis der liberalen Peacebuilding gezogen werden. Diese bestehende Kritik am liberalen Peacebuilding setzt allem voran an dem Widerspruch zwischen den illiberalen und Instabilität bedeutenden Ergebnissen und den entgegengesetzten Zielen von liberalen Friedensmissionen – nicht nur in Afghanistan – an. Ich zeige zunächst einige verschiedene Vorschläge, die zur Verbesserung des Ansatzes des liberalen Friedens und für sogenannte humanitäre bzw. liberalisierende Interventionen gemacht werden. Der äußerst machtvolle Ansatz des liberalen Friedens und Peacebuilding, der derzeit Steuerungen in der Weltpolitik zentral mit anleitet, soll mit diesen Anpassungen erhalten werden. In einem nächsten Schritt gehe ich auf Kritiker*innen ein, die liberalen Frieden „as a form of imperial global order“ (Sabaratnam 2013: 260) grundsätzlich ablehnen. Liberaler Frieden wird als kolonial, imperialistisch und auf Krieg – „the permanence of war or very high levels of organised violence in post-conflict spaces“ (Heathershaw 2008: 621) – gerichtet zurückgewiesen.

Letztendlich begründe ich aus dem Blickwinkel dekolonialisierender Forschung, warum eine anti-koloniale oder anti-imperialistische Zurückweisung aufgrund des theoretischen Nachweises von Kolonialismus und Imperialismus äußerst wichtig ist und doch allein nicht ausreichend sein kann. Wenn eine Dekolonialisierung der Weltverhältnisse und des Wissens zu Weltpolitik angestrebt wird, dann ist entscheidend – hier in Bezug auf die Kritik des Peacebuilding –, die epistemische Alleinstellung der westlichen, eurozentrischen Perspektive auf Weltpolitik nicht beizubehalten, sondern zu durchbrechen: „A decolonial or decolonizing project must begin through a re-engagement with that which Eurocentric thinking suppresses or discounts [...].“ (Sabaratnam 2013: 270) Es geht um die Anerkennung von Wissen und Wissensformen, die auf andere Weise entstehen, als durch den anerkannten methodologischen Standard westlich-institutionalisierter, „wissenschaftlicher“ Forschung. „The unsettling of where epistemic authority lies […] is a necessary part of the decolonizing project.“ (Sabaratnam 2011a: 801)

> „Many contemporary critiques of intervention remain distant from […] the ‚recipients‘ or objects of domination, hegemony and empire […] in an unwillingness to attempt the use of other embedded epistemological standpoints to act as a counterpoint […] to the dominant narrative of global ‚liberalism‘ or ‚neoliberalism‘ […].“ (Sabaratnam 2011b: 249)

Bei den folgenden, abschließenden Reflexionen bin ich deshalb bestrebt, die epistemische Positionierung als Teil der Kämpfe für die Dekolonialisierung von Weltverhältnissen und Wissensformen beizubehalten. Die Perspektiven der vier basispolitischen Organisationen aus Afghanistan bleiben somit im Zentrum, werden hier jedoch mit der hegemonialen westlichen Theorie des liberalen Friedens kontrastiert und in ein Verhältnis zu kritischen akademischen Debatten gesetzt.

SPANNUNGEN ZUM LIBERALEN FRIEDEN

Die Darstellung der afghanischen Basisorganisationen in diesem Buch ist kein Beitrag zur Bereicherung des akademisch anerkannten Wissens um die Vielfalt von kulturell anderen Lebensformen. Es werden nicht die Lücken des Eurozentrismus gefüllt. Die Ergebnisse dieser Forschung, die Analysen, Zukunftsentwürfe und Praxis der afghanischen basispolitischen Akteur*innen stehen in einer Spannung zu hegemonialen Wissensformen zum Konflikt und Friedensaufbau in Afghanistan, die durch die dominante Theorie des liberalen Friedens angeleitet wird. Für die dekolonialisierende Kritik der machtvoll wirkenden Wissensverhältnisse ist es wichtig, diese Spannung konkret zu zeigen (vgl. u.a. Halperin 2006; Singer 2005; Löw 2009). Ein „unassimilable difference" (Halperin 2006: 44) wird sichtbar. Diese nicht-einfügbare Verschiedenheit der Konfliktbeschreibungen und der Friedensbegriffe wird i.d.R. durch die Delegitimierung und und Nicht-Beachtung der Analysen und der Praxis dieser gesellschaftlichen Basisakteur*innen verdeckt.

Die vielen beschriebenen Erfahrungen und Gegenanalysen sind in sich bereits ein konfrontativer Widerspruch zur Theorie und den Umsetzungskonzepten des liberalen Friedens. Die Widersprüche zu dominanten Konfliktanalysen, zur Theorie des liberalen/demokratischen Friedens und entsprechendem Friedens-/Staatsaufbau werden in vielen Aspekten von den hier vorgestellten Basisaktivist*innen thematisiert. Dies geschieht meist nicht mit direktem Bezug auf die Theorie selbst, sehr wohl aber mit Bezug auf die Praxis und die Legitimationsargumentationen der Interventionspolitik. Insgesamt erfolgt diese Kritik nicht auf einer abstrakt-theoretischen, westlich-akademisch geprägten Ebene. Die epistemische Perspektive basiert dagegen auf der konkreten, erlebten, politischen und gesellschaftlichen Erfahrung des Friedens- und Staatsaufbaus seit Ende 2001 sowie der Kriege der Jahrzehnte davor, verbunden mit den politisch geführten Auseinandersetzungen, dem reflektierten Bewusstsein zur lokalen und globalen Geschichte und der tiefen Verbundenheit mit den gewöhnlichen Menschen – insbesondere mit den marginalisierten Teilen der afghanischen Gesellschaft. Es ist Wissen, das auf relationaler Epistemologie und einer Verbindung zur politisch und ethisch für sich selbst entscheidenden Gesellschaft basiert. Mit den vier hier dargestellten Organisationen wird sichtbar, wie diese auf je unterschiedliche Weise zu den Entwicklungen seit Bestehen des liberalen Friedensaufbaus eine politische, soziale und künstlerische Praxis etabliert haben und somit politischen, kontroversen Raum (wieder-)beanspruchen.

KONTROVERSEN UND KONTRASTE – WIDER DEN MONOLOG DES LIBERALEN FRIEDENS

Mit den basispolitischen Kämpfen in Afghanistan finden politische Einmischungen statt, die eine neue bzw. eigenständige Bewertung und Gestaltung grundlegender gesellschaftlicher und politischer Fragen beanspruchen. Damit fügen sie sich nicht in das Projekt des liberalen Friedens ein, das für die Seite der Intervenierten in Kategorien von Kollaboration oder Feindschaft denkt (vgl. Heathershaw 2008). Das liberale Friedensprojekt behandelt die Entwicklungsziele als entpolitisierte globale Norm und vermittelt entsprechende Befähigungen zur späteren Übergabe der Verantwortung in Local Ownership – von Fördergeldverwaltung bis Good Governance und Aufstandsbekämpfung.

Von den basispolitischen Organisationen wird ein Recht auf Politik ausgedrückt, wie Jabri es nennen würde. Vivienne Jabri (2010) sieht in der Wiederbeanspruchung von politischem Raum eine kritische Gegenstrategie, die sie mit ihrer Kritik des liberalen Friedens/-aufbaus verbindet. In dieser Kritik betont sie die Entpolitisierung von Konflikten durch die liberale Friedenstheorie (vgl. Jabri 2010). Es müsse das Recht auf Politik und politische Subjektivität in konkreten Streitpunkten und Kämpfen ausgeübt werden und neue Räume für politisches Handeln müssten beansprucht werden. Diese neuen politischen Subjektivitäten können auf post-/ antikolonialen Kämpfen der Vergangenheit, aber auch auf den Konflikten und Leiden aufgrund des ungleichen Zugangs zu materiellen Ressourcen und Entscheidungsmacht aufbauen (vgl. Jabri 2010: 55). „The ‚right to politics‘ […] is insurrectionary in ethos and collective in articulation. This is hence a right that is not conferred from the outside, but is framed in struggle and contestation.“ (Ebd: 55) Mit sehr verschiedenen Mitteln – vom Theaterprojekt oder der Kunstausstellung über politische Bildung und Stellungnahmen über Gedenkfeiern und Demonstrationen bis hin zum öffentlichen Verbrennen aufgeklebter Portraits bekannter Kriegs- und Menschenrechtsverbrecher – werden von den vier hier dargestellten Organisationen politische Räume zurückgenommen. Politisches Handeln im Widerspruch zum westlichen Interventions- und neoliberalen Umgestaltungsprojekt, nicht als dessen reformistische Ergänzung, werden durch die Aktivitäten dieser Organisationen und damit im politischen Streit ermöglicht[23].

Im vorangegangenen Hauptteil dieser Arbeit wurden Begründungen, Forderungen und Erfahrungen der konkreten politischen Auseinandersetzungen im Streit um die mit dem interventionistischen sogenannten Friedensaufbau verknüpften Entwicklungen im Land dargestellt. Es geht beispielsweise um den Streit über die Beteiligung an

23 Das widerspricht nicht dem Bestreben dieser Organisationen, in konkreten Anliegen auf Veränderungen im reformistischen Sinne einzuwirken.

den Verhandlungen zur Bildung der ersten Übergangsregierung im Jahr 2001, um das Amnestiegesetz und die fehlende Aufarbeitung der Vergangenheit und um vermeintliche Frauenförderung, während für die weitgehende Mehrzahl der Frauen Gewalt und Rechtlosigkeit eine mindestens so schlimme Alltäglichkeit haben, wie in der Taliban-Regierungszeit. Es geht aber auch sehr direkt um die Kritik an der Präsenz und den Menschenrechtsverletzungen des internationalen Militärs und um Kämpfe zur Beendigung einer Besatzungspolitik, die anti-demokratische, frauenfeindliche, reaktionäre Führungspersonen im Interesse westlicher geopolitischer Ziele stärkt und zu lokalen Partnern aufbaut. Diese und weitere Themen wurden im Hauptteil dieser Arbeit detailliert aus der Perspektive der Basisorganisationen dargelegt.

Die dargestellten Analysen und Erfahrungen aus sozialen Basiskämpfen in Afghanistan können als „critical border thinking" (Mignolo 2000) angesehen werden. Border thinking entwickelt Konzepte für den Kampf einer dekolonialen Befreiung, die die enge eurozentrierte Modernität überwindet (vgl. Grosfoguel 2008: 16). Im Zentrum steht „the question of how to transcend the imperial monologue established by the European-centric modernity" (ebd.: 16). Westliches Überlegenheitsdenken wird nicht mit dem vermeintlichen Gegenteil, einem anti-modernen, anti-westlichen Fundamentalismus, beispielsweise Islamismus, beantwortet, sondern es finden Neudefinitionen statt. Nach Ramón Grosfoguel werden im border thinking aus den Kosmologien und Epistemologien der ausgebeuteten Seite des kolonialen Unterschiedes bestehende, enge eurozentrische Konzepte neu entworfen: Konzepte von Staatsbürgerschaft, von Demokratie, von Menschenrechten, von Humanität oder von ökonomischen Beziehungen (vgl. Grosfoguel 2008: 16). Auf die hier dargestellten afghanischen Basisbewegungen trifft zu, dass ein neuer Weg gesucht wird, der sich von beiden Fundamentalismen abgrenzt, die sich gegenüber stehen – vom islamistischen (marginalen) wie dem eurozentrischen (hegemonialen) Fundamentalismus. „What all fundamentalisms share (including the Eurocentric one) is the premise that there is one sole epistemic tradition from which to achieve truth and universality." (Grosfoguel 2008: 2)

Ich begreife die mit militärischen Interventionen und sogenanntem liberalen Peacebuilding verbundenen, umfassenden, politisch-ökonomisch-gesellschaftlichen Eingriffe und Gewaltanwendungen als politische Handlungen, die als Techniken der Problemlösung entpolitisiert werden. Ich stelle die Analysen, Bewertungen, Aktivitäten und verfolgten Ziele der vier afghanischen, anti-kolonialen, basispolitischen Organisationen der verbreiteten Darstellung der Intervention als militärisch-verwaltungstechnisches sowie pädagogisches Handlungsrepertoire zur sachlich-richtigen Normanpassung gegenüber. Das heißt, ich kontrastiere die hegemoniale Theorie des liberalen Friedens in einer dekolonialen Strategie mit den Ergebnissen der dialogisch-dekolonialen Forschung, die als jahrelanger Lernprozess mit, von und über die vier afghanischen Partnerorganisationen stattfand.

Unter drei zentralen Aspekten zeige ich im folgenden Abschnitt einige der Kontroversen und Kontraste des im Hauptteil beschriebenen Friedens- und Konfliktwissens der vier afghanischen Basisorganisationen zum Konzept und der Praxis des liberalen Peacebuilding in Afghanistan:

- Aufbau von Demokratie,
- Befähigung zu liberalen Staatsbürgern,
- Friedensprozess als Stabilität durch Machtteilung.

Menschenrechte und Frauenrechte laufen in diesen drei Aspekten als Themen quer mit. Ich beschreibe unter jedem Aspekte jeweils zuerst die Perspektive des liberalen Peacebuilding. Anschließend folgt die Perspektive der basispolitischen Organisationen.

KONTROVERSE 1: DEMOKRATIE ALS WAHLEN VS. DEMOKRATIE „VON UNTEN"

Die Studierenden, die im Mai 2009 in Kabul gegen die Tötung von mehr als 150 Zivilist*innen bei einer US-Bombardierung im Dorf Bala Baluk der Provinz Farah demonstrierten, erklärten anschließend, dass sie so lange nicht an Wahlen teilnehmen werden, wie die Regierung nicht auf die Wünsche der Menschen hört und nicht die blinden Bombardierungen stoppt, bei denen Tausende Zivilist*innen getötet werden. Die Regierung folgt nur den Anweisungen des US-Militärs und dieses verletzt die Menschenrechte mit ihren Bombardierungen, erklärt der Student Hemayon Iam (Iam, Interview in Kabul, 20.05.2009). „When we don't have freedom in our country, and the wishes of our people have no value, they are killing innocent people during their bombardement ... So in a country where we don't have freedom, election has no meaning for us." (Ebd.)

Eine afghanische Frau, die sich für die Wahlbeteiligung engagierte, berichtet: „When I tried to explain to them about how to obtain electoral cards they said our problem is poverty and lack of food, we don't want any electoral cards." (Nasira, zit. nach Rostami-Povey 2007: 63) Die Menschen wären so arm, dass sie den Wahlen keine Aufmerksamkeiten schenken könnten, sondern stattdessen von ihren Problemen mit Ernährung, hohen Mieten und Rechnungen erzählten.

Die Durchführung von Wahlen wird als zentrales Kriterium für Friedenskonsolidierung und Demokratisierung nach Konflikten angesehen. In einem eher technischen Demokratisierungsverständnis wird die Einsetzung von Wahlsystemen nach dem westlichen Vorbild als Norm verstanden (vgl. Elliott 2009). „Die Planung von Wahlen stand am Beginn jeder Mission", berichtet Roland Paris über die Peace-

building-Missionen der 1990er Jahre (Paris 2007: 37). In der „internationalen Wachstumsindustrie“ (ebd.: 33) der Friedenskonsolidierung, mit dreizehn Missionen in Kriegs- und Krisengebiete zwischen 1989-99, ging es offiziell um technische Hilfe zum Aufbau eines dauerhaften Friedens. Doch alle Missionen strebten in der Praxis das Modell der liberalen marktwirtschaftlichen Demokratie an (vgl. ebd.: 33). Mit dem Bonn Agreement wurde Ende 2001 auch für Afghanistan festgelegt, dass die zentralen Merkmale einer repräsentativen, liberalen Demokratie innerhalb kürzester Fristen durch die afghanischen Verbündeten verwirklicht werden sollen.

„This [Bonn] agreement laid out an aggressive implementation timetable of key milestones intended to build the foundations of a modern representative democracy, including the establishment of a transitional government at the Emergency Loya Jirga in 2002 and the ratification of a new constitution at a Constitutional Loya Jirga eighteen months later. The election of a president in October 2004 and the holding of parliamentary and provincial council elections in September 2005 followed.“ (Kippen 2009: 35)

Afghanistan sollte ein Einsatz mit „light footprint“ werden, also mit zurückhaltender Einmischung. Die UN-Mission für Afghanistan hat deshalb, anders als beispielsweise die UNTAES (United Nations Transitional Administration in Eastern Slavonia, Baranja and Western Sirmium) nach dem Kroatienkrieg, keine zentrale Verwaltungsaufgabe im Interventions- und Übergangsstaat übernommen. Die Nordallianz-Warlords waren die Verbündeten seit den ersten Tagen der militärischen Intervention, als sie mit Waffen, Satellitentelefonen und Geld ausgestattet wurden. Die Nordallianz-Milizen nahmen im November 2001 Kabul ein und setzten damit Fakten der Macht. Als das Bonner Gipfeltreffen stattfand, auf dem die Übergangsregierung und die (eiligen) Schritte zur Schaffung (der Symbole) demokratischer Institutionen festgelegt wurden, zeigte diese neue Machtrolle bereits Auswirkungen. Die Nordallianz-Vertreter konnten ihre Bedingungen durchsetzen, unter anderem die Streichung des Verbots einer generellen Amnestie für Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen. Zudem wurde eine Entwaffnung nicht vereinbart.

„The final agreement also left out many standard parts of UN mediated peace agreements, including commitments to disarmament or demobilisation. Ultimately, no attempt was made to address either the underlying causes or the consequences of the war on millions of Afghan victims.“ (Winterbotham 2010: 6)

Die Nordallianz bekam mehr als die Hälfte der Ministerien zugesprochen, einschließlich aller Schlüssel-Positionen: Verteidigungs-, Außen- und Innenministerium, die Kontrolle der Geheimdienste sowie das Büro für Verwaltungsangelegenheiten, das einem Ministerpräsidentenamt gleichkommt (vgl. Ruttig 2012: 6). Nicht zuletzt die Auswahl des Übergangspräsidenten auf dem Treffen in Bonn wurde durch die USA

und die UN manipulativ gesteuert: „An internal pre-vote in the second-most powerful delegation, the Rome group, for its candidate for this position went againt Karzai; the delegation was forced to repeat the vote under pressure from the US and the UN.“ (Ebd.: 5) Die Nordallianz-Delegation hatte diesem Wunschkandidaten der USA bereits zugestimmt.

Eine Delegationsgruppe mit Menschenrechtsvertreter*innen und eine Frauenrechtsvertreterin wurden auf Druck der Nordallianz-Delegation vom Bonner Gipfeltreffen ausgeschlossen. Frauen, die wenige Tage zuvor in Kabul für eine größere Repräsentativität und die Beteiligung von Frauen und Frauenrechtsvertreterinnen demonstrieren wollten, wurden von den Nordallianz-Soldaten auseinandergetrieben. Der UN-Sondergesandte Francesc Vendrell, der gemeinsam mit Lakhdar Brahimi die Konferenz in Bonn vorbereitete und jeder Stimme Gehör zugesichert hatte, bemühte sich nicht, die an ihn gerichtete Resolution der Frauen zu erhalten, deren direkte Übergabe durch das gewaltsame Einschreiten der Milizionäre der Nordallianz verhindert wurde (vgl. Benard/Schlaffer 2002). Thomas Ruttig vom Afghanistan Analysts Network sieht bei dieser, für den institutionellen Neuaufbau grundlegenden Konferenz „substantial democratic deficits“ (Ruttig 2012: 5). Der Eindruck entstand, dass nur diejenigen, die bereit waren Gewalt für die Durchsetzung ihrer politischen Anliegen einzusetzen, einen Platz am Verhandlungstisch eingeräumt bekamen (vgl. ebd.: 5). Alle beteiligten Gruppen waren während des Gewaltkonfliktes in schwere Menschenrechtsverletzungen verwickelt (vgl. Nadery 2007: 174).

Als Minister der Übergangsregierung und ohne die Entwaffnung ihrer Milizen konnten die islamistischen Jihadis der Nordallianz und andere zuvor einflusslose und nun politisch anerkannte Warlords, regionale Gebietskontrolle, Aneignung von internationalen Fördergeldern und von Land, wirtschaftliche Macht und politische Kontrolle ausweiten. „[T]he UN and the member states of the US-led international coalition […] facilitated the warlords’ return to power and promoted them as legitimate partners in a new beginning for Afghanistan.“ (Nadery 2011: 173) Auf der verfassunggebenden Loya Jirga kontrollierten sie die Arbeitsgruppen, die Sitzungsleitung und auch die Ordnungs- bzw. Sicherheitskräfte (vgl. Ruttig 2012). Delegierte wurden systematisch unter Druck gesetzt und bedroht, beispielsweise die Bezeichnung des neuen Staates als Islamischen Staat („Islamische Republik“) nicht abzulehnen. Der Frauenrechtlerin Malalai Joya wurde das Mikrofon abgestellt und sie wurde massiv, auch körperlich angegriffen, weil sie die Anwesenheit der Warlords mit verbrecherischer Vergangenheit in dieser Versammlung zur Gestaltung der Verfassung kritisierte. Mit ihren neuen Reichtümern, ihren Ämtern, und ihrer repressiven, bewaffneten Macht und regionaler Kontrolle konnten die Warlords zum Zeitpunkt der ersten Wahlen die Stimmenabgabe entsprechend ihrer Interessen ausreichend beeinflussen. „From there, they captured the parliament and most of the provincial councils in the 2005 elections, during which many Afghans asked how they could vote freely ‚with a

gun held to my head'." (Ruttig 2012: 3-4) Die Frauenrechtsaktivistin Malalai Joya erklärt vor den Präsidentschaftswahlen 2009, dass es unmöglich sei, in Afghanistan demokratische Wahlen zu haben.

„It is true, there are some democratic people who are running for elections, but it is impossible that they win. Because first of all, they are not puppets. Than they do not have gun, they are not gunlords. The next president will be a person which whitehouse want, which CIA want, and which mafia want. Since we have mafia system in Afghanistan. […] Under the shadow of warlordism, druglordism, occupation, no security – impossible to have democratic elections." (Joya, Interview in Kabul, 20.05.2009)

Die Entwicklung zur Integration von Warlords mit krimineller Vergangenheit als Partner des Westens, verbunden mit der Etablierung eines Systems der Straflosigkeit, war kein Versehen, sondern wurde durch die internationalen Interventionsstaaten kontinuierlich weiter gefördert. Beispielsweise erklärte Rainer Glassner vom Duisburger Institut für Entwicklung und Frieden auf einem Afghanistan-Symposium am 7. Dezember 2005, dass sich die internationale Gemeinschaft ganz bewusst für eine Strategie der Kooption lokaler Warlords entschieden habe. Ein Konfrontationskurs aufgrund der kriminellen Handlungen dieser Kriegsherren, unter anderem im Drogenhandel, wurde vermieden, um eine Befriedung und Stabilisierung Afghanistans nicht zu erschweren (vgl. Glassner zit. nach Sadeghi/Steinfeld/Werthes 2005: 10). Eine Beteiligung der Warlords an den Wahlen wurde ausdrücklich begrüßt und gefördert, denn sie sollten als politische Akteure eingebunden werden. Glassner sieht diese Strategie für die Parlaments- und Provinzwahlen 2005 auch als erfolgreich, denn viele Warlords hätten gezielt ihre Netzwerke und ihr Kapital eingesetzt, um ihre Machtposition im neuen System mithilfe der Wahlen zu erhalten (vgl. ebd.: 10).

Als im Jahr 2004 die ersten Präsidentschaftswahlen und 2005 die ersten Parlaments- und Provinzratswahlen stattfanden, war in Afghanistan der Raum für die Gestaltung einer demokratischen Entwicklung und für die Aufarbeitung der Verbrechen der Vergangenheit bereits weitgehend geschlossen. „[T]he emerging order was spoiled by the representatives of the ugly past who were assumed by some in the international community to be ‚part of the solution'." (Nadery 2011: 174) Trotz Protesten aus der Zivilgesellschaft wurden Kriegsverbrecher als Kandidaten zu den Wahlen zugelassen. Das System der Straflosigkeit, das im Bonn Agreement seine Grundlage hat, wurde mit den Wahlen weiter zementiert: „Denn heute haben wir gewählte Volksvertreter, von denen mehr als die Hälfte in diese Verbrechen involviert ist." (Anwari, 07.12.2006) In den ersten Jahren der Intervention bis zum Wahljahr 2004, als Afghanistan vor allem von den Interventionsstaaten und der UN gesteuert wurde, wäre es noch möglich gewesen, Verbrecher aus führenden Ämtern zu entfernen (vgl. Nadery 2011: 174). Diese Chance wurde vertan. Auch eine Straf-

verfolgung wäre noch möglich gewesen. Danach wurde das Justizsystem beinahe vollständig dysfunktional (vgl. ebd.: 174, Fußnote). Im Jahr 2007 wurde das allgemeine Amnestiegesetz initiiert und 2009 gültig.

Formal-äußerlich wurden bis 2005 bereits alle wichtigen Merkmale einer liberalen Demokratie erfüllt: Eine Verfassung wurde eingesetzt, in der bereits eine offene, liberale Marktwirtschaft festgelegt ist, das Parlament und der Präsident wurden durch Wahlen bestimmt. Eine Frauenquote im Parlament und ein Frauenministerium wurden eingerichtet. Wichtige internationale Verträge zum Schutz von Menschenrechten wurden unterzeichnet. Eine bestimmte Praxis externen Friedensaufbaus hatte stattgefunden, die zunehmend in westlichen, akademischen Debatten kritisch bewertet wird: „[A] triumpf of process, technocracy, bureaucracy, and ideology over substance, and more directly, over the lives of millions of ordinary people.“ (Richmond 2010a: 1) Bis etwa zum Jahr 2006, als die Aktivitäten bewaffneter Aufständischer gegen die Regierung noch gering waren, wurde dieser Staatsaufbau durchaus optimistisch bewertet, wie der oben zitierte Vortrag von Glassner exemplarisch zeigt. Michael Daxner nennt die Zeit bis 2005 die „Goldene Stunde“ (Daxner 2014: 3) des Staatsaufbaus in Afghanistan. Angesichts der unvermindert hohen Korruption, der nicht ignorierbaren Praktiken von Wahlbetrug und der notwendigen Legitimation des (Teil-)Abzugs des internationalen Militärs trotz einem gescheiterten Friedens- und Demokratieaufbau, wird jedoch inzwischen die Besetzung von Regierungsposten durch Kriegsverbrecher als „ein afghanisches Problem“ benannt. Als 2014 Hamid Karzais mögliche Amtszeit beendet war und ein neuer Präsident gewählt werden musste, kandidierten zahlreiche Personen mit zweifelhafter Vergangenheit in Bezug auf Menschenrechtsverletzungen. „Kriegsfürsten mit fleckiger Vergangenheit, Technokraten und westlich geprägte Diplomaten, ja selbst ein erklärter Freund Osama Bin Ladens – sie alle haben das gleiche Ziel: sie wollen Afghanistans nächster Präsident werden“, schreibt die Tageszeitung Die Welt (Mühlmann, 08.10.2013). Nach dem ersten Wahlgang folgte ein monatelanges zähes Ringen mit Wahlbetrugsvorwürfen. Doch im Fortschrittsbericht der deutschen Regierung heißt es dazu: „Dieser Machtwechsel ist historisch. Afghanistan hat damit in den letzten Monaten wichtige Schritte in seiner demokratischen Entwicklung vollzogen.“ (Die Bundesregierung 2014: 5) Im Afghanistan-Dossier 2014 der Heinrich-Böll-Stiftung heißt es einleitend: „Das über viele Jahre von Kriegen zerstörte Land hat sich im letzten Jahrzehnt Schritt für Schritt zu einer eigenständigen Demokratie entwickelt.“ (Heinrich-Böll-Stiftung 2014: o.S.)

Die Perspektive der afghanischen Basisakteur*innen dieser Forschung steht solchen Erklärungen des (relativ) erfolgreichen Demokratieaufbaus gravierend entgegen. Die Präsidentschaftswahlen von 2014 nennt die Frauenorganisation RAWA „[t]he most recent example of the US's sham democracy in Afghanistan“ (RAWA-Erklärung, 07.10.2014). In ihrer Erklärung sprechen die Feministinnen von „rigging and fraud of this mockery“ (ebd.) und der westlichen Steuerung: „John Kerry

ordered the formation of a government under the name of ‚national unity'." (Ebd.) Das Ergebnis sei eine Regierung, die sich aus den schlimmsten Feinden der afghanischen Bevölkerung zusammensetzt. „[It] has been imposed upon our people once more, with Ashraf Ghani, a professional spy, installed as the president. To make its Jehadi lackeys happy, fifty percent of power was given to Abdullah and his gang of looters." (RAWA-Erklärung, 07.10.2014)

Die hier dargestellten afghanischen Basisorganisationen haben viel früher die Probleme bzw. die Gefährdung des Demokratieaufbaus erkannt als die westlichen Statebuilding- und Demokratisierungsexpert*innen. Das liegt auch in ihrem Demokratiebegriff begründet, der an dessen Ursprung anknüpft und eine Umsetzung des Willens der Bevölkerung in einem eher basisdemokratischen Verständnis meint. Die Bedürfnisse und Wünsche oder Forderungen auch der marginalisierten Teile der Bevölkerung sollten nach diesem Verständnis beachtet und erfüllt werden. Soziale Gerechtigkeit ist ein entscheidendes Kriterium, darüber hinaus die Abwesenheit von Diskriminierungen auf der Basis von Gender, ethnischen Zuordnungen, Sprache, Religion und Alter.

RAWA hatte bereits vor Beginn des Bonner Gipfeltreffens 2001 gewarnt, dass eine Kooperation des Westens mit den Kriegsverbrechern der Nordallianz niemals zu Demokratie führen kann. Sie forderten, der Nordallianz keine Waffen, kein Geld und keine politische Macht zu geben. Alle Milizen müssten entwaffnet werden. Nach der Bildung der Übergangsregierung mit den fundamentalistischen Warlords war RAWA weiter gezwungen, im Untergrund zu arbeiten. Im Mai 2002 sagte Schahla von RAWA: „Für die meisten Mitglieder der Übergangsregierung sind wir ein rotes Tuch, weil wir uns für Frauenrechte und Demokratie einsetzen." (Schahla, 25.05.2002) RAWA organisierte nach den Beschlüssen zur Zusammensetzung der Übergangsregierung eine Demonstration zur UN-Vertretung in Islamabad. Die Frauen forderten die UN auf, ihrer Verantwortung entsprechend für eine gerechte Behandlung der Frauen in Afghanistan einzutreten. „Let women be the equal partner in nation building", war einer der Slogans der Frauen (Pakistan Observer, 11.12.2001). Die UN und alle Staaten müssten aufhören, die Nordallianz zu unterstützen:

> „Wenn die UN wirklich für die Unabhängigkeit, die Einheit und die Demokratie in Afghanistan Sorge tragen, dann dürfen sie unter keinen Umständen die ‚Northern Alliance' weiterhin unterstützen und sollten rasch und einstimmig jegliches Land verdammen und strafen, dass versucht, Geldmittel und Waffen an diese Mörder auszuteilen. Nur dann kann eine Regierung ohne terroristisch-fundamentalistische Vergiftung und ohne Mörder, eine Regierung, die auf demokratischen Werten basiert, in Afghanistan eingesetzt werden, nur dann kann erfolgreich der Frieden wiederhergestellt werden und Stabilität für dieses verzweifelte Land erreicht werden, nur dann können die Herausforderungen der Rehabilitation dieses Landes ernsthaft in Angriff genommen werden." (RAWA-Erklärung, 10.12.2001)

Nicht die Burka, die zum Symbol der angeblichen Befreiung der afghanischen Frauen wurde, sei das Problem, sondern das Problem seien die Fundamentalisten der Nordallianz (vgl. Schahla, RAWA, 25.05.2002). RAWA erklärt, dass die afghanische Bevölkerung aus der Bratpfanne in das Feuer geworfen wurde, denn statt der Terroristen der Taliban sind die Jihadi-Terroristen der Nordallianz an die Macht gebracht worden (vgl. RAWA-Erklärung, 11.09.2002). Die Hoffnungen auf einen grundlegenden und bedeutungsvollen Wandel wären damit zunichte gemacht worden. „To hope for the attainment of freedom, democracy and equality within the framework of a corrupt, religion-based, ethno-chauvinistic system is either self-delusion or hypocrisy – or both.“ (Ebd.) RAWA hatte im Herbst 2001 zu einem Aufstand der Bevölkerung gegen die Taliban und Al Quaeda aufgerufen, denn wenn die Menschen den Sturz der Taliban-Regierung selbst herbeigeführt hätten, wäre ein wirkliches Ende der Macht von Taliban und anderen Fundamentalisten möglich gewesen (vgl. ebd.).

RAWA hat lange vor der Intervention 2001 über die Hintergründe der vom Westen unterstützten islamistischen Organisationen und Führungspersonen aufgeklärt. Sie hörten damit auch nicht auf, als die Jihadis, die zwischen 1992-1996 alle denkbaren Formen von Verbrechen gegen die afghanische Bevölkerung begangen hatten, wieder zu politischen Machtträgern aufgebaut worden waren. RAWA informiert beispielsweise über Abdul Rasul Sayyaf, der das Afshar-Massaker 1993 in Kabul befehligt hatte, eine Aktion ethnischer Säuberung und systematischer Vergewaltigungen, und der bei der Neuordnung im Jahr 2001 zu einer Schlüsselfigur wurde. Unter anderem bestimmte er einen ultrafundamentalistischen Religionsgelehrten, Fazl Hadi Shinwari, als ersten Präsidenten des Obersten Gerichtshofs. Dieser verweigerte die Benennung von Frauen am Gerichtshof, beabsichtigte die Rolle von Frauen im öffentlichen Raum einzuschränken und wollte die Wiedereinführung eines Ministeriums für religiöse Sittenkontrolle bewirken. Im Jahr 2002 ließ er die Verhandlung der Anklage wegen Blasphemie gegen die neue Frauenministerin Sima Samar zu. Eine Verurteilung hätte die Todesstrafe bedeutet. Weitere Fälle von Blasphemie wurden vorgebracht. Diese Einschüchterung ließ öffentliche Debatten merklich abkühlen (vgl. RAWA-Website: Court; auch Kolhatkar/Ingalls 2006). Später setzte Shinwari das generelle Amnestiegesetz mit durch.

Die Frauen von RAWA gehen davon aus, dass zuerst die Dominanz von Fundamentalisten aufgehoben werden muss, um Demokratie und soziale Gerechtigkeit etablieren zu können. Nur die Bevölkerung selbst, vor allem die organisierten Frauen, und nicht von außen intervenierende Staaten und deren Militär, können nach dem Verständnis von RAWA solche Veränderungen herbeiführen. Das, was seit der militärischen Intervention 2001 in Afghanistan aufgebaut wurde, wird von RAWA als „so called democracy“ bezeichnet (Friba, RAWA, Interview in Kabul, 18.05.2009). Mit genau den fundamentalistischen Führern, die in der Vergangenheit gegen Frauenrechte und gegen alle Freiheiten waren, die Demokratie ausdrücklich

ablehnten und als ein Wort der Ungläubigen bezeichneten, wie Burhanuddin Rabbani im Jahr 1992, würde der Westen nun Demokratie aufbauen wollen. Das sei unmöglich (Friba, RAWA, ebd.)

Die Parlamentarierinnen, Medienvertreterinnen oder Frauenministerin, die gerne vor die Kameras westlicher Medien geholt werden, seien „dolled-up showpiece women“ (RAWA, 08.03.2013). Demokratie könne nicht von außen gebracht werden. „Democracy is the idea to come from inside the country, the society talk about it, the women and the men of a country fight for it.“ (Perwin, RAWA, Interview in Kabul, 28.06.2010)

RAWA arbeitet daran, Frauen zu organisieren und politisch zu bilden. Damit schaffen sie nach ihrem Verständnis die Basis für wirkliche Demokratie, die von der Gesellschaft herbeigeführt und getragen wird. Dabei legt RAWA Wert darauf, die persönliche Kraft und eine klaren Entschiedenheit zu stärken, um für die eigenen Ziele einzutreten und sich nicht korrumpieren zu lassen. Das sei wichtig, denn dann können die Menschen, die diese Situation nicht ewig weiter mitmachen werden, auch den Kampf für eine radikalen Wandel mittragen (Friba, RAWA, Interview in Kabul, 18.05.2009).

Die Motivation der „Victims’ Families“, im Jahr 2007 einen Verband zu gründen, die Social Association of Afghan Justice Seekers (SAAJS), kam aus der Erkenntnis, dass die Regierung den Willen der Bevölkerung nach Aufklärung und Aufarbeitung der Verbrechen der Vergangenheit übergeht. Entdeckte Massengräber wurden nicht untersucht, der festgelegte Aktionsplan für verschiedene Maßnahmen von Transitional Justice wurde nicht in die Praxis umgesetzt und stattdessen das Gesetz für eine generelle Amnestie forciert. SAAJS sieht als grundlegendes Problem, dass ein Parlament und eine Regierung, die überwiegend mit Warlords und Kriegsverbrechern besetzt sind, kein Interesse an den Bedürfnissen der Bevölkerung hat.

Da Transitional Justice im Bonn Agreement für den Demokratisierungsprozess ausgeklammert worden war, wurde der ungewöhnliche, äußerst basisdemokratische Weg einer Konsultation der Bevölkerung eingeschlagen. In den Jahren 2003/2004 wurde eine umfassende Befragung in allen Provinzen und Flüchtlingslagern mit Einzel- und Fokusgruppeninterviews durchgeführrt.

> „[T]he population was enthusiastic and supportive of the process. […] There seemed to be a sense of gratitude at the very concept of being consulted. […] [T]he national consultation itself was considered a first step towards the realization of the hopes of the vast majority of Afghans that they could regain their trust in public institutions.“ (Nadery 2007: 176).

Der Bericht der Afghanistan Independent Human Rights Commission (AIHRC) zu dieser Erhebung (AIHRC 2005) löste landesweite Debatten über Transitional Justice aus. Die Opfer von Verbrechen wie auch politische Führungspersonen, die bekannt waren für ihre Involvierung in schwerste Menschenrechtsverbrechen,

meldeten sich zu Wort – mit entgegensetzten Positionen. Auf der Basis der sehr deutlichen Befragungsergebnisse und der wachsenden öffentlichen Zustimmung von Ältesten, Zivilgesellschaftsaktivist*innen und religiösen Vertretern, wurde der „Action Plan of the Government of the Islamic Republic of Afghanistan: Peace, Reconciliation and Justice in Afghanistan" 2005 entwickelt und 2006 von der Regierung angenommen. Er legte Maßnahmen der Transitional Justice in zahlreichen Bereichen fest. Nachdem der Aktionsplan Ende 2006 offiziell durch Präsident Karzai bekannt gegeben war, sollte dieser mit einem genauen Zeitplan innerhalb von drei Jahren umgesetzt werden. Doch von der Seite der Regierung geschah diesbezüglich beinahe nichts. Stattdessen wurde 2007 das Amnestiegesetz vor allem von den im Parlament und in der Regierung vertretenen mutmaßlichen Verbrechern entworfen und etwas später eingesetzt.

Die Direktorin von SAAJS sagt, dass es notwendig ist, die Kriegs- und Menschenrechtsverbrecher von hochrangigen politischen Positionen zu entfernen. Die Bevölkerung müsse wirklich repräsentiert werden, und zwar von Personen, die keine Verbrechen begangen haben (vgl. Ahmad, Interview in Kabul, 08.07.2010). Diejenigen, die schwere Verbrechen begangen haben, würden unter dem Schutz der USA und ihrer Verbündeten stehen (vgl. SAAJS-Erklärung, 03.08.2012). Die kriminelle Mafia, die an die Spitze des Landes gesetzt wurde, hätte trotz der hohen Beträge internationaler Aufbaugelder nicht die geringsten positiven Veränderung für die Bevölkerung gebracht (vgl. ebd.).

Aus diesem Zusammenhang leitet sich ein Slogan ab: „Democracy without justice is meaningless." Dieser wird auf Demonstrationen, die SAAJS organisiert, gerufen. Das Land sei aufgrund der Einsetzung von bekannten Kriegsverbrechern in politische Ämter in eine nicht dagewesene Krise aus Unsicherheit, Einschüchterung, Hunger, Gesetzesbruch, Ungerechtigkeit, Verbrechen und Korruption gesunken (vgl. SAAJS-Erklärung, 10.12.2009). Keiner versuchte die Verantwortlichen für viele Verbrechen und Elend daran zu hindern, fortgesetzt an den Wahlen teilzunehmen und diese massiv zu manipulieren. Damit werde der letzte Nagel in den Sarg der politischen Leiche der Demokratie geschlagen (vgl. ebd.). SAAJS analysiert, dass weder Demokratie, Frauenrechte, Menschenrechte noch Stabilität, Sicherheit oder Frieden mit der Intervention umgesetzt wurden. Stattdessen wurde durch das Herumtrampeln auf Menschenrechten und die Tötung von Zivilisten mehr Leiden und Schmerz gebracht (vgl. SAAJS-Erklärung, 05.08.2010).

Für die künstlerische Organisation AHRDO gehörte es seit ihrer Gründung im Jahr 2009 zum Selbstverständnis, an einer gesellschaftlichen Veränderung zu arbeiten, die von unten, von den am meisten Marginalisierten und insbesondere den Frauen und Witwen kommt. Es geht ihnen mit ihrer künstlerischen Arbeit um einen Beitrag zur Förderung einer partizipatorischen Demokratie mit Dialog und öffentlicher Teilnahme (AHRDO-Website: About us).

Weil das für AHRDO konkret bedeutet, dass die Opfer der Kriege, als am meisten marginalisierte Bevölkerungsgruppe, gehört werden sollten, begibt sich die Organisation damit in einen Widerspruch zu den bestehenden Machtverhältnissen im Staatsaufbauprojekt. Die künstlerische Menschenrechtsorganisation arbeitet daran, dass die Perspektive der Opfer und Gerechtigkeit im Friedens- und Versöhnungsprozess leitend sein sollen. Dafür regen sie mit ihrer Theaterarbeit an, dass sich die Opfer von Kriegsverbrechen in eigenen Organisationen zusammenschließen. Auch die Gründung von Frauen-Shuras wurde initiiert. AHRDO arbeitet im Bündnis Transitional Justice Coordination Group mit, beteiligt sich an der Organisierung von Konferenzen, Demonstrationen und von zwei großen landesweiten Versammlungen der Victims' Organizations, den Victims' Jirgas 2010 und 2011. AHRDO ist damit ein zivilgesellschaftlicher Akteur, der einerseits die beschriebene basispolitische Selbstorganisierung im Widerspruch zu den Ausgrenzungen des politischen Aufbauprojektes voranbringt. Andererseits kooperiert AHRDO auch mit Regierungsvertretern und Botschaften, macht Gesetzesvorschläge und übergibt Memory Boxes, die aus der künstlerischen Erinnerungsarbeit hervorgehen, an das Nationalarchiv.

Die Solidaritätspartei Afghanistan erklärt in ihren Aufrufen zu Demonstrationen, dass „Demokratieaufbau" ein scheinheiliges Label sei für eine Entwicklung, die demokratische Möglichkeiten verschließe und die Selbstbestimmung der Bevölkerung über die Zukunftsgestaltung verhindere. „Our contemporary history teaches us that because puppet governments such as ours are installed to implement the devilish plans of neo-colonialists, they have no sympathy with the fate of their people." (SPA-Erklärung, 16.04.2015) Deshalb wird „real democracy" zu einer Forderung, die weit über diese Organisation hinaus immer wieder zu hören ist. Nirgends auf der Welt könne eine Regierung, die von außen gesteuert wird, eine wirkliche Repräsentation der Bevölkerung sein. Die Wunden der Menschen könnten damit nicht versorgt werden. Deshalb haben sie keinerlei Erwartungen an die afghanische Regierung. Sie begreifen diese als gegen die Menschen gerichtet (vgl. SPA-Erklärung, 01.08.2010). „These mafias that pretend to be pro-democracy are actually wolves in sheep's skin." (SPA-Erklärung, 07.05.2012) Die schlimmsten Verbrecher an Menschenrechten und Frauenrechten seien durch die Interventionsstaaten an die politische Macht gebracht worden. Die Förderung von Frauen sei eine künstliche und rein symbolische Praxis, die für die meisten afghanischen Frauen keine positiven Veränderungen gebracht habe. Sie diene nur einer sehr kleinen Minderheit von Frauen, die als Aushängeschilder der Emanzipation missbraucht werden. Die Zeichen der angeblichen Befreiung von Frauen wie das Frauenministerium, die Frauenquote im Parlament, das Gesetz zur Eliminierung von Gewalt gegen Frauen und einige von Frauen besetzte prominente Positionen seien vor allem Propaganda, um im Westen den Militäreinsatz in Afghanistan zu rechtfertigen (vgl. SPA-Erklärung, 08.03.2013).

Die Wahlen begreift die Solidaritätspartei als ein sinnloses Show-Spektakel. Der afghanische Präsident – dieser nimmt ein äußerst machtvoll ausgestattetes Amt ein – würde von der US-Regierung ausgewählt:

„[E]ven the most unaware and unenlightened of our masses have found through past experience that the next president has been already selected by the White House and [...] only has to go through a scandalous show of ‚democratic elections' in order to be proclaimed the winner and be crowned and installed in the presidential palace." (SPA-Erklärung, 08.03.2014)

Inspiriert durch die Aufstände und Umstürze des Arabischen Frühlings sehnen sich die Aktivist*innen der Solidaritätspartei nach einem „Afghanistan Spring" (SPA-Erklärung, 07.05.2012), um „real democracy, freedom and justice" (ebd.) aufzubauen. In einer Erklärung formuliert Hezbe Hambastagi/Solidaritätspartei das Ziel eines breit getragenen Kampfes mit den Worten: „end despotism and injustice, and attain equal rights for men and women with a democratic and popular government" (SPA 08.03.2013). Die Regierung, die sie sich wünschen, wird demnach nicht nur als demokratisch, sondern auch als „populär" beschrieben, also als von der Breite der Bevölkerung getragen. Gleiche Rechte für Frauen und Männer und Gerechtigkeit sind weitere genannte zentrale Kriterien.

In ihrer Kampagne gegen permanente US-Militärstützpunkte in Afghanistan analysiert Hezbe Hambastagi, dass es mit der Intervention nicht um Demokratie und auch nicht um Terrorismusbekämpfung geht, sondern um die geopolitischen Interessen des Westens, die darauf zielen, in Asien eine Basis zur Eindämmung anderer machtvoller Staaten der Region aufzubauen. Pro-demokratische Organisationen erhalten nicht nur keine finanzielle Unterstützung durch die westlichen Staats- und Demokratieaufbauhelfer, sie werden zudem bedrängt und terrorisiert. 2012 war versucht worden, die Solidaritätspartei zu verbieten. Gleichzeitig erhielten die Verantwortlichen der Partei Drohanrufe. Die Interventionsstaaten bauen partnerschaftliche Beziehungen zu den reaktionärsten, anti-demokratischen, frauenfeindlichen Organisationen auf, weil die am meisten bereit sind, Afghanistan den westlichen Interessen auszuliefern. Progressives und freiheitsliebendes Denken soll dagegen grundlegend ausradiert werden, um die westlich-koloniale Kontrolle zu vereinfachen (vgl. SPA-Erklärung, 08.03.2013).

KONTROVERSE 2: BEFÄHIGUNG ZU LIBERALEN STAATSBÜRGERN VS. GESCHICHTE DEMOKRATISCHER IDEEN UND KÄMPFE WEITERFÜHREN

Nachdem im Schnelldurchlauf bis zum Jahr 2005 die symbolischen Institutionen einer Demokratie geschaffen waren, wurde durch internationale Analyst*innen und Berater*innen festgestellt, dass diese demokratischen Institutionen nicht funktionieren, wie sie sollten. Es fehlt vor allem an Legitimität und Glaubwürdigkeit. Immer wieder ist zu hören, dass eine tiefe Lücke zwischen der Regierung und der Gesellschaft klafft (vgl. Kaldor/Theros 2011; Theros/Rosen, 16.01.2011; Kühn 2010). Im Corruption Perceptions Index (CPI) von Transparency International erreichte Afghanistan im Jahr 2012 den letzten Platz (gemeinsam mit Nordkorea und Somalia) (vgl. Transparency International 2012).

In der Aussage, dass dem Demokratieaufbau Legitimität und Glaubwürdigkeit fehlt, gibt es eine Übereinstimmung mit den Analysen der vier afghanischen Basisorganisationen. Die Zusammenhänge und Ursachen, um das zu erklären, wie auch die Vorschläge dazu, was verändert werden muss, unterscheiden sich jedoch grundlegend von denen der Politikberater*innen. Doch zunächst beschreibe ich die Perspektive der in Afghanistan aktiven Demokratieberater*innen.

Einer dieser Analysten und Berater für Wahlen und Demokratiestärkung ist Grant Kippen, der in vielen Ländern für zahlreiche kanadische und internationale Organisationen tätig war. In Afghanistan war er Direktor des National Democratic Institute for International Affairs und Vorsitzender der Electoral Complaints Commission während der Parlaments- und Provinzratswahlen 2005. Kippen fordert, dass „die Afghanen“ lernen müssten, verantwortliche Staatsbürger zu sein.

> „Wether it is their role as a citizen, a voter, a governmental employee, a journalist, a police officer, or a member of a political party or civil society organization – all individuals have responsibilities to the country that need to be learned, understood, and practiced.“ (Kippen 2009: 38)

Staatsbürgerkunde, „for example, how to cast your vote“ (ebd.: 38), müsse auf vielen Wegen vermittelt werden als Teil eines „long-term, broad-based educational effort about democracy“ (ebd.: 38). An den Schulen müsse das in die Lehrpläne eingehen und mehrjähriger staatsbürgerkundlicher Unterricht müsse als Erwachsenenbildung im ganzen Land stattfinden. Auch Radio, Fernsehen und Printmedien müssten mit an dem Ziel arbeiten, einen Sinn von Staatsbürgerschaft in der Bevölkerung zu verankern.

Kippen beschreibt: „Afghans find themselves struggling to both understand and institutionalize the latest form of governance.“ (Ebd.: 35) Die staatsbürgerkundliche

Schulung ist für Kippen ein sicherheitsrelevantes Anliegen. Weil „die Afghanen“ vermeintlich Demokratie nicht richtig verstehen, sei „[t]he initial progress toward a modern democratic state now […] in jeopardy“ (ebd.: 35). Die vorgebliche Ungebildetheit und die Unfähigkeit der afghanischen Bevölkerung stellen demnach ein gefährliches Problem dar. Darauf wird mit der Verstärkung der pädagogischen Seite des Peacebuilding reagiert, um die Subjekte der herzustellenden Demokratie als Humankapital zu erschaffen: „Because the Afghan people will be the drivers of this democratization process, building the human capital needed to sustain it will be critical.“ (Ebd. 44)

Im Verständnis dieses technokratischen Top-down-Demokratieexports wird kaum verborgen, dass Local Ownership nur übergeben werden kann, wenn die Menschen entsprechend pädagogisch geformt und vorbereitet werden. „In order for ordinary Afghans to support the process […] they need to understand what democracy is [...].“ (Kippen 2009: 37) Es geht dabei nicht darum, dass die Bevölkerung ihre Meinungen, Interessen und Forderungen artikulieren kann und selber bestimmen wird, wie sie die neue Gesellschaft und Regierungsform ausgestaltet. Es geht um ein bestimmtes, das universelle Demokratiewissen, das nicht zur Diskussion steht. Deshalb stellt Grant Kippen fest: „It would be unimaginable to think, let alone expect, that such knowledge and understanding of democracy would already be inculcated within the population when the formal process began [in Afghanistan] only a scant few years ago.“ (Kippen 2009: 38) In einer klassisch kolonial-paternalistischen Manier wird angenommen, dass bei den Menschen in Afghanistan ein Wissen über Demokratie aus eigener Erfahrung fehlt.

Der Aufbau eines Staatsbürgerbewusstseins geht einher mit der Erschaffung einer Zivilgesellschaft. Von einem Vertreter des Afghan Civil Society Forum (ACSF) in Mazar-e Sharif bekam ich ein Buch geschenkt: *Promoting Democracy in Post-conflict Societies* (Zeeuw/Kumar 2008). Dort steht einleitend: „Reconstruction of postconflict societies requires redefing and reorienting the relationsship between the citizenry and political authority, revisiting relationships between different ethnic and social groups, creating a ‚civil society‘.“ (Ebd.: 3) Bei diesem top-down initiierten technokratischen Zivilgesellschaftsaufbau ist in Afghanistan das ACSF ein Vorreiter. Als Ende November 2001 auf dem Petersberg in Bonn angeblich „die politischen Grundlagen für eine Demokratisierung des Landes gelegt“ (Schuck 2010: 28) wurden, tagten nur wenige Kilometer entfernt in Bad Honnef die ersten offiziell nominierten Vertreter*innen der afghanischen Zivilgesellschaft und gründeten unter Anleitung der Schweizer Organisation für Konfliktforschung und praktische Friedensförderung Swisspeace ihren ersten Dachverband, das Afghan Civil Society Forum (ACSF):

„Unter der Leitung von Swisspeace tagte die Afghan Civil Society Conference vom 29. November bis 2. Dezember 2001 in Bad Honnef mit dem Ziel, ein neues Rollenverständ-

nis der Zivilgesellschaft in der Post-Taliban-Ära zu schaffen. Als Motor und Unterstützer des Entwicklungsprozesses und des Wiederaufbaus sollten Nichtregierungsorganisationen gestärkt sowie die politisch informierte und bewusste Bevölkerung zur Teilhabe motiviert werden.“ (Schuck 2010: 28)

Nach dem Verständnis des staatlichen Deutschen Entwicklungsdienstes (DED) ist „[d]as ACSF [...] heute eines der wichtigsten Sprachrohre der Zivilgesellschaft in Afghanistan“ (Schuck 2010: 28). Das ACSF wurde mit dem Ziel geschaffen, „eine Rolle für zivile Akteure in der Umsetzung des Bonner Friedensabkommens zu schaffen“ (Schmeidl 2005: 10). Susanne Schmeidl von Swisspeace erklärt, dass die afghanische Bevölkerung eine proaktive Rolle bei der Umsetzung des Bonner Abkommens einnehmen soll. Das bedeutet, dass durch das ACSF Dialogforen und Schulungen mit „Relevanz für den Bonn Prozess“ (ebd.: 11) durchgeführt wurden. Zu den allerersten Themen der Capacity Building Workshops im Jahr 2002 gehörte „Trade & Private Investment in Afghanistan“ (ASCF-Website: Achievements). Weitere Themen sind „Collaboration between Government and NGOs“„bridge the gap between community and police forces“ „„proactive citizenship“, „voter registration“, „Parliamentary elections“, „liberalism, civil society concept […] and democracy“„„women's rights“ „mines in Afghanistan and private investment“, „Peacebuilding“ und nicht zuletzt „Proposal Writing“ (ebd.). Das ACSF ist ein Organ der Sicherung von Hegemonie auf der zivilgesellschaftlichen Ebene durch die Herstellung von gesellschaftlichem Konsens für das interventionistische Herrschaftsprogramm der von außen gesteuerten Neugestaltung des afghanischen Staates und der Gesellschaft.[24] Der künstliche Charakter dieser Anstrengungen kommt in einem Bericht des ASCF zu einem ihrer Capacity Training Programme „Initiative to Promote Afghan Civil Society“, das 2012 startete, zum Ausdruck. Unter „lessons learned“ wird dort formuliert: „We have learnt and believe that it is necessary to acquire the trust of people, which will build a bridge for better cooperation between the people and the civil society.“ (ACSF-Website: Projects) Die Zivilgesellschaft müsse mehr daran arbeiten, das Bewusstsein der Menschen zur Rolle der Zivilgesellschaft zu erweitern, formulieren sie über sich selbst, denn „most of the local population was not familiar with the name of civil society“ (vgl. ebd.). Mehr zu

24 Damit soll nicht gesagt sein, dass diese zivilgesellschaftlichen Strukturen sich nicht auch zunehmend in einer Weise äußern, die einzelne Schritte des westlichen Aufbaus nicht gutheißen und in eine andere Richtung zu lenken beabsichtigen, beispielsweise 2014 mit der „Local Road Maps for Peace“, die von elf Netzwerkorganisationen der afghanischen Zivilgesellschaft und der Afghanistan Independent Human Rights Commission vorbereitet wurde und mit der die weit verbreitete Ablehnung des Friedensprozesses unter dem Afghanistan Peace and Reconciliation Programme (APRP) ausgedrückt wird.

dieser Rolle des ACSF wurde bereits im einführenden Teil des Buches im Abschnitt zur Zivilgesellschaft gesagt. Laura Zanotti hat in ihrer kritischen Auseinandersetzung mit dem Good Governance-Konzept darauf hingewiesen, dass die Vereinten Nationen das „Empowerment" der Zivilgesellschaft als weit ausgreifende Institutionalisierung sozialer Prozesse und Bestandteil der Errichtung von Staaten unter Good Governance-Programmen begreifen (vgl. Zanotti 2005: 471). „These activities aim at facilitating the building of a number of institutions (NGOs, parties, interest groups, and so on) […] so that social demands can be channeled, understood, and processed by governing centers." (Zanotti 2005: 471)

Mit dem Wissen zu bzw. aus den Analysen und Kämpfen der vier vorgestellten afghanischen Basisorganisationen wird die Überheblichkeit und Ignoranz wie auch der repressive und koloniale Charakter eines solchen pädagogischen und verwaltungstechnischen Verständnisses von Demokratieaufbau deutlich. Es gibt in Afghanistan eine lange Geschichte von Anstrengungen zur Verankerung von Frauenrechten, demokratischen Rechten und sozialer Gleichheit, sowohl von oben insbesondere durch das Königspaar Amanullah Khan und Soraya Tarzi Hanim in den 1920er Jahren – unter anderem wurde die erste Verfassung und zwar mit individuellen Freiheiten und gleichen Rechten für alle eingeführt sowie der Darul-Aman Palast erbaut, um später das erste demokratisch gewählt Parlament zu beherbergen –, als auch von unten durch die linke, demokratische und feministische Organisierung und die Kämpfe vor allem in den 1960er und 1970er Jahren. Auch wenn viele der Aktivist*innen aus des basisdemokratischen Bewegungen in den mehr als 30 Jahren Krieg ihr Leben verloren, gab es 2001 und in den Jahren danach Gruppen, die für demokratische Rechte, Frauenrechte, Gleichheit aller Menschen (statt ethnischer, religiöser oder anderer Spaltung), für Menschenrechte und die Aufarbeitung der Kriegsverbrechen eingetreten sind. Diese Gruppen und Einzelpersonen konnten auf eine lange politische Erfahrung zurückgreifen und hatten auch Erfahrung im Aufbau von eigenständigen Strukturen der Bildung, der wirtschaftlichen Versorgung sozial Schwacher, der Recherche und Publikation, der Durchführung von Hilfsprojekten bis hin zu Krankenhäusern, im Aufbau und der Pflege internationaler Kontakte, mit Medienauftritten und nicht zuletzt in der politischen Analyse, Debatte und Positionierung unter harten Konfrontationsverhältnissen. RAWA hatte im November 2001 bereits eine Vertreterin nach Deutschland geschickt, um sich an den Bonner Verhandlungen über die Ausgestaltung und den Aufbau einer neuen Demokratie zu beteiligen. RAWA war dazu bereit und auch gut vorbereitet. Die politische Analystin bei der RAND National Security Research Division (NSRD), Cheryl Benard, hatte RAWA im Jahr 2001 als fähig für die Regierung und den Aufbau Afghanistans eingeschätzt (Benard/Schlaffer, 25.11.2001). Andere sahen RAWA als eine Organisation, die bereits im Exil alle Funktionen einer Regierung ausgeübt habe und nicht wie die meisten der nach Bonn geladenen Vertreter für Menschenrechtsverbrechen verantwortlich waren.

Im Gegenteil, RAWA habe sich um Menschenrechte verdient gemacht, und sei als politische Vertretung von Männern und Frauen gleichermaßen anerkannt gewesen (vgl. Kirisits zit. nach Benard/Schlaffer 2002). Auch der Menschenrechtsaktivist Nader Nadery, der zuvor im Exil in Pakistan ein Büro für Menschenrechtsarbeit geführt hatte, war 2001 nach Bonn gereist, um die neue politische Gestaltung seines Landes mit zu entscheiden. Er schreibt 2011 über die wichtige Übergangsphase 2002-2004:

„In my view, an ample number of qualified Afghans could have served in public office as independent decision makers and would have laid the groundwork for democratic institutions. Instead, we saw the reemergence of conflict – a result of allowing the consolidation of power by former warlords.“ (Nadery 2011: 174)

Die RAWA-Vertreterin wurde noch vor Beginn der Verhandlungen ausgegrenzt. Nader Nadery wurde zusammen mit weiteren demokratischen und die gesellschaftliche Basis vertretenden Delegierten nach wenigen Stunden von den Verhandlungen ausgeschlossen.

Das „Humankapital“ (Kippen) für einen Demokratieaufbau musste nicht erst von außen geschaffen werden. Nicht nur demokratisches Wissen war sehr wohl vorhanden, sondern auch viel Erfahrung mit demokratischem Organisationsaufbau, politischer Bildungsarbeit und politischer Praxis. Doch weder Ende 2001 noch in den Jahren darauf wurde diese afghanische demokratische Basis, die sich unter anderem auch an den Universitäten wieder entwickelte, als eigenständige Größe geachtet und gefördert bzw. einbezogen. Stattdessen wurde auf die islamistisch gesinnten Kriegsfürsten der Nordallianz gesetzt, die mit ihren Posten in der Übergangsregierung, dem System der Straflosigkeit und ohne die Entwaffnung ihrer Milizen in kurzer Zeit viel wirtschaftlichen Reichtum, Kontrollmacht und Abhängigkeits-(Patronage)systeme für sich gewinnen konnten. Das engte den Handlungsraum für unabhängige, (basis-)demokratische oder/und feministische politische Arbeit und Einflussnahme noch weiter ein. Statt die vorhandenen, basisdemokratisch erhobenen Forderungen ernst zu nehmen und eine tatsächlich durch die Bevölkerung und „von unten“ getragene demokratische Entwicklung zu unterstützen, wurden diejenigen durch die Interventionsstaaten immer weiter gestärkt, die weder vor 2001 noch danach ernsthaft an Demokratie und Frauenrechten interessiert waren. In die Rolle von Demokraten zu schlüpfen, war ein Mittel zu großer Macht, die für diese in der Bevölkerung diskreditierten Figuren vor der Intervention 2001 unerreichbar gewesen wäre.

Das pädagogische Verhältnis zur afghanischen Bevölkerung, um demokratische Staatsbürger*innen auszubilden, ist ein herablassendes. Es fußt auf dem als überlegen gedachten westlichen Modell repräsentativer, liberaler Demokratie, das in kolonialer Manier angesichts einer als unwissend und als bislang nicht befähigt beschriebenen

Bevölkerung von außen und oben installiert werden muss. Dies geschieht mit der Vorgabe von institutionellen Strukturen, mit westlichen Demokratie- bzw. Governance-Berater*innen in den Behörden und Ministerien (Schetter 2006) und mit Schulungen, dem sogenannten Capacity Building.

Alle grundlegenden liberalen Werte werden über Capacity Building geschult: Menschenrechte, Frauenrechte/Gender, Good Governance, Peace Building, Parlamentarismus und Wahlrecht. Auffällig ist, dass ein großer Teil der Angebote unter dem überall präsenten Capacity Building aus den Bausteinen „Proposal Writing", „Report Writing" und „Monitoring and Evaluation" besteht. Damit wird eine reibungslose Abwicklung der umfangreichen Fördermittel gewährleistet. Es werden lokale Umsetzungspartner gebraucht, die die formalen bürokratischen Abläufe erfüllen können. Einer der großen Anbieter für Capacity Building in Afghanistan beschreibt seine Tätigkeit folgendermaßen:

> „Through our program activities, we established a foundation of effective and well-managed democratic actors, helped organizations understand their roles and responsibilities managing grants, and strengthened internal management systems required to implement successful programmes." (Website von Building Markets)

Dies führt dazu, dass zahlreiche lokale NGOs gegründet werden, die vor allem das Ziel der wirtschaftlich guten Absicherung ihrer Gründer*innen bzw. deren weiteren familiären Netzwerke verfolgen. Ihre Programme werden häufig wechselnd und mit wenig echtem Anliegen an der Sache aufgebaut – jeweils an den größten verfügbaren Fördertöpfen ausgerichtet. Der Schein von liberalem Entwicklungsaufbau, insbesondere im Bereich von Frauenförderung, wird durch passende Anträge, Berichte und Evaluationen gewahrt.[25] Die Beschreibung eines Workshops zu Monitoring und Evaluation liest sich, als wäre dieser Zirkelschluss schon mitgedacht und als könne es keine Entwicklung geben, die aus den Geldgeber-Vorgaben herausführt und davon abweicht: „This workshop is designed to control the activities according to the plan. Because these are the tools by which we can recognize that we planned. And we can offer for improvement of the deviations." (Website Sanayee Development Organisation (SDO), What we do)

25 Im Sommer 2010 wurden eine unerfahrene Universitätsabsolventin und ein Exilafghane aufgrund ihrer Mehrsprachigkeit für die Durchführung der Evaluation von Frauenprojekten zur Vorlage bei der US-Regierung eingestellt. Alle im Team wussten, dass, sollten sie das Falsche schreiben, eventuell keine neuen Gelder bewilligt werden. Für eine ernsthafte landesweite Evaluation bestehender Projekte war zudem, auch angesichts der erschwerenden Sicherheitslage, mit zwei Monaten bis zur Berichtsvorlage nicht ausreichend Zeit vorgesehen. (Gespräch mit einer Mitarbeiterin, Kabul, Sommer 2010)

Die Organisation Building Markets, die 2012 Capacity Building für afghanische, zivilgesellschaftliche Organisationen aus dem Bereich der Menschenrechtsarbeit anbot, gibt als Referenz an, dass sie in Afghanistan bereits Angestellte von 1556 Wirtschaftsunternehmen in Beschaffungskonzepten und Vertragsabschlüssen mit dem US-Militär fortgebildet haben, was nachweislich zu Hunderten von Verträgen im Wert von 144 Millionen US-Dollar geführt hat (Building Markets: Programmflyer 2012). Auf dem Programm für die Schulung der Menschenrechtsgruppen wird neben „advocacy and media monitoring, building watchdog capacity, engaging with stakeholders, government and donors, networking, best practices in promoting human rights and women's rights" (ebd.) auch Folgendes aufgeführt: „grant management, administrative and financial management, compliance, reporting […] and informal auditing procedures" (ebd.). Das heißt, die Abwicklung von Förderbeziehungen in den Kategorien, Konzepten und der Sprache der Geldgeber-Organisationen wird bis hinein in Menschenrechts- und Frauenrechtsorganisationen trainiert.

Die Anpassung an diese Begriffe und Formen wird unumgänglich, um dringend benötigte finanzielle Zuwendungen zu erhalten. Mindestens im Sprachgebrauch durchzieht dieses pädagogische Überlegenheitsdenken viele politische und wissenschaftliche Diskurse zum Aufbau in Afghanistan. Das wirkt hinein bis in wirklich sinnvolle und gut intendierte Forschungsprojekte. Ein solches Projekt ist „The State of Transitional Justice in Afghanistan – Actors, Approaches and Challenges" von Emily Winterbotham (2010) bei der Kabuler Afghanistan Research and Evaluation Unit (AREU). Emily Winterbotham macht im Rahmen der Studie auch die basispolitische Arbeit insbesondere der Transitional Justice Coordination Group (TJCG) sichtbar und fordert Unterstützung für diesen Zusammenschluss von Organisationen, die für Transitional Justice arbeiten. Sie nennt das „efforts to build civil society's capacity" (Winterbotham 2010: 31). Diese Forderung nach der Förderung der Fähigkeiten der zivilgesellschaftlichen Gruppen argumentiert ähnlich überheblich und selektiv wie die bereits beschriebenen Beispiele: „Helping Afghans to build their capacity in documentation and collecting and preserving evidence can ensure that this information is not lost if, and when, Afghans themselves are ready to decide what should be done." (Winterbotham 2010: 30) Diese Argumentation geht an den Problemen der afghanischen Menschenrechtsaktivist*innen vorbei: Es sind nicht die fehlenden Fähigkeiten, die Dokumentationen behindern, sondern die Verhinderung durch die afghanische Regierung. SAAJS wurde aus diesem Anlass, der Verhinderung der Dokumentation von Massengräbern durch die afghanische Regierung, gegründet. Die Aktivitäten der Victims' Organizations wie SAAJS und der anderen Gruppen, die zu TJ arbeiten, zeigen deutlich, wie bewusst ihnen die Bedeutung der Dokumentation nicht nur der Massengräber ist, um Beweise für spätere Strafverfahren zu sichern. Auch weit über diese organisierten Gruppen hinaus ist es der Wille des weit überwiegenden Teils der afghanischen Bevölkerung, dass Kriegsverbrecher strafrechtlich verfolgt werden (89,2 %). Dazu hat die

Afghanistan Independent Human Rights Commission (AIHRC) nach ihrer Bevölkerungsbefragung von 2004 in ihrem Bericht (2005) sehr deutliche Angaben gemacht. Demnach gibt es eine weitgehende Einigkeit darin, was getan werden muss. Mehr als 76 Prozent der Bevölkerung sahen in der Strafverfolgung auch die Basis für Sicherheit und Stabilität (vgl. AIHRC 2005).

Die Formulierung „if, and when, Afghans themselves are ready to decide“ (Winterbotham 2010: 30) ist Ausdruck der verbreiteten Diskurse: Die spätere Übergabe in Local Ownership oder „in afghanische Verantwortung“ wurde zum Grundprinzip, das als Leitziel fest in jedes Teilprojekt, wie auch in die große Gesamtstrategie für den Aufbau Afghanistans, integriert wurde. Auf dem Weg dahin wird „geholfen“. Doch während dieser Phase der angeblichen Vorbereitung wurden, wie bereits beschrieben, die Möglichkeiten für demokratische Einmischung zunehmend geringer. Die Kriegsverbrecher der Vergangenheit, viele von diesen islamistische Fundamentalisten, festigten ihre Positionen in gesellschaftlichen Schlüsselpositionen mit Unterstützung der „internationalen Gemeinschaft“. Indem von „den Afghanen“ geredet wird, verschwimmen auch die gesellschaftlichen und politischen Konflikte und Machtverhältnisse, die unter anderem bewirkten, dass ein generelles Amnestiegesetz gegen den breiten Willen der Bevölkerung verankert und der bereits formal durchgesetzte Aktionsplan für Transitional Justice nicht praktisch umgesetzt wurde.

Winterbotham begründet ihre Unterstützungsempfehlung unter anderem mit diesen Worten: „Concerted efforts [of the international community] to build civil society’s capacity, specifically the TJCG, to advocate effectively for transitional justice can help ensure that their voices reach those in power.“ (Ebd.: 31) Demnach wäre eine kompetente Zivilgesellschaft nach der entsprechenden internationalen Aufbauhilfe in der Lage, ihre Anliegen der Regierung mitzuteilen. Auch hier werden die Verantwortlichkeiten verdreht. Nicht die demnach bislang unfähige Zivilgesellschaft ist der Grund für die fehlende Aufarbeitung der Vergangenheit. Die Regierung kennt die Forderungen der TJCG. Sie hat gemeinsam mit der Afghanistan Independent Human Rights Commission (AIHRC) und UN-Vertreter*innen den TJ-Aktionsplan ausformuliert und verabschiedet – und dann nicht umgesetzt. Weder die afghanische Regierung noch die internationale Gemeinschaft hat die Anwendung von Maßnahmen der Transitional Justice gewollt. Transitional Justice wird aktiv blockiert.

Emily Winterbotham kannte den Bericht *Call for Justice* der AIHRC (2005) und die Diskussionen und Stellungnahmen der TJCG und doch schreibt sie: „More understanding is required about what Afghans really need and want. AREU’s research hopes to contribute to the development of this knowledge and inform policymakers about what Afghans themselves mean by ‚justice‘, ‚reconciliation‘ and ‚peace‘.“ (Winterbotham 2010: 31) Das gefragte Wissen wurde bereits dokumentiert. Ihre Aussage macht nur Sinn, wenn allein dem Wissen Relevanz gegeben

wird, das aus Forschungen hervorgeht, die von westlichen Forscher*innen bzw. in einem westlich-institutionellen Rahmen ausgeführt wurden. Emily Winterbotham beabsichtigte trotz bzw. gerade mit dieser Argumentation, die sich in den vorherrschen Diskursen bewegt, zur Stärkung von kritischen Basisorganisationen und Netzwerken wie der Transitional Justice Coordination Group (TJCG) beizutragen.

Es gibt andere Beispiele für eine bewusste Ausrichtung von Capacity Building Programmen auf die Interessen der Interventionsakteur*innen und deren lokale Partner*innen. Ein solches Programm wird von der in Kabul angesiedelten, unabhängigen Konfliktforschungsorganisation CAPS (Centre for Conflict and Peace Studies) praktiziert. Neben Forschung arbeitet CAPS auch in den Bereichen „education and training“ sowie „capacity building“(Website von CAPS: About CAPS). Als das primäre Ziel wird genannt: „to build local capacity and work towards establishing long-term peace and stability in Afghanistan and the region“ (ebd.). Dabei hat das Capacity Building zur Erstellung von Konfliktanalysen eine spezifische Ausrichtung: „It [CAPS] works diligently towards building local capacity to produce conflict and threat assessments that will influence the safety and security of the people serving the governments, and international aid organizations.“ (Ebd.) Ausdrücklich ist die Sicherheit derjenigen, die für Regierungen oder für internationale Hilfsorganisationen arbeiten, das Ziel der Befähigungsprogramme und nicht etwa die Sicherheit der afghanischen Bevölkerung.

Angesichts der Kriterien und Abwicklungsvorgaben für Förderbeziehungen lässt sich die grundsätzliche Möglichkeit der Ausgrenzung von RAWA aus einer wissenschaftliche Studie zu Gender und Frauenbewegung beim Demokratieaufbau in Afghanistan (Heinrich-Böll-Stiftung 2006a) mit der Begründung, RAWA sei „ein heikler Entwicklungspartner – man kann ihn nicht einschätzen und keine transparente Beziehung zu ihm aufbauen“ (Moghaddam 2006a: 38), überhaupt nachvollziehen. Bei RAWA wird nicht nur die Unterstützung der Akteure des Interventionsprojektes vermisst. Es werden vermutlich auch die benannten trainierten Fähigkeiten vermisst: Antragstellung, Berichtswesen, Planung, Monitoring und Evaluation in Übereinstimmung mit dem Vokabular und Inhalten der Donor-Organisationen. Bei der Analyse zur afghanischen Frauenbewegung konzentriert sich Sippi Azerbaijani Moghaddam in dieser Studie vor allem auf die „Unmenge von Organisationen, die aufgrund der Verfügbarkeit von Fördermitteln entstanden sind und dem NGO-Auftragnehmermodell folgen, sowie eine Kerngruppe von Frauen-NGOs, die sich auf Projektdurchführung spezialisiert haben“ (Moghaddam 2006a: 36). Doch die Autorin ist nicht zufrieden mit dem Einsatz dieser NGOs für Frauenrechte oder auch von Einzelpersonen, die in prestigeträchtige Positionen befördert werden. Im Fazit ihres Aufsatzes behauptet Moghaddam, dass die Militarisierung in der afghanischen Gesellschaft und die Verbindung zur weit verbreiteten Gewalt gegen Frauen von afghanischen Aktivistinnen nicht thematisiert werden. Das heißt, sie schaut mit einer schematischen Brille und nimmt dabei nicht wahr,

welche feministischen Basisstrukturen in Afghanistan bestehen und schon lange vor den Demokratieförderprogrammen aktiv waren. Ähnlich wie bei Kippin verbindet sich das bei Moghaddam mit einer großen Überheblichkeit und vermeintlich notwendigen pädagogischen Ansätzen durch die erfahrenen Akteur*innen des Westens. „Es ist höchste Zeit, dass afghanische Frauen sensibel angeleitet und ermutigt werden […] endlich eine Strategie zu verfolgen, die auf echte Veränderungen in Geschlechterfragen zielt." (Moghaddam 2006a: 45)

Die beschriebene paternalistische Pädagogisierung ermöglicht den Interventionsstaaten eine entsprechend anschlussfähige Argumentation für das Scheitern des Staats- und Friedensaufbaus und den Rückzug aus dem Land. „Die Afghanen" waren danach nicht in der Lage, die Ideen der liberalen, demokratischen Gesellschaft umzusetzen.

„Da die intervenierenden Mächte [...] mit einer Wirklichkeit zu kämpfen haben, in der es unmöglich scheint, ehrgeizige Ziele in kurzer Zeit zu erreichen, […] – in einer solchen Lage ist den intervenierenden Mächten auch eine gerade noch ausreichende Regierungsführung recht. Im Besonderen gilt dies für Menschenrechte, die Emanzipation der Frauen sowie den Schutz bestimmter Lebensstile und von Minderheiten." (Daxner 2014: 5)

Der Pädagogisierung der afghanischen Gesellschaft durch die Interventionsakteur*innen mit der Absicht, diese zu „einer gerade noch ausreichenden Regierungsführung" zu befähigen, steht der Auseinandersetzung einiger der afghanischen Basisorganisationen mit der Bedeutung des im Land vorhandenen Wissens, von Denker*innen und Poet*innen gegenüber. Die Poet*innen, Denker*innen und Intellektuellen des Landes werden von den Aktivist*innen in einer emanzipatorischen Verantwortung gesehen.

Vor allem RAWA und Hezbe Hambastagi betonen, dass es afghanische Denker*innen und Poet*innen gibt, die für eine lange Geschichte des Einsatzes für die Gesellschaft stehen. Die Intellektuellen seien von großer Bedeutung für die selbstbestimmte Entwicklung der afghanischen Gesellschaft. Sie hätten eine gesellschaftliche Verantwortung für eine Veränderung der Gesellschaft, denn sie können mit ihrem Schreiben viel bewegen. RAWA redet von der Wahrheit, der sich die Intellektuellen verpflichten sollten. Denn Lügen würden solange über alle Medien wiederholt, bis sie wie eine Wahrheit dastehen. Unter Wahrheit versteht RAWA dabei das Wissen über die begangenen Verbrechen gegen die einfachen Menschen und auch das Wissen über die Gleichheit aller Menschen anstatt „der Lüge" ethnischer Unterschiede. Es geht um Wissen für Gerechtigkeit, Frauenbefreiung und Würde. Deshalb kritisiert RAWA, wenn afghanische Expert*innen ihr Rückgrat verlieren und die Strategien der Interventionsmächte und der Regierung als den einzig möglichen Weg zum Frieden darstellen. „You, and others like you with big academic titles, know the truth and deny it, therefore you are criminals, educated traitors who

act as the fifth pillar of the US in Afghanistan," schreibt RAWA über diese afghanischen Intellektuellen (RAWA-Erklärung, 17.01.2013). Der Kampf mit dem Stift, mit politischen Texten und Gedichten, sei gerade angesichts der Situation im Land besonders wichtig. Als Ziel wird dabei formuliert: „raising people's awareness and mobilizing them for pro-independence, pro-democracy and anti-fundamentalism struggle" (RAWA-Erklärung, 08.03.2010). In der Vergangenheit hätte es viele Denker*innen und Poet*innen gegeben, die an der Seite der Bevölkerung geschrieben haben.

Auch SAAJS und AHRDO nehmen Bezug auf die Denker*innen und Poet*-innen ihres Landes. Auf Demonstrationen von den Opfern der Kriegsverbrechen, die SAAJS organisiert, wird auf diese Denker*innen als historische, wahrheitsliebende Helden verwiesen, die für Rechte und Freiheiten eingetreten sind. AHRDO zitiert, beispielsweise im Theaterstück *Infinite Incompleteness*, bekannte afghanische Gedichte, die das Leiden, aber auch Hoffnungen auf Veränderungen zu einer besseren Gesellschaft vermitteln.

RAWA schätzt auch das Wissen der gewöhnlichen Menschen auf der Straße hoch. Die gewöhnlichen Menschen, sagen die RAWA-Vertreterinnen, wissen Bescheid über die wirklichen Probleme, sie kennen die Geschichte der Regierungsmitglieder. Die komplizierten Bücher in schwierigem Englisch an der American University in Kabul dagegen würden die Wahrheit umgehen. „It is much more clear what people at the street tell and know. They know about the past crimes of warlords. They know about the history of the people in the government. But the books don't know, this knowledge is not there." (Rena, RAWA, Interview in Kabul, 01.10.2012). Eine Vertreterin von SAAJS äußerte einen ähnlichen Gedanken, dass intellektuelle (Aus-)Bildung nicht zum Verstehen beitrage, sondern die gebildete Elite leichter korrumpiert würde:

> „[T]hese [middle class] people don't understand; being educated and able to speak English doesn't make people able to understand things. For the purpose of controlling a population or being an imperial power, politicians are very smart and they know you can do that effectively by seizing the youth and seizing the educated elite." (SAAJS im Gespräch mit Maya Evans, Kabul, 31.12.2011)

Es geht den Aktivist*innen von SAAJS um ein Verstehen der eigenen Geschichte, der gesellschaftlicher Bedingungen und Konflikte. Es geht ihnen auch um ein Wissen für eine gesellschaftliche Entwicklung, die im Einvernehmen mit den gewöhnlichen Menschen stattfindet und an Gerechtigkeit, Gleichheit, Frauenrechten, Selbstbestimmung, Freiheit und Würde orientiert ist. In diesem Sinne wird das klare Verständnis der gewöhnlichen Menschen hoch gewertet: „The families of a victim are not silly, they say that if we didn't have these criminals in the Afghan government, who are supported by NATO and US, then these warlords wouldn't have the power to

continue committing those crimes.“ (Ahmad, SAAJS, ebd.) Der Community Leader Dawoud aus dem Armutsviertel Shar-e Kona von Kabul teilt im Workshop, den ich zu den Themen Kritik der Theorie des liberalen Friedens und Dekolonialisierung von Forschung durchführte und der in seinem Wohnzimmer stattfand, mit:

„Es gibt ein großes Wissen bei den einfachen Leuten. In meinem Dorf beispielsweise, wissen die Leute sehr viel. Sie wissen auch, dass es besser ist, wenn die Tochter den heiraten kann, den sie liebt. Aber andere verstehen das nicht und haben solche Mädchen schon getötet.“ (Dawoud, Gesprächsnotizen vom Workshop, Kabul, 08.10.2012)

In einer ihrer ersten Erklärungen zu ihrer ersten Demonstration am Internationalen Tag der Menschenrechte hatte SAAJS, die sich damals noch „Group of Victim's Families“ nannte, geschrieben: „[P]eople of Afghanistan are fond of justice like rest of the world and without justice, they call any kind of ‚democracy‘ defective and false.“ (Group of Victim's Families, 10.12.2007)

KONTROVERSE 3: FRIEDENSPROZESS ALS POWERSHARING VS. KEIN FRIEDEN OHNE GERECHTIGKEIT

Der Staatsaufbau in Afghanistan zielt darauf, alle vormals machtvollen und bewaffneten Führungspersonen und Organisationen aus der Geschichte der letzten Jahrzehnte an der neuen Macht zu beteiligen. Es wird als Erfolg eines Friedensaufbaus verstanden, wenn diese Gewaltakteure nun zu politischen Akteuren werden. Dabei soll die politische Macht möglichst zwischen allen ehemaligen oder möglichen Gewaltakteuren aufgeteilt werden, keine Fraktion soll alleine dominieren können. Die Integration aller Führer der Fraktionen in der neuen politischen Struktur soll verhindern, dass Fraktionen den Aufbau von außen bewaffnet angreifen (vgl. Ruttig 2012: 6). „[S]tability required the participation – or appeasement – of all powerful factions, and [...] there was a genuine risk of civil war if these leaders were not granted positions of power.“ (ICTJ/Gossman 2009: 21-22) Es wurde auch der Begriff „broad-based government“ in UN-Resolutionen und beim Bonner Afghanistan Gipfel dafür benutzt (Ruttig 2012: 9). Bei den Kompromissen während der Integration der Führungsriege der Gewaltakteure, die in der Mehrzahl auch Kriegsverbrecher sind, wurden demokratische Akteure zunehmend verdrängt. „Today, the coalition of the old warlords and the newcomer faction around Karzai constitute Afghanistan's neo-oligarchy that is not interested in democratic institutions, procedures and democratically minded people [...].“ (Ebd.: 10)

Weil von Beginn an die militärische Intervention und der Staatsaufbau in Afghanistan auf die Führer von Organisationen, insbesondere der Nordallianz,

setzte, deren schweren Menschenrechtsvergehen und Kriegsverbrechen bekannt waren, wurde Transitional Justice zu einem Tabu-Thema. In den ersten Jahren der Übergangsregierung wurde von erfahrenen UN- wie auch US-Repräsentant*innen vertreten, dass es zu früh sei, um mit der Vergangenheit umzugehen. Von der Vergangenheitsaufarbeitung könne eine Destabilisierung ausgehen, denn auch gegen die Kooperationspartner würde dann ermittelt (vgl. ICTJ/Gossman 2009: 21). Stabilität würde durch Rechenschaftspflicht unterhöhlt, so das Argument der internationalen Akteure, die den Staatsaufbau steuerten (vgl. Gossman/Kouvo 2013: 19). Deshalb sei die bevorzugte Strategie der internationalen Gemeinschaft wie auch der afghanischen Regierung im Umgang mit den vergangenen und auch gegenwärtigen Menschenrechts- und Kriegsverbrechen, diese unter den Teppich zu kehren (vgl. Kouvo 2012: 41). „[F]rom the beginning of Afghanistan's state-building effort at the end of 2001, the principal stakeholders – the Afghan government, the United Nations (UN) and the United States (US) – argued that stability took precedence and that transitional justice must wait." (Gossman/Kouvo 2013: 2) Diese Haltung wurde über die weiteren Jahre hinweg nicht verändert. Das allgemeine Amnestiegesetz, das im Widerspruch steht zu internationalem Recht wie auch zur Afghanischen Verfassung, wurde zwar zu Beginn der diesbezüglichen Initiative international kritisiert. Als es schließlich als rechtsgültiges Gesetz veröffentlicht war (2009), wurde es jedoch akzeptiert. Dafür gab es einen Grund: Das Amnestiegesetz bildet seit Anfang 2010 die Grundlage des nächsten großen Schrittes in der Integration und dem Power-Sharing der Gewaltakteure: dem Afghanistan Peace and Reconciliation Programme (APRP). Der Auftakt dazu wurde gemeinsam mit allen internationalen Interventionsakteuren auf der Londoner Afghanistan Konferenz Ende Januar 2010 gemacht.

Das Bonn Agreement war kein Friedensvertrag zwischen Konfliktparteien, die Taliban gehörten nicht zu den Unterzeichnern und waren auch nicht zu Verhandlungen eingeladen worden. Doch im Jahr 2010, als die Taliban und andere bewaffnet gegen den Staatsaufbau kämpfenden Gruppen an Stärke und Einfluss gewonnen hatten, wurde ein Verhandlungsprozess mit dem Ziel der Versöhnung, Integration und politischen Machtbeteiligung offiziell angesetzt, nachdem vorher bereits inoffizielle Gespräche geführt worden waren. Dieser Verhandlungsprozess wurde international unterstützt, 2010 durch zwei internationale Konferenzen bekräftigt und auch finanziell abgesichert. Diese Verhandlungen, die als Versöhnungs- und Friedensprozess bezeichnet werden, werden abgetrennt von einem Prozess der Transitional Justice behandelt. Sie basieren eher auf einer Sicherheitsagenda (vgl. Gossman/Kouvo 2013). Stabilität und Gerechtigkeit werden als zwei entgegengesetzte Pole behandelt.

Die vier afghanischen Basisorganisationen AHRDO, RAWA, SPA und SAAJS stimmen alle überein in der Zurückweisung der Straflosigkeit für Kriegs- und schwere Menschenrechtsverbrechen sowie der Ablehnung der Besetzung von zentralen politischen Machtpositionen mit bekannten Verbrechern. Auch die ge-

plante Machtbeteiligung der Taliban wird eindeutig abgelehnt, der sogenannte Friedens- und Versöhnungsprozess (APRP) massiv kritisiert. Dieses äußerst sensible Thema der Aufarbeitung der Kriegsverbrechen steht im Zentrum basispolitischer Auseinandersetzungen; es ist ein Kristallisationspunkt für alle darüber hinausgehende Kritik am Aufbauprozess seit Ende 2001. Ein Ausdruck, dass diese Haltung gegen die Straflosigkeit ein in der afghanischen Bevölkerung sehr weit verbreitetes Anliegen darstellt, ist – neben dem Bericht *A Call for Justice* der Afghanistan Independent Human Rights Commission (AIHRC 2005), der auf der Bevölkerungsbefragung von 2003-2004 beruht – vor allem auch die *Road Maps for Peace*, die 2014 von elf Netzwerkorganisationen der afghanischen Zivilgesellschaft und der Afghanistan Independent Human Rights Commission (AIHRC) an die Regierung überreicht wurde. Mit diesen Road Maps, die in einem landesweiten Dialogprozess unter Beteiligung von 4648 Männern, Frauen und Jugendlichen aus allen 34 Provinzen erarbeitet wurde, beabsichtigen sie, dass – anders als bislang – jede Initiative für einen Friedensprozess auf den Visionen aufbaut, die in der Breite der Gesellschaft, bei den gewöhnlichen Menschen bestehen. Es wird gefordert, dass eine breite Beteiligung aller Teile der Gesellschaft und insbesondere der Jugendlichen am Friedensprozess gewährleistet werden muss. Der Bericht stellt einen generellen Konsens als Ergebnis des Dialogprozesses fest, dass die Straflosigkeit nicht fortbestehen soll für diejenigen, die in der Vergangenheit schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen begangen haben (vgl. Afghan People's Dialogue on Peace 2014: 1). „People strongly recommended that those who have been accused of committing war crimes and crimes against humanity should be excluded from the peace process." (Ebd.: viii)

Im Jahr 2007 wurde absehbar, dass der offizielle Weg zu Maßnahmen der Transitional Justice über die Afghanistan Independent Human Rights Commission (AIHRC), die mit UN-Vertreter*innen und der Regierung den „Action Plan of the Government of the Islamic Republic of Afghanistan: Peace, Reconciliation and Justice in Afghanistan" ausgehandelt und festgelegt hatte, praktisch gescheitert ist. Massengräber wurden nicht untersucht, das Amnestiegesetz wurde stattdessen entworfen. Seither organisieren sich die Victims' Families gegen die Haltung „past must be forgotten" (Group of Victims' Families/SAAJS-Resolution, 10.12.2007). Am Internationalen Tag der Menschenrechte im Dezember 2007 erklärten sie, dass die Menschen in Afghanistan eine Demokratie, in der es keine Gerechtigkeit gibt, als defekt und als falsche Vorspielung begreifen. Die Menschen in Afghanistan lieben Freiheit und Gerechtigkeit wie der Rest der Welt (vgl. ebd.). Seit diesem Tag fordert die Social Association of Afghan Justice Seekers (SAAJS):

> „1. We want the urgent removal of all criminals […] from their government posts. 2. We want the prosecution of all war culprits […]. 3. We want investigation […] 6. We request to

have a memorial monument […] 8. Let's unite to make our voice louder and dominant!" (Jede SAAJS-Erklärung)

Die Victims' Jirga for Justice von 2010, mit Vertreter*innen aus allen Teilen und sozialen Gruppen des Landes, mitorganisiert von SAAJS und der künstlerischen Organisation AHRDO, hat sich deutlich und öffentlichkeitswirksam gegen den Regierungsplan der Versöhnung und Machtbeteiligung der Taliban, zudem ohne eine Rechenschaftspflicht für begangene Verbrechen, gestellt. „Without justice, there will be no durable peace in Afghanistan", war die zentrale Message dieser Versammlung. Die Victims' Jirga wurde als Forum für die Ideen der vergessenen Mehrheit in der Debatte um Versöhnung verstanden (Transitional Justice Coordination Group, Statement, 10.05.2010). Die AIHRC-Erhebung (2005) hatte belegt, dass die weit überwiegende Mehrheit der Bevölkerung eine Straflosigkeit ablehnt. Über 90 Prozent unterstützten die Entfernung von Kriegsverbrechern aus staatlichen Ämtern. In der juristischen Verfolgung wurde ein wichtiger Schritt zur Versöhnung gesehen. Strafrechtliche Maßnahmen gegen Kriegsverbrecher würden zu Stabilität und Sicherheit beitragen, so schätzten es 76,4 Prozent der Befragten ein (vgl. AIHRC 2005: 17).

Als wenige Tage nach dem Auftakt des Versöhnungsprojektes (APRP) der UN-Sonderbotschafter in Kabul bekanntgab, dass einige Namen führender Vertreter der Taliban und der Hizbe-Islami (von Gulbuddin Hekmatyar) von der UN Blacklist gesuchter Terroristen gestrichen werden – das galt als vertrauensbildende Maßnahme – kommentierte eine afghanische Tageszeitung:

„The latest move by the UN means that the world high-respected body is heading to forgive the criminals without considering public views in Afghanistan. The UN Security Council is set to review the list of those extremists who were irreconcilable enemies of our properties, lives and freedom." (Mandegar Daily, 14.06.2010)

Die Victims' Organizations vertreten, dass ohne Gerechtigkeit kein Frieden und keine Stabilität zu erreichen sind. Nicht die Regierung oder die UN, sondern allein die Familien der Opfer haben das Recht, den Tätern zu vergeben (vgl. TJCG-Erklärung, 01/2010) Doch die Opfer bzw. die Angehörigen sind in den Regierungs-Versöhnungsprozess nicht einbezogen. Die Frage von Gerechtigkeit wird nicht behandelt, denn die generelle Amnestie bildet das Fundament des APRP. Weeda Ahmad, die Direktorin von SAAJS sagt im Interview: „One thing needs to be remembered: It they adopt peace with Taliban and Taliban come to Afghanistan [government], then you will never see peace in Afghanistan." (Ahmad, Direktorin SAAJS, Interview, Kabul, 08.07.2010) Für Frieden sei die Entfernung der Verantwortlichen für Kriegs- und schwere Menschenrechtsverbrechen von hochrangigen Positionen im Staat entscheidend.

In den Augen der Feministinnen von RAWA begeht Präsident Karzai mit seiner Einladung an die Taliban und die Hekmatyar-Gruppe einen Betrug an der afghanischen Bevölkerung. Er regiere gegen die Menschen seines Landes:

„[H]e initially compromised with all the murderers associated with April 27th 1978 (former Russian puppets) and April 28 1992 (the Northern Alliance warlords) and installed them in key posts of his government. […] Now, he calls the Taliban and Hektmatyar party terrorists ‚Afghan sons‘ and tries to either share power with them, or offer them the opportunity of asylum and amnesty to their leaders [...].“ (RAWA-Erklärung, 01.06.2010)

Mit der Einbeziehung der Taliban und der „Gulbuddini murderers“ (RAWA-Erklärung, 08.03.2010; Bezug auf Gulbuddin Hekmatyar) wird, nach dem Verständnis von RAWA, die fremdbestimmte Situation noch tödlicher. „If plans for talks with the Taliban is realized, it will be tantamount to thightening the grasp of brutal fundamentalists around the necks of our mournful people“, erklärte RAWA bereits im April 2007 in einem Brief an die UN (RAWA, 28.04.2007). Vor allem für die Frauen würde sich eine bereits unerträgliche Situation mit diesen extremen Frauenfeinden in staatlichen Schlüsselpositionen weiter verschärfen, zumal den Taliban zwei für Frauenrechte bedeutende Institutionen, das Justizministerium und das Oberste Gericht, angeboten wurden (vgl. RAWA-Erklärung, 08.03.2013). Die Gewaltakteure würden alle vereint, damit könne eine koloniale Politik bequem praktiziert werden (vgl. ebd.). Diese repressive, blutige Herrschaft in Afghanistan würden die USA einer unabhängigen, pro-demokratischen und Frauenrechte stärkenden Regierung vorziehen (vgl. RAWA-Erklärung, 01.06.2010). Die Taliban und die Hekmatyar-Gruppe sollten nicht politisch beteiligt, sondern vor Gericht gestellt werden, wie auch die Vertreter der Nordallianz, fordert RAWA (vgl. RAWA-Erklärung, 08.03.2010). Diese Forderung hatte RAWA bereits im Dezember 2001 erhoben, damals vor allem in Bezug auf die Nordallianz.

Auch die Solidaritätspartei argumentiert, dass die Unterstützung der politischen Einbeziehung von Taliban und Hezbe Islami/Hekmatyar zeige, dass „[t]he fate of our anguish and poor people has not a tiny value for America and allies, and puts it upon her colonial policy in every stage“ (SPA-Erklärung, 01.08.2010). Nachdem ein Jahrzehnt lang durch Luftbombardierungen Tausende Zivilisten getötet worden sind, geben die USA nun bekannt, dass sie mit den Taliban nicht im Krieg sind. Denn nun soll die Macht auch mit den Taliban geteilt werden (vgl. SPA-Erklärung, 08.03.2013). Nach und nach werden immer mehr und immer schlimmere Verbrecher in die Regierungsmacht befördert (vgl. SPA-Erklärung, 01.08.2010).

Vor allem seit April 2012 hat die Solidaritätspartei die Forderung nach Entfernung der Kriegsverbrecher aus der Regierung und die Einleitung von Strafermittlungen gegen diese zu einer wichtigen Kampagne gemacht. Eine erste starke Demonstration am 30.04.2012 mit dieser Forderung und den mitgeführten Portraits

der Verantwortlichen für schwerste Verbrechen, auf denen abschließend herum getrampelt wurde, wurde als enorme Provotion aufgenommen. Blasphemie-Vorwürfe und Versuche, die Partei zu verbieten, waren die Reaktionen.

„The dealers of ‚Jehad‘ and religion brokers who see the blazing flame of justice-seeking by the victims of their own atrocities as a new threat to their mafia domination, now seem frightened by slogans of ‚Down with Criminals‘ filling the streets of Kabul“ (SPA-Erklärung, 07.05.2012).

Wenige Monate darauf organisierten die Studierenden der Kabuler Universität einen Streik und blockierten viele Tage lang das Parlament, um die Umbenennung der Universität nach einem Kriegsverbrecher und führenden, reaktionären Islamisten der Nordallianz zu verhindern. Zu ihren Aktivitäten luden sie die Solidaritätspartei ein.

Seit Beginn der Theaterarbeit von AHRDO standen die Witwen und andere Opfer der Kriege im Mittelpunkt der künstlerischen Arbeit zur Erinnerung und zum Ausdruck der Erfahrungen mit Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen. Die Selbstorganisierung der Betroffenen wurde durch die Theaterworkshops mit initiiert. AHRDO beteiligt sich an den Aktivitäten der Transitional Justice Coordination Group, unter anderem an der Durchführung von zwei Victims' Jirgas und dem Aufbau von landesweiten Netzwerken für die Kämpfe für Gerechtigkeit, für den Aufbau einer Erinnerungskultur und gegen die Straflosigkeit.

AHRDO begreift sich an der Seite derjenigen, die geliebte Menschen verloren haben und marginalisiert werden mit ihrer Perspektive: ihren Erfahrungen, Leiden, Bedürfnissen und Forderungen nach Wahrheitssuche, Wiedergutmachung und Gerechtigkeit. Die Perspektive der Opfer sei entscheidend für einen Friedensprozess, betont der Direktor von AHRDO, Hadi Marifat (vgl. Marifat 2013). Die Angebote an die Taliban für eine Beteiligung an einem Friedens-/Aushandlungsprozess beschreibt er als Bestechungshandlungen in die Richtung derjenigen, die daran arbeiten einen Frieden zu verhindern (vgl. ebd.). Stattdessen könnten die Taliban nach Den Haag gebracht werden, um sich vor den Internationalen Strafgerichtshof zu verantworten. Alle bisherigen Maßnahmen zur Herstellung von Stabilität – die hohe Militärpräsenz über viele Jahre, die politische Integration von Kriegsverbrechern und schließlich die Angebote an die Taliban zur Machtbeteiligung – seien in Bezug auf das Ziel der Stabilität erfolglos verlaufen (vgl. ebd.). AHRDO hat an der Ausarbeitung der Erklärungen des Bündnisses Transitional Justice Coordination Group (TJCG) mitgearbeitet, die anlässlich der internationalen Kabul Konferenz (Juli 2010) zur Bestätigung des Afghanistan Peace and Reconciliation Programms (APRP) zur Verhandlung mit den Taliban und anderen bewaffneten, regierungsfeindlichen Gruppen herausgegeben wurde. Frieden vor Gerechtigkeit zu stellen sei kurzsichtig und schädlich, wird dort erklärt (vgl. TJCG-

Erklärung, 13.07.2010). Wenn Gerechtigkeit auf dem Weg zum Frieden ignoriert werde, trage das nicht dazu bei, Frieden zu schaffen. Stattdessen fördere das unaufhörliche Unsicherheit, Krieg und Gewalt, denn Ungerechtigkeit sei eine der Ursachen des seit Jahrzehnten nicht endenden Krieges (vgl. ebd.). Bereits einige Monate zuvor hatten die TJCG sich mit dem Slogan „Do Not Sacrifice the Victims: Justice, a Prerequisite for Lasting Peace“ (TJCG-Erklärung, 23.01.2010) an die Teilnehmer*-innen der Afghanistan Konferenz in London gewandt. Die zentrale Aussage der TJCG-Erklärung vom Januar 2010 ist, dass die Kultur der Straflosigkeit beendet werden muss, damit ein dauerhafter Frieden entstehen kann. Unter anderem wendet sich das Bündnis von 26 Organisationen, die zu Transitional Justice in Afghanistan arbeiten, an die Internationale Gemeinschaft mit der Aufforderung, die Beziehung zwischen Straflosigkeit und den sich immer weiter wiederholenden Menschenrechtsverletzungen anzuerkennen.

KONSEQUENZEN

Nach der Ausarbeitung dieser Kontraste und Kontroversen folgt eine Auseinandersetzung mit der bestehenden akademisch-theoretischen Kritik an der Theorie und Praxis des liberalen Friedens. Ich diskutiere zunächst drei Autor*innen, die aus ihrer Kritik an der Praxis des liberalen Peacebuilding Konsequenzen ziehen, die darauf zielen, an der Idee von Interventionen für liberalen Frieden festzuhalten: Florian Kühn, Michael Barnett und Shahrbanou Tadjbakhsh. Bei Kühn und Tadjbakhsh beziehe ich mich auf deren Forschungen zum Peacebuilding in Afghanistan. Mit jeweils verschiedenen Schwerpunkten werden von allen drei Autor*-innen Vorschläge gemacht, wie die Umsetzungspraxis der Interventionen verbessert werden müsse. Tadjbakhshs Text steht dabei für den Ansatz eines „emanzipatorischen“, sozialen Peacebuilding. Anschließend stelle ich die Argumente von Kritiker*innen vor, die liberalen Frieden und Peacebuilding als kolonial, imperialistisch und ein Projekt des Krieges begreifen. Ich beziehe mich vor allem auf Vivienne Jabri, John Heathershaw und Laura Zanotti. Diese reagieren mit ihrer Kritik auch auf die Kritiker*innen liberalen Friedens, die an Interventionspolitik im Namen der Menschenrechte und globaler Sicherheit festhalten.

Zuletzt begründe ich mit Bezugnahme auf Meera Sabaratnam, warum eine dekolonialisierende Kritik des liberalen Friedens mehr erfordert als allein die Kritik an der Illiberalität oder auch der Kolonialität von liberalem Peacebuilding. Mit dieser Erläuterung der kritischen Debatten wird gezeigt, dass die Kritik des liberalen Peacebuilding in der Regel auf das Aufwerfen von Fragen zur dominanten, eurozentrischen, epistemischen Handlungsmacht und zur Geopolitik des Wissens (Mignolo 2011; 2012), verzichtet. Alternativen zur Perspektive liberaler, west-

licher Akteur*innen zu suchen ist bislang die Ausnahme, auch bei den Kritiker*-innen. Epistemologie und Methodologie bleiben in der Regel eurozentrisch und kolonial, „in an unwillingness to attempt the use of other embedded epistemological standpoints to act as a counterpoint […] to the dominant narrative of global ‚liberalism' or ‚neoliberalism' […]" (Sabaratnam 2011b: 249). Damit wird das koloniale Fundament von Forschungen zu Theorien, Konzepten und Praxis der Weltpolitik, diese bestätigend oder auch kritisierend, weitergeführt.

BESSER UND EFFIZIENTER INTERVENIEREN?

Liberaler Frieden ist ein umstrittenes Projekt. Dies gilt vor allem angesichts der Ergebnisse von liberalen Friedensinterventionen, die weit von der zugrundeliegenden Annahme einer Stabilisierung durch Demokratisierung abweichen. Die Kritik an der Theorie des liberalen Friedens und der Umsetzungspraxis (u.a. Richmond 2005, Pugh 2005; Chandler 2006b, Duffield 2007; Paris 2007; Geis/Müller/Wagner 2007; Mac Ginty/Richmond 2009; Chandler 2010; Richmond 2010a; Campbell/Chandler/Sabaratnam 2011; Debiel/Held/Schneckener 2016) zielt auf zahlreiche Aspekte: unter anderem in Bezug auf die Auswirkungen auf Souveränität und Autonomie, die Festigung westlicher Macht über den globalen Süden, die gesteigerte Verletzlichkeit durch liberale Marktwirtschaft und die Förderung gesellschaftlicher und politischer Konstellationen, die weitere Gewaltkonflikte wahrscheinlich machen (vgl. Sabaratnam 2011a), der Paternalismus externer Akteure, das Aufzwingen von Normen, die Koordinierungsprobleme der internationalen Akteure und die kausale Verkettung von Frieden, Good Governance, Staatlichkeit, Demokratie und Marktwirtschaft (vgl. Schneckener 2016). Die kritische Debatte des liberalen Friedens und Peacebuildings ist umfangreich und umfasst noch weitere Aspekte als die genannten. Hier ist vor allem relevant und interessant, dass sich hinter den aufgeworfenen Kontroversen ein weitgehender politischer Konsens verbirgt: Wie die Befürworter*innen, so sind auch die Kritiker*innen des liberalen Friedens häufig bestrebt, den als notwendig erachteten internationalen Interventionismus im Namen des Friedens- und Staatsaufbau zu fördern oder zu verbessern (vgl. Cambell/Chandler/Sabaratnam 2011: 4-5).

Die meisten Kritiker*innen arbeiten mit daran, die Möglichkeit von Interventionen für umfassende politische, ökonomische, soziale bzw. sozialtechnokratische Umgestaltungen in Zukunft zu erhalten. Dafür muss die Praxis verbessert werden. Universalisierte liberale Annahmen und Modelle des Friedensexports werden hinterfragt und unter anderem als „McDonaldization of peacebuilding" (Schmeidl 2008: 76) kritisiert. Eine größere Kontextsensitivität, die Respektierung lokaler Unterschiede und Alltagshandlungen sowie entsprechend angepasste „hybride"

liberal-lokale Friedenskonzepte (vgl. Richmond 2010) werden vorgeschlagen. Andere Autor*innen empfehlen, den Aufbau von staatlichen Institutionen zeitlich vor destabilisierend wirkenden Marktliberalisierungen durchzuführen (vgl. Paris 2007) oder weniger ambitioniert vorzugehen und bestmögliche Ergebnisse mit lokalen Eliten auszuhandeln (vgl. Zürcher 2011; Barnett 2008).

Kristoffer Lidén teilt diese „generation of ‚revisionist analyses'" (Lidén 2009: 620) des liberalen Peacebuilding in drei Kategorien ein: Neben „re-liberal" und „multicultural" macht er die Kategorie der „social" Peacebuilding-Ansätze auf. Alle diese Ansätze würden im Einklang mit dem Liberalismus stehen und Verbesserungen für äußeres Eingreifen anstreben statt Interventionen zu verwerfen. „Even the harshest criticisms of liberal peacebuilding rarely end in outright prescriptions of non-interference." (Lidén 2009: 620) David Chandler spricht von einer Ironie, da selbst die Misserfolge des liberalen Peacebuilding noch so ausgelegt werden, dass damit die Notwendigkeit von Demokratie-Export gerechtfertigt wird.

> „The irony is that the shortcomings of this approach are rarely seen as inherent of limitations of the framework of exporting and ‚imposing' democracy. The international policymakers engaged in democracy-promotion state-building, in fact, seem to see their limited success as evidence of the difficulties of bringing democracy to non-Western states, and in this sense justifying their work." (Chandler 2006: 494)

VOM SIMULIERTEN LIBERALEN FRIEDEN ZUM GEWALTMONOPOL MIT SIMULIERTER SOZIALER LEGITIMITÄT

Ich greife zunächst den am meisten diskutierten Aspekt der Kritik am liberalen Frieden auf: Die Ergebnisse der militärischen Intervention mit liberalem Peacebuilding widersprechen den liberalen Zielen und Werten, der Ausgang ist illiberal. Das wird in Bezug auf Afghanistan unterschiedlich beschrieben, jedoch in den meisten Analysen nicht abgestritten. Ähnliche, von den proklamierten Zielen grundsätzlich abweichende und gegensätzliche Ergebnisse sind auch in vielen anderen Gebieten des liberalen Friedensprogramms zu beobachten. Die äußere Einmischung, Steuerung und die konkret verfolgten Strategien liberalen Friedens sind nicht nur dysfunktional für die als Ideal von deren Vertreter*innen formulierten Ziele. Sie fördern weder Menschenrechte, Frauenrechte, soziale Absicherung noch Demokratisierung, die mehr als ein äußerer Schein sind – Oliver Richmond spricht vom simulierten oder auch virtuellen Frieden (vgl. u.a. Richmond 2008a). Auch Gewalt wird nicht verhindert und Sicherheit oder Stabilität werden nicht erreicht.

Florian Kühn, den ich herausgreife, hat sich mit den Gründen für die Diskrepanz zwischen erklärten Zielen und Ergebnissen des Statebuilding in Afghanistan beschäftigt (vgl. Kühn 2010; Bliesemann de Guevara/Kühn 2010). Er sieht das Problem in der unrealistischen und selbstüberschätzenden Zielsetzung der liberalen, westlichen Staaten. Andere Gesellschaften nach dem eigenen Vorbild gestalten zu wollen, schaffe eine Überforderung der intervenierenden Akteur*innen und insbesondere des Militärs. Deshalb empfiehlt er, Interventionen in Zukunft realistischer und bescheidener zu planen. Sie müssten erfolgreich beendet werden können. Kulturrelativistisch argumentiert er, dass angesichts der sehr anderen Geschichte und Tradition in Afghanistan dort auch eine Herrschaftsform akzeptabel sein müsse, die nicht dem Ideal liberaler Staatlichkeit entspreche. Der Erfolg von militärischen Interventionen dürfe nicht an das Erreichen des westlich-liberalen Ideals des Staates gekoppelt sein. Wichtig sei, dass ein Gewaltmonopol hergestellt werde und eine Einbindung in die westliche Sicherheitsgemeinschaft erfolge. Bliesemann de Guevara und Kühn beziehen sich auf ein Grundverständnis von Weltpolitik, das von der Befürchtung bestimmt ist, soziale Prozesse könnten sich ohne Einbindung in staatliche Herrschaftsverhältnisse unkontrolliert entwickeln. Ein Gebiet ohne Gewaltmonopol ist demnach „eine Zone des Aufruhrs, in der Herrschaft ihre Aufgaben nicht erfüllt“ (Bliesemann de Guevara/Kühn 2010: 36). Die Potemkinsche Fassade von Staatlichkeit, die in Afghanistan geschaffen wurde, ist deshalb für die Autor*innen nicht ausreichend.

> „Informale Politik und soziale Prozesse verlaufen also immer auch jenseits staatlicher Einbindung und verlängern so potenziell die Intervention, weil unklar ist, welches Risiko ein Ende der internationalen Steuerung und Stabilisierung birgt.“ (Bliesemann de Guevara/Kühn 2010: 176)

Kühn begreift als die größte Herausforderung, die von den Interventionsstaaten ausgeübte Macht in lokale Formen von Herrschaft zu transformieren. Der Grad der Vereinheitlichung von Herrschaftsmechanismen sei entscheidend für die Integration der Sicherheitsgemeinschaft (vgl. Kühn 2010: 73). Ziel ist die zunehmende Einbindung weiterer Staaten in die „demokratisch regierte, gewaltkontrollierte Friedenszone“ (Bliesemann de Guevara/Kühn 2010: 36). Die Veränderung der Staatlichkeit in Afghanistan hin zu einer mit mehr sozialer Einbindung müsse militärisch abgesichert werden, weil ein Versagen der Gewaltkontrolle der Auslöser der Intervention war (vgl. Bliesemann de Guevara/Kühn 2010: 185).

Ähnlich wie Kühn und Bliesemann de Guevara, jedoch weniger militaristisch, argumentiert Michael Barnett (2008), auch er schlägt vor, die Ziele niedriger anzusetzen, aber nicht aufzugeben. Er macht dies, obgleich er einleitend feststellt: „Liberal peacebuilding might, inadvertently, be doing more harm than good.“ (Barnett 2008: 7) Politische Koalitionen in Nachkriegsstaaten müssten „not fully

democratic“ (Barnett 2008: 9) sein. Die zentrale Aufgabe von Peacebuilding sei es, Staaten zu gestalten, die Stabilität und Ordnung erhalten können. Doch dafür bräuchten diese Staaten eine innere Legitimität.

Während Kühn es als unmöglich betrachtet, diese gesellschaftliche Anbindung extern zu leisten, macht Barnett dafür Vorschläge. Repräsentationen müssten nicht demokratischen Prinzipien entsprechen und auch ohne Wahlen könnten eine Übergangsregierung oder ein Beratungsgremium eingerichtet werden, die mit minimalen Standards die Funktion von Repräsentation ausüben (vgl. Barnett 2008: 9). Prozesse der öffentlichen Darlegungen und Diskussion könnten eingeführt werden, damit Entscheidungen auf weniger Widerstand treffen. Legitimität hänge von der Anwendung der passenden Mittel zur Herstellung von Konsens ab („to arrive at collective goals“, ebd.: 9). „[T]hat is, groups need to believe that their views are being incorporated.“ (Ebd.: 9) Die Regierungsmacht müsse zudem zwischen allen machtvollen Akteur*innen aufgeteilt werden, keine der Fraktionen dürfe dominieren, damit diese durch ein Gleichgewicht der Kräfte zu Verhandlungen und Kompromissen gezwungen sind. Diese „divided Power“ mit dem Prinzip des „check and balance“ stärke dadurch Legitimität und Stabilität.

Mit solchen Veränderungen der Konzepte für Interventionen des liberalen Peacebuilding wird demnach eine rein äußerliche Hülle von scheinbarer Mitbestimmung als Beruhigungsstrategie angestrebt, um Widerstand zu verhindern und soziale Einbindung in staatliche Gewaltkontrolle zu erreichen. Gleichzeitig teilen alle bewaffneten Gruppen die Macht unter sich auf.

Barnett möchte wie Kühn und viele andere das Unternehmen liberales Peacebuilding als exogene Gesellschaftsumgestaltung nicht aufgeben. Deshalb sieht er in diesen „nicht ganz demokratischen“ Umsetzungsformen eine Strategie, um, wie er sagt, brutalen, machtvollen, lokalen Eliten nicht zu viele Zugeständnisse zu machen. Stattdessen könne mit der „creation of decent governments“ (Barnett 2008: 9) eine „integration of their [international community] policies“ (ebd.: 9) garantiert werden. Als Ziel dieses Vorgehens beschreibt Barnett: „to further the prospect that a good society will develop“ (ebd.: 9).

Kühn und Barnett denken offensichtlich nicht aus der Perspektive der Bevölkerung in den Nachkriegs- bzw. Interventionsgesellschaften, sondern planen von außen und oben, wie diese funktional eingebunden werden könnten. Deren Willensbildung, Werte und Selbstbestimmung werden in die Konzepte für Demokratisierung nicht einbezogen. Auch von anderen Ansätzen, die an der Verbesserung des Peacebuilding arbeiten, werden solche Überlegungen, wie sie hier bei Kühn und Barnett beschrieben wurden, kritisiert. Das trifft insbesondere auf Ansätze des sogenannten Social Peacebuilding zu.

SOZIAL, KULTURSENSIBEL UND PARTIZIPATIV INTERVENIEREN

Im Social Peacebuilding wird ein Schwerpunkt auf soziale und ökonomische Rechte als Grundlage für Frieden gelegt. Die politische Bedeutung des Friedensaufbaus soll dabei aus der Aushandlung zwischen den lokalen und den internationalen Akteur*innen entstehen. Das Ergebnis müsse nicht zwangsläufig liberaler Staatsaufbau sein (Richmond 2009b). „[T]he neoliberal focus on ownership, property, production and consumption [...] ignores [...] how peace requires well-being via human needs stemming from rights defined by their contexts [...].“ (Richmond 2009b: 3) Dieser Ansatz des Social Peacebuilding stimmt überein mit dem, was von Richmond als „emancipatory version of the liberal understanding of peace“ (Richmond 2008b: 447) bezeichnet wird und als Bottom-up Peacebuilding gedacht ist.

Shahrbanou Tadjbakhsh steht für einen solchen emanzipatorischen oder sozialen Ansatz von Peacebuilding. Tadjbakhsh (2011; 2009; 2008; Tadjbakhsh/Schoiswohl 2008) reflektiert auf der Basis eines eigenen Forschungsprojektes über die Probleme des liberalen Peacebuilding in Afghanistan. Dabei unterscheidet sie sich deutlich von Bliesemann de Guevara/Kühn und Barnett, indem sie den Sichtweisen der afghanischen Bevölkerung zentrale Bedeutung gibt.

> „Democratization ‚outside-in‘ entails the danger of leaving those who should be at the heart of the matter, namely the people being subjected to a state-building endeavour that has been shaped by the demands of others, with little participation or say in the design of a political system that, at least in its philosophical foundation, is centred on the very idea of the will of the people.“ (Tadjbakhsh/Schoiswohl 2008: 264)

Tadjbakhsh kritisiert, dass die Einwohner*innen Afghanistans paternalistisch als Empfänger*innen von Demokratie gedacht werden und nicht als diejenigen, die den Demokratisierungsprozess steuern und voran bringen. Aus ihrer Sicht wurde in Afghanistan Demokratie vom Endpunkt her gestaltet. Eine gereifte Demokratie und wachsende ökonomische Austauschbeziehungen, die einen internationalen Frieden stabilisieren, würden dabei als Instrumente der Sicherheit gedacht, statt den Fokus auf die Bevölkerung zu haben und die lokalen Bedingungen als Basis für Demokratie zu nehmen. Sie nimmt, wie sie angibt, die Vielfalt an Stimmen wahr, die in allen Bereichen der afghanischen Gesellschaft, nicht nur unter Intellektuellen in Kabul, existieren. „Afghan culture was fast renewing itself, imagining and debating its future [...].“ (Tadjbakhsh 2011: 219) Sie verweist auf Dynamiken in der Presse, in Debatten, in politischen Parteien und auf den Aktivismus der Zivilgesellschaft. Das Projekt des liberalen Friedens könne durch Interaktionen mit diesen „sources of dynamism and renewal“ (Tadjbakhsh 2011: 219) geformt und gefestigt werden.

Denn Tadjbakhsh ist überzeugt, dass die Legitimität des liberalen Peacebuilding als Schlüssel für dauerhaften Frieden aus den Ansichten der Bevölkerung entsteht.

Tadjbakhsh reflektiert nicht allein die Ausführung und Effizienz des Peacebuilding, sondern auch die Gültigkeit des Modells des liberalen Friedens (vgl. Tadjbakhsh 2009). Sie erkennt an, dass Grundannahmen wie Entwicklungstheorien und -praktiken, liberaler Kapitalismus und die Universalität westlicher Normen und Werten hinterfragt werden können. Auch nimmt sie bestehende Kritik wahr, dass Peacebuilding darauf ziele, andere Kulturen und Bevölkerungen mit ethnozentrischen, neokolonialen Praktiken zu verändern.

Nichtsdestotrotz verteidigt Tadjbakhsh das liberale Peacebuilding. Sie kritisiert, dass der liberale Frieden aufgegeben wurde, um Afghanistan verlassen zu können. Zumal, weil dabei die Schuld für das Scheitern auf „die Afghanen" geschoben wird: korrupte Regierung, nicht-liberale afghanische Kultur, keine vereinheitlichte Sicht auf Loyalität und Ordnung (vgl. Tadjbakhsh 2011: 218). „Furthermore, the local culture was essentialized as fundamentally illiberal, anti-modern and static, lacking in any kind of internal dialogue and dynamism, when in reality, it was full of vibrancy." (Tadjbakhsh 2011: 218)

Ich schätze an Tadjbakhshs Forschung sehr, dass sie den Sichtweisen und Debatten in der afghanischen Bevölkerung eine zentrale Stellung gibt. Weil sie das macht, beschreibt sie viele ähnliche Probleme, wie sie auch in meiner Arbeit zum Ausdruck kommen. Das ist bei Kühn ganz anders. Dieser konzentriert sich – wie viele andere – in seiner Afghanistan-Studie auf die internationalen Akteur*innen – NATO, US-Militär und Verbündete, UN, UNAMA, ISAF, US-Regierung – sowie, für die Analyse der lokalen sozialen und politischen Entwicklung, auf die afghanische politische und ökonomische Elite und bewaffnete Akteure (Milizen, Militär/Polizei, Taliban) (vgl. Kühn 2010). Bei Tadjbakhsh bleibt Demokratisierung nicht ein äußerliches, simuliertes Konzept als Instrument für globale Sicherheitspolitik. Sie sieht eine Notwendigkeit, die Menschen im Konfliktgebiet mit ihren Bedürfnissen, Erfahrungen, ihren Normen und Werten der Kultur zu analysieren und mitgestalten zu lassen (vgl. Tadjbakhsh/Schoiswohl 2008).

Doch dabei hält Tadjbakhsh am Ideal eines liberalen Peacebuilding mit Demokratisierung und wirtschaftlicher Absicherung fest. Sie gibt die Idee nicht auf, dass durch Demokratisierungsinterventionen der machtvollen Staaten grundlegende Menschenrechte verwirklicht werden können, wenn nur die Besonderheiten des spezifischen Konflikts und der Kultur beachtet werden. Tadjbakhsh bezieht sich dabei insbesondere auf das zwischenzeitlich vor allem in westlichen akademischen Kreisen populäre Konzept der Human Security, das parallel zur Diskussion um die Schutzverantwortung selbst soziale Notlagen als Aufgabe und damit implizit Interventionsvorwand der internationalen Gemeinschaft definiert. Für die lokale Bevölkerung müssten Verbesserungen, vor allem auf der ökonomischen Ebene, im täglichen Leben wahrnehmbar sein. Davon hänge auch die Akzeptanz der Interven-

tion ab. Nicht die stabilen Institutionen sollten ein Indikator für erfolgreiche Transitionen sein, sondern der Rückgang der allgegenwärtigen Bedrohungen im Leben der Menschen. Sowohl auf der externen wie auf der lokalen Seite sieht Tadjbakhsh Erwartungen an liberalen Frieden: „[D]ifferent value systems do not detract from common expectations on liberal peace.“ (Tadjbakhsh 2011: 207)

Weil Tadjbakhsh trotz der vielfältigen Kritik an der Ausführung des Peacebuilding, die sie mit ihrer eigenen Forschung in Afghanistan in vielen Details belegt, an der Idee „menschliche Sicherheit durch Intervention“ festhält, begreift auch sie die negativen Auswirkungen des liberalen Peacebuilding in Afghanistan als gravierende Schwierigkeiten, die überwunden werden müssen. Wenn sie auf die politische Macht von Warlords, Kriegsverbrechern der Nordallianz und von Taliban-Führern eingeht, fällt auf, dass sie die afghanische Regierung als verantwortlich für dieses Problem beschreibt. Die diesbezügliche Verantwortung der internationalen Gemeinschaft bleibt unerwähnt. Die direkte Gewalt der militärischen Intervention mit der beständig steigenden Zahl an zivilen Opfern und mit Übergriffen vor allem auf den Schutz des persönlichen Wohnraumes wird von ihr nicht thematisiert. Sie hält an der Zweiteilung in liberale und lokale Akteur*innen fest, wobei der westlich-liberale Akteur sich im Sinne der Responsibily-to-Protect/Schutzverantwortung extern einmischt. Die westlichen Staaten und Organisationen bleiben die – kultursensibel angepassten – Subjekte der Herstellung von menschlicher Sicherheit in anderen Weltregionen. Lokale Akteur*innen äußern ihre Bedürfnisse und partizipieren – mehr nicht.

LIBERALEN FRIEDEN ALS EIN KOLONIALES PROJEKT DES KRIEGES ABLEHNEN

In Reaktion auf das grundlegende Programm des liberalen Friedens als auch auf die Kritiker*innen, die die Kernpraktiken westlicher Interventionen im Namen des Friedens und der Menschenrechte beibehalten, wird auch Kritik am Kriegscharakter sowie am Neokolonialismus und Imperialismus dieses Projektes formuliert.

Vivienne Jabri sieht den liberalen Frieden zum einen als ein Projekt der Enteignung – dazu mehr nachgfolgend – und zum anderen vor allem als ein Projekt des Krieges, dem der Name Frieden gegeben wurde: „[P]eace is the name of the game rather than war.“ (Jabri 2010: 41) Ähnlich drückt es Heathershaw aus: „[P]eacebuilding represents the mutual inclusiveness of the idea of peace and the practice of war.“ (Heathershaw 2008: 621) Entsprechend gibt Wolf Wetzel seinem Buch über die Herstellung einer deutschen Normalität der Kriegsbeteiligung aus Menschenrechtsgründen („kein zweites Auschwitz“) den Titel *Krieg ist Frieden* (Wetzel 2002). Liberaler Frieden normali-

siert Gewalt (vgl. Heathershaw 2008: 616) und bietet eine weit akzeptierte Rechtfertigung für permanenten Krieg (vgl. ebd.: 621).

Das Überlegenheitsdenken machtvoller westlicher Staaten als Beschützer und Transformations- bzw. Entwicklungshelfer, das mit den Konzepten des liberalen Friedens oder der Schutzverantwortung (R2P) eine machtvolle Wirkung erhält, ermöglicht, Kriege im Namen von Frieden zu führen und Waffen als Nothilfe in ein Kriegsgebiet zu schicken. Als der Deutsche Bundestag 2014 am Antikriegs- bzw. Weltfriedenstag, dem 1. September, Waffenlieferungen an die kurdische Autonomieregierung im Nordirak, damit in ein Kriegsgebiet, beschlossen hat, wurde dies mit Nothilfe gerechtfertigt. Es müsse Verantwortung übernommen werden. Die Entscheidung wurde mit der Rettung der durch den Islamischen Staat (IS) in Shengal einem Völkermord ausgesetzten und vertriebenen Ezid*innen und insbesondere der vom IS versklavten ezidischen Frauen begründet. In der Plenardebatte präsentierte Thomas Oppermann (SPD) die Waffenlieferung als Lösung für die Frauen und Mädchen, die als Kriegsbeute misshandelt, verkauft und versklavt wurden oder auf der Flucht sind: „[D]as ist eine Nothilfe zur Rettung von Menschenleben. Es ist eine Nothilfe, um Hunderttausende von Flüchtlingen zu schützen, und kein kommerzieller Export von Kriegswaffen.“ (Deutscher Bundestag, 01.09.2014) Mit den aus Deutschland gelieferten Waffen wurden am 3. März 2017 die inzwischen aufgebauten Selbstorganisations- und Selbstverteidigungsstrukturen der Ezid*innen, zu denen Schutz sie angeblich geliefert worden waren, durch die Soldaten (Peshmerga) der kurdischen Autonomieregierung im Nordirak angegriffen (vgl. ÊzîdîPress, 05.03.2017). Um diese Waffen in den Nordirak zu lieferen, war der bisherige Grundsatz, keine Waffen in Kriegs- und Krisengebiete zu exportieren, erstmalig durchbrochen worden. Das Konzept der humanitären Intervention und dessen Ausweitung mit dem Konzept der Schutzverantwortung (R2P), erreichten bereits, dass Beschränkungen von militärischen Interventionshandlungen, die zuvor aufgrund des hohen Stellenwerts staatlicher Souveränität galten, „erfolgreich“ durchbrochen sind.

Peacebuilding ist nicht durch nachgewiesene Erfolge begründet, sondern beruht auf einer politischen Argumentation für die Berechtigung militärischer Interventionen, die durch ein überlegenes, höherwertiges Selbstverständnis reicher westlicher Staaten geprägt ist.

> „Es herrscht die Vorstellung: Wir haben überlegene zivilisatorische Werte, die uns erlauben, nationale Souveränität zu verletzen; die Anwendung von Gewalt wird dadurch gerechtfertigt, dass wir diese Werte hochhalten. Das nenne ich liberalen Imperialismus, der darin endet, realpolitisch motivierten Imperialismus zu rechtfertigen und oft zur Ideologie einer missionarischen Demokratisierung oder demokratischer Expansion wird. Eine humanitäre Intervention führt unausweichlich zur Doktrin einer demokratischen Expansion.“ (Bello 2006: o.S.)

Die Argumentation der Schutzverantwortung wurde in der UN ab 2001 entwickelt (Report of the International Commission on Intervention and State Sovereignty) und beim United Nations World Summit im Jahr 2005 wurde der Grundsatz der Responsibility-to-Protect verankert. Auch zuvor wurden die umfassenden gesellschaftlichen Umgestaltungen des liberalen Friedensaufbaus oft mit einer humanitären Intervention eingeleitet, die mit dem Schutz vor Menschenrechtsverletzungen begründet wurde, beispielsweise in Bosnien. In Afghanistan kam das in der Argumentation, die Intervention diene der Befreiung der afghanischen Frauen von der Entrechtung durch die Taliban-Regierung, zum Ausdruck. Das ergänzte die Anti-Terrorismus-Kriegslegitimation, die völkerrechtlich schwach war, weil gegen den afghanischen Staat keine Beteiligung an den Anschlägen des 11. September 2001 nachweisbar war; dieser weigerte sich, Osama bin Laden auszuliefern.

Liberaler Frieden und die damit verbundenen Konzepte der Schutzverantwortung und der humanitären Intervention gehen mit einer Entpolitisierung von globalen Konflikten einher. Jabri sieht eine Entwicklung, die über die betroffenen Regionen der Intervention hinaus generell jedwede politische Definition von Konflikten beenden könnte (vgl. Jabri 2010). Eine Welt aus liberalen Märkten mit repräsentativen Demokratien nach westlichem Vorbild bzw. mit Good Governance wird als eine sichere Welt des Wohlstands und der Menschenrechte porträtiert und zum Zielpunkt jeder Entwicklung gesetzt. Die globale Verwirklichung von freien Märkten und Demokratie bedeutet demnach Sicherheit und Stabilität. Wenn angeblich der Schutz von Menschenrechten und auch die Sicherheit der Menschheit das Anliegen sind, dann geht es demnach um ein „common good" und nicht um Politik. Laura Bush, die Frau des damaligen Präsidenten der USA, drückte die Legitimität des Afghanistan-Krieges in dieser Sprache aus: „[...] it is the acceptance of our common humanity – a commitment shared by people of good will on every continent" (Laura Bush, Radioansprache an die Nation, 17.11.2001). Globale und gesellschaftliche Ungleichheiten, soziale Miseren, künstliche Grenzziehungen und weitere der vielen destruktiven Folgen der historischen kolonialen Eingriffe wie auch die fortwährende Zerstörung von regionalen Ökonomien und (Selbst-) Versorgungsmöglichkeiten, widerstreitende Orientierungen für die wirtschaftliche, soziale oder politische Gestaltung und Konflikte um geopolitische Kontrolle und Zugang zu Rohstoffen, Wasser oder Energieressourcen sind einige der Faktoren, die den Hintergrund von Krisen und gewaltsamen Konflikten sowie von Interventionen bilden. Sie werden zur unbedeutenden Nebensache entpolitisiert.

Stattdessen wird ein sogenannter Failed State und/oder ein angeblich fehlender Wille, die eigenen Bürger*innen vor Menschenrechtsverletzungen zu schützen, diagnostiziert und eine externe Intervention zum weitgehend standardisierten Aufbau von liberalen Institutionen und Governance-Praktiken durchgeführt. Geschwindigkeit, Reihenfolge und die direktere oder indirektere Einwirkung durch inter-

nationale Organisationen werden dabei variiert (vgl. Paris 2007). Demokratieaufbau wird zu einer technischen Angelegenheit, gekennzeichnet einzig durch die Durchführung und internationale Anerkennung von Wahlen.

„[T]he problem with the depoliticized version of democracy in contemporary constructions is that democracy becomes a merely technical matter. For example, voting systems are put in place on the basis of Western norms and elections ratified by international observers.“ (Elliott 2009: 266)

Diesen Prozess der Entpolitisierung zeichnet Laura Zanotti (2005) auf der Ebene der UN nach. Während bis 1997 noch eine Pluralität von Verständnissen von Demokratie in den Debatten und Grundsatzpapieren ausgedrückt wurde, wurde die Entwicklung mit dem neuen Generalsekretär Kofi Annan zu einer Standardisierung eines eindeutigen und universellen Begriffs gelenkt, der als Good Governance ausgedrückt wird und umfangreiche Eingriffe in nicht-funktionierende Staaten ermöglicht.

„Good governance not only constitutes the rationale for transforming troubled states into democracies and for engineering good societies; it also constitutes the driving concept for UN reforms. In addition to recommending reforms aimed at building predictable, regulated, and regulatory states and administrable societies, the United Nations had to equip itself with the instruments for knowing, assessing, and steering the behavior of states and become an effective ‚calculation center‘ and performance-monitoring agency.“ (Zanotti 2005: 472)

Der Good Governance-Diskurs transportiert starke Werte, benutzt dabei jedoch eine technische, Neutralität suggerierende Sprache. Eine globale Dichotomie zwischen dem ordentlichen Raum der Zivilisierten und den unvorhersagbaren, obskuren Randgebieten der Unzivilisierten wird zugrundegelegt und in seiner Praxis beständig reproduziert (vgl. Zanotti 2005: 481). Parallelen zur Zivilisierungsmission des europäischen Kolonialismus seien unverkennbar, stellt Zanotti fest. Auch vom historischen kolonialen Unternehmungen sei erwartet worden, dass sie Frieden, Ordnung und Produktivität schaffen.

„However, while in the nineteenth century the idée coloniale was based upon the idea of technological superiority, twentieth-century ‚good governance‘ is based upon the superiority of Western forms of government and their adaptability to all societies.“ (Zanotti 2005: 481)

Es ist vor allem die Handlungsmacht der im Interventionsgebiet lebenden Bevölkerung, die durch liberalen Friedensaufbau und entsprechende Theorien und Forschungen enteignet wird (vgl. Jabri 2010). John Heathershaw konstatiert, Peacebuilding ziele darauf, die Möglichkeit zu nehmen, den politischen Raum und das

politische Selbstverständnis abseits eines Kollaborationsverhältnisses zur Interventionsmacht zu gestalten.

> „In the discourse of peacebuilding ‚friend‘ and ‚enemy‘ may even be found in the same individual who is faced with a truncated choice of playing the role of ‚spoiler‘ or a participant in the process. As such the subject is divided, with his/her ethical and political potential taken out of his/her hands and made a product of his/her relationship with the International Community.“ (Heathershaw 2008: 603)

Oliver Richmond vergleicht den internationalen und akademischen Konsens bezüglich der Annahmen des liberalen Friedens mit einer Form von Orientalismus, „in which liberal epistemic communities of peacebuilders transfer governance regimes through a process of conditional funding, training and dependency creation to more ‚primitive‘ recipients in conflict zones“ (Richmond 2009a: 62).

Das europäische liberale Selbst wird fortgesetzt privilegiert in einer hierarchischen Aufteilung der Welt. „Nowhere have these excesses of liberal interventionism been more apparent than in Iraq and Afghanistan, where the acquisitive logic of domination is distinctly expressed in racialised terms reminiscent of the colonial past.“ (Jabri 2010: 53) Auf der Basis des Stabilisierungsversprechens der liberalen Friedenstheorie wird die Enteignung der Handlungsmacht in der nichtliberalen Welt mit Begriffen von Rettung, Fürsorge und Verantwortung zum Schutz verkauft. Harald Müller, unter anderem Geschäftsführer der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) und Mitglied im Stiftungsrat der Deutschen Stiftung Friedensforschung, scheint es nicht kritisch zu meinen, wenn er formuliert: „Der Wunsch, die Demokratie weltweit auszubreiten, ist [...] verständlich – er ist, wenn man so will, eine Neubelebung des jahrhundertealten westlichen Missionarstums.“ (Müller 2008: 41)

Die Intervention in andere Staaten und Gesellschaften und die hierarchische Konzeption von Subjektivität sind nach Jabris Verständnis kolonial und legen Enteignungen, rassistische Dominanz sowie Unterordnung nahe (vgl. Jabri 2010). Für Heathershaw ist neo-/liberales Peacebuilding praktisch imperialistisch (vgl. Heathershaw 2008: 620).

> „[P]eacebuilding justifies a degree of international intervention within ‚failed states‘ which has been formally absent since the decline of colonialism after the Second World War. […] [W]e must acknowledge the imperial practices of contemporary international peacebuilding.“ (Heathershaw 2008: 620)

Auch Mark Duffield beschreibt Interventionen als einen „neuen Imperialismus“ (Duffield 2001) und Walden Bello spricht vom „liberalen Imperialismus“ (Bello 2006).

Diese westlich-akademische Kritik am kolonialen oder imperialistischen Charakter des liberalen Peacebuilding weist am meisten Übereinstimmung mit den Analysen und Positionen der vier dargestellten afghanischen Basisorganisationen auf. Diese begreifen die Situation in ihrem Land auch eindeutig als ein Kriegsverhältnis. Tatsächlich war dies eine der allerersten Lektionen, die ich bei meinen ersten Schritten in Afghanistan erhielt: „Rede hier bitte nicht von ‚Nachkriegs'-Situation!" (Hjalmar Jorge Joffre-Eichhorn, AHRDO, persönliches Gespräch in Kabul, 15.05.2009). Diese Bezeichnung hatte ich in einem Exposé zu meiner geplanten Forschung benutzt.

Die Interventionspolitik wird von den hier dargestellten vier Basisorganisationen in je unterschiedlicher Ausprägung, Schärfe und Konsequenz als kolonial kritisiert, imperialistische Interessen werden benannt. Es geht mir hier jedoch keinesfalls darum, deren Analysen einzureihen in die soeben kurz angerissenen, westlich-akademischen, anti-kolonialen oder anti-imperialistischen Kritikansätze zum interventionistischen Peacebuilding. Denn auch auf viele dieser Kritikansätze, die den kriegerischen, kolonialen oder imperialistischen Charakter von Peacebuilding thematisieren, trifft zu, dass sie das Wissen von Organisationen wie RAWA, den Theatermacher*innen von AHRDO, den Afghan Justice Seekers (SAAJS) oder der Solidaritätspartei Afghanistan als unbedeutend oder zumindest nicht notwendig für ihre wissenschaftliche Arbeit verstehen.

DEKOLONIALISIERUNG DER DENKRÄUME FÜR GLOBALE POLITIK

Meera Sabaratnam stellt fest, dass es zum Common Sense in der Forschung zu gehören scheint, dass es ohne methodische Begründung möglich ist, sich allein mit der Seite der Intervenierenden – politische Programme, Grundannahmen, Praktiken – zu beschäftigen, um Interventionspolitik zu untersuchen (vgl. Sabaratnam 2013: 264). In dieser Methodenwahl – dem Ausschluss der Bevölkerung, die zum Zielobjekt der Intervention wird – drücke sich ein Grundverständnis davon aus, was als das Politische verstanden wird. Alles außerhalb der westlichen Handlungsweisen hat demnach keine Bedeutung für die Politik der Intervention. „[H]abits of methodological and analytic exclusions of target societies […] seem to uphold the overall sensibility that nothing worth engaging with is going on outside the interventions themselves." (Sabaratnam 2013: 271) Die westlichen Handlungen als das Gebiet des Politischen zu begreifen, ist eine Form des Eurozentrismus in der Wissensproduktion.

Sowohl die Vertreter*innen der liberalen Friedenstheorie als auch deren Kritiker*innen, die lokale Besonderheiten mit hybriden Friedenskonzepten beachten wollen, halten an einer hierarchischen Zweiteilung der Welt fest: Liberale

Akteure mit den Fähigkeiten zur Problemlösung und zur Intervention werden den nicht-liberalen Akteuren in Nachkriegsländern gegenübergestellt, die als die Problemfälle mit Lösungsbedarf erscheinen (vgl. Campbell/Chandler/Sabaratnam 2011: 4).

Es trifft in der Regel auch auf anti-koloniale, anti-imperialistische und andere kritische Arbeiten zum liberalen Frieden zu, dass diese nur die westlichen Handlungen als den Ort und die Art des Politischen behandeln (vgl. Sabaratnam 2013 mit Bezug unter anderem auf Chandler 2006b und Zaum 2007). Gegenhegemoniale Denkweisen des Internationalen werden damit eingeschränkt, kritisiert Sabaratnam. „[E]ven critiques of the exploitative character of the global system can reinforce the primacy of the colonial-modern standpoint of knowledge." (Sabaratnam 2013: 262) Es wird weder die wissenschaftliche Hierarchie des Wissens und der Autorität zu sprechen infrage gestellt, noch wird die Aufmerksamkeit auf das gerichtet, was außerhalb des kolonial-modernen Unternehmens und verbundenen Wissensformen besteht. Damit wird der koloniale Unterschied verstärkt.

Anhand von deutschsprachigen Beiträgen zum interventionistischen liberalen Peacebuilding in Afghanistan, die dieses Projekt nicht mit Verbesserungen retten möchten, sondern als Ausweitung von Kriegspolitik, Verschärfung binärer Geschlechterkonstruktionen, Militarisierung des Zivilen und Neokolonialismus ablehnen (u.a. Tal 2010; Nachtigall 2012; Paech 2011; Gebauer 2011) möchte ich das verständlicher machen. Solche kritischen Beiträge sind von großer Bedeutung und werden dringend gebraucht. Das gilt auch für die Beiträge von Jürgen Wagner, die ich exemplarisch herausgreife. Wagner analysiert die Afghanistan-Intervention als einen Prototyp für vernetzte Sicherheitskonzepte des „Comprehensive Approach" und für die Zukunft zivil-militärischer Aufstandsbekämpfung der NATO (Wagner 2010; Wagner 2011; Haid/Schürkes/Wagner 2011). Afghanistan ist demnach ein Experimentierfeld für „eine völlig neue Form westlicher Kolonialpolitik" (Wagner, 22.06.2009). Sehr detailliert zeichnet Wagner die Zusammenhänge zwischen der humanitären und demokratischen Katastrophe und den militärischen, politischen und ökonomischen Eingriffen zur Durchsetzung radikal neoliberaler Marktöffnung und Investitionsschutzabkommen, von „quasi-kolonialer Verwaltung" (ebd.) und einer stärkeren Kampfbeteiligung deutscher Truppen, um den „Lackmustest Afghanistan" (ebd.) für strategische Partnerschaft in der NATO als zukünftig weltweit einsetzbare Stabilisierungskraft zu bestehen. Bei dieser kompromisslosen Kritik von Neokolonialismus und Kriegspolitik, bleiben die Analysen auf der epistemischen/epistemologischen Ebene dennoch eurozentrisch. Die Kritik zentriert um das Handeln und strategische Denken des Westens und ist auf dieser Grundlage informiert. Jürgen Wagner zitiert gelegentlich die afghanische Frauenrechtlerin Malalai Joya (u.a. Wagner 2011). Darüber hinaus erfahren wir nichts von den kritischen Analysen, den Perspektiven, den Erfahrungen und zentralen Aspekten, die Kriegsgegner*innen in Afghanistan haben, die die Intervention und ihre

Folgen als zerstörerisch, kolonial, gegen die Menschen gerichtet und demokratische Räume verschließend zurückweisen. Dieses in Afghanistan existierende Wissen, das auf eigenen Rationalitäten basiert, eingebunden in die Geschichte, Gegenwart und Zukunft feministischer, linker, demokratischer, für Gerechtigkeit und Selbstbestimmung kämpfender Bewegungen, bleibt unsichtbar.

Das heißt, auch in der kritischen Forschung wird die westliche Hegemonie in Bezug auf die Erkenntnissubjektivität in der konkreten Ausführung nicht infrage gestellt und verändert. Viele der Ausschlüsse, die durch Programme des liberalen Friedens produziert und kritisch behandelt werden, werden so erneut geschaffen (vgl. Sabaratnam 2011a: 797), denn die Analysen verlaufen monologisch und durch eine westliche Forschungsperspektive. Zugespitzt kann gesagt warden: „This is because the primary subject of analysis remains the (neo-)liberal and hegemonic West, which acts imperiously upon this objectified non-liberal non-West." (Ebd.: 797) Auch in der Forschungshandlung wird das Nicht-Liberale, Nicht-Westliche zum Objekt gemacht und damit Macht darüber ausgeübt. Allen benannten alternativen Ansätzen des liberalen Peacebuilding, einschließlich der „emanzipatorischen" des sozialen Peacebuilding und auch einschließlich vieler anti-imperialistischer Ansätze, ist gemeinsam, dass die epistemische Handlungsmacht und Perspektive als die liberaler, westlicher Akteur*innen unhinterfragt weitergeführt wird.

Die feministische Organisation RAWA und die Aktivist*innen in den anderen Basisorganisationen verfügen über viele Erfahrungen mit Protest und Widerstand gegen den Einfluss und die Gewalt reaktionär-islamistischer Organisationen und gegen verschiedene Besatzungssituationen. Detaillierte Dokumentationen, politische Analysen und Strategien für eine emanzipatorische Zukunftsgestaltung liegen vor. RAWA setzt sich seit den 1970er Jahren damit auseinander, welches Wissen und welche Form von Bildung sie entwickeln und weitergeben wollen. Sie betreiben Schulen und machen politische Bildungsarbeit. Sie führen eigene Recherchen und Dokumentationen durch. Sie geben eine Zeitung, Analysen und Stellungsnahmen heraus. AHRDO setzt künstlerischen Methoden ein, um tabuisiertes Wissen artikulierbar zu machen. Sie dokumentieren das Wissen über die Kriege aus der Perspektive der Opfer. Über Theateraufführungen wie dem Dokumentationstheaterstück *Infinite Incompleteness* bringen sie dieses Wissen in die Öffentlichkeit und stellen es zur Diskussion. Dies sind eigenständige epistemische und epistemologische Zugänge.

Aus der Notwendigkeit der Kritik der eurozentrischen Fundamente der Wissensproduktion und dem Willen, die fortwährende Reproduktion und Verstärkung des kolonialen Unterschieds durch Forschung zu unterbrechen, wird dekolonialisierende Forschung entwickelt:

> „This means that a radical critique of the liberal peace ultimately requires a more radical disruption of its Eurocentric epistemic underpinning, as well as a repoliticization of that sensibility of Western distinctiveness that is taken as an ontological ‚given'." (Sabaratnam 2013: 270)

> „As a strategy, a positional critique requires a careful engagement with the experiences and critical political consciousness of those who are rendered as ‚objects' of power, but who were never only silent and/or ‚co-opted' through their involvement with particular structures. In research, in large part this means engaging with the ways in which different people politicize various aspects of their experience, narrate the terms of their situations and critically interpret the world around them." (Ebd.: 272)

Dekolonialisierende Forschung bedeutet, mit den entwerteten, unterdrückten Perspektiven des Denkens an den Rändern und Grenzen des global durchdringenden Eurozentrismus, mit Neuentwürfen von Konzepten und mit Gegenanalysen, mit Zukunftsentwürfen, die Alternativen zum Bestehenden und zu den dominanten Entwürfen aufzeigen und mit den Denker*innen und Praktiker*innen basisdemokratischer, anti-kolonialer, anti-patriarchaler Kämpfe in einen achtsamen, bescheidenen Austausch zu treten.

Friedens- und Konfliktwissen dekolonialisieren

„[T]he need to resist [colonialism] is without end."
LINDA TUHIWAI SMITH (2012: 198)

„Decolonization must offer a language of possibility, a way out of colonialism. […] [T]hat language of possibility exists within our own alternative, oppositional ways of knowing."
(EBD.: 204)

Der epistemischen Gewalt, die dazu beiträgt, dass die Analysen der vier vorgestellten basispolitischen Organisationen aus Afghanistan ein bisher weitgehend unbekanntes, „nicht-existent produziertes" (vgl. Sousa Santos 2004) Wissen sind, stelle ich diese Arbeit entgegen. Die Darstellungen des bisher weitgehend übergangenen Friedens- und Konfliktwissens der vier afghanischen, basispolitischen Organisationen – der Feministinnen von RAWA, des Opferverbandes Social Association of Afghan Justice Seekers, der Solidaritätspartei Afghanistan, die eine anti-fundamentalistischen, demokratischen Bewegung aufbaut, und der künstlerischen Menschenrechtsorganisation AHRDO – bieten neue Perspektiven auf die Konfliktsituation in Afghanistan. Es geht mir nicht darum, die Nicht-Repräsentierten hereinzuholen und Lücken des Eurozentrismus zu füllen. Diese Analysen sind nicht einfügbar, sondern stellen die Idee des liberalen Peacebuilding grundlegend infrage. Denn es gibt vernünftigere Alternativen.

Die vier ausgewählten Organisationen bringen die Einmischung der Interventionsstaaten und deren Auswirkungen in Verbindung mit kolonialer Politik, nennen diese auch kolonial und werden von mir deshalb auch als anti-koloniale Bewegungen begriffen. „[W]hile the world embrace the astonishing progresses, we in Afghanistan choke on the old games of colonization", erklärt beispielsweise die Social Association of Afghan Justice Seekers (SAAJS-Erklärung, 19.08.2014). Die sozialen, anti-kolonialen Kämpfe werden geführt, vielfältige Aktivitäten und Debatten für Frieden mit Gerechtigkeit, Frauenrechte und wirkliche Demokratie

finden statt. „Es ist besser, Ihr verschwindet. […] [L]asst uns in Ruhe mit unseren Feinden. Es ist unsere Verantwortung, […] uns selbst zu befreien." (Zoya, RAWA, 21.06.2008) Im Dezember 2016 machte Selay Ghaffar, Sprecherin der Solidaritätspartei Afghanistan, auf einer Deutschlandreise deutlich, dass es eine Geschichte von Widerstand in ihrem Land gibt und dass dieser auch heute lebendig ist. Sie sind derzeit noch schwach, weil demokratisch und fortschrittlich Denkende über Jahrzehnte von allen Seiten angegriffen und vernichtet wurden. Nun ist es schwer, Zuversicht wieder zu verankern. Doch sie sind hoffnungsvoll für zukünftige Entwicklungen. Frauenbewegung, fortschrittliche Bewegung, revolutionäre Bewegung, ob stark oder schwach, die Stimmen sind da. „Wir sind schwach, aber wir haben die Kraft der Menschen hinter uns, wir sind mitten zwischen den Menschen und haben deren Unterstützung." (Ghaffar, Veranstaltung in Greifswald, 01.12.2016, Mitschrift d. A.) Ghaffar erklärt, dass das imperialistische Gesicht der internationalen Staaten längst aufgedeckt ist und es beinahe jeden Tag Proteste gibt. Die kurdische Bewegung wirkt inspirierend, beschreibt sie, insbesondere ist der erfolgreiche Widerstand gegen die Angriffe des Islamischen Staates in Kobanî ein Vorbild, wie auch der bedeutende Platz der Frauen in dieser Revolution.

Welche Rolle nehmen wir in Europa ein? Welche als Wissenschaftler*innen? Welche als Aktivist*innen, wenn wir das trennen möchten? Edward Said hatte kritische Intellektuelle ermahnt, sich nicht mit ihren Äußerungen anzupassen an das, was sich gut vermarkten lässt, und imperiale Diskurse nicht nur kritisch zurückzuweisen, sondern an der Seite der Nicht-Repräsentierten zu stehen, unangenehme Fragen zu stellen und kritisch für Veränderungen zu intervenieren (vgl. Said 1994). Historischer Kolonialismus und Imperialismus haben die heutigen Weltverhältnisse geprägt und setzen sich in neuen Formen fort (vgl. bspw. Gruffydd Jones 2006; Smith 2008; Castro Varela/Dhawan 2005). Eine Dekolonialisierung des Wissens wurde auch nach der formal-politischen Dekolonialisierung der Welt lange nicht praktiziert und befindet sich noch in den Anfängen. Die Kolonialität heutiger Wissensformen und umfassend in den Machtverhältnissen braucht angesichts der verheerenden Folgen dekolonialisierenden Widerstand auf vielen Ebenen. Auch wissenschaftliche Tätigkeit kann sich daran orientieren und fragen, „how to put research in the favour of decolonial processes of change" (Decoloniality Europe 2013: 1), wie es in der Charta dekolonialer Forschungsethik formuliert wird. „[Wissenschaften] können [...] sowohl Orte der Disziplinierung, Standardisierung und Normierung im Sinne herrschaftsversichernder Diskurse sein, als auch Orte des Widerstands." (Singer 2005: 19) John Holloway, Soziologe an der Benemérita Universidad Autónoma de Puebla in Mexiko, spricht von der Notwendigkeit einer Forschung, die darüber nachdenkt, wie wir die soziale Organisationsform loswerden, die uns zerstört (Holloway 2015: 17):

„Throw away ambivalence. Say with confidence: The only scientific question left is, How do we ensure a future for humanity? And that includes: How do we get rid of the system that is destroying us? How do we think of our studies as part of the struggles against capitalism and to create a different world?“ (Holloway 2015: 14)

John Holloway betont, dass es keine Neutralität gibt, kein Zuschauen, keine objektive Beobachtung. Als Forschende können wir nicht außerhalb der sozialen Konflikte stehen, die Gesellschaft ausmachen (ebd.: 12). In der Friedens- und Konfliktforschung braucht es nach meinem Verständnis mehr politische Auseinandersetzungen, eine Repolitisierung. Wir müssen uns wieder streiten und politisch positionieren. Jede Forschung ist politisch. Es braucht auch eine Positionierung, die sich traut, offen gegen bestehende Ordnungs- und Herrschaftsverhältnisse, nicht zuletzt gegen die patriarchale, kapitalistische und rassistisch-eurozentrische Durchdringung aller Welt- und Lebensverhältnisse, zu sprechen.

Richard Jackson vertritt, dass geforscht werden kann, wie Konflikte geschärft werden, um ungerechte, Gewalt erzeugende Systemstrukturen zu verändern, statt die Probleme der Erhaltung des Status Quo zu lösen (vgl. Jackson 2015: 23-24). Angesichts einer Friedens- und Konfliktforschung, die vor allem danach strebt, globale Konflikte zu kontrollieren und zu unterbinden, um den generellen Status Quo zu erhalten, die dabei auch Gewalt und Militarismus gutheißt, die als friedenserzwingende Operationen, Anti-Terrorismus-Operationen oder humanitäre Interventionen für eben dieses Ziel der Konfliktkontrolle eingesetzt werden, schlägt Richard Jackson vor, die positiven Aspekte von Konflikten zu begreifen (vgl. Jackson 2015). Mit Verweis auf den schwedischen Friedensforscher Herman Schmid (1968) beschreibt Jackson Konflikte als notwendige Voraussetzung für jene Art revolutionärer Systemveränderungen, die erforderlich sind für die Beendigung struktureller und kultureller Gewalt. Dies sei der Weg zu Bedingungen für positiven Frieden und soziale Gerechtigkeit (vgl. Jackson 2015: 23).

Dekoloniale Forschung braucht zusätzlich zur politischen Positionierung auch die epistemische Positionierung. Wir können nicht die epistemische Position der eurozentrischen, zudem universelle Gültigkeit beanspruchenden, westlich-institutionellen Wissenschaft beibehalten. Die Ego-Zentriertheit des autonomen, erkenntnisfähigen Subjekts, das sich idealtypisch außerhalb von Körper, sozialer und natürlicher Welt zu bewegen vorgibt, als ein Fundament der Wissenschaft hat eine zerstörerische Wirkung. Einen Gegensatz dazu bilden die relationale Epistemologie, die große Bedeutung der emotionalen, fürsorglichen, respektvollen und auch bescheidenen Kontaktaufnahme und Beziehungsgestaltung des Forschenden zu der sozialen Gemeinschaft, in der geforscht wird, die persönliche Sichtbarkeit und Rechenschaftspflicht und weitere Prinzipien aus dekolonialen Forschungsagenden. Sich daran zu orientieren, erfordert das Betreten eines unsicheren Terrains, das keine Credits und Karriereziele im akademischen Leistungs- und Konkurrenz-

system befördert. Dekolonialisierung der Forschung macht es zur Aufgabe, die epistemische Autorität und die Verteidigung eurozentrisch-rassistischer Privilegien der Person der Forscher*in aufzugeben und die delegitimierten epistemischen Perspektiven der Marginalisierten, die unsichtbar gemacht werden, zu übernehmen. Diese kommen ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Dieser Prozess erfordert viele ethisch-politische, methodologische und methodische Hinterfragungen und kooperative bzw. kollektiven Entscheidungen; das betrifft insbesondere den Schreibprozess. Es ist nicht damit erledigt, die Aufmerksamkeit anders auszurichten, indem andere Fragen gestellt werden. Auch Partizipation der Beforschten in der Forschung ist allein nicht ausreichend. Eine dekolonialisierende Forschung erfordert sehr viel Kommunikation und Reflexion, um Verständigung zwischen verschiedenen Wissensformen und Rationalitäten zu ermöglichen. Auch um Stück für Stück das kolonial-eurozentrische Denken, Wissen und entsprechende Wissenszugänge abzulegen, zu provinzialisieren oder/und in anderer Weise zu verändern, sind umfangreiche Reflexionen und Diskussionen erforderlich. Deshalb ist eine dekoloniale, kooperative Forschung als individuelles Projekt nur äußerst begrenzt durchführbar (vgl. Mutua/Swadener 2008). Stattdessen müssten kollektive Forschungspraktiken entwickelte werden, mindestens sollte sich eine Forschungsgruppe, ein diverses Kollektiv, für die Durchführung zusammenfinden.

In dieser Forschung habe ich Autorität hin zu den afghanischen basispolitischen Organisationen verschoben, die ich als Subjekte der Erkenntnis, die wertvolles Wissen produzieren, begreife. Ich habe deren Erkenntnisformen anerkannt. Es ging nicht um auszuwertende Daten, sondern um Friedens- und Konfliktwissen für handelndes Eingreifen und die historische Gestaltung von Gesellschaftlichkeit. Eine Verwertung des „empirischen Materials“ ohne kritische Hinterfragung der bestehenden, eurozentrischen, herrschaftsstabilisierenden Wissensformen würde die Kolonialität des Wissens nur verstärken, denn dann würden die Informationen von den sozialen Basisbewegungen in Afghanistan ausgebeutet, beispielsweise um Peacebuilding bzw. Interventions(kriegs)konzepte zu verbessern. Das wäre eine ausbeutende Forschung in der langen Tradition der Verwicklung – auch gut gemeinter – Forschungen mit neo-/kolonialer Praxis.

Hier wurde die Veränderung des Subjekts der Analyse als der Kern des zu bearbeitenden Problems der Forschung verstanden. Dabei habe ich mich auf dekolonialisierende Strategien bezogen: zum einen, wie diese von Meera Sabaratnam formuliert wird: „[A] decolonial or decolonizing project [...] must begin through a re-engagement with that which Eurocentric thinking suppresses or discounts [...].“ (Sabaratnam 2013: 270) Zum anderen habe ich die dekolonialisierende Strategie der Kontrastierung eines feststehenden, eurozentrischen, kolonialen Konzeptes – liberales Peacebuilding – bzw. einer Theorie – liberaler, demokratischer Frieden – mit nicht-einfügbaren Gegenerzählungen verfolgt. Diese Strategie

haben sowohl Sandra Halperin (2006), Mona Singer (2005) als auch Christine Löw (2009) ähnlich vorgeschlagen.

Es ist die Möglichkeit, die ich für Dekolonialisierung gewählt habe. Es gibt nicht nur diese Möglichkeit dafür, das drückt Ina Kerner sehr passend aus:

> „Der Umstand, dass keinerlei Konsens darüber herrscht, welche dieser Strategien die am besten geeigneten sind, und zwar weder für die außerakademische noch für die akademische Praxis, könnte dabei auf den ersten Blick als Nachteil anmuten. […] Aber vermutlich erfordert die Weiterführung der Dekolonisation der Wissenschaften und der Welt sowieso Maßnahmen ganz unterschiedlicher Art. […] Zumindest an Möglichkeiten, die Sache in Angriff zu nehmen, mangelt es nicht." (Kerner 2012: 157)

Mir ist es wichtig ist, dass diese Arbeit oder Teile davon nicht verwertet werden für Projekte, die an den Problemlösungen zum Erhalt des Status Quo arbeiten. Ich wünsche mir, dass meine Forschung dazu inspiriert, neue Beziehungen und Strukturen für dekolonialisierenden Austausch aufzubauen. Eine Grundlage davon besteht in der Freude am Verstehen von übergangenen Wissensformen und Handlungsweisen, die in Organisierungen und Bewegungen entstehen, die die Möglichkeit nicht aufgeben, die zerstörerischen, gewaltvollen Normalverhältnisse zu überwinden. Eine weitere Grundlage ist der Wunsch, selber ein Teil der Veränderungsprozesse zu sein, mit einer entschiedenen Hinterfragung der kolonialen, eurozentrischen und patriarchalen Fundamente der Weltverhältnisse sowie der diese reproduzierenden Praktiken in den gesellschaftlichen Denk-, Lebens- und Arbeitsweisen. Akademisch wie auch außerakademisch können wir Formen des Austausches aufbauen, die zur Entwicklung einer radikal anderen Gesellschaftlichkeit und neuer Formen von Wissenschaft beitragen.

> „Networking across the globe, across language and religions, and across institutions is one of the major tasks of decolonial thinkers and doers working toward global futures no longer controlled by the colonial matrix of power [...]." (Tlostanova/Mignolo 2012: 24)

In diesem Sinne lade ich zur Kommunikation ein:

Revolutionary Association of the Women of Afghanistan (RAWA)
www.rawa.org/rawa/
rawa@rawa.org

Social Association of Afghan Justice Seekers (SAAJS)
www.saajs.com
victims.families@gmail.com

Afghanistan Human Rights and Democracy Organization (AHRDO)
www.ahrdo.org
info@ahrdo.org

Hezbe Hambastagi/Solidaritätspartei Afghanistan (SPA)
www.hambastagi.org
info@hambastagi.org

Außerdem:

Defence Committee for Malalai Joya
www.malalaijoya.com/dcmj/
dcmj.afg@gmail.com

Sympathisanten der Solidaritätspartei Afghanistan in Europa e.V.
Facebook: Hawakhwahane Hambastagi
sympathizersofspa@gmail.com

Coordinamento Italiano Sostegno Donne Afghane (CISDA)
www.osservatoriofafghanistan.com
cisdaonlus@gmail.com

Network Afghanistan
network-afghanistan@nadir.org

Sowie:

Mechthild Exo
mechthild@so36.net

Literatur

Ackerly, Brooke A./Stern, Maria/True, Jacqui (Hg.) (2006): Feminist Methodologies for International Relations. Cambridge: Cambridge University Press.

Afghan Independent Human Rights Commission (2005): A Call for Justice. A National Consultation on past Human Rights Violations in Afghanistan, http://www.aihrc.org.af/media/files/Reports/Thematic%20reports/rep29*1*05call4justice.pdf (29.11.2015).

Afghan Justice Project (2005): Casting Shadows: War Crimes and Crimes against Humanity: 1978-2001. Documentation and analysis of major patterns of abuse in the war in Afghanistan, http://www.refworld.org/pdfid/46725c962.pdf (29.11.2015).

Afghan People's Dialogue on Peace (2014): Building the Foundations for an Inclusive Peace Process. Local Road Maps for Peace, 10.06.2014, Kabul, https://unama.unmissions.org/sites/default/files/eng_report_-_afghan_peoples_dialogues.pdf (28.03.2017).

Afghan Scene (73-74/2010): On the Road. Nr. 73-74, 08-09/2010.

Afghan Scene (77/2010): Scene Photo Special: Afghanistan Through the Pinhole. Nr. 77, 12/2010.

Afghan Scene (78-79/2011): Buzkashi's back. Can Afghanistan's most famous sport go global? Nr. 78-79, 01-02/2011.

Afghan Women's Network/Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.) (2014): Afghan Women Vision 2024.

Afghanistan Analysts Network (AAN) (24.12.2009): The Cabinet list. By Martine van Bijlert, http://www.afghanistan-analysts.org/the-cabinet-list (11.06.2015).

Afghanistan Civil Society Forum (ASCF) Website: Reports & Achievements, Achievements, http://www.acsf.af/english/index.php?option=com_content&view=article&id=4&Itemid=169 (13.04.2017).

Afghanistan Civil Society Forum (ASCF) Website: Projects & Summaries, Initiative to Promote Afghan Civil Society (I-PACS II), http://www.acsf.af/english/index.php?option=com_content&view=article&id=11:initiative-to-promote-afghan-civil-society-i-pacs-ii&catid=32&Itemid=10 (26.03.2017).

Afghanistan Daily (19.09.2009): Karzai: Old issues should not be repeated. Übersetzung durch Afghanistan Watch, in: Truth Newsletter, Nr. 6, 31.09.2009.

Afghanistan Daily (21.10.2010): Taliban Leaders Secretly Come to Afghanistan for Negotiations. Übersetzung durch Afghanistan Watch, in: Truth Newsletter, Nr. 22, 31.10.2010.

Afghanistan Daily (23.10.2010): High Peace Council Spokesman: The High Peace Council Ready to Grant Concessions to the Taliban, Auszug, in: Truth Newsletter, Afghanistan Watch, Nr. 22, 31.10.2010.

Afghanistan Daily (23.10.2010): High Peace Council Spokesman: The High Peace Council Ready to Grant Concessions to the Taliban. Übersetzung durch Afghanistan Watch, in: Truth Newsletter, Nr. 22, 31.10.2010.

Afghanistan Justice Organization (AJO) (2013): Transitional Justice in Afghanistan: „We should not repeat old issues“? Policy Note, http://www.afghanjustice.org/2014/03/11/transitional-justice-in-afghanistan-we-should-not-repeat--old-issues (06.03.2017).

Afghanistan National Development Framework (NDF) (2002): Draft – for consultation, http://unpan1.un.org/intradoc/groups/public/documents/APCITY/UNPAN016262.pdf (04.06.2015).

Afghanistan Research and Evaluation Unit (AREU) (2010): The A to Z Guide to Afghanistan Assistance. Kabul: Selbstverlag.

Afghanistan Watch (31.09.2009): Sixth Note, in: Truth Newsletter, Afghanistan Watch, Nr. 6, 1-1.

Afghanistan Women's 50% Campaign et. al. (08.03.2012): Collective Statement of the Afghanistan Women's 50% Campaign and 21 Women's rights, Human rights , Civil society and media organisations and networks for the 101st International Women's Day, in: Armanshahr, Nr. 23-24, 04/2012, 13-14.

AFP (10.05.2009): Hundreds of students protest Afghan civilian killings, http://www.rawa.org/temp/runews/2009/05/10/hundreds-of-students-protest-afghan-civilian-killings.html (08.04.2017).

Agathangelou, Anna M./Ling, Lily H. M. (2004): The House of IR: From Family Power Politics to the Poisies of Worldism, in: International Studies Review, Nr. 6, 25-49.

Agathangelou, Anna M./Ling, Lily H. M. (2005a): Power and Play through Poisies: Reconstructing Self and Other in the 9/11 Commission Report, in: Millennium – Journal of International Studies, Jg. 33, Nr. 3, 827-853.

Agathangelou, Anna M./Ling, Lily H. M. (2005b): Fiction as Method/Method as Fiction: Stories and Storytelling in the Social Sciences. International Affairs Working Paper 2005-05.

Agathangelou, Anna M./Ling, Lily H. M. (2009): Transforming World Politics. From empire to multiple worlds. London/New York: Routledge.

Ahmad, Weeda (10.12.2014): Interview von Paiwandgāh.af, Afghanistan's largest Citizen Journalism platform, http://paiwandgah.af (nicht mehr aufrufbar).

Ahmad, Weeda (2016a): Frieden statt Gerechtigkeit? Die verhinderte Aufarbeitung von Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen seit 1978, in: Network Afghanistan/Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung e.V. (Hg.): Auf dem Weg zu einem Afghanischen Frühling. Berlin: Selbstverlag, 16-17.

Ahmad, Weeda (2016b): SAAJS. Social Association of Afghan Justice Seekers. in: Network Afghanistan/Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung e.V. (Hg.): Auf dem Weg zu einem Afghanischen Frühling. Berlin: Selbstverlag, 27-29.

AHRDO (Afghanistan Human Rights and Democracy Organization) (2010): Infinite Incompleteness. A Documentary Theatre Play. Skript, englische Übersetzung.

AHRDO (Afghanistan Human Rights and Democracy Organization) (2012a): Newsletter Nr. 1, Januar 2012, http://ahrdo.org/images/newsletter/ahrdo%20 newsletter1.pdf (19.10.2015).

AHRDO (Afghanistan Human Rights and Democracy Organization) (2012b): Newsletter Nr. 3, September 2012, http://ahrdo.org/images/newsletter/ahrdo %20newsletter3.pdf (19.10.2015).

AHRDO (Afghanistan Human Rights and Democracy Organization) (Hg.) (2013a): Creative Resistance for Women's Rights: Central/South Asia's 1st Theater of the Oppressed Conference. Broschüre, http://www.tawanmandi.org.af/ knowledge-portal/Tawanmandi/Creative%20Resistance%20for%20Women% 27s%20Right.pdf (29.05.2015).

AHRDO (Afghanistan Human Rights and Democracy Organization) (2013b): AHRDO Newsletter, Nr. 4&5, Oktober 2013, http://ahrdo.org/ images/newsletter/ahrdo%20newsletter4-5.pdf (19.10.2015).

AHRDO (Afghanistan Human Rights and Democracy Organization) (2013c): The Memory Box. Seeking to Break the Cycle of Violence and Tragedy in Afghanistan. Dokumentarfilm, http://www.youtube.com/watch?v=iZjPi9eV2MA (28.05.2015).

AHRDO (Afghanistan Human Rights and Democracy Organization) (2014): Infinite Incompleteness. A Documentary Theatre Play, in: PAJ Journal of Performance and Arts, Nr. 106, 94-112.

AHRDO (Afghanistan Human Rights and Democracy Organization) Website: About us, http://www.ahrdo.org/about/hm (19.08.2015).

AHRDO (Afghanistan Human Rights and Democracy Organization) Website: Our Works, AHRDO in the Last Three Years, http://www.ahrdo.org/work (28.05.2015).

AHRDO (Afghanistan Human Rights and Democracy Organization) Website: Staff & Structure, http://ahrdo.org/about/staff/10-staff-structure (15.08.2015).

AHRDO (Afghanistan Human Rights and Democracy Organization): AHRDO/ICTJ Advocacy Tour to the U.S.A. http://ahrdo.org/home/20-home/43-ahrdo-advocacy-.html (28.05.2015).

AHRDO (Afghanistan Human Rights and Democracy Organization) Website: Event: Creating Space for Dialogue on Transitional Justice, http://www.ahrdo.org/component/content/article/20-home/36-event-creating-space-for-dialogue-on-transitional-justice-.html (19.08.2015).

AHRDO (Afghanistan Human Rights and Democracy Organization) Website: Human Rights Theater Festival, http://www.ahrdo.org/component/content/article/1-events/39-participatory-theater-festival.htm (28.05.2015).

AHRDO (Afghanistan Human Rights and Democracy Organization) Website: Joint Celebration of 10th December, http://www.ahrdo.org/component/content/article/20-home/6-joint-celebration-of-10th-december.html (28.05.2015).

AHRDO (Afghanistan Human Rights and Democracy Organization) Website: Nobody has the Right to Forgive the Perpetrators, http://www.ahrdo.org/component/content/article/20-home/35-nobody-has-the-right-to-forgive-the-perpetrators (28.05.2015).

AHRDO (Afghanistan Human Rights and Democracy Organization) Website: The Ghost of War: Human Rights Theatre and „Creating Spaces for Change", http://ahrdo.org/publication/articles/17-the-ghost-of-war (28.05.2015).

AHRDO (Afghanistan Human Rights and Democracy Organization) Website: Transitional Justice Serves to Heal Wounds of the Oppressed, http://ahrdo.org/component/content/article/1-events/40-transitional-justice-serve-to-heal-wounds-of-the-oppressed-.html (28.05.2015).

Alcoff, Linda/Potter, Elizabeth (Hg.) (1993): Feminist Epistemologies. New York/London: Routledge.

American Anthropological Association Commission on the Engagement of Anthropology with the US Security and Intelligence Communities (2009): Final Report on The Army's Human Terrain System Proof of Concept Program, http://www.aaanet.org/cmtes/commissions/CEAUSSIC/upload/CEAUSSIC*HTS*Final*Report.pdf (17.07.2011).

Amnesty International (AI) (08.03.2010): Human rights must be guaranteed during reconciliation talks with the Taliban. Petion AI Index ASA 11/003/2010, http://www.amnesty.org/en/library/asset/ASA11/003/2010/en/dec862f8-4972-4de2-92a8-5b608ce1091c/asa110032010eng.pdf (25.11.2014).

Amnesty International (AI) (08.03.2010): Afghanistan: Human Rights must be guaranteed during reconciliation talks with the Taleban. Index ASA 11/003/2010.

Anderson, Lisa (2011): Trustlaw Poll – Afghanistan is most dangerous country for women. Thomson Reuters Foundation, 15.06.2011, http://news.trust.org/item/20110615000000-na1y8/?source=spotlight (04.03.2017).

Anwari (07.12.2006): „Der Westen hört den Afghanen nicht zu". Interview mit der afghanischen Menschenrechtskommissarin Hangama Anwari, Die Tageszeitung taz.

AP (24.11.2001): Afghaninnen mit „Mona-Lisa“-Preis des ZDF geehrt, in: RAWA (2002): RAWA in the World Media. Selbstverlag.

Arbabzadah, Nushin (19.09.2013): We waited for my uncle for 35 years: The names of 5,000 killed by the regime between 1978 and 1979 have been revealed. Baqir was on the list, The Guardian, https://www.theguardian.com/commentisfree/2013/sep/19/afghanistan-unresolved-grief (31.03.2017).

Armanshahr Foundation et. al. (24.07.2012): Mr. President! Justice must have the final say! Mr. President, we heard you! We have also been saying this for 10 years! Statement of a group of justice and truth seekers in Afghanistan, http://openasia.org/en/?p=935 (04.04.2017).

Australian Institute of Aboriginal and Torres Strait Islander Studies (AIATSIS) (2011): Guidelines for Ethical Research in Australian Indigenous Studies. http://www.aiatsis.gov.au/research/docs/GERAISjune2011.pdf (17.07.2011).

Bahrami, Abdul Ahad (31.10.2010): Taliban's Rebound: a Threat to Afghanistan's Democratic Values, in: Truth Newsletter, Afghanistan Watch, Nr. 22, 16-17.

Baraki, Matin (2004): Afghanistan nach den Taliban, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 48/2004, 22.11.2004.

Barnett, Michael (2008): Beyond Liberal Peacebuilding, in: ConflictInFocus, Nr. 22, 7-9.

Basharat, Hakim (19.06.2012): SPA not suspended, Cabinet informed. Pajhwok News Agency, http://archive.pajhwok.com/en/2012/06/18/spa-not-suspended-cabinet-informed (25.03.2017).

Bauer, Antje (2002): Handlungsräume und Hindernisse für die Beteiligung von Frauen am demokratischen Aufbau in Afghanistan. Ergebnisse und Interviewtexte aus einer journalistischen Recherche vor Ort, Berghof Arbeitspapier Nr. 20, Berghof Forschungszentrum für konstruktive Konfliktbearbeitung, 08/2002.

BBC (12.09.2008): The Interview: Amrullah Saleh, http://www.bbc.co.uk/world service/specials/924*interview*archiv/page2.shtml (03.06.2015).

BBC News (23.03.2001): Afghan feminists go online. http://rawa.org/bbc-rawa.htm (16.08.2015).

Beg, Bator/Payam, Ali (2010): Charting a Course for a Sustainable Peace: Linking Transitional Justice and Reconciliation in Afghanistan. http://www.watch afghanistan.org/files/Charting*%20a*Course*for*a*Sustainable*Peace.pdf (27.03.2015).

Bello, Walden (2006): Humanitäre Intervention = Liberaler Interventionismus. Interview, IPPNW-Forum, Nr. 97.

Benard, Cheryl/Schlaffer, Edit (25.11.2001): Rebellinnen des Herzens, in: Die Welt, http://www.welt.de/print-wams/article617423/Rebellinnen-des-Herzens.html (03.06.2015).

Benard, Cheryl (2002): Veiled Courage: Inside the Afghan Women's Resistance. New York: Broadway Books.

Benard, Cheryl/Schlaffer, Edit (2002): „Die Politik ist ein wildes Tier.“ Afghanische Frauen kämpfen um ihre Zukunft. München: Droemer.

Benish, Jalil (2007): Transitional Justice in Afghanistan. End or new beginning? An Analysis on the Implications of Transitional Justice on Afghanistan’s Passage towards Stability. 20.02.2007, https://de.scribd.com/document/36776266/Transitional-Justice-in-Afghanistan-End-or-New-Beginning-English (06.03.2017).

Benish, Jalil/Acharya, Bhanu Bhakta/Ibrahimi, Niamatullah (2008): Between Impunity and Accountability. A comparative overview of transitional justice processes in two post-Conflict South Asian Countries: Nepal and Afghanistan. Afghanistan Watch Briefing Paper, December 10, 2008.

Bezhan, Frud (03.10.2012): Afghan Students Protest Renaming of Their University after Former President Rabbani. Radio Free Europe Radio Liberty, http://www.rferl.org/content/afghan-students-protest-renaming-of-kabul-university/24728037.html (03.06.2015).

Bishop, Russell (1998): Freeing ourselves from neo-colonial domination in research: A Maori approach to creating knowledge. International Journal of Qualitative Studies in Education, Nr. 11, 199-219.

Bishop, Russell (2005): Freeing Ourselves from Neocolonial Domination in Research. A Kaupapa Maori Approach to Creating Knowledge, in: Denzin, Norman K./Lincoln, Yvonna S. (Hg.): The Sage Handbook of Qualitative Research. Third Edition. Thousand Oaks/London/New Delhi: Sage Publications.

Bleiker, Roland (1997): Forget IR Theory, in: Alternatives, Nr. 22, 57-85.

Bleiker, Roland (2001): The Aesthetic Turn in International Political Theory, in: Millennium – Journal of International Studies, Jg. 30, Nr. 3, 509-533.

Bleiker, Roland (2006): Art After 9/11, in: Alternatives, Nr. 31, 77-99.

Bleiker, Roland (2009): Aesthetics in World Politics. Houndmills, Basingstoke, Hampshire: Palgrave Macmillan.

Bliesemann de Guevara, Berit/Kühn, Forian P. (2010): Illusion Statebuilding. Warum sich der westliche Staat so schwer exportieren lässt. Hamburg: edition Körber-Stiftung.

Bonacker, Thorsten/Daxner, Michael/Free, Jan/ Zürcher, Christoph (Hg.) (2010): Interventionskultur. Zur Soziologie von Interventionsgesellschaften. Wiesbaden: Springer VS.

Boone, Jon (02.06.2010) Taliban attack Afghan leaders’ meeting. Taliban suicide bombers and rockets attack Afghanistan talks as Hamid Karzai launches peace plans. The Guardian, http://www.theguardian.com/world/2010/jun/02/taliban-attack-afghan-leaders-meeting (16.08.2015).

Brandstetter, Gabriele (2013): „On research“. Forschung in Kunst und Wissenschaft – Herausforderungen an Diskurse und Systeme des Wissens, in: Peters, Sibylle (Hg.): Das Forschen aller. Artistic Research als Wissensproduktion zwischen Kunst, Wissenschaft und Gesellschaft. Bielefeld: transcript

Braun, Reiner/Karch, Kristine (2013): Friedensbewegte in Afghanistan „Ein Schrei nach Frieden“ – Impressionen einer Reise, in: Braun, Reiner /Luig, Pascal (Hg.): Afghanistan zwischen Abzug und Wahlen. Broschüre, Selbstverlag, http://afghanistanprotest.eu/wp-content/uploads/2013/11/Afghanistan-zwischen-Abzug-und-Wahlen.pdf (01.02.2017).

Brodsky, Anne E. (2003): With all our strength. The Revolutionary Association of the Women of Afghanistan. New York/London: Routledge.

Brunner, Claudia (2015): Das Konzept epistemischer Gewalt als Element einer transdisziplinären Friedens- und Konflikttheorie, in: Wintersteiner, Werner/Wolf, Lisa (Hg.): Friedensforschung in Österreich, Bilanz und Perspektiven. Jahrbuch Friedenskultur, Bd. 10, Klagenfurt/Celovec: Drava Verlag, 38-53.

Brunner, Claudia (2017): Relationierung statt Relativierung. Gewaltkritik in Zeiten terroristischer Gewalt, in: frauen*solidarität, Nr. 139, 10-11.

Building Markets (2012): Programmflyer, Afghanistan, Angebot von Capacity Building für Menschenrechtsorganisationen.

Building Markets Website: Strengthening Democratic Actors in Afghanistan, http://buildingmarkets.org/strengthening-democratic-actors-afghanistan, (12.02.2015).

Burman, Anders (2011): Places to Think With, Books to Think About. Words, Experiences and the Decolonization of Knowledge in the Bolivian Andes, in: Human Architecture, Band IX, Special Issue, 101-120.

Bush, Laura (17.11.2001): Radio Address to the Nation: The Taliban's War against Women, http://2001-2009.state.gov/g/drl/rls/rm/2001/6206.htm (13.04.2015).

Campbell, Susanna/Chandler, David/Sabaratnam, Meera (2011): Introduction: The Politics of Liberal Peace, in: Campbell, Susanna/Chandler, David/Sabaratnam, Meera (Hg.): A Liberal Peace? The Problems and Practices of Peacebuilding. London/New York: Zed-Books.

Campbell, Susanna/Chandler, David/Sabaratnam, Meera (Hg.) (2011): A Liberal Peace? The Problems and Practices of Peacebuilding. London/New York: Zed-Books.

Cannella, Gaile S./Manuelito, Kathryn D. (2008): Feminism From Unthought Locations: Indigenous Worldviews, Marginalized Feminisms, and Revisioning an Anticolonial Social Science, in: Denzin, Norman K./Lincoln, Yvonna S./Smith, Linda Tuhiwai (Hg.): Handbook of Critical and Indigenous Methodologies. Los Angeles/London/New Delhi/Singapore: Sage Publications.

CAPS (Centre for Conflict and Peace Studies) Website: About CAPS, http://www.caps.af/caps.asp (04.08.2015).

Castro Varela, Maria Do Mar/Dhawan, Nikita (2005): Postkoloniale Theorie. Eine kritische Einführung. Bielefeld: transcript.

CBSNews (02.08.2010): Ex-CIA Operative Comes Out of the Shadows. http://www.cbsnews.com/stories/2009/12/23/60minutes/main6014887*page2.shtml?tag=contentMain;contentBody (03.06.2015).

Center for Strategic and International Studies (CSIS) (27.05.2010): Afghanistan's National Consultative Peace Jirga. Von Lamb, Robert D./Samdani, Mehlaqa/Fleischner, Justine, http://csis.org/publication/afghanistans-national-consultative-peace-jirga-0 (03.06.2015).

Chair for Social Anthropology Ruhr-Universität Bochum (2011): Interview Christian Sigrist, 02.05.2011, http://www.germananthropology.com/cms/media/uploads/4e53c31888fd9/interview_4f06f3b397399.pdf (14.02.2017).

Chakrabarty, Dipesh (2000): Provincializing Europe. Postcolonial Thought and Historical Difference. Princeton: Princeton University Press.

Chandler, David (2006a): Back to the Future? The Limits of Neo-Wilsonian Ideals of Exporting Democracy, in: Review of International Studies, Jg. 32, Nr. 3, 475-494.

Chandler, David (2006b): Empire in Denial. The Politics of State-Building. London/Ann Arbor: Pluto.

Chandler, David (2010): The Uncritical Critique of „Liberal Peace", in: Review of International Studies, Nr. 36, 137-155.

Chang, Andrew (06.01.2006): Who is Zahmay Khalilzad? AbcNews, http://abcnews.go.com/International/story?id=79515&page=1 (15.08.2015).

Chomsky, Noam (2009): Erklärung von Prof. Noam Chomsky vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen am 23. Juli 2009. Themendialog zu „Responsibility to Protect" („Verantwortung zum Schutz", R2P), Orginalartikel: UN Address: Dialogue on the Responsibility to Protect, übersetzt von Andrea Noll, http://www.zmag.de/artikel/erklaerung-von-prof.-noam-chomsky-vor-der-vollversammlung-der-vereinten-nationen-am-23.-juli-2009 (03.03.2013).

CIA Red Cell (11.03.2010): Afghanistan: Sustaining West European Support for the NATO-led Mission—Why Counting on Apathy Might Not Be Enough. A Red Cell Special Memorandum, https://file.wikileaks.org/file/cia-afghanistan.pdf (03.06.2015).

Civil Society Resolution (2010): (Ohne Titel, ohne Datum) Erklärung zum Friedensprozess und zur Bildung des High Peace Council. https://www.boell.de/sites/default/files/assets/boell.de/images/download_de/worldwide/Civil_Society_Resolution_Eng.pdf (31.03.2017).

Clark, Kate (24.06.2010): „Hundreds of Taleban released last year", http://www.afghanistan-analysts.org/hundreds-of-taleban-released-last-year (03.06.2015).

Clark, Kate (26.09.2013): Death List Published: Families of disappeared end a 30 year wait for news. Afghanistan Analysts Network-Bericht, https://www.afghanistan-analysts.org/death-list-published-families-of-disappeared-end-a-30-year-wait-for-news/ (03.06.2015).

Common Dreams News Center (25.10.2001): Greens Call Suppression of Debate About the War a Threat to US Democracy, http://www.rawa.org/green.htm (15.08.2015).

Daily Mandagar (02.04.2013): Who will pay for the release of Taliban prisoners? Übersetzter Auszug in: Truth Newsletter, Afghanistan Watch, Nr. 46, April 2013.

Darby, Phillip (2004): Pursuing the Political: A Postcolonial Rethinking of Relations International, in: Millennium: Journal of International Studies, Jg. 33, Nr. 1, 1-32.

Darby, Phillip (2006): Security, Spatiality, and Social Suffering, in: Alternatives, Nr. 31, 453-473.

Dawn (11.12.2001): RAWA flays HR record of Alliance leaders, http://rawa.org/dec10-01p.htm (21.07.2015).

Dawn News (08.10.2012): Pak-Afghan left parties: Firm stand against meddling. http://dawn.com/2012/10/08/pak-afghan-left-parties-firm-stand-against-meddling/ (03.06.2015).

Daxner, Michael (2008): Der Heimatdiskurs. Tagung der Deutsche Gesellschaft für Soziologie, Jena, 07. Oktober 2008 , unveröffentlichtes Manuskript.

Daxner, Michael (2014): Afghanistan: Fortschritt – Erfolg – Scheitern, in: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): Dossier: Afghanistans Wandel im Werden? Menschen, Meinungen und der politische Prozess im Jahr 2014. http://www.boell.de/de/2014/03/07/afghanistan-progress-success-failure-fehlt (09.05.2015).

Daxner, Michael/Free, Jan H./Schüßler, Maike/Thiele, Ursula (2007): Staatsgründungskrieg und Heimatdiskurs. Afghanistan – und die Grundlagen und Probleme humanitärer Interventionen, in: Kommune – Forum für Politik, Ökonomie, Kultur, Nr. 6 /2007, 62-82.

Debiel, Tobias/Held, Thomas/Schneckener, Ulrich (Hg.) (2016): Peacebuilding in Crisis. Rethinking Paradigms and practices of transnational cooperation, Abingdon/New York: Routledge.

Decoloniality Europe (2013): Charter of Decolonial Research Ethics. http://decolonialityeurope.wix.com/decoloniality#!charter-of-decolonial-research-ethics/cnv4 (27.03.2015).

Decoloniality Europe: Decolonial Key Concepts, http://decolonialityeurope.wix.com/decoloniality#!key-concepts/c18i9 (21.07.2015).

Denzin, Norman K./Lincoln, Yvonna S. (2008): Introduction. Critical Methodologies and Indigenous Inquiry, in: Denzin, Norman K./Lincoln, Yvonna S./Smith, Linda Tuhiwai (Hg.): Handbook of Critical and Indigenous Methodologies. Los Angeles/London/New Delhi/Singapore: Sage Publications.

Denzin, Norman K./Lincoln, Yvonna S. (Hg.) (2005): The Sage Handbook of Qualitative Research. Third Edition. Thousand Oaks/London/New Delhi: Sage Publications.

Denzin, Norman K./Lincoln, Yvonna S./Smith, Linda Tuhiwai (Hg.) (2008): Handbook of Critical and Indigenous Methodologies. Los Angeles/London/New Delhi/Singapore: Sage Publications.

Deutsche Gesellschaft für Völkerkunde (02.10.2009): Ethnologen in Krisen- und Kriegsgebieten: Ethische Aspekte eines neuen Berufsfeldes. Protokoll Diskussionsforum, Goethe-Universität Frankfurt/Main, http://www.presse.dgv-net.de/tl*files/presse/Protokoll*Ethik.pdf (09.04.2015).

Deutscher Bundestag (12.10.2007): Stenografischer Bericht 119. Sitzung. Berlin, 12.10.2007, Plenarprotokoll 16/119.

Deutscher Bundestag (01.09.2014): Stenografischer Bericht 48. Sitzung. Berlin, Plenarprotokoll 18/48.

Die Bundesregierung (2008): Frieden und Entwicklung in Afghanistan – Sicherheit für uns. Deutschland hilft in Afghanistan.

Die Bundesregierung (2014): Fortschrittsbericht Afghanistan.

Die Welt (20.12.2001): Tempodrom-Gala zugunsten afghanischer Frauen. http://www.welt.de/print-welt/article493894/Tempodrom-Gala-zugunsten-afghanischer-Frauen.html (03.06.2015).

Duffield, Mark R. (2001): Global Governance and the New Wars: The Merging of Development and Security. New York: Zed.

Duffield, Mark R. (2007): Development, Security and Unending War: Governing the World of Peoples. Cambridge: Polity Press.

Dussel, Enrique (2000): Europe, Modernity, and Eurocentrism, in: Nepantla, Jg. 1, Nr. 3, 65-478.

Eide, Kai (06.03.2010): Kai Eide's last event: Women empowerment conference. http://unama.unmissions.org/Default.aspx?ctl=Details&tabid=12254&mid=15756&ItemID=32380 (16.08.2015).

Elliott, Cathy (2009): The Day Democracy Died: The Depoliticizing Effects of Democratic Development, in: Alternatives, Nr. 34, 249-274.

Emadi, Hafizullah (1996): The state and rural-based rebellion in Afghanistan, in: Central Asian Survey, Jg. 15, Nr. 2, 201-211.

Emadi, Hafizullah (1997): State, Revolution, and Superpowers in Afghanistan. Karachi: Royal Book Company.

Emadi, Hafizullah (2001): Radical political movements in Afghanistan and their politics of peopes' empowerment and liberation, in: Central Asian Survey, Jg. 20, Nr. 4, 427-450.

Emadi, Hafizullah (2002): Repression, Resistance, and Women in Afghanistan. Westport: Praeger Publishers.

Enduring Strategic Partnership Agreement between the United States of America and The Islamic Republic of Afghanistan. http://photos.state.gov/libraries/afghanistan/231771/PDFs/2012-05-01-scan-of-spa-english.pdf (15.08.2015).

Epatko, Larisa (04.04.2014): „To Kill a Sparrow" shows Afghanistan's double standard on adultery, PBS Newshour, http://www.pbs.org/newshour/updates/kill-sparrow/ (05.03.2017).

EU (2003): Ein sicheres Europa in einer besseren Welt. Europäische Sicherheitsstrategie. http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/031208ESSIIDE.pdf (27.03.2015).

Evans, Maya (31.12.2011): Maya Evans meets the Social Association of Afghan Justice Seekers. Blog, http://fromhastingstokabul.wordpress.com/page/3/ (03.06.2015).

Exo, Mechthild (2007): Mothers have the right to speak out – but keep silent. Difficulties of conducting research in a militarized society, in: Centre for Peace Studies (Hg.): Methodologies in Peace Research. CPS Working Papers, Nr. 10. University of Tromsø: Tromsø.

Exo, Mechthild (2009): Demokratie von unten, Demokratie von oben. Eindrücke einer Reise nach Kabul, in: ak –Analyse & Kritik, Nr. 540, 19. Juni 2009.

Exo, Mechthild (2010): Erfahrungsbericht Forschungsaufenthalt in Afghanistan. Veröffentlicht im Intranet der Rosa Luxemburg Stiftung.

Exo, Mechthild (2011): You do not hear us! Die unbekannte linke und feministische Opposition in Afghanistan, in: ak – Analyse & Kritik, Nr. 563, 19. August 2011.

Exo, Mechthild (2012): Wenn ich es nicht mache, wer dann? in: Pakistan und Afghanistan kämpfen Frauen und Mädchen für ihre Rechte, in: ak – Analyse & Kritik, Nr. 577, 16. November 2012.

Exo, Mechthild (2014): Trotz Krieg und „Entwicklungshilfe“ – Frauen-Basisorganisierung in Afghanistan, in: Ronahî. Zeitschrift des Verbandes der Studierenden aus Kurdistan e.V. Kovara Yekîtiya Xwendekarên Kurdistan (YXK), Nr. 39, 44-47.

Exo, Mechthild (2015a): Indigene Methodologie als Stachel für die Friedens- und Konfliktforschung. Über Rechenschaftspflicht und das Erlernen dekolonisierender Praxis, in: Bös, Matthias/Schmitt, Lars/Zimmer, Kerstin (Hg.): Konflikte vermitteln? Lehren und Lernen in der Friedens- und Konfliktforschung, Wiesbaden: VS Verlag.

Exo, Mechthild (2015b): Dekoloniale und feministische Perspektiven auf Peacebuilding, in: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (ÖSFK) (Hg.): Gewalt für den Frieden? Vom Umgang mit der Rechtfertigung militärischer Intervention. Münster: LIT-Verlag.

ÊzîdîPress (05.03.2017): Shingal: Peschmerga töten Êzîden mit deutschen Waffen, http://ezidipress.com/blog/shingal-peschmerga-toeten-eziden-mit-deutschen-waffen/ (08.04.2017).

Farzad (2014): Ms. Sima Samar Forgives the „Sanguinary Executioners“. Readers Column, http://www.hambastagi.org/new/english-section/readers-column/787-sima-samar-forgives-the-sanguinary-executioners.html (22.03.2017).

Fairbairn, Gavin (2004): Devoloping Academic Storytelling. Vortrag AARE Conference, University of Melbourne, 30.11.2004, http://www.aare.edu.au/data/publications/2004/fai04793.pdf (27.03.2015).

Felbad-Brown, Vanda (19.06.2013): The Political Games in the Taliban Negotiations. http://www.brookings.edu/research/articles/2013/06/19-taliban-negotiations-after-karzai-suspends-peace-talks-with-us-felbabbrown (03.06.2015).

Fluri, Jennifer L. (2006): „Our Website Was Revolutionary", Vitual Spaces of Representation and Resistance, in: ACME: An International E-Journal for Critical Geographies, Jg. 5, Nr. 1, 89-111.

Fluri, Jennifer L. (2009): „Foreign Passports Only": Geographies of (Post)Conflict Work in Kabul, Afghanistan, in: Annals of the Association of American Geographers, Jg. 99, Nr. 5, 986-994.

Fortune, Vanessa (2013): Interview, in: AHRDO Newsletter Nr. 4&5, Oktober 2013, 9-10.

Franz, Angelika (04.12.2001): Hilfe für Afghanistans Frauen, Stern Magazin, Nr. 50, http://angelika-franz.net/2001/12/11/hilfe-fur-afghanistans-frauen/ (11.06.2015).

Gall, Carlotta (21.10.2003): Housing Plan for Top Aides in Afghanistan Draws Rebuke, New York Times, http://www.nytimes.com/2003/09/21/world/housing-plan-for-top-aides-in-afghanistan-draws-rebuke.html (20.08.2015).

Gandamack Lodge Website: Home, http://www.Gandamack Lodge.co.uk/index.htm (21.07.2015).

Gandamack Lodge Website: Rooms, http://www.Gandamack Lodge.co.uk/rooms.htm (21.07.2015).

Garbe, Sebastian (2013): Deskolonisierung des Wissens: Zur Kritik der epistemischen Gewalt in der Kultur- und Sozialanthropologie, in: Austrian Studies in Social Anthropology, Nr. 1, 1-17, http://www.univie.ac.at/alumni.ksa/index.php/journale-2013/deskolonisierung-des-wissens.html (18.09.2013).

Gebauer, Thomas (2011): Zivil-militärische Zusammenarbeit. NGOs im Kontext der Militarisierung des Humanitären, in: Becker, Johannes M./Wulf, Herbert (Hg.): Afghanistan: ein Krieg in der Sackgasse. Berlin: Lit Verlag, 145-160.

Geis, Anna (2001): Diagnose: Doppelbefund – Ursache ungeklärt? Die Kontroverse um den „demokratischen Frieden", in: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 42, Nr. 2, 282-298.

Geis, Anna/Müller, Harald/Wagner, Wolfgang (Hg.) (2007): Schattenseiten des Demokratischen Friedens. Zur Kritik einer Theorie liberaler Außen- und Sicherheitspolitik. Frankfurt a.M./New York: Campus.

Geis, Anna (2011): Der „demokratische Frieden" als politisches Rechtfertigungsnarrativ, http://www.his-online.de/forschung/1592/ (16.08.2015).

Gelb, Leslie H. (19.12.2011): Joe Biden On Iraq, Iran, China and the Taliban. The United States won't spend a dime to bail out Europe. The Taliban is not our enemy. And nobody's easing up on Iran's nukes. The vice president lets fly. Interview vom 15.12.2011, Newsweek, http://mag.newsweek.com/2011/12/18/joe-biden-on-iraq-iran-china-and-the-taliban.html. (08.07.2015)

Giorgi, Gianna C. (2009): The Revolutionary Association of the Women of Afghanistan: Lifting the Veil of Feminism in Afghanistan. History Seminar, Uni-

versity of Massachusetts Boston, http://www.umb.edu/editor*uploads/images/kingston-mann/Giorgi.pdf, (27.03.2015).

Giustozzi, Antonio (2010): Between Patronage and Rebellion. Student Politics in Afghanistan, in: Afghanistan Research and Evaluation Unit Briefing Paper Series. Kabul: AREU.

Glassner, Rainer (07.12.2005): Afghanistan: Herausforderung und Verantwortung für eine Politik menschlicher Sicherheit , Vortrag auf dem Symposium: Human Security under Stress? Afghanistan – Herausforderung für eine Politik menschlicher Sicherheit, eine Veranstaltung der AG Human Security a.d. Universität Marburg und des Zentrums für Konfliktforschung, Universität Marburg mit freundlicher Unterstützung des Instituts für Entwicklung und Frieden, INEF an der Universität Duisburg-Essen.

Gomez, Alan (2010): U.S. forces on Taliban°s heels, USA TODAY 22.03.2010, http://usatoday30.usatoday.com/news/military/2010-03-21-afghanistan*N.htm (16.08.2015).

Gonzáles, María Christina (2000): The Four Seasons of Ethnography: A creation-centred ontology of ethnography, in: International Journal of Intercultural Relations, Jg. 24, Nr. 5, 623-650.

Gossman, Patricia (2011): Afghan High Peace Council Fails to Reflect Afghan Civil Society, in: United States Institute of Peace Peace Brief Nr. 74/2011.

Gossman, Patricia/Kouvo, Sari (2013): Tell Us How This Ends. Transitional Justice and Prospects for Peace in Afghanistan. Afghanistan Analysts Network Thematic Report 02/2013, http://www.afghanistan-analysts.org/wp-content/uploads/2013/06/2013-06*AAN*TransitionalJustice2.pdf (27.03.2015).

Gramsci, Antonio (2012): Gefängnishefte. 10 Bände, hg. v. Bochmann, Klaus/Haug, Wolfgang Fritz, Hamburg: Argument-Verlag.

Graham-Harrison, Emma (14.06.2012): Afghanistan suspends political party sparking fears over freedom of speech, The Guardian, https://www.theguardian.com/world/2012/jun/14/afghanistan-suspends-solidarity-party (25.03.2017).

Grosfoguel, Ramón/Cervantes-Rodríguez, Ana Margarita (Hg.) (2002): The Modern/Colonial/Capitalist World-System in the Twentieth Century. Global Processes, Antisystemic Movements, and the Geopolitics of Knowledge. Westport: Praeger.

Grosfoguel, Ramón (2008): Decolonizing Political-economy and Postcolonial Studies: Transmodernity, Border Thinking, and Global Coloniality. Original in Englisch. http://www.eurozine.com/pdf/2008-07-04-grosfoguel-en.pdf (29.11.2015), erste Veröffentlichung in Portugiesisch, in: Revista Crítica de Ciências Sociais, Nr. 80, 115-147.

Grosfoguel, Ramón (2010): Die Dekolonisation der politischen Ökonomie und der postkolonialen Studien: Transmoderne, Grenzdenken und globale Kolonialität, in: Boatca, Manuela/Spohn, Willfried (Hg.): Globale, multiple und postkoloniale Modernen. München: Rainer Hampp Verlag, 309-338.

Grosfoguel, Ramón (2011a): Decolonzing Post-Colonial Studies and Paradigms of Political-Economy: Transmodernity, Decolonial Thinking, and Global Coloniality, in: Transmodernity. Journal of Peripheral Cultural Production of the Luso-Hispanic World, Jg. 1, Nr. 1; http://escholarship.org/uc/item/21k6t3fq (27.03. 2015).

Grosfoguel, Ramón (2011b): Die Dilemmas of Ethnic Studies in the United States. Between Liberal Multiculturalism, Identity Politics, Disciplinary Colonization, and Decolonial Epistemologies, in: Human Architecture: Journal of the Sociology of Self-Knowledge. Nr. IX, Special Issue, 81-90.

Group of Victims' Families/Social Association of Afghan Justice Seekers (SAAJS) (10.12.2007): Resolution. Honorable compatriots.

Gruffydd Jones, Branwen (Hg.) (2006): Decolonizing International Relations. Lanham/Plymouth: Rowman & Littlefield Publishers.

Haid, Michael/Schürkes, Jonna/Wagner, Jürgen (2011): Experimentierfeld Afghanistan: Zehn Jahre Krieg und keine Ende in Sicht. Tübingen: IMI.

Halperin, Sandra (2006): International Relations Theory and the Hegemony of Western Conceptions of Modernity, in: Gruffydd Jones, Branwen: Decolonizing International Relations. Lanham/Plymouth: Rowman & Littlefield Publishers.

Hasht-e Sobh Daily (11.10.2010): A'za-ye shura-ye 'ali-ye solh dar jang beshtar tajruba darand' von Zaffar Shah Ruyi, Übersetzung, in: Ruttig, Thomas (2011): The Ex-Taleban on the High Peace Council. A renewed role for the Khuddam ul-Furqan. Afghanistan Analysts Network.

Hasht-e Sobh Daily (14.10.2010): Exclusion of the Leaders from the Blacklist, a Concession for the Taliban. Übersetzung durch Afghanistan Watch, in: Truth Newsletter, Nr. 22, 31.10.2010.

Hasht-e Sobh Daily (24.10.2010): No Peace with Concessions. Übersetzung durch Afghanistan Watch, Auszug , in: Truth Newsletter, Nr. 22, 31.10.2010.

Heathershaw, John (2008): Unpacking the Liberal Peace. The Dividing and Merging of Peacebuilding Discourses, in: Millennium – Journal of International Studies, Jg. 36, Nr. 3, 597-621.

Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.) (2006): Schriften zur Demokratieförderung unter Bedingungen fragiler Staatlichkeit. Band 1: Afghanistan.

Heinrich-Böll-Stiftung (01.12.2009) Offener Brief afghanischer Frauen an die Abgeordneten des Bundestages, http://www.boell.de/de/navigation/asien-7916. html (21.03.2017).

Heinrich-Böll-Stiftung (2014): Dossier: Afghanistans Wandel im Werden? Menschen, Meinungen und der politische Prozess im Jahr 2014, https:// www.boell.de/de/afghanistan-dossier (04.08.2015).

Holloway, John (2015): Resistance Studies: A Note, A Hope, in: Journal of Resistance Studies, Jg. 1, Nr. 1, 12-17.

Huffington Post (18.06.2013): U.S., Taliban to Hold Talks in Doha, http://www.huffingtonpost.com/2013/06/18/us-taliban-talks*n*3459383.html (20.08.2015).

Human Rights Watch (2005): Bood-Stained Hands. Past Atrocities in Kabul and Afghanistan's Legacy of Impunity. New York: Human Rights Watch.

Human Rights Watch (2010): The „Ten-Dollar Talib“ and Women's Rights. Afghan Women and the Risks of Reintegration and Reconciliation. https://www.hrw.org/sites/default/files/reports/afghanistan0710webwcover.pdf (19.02.2017).

Human Rights Watch (2011): World Report 2011. Events of 2010. www.hrw.org.

Human Rights Watch (05.12.2011): Afghanistan: A Decade of Missed Opportunities. 10 Years after Bonn, Human Rights Situation Remains Critical, http://www.hrw.org/news/2011/12/03/afghanistan-decade-missed-opportunities (20.08.2015).

Human Rights Watch (2012a): „I had to run away“ – The Imprisonment of Women and Girls for „Moral Crimes“ in Afghanistan. Bericht, März 2012.

Human Rights Watch (2012b): Jahresbericht 2012. Country Summary Afghanistan. https://www.hrw.org/sites/default/files/related_material/afghanistan_2012.pdf.pdf (21.03.2017).

Human Rights Watch (07.05.2013): Crackdown on Solidarity Party Appears Aimed at Quashing Public Criticism of Government. Kabul.

Human Rights Watch (01.12.2013): Afghanistan: ICC Prosecutor Finds Grave Crimes. Finding Should Trigger Full Analysis, Fact-Finding Mission, https://www.hrw.org/news/2013/12/01/afghanistan-icc-prosecutor-finds-grave-crimes (21.03.2017).

Human Rights Watch (2013): World Report 2013. Events of 2012. www.hrw.org.

Human Rights Watch (21.04.2013): Afghanistan: Surge in Women Jailed for „Moral Crimes“. Prosecute Abusers, Not Women Fleeing Abuse, http://www.hrw.org/news/2013/05/21/afghanistan-surge-women-jailed-moral-crimes (20.08.2015).

Human Rights Watch (04.07.2013): Submission on the Combined Initial and Second Periodic Report of Afghanistan to the United Nations Committee on the Elimination of Discrimination against Women, https://www.hrw.org/news/2013/07/04/submission-combined-initial-and-second-periodic-report-afghanistan-united-nations (21.03.2017).

Human Rights Watch (11.07.2013): Afghanistan: Failing Commitments to Protect Women's Rights, https://www.hrw.org/news/2013/07/11/afghanistan-failing-commitments-protect-womens-rights (21.03.2017).

Human Rights Watch (16.07.2013): Afghanistan: Escalating Setbacks for Women. Proposed Criminal Law Revision Latest Rollback in Protections, https://www.hrw.org/news/2013/07/16/afghanistan-escalating-setbacks-women (21.03.2017).

Human Rights Watch (04.09.2013): Letter to President Karzai: Redouble Efforts to Implement Elimination of Violence Against Women Law. An Open Letter to His Excellency, Hamid Karzai, President of the Islamic Republic of Afghanistan, https://www.hrw.org/news/2013/09/04/letter-president-karzai-redouble-efforts-implement-elimination-violence-against (21.03.2017).

Hunt, Krista (2006): „Embedded Feminism“ and the War on Terror, in: Hunt, Krista/Rygiel, Kim (Hg.): (En)Gendering the War on Terror: War Stories and Camouflaged Politics. Surrey/London/Burlington: Ashgate.

Iliopoulos, Katherine (o.J.): Afghan Amnesty Law a Setback for Peace. http://www.crimesofwar.org/commentary/afghan-amnesty-law-a-setback-for-peace/ (16.08.2015).

Imtiaz, Saba (23.01.2013): The outcomes of the „Taliban/Paris Meeting on Afghanistan“. Report, Al Jazeera Centre for Studie, http://studies.aljazeera.net/ResourceGallery/media/Documents/2013/1/24/20131241135251745800The%20Outcomes%20of%20the%20%E2%80%98TalibanParis%20Meeting%20on%20Afghanistan%E2%80%99.pdf (20.08.2015).

International Center for Transitional Justice (ICTJ): Website: Theater and Transitional Justice in Afghanistan: US Premiere of Infinite Incompleteness. https://www.ictj.org/event/theater-and-transitional-justice-afghanistan-us-premiere-infinite-incompleteness (24.03.2017).

International Center for Transitional Justice (ICTJ) Website: About Transitional Justice. http://www.ictj.org/about/transitional-justice (19.08.2015).

International Center for Transitional Justice (ICTJ)/Gossman, Patricia (2009): Transitional Justice and DDR: The Case of Afghanistan. http://www.ictj.org/sites/default/files/ICTJ-DDR-Afghanistan-CaseStudy-2009-English.pdf (27.03.2015).

International Center for Transitional Justice (ICTJ) (2011): Theater and Transitional Justice in Afghanistan: US Premiere of Infinite Incompleteness, http://ictj.org/event/theater-and-transitional-justice-afghanistan-us-premiere-infinite-incomple teness (28.05.2015).

International Committee on Intervention and State Souvereignty (2001): Responsibility to Protect. Ottawa: International Development Research Centre.

International Research Network Cultures of Intervention Website: Approach, http://www.culturesofintervention.org/about-us/approach (21.07.2015).

Internationale des Theaters der Unterdrückten-Organisation, ITO (o.J.): Grundsatzerklärung. http://www.emanzipart.de/ITO.htm (28.05.2015).

Internationales Netzwerk No to War – No to NATO (10.02.2014): Aufruf zur Konferenz: Die Zukunft Afghanistans – Herausforderungen für Frieden, Entwicklung und Demokratie, Straßburg 25.-27. April 2014. http://afghanistanprotest.eu/wp-content/uploads/2014/02/AfghanistanProgramm_deutsch_A4.pdf (01.02.2017).

Interventionskultur Arbeitsgruppe an der Universität Oldenburg, www.interventionskultur.uni-oldenburg.de (17.11.2011).

Islamic Republic of Afghanistan (2004): The Constitution of Afghanistan. http://www.afghanembassy.com.pl/afg/images/pliki/TheConstitution.pdf (21.03.2017).

Islamic Republic of Afghanistan (2006): Action Plan of the Government of the Islamic Republic of Afghanistan: Peace, Reconciliation and Justice in Afghanistan. http://www.aihrc.org.af/media/files/Reports/Thematic%20reports/Action*Pln*Gov*Af.pdf (28.05.2015).

Islamic Republic of Afghanistan (10.03.2007): National Reconciliation, General Amnesty, and National Stability Law, http://dkiafghanistan.um.dk/da/~/media/dkiafghanistan/Documents/Other/National%20Reconciliation%20and%20Amnesty%20Law.ashx (28.05.2015).

Islamic Republic of Afghanistan (2008): Afghanistan National Development Strategy (ANDS), http://www.undp.org.af/publications/KeyDocuments/ANDS*Full*Eng.pdf (04.06.2015).

Jabri, Vivienne (2010): War, government, politics: a critical response to the hegemony of the liberal peace, in: Richmond, Oliver (Hg): Palgrave advances in peacebuilding. Critical developmentsand approaches. London: Palgrave Macmillian.

Jackson, Richard (2015): How Resistance Can Save Peace Studies, in: Journal of Resistance Studies, Jg. 1, Nr. 1, 18-49.

Jacoby, Tami (2006): From the trenches: dilemmas of feminist IR fieldwork, in: Ackerly, Brooke A./Stern, Maria/True, Jacqui (Hg.): Feminist Methodologies for International Relations. Cambride: Cambridge University Press, 153-173.

Jankie, Dudu (2004): „Tell me who you are“: Problematizing the Construction and Positionalities of „Insider“/„Outsider“ of a „Native“ Ethnographer in a Postcolonial Context, in: Mutua, Kagendo/Swadener, Beth Blue (Hg.): Decolonizing Research in Cross-Cultural Contexts. Critical Personal Narratives, Albany: State University of New York Press.

Joffre-Eichhorn, Hjalmar Jorge (2011): Tears into Engergy – Das Theater der Unterdrückten in Afghanistan. Stuttgart: Ibidem-Verlag.

Joffre-Eichhorn, Hjalmar Jorge (19.02.2014): Afghanistan radikal verändern? „Wenn die Burka plötzlich fliegt“ – Erfahrungen mit dem „Theater der Unterdrückten“. Interview, Neues Deutschland (ND).

Jones, Alison/Jenkins, Kuni (2008): Rethinking Collaboration. Working the Indigene-Colonizer Hyphen, in: Denzin, Norman K./Lincoln, Yvonna S./Smith, Linda Tuhiwai (Hg.): Handbook of Critical and Indigenous Methodologies. Los Angeles/London/New Delhi/Singapore: Sage Publications.

Joya, Malalai (2009): Ich erhebe meine Stimme. Eine Frau kämpft gegen den Krieg in Afghanistan. München: Piper.

Joya, Malalai (10.01.2013): „Das afghanische Volk hat die Nase voll.“ Malalai Joya enthüllt, was hinter Obamas „Mission Accomplished“ in Afghanistan steckt. Elsa Rassbach im Gespräch mit Malalai Joya, http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Afghanistan/joya3.html (01.04.2017).

Jung, Barbara (10.12.2001): Afghanistan. Neue Freiheiten erobern, in: Focus Magazin, Nr. 50, http://www.focus.de/politik/ausland/afghanistan-neue-freiheiten-erobern_aid_190922.html (09.03.2017)

Kabul International Conference on Afghanistan (20.07.2010): Communiqué, http://www.cfr.org/afghanistan/kabul-international-conference-afghanistan-communique-july-2010/p22678 (06.04.2017).

Kämpf-Jansen, Helga (2001): Ästhetische Forschung. Wege durch Alltag, Kunst und Wissenschaft – Zu einem innovativen Konzept ästhetischer Bildung. Köln: Salon Verlag.

Kämpf-Jansen, Helga (2006): Ästhetische Forschung – Fünfzehn Thesen zur Diskussion, in: Blohm, Manfred/Heil, Christine/Peters, Maria/Sabisch, Andrea/Seydel, Fritz (Hg.): Über Ästhetische Forschung. Lektüre zu Texten von Helga Kämpf-Jansen. München: Kopaed.

Kaldor, Mary/Theros, Marika (2011): Building Afghan Peace from the Ground Up. A Century Foundation Report, New York/Washington: The Century Foundation.

Kalson, Sally (05.12.2001) Afghan native coming to town to promote women's rights, Post-Gazette, http://rawa.org/gazette2.htm (15.08.2015).

Kant, Immanuel (2013, erste Auflage 1795, erweitert 1796): Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf. Berlin: Holzinger.

Karzai, Hamid (22.01.2002): A vision for Afghanistan. Statement of H.E. Hamid Karzai, Chairman of the Interim Administration of Afghanistan, The International Conference on Reconstruction Assistance to Afghanistan, 21.-22. Januar 2002, Tokio, Japan, http://www.mofa.go.jp/region/middle*e/afghanistan/min0201/karzai0121.html (04.06.2015).

Kerner, Ina (2012): Postkoloniale Theorien. Zur Einführung. Hamburg: Junius.

Killid Group, The (10.06.2013): „Khad threw me in prison for being jihadist", http://tkg.af/english/2013/06/10/qkhad-threw-me-in-prison-for-being-jihadistq/ (06.03.2017).

Kippen, Grant (2009): The Long Democratic Transition, in: Thier, J. Alexander (Hg.): The Future of Afghanistan. Washington: United States Institute for Peace.

Koelbl, Susanne (2006): Afghanistan: Die deutsche Viererbande, in: Spiegel, Nr. 26, 26.06.2006, http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-47360752.html (19.05.2015).

Kohestani, Malang (2003): [Unbekannter Liedtitel], in: Kabul Transit, Bullfrog Films, http://kabultransit.net/trailer*set.htm (27.03.2015).

Kolhatkar, Sonali/Ingalls, James (2006): Bleeding Afghanistan. Washington, Warlords, and the Propaganda of Silence. New York: Seven Stories Press.

Kouvo, Sari (22.06.2009): Theatre about conflict – and how we all have to relate to it. Afghanistan Analysts Network (AAN) Posting, http://www.aan-afghanistan.org/index.asp?id=159 (16.08.2015).

Kouvo, Sari (16.12.2010): What comes after remembering? Some thoughts after National Victims Day in Afghanistan. Afghanistan Analysts Network,

http://www.afghanistan-analysts.org/what-comes-after-remembering-some-thoughts-after-national-victims-day-in-afghanistan (20.08.2015).

Kouvo, Sari (13.04.2011): Victims Organisations Sound a Wake-up Call. Afghanistan Analysts Network (AAN) Posting, http://www.aan-afghanistan.org/index.asp?id=1624 (27.03.2015).

Kouvo, Sari (27.11.2011): The Past is Here to Stay: Listening to Afghan Voices on Justice and Reconciliation. Afghanistan Analysts Network (AAN) Posting, http://www.aan-afghanistan.org/index.asp?id=2276 (06.04.2012).

Kouvo, Sari (2012): A Plan without Action. The Afghan Government's Action Plan for Peace, Justice and Reconciliation, in: van Bijlert, Martine/Kouvo, Sari (Hg.): Snapshots of an Intervention. The Unlearned Lessons of Afghanistan's Decade of Assistance (2001-11). Kabul: Afghanistan Analysts Network (AAN).

Kouvo, Sari/Mazoori, Dallas (2011): Reconciliation, Justice and Mobilization of War Victims in Afghanistan, in: The international Journal of Transitional Justice, Jg. 5, Nr. 3, 492-503.

Kuehn, Felix/van Linschoten, Alex Strick (Hg.) (2012): Poetry of the Taliban. London: Hurst Publishers.

Kühn, Florian P. (2010): Sicherheit und Entwicklung in der Weltgesellschaft. Liberales Paradigma und Statebuilding in Afghanistan. Wiesbaden: VS Verlag.

Künast, Renate (12.10.2007): Rede im Bundestag. Deutscher Bundestag Stenografischer Bericht 119. Sitzung, Plenarprotokoll 16/119.

Larson, Anna/Coburn, Noah (2014): Youth Mobilization and Political Constraints in Afghanistan. The Y Factor. United States Institute of Peace Special Report, Nr. 341, Januar 2014.

Lidén, Kristoffer (2009): Building Peace between Global and Local Politics: The Cosmopolitical Ethics of Liberal Peacebuilding, in: International Peacekeeping, Jg. 16, Nr. 5, 616-634.

Lossau, Julia (2002): Die Politik der Verortung. Eine postkoloniale Reise zu einer ANDEREN Geographie der Welt. Bielefeld: transcript.

Löw, Christine (2009): Frauen aus der DrittenWelt und Erkenntniskritik? Die postkolonialen Untersuchungen von Gayatri C. Spivak zu Globalisierung und Theorieproduktion. Sulzbach: Ulrike Helmer Verlag.

Loyn, David (26.08.2014): The death list that names 5,000 victims. The Dutch death list represents only a small fraction of many tens of thousands who died, BBC News, http://www.bbc.com/news/magazine-28645671 (25.03.2017).

Mac Ginty, Robert/Richmond, Oliver P. (Hg.) (2009): The Liberal Peace and Post-War Reconstruction: Myth or Reality? London: Routledge.

Mandegar Daily (14.06.2010): United Nations Ill-fated Moves. Übersetzt durch Afghanistan Watch, in: Truth Newsletter, Afghanistan Watch, Nr. 14, 30.06.2010, 3.

Marifat, Hadi (2013): The Memory Box – Making Afghan victims memories and stories matter. Rede TEDxHague Academy „Peace x Justice“, 09.09.2013, Video TEDx event, https://www.youtube.com/watch?v=ZLAX*R*cM4o (28.05.2015).

Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht (2004): Die Verfassung der Islamischen Republik Afghanistan. Übersetzt von Gholam Djelani Davaryhttp, Wiesbaden, unter Mitwirkung des Max-Planck-Institutes für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, Heidelberg, http://www.mpipriv.de/files/pdf4/verfassung*2004*deutsch*mpil*webseite.pdf (27.03.2015).

Medico International (04.06.2013): Afghanistan: Theater der Unterdrückten, https://www.medico.de/theater-der-unterdrueckten-14596/ (23.03.2017).

Mehek (10.07.2014), RAWA-Repräsentatin, Internet-Telefongespräch, Workshop auf der Internationalen Sommer-Akademie des Österreichischen Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (ÖSFK).

Mignolo, Walter (2000): Local Histories/Global Designs: Essays on the Coloniality of Power, Subaltern Knowledges and Border Thinking, Princeton: Princeton University Press.

Mignolo, Walter D. (2002): The Geopolitics of Knowledge and the Colonial Difference, in: The South Atlantic Quarterly, Jg. 101, Nr. 1, 56-96.

Mignolo, Walter D. (2011): Geopolitics of sensing and knowing: on (de)coloniality, border thinking and epistemic disobedience, in: Postcolonial Studies, Jg. 14, Nr. 3, 273-283.

Mignolo, Walter D. (2012): Epistemischer Ungehorsam. Rhetorik der Moderne, Logik der Kolonialität und Grammatik der Dekolonialität. Wien: Verlag Turia + Kant.

Mitchell, Lynsey (2013): The Co-option of Human Rights and Feminist Rhetoric to Justify the War on Terror. Aufsatz vorgetragen auf der Konferenz „Human Rights and Democracy: Two Sides of the Same Coin?“ Human Rights Law Centre, Nottingham University, http://www.nottingham.ac.uk/hrlc/documents/student-conference-2013/lmitchelldemocracyandhumanrightsconference.pdf (14.04.2015).

Moghaddam, Sippi Azerbaijani (2006a): Gender in Afghanistan, in: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): Schriften zur Demokratieförderung unter Bedingungen fragiler Staatlichkeit. Band 1: Afghanistan, 25-47.

Moghaddam, Sippi Azerbaijani (2006b): Gender in Afghanistan, in: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): Publication Series on Promoting Democracy under Conditions of State Fragility. Band 1: Afghanistan, 25-45.

Mohammad, Nik (2013): Interview, in: AHRDO Newsletter Nr. 4&5, Oktober 2013, 8-9.

Mojumdar, Aunohita (23.09.2011): Acting out the Afghan outrage. Theatre workshop lets women change script of their painful lives, The Guardian, http://www.theguardian.com/world/2011/sep/23/afghanistan-women-development (19.08.2015).

Moore, Una (19.10.2010): The Perils of Mapping Afghanistan's Conflict. UN Dispatch Posting, http://www.undispatch.com/afghanistan-mapping-report-conflict (28.05.2015).

Moore, Una (23.07.2012): The 800-Page Afghanistan War Report You'll Probably Never Read, and Why It Should Be Published. UN Dispatch Posting, http://www.undispatch.com/the-800-page-afghanistan-war-report-youll-probably-never-read-and-why-it-should-be-published (05.03.2017).

Mühlmann, Sophie (08.10.2013): Diese Männer wollen den Höllenjob am Hindukusch. Präsidentenwahl, in: Die Welt, http://www.welt.de/politik/ausland/article120709619/Diese-Maenner-wollen-den-Hoellenjob-am-Hindukusch.html (03.08.2015).

Müller, Harald (2004): The Antinomy of Democratic Peace, in: International Politics, Jg. 41, Nr. 4, 494-520.

Müller, Harald (2008): Der „demokratische Frieden" und seine außenpolitischen Konsequenzen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 43, 41-46.

Mutua, Kagendo/Swadener, Beth Blue (Hg.) (2004): Decolonizing Research in Cross-Cultural Contexts. Critical Personal Narratives, Albany: State University of New York Press.

Mutua, Kagendo/Swadener, Beth Blue (2008): Decolonizing Performances. Deconstructing the Global Postcolonial, in: Denzin, Norman K./Lincoln, Yvonna S./Smith, Linda Tuhiwai (Hg.): Handbook of Critical and Indigenous Methodologies. Los Angeles/London/New Delhi/Singapore: Sage Publications.

Nachtigall, Andrea (2012): Gendering 9/11. Medien, Macht und Geschlecht im Kontext des „War on Terror". Bielefeld: transcript.

Nadery, Ahmad Nader (2007): Peace or Justice? Transitional Justice in Afghanistan, in: The International Journal of Transitional Justice, Jg. 1, Nr.1, 173-179.

Nadery, Ahmad Nader (2011): Editorial Note: In the Aftermath of International Intervention: A New Era for Transitional Justice? in: The International Journal of Transitional Justice, Jg. 5, Nr.2, 171-176.

Nawaz, Hamid (11.12.2001): RAWA protests against interim Afghan setup, The Frontier Post, dokumentiert unter: http://rawa.org/dec10-01p.htm (20.04.2017).

NBC News (23.06.2011): Karzai surrounds himself with anti-American advisers. Afghan leader pushed toward Iran, Pakistan as US draws down role in nation, http://www.nbcnews.com/id/43518438/ns/world*news-south*and*central*asia/t/karzai-surrounds-himself-anti-american-advisers#.Uo0Nrarft0x (20.08.2015).

Network Afghanistan/Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung e.V. (Hg.) (2016): Auf dem Weg zu einem Afghanischen Frühling. Berlin: Selbstverlag.

Netzzeitung (19.12.2001): Nina Hagen singt und strickt für Afghanistans Frauen. Dokumentiert unter http://www.rawa.org/netzeitung*de.htm (20.08.2015).

Newman, Edward /Paris, Ronald/Richmond, Oliver P. (Hg.) (2009): New Perspectives on Liberal Peacebuilding. New York: United Nations University Press.

News International, The (11.12.2001): RAWA rejects Bonn pact, asks UN to restore rights. Reminds world of rapes by Northern Alliance fighters, http://rawa.org/dec10-01p.htm (20.04.2017).

News International, The (20.12.2001): RAWA to sue US authorities. Bureau Report. http://www.rawa.org/us_flyer.htm (25.03.2017).

Nikbakhsh, Michael (09.09.2014): Ermittlungen gegen US-Diplomaten Khalilzad und Ehefrau Cheryl Benard. profil, https://www.profil.at/wirtschaft/ermittlungen-us-diplomaten-khalilzad-ehefrau-cheryl-benard-377899 (08.03.2017).

Nobel Women's Initiative (07.10.2008): Nobel laureates honour afghan recipient of international human rights award, https://web.archive.org/web/20081024102745/http://www.nobelwomensinitiative.org/news-event-news/41/277-nobel-laureates-honour-afghan-recipient-of-international-human-rights-award (22.03.2017).

Nordland, Rod (08.10.2012): Discontent over Renaming of Kabul College Turns into Violence, New York Times, https://mobile.nytimes.com/2012/10/09/world/asia/students-in-kabul-fight-over-name-of-college.html (06.03.2017).

Nordland, Rod (30.09.2013): Old Atrocities, Now Official, Galvanize Afghanistan, New York Times New York Times, http://www.nytimes.com/2013/10/01/world/middleeast/release-of-decades-old-death-lists-stirs-anger-and-grief-in-afghanistan.html (06.03.2017).

Oestreich, Heide (12.12.2001): Rawa-Frauen bleiben im Untergrund, in: taz, http://www.taz.de/1/archiv/?dig=2001/12/12/a0089 (03.06.2015).

Osman, Borhan (29.09.2016): Peace with Hekmatyar: What does it mean for battlefield and politics? Afghanistan Analysts Network Posting, https://www.afghanistan-analysts.org/peace-with-hekmatyar-what-does-it-mean-for-battlefield-and-politics/ (19.02.2017).

Paech, Norman (2011): Unser Krieg am Hindukusch. Afghanistan und Völkerrecht, in: Becker, Johannes M./Wulf, Herbert (Hg.): Afghanistan: Ein Krieg in der Sackgasse, Berlin: Lit Verlag, 63-76.

Pahiz, Mahmoud Said (29.01.2011): Redemanuskript Vortrag auf Konferenz „Das andere Afghanistan – Eine Konferenz mit afghanischen Friedenskräften" der Fraktion Die Linke im Bundestag, 28.-29. Januar 2011, Paul-Löbe-Haus, Deutscher Bundestag, Berlin, dokumentiert unter: www.hambastagi.org/new/english-section/party-documents/79-speech-of-our-representative-in-the-conference-of-the-left-party-in-germany.html (15.08.2015).

Pajhwok Afghan News (11.12.2013): Kabul rally seeks war crimes justice, http://www.pajhwok.com/en/2013/12/11/kabul-rally-seeks-war-crimes-justice (21.05.2015)

Pakistan Observer (11.12.2001): RAWA Rejects Interim set-up, http://rawa.org/dec10-01p.htm (21.07.2015).

Paris, Ronald (2007): Wenn die Waffen schweigen. Friedenskonsolidierung nach innerstaatlichen Gewaltkonflikten. Hamburg: Hamburger Edition (Originalaus-

gabe 2004: At War's End: Building Peace after Civil Conflict. Cambridge: Cambridge University Press).

Pauli, Sandra (12.12.2001): „Die Nordallianz ist keine Verbesserung", Interview mit Shahala von RAWA, Jungle World, http://jungle-world.com/artikel/2001/50/24754.html (14.03.2015)

Perry, Tony (10.12.2009): Afghan women lead protest against government corruption. Los Angeles Times, http://articles.latimes.com/2009/dec/10/world/la-fg-afghanistan-protest11-2009dec11 (05.03.2017).

Peters, Sibylle (2013): Das Forschen aller – ein Vorwort, in: Peters, Sibylle (Hg.): Das Forschen aller. Artistic Research als Wissensproduktion zwischen Kunst, Wissenschaft und Gesellschaft. Bielefeld: transcript.

Pugh, Michael (2005): The Political Economy of Peacebuilding: A Critical Theory Perspective, in: International Journal of Peace Studies, Jg. 10, Nr. 2, 23-42.

Quintero, Pablo/Garbe, Sebastian (2013): Einleitung, in: Quintero, Pablo/Garbe, Sebastian (Hg.): Kolonialität der Macht. De/Koloniale Konflikte: zwischen Theorie und Praxis. Münster: Unrast Verlag.

Rah-e-najat Daily (17.10.2010): Mullah Abdul Ghani Released. Übersetzter Auzug in: Truth Newsletter, Afghanistan Watch, Nr. 22, 31.10.2010.

Rasikh, Hafiz (10.02.2014): Interview von Osservatorio Afghanistan, http://www.osservatorioafghanistan.org/2014/02/intervista-al-solidarity-party-of-afghanistan/ (28.02.2017).

Rasikh, Hafiz (2016): Hezbe Hambastagi. Solidaritätspartei Afghanistan (SPA), in: Network Afghanistan/Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung e.V. (Hg.): Auf dem Weg zu einem Afghanischen Frühling. Berlin: Selbstverlag.

RAWA (1/1996): The difference between Taliban and jehadi fundamentalists. http://www.rawa.org/difference.htm (16.08.2015).

RAWA (08.03.1997): To celebrate the 8th March in a befitting manner, Afghan women must intensify their struggle against the Taliban and other fundamentalists. Erklärung, http://www.rawa.org/march8-97.htm (15.08.2015).

RAWA (23.03.1997): Appeal to OIC delegates. Rendering any support to the Taliban or other fundamentalist group in Afghanistan is the worst kind of hostility against our people. Öffentlicher Brief an die OIC, Organization of the Islamic Cooperation, http://www.rawa.org/oic.htm (20.08.2015).

RAWA (28.08.1997): Speech of RAWA delegate to Afghan Women's Workshop. Lahore, 28.-29. August 1997, Lahore, http://www.rawa.org/sgah.htm (11.06.2015).

RAWA (03/1998): RAWA's APPEAL to all partisans of justice and human rights, http://www.rawa.org/appeal.html (16.08.2015).

RAWA (27.03.1999): RAWA communiqué on accord between the Taliban and the Northern Alliance: Intra-Fundamentalist accords, nothing but Prelude to More Sanguinary In-Fighting and Further Tyranny in Regard to the People of Afghanistan, http://www.rawa.org/accord-e.htm (15.08.2015).

RAWA (28.04.1999): Human Rights Disaster in Afghanistan Can Only End When Fundamentalist Domination Is Put To An End! RAWA statement marking April 28 Black Day of seizure of Kabul by the fundamentalists, http://www.rawa.org/apr2899e.htm (23.03.2017).

RAWA (10.12.2000): The Criminal Taliban and Jehadis, Sworn Enemies of Human Rights. RAWA Resolution on the Occasion of International Human Rights Day, http://www.rawa.org/dec00-e.htm (23.03.2017).

RAWA (08.03.2001): Taliban destroy our history, our people should destroy Taliban! RAWA statement on the International Women's Day, http://www.rawa.org/mar8-01e.htm (23.03.2017).

RAWA (14.09.2001): Das afghanische Volk hat nichts mit Osama und seinen Komplizen zu tun. Stellungsnahme zu den Terrorangriffen in den USA. 14. September 2001, http://www.rawa.org/ny-attack*de.htm (11.06.2015).

RAWA-Testimony (31.10.2001): Testimony of Tahmeena Faryal representative of RAWA before the Subcommittee of the US House of International Operations and Human Rights on the hearing Afghan People vs. The Taliban: The Struggle for Freedom Intensifies. http://www.rawa.org/testimony.htm (15.08.2015).

RAWA (13.11.2001): Das afghanische Volk akzeptiert keine Dominanz der Northern Alliance! RAWA's Aufruf an die UN und die Weltgemeinschaft. http://www.rawa.org/na-appeal_de.htm (21.03.2017).

RAWA (10.12.2001): Die „Nord-Allianz": Die Verbrecher gegen Menschenrechte. Stellungnahme anlässlich des Internationalen Tages der Menschenrechte, http://www.rawa.org/dec10-01*de.htm (11.06.2015).

RAWA (2002): RAWA in the World Media. Selbstverlag.

RAWA (08.03.2002): Let Us Struggle Against War and Fundamentalism and for Peace and Democracy! RAWA Statement on International Women's Day, http://www.rawa.org/mar8-02en.htm (23.03.2017).

RAWA (28.04.2002): April 28 More Sinister Than April 27. RAWA statement on the occasion of its demonstration on April 28, 2002. http://www.rawa.org/apr28-02en.htm#note (11.06.2015).

RAWA (11.09.2002): Fundamentalism is the Enemy of All Civilized Humanity. RAWA Statement on the anniversary of the September 11 tragedy, http://www.rawa.org/sep11-02.htm (08.04.2017).

RAWA (10.12.2002): Ohne Zurückweisung der Fundamentalisten bleibt die Wahrung der Menschenrechte Illusion oder Traum! Erklärung von RAWA zum Internationalen Tag der Menschenrechte am 10. Dezember 2002, http://www.rawa.org/dec10-02*de.htm (11.06.2015).

RAWA (24.02.2003): The US Government Wants War, the People of US and the World Want Peace! Statement of RAWA's anti-war demonstration in Islamabad, http://www.rawa.org/anti-war.htm (23.03.2017).

RAWA (28.04.2003): April 28 More Sinister and Shameful Than April 27. RAWA statement on the Black Day of April 28, the day criminal fundamentalists seized power in Kabul, http://www.rawa.org/apr28-03e.htm (23.03.2017).

RAWA (02.10.2004): Free Elections under the Shadow of Guns and Terrorism? RAWA statement on presidential elections in Afghanistan, http://www.rawa.org/election*e.htm (11.06.2015).

RAWA (28.04.2007): RAWA call on the United Nations. Brief der Revolutionary Association of the Women of Afghanistan (RAWA) an den UN Sicherheitsrat, überreicht an die UN-Vertretung in Islamabad, www.rawa.org/events/un*apr28-97*e.htm (15.08.2015).

RAWA (10.12.2007): The US and Her Fundamentalist Stooges are the Main Human Rights Violators in Afghanistan. RAWA communiqué on Universal Human Rights Day, http://www.rawa.org/events/dec10-07_e.htm (23.03.2017).

RAWA (07.10.2008): Neither the US nor Jehadies and Taliban, Long Live the Struggle of Independent and Democratic Forces of Afghanistan! RAWA's statement on the seventh anniversary of the US invasion of Afghanistan, http://www.rawa.org/events/sevenyear_e.htm (23.03.2017).

RAWA (13.05.2009): The warlord-mafia regime of Karzai would not be uncontaminated with criminal Fahim flushed down the toilet! … you ignore Karim Khalili, Ahmad Zia Massud, Rabbani, Qanooni, Abdullah, Sayyaf, Dostum, Mohaqiq, and other treacherous bands and storm against one of their parallels. Erklärung, http://www.rawa.org/rawa/2009/05/13/the-warlord-mafia-regime-of-karzai-would-not-be-uncontaminated-with-criminal-fahim-flushed-down-the-toilet.html (11.06.2015).

RAWA (29.06.2009): Some Jehadi and mafia candidates in the world's most undemocratic elections. The president would only be the one most committed to US, accepting them as their masters and being their loyal lackeys. Erklärung, http://www.rawa.org/rawa/2009/06/29/some-jehadi-and-mafia-candidates-in-the-worlds-most-undemocratic-elections.html (11.06.2015).

RAWA (08.03.2010): Emancipation of Afghan women not attainable as long as the occupation, Taliban and „National Front" criminals are not sacked! Statement of the Revolutionary Association of the Women of Afghanistan (RAWA) on the International Women's Day, http://www.rawa.org/rawa/2010/03/07/emancipation-of-afghan-women-not-attainable-as-long-as-the-occupation-taliban-and-national-front-criminals-are-not-sacked.html (11.06.2015).

RAWA (01.06.2010): Peace with Criminals, War with People! Statement of the Revolutionary Association of the Women of Afghanistan (RAWA) on „Consultative Peace Jirga", http://www.rawa.org/rawa/2010/06/01/peace-with-criminals-war-with-people.html (11.06.2015).

RAWA (Hg.) (2012): Afghanistan: Some Documents of the Bloody and Traitorous Jehadi Years. Erste Auflage 2007, Selbstverlag.

RAWA (08.03.2012): Afghan women's freedom from the clutch of fundamentalism, occupation and patriarchy is only possible with their own struggle! RAWA's statement on the International Women's Day, http://www.rawa.org/rawa/2012/03/08/afghan-women-s-freedom-from-the-clutch-of-fundamentalism-occupation-and-patriarchy-is-only-possible-with-their-own-struggles.html (22.03.2017).

RAWA (27.04.2012): Let us cut off the claws of the 28th and 27th April criminals from the fate of our country! RAWA's statement on the gloomy day of 28th April, http://www.rawa.org/rawa/2012/04/27/let-us-cut-off-the-claws-of-the-28th-and-27th-april-criminals-from-the-fate-of-our-country.html (11.06.2015).

RAWA (17.01.2013): Paris Conference: We Will neither Forgive nor Forget! Our people do not want the US bases, or a single government composed of Jehadi, Talib and Gulbuddini murderers, and their Parchami and Khalqi cowards, http://www.rawa.org/rawa/2013/01/17/rawa-statement-on-paris-conference.html (11.06.2015).

RAWA (08.03.2013): Afghan women burn in the fire of the oppression of the occupiers and fundamentalists. Long live the struggle of the women and men of Afghanistan for independence, democracy, and social justice! RAWA-Erklärung zum 8. März 2013, http://www.rawa.org/rawa/2013/03/07/rawa-statement-on-iwd-2013-english.html (11.06.2015).

RAWA (07.10.2014): Let us drive away the US and NATO occupiers with our unity! Down with the US and NATO occupiers! http://www.rawa.org/rawa/2014/10/06/rawa-statement-on-us-invasion-oct-2014-english.html (08.04.2017).

RAWA (08.03.2017): Sisters, our freedom is only attainable by our relentless struggle! RAWA's statement on the International Women's Day, http://www.rawa.org/rawa/2017/03/08/sisters-our-freedom-is-only-attainable-by-our-relentless-struggle-2.html (31.03.2017).

RAWA (Hg.) (o.J.): The Burst of the „Islamic Government" Bubble in Afghanistan. Selbstverlag.

RAWA Website (o.J., vermutlich 1999): Another disgraceful stigma on the face of the Taliban! Bericht und Dokumentation eines Drohbriefes, der von Wa Rahmatullah/Taliban an die kanadische Unterstützerin Deb Ellis gerichtet wurde, die an der 8. März-Veranstaltung 1999 von RAWA teilgenommen hatte, http://www.rawa.org/debellis.htm (15.08.2015).

RAWA Website: About RAWA, http://www.rawa.org/rawa.html (19.04.2017).

RAWA Website: Awards, http://www.rawa.org/awards.htm (15.08.2015)

RAWA Website: Buchankündigung, www.rawa.org/crimebook.htm (19.08.2015).

RAWA Website: I'll never return. A poem by Meena, http://www.rawa.org/meena.html (15.08.2015).

RAWA Website: Tours, http://www.rawa.org/tours.htm (19.04.2017).

Ray, James Lee (1998): Does Democracy Cause Peace? in: Annual Review of Political Science, Nr. 1, 27–46.

Ray, James Lee (2003): A Lakatosian View of the Democratic Peace Research Program, in: Elman, Colin/Elman, Miriam Fendius: Progress in International Relations Theory.

Reuters (06.05.2003): First Anti-American Protest Held in Afghan Capital.

Richmond, Oliver (2005): The Transformation of Peace. Palgrave Macmillan: Baingstoke.

Richmond, Oliber (2008a): Peace in International Relations, London/New York: Routledge.

Richmond, Oliver (2008b): Reclaiming Peace in International Relations, in: Millennium – Journal of International Studies, Jg. 36, Nr. 3, 439-470.

Richmond, Oliver (2009a): Beyond Liberal Peace? Responses to „backsliding“, in: Newman, Edward/Paris, Roland/Richmond, Oliver P. (Hg.): New perspectives on liberal peacebuilding. Tokyo: United Nations University Press, 54-77.

Richmond, Oliver (2009b): Liberal peace transitions: a rethink is urgent. https://www.opendemocracy.net/oliver-p-richmond/liberal-peace-transitions-rethink-is-urgent (geposted am 19.11.2009) (20.05.2015).

Richmond, Oliver (2010a): Introduction, in: Richmond, Oliver (Hg.): Palgrave advances in peacebuilding. Critical developments and approaches. London: Palgrave Macmillian.

Richmond, Oliver (2010b): Resistance and the Post-liberal Peace, in: Millennium – Journal of International Studies, Jg. 38, Nr. 3, 665-692.

Richmond, Oliver (2011): Peacebuilding and Critical Forms of Agency: From Resistance to Subsistence, in: Alternatives: Global, Local, Political, Jg. 36, Nr. 4, 326-344.

Rittberger, Volker (2008): Frieden durch Staatlichkeit? – Einführung, in: Die Friedens-Warte. Journal of International Peace and Organization, Jg. 83, Nr. 1, 11-23.

Roberts, Dan/ Graham-Harrison, Emma (19.06.2013): Taliban peace talks: „Peace and reconciliation“ negotiations to take place in Qatar. Washington/Kabul, The Guardian, http://www.theguardian.com/world/2013/jun/18/us-peace-talks-taliban-afghanistan (16.08.2015).

Rostami-Povey, Elaheh (2007): Afghan Women. Identity and invasion. London/New York: Zed Books.

Rubin, Barnett R. (2003): Transitional justice and human rights in Afghanistan, in: International Affairs, Jg. 79, Nr. 3, 567-581.

Rumsfeld, Donald (8.05.2002): Department of Defense News Briefing. Transcipt, http://www.defenselink.mil/transcripts/2002/t05082002*t0508sd.html (07.04.2014).

Ruttig, Thomas (2008): Afghanistan: Institutionen ohne Demokratie. Strukturelle Schwächen des Staatsaufbaus und Ansätze für eine politische Stabilisierung. SWP-Studie 17, Stiftung Wissenschaft und Politik Berlin, Juni 2008.

Ruttig, Thomas (20.10.2010): The Ex-Taleban on the High Peace Council: A renewed role for the Khuddam ul-Furqan? AAN-Paper, http://www.afghanistan-

analysts.org/wp-content/uploads/downloads/2012/10/20101020TRuttig*ExT*in*HPC.pdf (16.08.2015).

Ruttig, Thomas (23.12.2011): Another Blow to Justice: Three Commissioners Fired from the AIHRC. AAN-Posting, http://www.aan-afghanistan.org/index.asp?id=2384 (06.03.2017).

Ruttig, Thomas (2011): The Battle for Afghanistan. Negotiations with the Taliban: History and Prospects for the Future. National Security Studies Program Policy Paper, New America Foundation.

Ruttig, Thomas (11.06.2012): Drohung gegen afghanische Linkspartei. Kritik an „Dschihad-Führern“ wird mit Blasphemie gleichgesetzt – und ist lebensgefährlich, Neues Deutschland (ND).

Ruttig, Thomas (2012): The Failure of Airborne Democracy. The Bonn Agreement and Afghanistan's Stagnating Democratisation, in: van Bijlert, Martine/Kouvo, Sari (Hg.): Snapshots of an Intervention. The Unlearned Lessons of Afghanistan's Decade of Assistance (2001-11). Kabul: Afghanistan Analysts Network (AAN), 3-11.

Ruttig, Thomas (28.01.2014): Flash to the Past: Long Live Consensus – a look back at the 2003 Constitutional Loya Jirga. Afghanistan Analysts Network-Posting, https://www.afghanistan-analysts.org/flash-to-the-past-long-live-consensus-a-look-back-at-the-2003-constitutional-loya-jirga/(15.08.2015).

Ruttig, Thomas (10.01.2015): Taleban fürs Ghani-Kabinett? http://thruttig.wordpress.com/2015/01/10/taleban-furs-ghani-kabinett-kommentar-zu-einem-bbc-bericht/ (06.03.2017).

Sabaratnam, Meera (2011a): IR in Dialoque ... but Can We Change the Subjects? A Typology of Decolonising Strategies for the Study of World Politics, in: Millennium – Journal of International Studies, Jg. 39, Nr. 3, 781-803.

Sabaratnam, Meera (2011b): Situated Critiques of Intervention: Mozambique and the Diverse Politics of Response, in: Campbell, Susanna/Chandler, David/Sabaratnam, Meera (Hg.): A Liberal Peace? The Problems and Practices of Peacebuilding. London/New York: Zed-Books, 245-264.

Sabaratnam, Meera (2013): Avatars of Eurocentrism in the critique of the liberal peace, in: Security Dialogue, Jg. 44, Nr. 3, 259-278.

Sadeghi, Nassrin/Steinfeld, Carlos/Werthes, Sascha (07.12.2005): Human Security under Stress? Afghanistan – Herausforderung für eine Politik menschlicher Sicherheit . Bericht zum Symposium, AG Human Security a.d. Universität Marburg /Zentrum für Konfliktforschung Universität Marburg /Institut für Entwicklung und Frieden, INEF, der Universität Duisburg-Essen.

Saed, Zohra (17.12.2011): Infinite Incompleteness. Among Afghans & Afghan Americans, http://zohrasaed.com/tag/ahrdo/ (28.05.2015).

Said, Edward W. (1994a): Representations of the Intellectual. New York: Pantheon Books.

Said, Edward W. (1994b, 1. Aufl. 1993): Culture and Imperialism. London: Vintage.

Said, Edward W. (1995, 1. Aufl. 1978): Orientalism. Middlesex: Penguin Books.

Samimi, Meer Agha Nasrat (22.09.2012): Students protest renaming of university in Kabul. Pajhwok Afghan News, http://archive.pajhwok.com/en/2012/09/22/students-protest-renaming-university-kabul (25.03.2017).

Sanayee Development Organisation (SDO) Website: What we do, www.sanayee.org.af/english/index.php?option=com*content&view=article&id=84&Itemid=60 (16.08.2015).

Sarkar, Monica (08.04.2015): Women's rights in Afghanistan: Are we witnessing a revolution? CNN, http://edition.cnn.com/2015/04/07/asia/afghanistan-amnesty-report/index.html (02.03.2017).

SAWAN (Support Association for the Women of Afghanistan) (2012): The SAWAN. Quarterly Newsletter of the Support Association for the Women of Afghanistan. Nr. 35, August 2012.

Schahla (25.05.2002): „Auch in der heutigen Regierung sitzen Kriegsverbrecher". Interview mit Schahla von RAWA, Neue Luzerner Zeitung.

Schetter, Conrad (2010): Kleine Geschichte Afghanistans. 3. aktualisierte Auflage, (1. Auflage 2004), München: Beck.

Schetter, Conrad/Klußmann, Jörg (Hg.) (2011): Der Taliban-Komplex. Zwischen Aufstandsbewegung und Militäreinsatz. Frankfurt/New York: Campus Verlag.

Schetter, Conrad: E-Mail an Mechthild Exo vom 28.10.2010, 18:05.

Schirch, Lisa (21.07.2011): Afghan Civil Society and a Comprehensive Peace Process, in: United States Institute of Peace (USIP) Peacebrief Nr. 99, http://www.usip.org/publications/afghan-civil-society-and-comprehensive-peace-process (19.05.2015).

Schlangenwerth, Michaela (03.12.2001): Die revolutionäre afghanische Frauenorganisation „RAWA" schreibt Mediengeschichte, Berliner Zeitung, http://www.rawa.org/berlin_de.htm (25.03.2017).

Schmeidl, Susanne (2005): Das Afghan Civil Society Forum als Beitrag zur zivilen Friedensförderung in Afghanistan, in: Goetschel, Laurent/Schnabel, Albrecht (Hg.) : Stärkung der Zivilgesellschaft als Mittel der Friedensförderung? Erfahrungen des Afghan Civil Society Forum (ACSF), swisspeace Jahreskonferenz 2004, 10-15.

Schmeidl, Susanne (2008): The Emperor's New Clothes: The Unravelling of Peacebuilding in Afghanistan, in: Die Friedens-Warte, Jg. 82, Nr. 1, 69-86.

Schmid, Herman (1968): Peace Research and Politics, in: Journal of Peace Research, Jg. 5, Nr. 3, 217-232.

Schneckener, Ulrich (2005): Frieden Machen: Peacebuilding und peacebuilder, in: Die Friedens-Warte, Jg. 80, Nr. 1-2, 17-39.

Schneckener, Ulrich (2016): Peacebuilding in crisis? Debating peacebuilding paradigms and practices, in: Debiel, Tobias/Held, Thomas/Schneckener, Ulrich (Hg.): Peacebuilding in Crisis. Rethinking Paradigms and practices of transnational cooperation, Abingdon/New York: Routledge, 1-20.

Schoch, Bruno (2007): State-Building, Nation-Building und Demokratisierung, in: Weiss, Stefanie/Schmierer, Joscha (Hg.): Prekäre Staatlichkeit und internationale Ordnung. Wiesbaden: VS Verlag.

Schröter, Lothar (2012): Zu den Kriegszielen und zum Charakter des Krieges in Afghanistan, in: Schröter, Lothar (Hg.): Zukunft für Afghanistan? Politik und Militär in der Konfliktbewältigung am Hindukusch. Schkeuditz: Schkeuditzer Buchverlag.

Schuck, Silke (2010): Dialog für den Frieden. Afghan Civil Society Forum (ACSF): Sprachrohr der Zivilgesellschaft, in: Deutscher Entwicklungsdienst (DED) (Hg.): Der DED in Afghanistan. Ziviler Wiederaufbau, Bildung und Friedensförderung. Bonn: DED.

Seth, Suman (2009): Putting knowledge in its place: science, colonialism, and the postcolonial, in: Postcolonial Studies, Jg. 12, Nr. 4, 373-388.

Seydel, Fritz (2006): Knöpfe und immer wieder Knöpfe. Fragmente eines biografischen Gesprächs (Helga Kämpf-Jansen mit dem Autor 25.02.2005), in: Blohm, Manfred /Heil, Christine/Peters, Maria/Sabisch, Andrea /Seydel, Fritz (Hg.): Über Ästhetische Forschung. Lektüre zu Texten von Helga Kämpf-Jansen. München: kopaed.

Shah, Syed Bukhar (27.12.1998): RAWA postpones rally after Taliban's threats. The Frontier Post, dokumentiert unter: http://www.rawa.org/dec27-98.htm (20.04.2017).

Siddiqui, Nadia/International Center for Transitional Justice (ICTJ) (2010): Theater and Transitional Justice in Afghanistan. Creating Spaces for Change. ICTJ Briefing, www.ictj.org.

Singer, Mona (2005): Geteilte Wahrheit. Feministische Epistemologie, Wissenssoziologie und Cultural Studies. Wien: Löcker.

Smith, Linda Tuhiwai (2005): On Tricky Ground: Researching the Native in the Age of Uncertainty, in: Denzin, Norman K./Lincoln, Yvonna S. (Hg.): The Sage Handbook of Qualitative Research. Third Edition. Thousand Oaks/London/New Delhi: Sage Publications.

Smith, Josh/Harooni, Mirwais (23.09.2016): Afghanistan: Officials Initialled Peace Deal with Islamist Warlord. The Wire, http://thewire.in/68085/afghanistan-officials-initialled-peace-deal-islamist-warlord/ (06.03.2017).

Smith, Linda Tuhiwai (2008, 1. Aufl. 1999): Decolonizing Methodologies. Research and Indigenous Peoples. London/New York: Zed Books.

Smith, Linda Tuhiwai (2012, erweiterte Auflage): Decolonizing Methodologies. Research and Indigenous Peoples. London/New York: Zed Books.

Social Association of Afghan Justice Seekers (SAAJS) (10.12.2009): SAAJS's Statement.

Social Association of Afghan Justice Seekers (SAAJS) (05.08.2010): Statement on the third year of establishment of SAAJS.

Social Association of Afghan Justice Seekers (SAAJS) (03.08.2012): Justice is attainable at the hands of the people of Afghanistan and no other force! Erklärung.

Social Association of Afghan Justice Seekers (SAAJS) (2013): Peace cannot be achieved without the prosecution of war criminals! Faltblatt zur Selbstdarstellung von SAAJS, http://www.saajs.com/new/images/files/saajs_leaflet_2013.pdf (19.04.2017).

Social Association of Afghan Justice Seekers (SAAJS) (o.A. Januar 2014): Memorial Ceremony for Victims of Yakawlang Massacre. Erklärung, http://www.saajs.com/new/index.php/84-eng-section/101-yakawlang-ceremony-jan9-2014 (20.04.2017).

Social Association of Afghan Justice Seekers (SAAJS) (19.08.2014): Justice: End to foreign aggression and trial of criminals. Statement of SAAJS on the occasion of Independence, http://www.saajs.com/new/index.php/78-eng-section/saajs-statements/115-justice-end-to-foreign-aggression-and-trial-of-criminals (09.04.2017).

Social Association of Afghan Justice Seekers (SAAJS) (10.12.2014): Justice can't be attained by relying on human rights violators. SAAJS-Erklärung zum Internationalen Tag der Menschenrechte, http://www.saajs.com/new/index.php/78-eng-section/saajs-statements/122-statement-10-dec-2014-english (19.02.2017).

Solidarity Party of Afghanistan (13.05.2010): A new crime from the criminal regime of Iran. Erklärung.

Solidarity Party of Afghanistan (01.08.2010): Let's rise against the crimes of American invaders and their slaves! Erklärung.

Solidarity Party of Afghanistan (19.08.2010): Reaching to peace, democracy and justice, without getting independence, is not more than a dream! Erklärung, http://www.hambastagi.org/new/english-section/party-documents/22-reaching-to-peace-democracy-and-justice-without-getting-independence-is-not-more-than-a-dream.html (11.07.2015).

Solidarity Party of Afghanistan (29.01.2011): Our fiery salute to imprisoned freedom-lovers of Iran! Curse and shame to the blood-thirsty regime of Iran! http://www.hambastagi.org/new/english-section/party-documents/41-our-fiery-salute-to-imprisoned-freedom-lovers-of-iran-67913818.html (04.03.2017).

Solidarity Party of Afghanistan (06.03.2011): The United States military base, a slavery chain for Afghanistan. Erklärung, http://www.hambastagi.org/new/english-section/party-documents/62-the-united-states-military-base-a-slavery-chain-for-afghanistan.html (11.07.2015).

Solidarity Party of Afghanistan (28.04.2011): Only by throwing out the hirelings associated with April 27 and 28 can „Independence" and „Democracy" be rendered meaningful. Erklärung zum 28. April 2011, http://www.hambastagi.org/new/english-section/party-documents/76-only-by-throwing-out-the-hirelings-asso

ciated-with-april-27-and-28-can-independence-and-democracy-be-rendered-mean ingful.html (11.07.2015).

Solidarity Party of Afghanistan (11.07.2011): The snouts of all enemies, indigenous and foreign, need to be rubbed in the dust through a general insurrection! Erklärung, http://www.hambastagi.org/new/english-section/party-documents/83-the-snouts-of-all-enemies-indigenous-and-foreign-need-to-be-rubbed-in-the-dust-through-a-general-insurrection-29644775.html (11.07.2015).

Solidarity Party of Afghanistan (SPA) (07.10.2011): Victory to Our People's Struggle against Invaders and their Fundamentalist Lackeys! Erklärung, http://www.hambastagi.org/new/english-section/party-documents/92-victory-to-our-peoples-struggle-against-invaders-and-their-fundamentalist-lackeys-458984 37.html (11.07.2015).

Solidarity Party of Afghanistan (27.04.2012): 27th and 28th April, a shameful event in our history! Erklärung zum 27. April 2012, http://www.hambastagi.org/new/english-section/party-documents/131-black-days-of-afghanistan-history-177398 68.html (11.07.2015).

Solidarity Party of Afghanistan (07.05.2012): The Solidarity Party of Afghanistan will never be intimidated by terrorist threats of criminals! Erklärung, http://www.hambastagi.org/new/english-section/10-documents/149-solidary-party-does-not-fear-terrorist-threats-of-criminals.html (14.11.2014).

Solidarity Party of Afghanistan (07.10.2012): The Falling US Empire Perpetuates its Shameful Life with Aggression and War. Erklärung zum 07. Oktober 2012. http://www.hambastagi.org/new/english-section/party-documents/254-the-falling-us-empire-perpetuates-its-shameful-life-with-aggression-and-war.html (11.07.2015).

Social Association of Afghan Justice Seekers (SAAJS) (2013): Threnody for the Victims. Awaiting the dawn of redess and justice. Kabul: Selbstverlag.

Solidarity Party of Afghanistan (08.03.2013): Sisters, only your consciousness and unified struggle can break the chains of oppression! Erklärung zum 08. März 2013, http://www.hambastagi.org/new/english-section/party-documents/359-sisters-only-your-consciousness-and-unified-struggle-can-break-the-chains-of-oppression.html (11.07.2015).

Solidarity Party of Afghanistan (28.04.2013): Let's crush the creators of calamities of 27 and 28 April by mobilization and mass unity! http://hambastagi.org/new/english-section/party-documents/425-let-crush-the-creators-of-calamities-of-27-ad-28-april-by-mobilization-and-mass-unity.html (04.03.2017).

Solidarity Party of Afghanistan (04.05.2013): We strongly condemn the brutal attack of security forces and arrest of SPA demonstrators! Erklärung, http://www.hambastagi.org/new/english-section/party-documents/430-we-strongly-condemn-the-brutal-attack-of-security-forces-and-arrest-of-spa-demonstrators.html (11.07.2015).

Solidarity Party of Afghanistan (24.06.2013): Resolution of the 3rd Conference of the Progressive Forces of Pakistan and Afghanistan. Kabul, 23.-24. Juni 2013, http://www.hambastagi.org/new/english-section/party-documents/489-resolution-of-the-3rd-conference-of-the-progressive-forces-of-pakistan-and-afghanistan.html (27.03.2015).

Solidarity Party of Afghanistan (28.07.2013): Join conference of Pakistan Afghanistan progressive forces. Bericht, http://www.hambastagi.org/new/english-section/reports/514-join-conference-of-pakistan-afghanistan-progressive-forces-81295776.html (11.07.2015).

Solidarity Party of Afghanistan (29.09.2013): Our people will prosecute the war criminals of three decades! http://www.hambastagi.org/new/english-section/party-documents/554-our-people-will-prosecute-the-thugs-of-three-decades-90606689.html (09.08.2017).

Solidarity Party of Afghanistan (08.03.2014): Awareness, organization, struggle: No other way for women's emancipation! http://www.hambastagi.org/new/english-section/party-documents/682-awareness-organization-struggle-no-other-way-for-women-emancipation-pashto-2120971.html (30.11.2015).

Solidarity Party of Afghanistan (26.08.2014): Safa Has Gone, But his Path Will Continue! Erklärung, http://www.hambastagi.org/new/english-section/party-documents/863-safa-has-gone-but-his-path-will-continue.html (11.07.2015).

Solidarity Party of Afghanistan (01.11.2014): Let Us Support the Epic Resistance Put Up by Kobani! http://www.hambastagi.org/new/english-section/party-documents/937-let-us-support-the-epic-resistance-put-up-by-kobani.html (30.11.2015).

Solidarity Party of Afghanistan (16.04.2015): The Motherland Simmers in Blood and Betrayal – Silence Is Shameful! http://www.hambastagi.org/new/english-section/party-documents/1150-the-motherland-simmers-in-blood-and-betrayal-silence-is-shameful.html (21.07.2015).

Solidarity Party of Afghanistan (06.07.2015): The Blood of Farkhunda Is Conscience of Every Honorable Afghan, Let Us Not Allow the Traitors to Step Over Our Conscience! http://www.hambastagi.org/new/english-section/party-documents/1290-blood-of-martyr-farkhunda-is-conscience-of-every-honorable-afghan-eng.html (04.03.2017).

Solidarity Party of Afghanistan (17.03.2016): Let Farkhunda's Blood-drenched Garment Be Our Banner in Our Struggle against the Fundamentalists and Occupiers! http://www.hambastagi.org/new/english-section/party-documents/1697-spa-statement-on-martyrdom-anniversary-of-farkhunda.html (02.03.2017).

Solidarity Party of Afghanistan (22.09.2016a): History and People Will Never Forgive Gulbuddin „Rocketyar“ and His Criminal Partners! Erklärung, http://www.hambastagi.org/new/english-section/party-documents/1946-history-and-people-will-never-forgive-gulbuddin-rocketyar-and-his-criminal-partners.html (02.03.2017).

Solidarity Party of Afghanistan (22.09.2016b): SPA Protest Gathering against Treaty With Gulbuddin Rocketyar. Bericht, http://www.hambastagi.org/new/english-section/reports/1950-spa-protest-gathering-against-treaty-with-gulbudd in-rocketyar.html (06.03.2017).

Solidarity Party of Afghanistan (SPA) (o.J.): Programme of the Solidarity Party of Afghanistan. http://www.hambastagi.org/new/english-section/party-documents/115-programme-of-the-solidarity-party-of-afghanistan-40603637.html (04.03.2017).

Sorosh-e-Mellat Daily (18.10.2010): Concessions for Taliban Help Increasing Insecurity. Mullah Baradar's Stance in Negotiations the same as Mullah Omar's, in: Truth Newsletter, Afghanistan Watch, Nr. 22, 31. Oktober 2010.

Sousa Santos, Boaventura de (2004): A Critique of Lazy Reason: Against the Waste of Experience, in: Wallerstein, Immanuel (Hg.): The Modern World-System in the Longue Durée. Boulder, Colorado: Paradigm. 157-198; Wiederveröffentlichung unter: http://www.ces.uc.pt/bss/documentos/A%20critique%20of%20lazy%20reason.pdf (1-62) (20.04.2017).

Sousa Santos, Boaventura de (Hg.) (2005): Democratizing Democracy. Beyond the Liberal Democratic Canon. London/New York: Verso.

Sousa Santos, Boaventura de (Hg.) (2007): Another Knowledge is Possible. Beyond Northern Epistemologies. London/New York: Verso.

Sousa Santos, Boaventura de (2010): Epistemologías del Sur. Mexico: Siglo XXI Editores.

Sousa Santos, Boaventura de (2014): Epistemologies of the South. Justice against Epistemicide. Boulder: Paradigm Publishers.

Straziuso, Jason/Faiez, Rahim (10.05.2009): Concern over burns on Afghans caught in battle. Associated Press,

Ströbele, Carolin (06.11.2001) Die Stimme hinter dem Schleier. Frauen in Afghanistan, Spiegel, http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,166368,00.html (19.05.2015).

Spivak, Gayatri Chakravorty (2011): Can the Subaltern Speak? Postkolonialität und subalterne Artikulation. Wien/Berlin: Turia.

Sriram, Chandra Lekha (2009): Transitional Justice and liberal peace, in: Newman, E. /Paris, Ronald/Richmond, Oliver P. (Hg:): New Perspectives on Liberal Peacebuilding. United Nations University Press: New York.

Stancati, Margherita (16.07.2015): Taliban Leader Backs Afghanistan Peace Talks. The Wall Street Journal.

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)/Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZiF) (2011): Toolbox Krisenmanagement. Von der zivilen Krisenprävention bis zum Peacebuilding: Prinzipien, Akteure, Instrumente. https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/sonstiges/ToolboxKrisenmanagement SWP_ZIF_2011_ks.pdf (20.04.2017).

Stitzel, Michael (2000): Zur Kunst des wissenschaftlichen Schreibens – bitte mehr Leben und eine Prise Belletristik! in: Narr, Wolf-Dieter/Stary, Joachim: Lust und Last des wissenschaftlichen Schreibens. Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer geben Studierenden Tips. 2. Aufl.. Suhrkamp: Frankfurt a.M., 140-147.

Tadjbakhsh, Shahrbanou (2009): Liberal Peace is dead? Not so fast. http://www.opendemocracy.net/shahrbanou-tadjbakhsh/liberal-peace-is-dead-not-so-fast (geposted am 27.11.2009) (19.05.2015).

Tadjbakhsh, Shahrbanou (Hg.) (2011): Rethinking the Liberal Peace: External Models and Local Alternatives. London: Routledge.

Tadjbakhsh, Shahrbanou/Schoiswohl, Michael (2008): Playing with Fire? The International Community's Democratization Experiment in Afghanistan, in: International Peacekeeping, Jg. 15, Nr. 2, 252-267.

Tal, Mario (Hg.) (2010): Umgangssprachlich: Krieg. Testfall Afghanistan und deutsche Politik, Köln: PapyRossa.

Tang, Alisa (27.11.2013): After 12 years of progress, a return to Taliban-style justice? Thomson Reuters Foundation, http://www.trust.org/item/20131127120628-0nwjm/ (21.03.2017).

taz (02.08.2008): „Auch ohne Burka nicht frei“ – Menschenrechtsaktivistin über Afghanistan. Interview mit Weeda Ahmad von Social Association of Afghan Justice Seekers.

Tegen, Andin (02.11.2009): „Die Afghanen haben das Vertrauen verloren“, Interview mit Malalai Joya, Die Zeit, http://www.zeit.de/politik/ausland/2009-11/afghanistan-joya (20.04.2017).

Theros, Marika/Rosen, Nir (16.01.2011): Afghanistan: losing the Afghan people, in: openDemocracy.net, https://www.opendemocracy.net/marika-theros-nir-rosen/afghanistan-losing-afghan-people (08.06.2015).

Thurau, Carsten (30.09.2001): RAWA – Frauen gegen die Taliban, ZDFonline, dokumentiert unter http://www.rawa.org/zdfonline_de.htm (26.03.2017).

Tickner, Arlene (2003): Seeing IR Differently: Notes from the Third World, in: Millennium: Journal of International Studies, Jg. 32, Nr. 2, 295-324 .

Tickner, J. Ann (2006): On the Frontlines or Sidelines of Knowledge and Power? Feminist Practices of Responsible Scholarship, in: International Studies Review, Nr. 8, 383-395.

Tiscali (26.11.2001): Afghanistans Frauen befürchten trotz schöner Worte neue Unterdrückung. Dokumentiert unter www.rawa.org/tiscali*de.htm (16.08.2015).

Tlostanova, Madina Vladimirovna/Mignolo, Walter D. (2012): Learning to Unlearn. Decolonial Reflections from Eurasia and the Americas, Columbus: Ohio State University Press.

Tolo-TV (10.05.2010): Afghan victims want prosecution of criminals. https://www.youtube.com/watch?v=LD4vgVvH24w (16.08.2015).

Transitional Justice Coordination Group (TJCG) (01/2010): Accountability not Impunity: Only victims have the right to forgive. Statement on Amnesty Law.

Transitional Justice Coordination Group (TJCG) (23.01.2010): Do Not Sacrifice the Victims: Justice, a Prerequisite for Lasting Peace. Proposals of Coordination Group on Transitional Justice in Afghanistan to participants at the London Conference.

Transitional Justice Coordination Group (TJCG) (10.05.2010): Victims' Jirga for Justice – „National Reconciliation is not possible without justice“. Presseerklärung.

Transitional Justice Coordination Group (TJCG) (09.05.2010): The Victims' Jirga – We're not seeking to wash blood with blood! (Bericht von der Victims' Jirga for Justice, Kabul, 09. Mai 2010) http://tjcgafghanistan.wordpress.com/2010/05/09/the-victims-jirga/ (20.04.2017).

Transitional Justice Coordination Group (TJCG) (28.06.2010): Statement on the Upcoming Kabul Conference.

Transitional Justice Coordination Group (TJCG) (13.07.2010): Open letter to participants of the Kabul Conference: You do not hear us!

Transitional Justice Coordination Group (TJCG) (10.11.2010): The Statement of the One-Day Conference on Justice and Reconciliation. https://tjcgafghanistan.wordpress.com/2011/01/21/the-statement-of-the-one-day-conference-on-justice-and-reconciliation/ (06.03.2017).

Transitional Justice Coordination Group (TJCG) (27.02.2011): Wave of Civilian Casualties Underscores Importance of Victims' Rights in Peace Process. https://tjcgafghanistan.wordpress.com/2011/02/27/wave-of-civilian-casualties-underscores-importance-of-victims%E2%80%99-rights-in-peace-process/ (06.03.2017).

Transitional Justice Coordination Group (TJCG) (03/2011): War Victims Build Movement for Justice – March 30-31, 2011. Aufruf zur zweiten Victims' Jirga, https://tjcgafghanistan.wordpress.com/ (06.03.2017).

Transparency International (2012): Corruption Perceptions Index (CPI), http://www.transparency.org/cpi2012/results (20.04.2017).

UNESCO (2003): Statistical Yearbook, zit. nach: OECD Glossary of Statistical Terms, https://stats.oecd.org/glossary/detail.asp?ID=2312 (13.04.2017).

United Nations (17.06.1992): An Agenda for Peace, Preventive diplomacy, peacemaking and peace-keeping. Report of the Secretary-General, A/47/277 - S/24111.

United Nations (05.12.2001): Agreements on Provisional Arrangements in Afghanistan Pending the Re-Establishment of Permanent Government Institutions.

United Nations (2004): A More Secure World: Our Shared Responsibility. Report of the Secretary-General's High-Level Panel on Threats, Challenges and Change. New York: UN.

United Nations Assistance Mission in Afghanistan (UNAMA) Human Rights United Nations (2010): Afghanistan. Annual Report on Protection of Civilians in Armed Conflict, 2009. Kabul.

United Nations General Assembly (08.12.2005): General Assembly Resolution 60/80, Implementation of the Convention on the Prohibition of the Use, Stockpiling, Production and Transfer of Anti-personnel Mines and on Their Destruction, A/RES/60/80.

United Nations General Assembly (20.12.2005): General Assembly Resolution 60/180, The Peacebuilding Commission, A/RES/60/180.

United Nations Mapping Report (2005), http://www.flagrancy.net/salvage/UNMappingReportAfghanistan.pdf (20.04.2017). (Es steht nur diese geleakte Online-Veröffentlichung – ohne Titelblatt – zur Verfügung.)

United Nations Security Council (31.10.2000): Security Council Resolution 1325, S/RES/1325.

United Nations Security Council (05.12.2001): Agreement on Provisional Arrangements in Afghanistan Pending the Re-establishment of Permanent Government Institutions (Bonn Agreement), S/2001/1154.

United Nations Security Council (20.12.2001): Security Council Resolution 1386, S/RES/1386.

United Nations Security Council (30.09.2005): Security Council Resolution 1628, S/RES/1628.

United Nations Security Council (20.12.2005): Security Council Resolution 1645, S/RES/1645.

University of Saskatchewan (2008): Recommendations for Ethical Research with Indigenous Peoples. Draft, https://research.usask.ca/documents/ethics/Indigenous-research-guide-draft.pdf (20.04.2017).

Unmäßig, Barbara (Heinrich-Böll-Stiftung) (16.06.2011): Was bewegt Afghanistan? http://www.boell.de/en/node/275589 (20.04.2017).

USA Today (21.03.2010): Militant group in Kabul with draft peace deal. http://usatoday30.usatoday.com/news/world/2010-03-21-kabul-peace*N.htm (20.04.2017).

Gul, Ayaz (10.12.2001): Human Rights Day: Afghan Women Protest in Pakistan, Voice of America, dokumentiert unter: http://rawa.org/dec10-01p.htm (20.04. 2017).

Wagner, Jürgen (2010): Prototyp Afghanistan: „Comprehensive Approach" und Zivil-militärische Aufstandsbekämpfung der NATO, in: Becker, Johannes M./ Wulf, Herbert (Hg.): Afghanistan: Ein Krieg in der Sackgasse, Berlin: Lit Verlag, 101-119.

Wagner, Jürgen (2011): „Im Windschatten der NATO: Die Europäische Union und der Krieg in Afghanistan", in: Informationen zu Politik und Gesellschaft, Nr. 4, Januar 2011, 4-38.

Waldman, Matt (2010): Dangerous Liaisons with the Afghan Taliban. The Feasibility and Risks of Negotiations, in: United States Institute of Peace (USIP) Special Report Nr. 256.

Washington Free Beacon, The (18.06.2013): AP Reporter Puzzled by Psaki's Circular Reasoning on Afghan-Taliban Peace Talks. http://freebeacon.com/ap-reporter-puzzled-by-psakis-circular-reasoning-on-afghan-taliban-peace-talks/ (20.04.2017).

Washington Post (24.11.2002): Student Deaths Shame Afghan Government. Dokumentiert unter: http://www.rawa.org/kill4.htm (20.04.2017).

Watandar, Salam (01.05.2012): Senate wants the Solidarity Party of Afghanistan to be put on trial. Radio Beitrag, übersetzt ins Englische durch RAWA, RAWA News Archive, http://www.rawa.org/temp/runews/2012/05/02/senate-wants-the-solidarity-party-of-afghanistan-to-be-put-on-trial.html (20.04.2017).

Watson-Verran, H. /Turnbull, D. (1995): Science and Other Indigenous Knowledge Systems, in: Jasanoff, S./Markle, G./Petersen, J./Pinch, T. (Hrsg.): Handbook of Science and Technology Studies. London: Sage Publications, 115-139.

Weidemann, Diethelm (2015): Afghanistan 2014 – Ende einer Mission. Chance oder Marsch ins Ungewisse? Berlin: trafo.

Weiner, Tim (2009): CIA. Die ganze Geschichte. Fischer Taschenbuch Verlag: Frankfurt a.M.

Wetzel, Wolf (2002): Krieg ist Frieden. Über Bagdad, Srebrenica, Genua, Kabul nach ..., Münster: Unrast Verlag

Winterbotham, Emily (2010): The State of Transitional Justice in Afghanistan. Actors, Approaches and Challenges. AREU (Afghanistan Research and Evaluation Unit) Discussion Paper. Kabul: Selbstverlag.

Winterbotham, Emily/Rahimi, Fauzia (2011): Legacies of Conflict. Healing Complexes and Moving Forwards in Bamiyan Province, Kabul: AREU.

York, Steve/USIP (United States Institute for Peace) (2004): Confronting the Truth. Dokumentarfilm, USA.

Zanotti, Laura (2005): Governmentalizing the Post-Cold War International Regime: The UN Debate on Democratization and Good Governance, in: Alternatives Nr. 30, 461-487.

Zaum, Dominik (2007): The Sovereignty Paradox. The Norms and Politics of International Statebuilding. Oxford/New York: Oxford University Press.

Zeeuw, Jeroen de/Kumar, Krishna (Hg.) (2008): Promoting Democracy in Postconflict Societies. Boulder/New Delhi: Lynne Rienner.

Ziai, Aram (Hg.) (2016): Postkoloniale Politikwissenschaft. Theoretische und empirische Zugänge. Bielefeld: transcript.

Zoya (21.06.2008): „Wir sterben an Hunger. Und durch die Präsenz der internationalen Truppen verschlechert sich die Situation noch." Interview mit Zoya (RAWA) von Heike Hänsel, Berlin, http://www.rawa.org/rawa/2008/06/21/wir-sterben-an-hunger-und-durch-die-pr-senz-der-internationalen-truppen-verschlechtert-sich-die-situation-noch.html (01.04.2017).

Zoya (22.05.2009): „The U.S. Government has never supported democratic organizations ...“ Elsa Rassbach interviews Zoya of the Foreign Committee of RAWA, AfterDowningStreet, http://warisacrime.org/node/42867 (20.04.2017).

Zoya/Follain, John/Cristofari, Rita (2002): Mein Schicksal heißt Afghanistan. Eine Frau kämpft für die Freiheit. Bergisch Gladbach: Bastei Verlag

Zürcher, Christoph (2011): A Liberal Peace: A Tough Sell? in: Campbell, Susanna/Chandler, David/Sabaratnam, Meera (Hg.): A Liberal Peace? The Problems and Practices of Peacebuilding. Zed-Books: London/New York.

Interviews

Ich liste die von mir durchgeführten Interviews, unabhängig ob diese im Buch zitiert werden, in chronologischer Reihenfolge auf; soweit nicht anders vermerkt, liegen Tonaufzeichnungen vor. Zusätzlich zu diesen Interviews fanden zahlreiche Gruppengespräche, viele informelle Gespräche und einige Workshops in Afghanistan sowie eine gemeinsame Konferenz, zahlreiche Veranstaltungen, Gruppentreffen und persönliche Gespräche in Deutschland statt.

Ahmad, Weeda (14.05.2009) Direktorin von Social Association of Afghan Justice Seekers (SAAJS), in Kabul, mit Übersetzung ins Englische.

Joffre-Eichhorn, Hjalmar Jorge (15.05.2009) ehemals Friedensfachkraft DED, Technischer Ratgeber von Afghanistan Human Rights and Democracy Organization (AHRDO), in Kabul, auf Deutsch, ohne Aufzeichnung.

Schmeidl, Susanne (15.05.2009) Beraterin von Tribal Liaison Office (TLO) und Afghanistan Civil Society Forum (ACSF), in Kabul, auf Deutsch, ohne Aufzeichnung.

Rafiee, Aziz (16.05.2009) Direktor von Afghanistan Civil Society Forum (ACSF), in Kabul, auf Englisch.

Wardak, Mirwais (16.05.2009) Forscher bei Cooperation for Peace and Unity (CPAU), in Kabul, auf Englisch.

Mattin, Massud (17.05.2009) Sprecher von Solidaritätspartei Afghanistan (SPA), in Kabul, auf Englisch.

Natiq, Hamidulla (17.05.2009) unabhängiger Berater, ehemals ACSF und CPAU, in Kabul, auf Englisch.

Friba (18.05.2009) Repräsentantin von Revolutionary Association of the Women of Afganistan (RAWA), in Kabul, auf Englisch.

Yaqoobi, Leeda (18.05.2009) Direktorin von Afghan Women's Network, in Kabul, auf Englisch.

Karokhail, Masood (19.05.2009) Forscher und Koordinator bei Tribal Liaison Office, in Kabul, auf Englisch.

Ahmady, Zainab/Maryam/Sidiqa/Zainab/Ahmad, Weeda/Nawin, Reha (19.05.2009) Mitglieder der Social Association of Afghan Justice Seekers (SAAJS), in Kabul, mit Übersetzung ins Englische.

Djallalzada, Nedjat K. (19.05.2009) linker Denker, ehemals Student in Deutschland, in Kabul, auf Deutsch, ohne Aufzeichnung.

Esar, Naheed (20.05.2009) Studentin und Aktivistin gegen sexuelle Gewalt an der Universität Kabul, in Kabul, auf Englisch.

Safi, Sifath Sahaf/Safi, Khalid (20.05.2009) Studenten und Mitorganisatoren von Studentenprotesten, in Kabul, teilweise auf Englisch, teilweise mit Übersetzung ins Englische.

Safi, Wadir (20.05.2009) Professor für Völkerrecht und Konfliktforschung an der Universität Kabul, Berater für Internationale Entwicklung und Recht, in Kabul, auf Englisch.

Iam, Hemayon (20.05.2009) Landwirtschaftsstudent an der Universität Kabul, Angehöriger von Opfern der Bombardierung in Bala Baluk/Provinz Farah, Mitorganisator von Studentenprotesten, in Kabul, mit Übersetzung ins Englische.

Joya, Malalai (20.05.2009) Frauenrechtsaktivistin, ehemalige Abgeordnete im Afghanischen Parlament, in Kabul, auf Englisch.

Ahmad, Weeda/Nuri, Assadullah (20.05.2009) Direktorin und Projektmanager von Social Association of Afghan Justice Seekers (SAAJS), in Kabul, auf Englisch, teilweise mit Übersetzung ins Englische.

Negah, Yasin (20.06.2010) Direktor des Peace Writers Projektes, in Kabul, auf Englisch, Aufzeichnung verloren, nachträgliche Notizen.

Marifat, Hadi (21.06.2010) Direktor von Afghanistan Human Rights and Democracy Organization (AHRDO), in Kabul, in Englisch, Lücken in der Aufzeichnung, Notizen.

Dadashi, Shourangiz (23.06.2010) Mitarbeiterin bei Armasharh Foundation, in Kabul, auf Englisch.

Saqeb, Diano/Shafi, Malik (23.06.2010) Filmemacherin, Afghanistan Cinema Club und Aktivisten, in Kabul, auf Englisch, ohne Aufzeichnung.

Yama (27.06.2010) Mitarbeiter von Integrity Watch Afghanistan (IWA), in Kabul, auf Englisch, ohne Aufzeichnung, Notizen.

Perwin (28.06.2010) Repräsentantin von Revolutionary Association of the Women of Afghanistan (RAWA), in Kabul, auf Englisch.

Birtsch, Nicole (28.06.2010) Leiterin der Abteilung Friedens- und Konfliktforschung an der Universität Kabul, in Kabul, auf Deutsch, ohne Aufzeichnung, Notizen.

Faizi (29.06.2010) Direktor von Victims Cultural Foundation, in Kabul, mit Übersetzung ins Englische.

Mohammad, Nik (04.07.2010) Mitarbeiter Afghanistan Human Rights and Democracy Organization (AHRDO), in Kabul, auf Englisch, teilweise mit Übersetzung ins Englische, ohne Aufzeichnung.

Sagreb, Diana (04.07.2010) Dokumentarfilmerin, Frauenrechtsaktivistin, in Kabul, auf Englisch.

Rahimi, Fausia/Winterbotham, Emily (06.07.2010) Forscherinnen im Forschungsprojekt zu Transitional Justice bei der Afghanistan Research and Evaluation Unit (AREU), in Kabul, auf Englisch.

Merdad, Mojeb (29.06.2010) Gründer von Partei Azadagan/Free Independent Men, in Kabul, auf Englisch.

Nadia/Karima (07.07.2010) Witwen, Mitglieder von Social Association of Afghan Justice Seekers (SAAJS), in Kabul, mit Übersetzung ins Englische, Namen geändert.

Dawoud (07.07.2010) Community Leader im Altstadtbezirk Bulebar Rumi, in Kabul, mit Übersetzung ins Englische.

Yahyapoor, Mohammad Yusuf (07.07.2010) Youth and Civil Society Officer bei Open Society Institute (OSI), in Kabul, auf Englisch, ohne Aufzeichnung.

Ahmad, Weeda (08.07.2010) Direktor von Social Association of Afghan Justice Seekers (SAAJS), in Kabul, mit Übersetzung ins Englische.

Joyenda, Mirahmad (11.07.2010) Parlamentsabgeordneter, Bewegung für umfassende Demokratie und Entwicklung, in Kabul, auf Englisch.

Oriya, Fazal Rahman (12.07.2010) Freiberuflicher kritischer Jounalist, in Kabul, mit Übersetzung ins Englische.

Gailani, Fatana (13.07.2010) Direktorin Afghanistan Women Council, in Kabul, auf Englisch.

Pahiz, Mahmoud Said (13.07.2010) Sprecher von Solidaritätspartei Afghanistan/ Hezbe Hambastagi, in Kabul, mit Übersetzung ins Englische.

Niazi, Saeed M. (15.07.2010) Direktor von Civil Society Development Center, in Kabul, auf Englisch.

Muttaqi, Afrid (18.07.2010) Menschenrechtsverteidiger, Recherchetätigkeit für Afghanistan Independent Human Rights Commission (AIHRC), in Mazar-e Sharif, auf Englisch.

Jahangeer, Haris (18.07.2010) Koordinator von Afghanistan Civil Society Forum/Mazar-e Sharif, in Mazar-e Sharif, auf Englisch, ohne Aufzeichnung.

Kohnaward, Fawzia Farhat (19.07.2010) Programmassistenz bei Cooperation Center for Afghanistan (CCA), Mazar-e Sharif, in Mazar-e Sharif, auf Englisch.

Malalai (20.07.2010) Direktorin von Association for the Defence of Women Rights, in Mazar-e Sharif, auf Englisch.

N.N. (21.07.2010) Mitarbeiterin Medica Mondiale Mazar, in Mazar-e Sharif, auf Englisch, ohne Aufzeichnung.

Bashardost, Ramazan (26.07.2010) Parlamentabgeordneter, in Kabul, auf Englisch.

Nourani, Dod Mohammed (28.07.2010) kritischer Analyst, Berater bei Killid Radio, in Kabul, mit Übersetzung ins Englische.

Nassruddin, Faizuddin (30.07.2010) Mitarbeiter im Evaluationsprojekt von USAID zu Frauenprojekten, in Kabul, auf Deutsch, ohne Aufzeichnungen.

Akbari, Fatema (01.08.2010) Direktorin von Gulestan Sidaqat Company, The Afghan Women Widow Ability, in Kabul, mit Übersetzung ins Englische, ohne Aufzeichnung.

Pahiz, Mahmoud Said/Razmak, Dawood (02.08.2010) Sprecher und Vorstand von Solidaritätspartei Afghanistan/Hezbe Hambastagi, in Kabul, auf Englisch, ohne Aufzeichnung.

Abdullah, Said (07.08.2010), Mitglieder einer Victims' Organization, Dorf in der Provinz Bamiyan, mit Übersetzung ins Englische, ohne Aufzeichnung, Gesprächsmitschrift, Name geändert.

Yagona, Zarah/Rajab, Salim (08.08.2010) Mitarbeiter von Afghanistan Human Rights and Democracy Organization (AHRDO), in Yakowlang/Provinz Bamiyan, Zarah mit Übersetzung ins Englische, Salim auf Englisch, Aufzeichnung verloren gegangen.

Dorfsprecher (09.08.2010) linker Aktivist, Dorf in der Provinz Bamiyan, mit Übersetzung ins Englische, ohne Aufzeichnung, Notizen.

Nemat, Orzala Ashraf (13.08.2010) Forscher und unabhängiger Zivilgesellschafts- und Menschenrechtsaktivist, in Kabul, mit Übersetzung ins Englische.

Ahmad (13.08.2010) ehemaliger, anti-fundamentalistischer Freiheitskämpfer, in Kabul, auf Englisch, Name geändert.

N.N. (13.08.2010) Aktivist bei Solidaritätspartei Afghanistan/Hezbe Hambastagi, in Kabul, mit Übersetzung ins Englische, ohne Aufzeichnung.

Ibrahimi, Niamatullah (14.08.2010) Mitgründer und Forschungsleiter bei Afghanistan Watch, in Kabul, auf Englisch.

Bisharat, Khodadad (14.08.2010) Manager von Afghanistan Human Rights and Democracy Organization (AHRDO), in Kabul, auf Englisch, ohne Aufzeichnung, Notizen.

Perwin (14.08.2010) Repräsentantin von Revolutionary Association of the Women of Afghanistan (RAWA), in Kabul, auf Englisch, Telefongespräch nach Verhinderung eines Treffens, ohne Aufzeichnung, RAWA-Tarnname.

Mariam (29.01.2011) Repräsentantin von Revolutionary Association of the Women of Afghanistan (RAWA), in Berlin, auf Englisch.

Ibrahimi, Sayed Yaqub (28.01.2011) kritischer Journalist aus Afghanistan, in Berlin, auf Englisch.

Lludin, Salah (16.02.2011) ehemals Peoples Democratic Party of Afghanistan/Parcham (PDPA), heute Nationale Einheitspartei Afghanistan, in Kabul, mit Übersetzung ins Englische, Aufzeichnung hat Lücke, Notizen.

Sharq, Ahmad (18.02.2011) Mitglied von Solidaritätspartei Afghanistan/Hezbe Hambastagi, in Kabul, mit Übersetzung ins Englische.

N.N. (19.02.2011) Familie, die in Armut lebt, Stadteil Bibi Maruh, in Kabul, mit Übersetzung ins Englische, ohne Aufzeichnung.

Sharq, Ahmad (20.02.2011) Mitglied von Solidaritätspartei Afghanistan/Hezbe Hambastagi, in Kabul, mit Übersetzung ins Englische.

Sadaqat, Shahpoor (20.02.2011) Direktor des staatlichen Theaters, Autor, Regisseur, Schauspieler, in Kabul, Übersetzung ins Englische.

Perwin (21.02.2011) Repräsentantin von Revolutionary Association of the Women of Afghanistan (RAWA), in Kabul, auf Englisch, RAWA-Tarnname.

Nabiqad, Ghulam Ali (24.02.2011) Staatsanwalt, kritischer Denker, in Kabul, mit Übersetzung ins Englische.

Kirk, Timothy „Timur" (28.02.2011) LtCol US-Militär. Engagement and Communication, ISAF, in Kabul, auf Englisch.

Larawe, Assdullah (01.03.2011) Repräsentant der Zivilgesellschaft für die Provinz Nangahar auf der Konferenz „Civic Action for National Interest and Human Security", in Kabul, mit Übersetzung ins Englische.

Bibi Gul (08.03.2011) Aktivistin, Mutter mehrerer gefallener und verschwundener linker Freiheitskämpfer, in Kabul, Übersetzung ins Englische.

Ahmady, Latifa (08.03.2011) Direktorin von Organization of Promoting Afghan Women's Capabilities (OPAWC), Rede bei der 8.-März-Feier, in Kabul, spätere Übersetzung von der Aufzeichnung ins Englische.

Roshan, Belqis (08.03.2011) Vorsitzende des Provinzrats der Provinz Farah, Rede auf der 8.-März-Feier, spätere Übersetzung der Aufzeichnung ins Englische.

Ahmady, Latifa (13.03.2011) Direktorin von Organization of Promoting Afghan Women's Capabilities (OPAWC), in Kabul, auf Englisch.

Rayan, Manrof Mohamad (13.03.2011) Gründer und ehemaliger Direktor von Organization of Promoting Afghan Women's Capabilities (OPAWC), in Kabul, teilweise auf Englisch, teilweise mit Übersetzung ins Englische.

Mora (15.03.2011) Journalistin, Frauenrechtsaktivistin in der 50%-Kampagne für Frauenbeteiligung, in Kabul, mit Übersetzung ins Englische.

Faizi (17.03.2011) Direktor von Victims Cultural Foundation, Mitarbeiter bei Afghanistan Watch, in Kabul, mit Übersetzung ins Englische, ohne Aufzeichnung.

Esar, Naheed (19.03.2011) Studentin, Aktivistin gegen sexuelle Gewalt an der Universität Kabul, in Kabul, auf Englisch, ohne Aufzeichnung.

Perwin (19.03.2011) Repräsentantin von Revolutionary Association of the Women of Afghanistan (RAWA), in Kabul, auf Englisch, RAWA-Tarnname.

Safi, Mariam (19.03.2011) Forschungsleiterin am Center for Conflict and Peace Studies Afghanistan (CAPS), in Kabul, auf Englisch.

Nuri, Assadullah (19.03.2011) Gründer und Projektmanager von Social Association of Afghan Justice Seekers (SAAJS), in Kabul, auf Englisch.

Ashir/Shyma/Mahbuda (20.03.2011) Frauenrechtsaktivistinnen im ländlichen Raum der Provinz Nangahar, Dorf in der Provinz Nangahar, auf Englisch, teilweise mit Übersetzung, Namen geändert.

Basir, Abdul (20.03.2011) Mitglied im Tribal Council der Provinz Nangahar, Dorf in der Provinz Nangahar, mit Übersetzung ins Englische.

Gharsy, Ashaq (21.03.2011) Leiter von Solidaritätspartei Afghanistan/Hezbe Hambastagi für die Provinz Nangahar, Jalallabad, mit Übersetzung ins Englische.

Joya, Malalai (09.10.2012) Frauenrechtsaktivistin, ehemalige Abgeordnete des Afghanischen Parlaments, in Kabul, auf Englisch.

Basir, Abdul (09.10.2012) Mitglied im Tribal Council der Provinz Nangahar, in Kabul, mit Übersetzung ins Englische.

Rasikh, Hafiz (29.09.2012) Vorstandmitglied von Solidaritätspartei Afghanistan/Hezbe Hambastagi, in Kabul, auf Englisch, ohne Aufzeichnung, Notizen.

Osaman (29.09.2012) Frauensprecherin von Solidaritätspartei Afghanistan/Hezbe Hambastagi, in Kabul, auf Englisch, ohne Aufzeichnung.

Rena (01.10.2012) Repräsentantin von Revolutionary Association of the Women of Afghanistan (RAWA), in Kabul, auf Englisch, RAWA-Tarnname.

Ahmad, Weeda (30.09.2012) Direktorin von Social Association of Afghan Justice Seekers (SAAJS), in Kabul, mit Übersetzung ins Englische, teilweise auf Englisch, ohne Aufzeichnung, Notizen.

Rayan, Manrof Mohamad (07.10.2012) Gründer und ehemaliger Direktor von Organization of Promoting Afghan Women's Capabilities (OPAWC), in Kabul, teilweise auf Englisch, teilweise mit Übersetzung ins Englische.

Rasikh, Hafiz (02.10.2012) Vorstandmitglied von Solidaritätspartei Afghanistan/Hezbe Hambastagi, in Kabul, auf Englisch, ohne Aufzeichnung, Notizen.

Rena (11.10.2012) Repräsentantin von Revolutionary Association of the Women of Afghanistan (RAWA), in Kabul, auf Englisch, RAWA-Tarnname.

Politikwissenschaft



Torben Lütjen
Partei der Extreme: Die Republikaner
Über die Implosion des amerikanischen Konservativismus

2016, 148 S., kart.
14,99 € (DE), 978-3-8376-3609-3
E-Book
PDF: 12,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-3609-7
EPUB: 12,99€ (DE), ISBN 978-3-7328-3609-3



Lars Geiges, Stine Marg, Franz Walter
Pegida
Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft?

2015, 208 S., kart., farb. Abb.
19,99 € (DE), 978-3-8376-3192-0
E-Book
PDF: 14,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-3192-4
EPUB: 14,99€ (DE), ISBN 978-3-7328-3192-0



Alexander Schellinger, Philipp Steinberg (Hg.)
Die Zukunft der Eurozone
Wie wir den Euro retten und Europa zusammenhalten

2016, 222 S., kart.
19,99 € (DE), 978-3-8376-3636-9
E-Book
PDF: 17,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-3636-3
EPUB: 17,99€ (DE), ISBN 978-3-7328-3636-9

Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten finden Sie unter www.transcript-verlag.de